



Clemens Maier-Wolthausen

Zuflucht im Norden

Die schwedischen Juden
und die Flüchtlinge 1933–1941

Clemens Maier-Wolthausen
Zuflucht im Norden

Hamburger Beiträge
zur Geschichte der deutschen Juden
Für die Stiftung Institut für die Geschichte der deutschen Juden
herausgegeben von
Andreas Brämer und Miriam Rürup
Bd. L



Clemens Maier-Wolthausen

Zuflucht im Norden

Die schwedischen Juden
und die Flüchtlinge

1933 – 1941



WALLSTEIN VERLAG

Gedruckt mit Unterstützung
der Deutschen Forschungsgemeinschaft,
der Ursula Lachnit-Fixson Stiftung
und der Moses Mendelssohn Stiftung

Die Reihe erscheint mit Förderung durch
die Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung
der Freien und Hansestadt Hamburg

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2018
www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond
Umschlagbild: Hafen von Malmö.

Foto: Dag Alméns samling/Sjöfartsmuseet Akvariet Göteborg
Druck und Verarbeitung: Hubert & Co, Göttingen

ISBN 978-3-8353-3203-4

Inhalt

Einleitung	9
<i>Beispielhafte Geschichten 17 — Zeitlicher Rahmen und Aufbau 18 — Verwendete Quellen 19 — Begrifflichkeiten 20 — Quellsprache und Übersetzungen 23</i>	
I. Die Entwicklung der Hilfsstrukturen, 1933-1937	24
1. Deutsch-jüdische Organisationen zu Beginn der Verfolgung	24
2. Die jüdischen Gemeinden Schwedens und die Asylpolitik	28
<i>Die schwedisch-jüdische Gemeinschaft zu Beginn der Verfolgung 29 — Schweden als Exilland und die Ausländergesetze 31</i>	
3. Die Gründung von Hilfskomitees	35
<i>Wo und wie helfen? Die Verwendung der Mittel 36 — Die Stockholmer Gemeindeführung 38 — Kooperationspartner und die Bildung von Beratungsmonopolen 40 — Negative Auskünfte und Warnungen 47</i>	
4. Zionistische Programme: Planvoller Aufbau und Hilfe für Flüchtlinge	55
<i>Hilfe außerhalb Schwedens: Patenschaften für die Kinder- und Jugendalija 57 — Lernen in Sicherheit: Kristinehov internatsskola 60 — Keine nicht deutschen Staatsbürger! 64 — Hachshara: Deutsche Juden aufschwedischen Bauernhöfen 71 — Svarstingstorp: Ein Kibbuz in Skåne 78</i>	
5. Hilfsbereitschaft und die Koordination der Aufgaben . .	84
II. Die Professionalisierung der Hilfsarbeit im Angesicht der Eskalation, 1938/39	88
1. Das »Schicksalsjahr 1938«	88
<i>Die Reaktion auf den verstärkten Flüchtlingsdruck: Schweden schließt die Tore 89 — Die Asylgesetze und die öffentliche Meinung 97</i>	
2. Wenigstens die Kinder: Die Kindertransporte	101
<i>Die Einführung von Quoten 101 — Auswahl und Unterbringung 111 — Das Drama um die Grazer Kinder 119 — Nur</i>	

noch nicht jüdische Gastfamilien 122 — *Adoptionen* 129 — *Bevorzugung und Diskriminierung* 131 — *Beinahe noch gescheitert: Hannelores Rettung* 146 — *Wenn Kinder zu Rettern werden sollen* 152 — *Eine geglückte Gruppenrettung?* 159

3. Verstärkte Rettungsbemühungen: Die Intensivierung der Arbeit des Hechaluz 162
Alija bet? Die Gemeinde und die illegale Einwanderung nach Palästina 165 — *Die Neuaufstellung im Kibbuz Svartings-torp* 169 — *Die Familie Warburg in Schweden: Impulse für die Kinder- und Jugendaliya* 171 — *Das Internat Hälsinggården* 176
 4. Die Transmigranten 179
Gefangen im Netz der Regeln: Das Warten, Bangen und Hoffen der Flüchtlinge 184 — *Hans-Joachim Schoeps und seine Eltern: »Bonnier skeptisch«* 189 — *Ein besonders »beherzigenswerter« Fall: Manfred Friedmann* 195 — *Die Mosaiska församling als Arbeitsvermittlerin* 198
 5. Zusätzliche Versuche zur Rettung von Flüchtlingsgruppen 204
 6. Grundprinzip: Im Rahmen des Möglichen handeln. . . 216
- III. Kaum noch Chancen, 1940/41 219
1. Umstrukturierung unter verschärften Bedingungen . . . 219
Freiwillig in den Krieg? Jüdische Ärzte und der finnische Winterkrieg 223 — *Ordnung ins Chaos bringen: Die Erfassung aller Transmigranten* 226
 2. Schock und Isolation: Der Krieg erreicht Skandinavien. 236
Erhalt um jeden Preis? Die Internatsschule Kristinehov 239 — *Geldmangel und Hilfe aus dem Ausland* 246 — *Passagen in die Freiheit* 248
 3. Hachschara in der Krise 253
Zerfallserscheinungen und Konsolidierung 255 — *Gestrandet: Alija unmöglich* 262
 4. Das Engagement für Einzelne 265
Rettung aus dem Ghetto: Elsa Meyring 266 — *Arm und unbekannt, aber gut vernetzt: Die Geschichte der Nelly Sachs* 276
 5. Das Ende der Flucht nach Schweden 287

IV. Schlussbemerkungen: Ein verschlossener Wartesaal . . . 292

Dank 302

Abkürzungsverzeichnis 304

Quellen- und Literaturverzeichnis 306

 Ungedruckte Quellen 306

 Gedruckte Quellen 308

 Literatur 309

Personenregister 322

Einleitung

»Gegenwart und Zukunft werden uns an dem Ausmaß an Hilfe beurteilen, die wir, die Bewohner eines freien und glücklichen Landes, unseren Glaubensgenossen in Zeiten größter Heimsuchung gewährt haben.« Mit diesen Worten riefen der Vorstand und führende Mitglieder der Stockholmer Jüdischen Gemeinde im November 1938 zu Spenden auf, mit der die Hilfsarbeit für flüchtende deutsche und österreichische Jüdinnen und Juden finanziert werden sollte.¹ Am 24. Oktober 1941 fragte der Chefredakteur des unter der Kontrolle des Propagandaministeriums und der Gestapo stehenden und in Wien und Berlin gedruckten *Jüdischen Nachrichtenblatts* Leo Kreindler im Leitartikel in Hinblick auf die jüdischen Gemeinden in aller Welt: »Haben sie genug getan?«² Einen Tag zuvor hatte der Reichsführer-SS Heinrich Himmler Juden die Auswanderung aus dem Deutschen Reich mit sofortiger Wirkung verboten. In Schweden wusste man zu diesem Zeitpunkt noch nicht, dass eine legale Ausreise aus dem Reichsgebiet nunmehr unmöglich war. Leo Kreindler mag das allerdings bewusst gewesen sein. Es ist sogar möglich, dass der Beitrag auf obrigkeitliche Anweisung eben an jenem Tag hatte veröffentlicht werden müssen. Vielleicht war er als Appell an die Spendenbereitschaft ausländischer Juden für die im Reich verbliebenen Juden gedacht, um so fortan das Ghettodasein der Unglücklichen zu finanzieren. Angesichts des nationalsozialistischen Massenmordes an den europäischen Juden hat Kreindlers Frage aber bis heute nicht an Aktualität verloren.

Die vorliegende Studie befasst sich mit der Vorgeschichte dieses Verbrechens, der Ausplünderung und Vertreibung der deutschen und österreichischen Juden – und der Geschichte der zumeist vergeblichen Fluchtversuche aus dem nationalsozialistischen Deutschen Reich. Im Fokus stehen die Versuche der zahlenmäßig unbedeutenden jüdischen Gemeinschaft in Schweden, in Zusammenarbeit mit den deutsch-jüdischen Selbsthilfeorganisationen so vielen Menschen wie möglich die Ausreise in das sichere Nachbarland zu ermöglichen. Die Monografie untersucht mithin, ob oder in welchem Maße die in Kreindlers Aufruf gestellte Frage für Schweden beantwortet werden kann.

In Untersuchungen zur Flucht deutscher Jüdinnen und Juden in den Jahren von 1933 bis zum Verbot der Auswanderung aus dem Deutschen Reich im Oktober 1941 stand neben der Verfolgungspraxis der Nationalsozialisten oft ausschließlich das Agieren der Regierungen potenzieller Fluchtländer im

1 Aufruf zu Geldspenden an die Gemeindemitglieder, November 1938, Riksarkivet Stockholm (RA), Judiska församlingens arkiv (JFA), Hjälpkommittén (HK), A 2:2. Der Aufruf wurde augenscheinlich als Flugblatt ausgelegt, erschien aber auch in der Zeitschrift *Judisk tidskrift* (1938), Nr. II, S. 372-373.

2 Leo Kreindler: Haben sie genug getan?, in: Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Berlin, 24.10.1941.

Vordergrund. Die Flüchtlingsarbeit der jüdischen Organisationen hingegen hat in der Historiografie des Holocaust noch zu wenig Platz eingenommen. Zu gering ist die Zahl der noch erhaltenen Quellen, zu sehr hat man diese Arbeit, insbesondere bei den deutsch-jüdischen Organisationen, in den Rahmen einer »Zwangsvollstreckung« der nationalsozialistischen Politik eingeordnet. So gab es doch zunächst eine scheinbare Kohärenz in den Erwartungen der Verfolger und dem Bemühen der Opfer, da beide Seiten auf eine möglichst zahlreiche Ausreise von Juden aus dem Deutschen Reich hinwirkten. Während aber die nationalsozialistische Politik diese Strategie ohne Rücksicht auf das Wohlergehen der Emigranten und ausschließlich auf deren Kosten verfolgte, waren diese und ihre Organisationen darum bemüht, eine echte Perspektive für einen Neubeginn im Exil zu entwickeln. Auch wenn diese Anstrengungen stets unter Druck, konfrontiert mit Zensur und Gewalt sowie seit 1939 im Rahmen von Zwangsorganisationen geschah, so bemühten sich die Helferinnen und Helfer doch um einen menschlichen Weg ins Exil.³ Diese Flüchtlingshilfe soll hier am Beispiel Schwedens gewürdigt werden.

Im Zusammenhang mit den deutsch-jüdischen Flüchtlingen denken freilich nur wenige an Schweden als Fluchtziel vor der nationalsozialistischen Verfolgung. Skandinavien liegt nicht nur für die heutige Forschung, sondern lag auch für die Flüchtenden selbst damals eher am Rande des Blickfelds. Zwar hatte insbesondere Schweden eine starke kulturelle Bindung an Deutschland, die aber vor 1933 oft nur einseitig blieb. Für die meisten Deutschen war Schweden in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Terra incognita. Diese mangelnde Kenntnis über das Land machte es von vornherein zu einem unattraktiven Fluchtziel. Hinzu kam die Tatsache, dass es keine direkte Landesgrenze mit dem Deutschen Reich gab. Schon vor 1939 war es daher schwerer nach Schweden zu gelangen als etwa nach Frankreich oder in die Tschechoslowakei. So ist der Norden Europas auch in der Emigrationsforschung lange Zeit vernachlässigt worden – zumindest dann, wenn es um die Auswanderung von Juden ging. Das Exil deutscher und österreichischer politischer Verfolgter wurde dann thematisiert, wenn es sich dabei um die Nachkriegspolitik oder -kultur Westdeutschlands und Österreichs prägende Persönlichkeiten wie Willy Brandt und Bruno Kreisky, Lise Meitner, Nelly Sachs, Kurt Tucholsky oder Peter Weiss handelte. Nur eingeweihte Kulturwissenschaftler sind aber mit Namen wie Hans-Joachim Schoeps oder Wolfgang Steinitz und Erwin Leiser vertraut. Zwar flohen viele Sozialdemokraten nach Skandinavien, die überwiegende Mehrzahl der Flüchtlinge aus Deutschland kam aber aus Gründen der rassistischen Verfolgung nach Schweden. Diese Jüdinnen und Juden erfüllten in der Regel nicht die Voraussetzungen, um die harten Bestimmungen der schwedischen Behörden für eine Einreise oder gar einen dauernden Aufenthalt zu erfüllen. Ihre Berufsstruktur

3 Siehe hierzu insbesondere Beate Meyer: Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung und Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939-1945), Göttingen 2011.

entsprach nicht den Bedürfnissen des noch deutlich durch den agrarischen und den industriellen Sektor geprägten Arbeitsmarktes in Vorkriegsschweden. Kenntnisse der Landessprache, das wichtigste Element einer erfolgreichen Integration und eines beruflichen Neuanfangs, konnte die überwiegende Mehrzahl nicht vorweisen. Die Flucht aus Deutschland bedeutete für sie eine Zäsur. Sie mussten ihre Heimat, Verwandte und Freunde ebenso wie materielle Güter zurücklassen. Ihre erworbenen Qualifikationen verloren ihren Wert. Die Betroffenen erlebten häufig psychische Extremsituationen.

Im Mittelpunkt der folgenden Analyse steht die Frage nach dem Anteil der schwedisch-jüdischen Gemeinschaft an der Aufnahme der Flüchtlinge. In vielen Exilländern und in praktisch allen westeuropäischen Ländern waren die durch die jüdischen Gemeinden vor Ort gebildeten Flüchtlingskomitees die wichtigsten Ansprechpartner der Flüchtenden. Überall gingen die Regierungen davon aus, dass die Hilfe für die Flüchtlinge in erster Linie von den einheimischen jüdischen Gemeinden ausgehen müsse. Dafür wurde – auch in Schweden – eine Vielzahl von Vereinen und Komitees gegründet. Wohl kaum eine Organisation aber nahm in der Flüchtlingsarbeit je eine vergleichbar zentrale Position ein, wie sie die Jüdische Gemeinde Stockholm (Mosaiska församlingen i Stockholm [MföS], heute Judiska församlingen i Stockholm) in Schweden innehatte. Anders als in vielen anderen Fluchtländern war in Schweden die Hilfsarbeit für die Flüchtenden stark zentralisiert. Das Hilfskomitee der Hauptstadtgemeinde wurde bei der Mehrheit aller anfallenden Visaanträge hinzugezogen und musste auch den Großteil der Kosten für die Flüchtlinge tragen. Stockholms Jüdische Gemeinde monopolisierte als Hauptstadtgemeinde sowohl die meisten Entscheidungsprozesse als auch die Ratgeberfunktion in Flüchtlingsfragen. Wo andernorts einzelne Organisationen verschiedene Flüchtlinge betreuten, koordinierte die Mosaiska församling in Stockholm beinahe die gesamte Flüchtlingsarbeit.

Bei dem Thema »Flucht aus dem Deutschen Reich« stößt man unweigerlich auf vorgefasste Meinungen. Das Bild der verschlossenen Tore der potenziellen Fluchtländer und die Erfahrung, dass viele ermordete Menschen hätten gerettet werden können, hätten sie nur den Weg in die außereuropäischen Exilländer gefunden, hat lange Zeit sowohl die Beurteilung der damaligen Flüchtlingspolitik als auch die Asylpolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Nachkriegszeit beeinflusst. Es hat auch zu harschen Urteilen über die Regierungen geführt, die mit dem Vorwurf der Überlebenden und deren Nachkommen konfrontiert waren, sich hartherzig verhalten zu haben. Aber war das Ausmaß des Verbrechens, dessen Einzigartigkeit wir heute mit dem Begriff Holocaust zu beschreiben suchen, vorhersehbar?

Dass den deutschen Juden Schritt für Schritt die Lebensgrundlage entzogen wurde – und den österreichischen sogar ganz plötzlich –, geschah nicht im Verborgenen. Die Urteile sind aber oft nicht ausreichend in ihren historischen Kontext eingebettet, und viel härter treffen die Vorwürfe einer Hartherzigkeit die jüdischen Gemeinschaften in den Exilländern selbst. Von deren Regierungen

haben manche Kritiker vielleicht mehr Mitmenschlichkeit erwartet – von den Juden der anderen Länder glaubte man aber auf jeden Fall mehr aktive Solidarität erwarten zu können. Sie, so lautet das Argument, hätten klüger, solidarischer, weitsichtiger und mitfühlender agieren müssen als ihre nicht jüdischen Mitbürger und die von ihnen gewählten Regierungen. Dass diese Solidarität ein umfangreicheres Wissen, eine größere Vorausschau und eine stärkere Empathie als bei den nicht jüdischen Bürgern hätte bedeuten müssen, wird dabei stillschweigend vorausgesetzt. Umso größer ist dann das Entsetzen auf nicht jüdischer wie auch auf jüdischer Seite, wenn sich Juden wie die Mehrheit der nicht jüdischen Bürger eines Landes verhielten. Hätten sie denn nicht mehr tun können, ja, mehr tun müssen? Solche Erwartungen und der daraus folgende Vorwurf kamen zum Ausdruck, als der schwedische Minister für soziale Angelegenheiten Gustav Möller kurz vor Kriegsende, als der Völkermord an den europäischen Juden bereits in Teilen bekannt war, in einer Parlamentsdebatte behauptete, die schwedischen Juden hätten sich den deutschen Flüchtlingen gegenüber sogar weniger generös gezeigt als die schwedische Regierung.⁴ Die Gemeinde verwahrte sich in einem Artikel im *Gemeindeblatt* zwar gegen diese Behauptung, der Vorwurf war aber in der Welt.⁵ Er lautete, dass auch die »etablierten Juden in Schweden« eine weitere Immigration aus Angst vor einem wachsenden Antisemitismus abgelehnt hätten.⁶ Dieses Buch wird zeigen, ob diese Angst tatsächlich so stark war, dass sie der einzige Handlungsparameter der Gemeindeführung wurde und die Solidarität mit den verzweifelten deutschen und österreichischen Juden überschrieb.

Die Frage nach dem Verhalten der maßgeblichen jüdischen Akteure in Schweden den jüdischen Flüchtlingen gegenüber wurde in der Nachkriegszeit von verschiedenen Seiten gestellt. Das wachsende Wissen um die Verbrechen der Nationalsozialisten und die Zahl der Opfer und der damit einhergehende Schock mündeten fast reflexartig in die Frage nach einer Verantwortung jüdischer Funktionäre, in der sich auch die eigene Verzweiflung der Fragenden ein Ventil verschaffte. Am härtesten kam diese Kritik in einem Artikel eines Rabbiners Wohlgelernter zum Ausdruck, den die zionistische Zeitschrift *The Jewish Agency's Digest of Press and Events* druckte. Wohlgelernter stellte die falsche Behauptung auf, die Juden Schwedens hätten sich dem großzügigen Angebot des schwedischen Staates, 100.000 Juden aufzunehmen, aus Angst vor einem wachsenden Antisemitismus entgegengestellt. Der damalige schwedische Oberrabbiner Marcus Ehrenpreis und der Vorstandsvorsitzende Gunnar Josephson protestierten zwar in einer schwedisch-jüdischen Zeitschrift, das Gerücht

4 Pontus Rudberg: »A Record of Infamy«. The use and abuse of the image of the Swedish Jewish response to the Holocaust, in: *Scandinavian Journal of History* 36 (2011), S. 536-554, hier S. 543.

5 Marcus Ehrenpreis/Gunnar Josephson: Stockholms Mossiska församlings flyktinghjälp. Ett klarläggande, in: *Judisk tidskrift* (1947), Nr. 2, S. 61-63.

6 Sven Tägil: *Judarna i Sverige*, in: Gunnar Broberg/Harald Runblom/Mattias Tydén (Hg.): *Judiskt Liv i Norden*, Uppsala 1988, S. 15-25, hier S. 19.

ließ sich aber nicht aus der Welt schaffen.⁷ Drei Jahrzehnte später wurde es in abgewandelter Form wiederholt. Der orthodoxe Rabbiner Moshe Shonfeld erklärte 1977 in einem Buch, die schwedische Regierung habe 1939 ein Gesetz verabschiedet, welches Zehntausenden Juden die Einreise gestattet hätte. Ehrenpreis aber habe sich an die Regierung gewandt, um die Umsetzung aus Angst vor einer Welle von Antisemitismus zu verhindern.⁸ Ein solches Gesetz hat es ebenfalls nie gegeben.

Aber auch in der Literatur finden sich zumindest ähnliche Interpretationen. Eine in der Flüchtlingshilfe in Schweden tätige Nichtjüdin – die Menschenrechtsaktivistin Ingrid Segerstedt Wiberg – glaubte sich 1980 erinnern zu können, dass die Göteborger Gemeinde eigentlich eine aktivere Flüchtlingshilfe habe verfolgen wollen, aber von den Stockholmer Gemeindefunktionären zur Vorsicht gemahnt worden sei.⁹ Und Ingrid Lomfors beschrieb in ihrem Buch über die Flüchtlingskinder das Verhalten der Gemeinden insgesamt als passiv. So habe man nie selbst die Initiative ergriffen, sondern ausschließlich auf äußeren Druck reagiert. Dieses Verhalten habe der reservierten Aufnahme der osteuropäischen jüdischen Einwanderer um die Jahrhundertwende geglichen.¹⁰ Steven Koblík, der die Politik der schwedischen Behörden untersuchte und sich nur am Rande mit dem Verhalten der Jüdischen Gemeinde befasste, nahm diese Kritik auf. Er hob hervor, die gut integrierten und wohl situierten Stockholmer Juden hätten um ihre Position gefürchtet, wären sie für ungebildete »Ostjuden« eingetreten. Auf diese Weise wies Koblík den schwedischen Juden eine Mitverantwortung für die restriktive Flüchtlingspolitik zu. Die Gemeinde habe keinerlei Versuche unternommen, die Regierung zu einer offensiveren Flüchtlingspolitik zu bewegen.¹¹ Andere haben an der »jüdischen Identität« einer »assimilierten« Elite der Gemeinden gezweifelt. Als Indizien wurden Zitate führender Vertreter der hervorragend integrierten Führungsgruppe der Jüdischen Gemeinde in Stockholm angeführt. Der offen antizionistisch argumentierende Wirtschaftshistoriker Eli Heckscher etwa hatte in einem Brief an seinen zionistisch inspirierten Kollegen Hugo Valentin noch 1941 die folgenden Zeilen verfasst:

7 Ehrenpreis/Josephson: Stockholms Mosaiska församlings flyktinghjälp, hier auch die Zitate Wohlgeleiters.

8 Moshe Shonfeld: *The Holocaust Victims Accuse. Documents and Testimonies on Jewish War Criminals*, New York 1977, S. 108, 110–111, zit. nach Svante Hansson: *Flykt och överlevnad: Flyktingverksamhet i Mosaiska församlingen i Stockholm 1933–1950*, Stockholm 2004, S. 75 f.

9 Ingrid Segerstedt Wiberg: *Från förintelsens tid*, in: *Göteborgs Mosaiska församling (Hg.): Göteborgs Mosaiska Församling 1780–1980. Minneskrift till Göteborgs Mosaiska församlings 200-Årsjubileum*, Göteborg 1980, S. 143–155, hier S. 148 f.

10 Ingrid Lomfors: *Förlorad barndom – återvunnet liv. De Judiska flyktingbarnen från Nazityskland*, Göteborg 1996, S. 92.

11 Steven Koblík: »Om vi teg, skulle stenarna ropa«. *Sverige och judeproblemet 1933–1945*, Stockholm 1987, S. 58 f. Die englische Ausgabe erschien 1988 in New York unter dem Titel *The Stones Cry Out. Swedens Response to the Persecution of Jews 1933–1945*.

»Du glaubst, die die wir unterstützen seien Fleisch von unserem Fleisch. Jugendfreunde, Studienkollegen, Kollegen innerhalb meines Faches oder meiner Hochschule, ja sogar politische Freunde stehen aber meinem Herzen unendlich viel näher als ein deutscher, russischer, polnischer oder rumänischer Jude.«¹²

Abgesehen davon, dass Heckschers Familie große Summen für die Hilfsarbeit für deutsch-jüdische Jugendliche zur Verfügung gestellt hat, ist es ein risikoreiches Unterfangen, Identitäten einer ganzen Gruppe aus schriftlichen Quellen einzelner Repräsentanten zu konstruieren. Identitäten sind zu fluide und zu komplex, um sie mithilfe von einzelnen Aussagen zu rekonstruieren. Auch können sich widersprechende Gefühle im Verlauf eines individuellen Lebens handlungsleitend sein. Daher ist es eben möglich, sich öffentlich zur nicht jüdischen Mehrheitsgesellschaft zu bekennen und dennoch Empathie und – vielleicht unterbewusst – ein starkes Verantwortungsgefühl für verfolgte Juden zu empfinden.

Die Vorwürfe entfachten am Ende der 1980er Jahre in der Zeitschrift *Judisk krönika* eine Diskussion um die Hilfsbemühungen der schwedischen Juden. In seiner Rezension des Buches von Koblik übernahm der Chefredakteur Jackie Jakubowski, wenn auch in abgeschwächter Form, wesentliche Teile der Kritik. So warf er der Gemeinde eine gewisse Passivität vor, auch wenn er darauf verwies, dass es letztlich die staatliche Restriktion der Einwanderung gewesen sei, die der Flüchtlingshilfe enge Grenzen gesetzt habe. Der selbst 1970 vor antisemitischer Verfolgung aus Polen nach Schweden geflohene Jakubowski nahm das Heft zum Anlass, die Gemeinde zu warnen, dass »Servilität, Passivität und stille Diplomatie« für eine Gemeinde »kurzsichtige« Formen der Reaktion auf Antisemitismus seien. Zugleich mahnte er, sich stets für jeden einzelnen Flüchtling einzusetzen.¹³

Auch Überlebende, Gerettete beklagten sich privat wie auch öffentlich über eine mangelnde Solidarität der schwedischen Juden mit den Juden südlich der Ostsee. In der *Judisk krönika* erschien ein anonymes Leserbrief.¹⁴ Der mit »Ein Flüchtling von 1938« unterzeichnete Brief – es ist nicht ersichtlich, ob die Zeitschrift den Namen anonymisiert hat oder dieser so eingereicht wurde – erhob 50 Jahre nach dem Höhepunkt der Fluchtwelle aus Deutschland schwerste Vorwürfe gegen die Gemeinde. Diese habe insbesondere diejenigen »im Stich gelas-

12 Zit. nach Grzegorz Flakierski: Rötter. Den judiska frågan i brevväxlingen mellan Hugo Valentin och Eli Heckscher, in: *Historisk Tidskrift* 102 (1982), Nr. 2, S. 177-201, hier S. 181. Zur »jüdischen Identität« vgl. Sophie Wenerscheid: Zwischen »Staatsbürger-treue« und dem Gefühl jüdischer Zusammengehörigkeit. Schwedische Juden in den 1930er Jahren, in: *Nordeuropaforum* 10 (2000), Nr. 1, S. 31-45.

13 Jackie Jakubowski: Lärdom från 40-tallets flyktingpolitik, in: *Judisk Krönika* (1987), Nr. 2, S. 2.

14 »Flykting från 1938: Kalla handen från församlingen«, in: *Judisk Krönika* (1987), Nr. 3, S. 3.

sen«, die sich bereits in Schweden befunden hätten.¹⁵ Es hätte genügend Arbeit gegeben, um den größtenteils jungen Flüchtlingen ein wirtschaftliches Auskommen zu ermöglichen. Die »Wahrheit« sei vielmehr, dass die schwedischen Juden einen wachsenden Antisemitismus befürchtet hätten. Diese Einschätzung habe der Stockholmer Rabbiner Emil Kronheim dem Briefschreiber auch nach dem Krieg bestätigt. Anschließend zitierte er aus dem Gedächtnis Marcus Ehrenpreis, der »gefürchteter« gewesen sei als die leitenden Beamten der Ausländerbehörde: »Wir wissen, dass unsere Glaubensbrüder in Deutschland und Österreich verloren sind, aber wenn wir sie alle hierherholen, sind wir selbst verloren.«¹⁶

Die Historizität des Zitats lässt sich heute nicht mehr überprüfen, doch erstaunt, dass letztlich auch der anonyme Briefschreiber einräumte, durch einen ihm unbekanntem schwedischen Juden eine Bürgerschaft erhalten zu haben. Dabei mag es sich, wie zu sehen sein wird, durchaus um eine durch die Gemeinde vermittelte oder von ihr selbst getragene Bürgerschaft gehandelt haben. Noch mehr überrascht aber die Behauptung des Autors, dass es die schwedische Missionsgesellschaft für die Mission unter den Juden (Svenska Israelmissionen) gewesen sei, die Tausende Christen und konvertierte Juden aus Österreich nach Schweden gerettet habe. Der anonyme Briefschreiber verlangte eine unabhängige Kommission, die das Verhalten der Gemeinde untersuchen solle.

In der folgenden Ausgabe der Zeitschrift schaltete sich die Historikerin Ingrid Lomfors in die Debatte ein, indem sie auf ihre Untersuchungen anhand der Archivalien der Gemeindeführung verwies. Sie habe bei ihren Forschungen im Rahmen einer Dissertation zu den jüdischen Kindertransport-Kindern viele Beispiele für die Arroganz der jüdischen Gemeindeführung gefunden. Diese zeigten ihrer Ansicht nach deren »Mangel an Mitgefühl« für die Flüchtenden.¹⁷ Darüber hinaus sprach sie sich auch für eine wissenschaftliche Untersuchung aus – die Grundlagen seien vorhanden.

Die Gemeinde reagierte auf diese Kritik mit eigener Forschung. 55 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges gab sie ein Weißbuch zur Untersuchung der Vorwürfe in Auftrag.¹⁸ Dessen Autor, Svante Hansson, hatte bereits in den 1970er Jahren zu der Thematik gearbeitet und sollte nun im Auftrag der Gemeinde (und von ihr bezahlt) den Vorwürfen nachgehen. Interessanterweise wurden genau zu dieser Zeit sehr ähnliche Untersuchungen zum Verhalten des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG) durchgeführt. Infolge

15 Das Originalzitat lautet: »Och här har Mosaiska församlingen svikit.« Das kann man auf zwei Arten übersetzen. Die mildere Lesart wäre, dass die Gemeinde hier »enttäuscht« habe; es ist aber durchaus sinnvoll, im Kontext des Briefes die Übersetzung zu wählen, dass die »Gemeinde ihre Pflicht« nicht erfüllt oder die Menschen »im Stich gelassen« habe.

16 »Flykting från 1938: Kalla handen från församlingen«, in: *Judisk Krönika* (1987), Nr. 3, S. 3.

17 Ingrid Lomfors: *Församlingens brist på medkänsla*, in: *Judisk Krönika* (1987), Nr. 4, S. 27.

18 Hansson: *Flykt och överlevnad*.

der Untersuchungen einer unabhängigen Schweizer Untersuchungskommission hatte sich auch der SIG entschlossen, einen Historiker zu beauftragen, um die Hilfsbemühungen des SIG zu untersuchen.¹⁹ In Schweden wollte Hansson zu einer »Historisierung« der Geschehnisse beitragen. Auf der Grundlage von Interviews beschrieb er die aktive Hilfsarbeit, die die schwedischen Juden für die deutsch-jüdischen Flüchtlinge geleistet hatten. Da er jedoch nur wenige Akten aus dem Gemeindearchiv heranzog, blieb deren mögliche Mitwirkung an einer Regulierung des Flüchtlingsstroms letztlich weiterhin ausgeblendet.

Dieses Buch will nun den Spielraum der Helfer nördlich der Ostsee untersuchen und solche Anschuldigungen in einen historischen Rahmen stellen, der eine auf Fakten basierende Auswertung ermöglicht. Es geht darum zu verstehen, welche Faktoren die Reaktionen auf die anschwellende Flüchtlingskrise in einem neutralen Land bestimmten und diese von den moralischen Interpretationen der Nachkriegszeit zu trennen. In der vorliegenden Studie soll die Flüchtlingshilfe von Juden für Juden in Schweden und Deutschland/Österreich gewürdigt werden. Es wird gezeigt, unter welchen Rahmenbedingungen sie entstand und wie sie sich entwickelte. Die meisten Archive jüdischer Gemeinden im nationalsozialistisch beherrschten Europa sind zerstört worden. Die Bestände der *Reichsvertretung der Juden in Deutschland* – der späteren Reichsvereinigung –, der zentralen jüdischen Dachorganisation, sind nur lückenhaft überliefert. Oft ist die Forschung zu Flucht und Exil daher auf die nachträglichen Aussagen von Zeitzeugen angewiesen. Allerdings bergen diese immer auch die Gefahr einer Mythenbildung um erhaltene und verweigerte Unterstützung. Die Vertriebenen begriffen sich oft ausschließlich als Spielball der Helfer. Das ließ wenig Raum für Zwischentöne. Sie konnten zumeist die Anstrengungen hinter den Kulissen nicht sehen. Diese Studie konzentriert sich auf den großen Fundus zeitgenössischer Akten, Korrespondenzen und Berichte, die die Helfer beiderseits der Ostsee und ihre Partner in den internationalen jüdischen Hilfsorganisationen hinterlassen haben.

Die Flüchtlinge selbst kommen in ihren Schreiben und durch eine Darstellung ihrer Strategien so oft wie möglich zu Wort. Ihnen und den Helfern eine Stimme zu geben, ist ein weiteres Anliegen des vorliegenden Buches. Da Schweden nie von der Wehrmacht besetzt wurde, sind die Archive der jüdischen Gemeinden vollständig überliefert. Diese Tatsache macht Schweden zu einem hervorragenden Fallbeispiel, um die Bemühungen für die Flüchtenden auf Seiten der jüdischen Gemeinschaften der Exilländer zu untersuchen. Im Archiv der jüdischen Gemeinden, insbesondere der Gemeinde Stockholms, finden sich die Schreiben aus dem Deutschen Reich und die Antworten der Schweden nebeneinander. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, ein vollständiges Bild der vielfältigen Hilfsbemühungen für all jene zu zeichnen, die Deutschland und Österreich verlassen mussten. In diesem Bild findet auch die Reaktion und

19 Stefan Mächler: *Hilfe und Ohnmacht. Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund und die nationalsozialistische Verfolgung 1933-1945*, Zürich 2005.

Selbstbehauptung der deutschen und österreichischen Juden auf die nationalsozialistische Bedrohung ihren Platz und es kommen auch diejenigen zu Wort, die sich in den Herkunftsorten der Flüchtlinge um deren Flucht bemühten.

Die vorliegende Monografie skizziert die verschiedenen Fluchtstrategien und die oft nicht bewussten, sondern durch die Notwendigkeit diktierten Wege anhand von ausgewählten Einzelfällen. Solch eine Untersuchung der Fluchtstrategien deutscher und österreichischer Juden und der beteiligten Organisationen erweitert nicht nur das Wissen zu Exilpolitik und Exilerfahrung in Skandinavien, sondern hilft zugleich, die Handlungsoptionen der Verfolgten in Deutschland besser zu verstehen. Dabei werden transnationale Netzwerke der Flucht sichtbar. Anders als in internationalen Beziehungen sind die Akteure transnationaler Beziehungen Akteure unter- und oberhalb der Ebene des Nationalstaates. Die jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich waren auf solche Netzwerke angewiesen, da die zwischenstaatliche Diplomatie – nicht erst seit der Konferenz von Évian im Sommer 1938 – die Menschen im Stich ließ. Anders als in den meisten Betrachtungen zur Flüchtlingskrise der deutschen Juden geht es hier nicht um die für die Flüchtlinge katastrophale Flüchtlingspolitik praktisch aller potenziellen Exilländer. Diese bildet in dieser Untersuchung eher die Blaupause für die Fluchtwege und -strategien, die die in diesem Buch vorgestellten Menschen zu wählen gezwungen waren. Die Studie beantwortet dabei folgende zentrale Fragen: Wer konnte nach Schweden fliehen? Welche Strategien und Wege standen für die Flucht zur Verfügung? Welche Netzwerke der Hilfe existierten zwischen deutschen und schwedischen jüdischen Organisationen?

Beispielhafte Geschichten

Anhand von Einzelfällen wird das Leid der großen Gruppe der Betroffenen beleuchtet: Geschichte wird am besten in Geschichten erzählt. Von den scheinbar kleinen Ereignissen ausgehend, sollen das große Ganze sowie die Zusammenhänge erklärt werden. Dabei bedeuteten die »kleinen« Entscheidungen für die Betroffenen oft die ganze Welt. Im Verlauf dieser Untersuchung werden immer wieder einzelne Schicksale exemplarisch für das Erleben der deutschen und österreichischen Flüchtenden und deren Wege in die schwedische Sicherheit stehen. Diese Fälle repräsentieren unterschiedliche Strategien und Voraussetzungen für eine erfolgreiche Flucht in das nördliche Nachbarland. Aus der Beschreibung exemplarischer Fälle werden die Strukturen der Hilfsarbeit und die Bemühungen der beteiligten Helfer ersichtlich und es können Strategien der Flucht herausgearbeitet werden. Anhand der ins neutrale kleine Schweden Geflüchteten werden die Geschichten der Flucht aus beiden Herkunftsländern der Flüchtlinge, Deutschland und Österreich, gemeinsam behandelt, um die spezifischen Unterschiede und die Gemeinsamkeiten der Reaktionen von Ju-

den und Spielräume der Handelnden zu veranschaulichen. Bislang sind diese Geschichten gewöhnlich getrennt voneinander erzählt worden.

Es flohen aber nicht nur einzelne Menschen oder Familien nach Schweden. Mit der zunehmenden Festigung der nationalsozialistischen Herrschaft setzte sich auch unter vielen jüdischen Deutschen die Einsicht durch, dass insbesondere die jüdische Jugend in Deutschland keine Zukunft habe. Daher bemühten sich mehr und mehr jüdische Organisationen um eine Vorbereitung ganzer Gruppen für eine Emigration aus Deutschland. Zionistische Organisationen ergriffen häufig die Initiative. Sie hatten sich seit Jahren einer Gruppeneinwanderung nach Palästina verschrieben und verfügten über ein ideelles und praktisches Rüstzeug, um die neuen Herausforderungen zu bewältigen. Zusammen mit schwedischen Zionisten betrieben sie im Süden des Landes eine Reihe von Zentren, die sich der landwirtschaftlichen Schulung (hebr. Hachschara) der zionistischen Pioniere, der Chaluzim, widmeten. Hinzu kamen die sogenannten Kindertransporte. Jene Kinder, die nicht freiwillig gingen, wussten ebenso wenig wie ihre Mütter und Väter, was ihnen bevorstand. Manche Eltern, die an den Bahnhöfen deutscher Großstädte dem sich entfernenden Zug mit einem Kindertransport hinterherwinkten, mochten ahnen, dass die Trennung ein Abschied für immer sein würde – in vielen Fällen der Preis für die Rettung der Kinder. Für die jüdischen Institutionen, die diese Transporte durchführten, waren sie im organisatorischen Aufwand der Einreise der Chaluzim sehr ähnlich.

Zeitlicher Rahmen und Aufbau

Die vorliegende Untersuchung legt den Schwerpunkt auf die Jahre von 1933 bis 1941 – einen längeren Zeitraum, als er bislang im Fokus der wissenschaftlichen Forschung stand. Viele Studien zur Flucht konzentrieren sich auf den Zeitraum von 1938 bis 1941, in dem durch den »Anschluss« Österreichs, den Novemberpogrom und eine immer gewaltsamer werdende Vertreibungspraxis der Nationalsozialisten der Druck auf die deutschen und österreichischen Juden stieg.²⁰ Dabei lohnt sich die Betrachtung der Vorjahre, in denen die Flüchtlinge die Ausreise aus dem Deutschen Reich noch unter einem geringeren Druck und mit mehr finanziellen Mitteln bewerkstelligen konnten und in denen sich die Flüchtlingshilfe in Schweden entwickelte. In dieser Zeit wurden die Grundlagen für das Agieren der Helfer in Schweden während der Hochzeit der Fluchtwelle aus dem Deutschen Reich zwischen 1938 und 1940 gelegt. Durch seine Neutralität geschützt, konnte Schweden aber auch nach 1940 noch Knotenpunkt für Hilfsbemühungen sein. Als einer der wenigen Orte in der Nachbarschaft des Deutschen Reiches, von wo aus nach Kriegsbeginn im September 1939 noch Kontakte mit jüdischen Hilfsorganisationen in den USA und dem unbesetzten

²⁰ Karin Kvist Geverts: *Ett främmande element i nationen. Svensk flyktingpolitik och de judiska flyktingarna 1938-1944*, Uppsala 2008.

Europa hergestellt werden konnten, nahm Stockholm und mit ihr die dortige Gemeinde eine über Schweden hinausreichende, wichtige Position ein. Als am 23. Oktober 1941 das Ausreiseverbot für Juden aus dem Deutschen Reich erging und das Schicksal der noch im Land verbliebenen Juden besiegelt war, setzte sich die Hilfsarbeit in Stockholm, Göteborg und Malmö in veränderter Form fort. Das vorliegende Buch endet daher auch an diesem Punkt, an dem die jüdischen Helfer nördlich der Ostsee sich weitgehend auf die Integration der noch im Lande verbliebenen Geflüchteten konzentrierten.

Das erste Kapitel dieses Buches beschreibt den relativ langen Zeitraum zwischen der Ankunft der ersten deutschen Juden, die vor dem neuen Regime 1933 flohen, und dem stark wachsenden Flüchtlingsdruck im Jahr 1938. In diesen fünf Jahren wurden die Grundlagen gelegt, Strukturen aufgebaut und Aufgaben verteilt. Diese Strukturen mussten sich unter dem rapide steigenden Flüchtlingsdruck zwischen dem »Anschluss« Österreichs und dem Kriegsbeginn bewähren, was im zweiten Kapitel untersucht wird. Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges kam es zu massiven Einschränkungen der Fluchtwege aus Europa. Diese Entwicklung musste auch einen großen Einfluss auf die Flüchtlingshilfe in Schweden haben. Diese Veränderungen sowie die Reaktionen der deutschen und schwedischen Juden sind Untersuchungsgegenstand des dritten Abschnitts. Das vierte und letzte Kapitel beschreibt die Reaktion der an der Hilfsarbeit Beteiligten auf die faktische Kontinentalsperre und Umkreisung Schwedens nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion bis zum Verbot der Auswanderung aus Deutschland im Oktober 1941.

Verwendete Quellen

Die nicht publizierten Quellen zu den jüdischen Flüchtlingen in Schweden liegen in Archiven verstreut – auf drei Kontinenten und in fünf verschiedenen Ländern. Die für die vorliegende Arbeit wichtigsten Bestände gehören zum Archiv der Jüdischen Gemeinde in Stockholm, das im Staatsarchiv (schwed. Riksarkivet) verwahrt wird. Hier sind die Zeugnisse der Hilfsarbeit überliefert, da Schweden nie von Deutschland besetzt und seine jüdische Bevölkerung nicht in den Vernichtungsprozess einbezogen wurde. Mit dem Archiv der Stockholmer Jüdischen Gemeinde *Mosaiska (Judiska) församling i Stockholm* stehen die Akten des 1933 eingerichteten Hilfskomitees und seiner Nachfolge- und Unterkomitees zur Verfügung. Insbesondere die Protokolle der Komiteesitzungen und die Korrespondenz mit deutschen Hilfsorganisationen sowie die Briefwechsel mit der Sozialbehörde (*Socialstyrelsen*) sind von besonderer Bedeutung. Vor allem enthält das Archiv auch die Fallakten mit den Anträgen auf Unterstützung und Einreise sowie die Korrespondenz der Gemeinde mit den Behörden und deutschen Hilfsorganisationen. Zu den ungefähr 500 Kindern, die nach Schweden gerettet wurden, existieren Akten des jüdischen Hilfskomitees, aber auch eine eigene Bestandsgruppe. Neben diesen sehr umfangreichen Beständen

stellen die Akten der für die Immigration zuständigen Behörden eine wertvolle Überlieferung für die Erforschung der Fluchtstrategien der deutschen Juden nach Schweden dar. Vor der Einführung des Visumzwangs zu Beginn des Krieges stellte die Sozialbehörde die notwendigen Aufenthaltstitel aus. Der Bestand ihrer Nachfolgeinstitution *Statens utlänningskommission* (Staatliche Ausländerkommission) enthält einen Großteil der Akten zu den einzelnen Flüchtlingen.

Da ein beträchtlicher Teil der finanziellen Mittel für die Hilfsarbeit durch amerikanische Hilfsorganisationen bereitgestellt wurde, wurden die Akten des *American Jewish Joint Distribution Committee* (JDC oder auch Joint) sowie die im *YIVO Institute for Jewish Research in New York* verwahrten Bestände zur *Hebrew Immigrant Aid Society* (HIAS) hinzugezogen. Zur landwirtschaftlichen Ausbildung, der Hachschara, fand sich in der zentralen israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem eine Fülle von Material. Dieses wurde durch die Bestände der Central Archives for the History of the Jewish People und dem Central Zionist Archive ergänzt. Infolge der kriegsbedingten Zerstörungen bietet der Bestand der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland im Bundesarchiv in Berlin nur wenige ergänzende Informationen zu den Emigrationsbemühungen deutscher Juden. Hingegen ist das Archiv der *Wiener Israelitischen Kultusgemeinde* gut erhalten.²¹ Seine Bestände liefern insbesondere umfangreiche Informationen zum Ablauf der Kindertransporte. Ergänzt wurden Bestände des Archivs der *Stiftung »Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum«* eingesehen.

Begrifflichkeiten

Es ist notwendig, vorab auf die in diesem Buch eingehaltenen sprachlichen Konventionen und Besonderheiten einzugehen. Jede Untersuchung über jüdische Flüchtlinge stößt zwangsläufig an sprachliche Grenzen. Identitäten mit einfachen Worten zu fassen ist unmöglich. Wer ist Jude oder Jüdin? Umso schwieriger wird es, wenn Fremdzuschreibungen und rassistische Kategorien von Behörden hinzukommen. Die »jüdischen« Flüchtlinge in diesem Buch waren Menschen, die vor Verfolgung fliehen mussten, weil sie sich entweder zu einer jüdischen Identität bekannten oder ihnen diese zugeschrieben wurde. Auch ist die Zuschreibung »deutscher« Flüchtling ab 1938 nicht mehr exakt, mischten sich hier doch insbesondere Flüchtende aus dem annektierten Österreich und Gebieten der Tschechoslowakei unter jene Flüchtlinge, die sich um eine Ausreise aus dem Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 bemühten. Da diese von den schwedischen Behörden aber als Deutsche wahrgenommen wurden, wird auch hier zugunsten der Lesbarkeit auf eine weitere Differenzierung verzichtet, sofern sie nicht einem besseren Verständnis der Fluchtstrategien unterschiedlicher Flüchtlingsgruppen dienen kann.

21 Die mit A/W (Jerusalem) und A/VIE/IKG (Wien) bezeichneten Bestände wurden beide in der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG) herangezogen.

Die Nationalsozialisten bezeichneten die Flucht deutscher und österreichischer Juden euphemistisch als »Auswanderung«. Für die Verfolgten stellte sich das freilich anders dar, auch wenn die Hilfsorganisationen die Terminologie notgedrungen übernehmen mussten. Für sie bedeutete die nationalsozialistische Politik Vertreibung und Ausplünderung. Neben denjenigen deutschen Juden, die unmittelbar nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten Deutschland verließen, weil sie fürchteten, wegen vorangegangener politischer und kultureller Arbeit verfolgt zu werden, verließen auch einige Zehntausend jüdische Deutsche das Land in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft, weil sie die Einschränkungen und Verfolgungen richtig deuteten und für sich keine Perspektive mehr in ihrem Heimatland sahen. Zuweilen waren sie noch in der Lage, ihre Ausreise und einen Neuanfang in der Fremde zu planen, das Land ihres Exils auszuwählen und Teile ihres Vermögens – wenn auch unter großen Verlusten – zu retten. Je später der Entschluss zur Ausreise getroffen wurde, desto höher waren die Verluste, und umso mehr stieg der Druck, in jedes nur mögliche Exil zu fliehen.

David Jünger plädiert in seiner kürzlich erschienenen Studie dafür, für die Ausreise deutscher Juden aus dem Deutschen Reich zwischen 1933 und 1937 den Begriff »Emigration« und nicht »Flucht« zu verwenden.²² Er verweist darauf, dass die deutschen Juden zwischen 1933 und dem Beginn des Jahres 1938 noch unterschiedliche Handlungsoptionen hatten und zumeist nicht vor einer Gefahr für Leib und Leben flohen.²³ Ihm ist es wichtig, dass die Gründe für und der Zeitpunkt des Verlassens des Deutschen Reiches nicht aus einer Position des Wissens um den Holocaust beurteilt, sondern als Teil eines damals noch ergebnisoffenen Prozesses aufgefasst werden.

Auch diese Studie geht explizit von diesem Standpunkt aus und versucht das Handeln der schwedischen Helfer für diejenigen, die versuchten nach Schweden einzureisen, in ihrem historischen Erfahrungshorizont zu beschreiben. Die Recherchen ergaben große Unterschiede hinsichtlich der Dringlichkeit der Hilfesuche deutscher Juden bei den schwedischen Helfern. Letztlich verließen aber alle hier genannten Menschen ihre Heimat unfreiwillig. Mag es auch sein, dass der Januar 1933 in der Wahrnehmung vieler Jüdinnen und Juden und ihrer Vertreter in den jüdischen Organisationen keinen radikalen Bruch darstellte und sie noch einige Zeit in der Kontinuität des Abwehrkampfes gegen den Antisemitismus für einen Erhalt eines gleichberechtigten Rechtsstatus der deutschen Juden kämpften und nicht zur Auswanderung aufriefen,²⁴ so sind aber die vielen frühen Pläne für eine Massenauswanderung Zeichen für eine (schnell) wachsende Einsicht, dass der Lebensraum der deutschen Juden unwiederbringlich beschädigt worden war. Wer trotz der Hoffnung vieler, dass

22 David Jünger: Jahre der Ungewissheit. Emigrationspläne deutscher Juden 1933-1938, 2. Aufl., Göttingen 2017 (2016), S. 17-25.

23 Ebd., S. 19.

24 Ebd., S. 175.

das nationalsozialistische Regime wieder fallen würde oder ein Modus Vivendi mit einem diskriminierenden, aber gesicherten Rechtsstatus für Juden gefunden werden könne, das Land verließ, floh. Dass diese Menschen unter Umständen noch Wahlmöglichkeiten hatten und zum Zeitpunkt des Grenzübertritts keiner Lebensgefahr ausgesetzt waren, ändert nichts daran, dass sie vor einem Angriff auf ihre Existenzmöglichkeiten flüchteten, der von allen Behörden getragen wurde und auf sie als Mitglieder einer Minderheit zielte. Sie emigrierten nicht, weil sie die wirtschaftliche Situation negativ einschätzten oder die Konjunktur in den USA, Schweden oder Großbritannien bessere Zukunftsaussichten bot. Sie flohen vor dem wahrgenommenen Verlust ihrer Zukunft. Und spätestens seit dem Frühjahr 1938 waren viele von ihnen konkret in ihrer Freiheit – und ihres Lebens – bedroht.

In diesem Buch werden sie alle als »Flüchtlinge«, »Flüchtende« oder »Geflüchtete« bezeichnet.²⁵ Die Bemühungen der Auswandererberatung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die Bemühungen des Hilfskomitees in Stockholm sind daher unterschiedliche Arten der Flüchtlingshilfe. Diese soll aber nicht mit Fluchthilfe verwechselt werden, die unerlaubte Grenzübertritte beinhaltete oder falsche Identitätspapiere beschaffte.²⁶ Die deutsch-schwedische Flüchtlingshilfe bewegte sich, wie zu sehen sein wird, in streng legalen Bahnen. Jünger ist unbedingt zuzustimmen, dass der Fehler vermieden werden muss, aus der individuellen Wahl einzelner jüdischer Deutscher für den Zeitpunkt ihres Verlassens Deutschlands eine Wertung zu entwickeln, die von »vernünftig« (für ein frühes Verlassen Deutschlands) bis »zögerlich« (für eine spät versuchte Ausreise) reicht.²⁷ Ist aus dem Standpunkt des Wissens um den Holocaust ein später Entschluss zur Ausreise als Fehler anzusehen, so entsprach diese Sichtweise eben nicht dem Erfahrungshorizont der Zeitgenossen. Für die schwedischen Gemeindefunktionäre aber war jede oder jeder Ausreisende, der oder dem geholfen werden konnte, ein Mensch, der vor der planvollen Vernichtung seiner Existenz

25 Damit bewegt sich diese Studie in Übereinstimmung mit einem großen Teil der Forschenden, die den erzwungenen Charakter des Verlassens des Deutschen Reiches betonen. Vgl. Wolfgang Benz: *Emigration. Möglichkeiten und Grenzen jüdischer Flucht aus Deutschland*, in: ders./Angelika Königseder (Hg.): *Judenfeindschaft als Paradigma. Studien zur Vorurteilsforschung*, Berlin 2002, S. 187-193; Juliane Wetzel: *Auswanderung aus Deutschland*, in: Wolfgang Benz (Hg.): *Die Juden in Deutschland 1933-1945*, München 1988, S. 413-498; Abraham Margalioth: *The Problem of the Rescue of German Jewry during the Years 1933-1939. The Reasons for the Delay in their Emigration from the Third Reich*, in: Yisrael Gutman/Efraim Zuroff (Hg.): *Rescue Attempts during the Holocaust. Proceedings of the Second Yad Vashem International Historical Conference*, Jerusalem 1977, S. 247-265; und weitere.

26 Anne Klein: *Fluchthilfe aus Südfrankreich. Das Centre Américain de Secours in Marseille, 1940/41*, in: Susanne Heim/Insa Meinen/Ahlich Meyer/Horst Kahrs (Hg.): *Flüchtlingspolitik und Fluchthilfe*, Berlin 1999, S. 47-98, hier S. 48, unter Bezug auf Patrik von zur Mühlen: *Fluchtweg Spanien – Portugal. Die deutsche Emigration und der Exodus aus Europa 1933-1945*, Bonn 1992.

27 Jünger: *Jahre der Ungewissheit*, S. 20.

gerettet wurde. Einzig die Einschätzung der eigenen Möglichkeiten zur Rettung von Menschen erschien ihnen begrenzt.

Quellensprache und Übersetzungen

Da viele der in den Archiven der Jüdischen Gemeinde Stockholms verwahrten Schreiben zur Flüchtlingshilfe keine Unterschrift tragen, ist es nicht immer möglich, den Autor oder die Autorin zu benennen. Oft wurde nur die Gemeinde als Absenderin vermerkt, was in fast allen Fällen das Hilfskomitee oder später die Flüchtlingsabteilung bedeutete. Die Mitglieder der Gemeindeleitung und die Mitglieder des Hilfskomitees waren im Untersuchungszeitraum mehrheitlich identisch, die beiden Einrichtungen können daher in den meisten Fällen synonym verwendet werden. In Wien sind die Durchschriften der Schreiben an die Gemeinde in Stockholm zu finden. Nicht immer ist es gelungen, das Original in den schwedischen Archiven zu finden oder es genau zuzuordnen. Es gibt daher keine Garantie, dass alle diese Schreiben mit genau diesem Wortlaut – ohne handschriftliche Hinzufügungen – abgeschickt wurden. Von daher ist es wichtig zu bedenken, dass es sich in den meisten Fällen um Durchschriften handelt, die herangezogen wurden. Auffindungssituation und Kontext lassen aber die begründete Annahme zu, dass die Schreiben zum Versand bestimmt waren und auch in der vorliegenden Fassung abgeschickt wurden.

Alle Übersetzungen aus dem Schwedischen sind selbst angefertigt. Eventuelle Fehler liegen also in der alleinigen Verantwortung des Autors. Es wurde zudem versucht, die grammatikalischen Besonderheiten der schwedischen Sprache, so den angehängten Artikel, mit einer deutschen Schreibweise zu vereinbaren. Aus diesem Grund wird der deutsche bestimmte Artikel der schwedischen unbestimmten Form vorangestellt. Bei den hebräischen Begriffen wurde eine in der deutschsprachigen Forschung gängige Umschrift verwendet, die manchmal von den Originaldokumenten abweicht. Zudem waren in Schweden, wie in Deutschland, in den 1930er Jahren unterschiedliche Schreibmaschinentastaturen im Gebrauch. Manche wiesen die deutschen, andere die schwedischen, wiederum andere überhaupt keine Umlaute auf. Die Autoren verwendeten auch keine einheitlichen Schreibweisen. Daher wurden in den eigenen Übersetzungen aus dem Schwedischen solcherlei »Fehler« bei deutschen Begriffen behutsam korrigiert.

I. Die Entwicklung der Hilfsstrukturen, 1933-1937

1. Deutsch-jüdische Organisationen zu Beginn der Verfolgung

Als die Nationalsozialisten ab 1933 die durch die antisemitische Propaganda der letzten Jahrzehnte bereits brüchige Beziehung zwischen den deutschen Juden und Nichtjuden gänzlich zerstörten, wollten viele der alteingesessenen jüdischen Deutschen diese Entwicklung nicht einräumen. Zu absurd erschien die Vorstellung einer Abschaffung der Emanzipation. Was folgen sollte, konnten nur sehr weitsichtige oder sehr vorsichtige Menschen voraussehen. Noch waren selbst die infamen Gesetze von Nürnberg nicht geschrieben und ein Völkermord an der jüdischen Bevölkerung Europas lag außerhalb des Denkhorizonts. Dass aber die Grundlagen der wirtschaftlichen Existenz und der politischen Teilhabe bedroht wurden, war augenscheinlich. Fraglich war aber noch, wie lange sich das Regime halten würde. Mancher hoffte, die Herrschaft der Nationalsozialisten würde bald wieder zerfallen. Flüchten mussten zunächst diejenigen, die sich aufgrund ihrer politischen oder publizistischen Arbeit exponiert hatten. Dies betraf Juden wie Nichtjuden gleichermaßen. Insbesondere politisch aktive Gegner der Nationalsozialisten verließen, oft Hals über Kopf, das Land. Weitere wurden zur Emigration gezwungen, da die ersten jüdenfeindlichen Gesetze des neuen Regimes ihnen ihre Verdienstmöglichkeiten und Lebensgrundlagen entzogen.¹

Diese erste Fluchtwelle hatte vor allem Westeuropa und in geringerem Umfang Palästina als Ziel.² In den Nachbarländern wie Frankreich und den Niederlanden warteten zunächst viele ab, wie sich die Lage in Deutschland entwickelte und ob sich die nationalsozialistische Herrschaft lediglich als kurze Episode erweisen würde. Insbesondere aus der hastig durchgeführten Flucht resultierten aber in den Fluchtländern weitere Schwierigkeiten. Viele der Flüchtlinge waren ohne Vorbereitung ausgereist und sahen sich nun – angesichts fehlender Sprachkenntnisse und/oder einer im Fluchtland nachgefragten Ausbildung – vor ernste ökonomische Probleme gestellt. In den jüdischen Organisationen wurde daher die Frage des Gehens oder Bleibens intensiv diskutiert. Zwar verstanden viele nach und nach, dass das Regime ihnen nur die »Wahl zwischen Deklassierung

- 1 Siehe generell hierzu Werner Rosenstock: Exodus 1933-1939. A Survey of Jewish Emigration from Germany, in: Leo Baeck Institute Year Book (LBI YB) I (1956), S. 373-390; Frank Caestecker/Bob Moore (Hg.): Refugees from Nazi Germany and the Liberal European States, Oxford/New York 2010; Margalioth: The Problem of the Rescue, S. 247-265; Doron Niederland: The Emigration of Jewish Academics and Professionals from Germany in the First Years of Nazi Rule, in: LBI YB 33 (1988), S. 285-300.
- 2 Rosenstock: Exodus. Der Artikel ist zwar bereits älter, die Ergebnisse, die sich auf eine breite Quellenbasis stützen, sind aber nach wie vor gültig.

oder Vertreibung«³ ließ, die endgültige Loslösung vom Heimatland, der Familie, der Kultur und Sprache aber bedeutete stets einen harten und schmerzhaften Schritt, der immer auch mit einer wirtschaftlichen Einbuße verbunden war.

Die negativen Erfahrungen, die die ersten Flüchtlinge von 1933 in den Fluchtländern machten, trugen dazu bei, dass die jüdischen Hilfsorganisationen, und an ihrer Spitze die Reichsvertretung, eine Politik der Nachhaltigkeit favorisierten. Nur diejenigen, denen sich aufgrund einer guten Vorbereitung und bestehender Kontakte im Fluchtland Aussichten auf eine erfolgreiche Integration boten, sollten zu diesem Zeitpunkt die Auswanderung in Betracht ziehen und Hilfe von jüdischer Seite in Anspruch nehmen. Eine Massenauswanderung unvorbereiteter deutscher Juden, die in den Fluchtländern keine Arbeit fanden, könnte, so die Befürchtung, dort die Stimmung gegenüber den Flüchtlingen insgesamt verschlechtern, zu einer restriktiven Einwanderungspolitik führen und die Pläne einer organisierten Massenauswanderung aus Deutschland nachhaltig schädigen. Schon bald wurde zudem klar, dass nicht alle deutschen Juden ein menschenwürdiges Dasein oder auch nur Zuflucht in anderen Ländern finden würden. Fremdenfeindliche und antisemitische Ressentiments in den potenziellen Fluchtländern ließen diese als ebenso unsicher erscheinen, sodass eine Auswanderung dorthin nicht mit der Aussicht auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen einhergehen würde.

In den ersten Monaten nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten ergriffen die jüdischen Organisationen und Verbände nur wenige nennenswerte Initiativen zur Entwicklung größerer Emigrationsprogramme. Nur die Zionisten propagierten, ihrem Selbstverständnis entsprechend, die Einwanderung nach Palästina. Aber auch sie favorisierten eine nachhaltige und geordnete Alija. Die großen Verbände wie die Reichsvertretung konzentrierten sich eher auf die Hilfsarbeit und gegebenenfalls eine Binnenwanderung innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs.⁴

Dort freilich wurde der Lebensraum der deutschen Juden Schritt für Schritt eingeschränkt. Sie mussten ein »Leben am Rande des Rechtes« führen und waren schon früh der totalen Willkür der Behörden ausgesetzt.⁵ Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, das Anfang April 1933 erlassen wurde, bezeichnete den ersten Schlag, der sich gegen eine größere Gruppe des deutschen Judentums richtete.⁶ Für die vielen von den lokalen Behörden, den Handwerksverbänden und den berufsständischen Zusammenschlüssen heraus-

3 Konrad Kwiet: Gehen oder Bleiben? Die deutschen Juden am Wendepunkt, in: Walter H. Pehle (Hg.): Der Judenpogrom 1938. Von der »Reichskristallnacht« zum Völkermord, Frankfurt a. M. 1993, S. 132-145, hier S. 133.

4 Claudia Curio: Verfolgung, Flucht, Rettung. Die Kindertransporte 1938/39 nach Großbritannien, Berlin 2006, S. 31.

5 Dirk Blasius: Zwischen Rechtsvertrauen und Rechtszerstörung. Deutsche Juden 1933-1945, in: ders./Dan Diner (Hg.): Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland, Frankfurt a. M. 1991, S. 121-137, hier S. 122.

6 Uwe Dietrich Adam: Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972, S. 63 f.

gegebenen Anordnungen, Richtlinien, Ge- und Verboten gab es zumeist nicht einmal eine solche scheinlegale Grundlage. Gegen diese stemmte sich von jüdischer Seite eine wachsende Anzahl von Einrichtungen, Verbänden, Vereinen und Privatinitiativen. Sie versuchten, den Menschen ein würdiges und erfülltes Leben zu gewährleisten. Zu den ersten Maßnahmen gehörte am 17. September 1933 die Gründung einer Interessenvertretung – die Reichsvertretung der Deutschen Juden.⁷ Prominente Vertreter der Berliner und der Essener Gemeinde trieben die Gründung voran. Dabei trat man durchaus untereinander in Konkurrenz oder musste, wie im Falle Berlins, starken innergemeindlichen Widerstand überwinden.⁸ Versuche, eine solche zentrale Einrichtung zu gründen, hatte es schon in der Weimarer Republik gegeben.⁹ Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten aber wurde eine solche gemeinsame Interessenvertretung überlebenswichtig. Nach dem Zeugnis des wichtigsten Repräsentanten der deutschen Juden in der Zeit der Verfolgung – Leo Baeck – waren es nach dem Januar 1933 vor allem die zwei größten Vereine der deutschen Juden, der Centralverein der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens und die Zionistische Vereinigung für Deutschland, die sich nun engagiert für die Gründung eines Reichsverbandes einsetzten.¹⁰ Diese beiden Organisationen repräsentierten die beiden großen Lager in der politisch-religiösen Ausrichtung im deutschen Judentum und waren als solche auch organisatorisch eher als die Landes- oder Gemeindeverbände in der Lage, einen solchen Zusammenschluss in Angriff zu nehmen. Ziel der Reichsvertretung war es, sowohl »Koordinationsstelle als auch Sprachrohr der deutschen Juden gegenüber dem NS-Staat und ausländischen jüdischen Organisationen zu sein«.¹¹ So etablierte sich mit der Reichsvertretung ein Forum für Diskussionen und eine innerjüdische Auseinandersetzung, mit

7 Max Gruenwald: *The Beginning of the »Reichsvertretung«*, in: LBI YB I (1956), S. 57-67, hier S. 57. Ausführlich zur Geschichte der Reichsvertretung Meyer: *Tödliche Gratwanderung*, S. 33-47.

8 Esriel Hildesheimer: *Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime. Der Existenzkampf der Reichsvertretung und Reichsvereinigung der Juden in Deutschland*, Tübingen 1994, S. 16 f.; Kurt Jacob Ball-Kaduri: *The National Representation of Jews in Germany – Obstacles and Accomplishments at its Establishment*, in: *Yad Vashem Studies II* (1958), S. 159-178.

9 Hildesheimer: *Jüdische Selbstverwaltung*, S. 3-8; sowie noch früher beginnend Jacob Toury: *Organizational Problems of German Jewry. Steps towards the Establishment of a Central Organization (1893-1920)*, in: LBI YB XIII (1968), S. 17-90.

10 Leo Baeck: *In Memory of Two of Our Dead*, in: LBI YB I (1956), S. 51-56, hier S. 52 f.

11 Beate Meyer: *Gratwanderung zwischen Verantwortung und Verstrickung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die Jüdische Gemeinde zu Berlin 1938-1945*, in: dies./Hermann Simon (Hg.): *Juden in Berlin 1938-1945. Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung in der Stiftung »Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum«*, Mai bis August 2000, Berlin 2000, S. 291-337, hier S. 291.

dem insbesondere die großen Gemeinden wie Berlin häufig unzufrieden waren und manchmal nur unwillig kooperierten.¹²

Zur Unterstützung der Fluchtwilligen gründeten sich mehrere gemeinsame Organisationen. Eine für die ersten Kontakte nach Schweden wichtige Funktion übernahm der bereits am 13. April 1933 gegründete *Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau*. Weitsichtige Menschen hatten sich frühzeitig mit der herannahenden Katastrophe auseinandergesetzt und die Gründung eines Gremiums forciert, das sich der Wirtschaftshilfe verschrieben hatte und die Auswanderung von deutschen Juden förderte. Zu diesen Persönlichkeiten gehörten auch Mitglieder der Hamburger Familie Warburg und Hans Schäffer, Personen, die später in der Flüchtlingshilfe in Schweden noch eine bedeutende Rolle spielen sollten. Dabei wurden die beiden sehr unterschiedlichen Ziele der Hilfe zum Bleiben und der Hilfe zum Gehen in einer Organisation vereint. Das mag in der Rückschau merkwürdiger erscheinen als aus der Perspektive des Jahres 1933.¹³

Innerhalb des Zentralausschusses war der *Hilfsverein* von Beginn an das stärkste Instrument für eine Beratung jener Hilfesuchenden, die ausreisen wollten oder mussten. Eigentlich 1901 gegründet, um notleidenden Juden in Osteuropa und dem Nahen Osten beizustehen, definierte der Hilfsverein seine Aufgaben im Laufe der Zeit neu und leistete neben der Katastrophenhilfe auch Unterstützung für notleidende Flüchtlinge aus Osteuropa bei der Reise in die Vereinigten Staaten.¹⁴ 1935 war er gezwungen, seinen Namen zu ändern – fortan hieß er *Hilfsverein der Juden in Deutschland*. Innerhalb der Reichsvertretung entwickelte er sich zur tragenden Organisation für die Auswanderung, wobei er sich ausschließlich mit der außerpalästinensischen Emigration beschäftigte. Ein großer Teil der aus Deutschland ausgereisten Juden fand beim Hilfsverein Rat und Hilfe sowie eine finanzielle Unterstützung. Die *Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge* kümmerte sich hingegen um die Repatriierung osteuropäischer jüdischer Staatsbürger, die oftmals seit Jahrzehnten in Deutschland gelebt hatten. Diese osteuropäischen Juden litten als erste unter den vielfältigen antijüdischen Gesetzen und Regelungen. Die Auswanderung nach Palästina wurde durch das *Palästinaamt* in Vertretung der Jewish Agency for Palestine organisiert.

Auch die Reichsvertretung musste 1935 ihren Namen ändern und sich fortan Reichsvertretung der Juden *in* Deutschland nennen.¹⁵ *Deutsche* Juden sollte es

12 Saul Esh: The Establishment of the »Reichsvereinigung der Juden in Deutschland« and its main Activities, in: Yad Vashem Studies VII (1968), S. 19-38, hier S. 20 f.

13 Siehe hierzu die Quellen zum Zentralausschuß bei Britta Eckert: Die jüdische Emigration aus Deutschland 1933-1941. Die Geschichte einer Austreibung, Frankfurt a. M. 1985, S. 47-52.

14 Steven M. Lowenstein: Die Gemeinde, in: ders./Paul Mendes Flohr/Peter Pulzer/Monika Richarz: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Bd. III: Umstrittene Integration 1871-1918, München 2000, S. 123-150, hier S. 149.

15 Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtdarstellung des Holocaust, 3 Bde., aus dem Amerikan. übers. von Christian Seeger, durchges. u. erw. Ausg., Frankfurt a. M. 1990, Bd. I, S. 193.

nach dem Willen des Regimes in Zukunft nicht mehr geben. Am 28. März 1938 veröffentlichte das Regime das »Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusgemeinden«.¹⁶ Der Inhalt betraf die in den ersten fünf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft unangetastet gebliebene Rechtsstellung der Synagogengemeinden als öffentliche Körperschaften. Die Gemeinden hatten zunächst auch unter dem Nationalsozialismus weiter Steuerbefreiungen genossen und ihre Mitgliedsbeiträge analog zu den Kirchensteuern über die Gebietskörperschaften einziehen können. Nun verloren sie diese Vorrechte schlagartig und wurden zu Vereinen des bürgerlichen Rechtes »degradiert«.¹⁷ Zudem wurde ihnen die Verfügungsgewalt über strukturelle Änderungen und die Veräußerung bestimmter Werte entzogen, für die sie fortan die Genehmigung einer »höheren Verwaltungsbehörde« benötigten.¹⁸

Diese Einschränkungen hatten nicht nur einen hohen Symbolwert, da eine lange Tradition religiöser Eigenständigkeit ihr Ende fand, sondern ging auch mit ganz praktischen Folgen einher, da die Gemeinden nun um die Zahlungsmoral ihrer finanziell gebeutelten und häufig bereits verarmten Gemeindemitglieder fürchten mussten. Damit waren die dringenden Aufgaben der Gemeinden im Fürsorge- und Schulbereich gefährdet. Der Novemberpogrom beendete dann die Autonomie endgültig. Die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* (RV), die am 4. Juli 1939 durch die 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz geschaffen wurde, funktionierte nur mehr als Zwangsorganisation, die strengstens von der Gestapo kontrolliert wurde, in der die Gemeinden aber keine Mitwirkungsrechte hatten. Der Vorstand ging nicht mehr aus Wahlen hervor, sondern wurde von der Gestapo ernannt. Zu den Hauptaufgaben dieser zentralen jüdischen Organisation sollte weiterhin die Förderung und Finanzierung der Auswanderung sowie die Trägerschaft der jüdischen Wohlfahrtsorganisationen gehören.¹⁹ Sie sollte, wie im Folgenden zu sehen sein wird, die Hauptansprechpartnerin der schwedischen Juden bei der Hilfsarbeit werden.

2. Die jüdischen Gemeinden Schwedens und die Asylpolitik

Juden waren erst verhältnismäßig spät in die skandinavischen Länder eingewandert. Dies hing nicht nur mit der Randlage dieser Länder zusammen, sondern auch mit den harten und restriktiven Bestimmungen im postreformatorischen Norden, die eine Zuwanderung von Juden erschwerten. Nur in Dänemark war

16 Joseph Walk: Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, Berlin 1996, S. 219.

17 Hildesheimer: Jüdische Selbstverwaltung, S. 53.

18 »Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen«, 28.3.1938, § 3, bei Hildesheimer: Jüdische Selbstverwaltung, S. 52.

19 Meyer: Gratwanderung, S. 292; Wolf Gruner: Armut und Verfolgung. Die Reichsvereinigung, die jüdische Bevölkerung und die antijüdische Politik im NS-Staat 1939 bis 1945, in: Stefi Jersch-Wenzel (Hg.): Juden und Armut in Mittel- und Osteuropa, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 405-433, hier S. 409 f.

Juden die Einwanderung unter bestimmten Bedingungen bereits im 17. Jahrhundert erlaubt. Insbesondere Juden aus Norddeutschland und sephardische Juden aus Amsterdam migrierten nach Schweden. Lange Zeit bestand eine starke Verbindung zur Altonaer Jüdischen Gemeinde. In Norwegen ergänzte die gegen die schwedische Oberhoheit agierende verfassungsgebende Versammlung 1814 die Verfassung um einen Paragrafen, der Juden den Zugang gänzlich verbot. Diese Regelung blieb bis 1851 in Kraft. In Schweden konnten sich Juden seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts ohne Religionswechsel in einigen wenigen Orten und Städten niederlassen. Diejenigen, die seitdem nach Schweden emigrierten, stammten zu meist aus Norddeutschland und ihre Muttersprache war häufig Deutsch.

Die schwedisch-jüdische Gemeinschaft zu Beginn der Verfolgung

Aaron Isaac, der erste Jude, der 1774 in Schweden ein uneingeschränktes Niederlassungsrecht erhielt und als Gründungsvater der Stockholmer Gemeinde gilt, wurde zum Beispiel in Treuenbrietzen (Brandenburg) geboren und wanderte aus dem Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommern ein. Auch die nächsten Mitglieder seiner Gemeinde stammten aus Mecklenburg und brachten ihre Familien mit.²⁰ Aus den relativ geringen Zahlen jüdischer Einwanderer und der sehr homogenen Bevölkerungsstrukturen Skandinaviens resultierte ein starker Anpassungsdruck, der sich auf die Integration der jüdischen Skandinavier auswirkte. Insbesondere in Schweden und Dänemark war die jüdische Minderheit gut integriert, sodass Antisemitismus nahezu während des gesamten 19. Jahrhunderts eine Randerscheinung blieb. Viele der jüdischen Immigranten zählten in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts zu den führenden Intellektuellen und Wirtschaftslenkern Schwedens. Das größte Verlagshaus der Region – Bonnier – veranschaulicht diesen Aufstieg.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts kamen dann neue jüdische Einwanderer. Als Folge der Pogrome im zaristischen Russland flohen jüdische Familien nicht nur nach Westeuropa, sondern suchten auch Asyl in Nordeuropa. Die jüdischen Gemeinden Schwedens verdoppelten beinahe ihre Mitgliederzahlen. In Malmö bildete sich erst 1871 eine kleine Jüdische Gemeinde, nachdem ein für Juden geltendes Niederlassungsverbot außerhalb von Stockholm, Göteborg, Karlskrona und Norrköping aufgehoben worden war. Die Nähe zu Kopenhagen machte das ansonsten eher kleinstädtische Malmö attraktiv. Die Kopenhagener Gemeinde leistete zunächst auch organisatorische Hilfe. Erst 1903 wurde in Malmö eine ständige Synagoge errichtet. Stammten die ersten Mitglieder noch vor allem aus Deutschland, so zogen gegen Ende des 19. Jahrhunderts insbesondere Juden aus Osteuropa in die kleine Gemeinde.²¹ Durch diese Flüchtlingswelle zwischen

20 Hugo Valentin: *Judarna i Sverige. Från 1774 till 1950-talet*, Stockholm 2004, S. 47, 57.

21 Walter Siegel: *Mosaiska församlingen i Malmö 75 år, 1871-1946. En minnesskrift efter manuskript av Walter Siegel*, Malmö 1946, S. 15, 39.

1900 und 1910, in deren Verlauf mehr als 2000 Juden auf der Flucht vor den Verfolgungen im zaristischen Russland nach Schweden einwanderten, änderte sich die Zusammensetzung der schwedisch-jüdischen Gemeinschaft von Grund auf. Im Jahr 1930 waren fast 40 Prozent der Juden schwedischer Staatsangehörigkeit im Ausland geboren.²²

Hugo Valentin, der Mentor der jüdischen Geschichte Schwedens, konstatierte eine wachsende Kluft zwischen den Neueinwanderern und den alteingesessenen Familien, die sich auf eine starke deutsche und schwedische Bildungstradition beriefen und auf die »Proletarier« aus Osteuropa herabblickten. Zudem hätten diese »nichtassimilierten« Juden die schwedische Gemeinschaft an deren eigene Vergangenheit erinnert, die sie zu gerne vergessen hätte.²³ Inga Gottfarb, die zusammen mit ihrem Mann Ragnar für das Joint Distribution Committee arbeitete, stellte fest, dass jene etablierten Juden keine natürliche Nähe zu den Osteuropäern spürten. Nach Gottfarbs Einschätzung wurden die Gemeinden von Stockholm und Göteborg von den »Schweden« dominiert, die Malmöer Gemeinde bestand hingegen eher aus »Ostjuden«. Die Vorstände der Gemeinden seien zumeist »assimilierte« schwedische Juden gewesen.²⁴ Die Ersteren bezeichneten sich selbst als die »alte schwedische« jüdische Gemeinschaft. In ihr fanden sich neben der Verlegerfamilie Bonnier auch der Wirtschaftshistoriker Eli Heckscher und der Gemeindevorsitzende in Stockholm Gunnar Josephson.²⁵ Insbesondere die Stockholmer Gemeindeleitung wurde von den »alten schwedisch-jüdischen Familien« dominiert.²⁶

Seit dem 19. Jahrhundert entwickelte sich die Stockholmer Gemeinde immer stärker zur zentralen Ansprechpartnerin der Behörden, wenn es um die Belange aller in Schweden lebenden Juden ging. Hier bildeten sich die Grundzüge der administrativen Zusammenarbeit aus, die später eine wichtige Rolle spielen sollte. In Stockholms und Göteborgs jüdischen Gemeinden konnte auf der einen Seite nur Mitglied werden, wer auch die schwedische Staatsbürgerschaft besaß. In Malmö hingegen galt diese Regelung nicht immer von der Gründung der Gemeinde 1871 bis 1933. Auf der anderen Seite verlangte das schwedische Gesetz, dass sich ein jüdischer Staatsbürger immer auch einer Gemeinde an-

22 Valentin: *Judarna i Sverige*, S. 143.

23 Ebd., S. 143, 145.

24 Inga Gottfarb: *Den livsfarliga glömskan*, Stockholm 2006, S. 93 f.

25 Svante Hansson: *Antisemitism, assimilation och judisk särart. Svensk-judisk elite-debatt ved Hitlers maktövertagande 1933*, in: Mattias Tydén/Harald Runblom/Gunnar Broberg (Hg.): *Judiskt liv i Norden*, Uppsala 1988, S. 307-327, hier S. 308.

26 Owe Kennerberg: *Mosaiska församlingens i Stockholm flyktingverksamhet 1933 – Kristallnatten 1938*, unveröffentl. Examensarbeit, Stockholms Universitet, Historiska institusjonen, Stockholm 1980, S. 8. Diese Annahmen und Aussagen beruhen zumeist auf Zeitzeugengesprächen. Siehe hierzu auch Hansson: *Flykt och överlevnad*, S. 42-48.

schließen musste.²⁷ Erst 1952 trat eine Regelung in Kraft, durch die ein Austritt aus der jüdischen Gemeinde möglich wurde.²⁸

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde die Stockholmer Gemeindeführung, in der die etablierten, in Schweden geborenen jüdischen Familien dominierten, von den Behörden in praktisch allen Fällen um Stellungnahmen gebeten, wenn in Stockholm ansässige Juden ihre Einbürgerung beantragten. Die Gemeinde wurde im Falle der Armut für die Versorgung ihrer Mitglieder zuständig.²⁹ Bei christlichen Antragstellern wurden die lokalen Armeninstitutionen hingegen nicht befragt. Juden wurden also lange unterschiedlich behandelt und der Gemeinde, der *Mosaiska församling*, in Stockholm eine Sonderstellung eingeräumt. Der Einfluss der Gemeinde war zudem nicht unwesentlich. Carl-Henrik Carlsson hat nachgewiesen, dass zwar eine positive Stellungnahme der Gemeinde zu Staatsbürgerschaftsansuchen keine automatische Anerkennung durch die Behörden nach sich zog, dass aber aus einem negativen Gutachten des Gemeindevorstands in jedem Fall in eine behördliche Ablehnung resultierte.³⁰

Solche Gutachten lassen sich auch noch für das Ende der 1940er Jahre nachweisen.³¹ Die Regierung sah die älteste und etablierteste Jüdische Gemeinde Schwedens als Repräsentantin aller schwedischen Juden an, zumal die Hälfte der Juden Schwedens in Stockholm und Umgebung ihren Wohnsitz hatten.³² Der Zionist und angesehene Hochschulprofessor Hugo Valentin, der sich selbst immer wieder aktiv für Flüchtlinge einsetzte, erklärte die wichtige Rolle der Stockholmer damit, dass die Verhandlungen mit der Regierung eine ständige Anwesenheit in der Hauptstadt erforderten.³³ Aus den Schwestergemeinden erschollen aber immer wieder Rufe nach einer Beteiligung an wichtigen Entscheidungen, insbesondere als es um die Organisation der Hilfe für die bedrohten deutschen Flüchtlinge ging.

Schweden als Exilland und die Ausländergesetze

Im Grunde genommen verfügte das Königreich Schweden in den 1930er Jahren über keine Leitlinien der Immigrationspolitik – jedenfalls über keine, die auf eine dauerhafte Aufnahme und Integration der Flüchtlinge abzielten. Damit

27 Carl Henrik Carlsson: *Medborgarskap och diskriminering, Östjudar och andra invandrare 1860-1920*, Uppsala 2004, S. 119.

28 Valentin: *Judarna i Sverige*, S. 214.

29 Ausführlich hierzu Carlsson: *Medborgarskap*, S. 267-274, insbesondere S. 268.

30 Ebd., S. 270.

31 Für 1949 siehe RA, JFA, Huvudarkivet, F 1 A:4.

32 Malin Thor: »Svallvågorna av katastrofen kom också til vår stad«. Hjälpverksamhet inom Norrköpings mosaiska församling i skuggan av förintelsen, in: Lars M. Andersson/Karin Kvist Geverts (Hg.): *En problematisk relation? Flyktingpolitik och judiska flyktingar i Sverige 1920-1950*, Uppsala 2008, S. 179-207, hier S. 181.

33 Valentin: *Judarna i Sverige*, S. 198.

stand Schweden nicht allein. Zu Beginn der 1930er Jahre, als die Folgen der Weltwirtschaftskrise langsam abebbten, galt die Zuwanderung nirgendwo in West- oder Nordeuropa als ein erstrebenswertes politisches Ziel. Es existierte auch kein Konzept eines Asylrechts, sondern lediglich die Vorstellung, dass der Staat das Recht habe, Asyl zu gewähren.³⁴ Zudem verstanden viele Schweden ihr Land eher als Auswanderungsland – hatten doch zwischen den 1850er und den 1930er Jahren 1,3 Millionen Schweden, also etwa 20 Prozent der Bevölkerung, ihre Heimat vor allem in Richtung USA verlassen.

Zwischen 1860 und dem Beginn des Ersten Weltkrieges hatten Ausländer in Schweden eine weitgehende Freizügigkeit genossen. Im Zeitalter des Wirtschaftsliberalismus benötigten Ausländer keinen Pass, um in Schweden eine Arbeit anzunehmen oder einzureisen. Nur wer ein Gewerbe ausüben wollte, bedurfte hierfür eine besondere Erlaubnis. Als Auswanderungsland verzichtete Schweden auf eine strikte Kontrolle seiner Außengrenzen, sondern beschränkte sich auf eine minder strikte Kontrolle im Inneren, die durch die Vergabe von Staatsbürgerschaftsrechten ausgeübt wurde. Diese wurden nur sehr restriktiv verliehen. Nach der Jahrhundertwende begannen sich die Migrationsströme zu verschieben. Insbesondere der Zuzug von Flüchtlingen aus dem russischen Zarenreich und dem vorrevolutionären Russland motivierte eine strengere Ausländergesetzgebung. Zunächst wurde eine neue Polizeibehörde eingerichtet, die mit der Überwachung von Ausländern betraut war. Mit Beginn des Ersten Weltkrieges kam es zu weiteren Einschränkungen, die 1917 schließlich in die Einführung eines generellen Pass- und Visumzwangs mündeten. Zwar wurde dieser in der Zwischenkriegszeit für die westeuropäischen Länder wieder aufgehoben, doch blieb er für Reisende aus osteuropäischen Staaten weiter in Kraft.³⁵ Ausländer, die älter als zwölf Jahre waren, mussten nunmehr in ihrem gültigen Pass einen Sichtvermerk vorweisen, der entweder von einer schwedischen Auslandsvertretung ausgestellt wurde oder, sofern sich die Personen bereits im Land aufhielten, beim Außenministerium erhältlich war.

Bei der Beurteilung der Immigranten rückten besondere Kategorien zunehmend in den Vordergrund. Für die Erteilung von Arbeitsberechtigungen sowie später von Einreisevisa entwickelte sich die Lage auf dem schwedischen Arbeitsmarkt zu einem wichtigen Kriterium der Entscheidungsfindung. Seit 1919 sicherte das Außenministerium den berufsständischen Organisationen bei der Erteilung von Arbeitsgenehmigungen ein Mitspracherecht zu. Sie wurden in einem sogenannten Remiss-Verfahren zu Stellungnahmen herangezogen. Ein

34 Hans Lindberg: *Svensk flyktingpolitik under internationellt tryck 1936-1941*, Stockholm 1973, S. 32; Mikael Byström: *En broder, gäst och parasit. Uppfattningar och föreställningar om utlänningar, flyktingar och flyktingpolitik i svensk offentlig debatt 1942-1947*, Stockholm 2006, S. 243.

35 Lars Hallberg: *Källor till invandringens historia i statliga myndigheters arkiv 1840-1990*, Stockholm 2001, S. 22-25.

Jahr später ging dieses Prozedere in die Zuständigkeit der Sozialbehörde über.³⁶ Erlaubnisse sollten verweigert werden, sofern sie die Arbeitsplätze von Einwohnern schwedischer Staatsangehörigkeit gefährdeten. Dabei wurden Vorstellungen von »Rasse« und »Fremdheit« zu bestimmenden Faktoren bei der Formulierung einer schwedischen Immigrationspolitik. Sie gingen mit einer allgemeinen Hinwendung zu eugenischen, rassistischen und antisemitischen Vorstellungen und Verwaltungspraktiken einher. Wie in anderen europäischen Ländern hatte sich auch in Schweden zur Jahrhundertwende – im Zusammenhang mit der Integration der jüdischen Minderheit in die Mehrheitsgesellschaft – der Juden Hass als organisierte Bewegung etabliert. Parteien vertraten ausgeprägt antisemitische Positionen und die Zahl judenfeindlicher Schriften stieg signifikant an.³⁷

Der antisemitische Diskurs konzentrierte sich auf die Einwanderung osteuropäischer Juden, deren Fremdheit besonderes Missfallen erregte.³⁸ In den traditionsreichen Universitätsstädten Lund und Uppsala entstanden Anfang der 1920er Jahre Forschungseinrichtungen, die sich der Eugenik und der sogenannten Rassenforschung widmeten.³⁹ Auch wenn antisemitische Parteien keine große Anzahl von Anhängern gewinnen konnten, wandelte sich ein rassistischer Antisemitismus in bestimmten Kreisen durchaus zu einem gesellschaftsfähigen Phänomen.⁴⁰ Zudem spielten antisemitische Parolen auch eine zentrale Rolle in der antimodernistischen Publizistik der Bauernverbände.⁴¹ In den 1920er Jahren wurde in Schweden die Gesetzgebung zur Zwangssterilisierung verschärft, durch die sich die Behörden weitreichende Befugnisse sicherten. 1923 betonte die für Einwanderung zuständige Sozialbehörde, dass die restriktive Einwanderungskontrolle zur Bewahrung der »Reinheit« der schwedischen »Rasse« beitrage.⁴²

Später übernahmen die beteiligten Behörden sogar die rassistischen Kategorien der Nationalsozialisten. In internen Handreichungen und den offiziellen Statistiken war nun von »Nichtariern« die Rede.⁴³ Als Folge dieser Entwicklun-

36 Ebd., S. 24 f. In Norsteds Wörterbuch ist Socialstyrelsen mit »Zentralamt für Gesundheits- und Sozialwesen« übersetzt. Im Folgenden wird der einfachere Begriff Sozialbehörde verwendet.

37 Lars M. Andersson: En jude är en jude är en jude. Repräsentationer av »juden« i svenskskämtpress omkring 1900-1930, Lund 2000, S. 473. Allgemein und einflussreich Mattias Tydén: Svensk antisemitism 1880-1930, Uppsala 1986.

38 Hierzu ausführlich Carlsson: Medborgarskap.

39 Gunnar Broberg: Statlig rasforskning. En historik över rasbiologiska institutet, Lund 1995, S. 7 und 11.

40 Ola Larsmo liefert ein gutes Beispiel für den Antisemitismus in akademischen Zirkeln. Ders.: »Bollhusmötet« 1939. Konstruktionen av en rasistisk opinion, in: Lars M. Andersson/Mattias Tydén (Hg.): Sverige och Nazityskland. Skuldfrågor och moraldebatt, Stockholm 2007, S. 193-228.

41 Tydén: Svensk antisemitism, S. 45.

42 Thomas Hammar: Sverige år svenskarna. Invandrarpolitik, utlänningskontroll och asylrätt 1900-1932, Stockholm 1964, S. 365.

43 Sociala Meddelanden (1938), Nr. 11, konsultiert in RA, JFA, Flyktingsektionen (FS), F 4 a:1. Dabei handelt es sich um das offizielle Mitteilungsorgan der Sozialbehörde.

gen existierte seit 1927 ein sehr restriktives Ausländergesetz, das für Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen hohe Schranken vorsah. Von nun an benötigten Ausländer, die sich für länger als drei Monate im Land aufhielten, in jedem Fall eine von den Sozialbehörden ausgestellte Aufenthaltsgenehmigung (schwed. *uppehållstillstånd*). Einreisende, insbesondere aus osteuropäischen Ländern, mussten zudem ein Einreisevisum vorweisen, das sie beim Außenministerium zu beantragen hatten. Um einer Beschäftigung in Schweden nachzugehen, bedurften Ausländer zudem einer Arbeitsgenehmigung (schwed. *arbetstillstånd*), die wiederum die Sozialbehörde ausstellte. Die Bestimmungen dienten offiziell dem Schutz des heimischen Arbeitsmarktes, wobei Vorstellungen einer Reinhaltung der schwedischen »Rasse« mitschwangen.⁴⁴ Als 1932 die Verlängerung des Immigrationsgesetzes von 1927 diskutiert wurde, stellte sich die Sozialbehörde auf den Standpunkt, dass jenes bis dato die Einwanderung ganzer »Armeen europäischer Arbeitsloser« verhindert habe.⁴⁵

Als am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde, berichteten auch die schwedischen Tageszeitungen über dieses Ereignis. Dabei kommentierten einige konservative Zeitungen im demokratischen, aber traditionell deutschfreundlichen Schweden die Entwicklungen durchaus positiv. Nach dem jüdenfeindlichen Boykott vom 1. April 1933 übernahmen einige der größeren Tageszeitungen sogar die offizielle deutsche Propaganda. Insgesamt aber überwog eine kritische Haltung, die die Übergriffe auf Juden als rassistische Hetze beschrieb.⁴⁶

Am 11. April hielt der Oberrabbiner in Stockholm Marcus Ehrenpreis eine Predigt in der Synagoge. Bot der Gottesdienst zum Pessachfest eigentlich Anlass zur Freude über die Befreiung der Juden aus Ägypten, waren Ehrenpreis' Worte doch alles andere als feierlich. Obwohl das nationalsozialistische Regime erst seit etwa gut zwei Monaten herrschte, sprach der deutsche Muttersprachler Ehrenpreis von einem Zusammenbruch inmitten »unserer Kulturwelt«. Er nahm sogar die Nürnberger Gesetze vorweg, als er seiner Gemeinde voraussagte, dass Juden keine Mitglieder des deutschen Volkes mehr sein könnten. Außerdem sprach er davon, dass die Juden Deutschlands auf eine unblutige, aber umso wirksamere Art und Weise »ausgerottet« werden sollten.⁴⁷ Das Wissen um die wachsende Verfolgung und die Sorge um die deutschen Juden waren also in Schweden durchaus präsent. Auch wurden die Versuche deutscher Juden, nach Schweden einzureisen oder Deutschland zu verlassen – trotz unterschiedlicher Begriffe – durchaus als Flucht begriffen.

44 Mattias Tydén: *Från politik till praktik. De svenska steriliseringslagarna 1935-1975*, Stockholm 2000, S. 147.

45 Hammar: *Sverige åt svenskarna*, S. 226.

46 Ingvar Svanberg/Mattias Tydén: *Sverige og förintelsen. Debatt och dokument om Europas judar 1933-1945*, Stockholm 1997, S. 75-82.

47 Marcus Ehrenpreis: *Malakis rop till tiden. Tal hållet i Stockholms synagoga första dagen efter Pessach år 5693, den 11.4.1933*, Stockholm 1933, zit. nach Svanberg/Tydén: *Sverige og förintelsen*, S. 55 f.

3. Die Gründung von Hilfskomitees

Zunächst gelangten nur wenige deutsche Juden nach Schweden, sodass von einer Flüchtlingswelle in das nördliche Land trotz gegenteiliger Hetze in rechtsgerichteten Kreisen nicht die Rede sein konnte. Trotzdem mahnten manche Funktionäre jüdischer Gemeinden, dass man sich auch in Nordeuropa auf ein wachsendes Engagement in der Hilfe für die bedrohten Juden südlich der Ostsee vorbereiten müsse. Der Gemeindevorsteher in Malmö, Max Schönkopf, richtete Ende April 1933 die Bitte an Marcus Ehrenpreis, dieser möge sich schnellstmöglich um die Gründung eines Hilfskomitees kümmern. Schönkopf ging davon aus, dass Schweden eine »Überschwemmung« mit Hilfsgesuchen bevorstehe. Um dieser zu begegnen, sei es wichtig, in Stockholm ein Zentralkomitee zu gründen, dem sich in Malmö und Göteborg Unterkomitees anschließen müssten. Die eingesammelten Mittel sollten an eine zentrale jüdische Organisation in Deutschland fließen. Auch schlug Schönkopf im Falle einer solchen Gründung vor, jüdische Zeitungen in Deutschland von dieser in Kenntnis zu setzen. Sollte die Jüdische Gemeinde in Malmö nicht kooperieren wollen, empfahl er den Kulturklub »*Judiska Kulturella Klubben*« als Ansprechpartner.⁴⁸ Malmö hatte als erste größere schwedische Stadt neben dem Fährhafen Trelleborg im Süden des Landes bereits Hilfesuchende versorgt.

Es ist nicht davon auszugehen, dass das Schreiben aus Malmö den Auslöser für die Gründung eines Stockholmer Komitees darstellte, doch spiegelte es die Sorgen vieler schwedischer Juden wider. Nicht nur im Süden des Landes, wo die Fähren aus Deutschland und Dänemark landeten, sorgten sich jüdische Gemeindefunktionäre um die deutschen Juden, deren Massenflucht sie befürchteten. Noch ging es aber vor allem um eine Hilfe für die Juden in Deutschland. Als erste Maßnahme betrieb der Vorstand der Gemeinde in Stockholm eine Geldsammlung, die er kurz nach dem sogenannten Judenboykott am 1. April 1933 initiierte. Der Spendenaufruf vom 9. April 1933 nannte noch keinen konkreten Verwendungszweck der Mittel.⁴⁹ Der im Mai 1933 veröffentlichte Aufruf für einen »Hjälpfond för Tysklands Judar« (dt. Hilfsfonds für die deutschen Juden) sprach hingegen schon davon, dass die eingesammelten Mittel unter genauester Kontrolle des Vorstands und in »der intimsten Zusammenarbeit mit dem in Deutschland gebildeten ›jüdischen Zentralkomitee für Hilfe und Aufbau«, welches das leitende Hilfsorgan für sämtliche repräsentativen jüdischen Vereinigungen in Deutschland ist«, verwendet werden sollten.⁵⁰

Damit war der Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau gemeint, den man augenscheinlich als potenziellen Partner betrachtete. In der Tat vereinten sich im Zentralausschuß die angesehenen und bekannten Vertreter des deutschen Judentums. Es war für die Stockholmer nur folgerichtig, sich

48 Max Schönkopf an Rabbiner Ehrenpreis, 28.4.1933, RA, JFA, HK, E 1:1.

49 Kennerberg: *Mosaiska församlingens i Stockholm flyktingverksamhet*, S. 9.

50 Aufruf in RA, JFA, HK, E 1:1.

an dessen Empfehlungen zu halten. Eigene Recherchen zu Hilfsmöglichkeiten hätten die personellen Ressourcen überfordert. Das bedeutete freilich nicht, dass keine Bittsteller um direkte Hilfen baten. Solche Gesuche wurden aber mit Verweis auf die Zusammenarbeit mit dem Zentralausschuß abgelehnt.⁵¹

Wo und wie helfen? Die Verwendung der Mittel

Ein Partner stand somit zur Verfügung, doch war über die Verwendung der Mittel zumindest offiziell noch nicht endgültig befunden worden. Auf Anfrage der Stockholmer Gemeinde schickte der Zentralausschuß Mitte Mai einige Broschüren nach Schweden, in denen er sich und seine Arbeit vorstellte.⁵² Danach kursierten unterschiedliche Vorschläge. Im Juni berichtete der orthodoxe Seelsorger in Stockholm, Rabbiner Jacob Ettlinger, dem Vorstand, er habe Kopenhagen besucht und erfahren, dass der dortige Hilfsfonds bislang 110.000 Kronen gesammelt habe und zudem ungefähr 100 Juden auf Bauernhöfen untergebracht worden seien. Dafür seien die genannten Mittel eingeplant. Ein solches Vorgehen entspreche, so Ettlinger, zudem dem deutschen Wunsch und sollte nicht allzu schwer durchzuführen sein. Er fügte hinzu, er verfüge über gute Kontakte in Südschweden, die mit Landwirten in Verbindung stünden.⁵³

Anfang Mai 1933 bat der Hilfsverein um Informationen über die Einreisebestimmungen und die wirtschaftliche Lage.⁵⁴ Auch die *Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe* (Reichsabteilung) bat die Stockholmer Gemeinde im August 1933, Auskunft über ihre Organisation zu geben, um Ansprechpartner und Kooperationsmöglichkeiten zu eruieren.⁵⁵ Der Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau schickte am 24. August 1933 weiteres Informationsmaterial nach Stockholm.⁵⁶ Bereits am 11. August hatte die Gemeinde an die Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe in Berlin geschrieben, dass ein Komitee, bestehend »aus dem Vorstand, dem Rabbiner und einigen anderen Herren und Damen der Gemeinde«, gegründet worden sei.⁵⁷ Dieses »Einsammlungskomitee« genannte Gremium sollte für die Spendensammlungen zuständig sein. Über die Verwendung der Gelder sei noch nicht entschieden worden. Immer noch herrschte also keine absolute Sicherheit über die Art der Hilfe und ihre Verteilung. Aus Berlin kamen mahnende Worte. Der Zentralausschuß drängte, vor einem Beschluss zur Mittelverwendung unbedingt direkt

51 MfiS an Israelitisches Kinderheim Köln, 24.5.1933; ähnlich auch MfiS an Jüdisches Lehrerseminar Köln, 27.5.1933. Beides in RA, JFA, HK, E 1:1.

52 Zentralausschuß an MfiS, 17.5.1933, RA, JFA, HK, E 1:2.

53 Jacob Ettlinger an MfiS, 23.6.1933, RA, JFA, HK, E 1:1.

54 Hilfsverein an Rabbiner Marcus Ehrenpreis, 9.5.1933, RA, JFA, HK, E 1:1.

55 Zentralstelle der jüdischen Wirtschaftshilfe an MfiS, 7.8.1933, RA, JFA, HK, E 1:1.

56 Zentralausschuß an MfiS, 24.8.1933, RA, JFA, HK, E 1:2.

57 MfiS an Zentralausschuß, 11.8.1933, RA, JFA, HK, E 1:1.

kontaktiert zu werden. Die Schweden sollten »nicht mit einer Gemeinde allein« in Kontakt treten.⁵⁸

Stockholm, Göteborg und Malmö nahmen in diesen ersten Monaten offensichtlich eine abwartende Haltung ein. Noch war unklar, was notwendig werden und wie sich die Lage entwickeln würde. Ende August teilte man dem Zentralausschuß dann mit, dass die vom Komitee gesammelten Gelder in erster Linie als »Nothilfe für nach hier angekommene deutsche Juden verwendet« werden sollten.⁵⁹ Dieser warb hingegen dafür, die Spenden insbesondere für die Jugendarbeit und die Emigration von Kindern und Jugendlichen nach Palästina zu verwenden.⁶⁰ Bereits hier deutete sich etwas an, was in den Folgejahren umgesetzt werden sollte. Auch in Göteborg wurde im Juni 1933 innerhalb der Gemeinde ein Hilfsfonds (schwed. hjälpfond) gegründet, der Geld für die nach Göteborg gekommenen Flüchtlinge und jüdische Organisationen in Deutschland sammeln sollte. Vorgesehen war, dem Vorsitzenden der Krankenpflege- und Begräbnisgesellschaft der Gemeinde, Rechtsanwalt und Konsul Julius Hüttner, regelmäßig einen Betrag von 500 Kronen – mehr als das monatliche Durchschnittseinkommen eines gelernten Arbeiters – zur Verfügung zu stellen, aus dem dieser ohne Rücksprache mit dem Komitee Hilfen bis zu 100 Kronen verteilen dürfe. Außerdem sollte eine Person angestellt werden, um die Kommunikation mit den Komitees in Kopenhagen und Stockholm zu gewährleisten.⁶¹ Göteborg war als schwedischer Fährhafen mit Verbindungen sowohl nach Deutschland als auch in den Atlantik bereits im Juni Ziel einiger flüchtender deutscher Juden gewesen, die auf der Durchreise Hilfe suchten. Die Gemeinde erkannte den Bedarf einer Soforthilfe und organisierte diese innerhalb der etablierten Strukturen einer jüdischen Gemeinde. Der Hilfsfonds sammelte die Spenden und nutzte die alteingesessene Beerdigungsgesellschaft für die Verteilung.⁶²

Im Oktober trafen sich dann in Stockholm die Mitglieder des Hilfsfonds für die deutschen Juden erstmalig, um über die Verwendung der Mittel zu sprechen.⁶³ Praktisch alle Unterzeichner des Aufrufs, also die Honoratioren der Stockholmer Gemeinde, waren bei diesem Treffen anwesend. Bereits im November nahm die Arbeit Konturen an. Man beschloss, insbesondere den deutschen Juden Hilfe zuteilwerden zu lassen, auch wenn Osteuropa in den

58 Zentralausschuß an MfIS, 16.8.1933, RA, JFA, HK, E 1:2.

59 MfIS an Zentralausschuß, 24.8.1933, RA, JFA, HK, E 1:2.

60 Zentralausschuß an das Vorstandsmitglied der MfIS, Leodor Levy, 24.8.1933, RA, JFA, HK, E 1:2.

61 Protokoll, 12.6.1933, Region- och stadsarkivet Göteborg (RSG), Judiska Hjälpfonden, A 1:1.

62 Eine Beerdigungsbruderschaft (hebr. Chewra Kaddischa, dt. Heilige Vereinigung) existiert praktisch in allen jüdischen Gemeinden. Die Mitglieder reinigen die Toten und bereiten die Bestattung vor und helfen den Trauernden. Seit jeher sind diesen Bruderschaften auch andere Fürsorge- und Krankenpflegeaufgaben übertragen worden.

63 Protokoll, 25.10.1933, RA, JFA, FS, A 1:1.

Aufrufen ebenfalls erwähnt worden war.⁶⁴ Man sah hier nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten den größten Handlungsbedarf. Dem Hilfskomitee gehörten die einflussreichsten Akteure der Gemeinde an, die Rabbiner, große Teile des Vorstands sowie deren Kämmerer Mauritz Grünberger und der spätere Vorsitzende Gunnar Josephson. Letzterer sollte im Verlauf der Flüchtlingsarbeit noch eine wichtige Rolle spielen, nicht zuletzt, weil er über informelle Kontakte zu den Behörden verfügte. Verheiratet mit der Schwester des Kabinettssekretärs im Außenministerium Erik Boheman, wurde Josephson zunächst zum Vorsitzenden des Hilfskomitees und 1936 zusätzlich zum Vorsitzenden der Gemeinde gewählt.⁶⁵

Laut Inga Gottfarb waren in den ersten Jahren der schwedischen Hilfstätigkeit nicht mehr als drei bis vier Angestellte der Gemeinde mit Aufgaben befasst, die sich nicht auf religiöse Dienstleistungen bezogen.⁶⁶ Über deren frühe Tätigkeiten in der Flüchtlingshilfe lassen sich nur wenige konkrete Informationen finden. Zum einen war die Zahl der Flüchtlinge klein und somit die Überlieferung gering, zum anderen, so Gottfarb, seien zahlreiche Angelegenheiten mündlich verhandelt, aber nicht schriftlich festgehalten worden. Die Vorstände hätten auch die Vorschläge für eine Aufenthaltsberechtigung mündlich bei den Behörden vorgetragen.⁶⁷ Erst als mit steigenden Flüchtlingszahlen die Arbeitsbelastung des Hilfskomitees stetig wuchs, wurden nach und nach Angestellte für die Verwaltung der Hilfsarbeit benötigt. Damit stiegen auch die Lohn- und Verwaltungskosten. Gab die Gemeinde im ersten Jahr der Tätigkeit des Komitees lediglich 193 Kronen für dessen Verwaltung aus, so sollten die Unkosten 1938 bereits das 43-Fache betragen.⁶⁸

Die Stockholmer Gemeindeführung

Zunächst einmal waren aber Freiwillige mit der Hilfe für die deutschen Juden betraut. Dazu gehörten die Mitglieder des Vorstands und die Rabbiner, die mit Unterstützung der angestellten Sekretäre die ersten Maßnahmen beschlossen und die Hilfe koordinierten. In erster Linie sind hier Oberrabbiner Marcus Ehrenpreis und der Vorstandsvorsitzende Arthur Fürstenberg zu nennen. Der in Lemberg geborene Ehrenpreis (1869-1951) hatte unter anderem an der von Abraham Geiger mitgegründeten Hochschule für die Wissenschaft des Judentums studiert, die 1872 in Berlin eröffnet worden war. Nach der Promotion an der Universität Erlangen arbeitete er als Rabbiner u. a. im kroatischen Diakowar, bis er 1900 zum Oberrabbiner von Bulgarien in Sofia berufen wurde. Während

64 Protokoll, 29.II.1933, RA, JFA, FS, A 1:1.

65 Ingrid Segerstedt Wiberg/Ingrid Lomfors: *Når Sverige teg. Om nazisternas förföljelser*, Stockholm 1991, S. 124.

66 Gottfarb: *Den livsfarliga glömskan*, S. 92.

67 Ebd.

68 Kennerberg: *Mosaiska församlingens i Stockholm flyktingverksamhet*, S. 14.

dieser Zeit engagierte sich Ehrenpreis in der jungen zionistischen Bewegung und nahm auch als Delegierter am Ersten Zionistenkongress teil, der 1897 in Basel stattfand. 1914 übernahm er als Nachfolger von Gottlieb Klein das Amt des schwedischen Oberrabbiners, der seinen Sitz in Stockholm hatte. Klein, selbst ein Schüler des Reformtheologen Abraham Geiger, hatte sich für Ehrenpreis eingesetzt.

Die Gemeinde, die Marcus Ehrenpreis vorfand, hatte sich in den vorausgegangenen 30 Jahren verdoppelt. Waren die Angehörigen der Ursprungsgemeinde einst aus dem deutschen Sprachraum eingewandert, stellten nun in Osteuropa geborene Juden einen großen Anteil der Mitglieder. Vor der Ankunft von Ehrenpreis hatte die zionistische Bewegung in Schweden nur sehr wenige Anhänger gewinnen können; diese Situation änderte sich nicht schlagartig, doch es begann eine allmähliche Renaissance in der jüdischen Kulturarbeit. Ehrenpreis' Predigten in der großen Synagoge in der Straße Währendorffsgatan erfreuten sich großer Anziehungskraft. Zudem belebte er den philosophischen Austausch über das Judentum in Schweden nicht zuletzt durch die Gründung der Zeitschrift *Judisk tidskrift*.⁶⁹ Ihm zur Seite stand als weiterer Rabbiner der Mosaiska församling seit 1926 der in Ostpreußen geborene Emil Kronheim (1890-1971). Dieser hatte als Feldrabbiner am Ersten Weltkrieg teilgenommen. Für seine Verdienste um die jüdische Gemeinschaft wurde Kronheim, der 1933 die schwedische Staatsbürgerschaft annahm, 1954 der Vasaorden verliehen.⁷⁰

Arthur Fürstenberg stand einem fünfköpfigen, vom Gemeindeparlament gewählten Vorstand vor, deren ehrenamtliche Funktionäre die Ämter des Schatzmeisters, des Sekretärs, des Wohlfahrtsbeauftragten und des Leiters der Abteilung für religiöse Angelegenheiten unter sich aufteilten. Fürstenberg war Mediziner und trug den Titel eines Hofarztes (schwed. livmedikus), der ihn als Angehörigen des Stockholmer Establishments auswies. Als Fürstenberg 1936 starb, folgte ihm Gunnar Josephson als Vorsitzender nach. Der Buchhändler und Geschäftsführer eines der größten Buchläden des Landes war seit 1916 mit Maud Boheman (1888-1957) verheiratet.⁷¹ Diese stammte aus einer in Schweden einflussreichen Familie, deren Mitglieder zahlreiche Wissenschaftler, Regierungsbeamte und Diplomaten stellten. Ihr Bruder Erik Boheman diente als schwedischer Botschafter in zahlreichen Ländern, bis er 1938 zum Staatsminister (schwed. kabinetssekreterare) im Außenministerium ernannt wurde.

Die Vorstandsmitglieder wurden zu Beginn der 1930er Jahre in der Regel wiedergewählt, sofern sie sich wieder zur Wahl stellten. Bis auf eine Ausnahme

69 Lydia Wahlström: Marcus Ehrenpreis. En kultursyntesens man, in: Ord och bild. Illustrerad Månadsskrift 45 (1936), S. 145-150; Pontus Rudberg: The Swedish Jews and the Victims of Nazi Terror 1933-1945, Uppsala 2015, S. 44-47.

70 Sabine Hank/Hermann Simon/Uwe Hank: Feldrabbiner in den deutschen Streitkräften des Ersten Weltkrieges, Berlin 2013, S. 92-95; Eintrag: 2320 Kronheim, Emil, in: Michael Brocke/Julius Carlebach (Hg.): Biographisches Handbuch der Rabbiner, Teil 2: Die Rabbiner im Deutschen Reich 1871-1945, München 2004, S. 356-357.

71 Gunnar Josephson, in: Vem är Vem?, Stockholm 1962, S. 662.

gehörten sie den alten, deutschstämmigen schwedisch-jüdischen Familien an. Sie waren gut in die schwedische Mehrheitsgesellschaft integriert, in der sie sogar zur akademischen Elite zählten. Zwischen 1933 und 1941 änderte sich freilich die Zusammensetzung des Vorstands, dem nun auch Mitglieder osteuropäischer Herkunft angehörten. Auf den in Wilna geborenen Uhrhändler Max Hüttner folgte 1940 der in Litauen geborene Samuel Nisell. Nisell war das erste in den Vorstand gewählte Mitglied, das sich zur orthodoxen Fraktion des Gemeindeparlaments bekannte. Max Hüttner war zudem der Bruder des Göteborger Vorstandsmitglieds Julius Hüttner (1881-1970). Weitere Mitglieder des Vorstandes in diesen Jahren waren der Arzt und Professor der Medizin Erik Wolff sowie die wohlhabenden Kaufleute Frank Hirsch und Boris Meyerson, allesamt Anhänger der Mehrheitsfraktion des liberalen Judentums. Hinzu kamen zwischenzeitlich die Juristen Leodor Levy und Ivar Philipson (1901-1983).⁷² Im Auftrag der Jüdischen Gemeinde organisierte Philipson im Oktober 1943 eine Rettungsaktion für die in Booten über den Sund fliehenden dänischen Juden.⁷³ Eine wichtige Position nahm der Kämmerer der Gemeinde Mauritz Grünberger ein, der seit 1928 der Verwaltung vorstand und die Vorstandsvorlagen erarbeitete sowie die Gemeinde im Behördenverkehr vertrat. Grünberger war nicht religiös. Sein Nachfolger wurde 1939 der deutsche Immigrant David Köpniwsky, von dem noch zu berichten sein wird. Als Sekretär des Hilfskomitees wurde 1938 Franz Arnheim bestellt.⁷⁴

Wie zu sehen ist, waren die bestimmenden Männer der Gemeindeleitung, die in Personalunion auch ehrenamtliche Tätigkeiten in den später errichteten Hilfs-, Einreise- und Armenfürsorgekomitees übernahmen, praktisch arrivierte Angehörige der Stockholmer Gesellschaft, die sich größtenteils zum liberalen Judentum bekannten oder eine säkulare Position einnahmen. Kaum einer von ihnen konnte sich auf osteuropäische Familienwurzeln berufen. Später ist ihnen das zur Last gelegt worden. Sie hätten, so der Vorwurf, ihre gesellschaftliche Stellung nicht gefährden wollen und daher einer Immigration – insbesondere osteuropäischer Juden – ablehnend gegenübergestanden. Die vorliegende Studie dient auch dazu, diesen Verdacht zu hinterfragen.

Kooperationspartner und die Bildung von Beratungsmonopolen

Der Zentralaussschuß für Hilfe und Aufbau entwickelte sich ab Sommer 1933 zum wichtigsten deutschen Ansprechpartner der schwedischen Juden. Des- sen Generalsekretär Ludwig Tietz reiste im September 1933 nach Stockholm. Der Vorstand der Mosaiska församling hatte Tietz eingeladen, um »weitere Ratschläge und Anweisungen für die zweckmäßige Planung und erfolgreiche

72 Rudberg: *The Swedish Jews*, S. 43 f.

73 Vgl. Tagebuch von Ivar Philipson, 3.-7. Oktober 1943, in: VEJ 12, Dok. 20, S. 150-155.

74 Rudberg: *The Swedish Jews*, S. 47.

Durchführung« der Hilfsarbeit zu erteilen.⁷⁵ Die beiden Schwestergemeinden in Göteborg und Malmö erhielten ebenfalls Einladungen, am Treffen teilzunehmen. Die Mitglieder der Stockholmer Gemeinde hatten jetzt ca. 60.000 Kronen gesammelt und planten, das Geld für die bereits angekommenen Flüchtlinge, für jüdische Auszubildende in der Landwirtschaft und für die vom Zentralaus-schluß favorisierte Kinder- und Jugendemigration nach Palästina zu verwenden. In den Augen der Stockholmer Gemeinde war es wünschenswert, dass die schwedischen Juden geschlossen auftraten. Der Vorstand hoffte, dass sich Göteborg und Malmö entsprechend ihrer Mitgliedszahlen mit 4000 und 1000 Kronen beteiligen würden.⁷⁶ Das Treffen fand letztlich ohne einen Vertreter aus Malmö statt. Die letzte Sammlung dort hatte nur einen vergleichsweise kleinen Ertrag erbracht, der vollständig für die Hilfe der nach Malmö kommenden Flüchtlinge aufgewendet wurde.⁷⁷

Ludwig Tietz führte am 23. und 24. September 1933 in Stockholm zwei richtungsweisende Gespräche.⁷⁸ Bei dem ersten Treffen mit Stockholmer Vorstandsmitgliedern waren auch der Oberrabbiner Ehrenpreis und ein Vorstandsmitglied aus Göteborg anwesend. Zudem war ein weiterer Gast aus Deutschland zugegen, von dem später noch ausführlich die Rede sein wird: der ehemalige Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Hans Schäffer, der sich geschäftlich in Stockholm aufhielt. Am folgenden Tag trug Tietz seine Anliegen noch einmal vor einer größeren Gruppe »bedeutender« Gemeindemitglieder vor.

Das samstäbliche Treffen nach Sabbatende aber war das wichtigere. Zunächst berichtete Tietz von der Lage in Deutschland. Er teilte die sich noch selbst versorgenden Juden in drei Gruppen. Als düster beschrieb er die Lage der in intellektuellen Berufen arbeitenden Personen: Professoren, Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer und Beamte. In der zweiten Gruppe, unter den Angestellten, habe es eine Reihe Entlassungen gegeben. Bei den selbstständigen Unternehmern sei der Boykott nicht wirksam gewesen, sodass diese dritte Gruppe bislang kaum ökonomische Einbußen habe hinnehmen müssen. Allerdings zeigte sich Tietz extrem pessimistisch, was die Lage von Juden in kleineren Orten anbelangte, in denen Pogromstimmung herrsche. Die Hilfsarbeit habe sich darauf zu konzentrieren, der Jugend einen Aufenthaltsort zu geben und eine Ausbildung zu ermöglichen. Tietz wagte eine Prognose: Man müsse sich auf eine massive Emigration vorbereiten. Angesichts der politischen Lage sei damit zu rechnen, dass die jüdische Bevölkerung in Deutschland in den kommenden Jahren um ungefähr 100.000 Menschen abnehmen müsse. Wenn man die natürlichen Todesfälle abziehe, müssten in den nächsten zehn Jahren jährlich 5000 deutsche Juden,

75 MfiS an Ludwig Tietz, 14.9.1933, RA, JFA, HK, E 1:2.

76 MfiS an die Hilfskomitees in Göteborg und Malmö, 14.9.1933, RA, JFA, HK, E 1:2.

77 Albert Zadig an Hjälpfond för Tysklands judar, 20.9.1933, RA, JFA, HK, E 1:2.

78 Ein Teilnehmer der Gespräche, wahrscheinlich der Kämmerer Mauritz Grünberger, erstattete dem Organisator der schwedischen Hachschara, Emil Glück, am 19. Oktober 1933 ausführlich Bericht. Dieser ist in RA, JFA, HK, E 1:2 und E 1:19 überliefert. Alle folgenden Zitate stammen aus dem Exemplar in E 1:2.

insbesondere Jugendliche, im Ausland eine neue Heimat finden. Nach Ansicht der Gemeinde in Stockholm galt es also, so viel Geld wie möglich zu sammeln. Dieses sollte aber nur in Ausnahmefällen nach Deutschland transferiert werden, sondern zur Berufsumschichtung in anderen Ländern Verwendung finden. Dabei wiesen Tietz und Schäffer anscheinend mehrfach und ausdrücklich darauf hin, dass Hilfsangebote auf keinen Fall dazu führen dürften, die Lage der Juden in diesen Gastländern zu verschlechtern. Die Vertreter der deutsch-jüdischen Hilfsarbeit sprachen die Befürchtung aus, dass eine unkontrollierte Immigration von Juden in die Länder der Auslandshachschara den dortigen Antisemitismus befeuern könnte.

Zudem betonten beide Gäste »mit außerordentlicher Schärfe und großem Nachdruck« die Notwendigkeit einer »zentralen Leitung« der Hilfsarbeit. Es solle keine Initiative ergriffen werden, solange diese nicht vom Zentralausschuß »sozusagen autorisiert« sei.⁷⁹ Schlussendlich gelangte man in Stockholm zu der Erkenntnis, dass schwedische Hilfe hauptsächlich auf drei Gebieten möglich sei: 1) bei der Unterstützung der Berufsausbildung in Palästina und anderen Ländern, in denen es wahrscheinlich sei, dass Juden ein Bleiberecht erhalten könnten, 2) bei der Ausbildung von jüdischen landwirtschaftlichen Pionieren in Schweden selbst wie auch 3) bei der Unterstützung eines geplanten Internats für jüdische Kinder aus Deutschland. Diese Schwerpunktsetzung entsprach auch den Vorschlägen, die der Zentralausschuß bereits im August gemacht hatte. Sie spiegeln die aktuelle offizielle Position des Zentralausschusses zu der schwedischen Hilfe. Bemerkenswert ist der abschließende Passus aus dem Bericht eines Teilnehmers der Treffen, in dem dieser die Einreise einzelner Flüchtlinge ansprach:

»Was die Frage anbelangt, wie mit einzeln hierhergekommenen Reisenden umzugehen ist, wurde angeführt, dass man in dieser Hinsicht *besonders vorsichtig* mit der finanziellen Unterstützung für diese Flüchtlinge, die auf eigene Faust hergekommen sind, ohne einen echten Plan für die Zukunft zu haben, sein muss. Nur in solchen Fällen sollte Hilfe zum Aufenthalt im Land geleistet werden, in denen die Betroffenen eine gute Aussicht haben, sich ein Auskommen zu verschaffen. In jenen hingegen, in denen mit vollkommener Gewissheit oder an Gewissheit grenzender Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, dass die Betroffenen wegen der bestehenden Hindernisse, wie der Gesetzeslage und der herrschenden Arbeitslosigkeit, nicht in der Lage sein werden, sich ein Auskommen zu beschaffen, sollte Hilfe hier im Land nicht bereitgestellt werden. Mittel, die hier ausgegeben werden, wären mehr oder weniger »unproduktiv«, wenn sie für verschiedene Arten von Reisen oder Hotelrechnungen ausgegeben würden.«⁸⁰

79 Ebd.

80 Alle Informationen und Zitat stammen aus der Abschrift des Schreibens MfiS (wahrscheinlich Mauritz Grünberger) an Emil Glück, 19.10.1933, RA, JFA, HK, E 1:19 (Hervorh. i. Orig.).

Die beiden Gespräche führten zu schnellen Ergebnissen. Bereits am 3. Oktober 1933 bedankte sich die *Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugend-Alijah* bei Oberrabbiner Ehrenpreis. Tietz hatte berichtet, dass die Jüdische Gemeinde Stockholm der Kinder- und Jugendalija aus vorhandenen Mitteln 1000 Britische Pfund zur Verfügung stellen und sowie eine weitere Sammlung organisieren werde. Auch der Mentor der jüdischen Selbsthilfe in Deutschland, Rabbiner Leo Baeck, hatte das von Tietz formulierte Dankschreiben unterzeichnet. Am Ende des Monats konnten die Schweden der Arbeitsgemeinschaft berichten, dass sie nunmehr eine Sammelaktion planten, bei der sie Patenschaften für Kinder zu werben hoffte.⁸¹ Diese Form der Unterstützung entsprach den von beiden Seiten favorisierten Hilfsmaßnahmen: Jugendliche und ihre Ausbildung, die aber nicht in Schweden selbst organisiert werden sollte, wurden gefördert.

Auch Inga Gottfarb berichtete später, der Zentralausschuß habe die schwedischen Helfer aufgefordert, keine Einwanderung größerer Gruppen nach Schweden zu fördern, sondern sich nur für einzelne Flüchtlinge einzusetzen. Der Zentralausschuß befürchtete, dass eine Massenauswanderung die Lage der in Deutschland Zurückbleibenden negativ beeinflussen könnte. Oberrabbiner Marcus Ehrenpreis habe in Berlin ebenfalls solche Hinweise erhalten.⁸² Der Gemeindegamerer Mauritz Grünberger berichtete nach dem Krieg, Ehrenpreis und Leo Baeck hätten sich mehrfach in Berlin getroffen und seien übereingekommen, dass eine organisierte Einwanderung deutscher Juden nach Schweden zu diesem Zeitpunkt nicht »gut« sei.⁸³ Der Besuch von Tietz blieb nicht der einzige persönliche Kontakt. Andere Mitarbeiter deutsch-jüdischer Organisationen versuchten ebenfalls, sich selbst einen Eindruck von der Lage in Schweden zu verschaffen. So ersuchte der Hilfsverein der deutschen Juden die Stockholmer Gemeinde im Januar 1934, den Leiter des Auswandererbüros in Hamburg, Henry Chassel, bei einem Aufenthalt in Schweden mit Informationen zu versorgen.⁸⁴

Hatten die Vertreter der Malmöer Gemeinde zunächst noch geglaubt, nichts beitragen zu können und von einer Teilnahme an dem Gespräch mit Ludwig Tietz Abstand genommen, so wandten sich diese »neuen« schwedischen Juden aus Malmö Mitte Oktober 1933 an den Stockholmer Vorstand, um die Idee eines ihrer Mitglieder zur Diskussion zu stellen. »Da sich unter den schwedischen Juden zweifellos vitale, gemeinsame Interessen finden, erscheint es uns wichtig, dass die jüdischen Gemeinden als die offiziellen Vertreter des schwedischen Judentums diese gemeinsamen Interessen auch in die Hand nehmen.« Auch Walter Klein aus der nördlich gelegenen Küstenstadt Hälsingborg – deren Juden der Malmöer Gemeinde angehörten – hatte vorgeschlagen, dass angesichts

81 Alle Schreiben in RA, JFA, HK, E 1:2.

82 Gottfarb: *Den livsfarliga glömskan*, S. 98.

83 Mauritz Grünberger im Interview mit Svante Hansson, 1979, in: Hansson: *Flykt och överlevnad*, S. 90 f.

84 Hilfsverein an Marcus Ehrenpreis, 10.1.1934, RA, JFA, HK, E 1:1.

der aktuellen Krisen und Fragen, die schwedischen jüdischen Gemeinden eine formelle Zusammenarbeit anstreben sollten.⁸⁵

Die Antwort im Januar 1934 fiel freilich negativ aus: »So wünschenswert eine nähere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gemeinden auch wäre, so ist ein Zusammenschluss, wie er uns in dem Schreiben vorgeschlagen wird, unserer Meinung nach praktisch undurchführbar.« Als Grund benannte das Schreiben die Statuten der Gemeinden, die vorsahen, dass Gemeindemittel nur in der Gemeinde Verwendung finden konnten, während Stipendien- oder Unterstützungszahlen der Genehmigung durch den Vorstand bedurften. Es ging also letztlich darum, die Entscheidungsgewalt über die von den eigenen Mitgliedern gespendeten oder als Gemeindesteuer abgeführten Mittel zu sichern. Immerhin erklärte sich Stockholms Vorstand zu einer Zusammenarbeit in Einzelfällen bereit, die man in Absprache mit den anderen Gemeinden zu bewerkstelligen hoffte.⁸⁶ Auch eine erneute Anfrage aus Malmö im Frühjahr 1934 änderte nichts daran, dass die Stockholmer Gemeinde einer institutionellen Zusammenarbeit grundsätzlich mit Ablehnung begegnete.⁸⁷ Diese gründete auf einem Führungsanspruch, der aber, wie zu sehen war, auch den Wünschen des Zentralausschusses entsprach.

Neben einer Kenntnis der Auswanderungsbestimmungen und der steuerlichen Bedingungen für die Ausreise aus Deutschland sowie dem Besitz eines deutschen Reisepasses war die Kenntnis der Einwanderungsbestimmungen in den potenziellen Aufnahmeländern die unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Flucht vor den Nationalsozialisten. Die meisten Flüchtenden mussten alle sich bietenden Möglichkeiten für eine Ausreise prüfen und versuchen, sich über die Vielzahl der unterschiedlichen und zudem häufigen Änderungen unterworfenen Transit-, Einreise- oder Einwanderungsvorschriften auf dem Laufenden zu halten. Die verschiedenen Organisationen der jüdischen Selbsthilfe und die Mitarbeiter und Funktionäre der jüdischen Organisationen in Berlin verfolgten die Entwicklungen in Schweden und allen anderen potenziellen Aufnahmeländern aufmerksam. Zu Beginn versandten die jüdischen Hilfsstellen in Berlin Fragebogen an jüdische Gemeinden im Ausland, um die Hilfsangebote auszuloten und sich eine Vorstellung von der möglichen Unterstützung machen zu können.

Allerdings erhielten die schwedisch-jüdischen Gemeinden auch individuelle Bittschreiben von Hilfesuchenden. Die Petenten erhielten aber stets die gleiche, oft sogar gleichlautende, niederschmetternde Nachricht, dass in Schweden praktisch keine Aussicht bestehe, sich eine neue Existenz aufzubauen.⁸⁸ Am 19. Juli 1933 schrieb die Göteborger Gemeinde – wahrscheinlich das Vorstandsmitglied

85 Beide Schreiben in den Protokollen des Stockholmer Vorstands in RA, JFA, Huvudarkivet, A 1 a:103.

86 MfIS an Jüdische Gemeinde Malmö, 12.1.1934, RA, JFA, Huvudarkivet, A 1 a:104.

87 Kennerberg: *Mosaiska församlingens i Stockholm flyktingverksamhet*, S. 40.

88 RSG, *Judiska Hjälpfonden*, A 1:1.

Mårten Henriques – in einem persönlichen Ton an einen hohen Beamten im schwedischen Justizministerium. »Lieber Freund«, hieß es dort, »ich muss dich mal wieder um Rat fragen.« In den meisten Fällen sei es leicht, die Anfragen der ausreisewilligen deutschen Juden ablehnend zu beantworten. Aber Henriques wies nun auf das Beispiel eines Lederfabrikanten hin, der im Falle einer Ansiedlung auch in Schweden Arbeitsplätze schaffen könne. Hier stelle sich die Frage, ob einem Antrag Aussicht auf Erfolg eingeräumt werden könne.⁸⁹ Wenngleich eine Antwort nicht überliefert ist, lässt der Brief die Schlussfolgerung zu, dass die Göteborger Gemeindeführung die Einschätzung der Behörden grundsätzlich teilte.

Da die Anschreiben und Petitionen den wenigen mit der Unterstützung für Flüchtlinge betrauten Personen ein hohes Engagement abverlangten, versuchten die schwedischen Gemeinden, Hilfe ausschließlich über geeignete zentrale jüdische Organisationen oder Institutionen bereitzustellen. Ende Juni 1933 wandte sich die Stockholmer Gemeinde beispielsweise an den Hilfsverein in Berlin. In dem Schreiben, das auf die Anfrage eines Ingenieurs einging, verwies die Gemeinde auf die hohe Arbeitslosigkeit sowie auf den Usus, dass die Regierung die Berufsorganisationen in den Prozess der Erteilung von Aufenthaltsberechtigungen einbeziehe. Daher sei ein Antrag sinnlos. Vor allem aber stellte die Kultusgemeinde in Aussicht, demnächst eine generelle Einschätzung der Situation vorzulegen, aus der die Mitarbeiter des Hilfsvereins selbst Schlussfolgerungen ziehen könnten, welche Aussichten eine Anfrage habe.⁹⁰ Dieses Memorandum, in dem die noch lose Struktur des Hilfskomitees bereits Konturen annahm, erging im August und dämpfte die Erwartungen an Schweden als mögliches Zuwanderungsziel. Auf die strengen schwedischen Regularien, die Arbeitslosigkeit im Lande sowie die ablehnende Haltung der zur Beratung herangezogenen Berufsverbände verweisend, riet die Denkschrift von jeglichen Einreisebemühungen ab.⁹¹

In dieser frühen Phase der Hilfsarbeit in Schweden wird bereits deutlich, dass sich die Verantwortlichen in der Flüchtlingshilfe auf beiden Seiten der Ostsee bemühten, die Vielfalt und Fülle von Hilfsanfragen und -angeboten in einer strafferen Organisation zu koordinieren. Für die an zentralisierte Strukturen gewöhnten Schweden war das eine ganz natürliche Forderung. Aber auch in der sich formierenden Hilfsarbeit in Deutschland sahen die Mitarbeiter durch eine Formalisierung der Abläufe eine Chance, den Herausforderungen besser zu begegnen. Als sich eine deutsche jüdische Schule direkt an die Gemeinde in Schweden wandte, leitete diese die Bitte zur Kenntnisnahme an den Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau weiter. Die Antwort

89 Ebd.

90 RA, JFA, HK, E 1:1.

91 Dieses Schreiben vom 11. August 1933 und diverse Schreiben an den Hilfsverein der deutschen Juden, die Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe und die Originalschreiben der deutschen Seite finden sich in RA, JFA, HK, E 1:1.

des Zentralausschusses war deutlich: Man bat, der Schule mitzuteilen, dass die Angelegenheit im Sinne eines »straffzentralisierten Hilfswerks« in Deutschland ausschließlich in die Zuständigkeit des Zentralausschusses falle, auf den auch bei weiteren Anfragen stets zu verweisen sei.⁹² Der Wunsch, die Arbeit bei den zentralen Organisationen oder Institutionen zu bündeln, geht in dieser Zeit aus der gesamten Korrespondenz zwischen der Gemeinde in Stockholm und dem Zentralausschuß hervor. Die schwedische Seite bestätigte diese Position, da eine Zentralisierung auf deutscher Seite auch mit einer Entlastung der wenigen, oft ehrenamtlichen Arbeitskräfte in Stockholm einherging, die sonst von einer Flut von persönlichen Bittschreiben überfordert zu werden drohten.

Bereits sehr früh wurde auch eine wichtige personelle Entscheidung getroffen. In einem Empfehlungsschreiben vom 16. Oktober 1933 bat der Hilfsverein der deutschen Juden Rabbiner Marcus Ehrenpreis, Wilhelm Michaeli, der lediglich eine Beratung wünsche, bei seinem Besuch in Stockholm zu unterstützen.⁹³ Die Begegnung entwickelte sich zum gegenseitigen Nutzen. Michaeli blieb in der Folge in Schweden und wurde, wie die Protokolle des Hilfskomitees veranschaulichen, zu einem der wichtigsten Mitarbeiter der dortigen Flüchtlingshilfe. Der promovierte Jurist und Notar, Mitglied der Liga für Menschenrechte, hatte sich früh gegen einen Verbleib in Deutschland entschieden. Bereits im Juni 1933 war ihm die Arbeitserlaubnis entzogen worden, sodass er für sich, seine Frau und seinen 13-jährigen Sohn keine Zukunftsperspektive mehr in Deutschland sah.⁹⁴ Versuchte er zunächst, mit seinem Vermögen in Schweden eine Firma zu gründen oder Anteile an einer bestehenden Firma zu erwerben, um auf diese Weise den Lebensunterhalt für seine Familie zu sichern, arbeitete er später als fest angestellter Abteilungsleiter der Flüchtlingshilfe der Jüdischen Gemeinde Stockholm. In dieser Position bemühte er sich hingebungsvoll um die verzweifelten Flüchtlinge.⁹⁵ Seine Frau leitete später ein Kinderheim für jüdische Flüchtlingskinder in Uppsala. Michaelis Fachwissen verhalf ihm zu einem ausreichenden Einkommen. 1939 verdiente er im Durchschnitt 400 Kronen, während sein Kollege Franz Arnheim, der Sekretär des Flüchtlingskomitees, zur gleichen Zeit im Frühjahr 1939 nur 350 Kronen erhielt. Noch weniger verdienten die beiden Sachbearbeiterinnen Irma Fraenkel und Olga Klein, denen die Stockholmer Gemeinde monatlich je 250 Kronen überwies.⁹⁶

92 Zentralausschuß an MfiS, 27.1.1934, RA, JFA, HK, E 1:2.

93 Hilfsverein an Marcus Ehrenpreis, 16.10.1934, RA, JFA, HK, E 1:1.

94 P.M. (wahrscheinlich Frühjahr 1934) von Wilhelm Michaeli in seinem »Centraldossier« in RA, Statens utlänningskommission (SUK), kanslibyrån, F 1 B:1641.

95 Die betreffenden Anträge auf Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung und die Ablehnungen finden sich in Wilhelm Michaeli, Centraldossier, RA, SUK, kanslibyrån, F 1 B:1641.

96 Löner för Mosaiska församlingens Hjälpkommitté, RA, JFA, HK, E 1:13. Olga Klein war Nichtjüdin, aber mit dem Sohn des ehemaligen Oberrabbiners Gottlieb Klein verheiratet. Irma Fraenkel kam aus Göteborg und war mit ihrem deutschen Ehemann selbst als Flüchtling nach Schweden gekommen. Rudberg: *The Swedish Jews*, S. 48.

Negative Auskünfte und Warnungen

Es waren zunächst nicht viele jüdische Personen, die nach Schweden gelangten, auch wenn in der Presse Gerüchte über eine wahre Invasion verbreitet wurden. Dort war von 24.000 Flüchtlingen die Rede. Laut eines Berichts, den Samuel Nisells, Kassenwart der Gemeinde Stockholm, 1934 in der Zeitschrift *Judisk tidskrift* publizierte, waren die Flüchtlingszahlen im ersten Jahr der nationalsozialistischen Herrschaft verschwindend gering. Die Sozialbehörde hatte demnach zwischen März und Jahresende 1933 167 Anträge auf Arbeits- oder Aufenthaltserlaubnis erhalten. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Artikels waren 48 der 97 Anträge auf Aufenthaltsgenehmigung bewilligt worden.⁹⁷ Im Oktober 1933 hatten 51 Flüchtlinge Hilfen durch die Jüdische Gemeinde Stockholm erhalten, die Gemeinde ging aber von ca. 300 bis 400 Flüchtlingen aus, die sich vorübergehend in der Stadt aufhielten.⁹⁸ Da die Visafreiheit bis 1938 Bestand hatte, liegen allerdings keine verlässlichen Zahlen über jüdische Deutsche vor, die auf der Durchreise für einige Tage, Wochen, oder vielleicht sogar ein oder zwei Monate in Schweden Zuflucht suchten und in dieser Zeit bei Verwandten oder Bekannten oder auf eigene Kosten unterkamen. Sven Nordlund veranschlagt, dass sich im Herbst 1933 ungefähr 300-400 deutsch-jüdische Flüchtlinge in Schweden aufhielten. Einige nutzten die visafreien drei Monate, um abzuwarten, andere nutzten zunächst ihre schwedischen Kontakte, während sie langfristig die Weiterreise in ein anderes Land planten.⁹⁹

Sichtbar werden nur diejenigen, die Beihilfen der jüdischen Gemeinden und insbesondere des Hilfskomitees in Stockholm erhielten. Auch hier ist in dieser frühen Phase nur schwer zu unterscheiden zwischen denjenigen, die lediglich für ein paar Wochen Unterstützung erhielten und denjenigen, die über einen längeren Zeitraum Hilfe benötigten. Im Januar 1935 erhielten bloß neun Personen und die von ihnen abhängigen Familienangehörigen Unterstützung durch die Jüdische Gemeinde in Stockholm.¹⁰⁰ Die öffentliche Wahrnehmung des Zuzugs und der Aufnahmekapazität des Landes beruhte aber oft nicht auf den realen Zahlen. Das bevölkerungsarme Königreich im Norden war durch die Weltwirtschaftskrise hart getroffen worden. Die Einbußen beim Eisenerz- und Papierexport hatten weitreichende Folgen für die gesamte Wirtschaft. 1933 lag die Arbeitslosenquote bei rekordverdächtigen 23 Prozent, im Schnitt betrug sie

97 Samuel Nisell: Tysk-Judisk Invandring i Sverige, in: *Judisk Tidskrift* (1934), Nr. 1, S. 8-11.

98 »P. M. rörande den av Mosaiska församlingen i Stockholm utövande hjälpverksamheten för Tysklands judar«, 24.10.1933, RA, JFA, FS, F 4 a:1.

99 Sven Nordlund: »The War is Over – Now you Can Go Home!«. Jewish Refugees and the Swedish Labour Market in the Shadow of the Holocaust, in: Paul A. Levine/David Cesarani, (Hg.): »Bystanders« to the Holocaust. A Re-evaluation, London/Portland, OR 2002, S. 171-198, hier S. 175.

100 MfiS an John Setterwall (Außenministerium), 23.1.1935, RA, JFA, HK, E 1:2.

zwischen 1935 und 1939 noch über zehn Prozent.¹⁰¹ Es ist insbesondere diese hohe Arbeitslosigkeit, die in der Öffentlichkeit immer wieder herangezogen wurde, um die Forderung nach einer restriktiven Einwanderungspolitik zu rechtfertigen.

Der bereits zitierte Artikel des Gemeindevorstands Samuel Nisell sollte schon 1934 eine Antwort auf verbreitete Warnungen vor einer »Judeninvasion« geben. Inwiefern ein Text in einem jüdischen Monatsblatt die weitere Öffentlichkeit erreichte, sei dahingestellt. Auch 1935 bereitete das Gerücht einer jüdischen Flüchtlingsinvasion den Verantwortlichen in der Gemeinde Kopfzerbrechen. An der Universität von Uppsala wurden aggressive Diskussionen über die Flüchtlinge und die angebliche Größe dieser Gruppe geführt. Auch die große Tageszeitung *Svenska Dagbladet* kolportierte sehr hohe Zahlen. Die Gemeinde sah sich veranlasst, bei der zuständigen Behörde zu intervenieren und den leitenden Beamten der Sozialbehörde Erik Drougge Ende Oktober 1935 zu ersuchen, eine offizielle Verlautbarung der Regierung mit den korrekten, weitaus niedrigeren Zahlen zu lancieren. Drougge versprach, die Zeitung zu einem Dementi zu drängen.¹⁰² Und tatsächlich wurde am 5. November 1935 ein Artikel mit den richtigen Zahlen veröffentlicht.¹⁰³ Allerdings hatte die Ermahnung langfristig keinerlei Wirkung, denn im Dezember erschienen erneut stark überhöhte Angaben, die wiederum in eine Diskussion mit Drougge mündeten. Das *Svenska Dagbladet* hatte dieses Mal verbreitet, dass im ersten Halbjahr 1934 2500 Aufenthaltsgenehmigungen für deutsche Juden erteilt worden seien, obwohl sich laut Drougge überhaupt nur 1700 deutsche Staatsbürger in Schweden aufhielten. Tatsächlich waren lediglich 25 Anträge behandelt worden. Ein Dementi wurde von der Zeitung nun aber nicht mehr erwartet – vielmehr hoffte man in der Sozialbehörde und der Gemeinde darauf, dass sich das Parlament in der nächsten Sitzungsperiode des Themas annehmen würde und auf diese Weise die offiziellen Zahlen zur Sprache kommen würden.¹⁰⁴ Für die jüdischen Helfer aber waren solche falschen Zahlen und die damit verbundenen Debatten ein Menetekel dafür, welche Vorbehalte Teile der schwedischen Gesellschaft gegen eine Aufnahme von Juden hegten. Das deutschfreundliche *Aftonbladet* forderte am 29. Oktober 1935 unter der Überschrift »Völlig überflüssiger Import« die Regierung auf, Arbeits- und Existenzmöglichkeiten im Land für die eigenen Bürger zu sichern. Dieser Standpunkt verdiene mehr Berücksichtigung als jedes noch so erklärliche Mitgefühl.¹⁰⁵

101 Bernd Henningsen: Der Wohlfahrtsstaat Schweden, Baden-Baden 1986, S. 155.

102 Aktenvermerk, 31.10.1935, RA, JFA, HK, E 1:2.

103 Ein Exemplar des Beitrags »Klarläggande uppgifter om invandringen« (*Svenska Dagbladet*, 5.11.1935) findet sich im RA, JFA, HK, F 4:1.

104 All dies geht aus einer Durchschrift eines Briefs hervor, den wahrscheinlich ein Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde am 9. Dezember 1935 an Hugo Valentin in Uppsala sandte. RA, JFA, HK, E 1:3.

105 Svanberg/Tydén: *Sverige og förintelsen*, S. 108.

Es waren Umstände und Debatten wie diese, die 1936 den Kunsthistoriker, Autor und Dramatiker Ragnar Josephson veranlassten, ein 28 Seiten langes Pamphlet im angesehenen Albert Bonnier Verlag zu veröffentlichen, das den Titel *Die doppelte Loyalität. Vortrag für die jüdischen Gemeinschaften in Stockholm und Göteborg* trug.¹⁰⁶ Darin ging der Autor intensiv auf die jüdischen Flüchtenden aus Deutschland ein:

»Wir sehen sie alle, diese Tausenden von Deutschen mit jüdischem Blut, die nach einem Winkel der Erde suchen, das kleinste Stück der großen, wimmelnden Erdkugel, wo sie ehrlich leben und ehrlich sterben können. Ein Stück Erde, auf dem sie einen Halt für sich und ihre Familien finden, ein Stückchen Boden, auf dem sie ruhen können, ein Stück Fels, auf dem ihre Kinder das Recht haben, sie zu betrauern.«¹⁰⁷

Er fuhr fort: »Wir schwedischen Juden stehen an unserer Südgrenze und sehen über das Wasser. Nur wenige Stunden entfernt liegt das Land, in dem nur unser Blut schon als Verbrechen gilt.«¹⁰⁸ Josephson entwarf im Folgenden das Bild ankommender Fährpassagiere, die sich beim Versuch, den Zoll zu passieren, vor verschlossenen Drehkreuzen finden. Sein spontaner Wunsch, die Drehkreuze zu öffnen, erweist sich als falsch:

»Aber nein! Auch wir müssen einsehen, dass dieses Drehkreuz für viele, gar für die meisten, verschlossen sein muss. Nur eine kleine Anzahl, einzelne, können aus der Masse herausgenommen werden, nur eine kleine Gruppe, die unserem Land nutzt, kann, ohne die Einheimischen hinauszudrängen, in Schweden Zuflucht finden. Es ist bitter, diese Auswahl zu treffen, aber es muss getan werden.«¹⁰⁹

Die schwedischen Juden seien, so Josephson, vor die Aufgabe gestellt, diesen Menschen eine andere Heimat zu ermöglichen – in Palästina. Offensichtlich befand sich Ragnar Josephson hier ganz auf der Linie, die auch die Funktionäre

106 Ragnar Josephson: Den dubbla lojaliteten. Tal till judiska sammanslutningar i Stockholm och Göteborg, Stockholm 1936. Der Titel des Büchleins von Ragnar Josephson entspricht einem weiteren Konzept und beansprucht keine Originalität. Auch Fritz Rathenau bediente sich in seinen unveröffentlichten Memoiren dieses Gedankens, welchen er nach den Erfahrungen der Verfolgung und Verschleppung nach Theresienstadt aber letztlich ablehnte. Vgl. Thomas Rink: *Doppelte Loyalität. Fritz Rathenau als deutscher Beamter und Jude*, Hildesheim/Zürich/New York 2002. Norman Bentwich hat diesen Begriff in seinen *My Seventy-seven Years. An Account of my Life and Times 1883-1960* 1962 emphatisch zur Beschreibung der ersten Generation der emanzipierten, von Einwanderern abstammenden britischen Juden benutzt, »which combined enthusiastically a double loyalty: to the community from which it was sprung, and to the country which gave civic opportunity to the sons of aliens« (S. 3).

107 Josephson: Den dubbla lojaliteten, S. 7.

108 Ebd., S. 9.

109 Ebd., S. 11.

der schwedischen und deutschen jüdischen Hilfsorganisationen zu diesem Zeitpunkt verfolgt. Josephson ging noch weiter:

»Wir haben einen düsteren Posten, wenn wir uns vorstellen, dass wir selbst an der schwedischen Grenze Wache stehen. Wir fühlen die ganze schwere Last der doppelten Loyalität. Wir sind Schweden, wir sind dieses mit ganzem Herzen. Und wir handeln so, wie es das Beste für unser Vaterland ist. [...] Eine Nation kann nur im Verhältnis ihrer Größe fremde Einflüsse aufnehmen.«¹¹⁰

Denn Josephson glaubte eine große Gefahr auch für die eigene schwedische Gemeinschaft zu erkennen: »Es ist, auch wenn es sich selbstüchtig anhört, zum Besten des schwedischen Judentums, hier besonnen zu handeln. Die zurzeit herrschende Epidemie hat auch schon einige wehrlose schwedische Männer erfasst.«¹¹¹ Es ist eindeutig, dass er sich hier auf den Antisemitismus bezog. Eine Lösung des Problems der doppelten Loyalität kannte am Ende auch Ragnar Josephson nicht: »Schweden ist unser Schicksal und das Judentum ist unser Schicksal. Wir können keines der beiden Teile eintauschen, um nur dem anderen anzugehören.«¹¹² Allerdings, so Josephson, könne etwa Benjamin Disraeli als Exempel dienen, dass eine doppelte Loyalität durchaus möglich sei. Svante Hansson deutete das kleine Pamphlet durchaus nicht als Aufforderung im wörtlichen Sinne, an der Ostseeküste »Wache« zu stehen, aber vorsichtig zu agieren, keinen Einfluss auf die Behörden zu nehmen, zu »schweigen und zu leiden«.¹¹³ Und vorsichtig agierte die Gemeindeleitung in der Tat: Während sie öffentliche Solidaritätsbekenntnisse zu den Verfolgten südlich der Ostsee vermied, blieb sie allerdings nicht – wie zu zeigen sein wird – gänzlich schweig- und duldsam.

Anfragen gab es aber durchaus, die trotz der angestrebten Zentralisierung im Zentralausschuß auch von Privatpersonen eingingen. Die Antworten enthielten Mitte der 1930er Jahre zwar noch ausführliche Erläuterungen zur Rechtslage, waren aber im Ton ablehnend formuliert. Praktisch alle Pläne, die über die visumfreie Einreise für drei Monate hinausgingen, wurden mit einem Hinweis auf die schlechte wirtschaftliche Situation und die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt für aussichtslos erklärt. Neben längeren Darstellungen der Einreisebestimmungen wurden in dieser Zeit auch direkte Absagen an Bittsteller geschickt, die sich von der Gemeinde Hilfe beim Aufbau einer Zukunft in Schweden erhofften. Die meisten Bittschreiben richteten sich an den Vorstand, vor allem aber an die Rabbiner. Noch hatten sich die Mechanismen nicht gefestigt. So ist weder in der Überlieferung noch aus den Schreiben stets ersichtlich, ob die beiden Rabbiner als Einzelpersonen und prominente schwedische Juden oder in Vertretung der Gemeinde angesprochen wurden. Die Ablehnungen enthalten neben den Formalien der schwedischen Gesetzgebung immer wieder

¹¹⁰ Ebd., S. 13.

¹¹¹ Ebd., S. 14.

¹¹² Ebd., S. 27.

¹¹³ Hansson: Flykt och överlevnad, S. 84.

auch Hinweise auf die Stimmung im Land. In seinem Antwortschreiben an Dr. L. Schwarzschild bemerkte Rabbiner Emil Kronheim:

»[Ich] kann Ihnen keine Hoffnung machen. [...] Hier im Land ist ein großer Überschuss an Ärzten, so dass man sogar schon von einem Ärzteeend gesprochen hat. Da können Sie verstehen, dass die ärztlichen Organisationen hier sich der Zulassung von Ausländern mit allen Kräften und allen Mitteln widersetzen werden. Und diese Organisationen werden ja in jedem Fall von der Behörde zuerst um Rat gefragt. In diesen Tagen hat die Medizinische Fakultät in Uppsala sich sogar geweigert, einen jungen jüdischen Studenten aus Königsberg zum Studium zuzulassen, und es besteht gar kein Zweifel, dass die Regierung sich dieser Weigerung anschließen wird.«¹¹⁴

In den frühen Aktenüberlieferungen des Hilfskomitees finden sich unzählige Beispiele solcher Absagen. Im Juni 1935 erhielt ein deutscher Jude in den Niederlanden Antwort aus Stockholm:

»Ich muss Ihnen hierdurch mitteilen, dass es für einen Ausländer sehr schwer ist, hier in Schweden eine Arbeits- und Aufenthaltsberechtigung zu bekommen. Ich rate Ihnen deshalb unbedingt, in Holland zu bleiben, da Sie da große Möglichkeiten haben, sich die gewünschten Kenntnisse zu verschaffen. Um hier an einer derartigen Schule studieren zu dürfen und nachher eine Stellung zu bekommen, muss man die Erlaubnis von der Behörde haben und die wird unter heutigen Umständen nicht erteilt.«¹¹⁵

Im September 1935 beschied man Martin Cohn aus Berlin:

»Anlässlich Ihres Schreibens vom 5. September 1935 muss ich Ihnen hierdurch leider mitteilen, dass die Gemeinde in Stockholm keine Möglichkeiten hat, Ihnen helfen zu können. Die Arbeitslosigkeit ist hier immer noch sehr groß und die Behörden vergeben überhaupt keine Arbeits- oder Aufenthaltsberechtigung.«¹¹⁶

Und im Oktober 1935 erhielt Julius Odenheimer in Stuttgart die Nachricht, man müsse ihm »bestimmt davon abraten, nach Schweden zu gehen«.¹¹⁷ Im Januar 1936 nahm sich der Kämmerer der Gemeinde in Stockholm Zeit, um auf drei Seiten die Anfrage Max Müllers zu beantworten, der seine Anfrage in der Tschechoslowakei verfasst hatte.¹¹⁸ Er fügte seinem ausführlichen Bericht über Schweden Warnungen bei: Voraussetzung für den Aufenthalt sei, dass der Zufluchtsuchende sich jeglicher politischer Tätigkeit enthalte und auch sonst kein öffentliches Ärgernis errege. In Schweden gebe es ebenfalls antisemitische

114 Kronheim (hier in deutscher Sprache) an Schwarzschild, 26.6.1933, Ordner Ehrenpreis, Korrespondenz, RA, JFA, HK, E 1:1.

115 HK an Heinz Barezinski, 25.6.1935, RA, JFA, HK, E 1:3.

116 MfiS an Martin Cohn, 24.9.1935, RA, JFA, HK, E 1:3.

117 MfiS an Julius Odenheimer, 21.1.1936, RA, JFA, HK, E 1:3.

118 Mauritz Grünberger an Max Müller, 21.1.1936, RA, JFA, HK, E 1:3.

Strömungen und eine nationalsozialistische Partei, auch wenn diese gegenwärtig ohne politischen Einfluss sei.

Auch schwedische Staatsbürger, die für Verwandte und Bekannte Anfragen zu den Zuwanderungsmöglichkeiten stellten, erhielten ausschließlich negative Antworten:

»In Beantwortung Ihres Schreibens vom 13. dieses Monats muss ich Ihnen mitteilen, dass die Möglichkeiten für eine jüdische Familie sich hier niederzulassen und ein Geschäft zu betreiben praktisch ausgeschlossen sind.«¹¹⁹

Ihre Bescheide verfasste die Gemeinde nicht nur auf der Grundlage eigener Einschätzungen des schwedischen Arbeitsmarktes oder der Lektüre der Tagespresse. Informationen, die das Hilfskomitee und seine Mitglieder von den Behördenmitarbeitern und aus Regierungskreisen erhielten, spielten von Anfang an eine große Rolle. Eine als »vertraulich« bezeichnete Gesprächsnotiz über ein Treffen in der Sozialbehörde Ende Oktober 1935 veranschaulicht das. Anlass des Gesprächs war die Bitte der Gemeinde, die Behörde möge eine Richtigstellung der weit übertriebenen Flüchtlingszahlen in der Tagespresse veröffentlichen. Nach der Diskussion dieses Tagesordnungspunktes wandte sich das Gespräch möglichen Arbeitsplätzen für Flüchtlinge zu. Der zuständige Abteilungsleiter deutete an, dass man in Genf übereingekommen sei, für Schweden eine gewisse Quote einzuführen. Vermutlich bezog sich die Ortsnennung auf den League of Nations High Commissioner for Refugees from Germany James McDonald, der seinen Sitz in Genf hatte. Nur mit dieser Quote würde es für einige deutsche Juden möglich sein, eine Arbeitsberechtigung zu erhalten. Unabhängig davon aber herrsche auf gewissen Gebieten ein Arbeitskräftemangel – zum Beispiel in der Metallindustrie – und es sei daher nicht undenkbar, für besonders qualifizierte Personen dort eine Arbeitsberechtigung zu erhalten. Dabei sei es hilfreich, dass der Verbund der Metallarbeiter der Frage gegenüber großes Verständnis zeige. Auch in anderen Bereichen, insbesondere der Landwirtschaft, würde sich die Sozialbehörde nicht grundsätzlich gegen eine Erteilung von Erlaubnissen stellen. Es sei sinnvoll, wenn die Gewerkschaften zuvor Gelegenheit bekämen, ihre Meinung zu äußern. Was die Ausbildung im Lande anbetreffe, so sei es nicht schwer, eine Aufenthaltsberechtigung zu bekommen. Eine Arbeitsberechtigung nach Beendigung der Ausbildung sei hingegen sehr schwer zu erhalten.¹²⁰

Auf solchen Wegen erhielt die Gemeinde nicht nur wichtige Informationen über die Chancen bestimmter Antragsteller, sondern sie unterwarf sich auch einem kontinuierlichen »Lernprozess«. Durch den engen Kontakt zu den Entscheidungsträgern musste sich auch ein besonderes Vertrauensverhältnis entwickeln. Wichtige Informationen für den eigenen Verwaltungsapparat des Hilfskomitees konnten unter der Hand schnell weitergereicht werden, und die Behörde entwickelte ein Vertrauen, dass die Gemeinde und das Hilfskomitee

119 HK an Lars Aulin, 17.4.1936, RA, JFA, HK, E 1:3.

120 Aktenvermerk, RA, JFA, HK, E 1:2.

keine »übertriebenen« Forderungen stellen würden. Wie später noch zu zeigen sein wird, schätzte die Sozialbehörde die Empfehlungen der Gemeinde zu einzelnen Antragstellern, die sie auch in die eigene Urteilsfindung einbezog. Dieses Vertrauensverhältnis ermöglichte der Gemeinde, in gewissem Umfang Bitten und Eingaben vorzutragen, während die Behörde voraussetzte, dass die Gemeinde die Regierungspolitik mittrug. Die Entscheidungsbefugnis lag aber stets bei den Behörden, die immer wieder auch Vorschläge und Anträge der Gemeinde ablehnten. Für die Schweiz hat Stefan Mächler Ähnliches mit dem Begriff »geistige Landesverteidigung« beschrieben. Hier arbeiteten die zentralen jüdischen und nicht jüdischen Hilfsorganisationen mit den Behörden zusammen und sicherten sich durch diese Loyalität deren »Goodwill«. ¹²¹ Dass solche Beziehungen aber zwangsweise in eine Asymmetrie führen würden, mochten sich manche Beteiligte damals nicht deutlich genug vor Augen geführt haben. Solche Gespräche mit der Sozialbehörde erwiesen sich in der Folge als wegweisend für das Agieren der Gemeinde. Das zeigt sich auch an dem in der Anfangsphase wichtigsten Feld der Hilfstätigkeit – der zionistischen Auswanderung aus Deutschland.

Diese Zusammenarbeit mit der Regierung folgte einem lange geübten Muster des Verwaltungshandelns in Schweden, das sich auf viele Bereiche des öffentlichen Lebens erstreckte. »Betroffene« wurden in einem Gutachtenprozess nicht nur in das parlamentarische Verfahren eingebunden, sondern auch bei Entscheidungen der Verwaltung befragt. In Bezug auf die deutschen Flüchtlinge wurde dieses Prozedere sehr schnell institutionalisiert. Die neben der Jüdischen Gemeinde wichtigste schwedische Hilfsorganisation war die Flüchtlingshilfe der Arbeiterbewegung (schwed. Arbetarrörelsens flyktinghjälp). 1933 taten sich der schwedische Gewerkschaftsbund und die schwedischen Sozialdemokraten zusammen, um ihre Unterstützung für die zu erwartenden Flüchtlingsgruppen aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie zu koordinieren. Um den beiden tragenden Organisationen auch im Namen Ehre zu erweisen, nannte man sich zunächst *Fackliga och politiska emigranternas hjälpkommitté* (Hilfskomitee der Gewerkschafter und der politischen Flüchtlinge). ¹²² Dieses galt den Behörden der sozialdemokratisch geführten Regierung als maßgebliche Gutachterinstanz für die »echten politischen Flüchtlinge«. Wem sie eine Unterstützung zum Lebensunterhalt zuerkannte, der erhielt auch den begehrten Aufenthaltsstatus. ¹²³ Dass das Hilfskomitee der Jüdischen Gemeinde die einflussreiche Stellung des Komitees der Arbeiterbewegung zur Kenntnis nahm, geht aus einem internen Memorandum hervor:

»Außenministerium und Sozialbehörde fordern für jeden Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung durch deutsche oder österreichische Flüchtlinge das

121 Mächler: Hilfe und Ohnmacht, S. 141-144.

122 Helmut Müssener: Exil in Schweden. Politische und kulturelle Emigration nach 1933, München 1974, S. 77.

123 Ebd., S. 100.

Gutachten des Komitees und das ist dann in aller Regel ausschlaggebend für die Behördenentscheidung.«¹²⁴

Die vertrauensvolle und reibungslose Zusammenarbeit zwischen der ersten sozialdemokratischen Regierung Schwedens seit 1932 und dem Komitee war auch der Grund, dass es diese starke, quasi verwaltungsrechtliche Position gleich von Anbeginn innehatte. Für eine Anerkennung bei Arbetarrörelsens flyktinghjälp musste der Flüchtling nicht nur die Mitgliedschaft in einer politisch verfolgten Vereinigung in Deutschland nachweisen, sondern auch belegen, dass er sich in der politischen Arbeit engagiert hatte, für die er im nationalsozialistischen Deutschland verfolgt werden würde. Diese Voraussetzung entsprach den Richtlinien, die die internationalen Gewerkschaftsorganisationen herausgegeben hatten. Wie so etwas genau aussehen konnte, wird am Beispiel eines der bekanntesten »echten« politischen Flüchtlinge in Schweden sichtbar: Bruno Kreisky. Der spätere österreichische Bundeskanzler reiste Ende 1938 nach Schweden. Als aktives Mitglied der österreichischen Sozialdemokratie war er in Schweden gut vernetzt. Sein erster Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung verzeichnete als »Zweck des Aufenthaltes« den Status »politischer Flüchtling«, der durch einen Stempel des Komitees der Gewerkschaften *Fackliga och Politiska Emigranterns Hjälpkommitté* und den Zusatz »wird befürwortet« genehmigt wurde.¹²⁵

Von 1938 an nannte sich die Organisation Arbetarrörelsens flyktinghjälp (Flüchtlingshilfe der Arbeiterbewegung). In Einzelfällen kam es auch zu einer Zusammenarbeit mit dem jüdischen Hilfskomitee. Wenn ein jüdischer sozialdemokratischer Flüchtling bei der Gemeinde anfragte, kam es vor, dass ihn diese an die Arbetarrörelsens flyktinghjälp verwies. Als Kontaktperson dort diente der Sekretär des Komitees Axel Granath.¹²⁶ In Einzelfällen nahmen Flüchtlinge Hilfe von beiden Seiten in Anspruch. So waren sie über die Dauer ihres Aufenthalts für eine gewisse Zeit bei den Sozialdemokraten registriert, konnten aber auch bei der Jüdischen Gemeinde auf Beistand hoffen, wenn sie Juden waren.¹²⁷

Diese Form der Kooperation mit den Behörden, die nie infrage gestellt wurde, hatte – wie im Folgenden zu sehen sein wird – auch Auswirkungen auf die Einreise größerer Gruppen.

124 Aktenvermerk des Fackliga och politiska emigranternas hjälpkommitté, RA, JFA, HK, E 1:2. Aus Österreich flohen zu diesem Zeitpunkt diejenigen, die nach der Selbstausschaltung des Parlaments gegen den Austrofaschismus opponierten.

125 Beides in Bruno Kreisky, Centraldossier, RA, SUK, kanslibyrån, F 1 AC:11901.

126 Gottfarb: Den livsfarliga glömskan, S. 99.

127 Solche Fälle spiegeln sich in den Hunderten Fragebogen, die die Jüdische Gemeinde Stockholm 1940 an alle jüdischen Flüchtlinge schickte. Eine der Fragen dort lautete, ob man von anderen Organisationen Hilfe erhielt. Das deutet darauf hin, dass man zwar Doppelzahlungen vermeiden wollte, eine Unterstützung durch andere Organisationen aber keinen Ausschlussgrund von der eigenen Versorgung darstellte. Am 2. Januar 1935 teilte die Jüdische Gemeinde der Sammlung für intellektuelle Flüchtlinge mit, welche Beträge sie für wen bewilligt hatte. RA, JFA, HK, E 1:2.

4. Zionistische Programme: Planvoller Aufbau und Hilfe für Flüchtlinge

Bis zum Beginn der Aufklärung nahmen die Juden fast überall in Europa eine vergleichbare gesellschaftliche Stellung ein. In vielen Ländern waren sie nur geduldet und hatten, außerhalb der Ständegesellschaft stehend, einen rechtlichen Sonderstatus inne. Die Emanzipation der Juden, die sich, von Rückschlägen begleitet, schließlich immer weiter durchsetzte, schuf Handlungsspielräume für den Eintritt der Juden in die bürgerliche Gesellschaft. Insbesondere die Haskala – die jüdische Aufklärung – und das liberale Judentum boten neue Perspektiven, um eine jüdische Identität mit der Teilhabe an der Moderne zu vereinbaren. Gleichzeitig zu dieser innerjüdischen Erneuerung entwickelte sich aber auch ein neues antijüdisches Ressentiment, das, der Epoche entsprechend, Juden nicht mehr als Bekenner einer Religion definierte. Der moderne Antisemitismus definierte Juden als Angehörige einer Rasse und dadurch wurde eine Lösung der sogenannten »Judenfrage« radikal infrage gestellt. Auch als Reaktion auf diese Entwicklung entstand eine jüdische Form des Nationalismus. Der Zionismus setzte auf die Lösung der »Judenfrage« durch die Schaffung einer jüdischen, nationalen Heimstatt in Zion, in Palästina, dem Land, dem sich die Juden religiös und emotional seit zwei Jahrtausenden verbunden fühlten. Zwar gab es auch innerhalb der zionistischen Bewegung unterschiedliche Strömungen, doch war man sich darin einig, dass sich die Juden in aller Welt die Einwanderung nach Palästina, die *Alija* (hebr. Aufstieg), zum Ziel setzen sollten. Insbesondere in linksorientierten zionistischen Gruppen entstand die Idee, »Pioniere« voranzuschicken. Diese *Chaluzim* und *Chaluzot* sollten gemeinschaftlich das Land urbar machen und dabei auch einen neuen Typus von Juden schaffen, der anders als die Juden des frühneuzeitlichen Europa von der Landarbeit leben und eher dem Hebräer der Vorzeit als dem Shtetljuden Osteuropas ähneln sollte. Eine neue Sprache und ein neues Bewusstsein für die jüdische Geschichte entwickelten sich. Vor allem aber benötigten die Pioniere eine landwirtschaftliche Ausbildung. Diese ideologische Position und deren praktische Umsetzung wurden nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten – angesichts der zunehmenden Verfolgung – zu einem wichtigen Faktor jüdischen Organisationslebens und jüdischer Selbstbehauptungsstrategien. Insbesondere die jüdische Jugend sollte gerettet werden. Bereits der erste Arbeitsbericht des 1933 gegründeten Zentrallusschusses wies darauf hin, dass für die Jugend letztlich die Auswanderung die beste Reaktion auf die neuen Herausforderungen darstelle.¹²⁸ Die Emigration nach Palästina sollte sich schnell zu einem der Hauptziele entwickeln.

Insgesamt vier Kategorien von Zertifikaten existierten, die eine legale Einreise in das britische Mandatsgebiet ermöglichten. Die erste Kategorie, Kategorie A, betraf sogenannte Kapitalisten. Dabei handelte es sich um Personen, die über eigene finanzielle Mittel verfügten, um sich in Palästina niederzulassen. Katego-

128 Wetzell: Auswanderung aus Deutschland, S. 438.

rie B erfasste Studenten und Personen, die einem religiösen Beruf nachgingen. Kategorie C umfasste die sogenannten Arbeiterzertifikate. Zugang zu einem Zertifikat dieser Kategorie hatten Personen, die eine Anstellung in abhängiger Arbeit im Mandatsgebiet nachweisen konnten. Die letzte Kategorie, Kategorie D, bezog sich auf Personen, die von Menschen, die im Mandatsgebiet ansässig waren, als Abhängige versorgt wurden. Die britische Regierung erteilte die Zertifikate der Kategorien A, B und D. Sie erließ zudem eine Quote für die zu verteilenden Zertifikate der Kategorie C. Die Höhe der Quote machte die britische Regierung von der angenommenen Aufnahmefähigkeit des Mandatsgebiets abhängig. Die Zertifikate selbst wurden aber von der Zionistischen Weltorganisation und der Vertretung der jüdischen Bevölkerung im Mandatsgebiet, der *Jewish Agency*, verteilt, die sich wiederum verpflichtete, für die Zertifikatsinhaber im ersten Jahr ihres Aufenthalts in Palästina zu sorgen. Dabei konnte die Jewish Agency nur die Empfänger der Zertifikate bestimmen, nie aber deren Anzahl festlegen. Auch oblag es den Briten, die Quote für jedes Herkunftsland festzusetzen. Nach 1933 erhöhten diese zwar die Anzahl der C-Zertifikate für deutsche Juden, nicht aber die Gesamtzahl. Das bedeutete, dass zwar mehr deutsche Juden einreisen konnten, diese Zuwanderung aber auf Kosten der Ausreisewilligen aus anderen Staaten gehen musste. Insbesondere osteuropäische Juden waren von dieser Umschichtung betroffen.¹²⁹

Das deutsche Büro der Jewish Agency, das Palästinaamt, wiederum verteilte die begehrten Zertifikate vorzugsweise an diejenigen, die zum jüdischen Gemeinwesen beitragen und sich integrieren konnten. Dazu waren eine Ausbildung in einem für Palästina als wichtig erachteten Beruf und eine Schulung notwendig. Diese ideologische und praktische Vorbereitung, die Hachschara (hebr. Tauglichmachung), wurde anfangs von kleineren Gruppen und privaten Initiativen getragen. Von Russland ausgehend gründeten sich Dachorganisationen des Hechaluz (hebr. der Pionier) in vielen europäischen Ländern. 1922 entstand auch in Deutschland ein solcher Verband. Er organisierte die Ausbildung der jungen Menschen und entschied, wer von ihnen wann nach Palästina auswandern konnte. Dieser *Hechaluz – Deutscher Landesverband* erfuhr mit dem Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft einen starken Zuwachs. Zum einen bot er den Verfolgten und Ausgeschlossenen eine neue seelische und ideelle Heimat, zum anderen schlicht eine weitere Auswanderungsoption. In Deutschland entstand eine große Zahl an Hachschara-Ausbildungsstätten, um die jüdischen Jugendlichen auf eine baldige Auswanderung vorzubereiten. Um so vielen wie möglich diese Chance zu geben, war der Landesverband auch bereit, diese Ausbildung in andere Länder zu verlegen. Zu diesen gehörte seit 1933 auch Schweden.

129 Aviva Halamish: Palestine as a Destination for Jewish Immigrants and Refugees from Nazi Germany, in: Frank Caestecker/Bob Moore (Hg.): Refugees from Nazi Germany and the Liberal European States, Oxford/New York 2010, S. 122-150, hier S. 124-126.

Hilfe außerhalb Schwedens: Patenschaften für die Kinder- und Jugendalija

Als die ersten deutsch-jüdischen Flüchtlinge im Frühjahr 1933 an die Tore der Fluchtländer klopfen, waren diese nur unzureichend darauf vorbereitet. Ohne Beispiel war die einsetzende Fluchtwelle nicht. Bereits in den letzten beiden Dekaden des 19. Jahrhunderts und erneut in den 1920er Jahren waren größere jüdische Gruppen aus Osteuropa vor zaristischer Verfolgung und Pogromen geflohen. Die neue Fluchtwelle unterschied sich durch die Herkunft der Flüchtlinge. Nun traf es die gut ausgebildete deutsch-jüdische Gemeinschaft. Zusammen mit deren Ansprechpartnern konnten die ausländischen jüdischen Gemeinden Strategien festlegen, wie die eigenen Hilfen zu verteilen seien. Wie bereits beschrieben, hatte die Stockholmer Gemeinde nach einer kurzen Orientierungsphase beschlossen, dass die eigene Hilfe in enger Abstimmung mit den Kollegen des Zentralausschusses geleistet werden sollte. Hinweise auf diese Koordination wurden bald auch in den Spendenaufrufen erwähnt und konnten den Spendern als »Gütesiegel« dienen – schien doch dadurch gewährleistet, dass die Mittel in enger Kooperation mit denjenigen verwendet wurden, die die Bedürfnisse am besten kannten.

Daneben vermittelte die Gemeinde die Spenden schwedischer Juden an unterschiedliche Projekte. So erhielten Organisationen, die sich in Palästina um die Verbesserung der Infrastruktur für jüdische Immigranten, den Landerwerb oder die Ausbildung von Juden kümmerten, Spenden aus Schweden, die über die Gemeinde transferiert wurden. Zu den Nutznießern gehörten der Gründungsfonds *Keren Hajessod*, die Organisation *ORT* (Organization for Rehabilitation through Training) und die *Hebräische Universität* in Jerusalem.¹³⁰ Zum wichtigsten Schwerpunkt der frühen Hilfe für zionistische Projekte entwickelten sich aber die mit dem Zentralausschuß koordinierten Unterstützungszahlungen an die Kinder- und Jugendalija. Die Pädagogin Recha Freier hatte 1932 die Idee zur Gründung einer Organisation, die sich der Ausbildung benachteiligter jüdischer Jugendlicher und deren Emigration nach Palästina widmen sollte. Der wachsende Antisemitismus ließ sie bereits im Jahr vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten zu der Überzeugung gelangen, dass sich die deutsch-jüdischen Organisationen verstärkt um die 15- bis 17-Jährigen kümmern mußten, deren Zukunft in Deutschland unter düsteren Aussichten stand. Sie kontaktierte die sozialistische Gewerkschaft *Histadrut* in Palästina und weitere zionistische Kreise. Die Rückmeldungen waren so positiv, dass sich Freier zusammen mit anderen Mitstreitern um einen festen Zusammenschluss bemühte.¹³¹ Nachdem

130 Siehe das Manuskript von David Köpniwsky: *Några ord och siffror om Mosaiska församlingens i Stockholm flyktinghjälp under åren 1933-1950*, RA, JFA, FS, F 4 a:10. Das Hilfskomitee übersandte z. B. am 16. März 1939 eine Spendenquittung der hebräischen Universität in Jerusalem an die Spenderin in Schweden. RA, JFA, HK, E 1:13.

131 Diese und die folgenden Ausführungen basieren vor allem auf Recha Freiers eigenem Bericht: *Let the Children Come. The Early History of Youth Aliyah (1961)*; hier in der Ausgabe »Wurzeln schlagen«. Die Gründung der Jugend-Alija und ihre ersten Jahre,

sie es dank persönlicher Kontakte geschafft hatte, eine erste Gruppe Jugendlicher nach Palästina zu bringen, gründete sie zusammen mit einigen Mitstreitern die *Jüdische Jugendhilfe e. V.* Später gab sich die Organisation den eingängigeren Namen *Kinder- und Jugendalija*. Für die Einreise der Jugendlichen mussten große Geldmengen aufgebracht und Plätze in den Kibbuzim oder Moschawim gefunden werden. Ohne eine entsprechende finanzielle Garantie gab es keine Möglichkeit, eines der erwähnten Zertifikate von der britischen Mandatsverwaltung und der Jewish Agency zu erhalten.¹³²

Bereits im Frühjahr 1933 besuchte die Berliner Leiterin der Kinder- und Jugendalija Eva Stern Schweden, um für das Projekt zu werben; doch zunächst blieb ihr Besuch ohne Folgen.¹³³ Stern war aber an einem stärkeren Engagement der Skandinavier interessiert. Im Februar 1934 fuhren Stern und Enzo Sereni, zu jener Zeit Abgesandter aus Palästina beim Hechaluz in Deutschland, nach Kopenhagen. In Dänemark war die Ausbildung junger Pioniere des Hechaluz inzwischen angelaufen. Die Vertreter aus Berlin hofften, weitere Hilfen für die Kinder- und Jugendauswanderung einwerben zu können. Sie boten der Jüdischen Gemeinde in Stockholm an, im Anschluss an einen Besuch in Kopenhagen in die schwedische Hauptstadt zu reisen, um auch dort das Programm vorzustellen.¹³⁴ Das Gespräch verlief nun positiv – Eva Stern überließ den Schweden Informationsmaterial sowie unter anderem den Film *Vom Leben im Kinder- und Jugenddorf Ben Schemen*, der anschließend in verschiedenen jüdischen Gemeinden und Organisationen gezeigt wurde. Recha Freier hatte zwischenzeitlich in Ben Schemen für die erste Gruppe Jugendlicher eine neue Heimat gefunden. Mit solchen Werbeaktionen hoffte man, die Menschen in Schweden zu einer Spende für die Arbeit in Berlin und Palästina zu bewegen. Stern konnte bei diesem zweiten Versuch darauf aufbauen, dass die Schweden die Kinder- und Jugendalija bereits als wichtige Hilfsform kennengelernt hatten und auch Ludwig Tietz in Stockholm auf die Bedeutung der Jugendalija hingewiesen hatte.¹³⁵ In der Tat ließ sich die Gemeindeführung überzeugen – Mitte März 1934 sprach sie gegenüber Rabbiner Julius Samuel in Oslo die Empfehlung

in: Gudrun Maierhof/Chana Schütz/Hermann Simon (Hg.): Aus Kindern wurden Briefe. Die Rettung jüdischer Kinder aus Nazi-Deutschland, Berlin 2004, S. 263-313.

132 Wetzell: Auswanderung aus Deutschland, S. 468-472.

133 MfIS (wahrscheinlich Mauritz Grünberger) an Hugo Valentin, 26.4.1933, RA, JFA, HK, E 1:3.

134 Eva Stern an MfIS, 31.1.1934, und MfIS (wahrscheinlich Franz Arnheim) an Eva Stern, 2.2.1934, RA, JFA, HK, E 1:2. Eva Stern war die Tochter des Jugendpsychologen William Stern. Sie war mit dem Vorstandsmitglied der Zionistischen Vereinigung für Deutschland Solf Michaelis verheiratet.

135 Das geht aus einem Schreiben des Palästinaamtes in Berlin an die MfIS vom 19. September 1933 hervor, in der sich das Palästinaamt für die Unterstützung bedankte und zur konkreten Vorbereitung weiterer Maßnahmen auf den bevorstehenden Besuch von Tietz verwies. RA, JFA, HK, E 1:2.

aus, Stern und die Arbeitsgemeinschaft der Kinder- und Jugendlilja zu unterstützen.¹³⁶

Darüber, dass die Förderung der Jugendlilja eine sinnvolle Hilfe für deutsche Juden bezeichnete, herrschte in Stockholm im Prinzip Einigkeit. Die Tatsache, dass man so helfen konnte, ohne dass Flüchtlinge auf Dauer in Schweden bleiben, steigerte die Attraktivität dieser Hilfsform. Juden in Schweden sammelten daraufhin Geld für die Übernahme von Patenschaften für deutsch-jüdische Kinder, die mit der Kinder- und Jugendlilja nach Palästina reisen sollten. Bereits im März 1934 hatten die Schweden 28.000 Kronen gesammelt, die 20 Patenschaften entsprachen und ausreichten, um Unterkunft, Nahrung und Ausbildung bis zur Volljährigkeit der Kinder in Palästina bereitzustellen. Im Oktober desselben Jahres stieg die Zahl der Patenschaften auf 25, und bis 1939 hatten schwedische Patinnen und Paten insgesamt 65 Jugendlichen eine Ausbildung in Palästina ermöglicht.¹³⁷ David Jünger verweist darauf, dass die Alija, die Emigration nach Palästina, von anderen Formen der Emigration getrennt beurteilt werden müsse, sei sie doch kein »Verlassen«, sondern vielmehr eine »Heimkehr« in die »Urstätte des Judentums«.¹³⁸ In den Unterlagen und den Verhandlungen der Jüdischen Gemeinde Stockholms wird aber stets die Hilfe für diejenigen, die Deutschland verlassen mussten, dem zionistischen Aspekt übergeordnet. Dies bezeichnete die eigentliche Antriebsfeder für die Förderung der Jugendlilja sowie der Hachschara.

Bis 1938 verstetigte sich das Programm und die Gemeinde in Stockholm berücksichtigte Ausgaben für eigene Patenschaften offiziell in ihrem Haushalt. Nach der Hilfe für bereits nach Schweden gekommene Flüchtlinge waren die Patenschaften der zweitgrößte Kostenfaktor. Erst danach folgten die landwirtschaftlichen Pioniere der Hachschara und ein Internat für jüdische Kinder in Südschweden.¹³⁹ Auch die Gemeinde in Göteborg beteiligte sich an dieser Hilfsform.¹⁴⁰ Dieses Engagement erwies sich für die Gemeinden in Schweden noch aus einem weiteren Grund als kostengünstig. So bedurfte es praktisch keines Behördenverkehrs. Zudem betrat keines der Kinder und Jugendlichen schwedischen Boden. Die Konzentration auf Kinder und Jugendliche und solche Programme war aber auch von den deutschen Gesprächspartnern favorisiert worden. Das galt auch für die in dieser Zeit in verschiedenen Staaten entstehenden Auslandsschulen.

136 Eva Stern an Mauritz Grünberger, 15.3.1934, und MfIS an Julius Samuel, 21.3.1934, RA, JFA, HK, E 1:2.

137 Köpniwsky: Nägra ord, RA, JFA, FS, F 4 a:10.

138 Jünger: Jahre der Ungewissheit, S. 21.

139 Protokoll, 10.1.1938, RA, JFA, HK, E 1:19.

140 Henrietta Szold an Mårten Henriques, 17.7.1934, RSG, Judiska Hjälpfonden, A 1:1.

Lernen in Sicherheit: Kristinehov internatskola

In den Jahren der nationalsozialistischen Verfolgung gründeten engagierte Pädagoginnen und Pädagogen mithilfe von Hilfsorganisationen in mehreren Ländern sogenannte Exilschulen, in denen deutsch-jüdische Kinder frei von antisemitischen Schikanen eine Erziehung und Schulbildung erhalten sollten.¹⁴¹ Eine dieser Schulen entstand im idyllischen südschwedischen Skåne. An der Geschichte des Schullandheims Kristinehov, dieser frühen Hilfsaktion für Kinder, lassen sich diverse strategische Ausrichtungen der Hilfsarbeit und die Grenzen und Herausforderungen der Flüchtlingshilfe aufzeigen.

Die *Zionistische Vereinigung in Deutschland* nahm bereits im Mai 1933 mit Rabbiner Marcus Ehrenpreis Kontakt auf und kündigte diesem einen Mitarbeiter an, der persönlich in Stockholm die Möglichkeiten zur Einrichtung eines Landschulheims für jüdische Kinder besprechen wollte. Ludwig Posener, so das Schreiben, verfüge über eigene Mittel und zudem bestehe die Aussicht, darüber hinaus weitere Gelder zu erhalten. Zwar könne man über die finanzielle Seite des Projekts noch keine verbindlichen Aussagen treffen, Posener aber sei Lehrer und gut beleumundet. Das Gespräch verlief aus Poseners Sicht erfolgreich. Im Juni 1933 stellte ihm die Gemeinde eine Unterstützung aus eigenen Mitteln in Aussicht.¹⁴² Aus dieser ersten Besprechung entwickelte sich schließlich eine längere und intensive Zusammenarbeit.

Was genau Posener plante, geht aus einem Exposé hervor. Es ist in den Akten des Hilfsfonds für jüdische Flüchtlinge der Gemeinde Göteborg erhalten, dem es Posener am 23. Juni 1933 in der Hoffnung zur Verfügung stellte, das Projekt werde dort ebenfalls auf Interesse stoßen. Posener verwies die Göteborger darauf, eventuelle Fragen an das Vorstandsmitglied Leodor Levy in der Stockholmer Gemeinde zu richten. Dieses Vorgehen zeigt, dass zu diesem Zeitpunkt Stockholm von außen als die wichtigste Gemeinde wahrgenommen wurde, den Schwestergemeinden aber durchaus eine eigene Flüchtlingshilfe zugetraut wurde. Nach einer Einleitung zu den wachsenden Schwierigkeiten eines Schulbesuchs für jüdische Kinder in Deutschland verwies Posener in dem Exposé auf die Notwendigkeit der beruflichen Umschichtung, die aber in Deutschland in größerem Umfang unmöglich sei, da niemand jüdische Lehrlinge ausbilden wolle. Das Ziel des Landschulheims sei es, theoretische und praktische Kenntnisse und eine »nicht zu intellektuelle Bildung« zu vermitteln. Schweden sei als Ort für ein solches Heim aus zwei Gründen geeignet: Die Lebensmittelpreise und die Pacht für das notwendige Grundstück seien niedrig. Insgesamt 50 Kinder sollten dort Unterricht erhalten. Posener beabsichtigte, den Theorieunter-

141 Hildegard Feidel-Mertz: Erziehung zur sozialen Humanität. Hans Weils »Schule am Mittelmeer« in Recco/Italien (1934 bis 1937/38), und Irmtraud Ubbens: Das Landschulheim in Florenz, beide in: Claus-Dieter Krohn (Hg.): Kindheit und Jugend im Exil – Ein Generationenthema, München 2006, S. 95-116 und S. 117-133.

142 Alle Schreiben in RA, JFA, HK, E 1:1.

richt selbst oder mit Unterstützung einiger arbeitsloser Lehrer zu erteilen. Die Hauswirtschaft könne seine Frau erledigen. Somit würden alle Lehrkräfte in diesen Bereichen kostenlos arbeiten. Als echte Haushaltsposten blieben, so Poseners Rechnung, nur die Pacht, Lebensmittel und die Einrichtung. Für vieles habe er zudem bereits Geld aus anderen Ländern erhalten. Für den schwedischen Staat, argumentierte er, würde das Projekt Nutzen bringen, da einige schwedische Arbeitskräfte benötigt, die Kinder aber nicht bleiben würden. Diese Ansicht teilten auch Regierungsmitglieder, mit denen er habe sprechen können.¹⁴³ Vielleicht nahm er aufgrund dieser Gespräche die Argumentation vorweg, die in Schweden in den meisten Fällen eine Rolle spielte. Es ist nicht möglich, genau zu rekonstruieren, mit wem er Gespräche geführt oder ob die *Mosaiska församling* in Stockholm ihm den Kontakt vermittelt hatte.

Die Göteborger waren in jedem Fall interessiert und baten Anfang Juli den Vorstand der Stockholmer Gemeinde um Informationen über Posener. Zudem ersuchten sie Leodor Levy um ein Gespräch. Posener selbst trug seine Pläne in Göteborg Mitte Juli 1933 auch persönlich vor.¹⁴⁴ In jenen Monaten bildete sich, wie eingangs ausgeführt, allmählich die organisatorische Struktur der Hilfsangebote für die Flüchtenden innerhalb der schwedisch-jüdischen Gemeinschaft aus, während sich der Zentralausschuß in Berlin als Partner der schwedischen Hilfskomitees etablierte. Im Juli kamen diesem die Pläne zu Ohren und er bat die Gemeinde in Stockholm um Aufklärung, ob es stimme, dass ein Landschulheim geplant sei und die Gemeinden in Stockholm und Göteborg eine Beihilfe erwägen, sofern der Zentralausschuß das Programm befürworte. Die Stockholmer bestätigten ihr Interesse an dem Plan und baten den Zentralausschuß um eine Einschätzung.¹⁴⁵

Entscheidend ist, dass das Projekt nicht ohne die Zustimmung der Gemeinde zustande kommen konnte. Die Behörden waren sicherlich nicht bereit, nur auf Antrag eines deutschen Lehrers ein Landschulheim für Flüchtlingskinder zu genehmigen. Aber die Vertretung der größten Gemeinde signalisierte Zustimmung. Dies geschah vielleicht nicht zuletzt, weil im August auch der Zentralausschuß in Deutschland eine Empfehlung für das Projekt ausgesprochen hatte – also der Partner, mit dem die Gemeinde die Hilfe koordinieren wollte. Im Januar 1934 stand fest, dass die Sozialbehörde dem »Posenerprojekt« wohlmeinend gegenüberstand, obwohl das Schulamt zuvor eine negative Beurteilung abgegeben hatte. Das Stockholmer Hilfskomitee hatte bereits Monate zuvor beschlossen, den Plan im Falle einer Zustimmung des Zentralausschusses zu unterstützen.¹⁴⁶ Posener erhielt 6000 Kronen für die Einrichtung aus Stockholm,

143 Ludwig Posener, Plan eines Landschulheims für jüdische Kinder aus Deutschland, RSG, *Judiska Hjälpfonden*, A 1:1.

144 Gesamte Korrespondenz und Protokoll der Sitzung des *Judiska Hjälpfonden* i Göteborg, 17.7.1933, in RSG, *Judiska Hjälpfonden*, A 1:1.

145 Gesamte Korrespondenz hierzu in RA, JFA, HK, E 1:1.

146 ZA an MfIS, 24.8.1933, MfIS (wahrscheinlich Mauritz Grünberger) an Hugo Valentin, 3.1.1934, und MfIS an Emil Glück, 12.10.1933, RA, JFA, HK, E 1:2.

weitere 2000 Kronen stellte der Göteborger Hilfsfonds zur Verfügung. Am 1. Mai 1934 wurde die Kristinehov Internatsschule mit 28 Kindern eröffnet.¹⁴⁷

Zur gleichen Zeit hatte die Sozialbehörde die Erhöhung der sehr geringen Chaluz-Quote abgelehnt. Es erschien opportuner, Kinder zur Schulausbildung ins Land zu lassen als junge Erwachsene, die eine potenzielle Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt darstellten – obwohl auch sie nur für begrenzte Zeit und auch ausschließlich zur Ausbildung kommen sollten.

Das Landschulheim konnte durch einen gemeinsamen Kraftakt schwedisch-jüdischer Gemeinden, die sich zuvor bei deutsch-jüdischen Organisationen informiert hatten, gegründet werden. Anhand von solchen Projekten lernten die Gemeinden in Schweden schon früh – und Schritt für Schritt, welche Grenzen die Behörden setzten. Dieses Muster wiederholte sich im Fall der Hachschara und erwies sich fortan als richtungsweisend für die Vorgehensweise der schwedisch-jüdischen Flüchtlingshilfe.

Die Initiative ging in diesem Fall von deutschen Juden aus und beruhte auf dem persönlichen Engagement des Ehepaares Ludwig und Lotte Posener. Da sich beide zum Zionismus bekannten, sollten die Kinder, die über die Quote ein vorübergehendes Asyl in Schweden genießen würden, ebenfalls in diesem Sinne erzogen werden, und im Anschluss, so die Hoffnung, nach Palästina migrieren. Kristinehov war ein seltsames Experiment. Einerseits sollte es den Kindern erlauben, unbeschwert von den Problemen und Nöten der Eltern auf der Suche nach Auswanderungsmöglichkeiten ihre Schulbildung fortzuführen. Aus diesem Grund wurde das deutsche bürgerliche Bildungsideal vieler jüdischer Eltern in die südschwedische, bäuerliche Umgebung transferiert. Andererseits sollte das Landschulheim die Kinder aber auch auf die Emigration vorbereiten und begleitend zum Unterricht praktische Kenntnisse vermitteln, die sich bei einem Neuanfang in einem Fluchtland als hilfreich erweisen würden.

Um die Besonderheit Kristinehofs zu verstehen, lohnt es, sich die Broschüre *Das Landschulheim »Kristinehov« in Südschweden* genauer anzusehen.¹⁴⁸ Bereits der Untertitel ist Programm. Dort heißt es: »[Das Landschulheim »Kristinehov« in Südschweden] hat sich zum Ziel gesetzt, jüdische Kinder durch geistige und praktische Arbeit zu lebensstüchtigen Menschen zu erziehen!« Eine Lebensstüchtigkeit bezog sich eben nicht mehr nur auf Berlin, Breslau, Prag, Paris oder London, sondern auch auf die Lebenswirklichkeiten in Südamerika und Palästina. Das von den Eltern zu zahlende monatliche Schulgeld für die zehn bis sechzehn Jahre alten Schüler betrug erschwingliche 120 Kronen oder 80 Reichsmark und schloss neben einer Vollpension auch Kleidung mit ein. Als Reisekosten von

147 Ludwig Posener an Mårten Henriques, 5.5.1934, RSG, Judiska Hjälpfonden, A 1:1. Pontus Rudberg spricht von 24 Schülern und zehn Lehrern. (Ders.: *The Swedish Jews*, S. 115).

148 Die folgenden Zitate stammen, wenn nicht anders nachgewiesen, aus der Brochüre »Das Landschulheim »Kristinehov« in Südschweden«, CJA, 1, 75 C Fr 1, Nr. 1 (#9805).

Berlin aus wurden für eine einfache Bahnfahrt weitere 26 Reichsmark angeführt. Eine ärztliche Aufsicht durch einen ständig anwesenden deutschen Arzt und eine geprüfte Krankenpflegerin im Hause waren eingeschlossen.

Das wichtigste Charakteristikum der Schule war das Ausbildungsangebot, wenngleich es manchen Eltern wohl vor allem darum ging, die Kinder in Sicherheit zu wissen. Der »wissenschaftliche Unterricht« umfasste Englisch, Hebräisch, Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Mathematik, Naturwissenschaften und Musik, schloss aber auch die »besondere Pflege jüdischen Wissens und Lebens« ein. Dabei sollten Englisch und Hebräisch möglichst bis zur »Sprechfertigkeit« erlernt werden. Den Erfordernissen der Zeit entsprachen aber vor allem die übrigen Fächer. Inwiefern alle Schüler in sämtlichen Fächern unterrichtet wurden oder besondere Schwerpunkte setzen konnten, ist nicht überliefert. Es ist anzunehmen, dass in einigen Fächern eine geschlechtsspezifische Trennung vorgenommen wurde. So hatten die Schüler Unterricht in Handwerk, Garten- und Landwirtschaft, Tischlerei, Gartenbau (Gemüse-, Kartoffel-, Obstanbau), Milchwirtschaft (Butter- und Käsezubereitung) und Geflügelzucht. Zudem wurde das Fach Hauswirtschaft angeboten, das neben allgemeiner Hausarbeit Kochen, Schneidern, Nähen und Waschen umfasste. Außerdem konnten die Schüler eine kaufmännische Ausbildung absolvieren, in der sie im praktischen Rechnen, Buchführung und Handelslehre unterrichtet wurden. Für diejenigen, die noch Energie hatten, wurden außerdem sportliche Aktivitäten wie Schwimmen, Gymnastik, Wandern und Bewegungsspiel angeboten. An dem Lehrplan ist zu sehen, worin das Ziel der Ausbildung bestand: »Berufsumschichtung sowie Palästina-Vorbereitung sind die Leitgedanken vom Landschulheim ›Kristinehov.« Dabei sollte durch die Fächer Jüdische Geschichte und Hebräisch eine Verbindung zum Judentum aufgebaut werden, die die Schüler »vor dem schmerzlichen Schicksal der älteren Generation bewahren und ihnen die Möglichkeit geben [sollte], sicher und bewusst ihren Platz in der Welt« zu suchen. Aber eine Berufsvorbereitung ohne ideologische Prägung war ebenso wichtig. In der Broschüre wurde auch nicht mit klaren Worten an die Eltern gespart, in denen sich die allgemeine Einstellung der jüdischen Hilfsorganisationen im In- und Ausland widerspiegelte: »Die akademischen Berufe werden in der nächsten Zukunft ohnehin keine großen Möglichkeiten bieten und viele Schüler werden später praktische Berufe ergreifen wollen.« Aber, als ob sich das etablierte deutsche Judentum nicht von der eigenen bürgerlich geprägten Kultur verabschieden könnte oder wollte, legte das Internat großen Wert darauf festzustellen, dass die »wissenschaftlichen« Fächer von Lehrern unterrichtet würden, die an deutschen höheren Schulen gearbeitet hatten, und dass es die Möglichkeit gebe, »Violinunterricht« zu nehmen. Auch die Wahl des Ortes wurde begründet, konnte sie doch als Argument für die Wahl der Schule dienen: »Die in sich gefestigte, ruhige Atmosphäre des Landes, seine völlige politische Neutralität [...] stellen unschätzbare Vorzüge dar.« Zumal »die freundliche Unterstützung der schwedischen, jüdischen Gemeinden und die Zuschüsse von privater Seite [es gestatteten] das Schulgeld ungewöhnlich niedrig zu halten«. Laut Plan sollten

die Jugendlichen den gesamten Ausbildungsgang im Alter von 16 oder 17 Jahren abgeschlossen haben, wobei Mädchen im Anschluss die Möglichkeit hatten, für weitere eineinhalb Jahre einen hauswirtschaftlichen Kurs zu besuchen. Dieses Curriculum bezeichnete einen ambitiösen Plan. Die Diskrepanz zwischen einer zionistischen Vorbereitung auf die Einwanderung nach Palästina und einem bildungsbürgerlich orientierten Unterricht war nur schwer zu überbrücken.

Keine nicht deutschen Staatsbürger!

Anhand der Internatsschule Kristinehov lässt sich ein in der Forschung oft vernachlässigter Aspekt der jüdischen Verfolgungsgeschichte während der frühen Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft veranschaulichen. Es geht um die Hilfe für Juden nicht deutscher Staatsangehörigkeit. Seit Jahrzehnten lebten auf dem Gebiet des Deutschen Reiches jüdische Familien fremder Staatsangehörigkeit. Da es für viele nicht erforderlich war, diese zu ändern und sie oft gut integriert waren, traf sie die Verfolgung nach 1933 hart. Die Ausweisung der Juden polnischer Herkunft im Oktober 1938 ist ein Beispiel hierfür. In ihre Ursprungsländer wollten diese Menschen in der Regel nicht zurückkehren, zumal dort häufig ein starker Antisemitismus herrschte, der sich auch in Pogromen entlud. Die schwedischen Behörden waren allerdings nicht geneigt, aus Deutschland kommende Kinder mit einer osteuropäischen Staatsangehörigkeit die Einreise zu ermöglichen. Vor dem Hintergrund der Flüchtlingsgesetzgebung der vorangegangenen Jahrzehnte, die, wie eingangs beschrieben, deutlich gegen die Einwanderung osteuropäischer Juden zielte, verwundert es nicht, dass die Aufnahme jüdischer Kinder mit einer nicht deutschen Staatsangehörigkeit bei den schwedischen Behörden auf Ablehnung traf. Bemerkenswert ist aber, dass das Außenministerium, die Behörden sowie der Vorstand der Jüdischen Gemeinde in Stockholm übereinstimmende Argumente und Wünsche vorbrachten. Da die Gemeinde nach dem Krieg mit dem Vorwurf konfrontiert war, sie habe sich auch gegen die Flüchtlinge aus Osteuropa gestellt, verdient dieser Punkt hier eine nähere Betrachtung.

Bereits im Mai 1934, kurz nach Eröffnung des Landschulheims, waren Visaanträge für nicht deutsche Kinder Auslöser für Diskussionen im Außenministerium und in der Sozialbehörde. Diese hatte dem Außenministerium zunächst mitgeteilt, dass es bei den Verhandlungen mit Posener nur um deutsche »Judenkinder« gegangen sei. Sie empfahl die Ablehnung der Anträge. Besonders bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist ein Memorandum des Mitarbeiters, das ein fragwürdiges Licht auf die Gemeinde zu werfen scheint:

»Kämmerer Grünberger von der Mosaiska församling hat in kategorischem Ton empfohlen, dass die Anträge abgelehnt werden. Für die Mosaiska församlingen in Stockholm würde es zu unbilligen Konsequenzen führen, würde man eine größere Zahl junger Juden einer anderen Nationalität als der deut-

schen hereinlassen. Grünberger wies außerdem darauf hin, dass die Schule in Skåne ausschließlich für deutsche jüdische Kinder vorgesehen sei.«¹⁴⁹

Auch ein weiteres, vier Tage später verfasstes Memorandum bestätigte diese grundsätzliche Haltung beider Seiten. Es ging hierbei um den konkreten Fall des nicht deutschen Kindes Joachim Bullwacher, dessen Name auf Poseners eingereichter Liste stand. Da die Sozialbehörde davon ausging, dieser würde die Schule wie die deutschen Kinder nach Beendigung der Ausbildung verlassen, hatte sie zunächst keinen Einspruch erhoben. Nun begannen die Mitarbeiter der Sozialbehörde aber zu zweifeln, ob sie in Anbetracht des Risikos, dass er auf Dauer in Schweden bleiben würde, den Jungen überhaupt hereinlassen sollten. Am Ende dieser Denkschrift kam wiederum Mauritz Grünberger zu Wort:

»Der Kämmerer der Mosaiska församling hat auf Nachfrage erklärt, dass er ganz bestimmt eine Visierung für Bullwacher ablehnt. Sicherlich könnte das für den Jüngling hart sein, aber die Lage in Deutschland und die begrenzten Mittel der Jüdischen Gemeinde zur Hilfe machen es notwendig, dass man sich auf deutsche Staatsbürger beschränke. Die Gemeinde könne die Risiken nicht auf sich nehmen, die damit einhergehen würden, junge Juden aufzunehmen, bei denen man eventuell gezwungen sein würde, sie ihr ganzes Leben lang zu unterstützen. Der Kämmerer betonte zudem, dass es sicherlich riskant sei, in diesem Fall eine Ausnahme zu machen und die Visierung zu gewähren. Betroffene könnten sich dann auf den Präzedenzfall berufen. Der Kämmerer betonte zudem, dass man die Absicht habe, ein offizielles Schreiben der Gemeindeleitung an Posener zu senden, in dem er darauf aufmerksam gemacht werde, dass die Hilfsarbeit der Gemeinde sich auf Deutsche beziehe. Dabei würde er nicht auf den Fall Bullwacher eingehen und sich auch nicht auf das Außenministerium beziehen.«¹⁵⁰

Die Diskussion um die Frage der Staatsbürgerschaft zog sich über Monate hin. Noch Ende November 1934 bestätigte der Gemeindegämmerer Grünberger dem Außenministerium, dass dieses, die Sozialbehörde und die Mosaiska församling sich auf die Voraussetzung für die Eröffnung des Heims verständigt hätten, dass ausschließlich reichsdeutsche Kinder aufgenommen würden.

Kurz vor Jahresende 1934 leitete die Gemeinde ein Schreiben der Schulleitung an das Außenministerium weiter, in dem Posener bestätigte, dass es sich bis auf eine Ausnahme, die sich nun um einen deutschen Fremdenpass bemühe, ausschließlich um deutsche Schüler handle. Im Falle dieser Schülerin war sich Posener nicht bewusst gewesen, dass sie keine deutsche Staatsbürgerschaft besaß, da ihr deutscher Vetter zuvor die Schule besucht hatte und der Vater erst kürzlich ausgebürgert worden war. Posener versicherte, dass er nun in Kenntnis der Regelung zukünftig die Staatsangehörigkeit der Kinder vor deren Einreise

149 P.M., 3.5.1934, RA, SUK, passbyrån, F 2 C:26.

150 P.M., 7.5.1934, RA, SUK, passbyrån, F 2 C:26.

Befürchtung auch bewahrheiten, da sich der polnische Staat weigerte, diese Juden, die sich zeitlebens in Deutschland aufgehalten hatten, aufzunehmen. Die Gemeinde fürchtete, die Garantie für die Kinder nicht finanzieren zu können. Wären die Kinder letztlich auf Hilfen aus dem schwedischen Wohlfahrtsapparat angewiesen gewesen, so die Befürchtung, hätte dies zu einem Anstieg der Resentiments gegenüber Flüchtlingen und vielleicht gar gegenüber der jüdischen Minderheit führen können. Die Quellen lassen nicht auf Vorbehalte gegenüber nicht deutschen Juden schließen, sondern eher auf die Sorge, das Wohlwollen der Behörden zu verlieren.

Posener, der diese Besorgnis nicht teilte, blieb hartnäckig. Er zog keine Anträge zurück, sondern machte zwei Jahre später einen erneuten Versuch. Die kleine Sonja Goldmann sollte von ihrer Mutter, einer geschiedenen Polin und ehemaligen Deutschen aus Berlin, nach Schweden geschickt werden. Die Anmeldung war laut Schreiben des Wirtschaftsprüfers der Mutter über den Zentralausschuß in Berlin erfolgt. Am 10. März 1937 erbaten die Behörden ein Gutachten von der Mosaiska församling. Die Gemeinde befürwortete am 30. April die Einreise – unter dem Vorbehalt, dass Sonja über ein Rückreisevisum oder vergleichbare Papiere verfüge, die ihr nach dem Ablauf der Aufenthaltsfrist die Rückreise gestatten würden. Allerdings weigerten sich die Polen, dem Mädchen einen Pass auszustellen, da die Mutter von ihrem polnischen Ehemann geschieden war. Man suchte nach einem Kompromiss, den alle drei Seiten annehmen konnten. In einem Schreiben der Mosaiska församling in Stockholm an das Außenministerium vom 22. April 1937, dessen Durchschlag auch an Posener ging, teilte die Gemeinde mit, sie gehe davon aus, dass die betreffenden Schüler aufgenommen würden, diesen aber nur ein befristeter Aufenthalt gewährt würde, der stets drei Monate vor Ablauf ihrer Wiedereinreiseerlaubnis nach Deutschland ende. So sollte gewährleistet werden, dass sie das Land verlassen konnten. Diese Befristung sollte ungeachtet der Frage gelten, ob die Ausbildung beendet sei oder nicht. Posener sei mit dieser Regel einverstanden. Dieser setzte sich mit einem Schreiben an das Außenministerium für Sonja Goldmann ein. Die Mutter habe ein gutgehendes Geschäft in Berlin und es sei davon auszugehen, dass das Kind wieder nach Deutschland zurückkehren werde. Das Außenministerium sagte dennoch ab.¹⁵²

Anscheinend aber gründete die Haltung des Ministeriums auf keiner kategorischen Ablehnung, denn auch 1938 konnten noch Kinder ohne deutsche Staatsangehörigkeit für je sechs Monate die Internatsschule besuchen.¹⁵³ Die Gemeinde betonte in ihren Schreiben zu solchen Schülern, dass sie selbst ja auch die Schule finanziell unterstützte und die Eltern weitere finanzielle Zusagen gemacht hätten. Sowohl die Gemeinde als auch das Ministerium betrachteten

152 Ludwig Posener an Außenministerium, 3.5.1937, und Außenministerium an Ludwig Posener, 4.5.1937, RA, SUK, passbyrån, F 2 C:26.

153 Fälle Natanson, Hausner, Körner in Löberöds Internatsskola Persondossier, RA, SUK, Passbyrån, F 2 C:26.

Rückreisevisa dennoch stets als Voraussetzung für eine Teilnahme an der Ausbildung. Aber auch an diesem Fall wurde deutlich, dass es der Gemeinde nicht per se um die Staatsangehörigkeit, wohl aber um die Rückreisemöglichkeit ging.

Schwieriger als die Aufnahme der staatenlosen oder nicht deutschen Kinder gestaltete sich für Posener die Finanzierung der Schule. Bereits kurz nach der Eröffnung begannen die ersten Probleme. Das Schulgeld sollten die Eltern ursprünglich direkt an die Schule abführen. Solche Geldtransfers ins Ausland bedurften aber der Genehmigung der deutschen Regierung. Schon im Oktober 1934 wurde diese nicht mehr erteilt. In Stockholm war man aber entschlossen, das Projekt nicht so schnell scheitern zu lassen. Die Gemeinde zeigte sich bereit, einen Beitrag zur Überbrückung zu spenden, um gemeinsam mit dem Zentralausschuß in Berlin nach Lösungen zu suchen. Auch bat man andere Gemeinden, sich an dieser Notfallmaßnahme zu beteiligen.¹⁵⁴ Bis zum Jahresende 1934 gelang es der Schulleitung, hierzu eine Vereinbarung mit dem Zentralausschuß in Berlin zu treffen.¹⁵⁵

Im April 1935 legte die Schulleitung ihren ersten Tätigkeitsbericht vor. Der mit Zeichnungen bebilderte, achtseitige Bericht in deutscher Sprache war wahrscheinlich für die Eltern und die Geldgeber bestimmt. Er beschrieb in blumigen Worten die Voraussetzungen und Schwierigkeiten der Arbeit des ersten Jahres. Dabei kamen auch die emotionalen Probleme der Schüler zur Sprache. Ihre familiäre Situation bedinge, dass einige unter »Schüchternheit und Depression« litten, andere aber mit »Überheblichkeit und Distanzlosigkeit« reagierten. Der Bericht verschwieg nicht, dass Unstimmigkeiten im Kollegium auch zur Trennung von zwei Lehrkräften geführt hätten. Nun sei die Arbeit aber konsolidiert. Zu Chanukka 1934 habe man für die schwedischen Nachbarn einen Bazar veranstaltet, auf dem in der eigenen Werkstatt hergestellte Gegenstände verkauft und Essen angeboten worden sei. Ausführlich wurde die Arbeit der Buchbinderei, der Werkstätten der Gartenbaukurse, der Hühnerzucht und der Meierei beschrieben. Insgesamt waren während des Berichtszeitraums zehn Lehrkräfte an der Schule beschäftigt.¹⁵⁶

Auch die eingangs zitierten ambitionierten Erziehungsziele spiegelten sich im Bericht wider. So wurde in den drei Deutschkursen Grimmelshausens *Simplizissimus*, drei Werke Heinrich von Kleists, vier von Friedrich Schiller, sowie neben Gedichten und kleineren Prosastücken auch Werke von Goethe, Mörike, Ibsen, Sophokles und Hebbel gelesen. In den beiden Geschichtskursen hatten die Schülerinnen und Schüler die Epochen von der Römischen Geschichte bis zur Reformation behandelt und sich mit der Weltgeschichte zwischen 1789

154 Arthur Fürstenberg an Mårten Henriques, Oktober 1934, RSG, Judiska Hjälpfonden, A 1:1.

155 Schulleitung an MfiS, 21.12.1934, RA, SUK, passbyrån, F 2 C:26.

156 Bericht über das erste Schuljahr des Landschulheims Kristinehov in Schweden, April 1935, RA, JFA, HK, E 2:1.

und 1870 beschäftigt. Zudem hatte die Schule Kurse in Jüdischer Geschichte angeboten, in denen die biblische Geschichte, Theodor Herzls *Judenstaat*, Leon Pinskers *Autoemanzipation* sowie die Werke von Achad ha-Am und Simon Dubnow zur Sprache kamen. Das Ziel, eine gefestigte jüdische Identität und Bildung zu erzeugen, wurde also mit viel Energie verfolgt. In religiöser Hinsicht freilich blieben die Erfolge bescheiden – so verzeichnete der Bericht, dass viele Schüler während der Feiertage die gewünschte Spiritualität vermissen ließen, sondern diese eher von der »national-jüdischen Seite« begangen hätten. Am Schluss des Berichts verwies die Schulleitung noch einmal auf die finanzielle Lage der Schule. Neben dem Schulgeld gebe es keine anderen regelmäßigen Einnahmen, sodass Sparsamkeit verpflichtend sei, die auch zu einem Mangel an Lehrmaterialien führe. Die finanziellen Probleme der Schule waren mit den im Herbst 1934 getroffenen Vereinbarungen nicht dauerhaft überwunden.

Wahrscheinlich trugen viele Faktoren dazu bei, dass die Schule immer wieder in Geldnot geriet. Das ambitionierte und große Angebot sowie die steigenden Kosten bezeichneten wichtige Ursachen für die finanziellen Engpässe. Zudem hatten immer mehr Eltern Schwierigkeiten, das Schulgeld zu bezahlen, sodass die Stockholmer Gemeinde häufig aushelfen musste. Auch in Deutschland machten sich die jüdischen Funktionäre große Sorgen. Im Mai 1937 erschien im Berliner Gemeindeblatt ein Artikel unter der Überschrift »*Jüdisches Landschulheim in Schweden*«. Der Text schloss mit dem Aufruf, Kristinehofs wesentlichen Beitrag zur jüdischen Erziehungsarbeit zu fördern, denn, so der Verfasser, man verlasse Kristinehov »mit dem beglückenden Gefühl, dass hier eine gesunde und bewusste neue Generation heranwächst, die, wo immer es sei, aufrecht ihr Schicksal durch die Welt tragen wird«. ¹⁵⁷ Im selben Monat bat das Hilfskomitee in Stockholm die Schwestergemeinde in Göteborg um Unterstützung. Die Stockholmer finanzierten bereits sieben mittellose Schüler mit je 1000 Kronen pro Jahr und hofften, die Göteborger würden aus ihrem Hilfsfonds weitere drei solcher Patenschaften übernehmen. Dabei verwiesen sie darauf, dass alle deutschen Vertreter jüdischer Organisationen die Schule voll unterstützten. ¹⁵⁸

Aber auch mit dieser Unterstützung trat bis zum Herbst keine grundsätzliche Verbesserung ein, sodass die Zukunft Kristinehofs bald erneut infrage stand. Im November 1937 reiste sogar Salomon Adler-Rudel, ¹⁵⁹ Repräsentant der Reichsvertretung der Juden in Deutschland beim Council for German Jewry in London, in Sachen Kristinehov nach Stockholm. Adler-Rudel schlug vor, dass – sofern die Gemeinden Göteborg und Stockholm ihre Beiträge auf dem derzeitigen Stand fortsetzten – die Reichsvertretung eine Garantie für

157 Jüdisches Gemeindeblatt Berlin, 30.5.1937, S. 6.

158 MfiS an Märten Henriques, 18.5.1937, RA, JFA, HK, E 1:3.

159 Der im damaligen Österreich-Ungarn geborene Salomon Adler-Rudel (1894-1975) war Zionist und Pionier der jüdischen Sozialfürsorge in Österreich und Deutschland. Er arbeitete für zahlreiche jüdische Wohlfahrtseinrichtungen. Nach seiner Flucht nach Großbritannien war er dort als Sprecher der Reichsvertretung/Reichsvereinigung bei den britisch-jüdischen Hilfsorganisationen tätig.

die restlichen benötigten Mittel geben würde. Auf diese Weise könnten nicht nur die Schüler ihre Ausbildung fortsetzen, sondern zudem 16 weitere Schüler eine Gärtnereiausbildung erhalten. Es gelang ihm aber nicht, das Hilfskomitee zu überzeugen, das nach Beratungen zu dem Schluss gelangte, dass es andere, sinnvollere Hilfsaktionen gebe. Der Schule sollten keine Versprechen gemacht werden. Zudem könne die Gärtnereiausbildung, die Adler-Rudel für Kristinehov vorgesehen hatte, kostengünstiger im neugegründeten Kibbutz Svarstingstorp realisiert werden.¹⁶⁰

Der Schule drohte nun wegen fehlender Mittel die endgültige Schließung. Die Berliner Seite aber war noch nicht gewillt, das Landschulheim aufzugeben. Im Februar 1938 intervenierte die Zionistische Vereinigung für Deutschland bei der Jüdischen Gemeinde in Stockholm und schloss sich der Forderung Leo Baecks und Heinrich Stahls an, das Heim in Västraby um jeden Preis zu erhalten.¹⁶¹ Im Februar 1938 reiste zudem Leo Rabau von der Reichsvertretung zu einem Treffen des Hilfskomitees nach Stockholm. Überzeugt von der Wichtigkeit der Schule, betonte er die »moralische Verantwortung« der Berliner Gemeinde, die bereit sei, den Schulbetrieb bis zum April 1939 mit regelmäßigen Inspektionen und 4000 Reichsmark (was damals 6000 schwedischen Kronen entsprach) zu unterstützen. Zudem sei zu prüfen, ob die Schule vielleicht in veränderter Form weitergeführt werden könne.¹⁶² Am Aus für die Schule änderte das Angebot ebenso wenig wie Aufrufe Leo Baecks, der Reichsvertretung oder des Vorsitzenden der Berliner Jüdischen Gemeinde, Heinrich Stahl.¹⁶³ Insbesondere die beiden Rabbiner Ehrenpreis und Kronheim sowie das Vorstandsmitglied Hirsch sprachen sich für eine Schließung zum August 1938 aus, während andere Vorstandsmitglieder glaubten, dass die Schule den Unterrichtsbetrieb für eine Übergangszeit bis zum Jahreswechsel fortsetzen könne, sofern Mittel aus Berlin, Spenden aus Göteborg und Stockholmer Beihilfen zur Verfügung stünden. Einzelne Vorstandsmitglieder, unter ihnen der engagierte Buchhändler Gunnar Josephson, beteuerten, die Mittel, die Stockholm beisteuern sollte, durch private Spendensammlungen erbringen zu können. Schließlich beschloss die Gemeinde die Schließung mit einer längeren Übergangszeit. Es galt, die Schule für die momentanen Schüler so lange zu bewahren, bis deren Eltern ausgewandert oder andere Lösungen gefunden worden waren.¹⁶⁴

Das Ringen um die Internatsschule in Südschweden war aber noch lange nicht vorbei.¹⁶⁵ Durch die zunehmenden Verfolgungen des Jahres 1938 und die Ausweitung der Flüchtlingshilfe in Schweden sollte die Schule noch einmal

160 Protokoll, 30.II.1937, RA, JFA, FS, A 1:1. Während der Beratungen war Adler-Rudel vorübergehend nicht anwesend. Dies ist im Protokoll vermerkt.

161 Zionistische Vereinigung an MfiS, 18.2.1938, RA, JFA, FS, A 1:1.

162 Protokoll, 21.2.1938, RA, JFA, FS, A 1:1.

163 Leo Baeck an MfiS; Heinrich Stahl an Gunnar Josephson; Zionistische Vereinigung für Deutschland an MfiS, 17.2.1938, RA, JFA, FS, A 1:1.

164 Protokoll, 21.2.1938, RA, JFA, FS, A 1:1.

165 Siehe hierzu S. [[239-246 – Kap. III.2, erstes Unterkapitel]].

in den Mittelpunkt des Interesses rücken. Die Geschichte der Internatsschule veranschaulicht aber das weitgehende Einverständnis zwischen der Gemeindeleitung und den Behörden. Nicht korrekt ist die gelegentlich in der Literatur kolportierte Darstellung, dass die schwedischen Helfer die Schule sofort schlossen, als diese in Schwierigkeiten geriet.¹⁶⁶ Die Gemeinde schätzte – ob zu Recht oder nicht – andere Hilfsbemühungen als nachhaltiger ein. Dazu gehörte auch die landwirtschaftliche Ausbildung der Hachschara.

Hachschara: Deutsche Juden auf schwedischen Bauernhöfen

Die Initiative für die Hachschara in Schweden ging von einem kleinen Personenkreis aus, in dessen Mittelpunkt der Militärveterinär Emil Glück stand.¹⁶⁷ Der überzeugte Zionist reiste nach eigenen Angaben im Herbst 1933 nach Berlin, um dort für seine Idee einer schwedischen Auslandshachschara für deutsche Juden zu werben.¹⁶⁸ Der Kontakt zum deutschen Hechaluz kam über seinen Schwager Benjamin Slor zustande, der bereits seit einem Jahr erfolgreich eine derartige Ausbildung in Dänemark organisierte.¹⁶⁹ Slor, Sohn lettischer Immigranten, war 1892 bei Tel Aviv zur Welt gekommen. Ursprünglich zum Studium nach Dänemark gekommen, blieb er im Land, wo er 1932 mithilfe nicht jüdischer Partner eine kleine Organisation aufbaute, die bald einige landwirtschaftliche Praktikanten betreute. Diese jungen Leute sollten sich nach dem Willen der dortigen Behörden an den Kosten und der Arbeit beteiligen und nur Verpflegung und Logis bekommen. Obendrein erhielten sie von vornherein nur befristete Aufenthaltsgenehmigungen. Die Organisation wurde nach 1933 mit dem deutschen Hechaluz und Slor an der Spitze so weitergeführt und ausgebaut, dass eine wachsende Zahl Chaluzim in Dänemark Zuflucht fand.

Diese Initiative konnte Emil Glück auf der schwedischen Seite des Sundes als Vorbild dienen, zumal die dänische Hachschara begehrt und gut organisiert war.¹⁷⁰ In einem 1949 entstandenen Manuskript zur Geschichte der Hachschara in Schweden heißt es sogar, bei dem Projekt handele es sich um eine Ausweitung des dänischen Projekts, nachdem deutlich geworden sei, dass die Einwanderung nach Palästina nicht in der geplanten Zeit zu bewältigen war und

166 Segerstedt Wiberg/Lomfors: När Sverige teg, S. 130.

167 Der in Hälsingborg lebende Emil Glück war zudem Vorstandsmitglied der nahe gelegenen Malmöer Gemeinde. Er hatte in Deutschland und Österreich studiert und war mit einer deutschstämmigen Jüdin verheiratet. Rudberg: The Swedish Jews, S. 101.

168 Emil Glück: På väg til Israel. Hachscharah i Sverige 1933-1948, Stockholm 1985.

169 Hansson: Flykt och överlevnad, S. 205. Emil Glück soll dies gegenüber Svante Hansson in einem Interview geäußert haben.

170 Juha Tiusanen: Die Auslandshachschara in Dänemark, in: Karin Weiss/Andreas Paetz (Hg.): »Hachschara« – Die Vorbereitung junger Juden auf die Auswanderung nach Palästina, Potsdam 1999, S. 89-94, hier S. 91.

man auf Schweden »auswich«. ¹⁷¹ Es deutet allerdings nichts darauf hin, dass die ersten Chaluzim in Schweden aus Dänemark kamen. Eine Besonderheit in der Struktur der dänischen und später der schwedischen Hachschara bezeichnete die Unterbringung einzelner Pioniere bei Bauern. ¹⁷² Der deutsche Hechaluz bevorzugte nämlich die Unterbringung in Gruppen, durch die ein gemeinsames Lernen nicht nur der landwirtschaftlichen Fähigkeiten, sondern auch der hebräischen Sprache wie auch eine kollektive Erziehung zu den zionistischen Idealen gewährleistet wurde. Die landwirtschaftliche Ausbildung in Dänemark hingegen sah keine Ansiedlung in Gruppen vor.

Ein Jahr nach den dänischen Anfängen entstand nun auch in Schweden ein erstes zionistisches Projekt. Dabei hatten Zionisten in Schweden bislang eher mit Widrigkeiten zu kämpfen gehabt. Die schwedische jüdische Gemeinschaft wurde lange Zeit durch Familien geprägt, die dem Zionismus mit Misstrauen begegneten. Er blieb eine Erscheinung der osteuropäischen jüdischen Zuwanderer, nicht aber der etablierten schwedischen Juden – mit den bemerkenswerten Ausnahmen Hugo Valentin und Marcus Ehrenpreis. Damit bezeichnete er auch, zumindest in seinen Anfängen, ein südschwedisches Phänomen, wo in den Gemeinden Göteborg und Malmö eine größere Anzahl dieser Neumitglieder ihre Heimat gefunden hatten. Auch Emil Glück stammte aus Helsingborg an der Küste des Öresunds. Die Gegend dort in den Regionen Skåne/Schonen und Halland war (und ist) landwirtschaftlich geprägt. Die Voraussetzungen stimmten und trugen neben der Verwandtschaft Glücks mit Slor dazu bei, dass hier die Idee einer Hachschara-Einrichtung in Schweden geboren wurde.

Glück berichtete in seinen Erinnerungen, wie er nach Berlin fuhr, um im Palästinaamt seine Idee vorzutragen. Der Hechaluz sollte nach seinem Willen die Auswahl der Jugendlichen treffen und nach den eineinhalb Jahren der Ausbildung die Verantwortung für deren weiteres Schicksal übernehmen. ¹⁷³ Perez Leshem, einer der Mitbegründer des deutschen Landesverbandes, reklamierte hingegen später die Idee für sich. ¹⁷⁴ Wer auch immer den Stein ins Rollen brachte – ohne Emil Glücks Engagement wäre es nicht zu einer Einrichtung in Schweden gekommen. Als Militärveterinär galt Glück als vertrauenswürdig und konnte mit dem Entgegenkommen der Behörden rechnen. Zudem gehörte die Landwirtschaft zu den wenigen Sektoren der schwedischen Wirtschaft, in denen es an Arbeitskräften mangelte. Als Tierarzt verfügte Glück wahrscheinlich über gute Kontakte zu den Bauern der Gegend, denen er die Jugendlichen empfehlen

171 »Die schwedische Hachscharah 1933-1948 und Geschichte des schwedischen Hechaluz. Zusammenstellung von Seev Smulowiz (Shalmon) im Auftrag von Dr. Emil Glück, Initiator und Leiter«, 1949, S. 3, YVA, O.74/1.

172 Tiusanen: Die Auslandshachschara in Dänemark, S. 92.

173 Glück: På väg, S. 15.

174 Perez Leshem: Strasse zur Rettung 1933-1939. Aus Deutschland vertrieben – bereitet sich jüdische Jugend auf Palästina vor, Tel Aviv 1973, S. 30f., zit. nach Malin Thor: Hechaluz – en rörelse i tid och rum. Tysk-judiska ungdomars exil i Sverige 1933-1943, Växjö 2005, S. 143f.

konnte. Dieses bedeutete schon aus praktischen Gründen eine »Einzelhachschara«. Glück erwähnt allerdings auch, dass er angewiesen worden war, die Pioniere nicht in Gruppen zu platzieren, um keinen Protest in der Bevölkerung auszulösen.¹⁷⁵

Vielleicht war es der Skepsis gegenüber der Einzelhachschara geschuldet, dass Glück die Auswahl der ersten Schüler in der Rückschau kritisch bewertete. Dass einige Jugendliche aufgaben, erschwerte seiner Ansicht nach die Konsolidierung des Programms.¹⁷⁶ Glück aber ließ nicht nach und bemühte sich sowohl um eine Ausweitung des Programms als auch um weitere Plätze. Als Mitarbeiterin unterstützte ihn lediglich seine Ehefrau. Das bedeutete, dass er auch die Verhandlungen mit der Sozialbehörde zunächst alleine führen musste. Erst später wurde auch die Jüdische Gemeinde in Stockholm eingebunden. Zur Finanzierung des Projekts standen neben Glücks eigenen Mitteln vor allem Spenden aus der Region zur Verfügung.¹⁷⁷ Um zusätzliche Geldmittel einzuwerben, wandte sich Glück Anfang September 1933 an den Vorstand der Stockholmer Gemeinde, den er über seine Tätigkeit informierte. In seinem Schreiben erklärte er, dass der erste Pionier bereits nach Palästina fahren könne und er für jede Form der Hilfe dankbar sei.¹⁷⁸ Es war natürlich, dass Glück sich mit an die größte und auch finanziell stärkste Gemeinde wandte. Diese signalisierte Hilfsbereitschaft, merkte aber auch an, dass angesichts der knappen Haushaltsmittel eine Senkung der individuellen Ausgaben wünschenswert sei. Der Vorstand begrüßte Glücks Initiative und hoffte weiter auf dessen Unterstützung bei der Beschaffung von Ausbildungsplätzen. Vor allem aber hegte die Gemeinde formale Erwartungen, die sie deutlich formulierte:

»Nachdem das hiesige Hilfskomitee und der Gemeindevorstand nun in direktem Kontakt mit der Königlichen Sozialbehörde stehen, erwartet das Komitee, dass die *Beschaffung von Arbeitsgenehmigungen* für die Schüler und die *Besetzung solcher Plätze* – jetzt wo die ersten 10 Chaluzim platziert sind – nur noch *ausschließlich durch das hiesige Komitee* geschehen werden.«¹⁷⁹

Wie zuvor in Staatsbürgerschaftsangelegenheiten, beanspruchte die Stockholmer Gemeinde eine Führungsrolle. Glück beschrieb später, dass er mit dem Leiter des Ausländeramtes gesprochen habe, als »eine Person von der Gemeinde angerufen« und Bedenken dagegen geäußert habe, dass eine einzelne Person die Quote für zehn Flüchtlinge verwalten dürfe. Die Behörde wünschte letztlich auch eine Zusammenarbeit mit der Gemeinde.¹⁸⁰ In den Gemeindeakten und Vorstandsprotokollen finden sich allerdings keine Dokumente, die auf einen prinzipiellen Vorbehalt gegen das südschwedische Hachscharaprojekt oder ge-

175 Glück: På väg, S. 15.

176 Ebd., S. 15 f.

177 Smulowiz: Die schwedische Hachscharah, S. 3, YVA, O.74/1.

178 Glück an MfIS, 8.9.1933, RA, JFA, HK, E 1:2.

179 MfIS an Glück, 14.9.1933, RA, JFA, HK, E 1:2 (Hervorh. i. Orig.).

180 Glück: På väg, S. 16.

gen Glück hinweisen. Die praktische Arbeit, Organisation und Auswahl sollten weiterhin in Glücks Zuständigkeit fallen, gegenüber den Behörden aber wollte das Hilfskomitee einheitlich auftreten.

Der neue Partner, das Hilfskomitee, nahm zu diesem Zeitpunkt, soweit es die von Glück geplante Erhöhung der Quote für Chaluzim betraf, eine pessimistische Haltung ein. Das Gremium beharrte den deutsch-jüdischen Organisationen gegenüber darauf, dass eine weitere Aufnahme von Pionieren vor allem von einer Garantie abhing, dass die jungen Leute nach ihrer Ausbildung auch nach Palästina auswandern können würden.¹⁸¹ Dass die Weiterreise der aufgenommenen deutschen Juden für die Behörden von größter Wichtigkeit war, stand allen schwedischen Beteiligten klar vor Augen. Ende September 1933 erklärte Glück der Gemeinde in Stockholm, er habe vom Palästinaamt in Berlin eine schriftliche Garantie erhalten, dass alle in Schweden befindlichen Chaluzim nach Beendigung ihrer Ausbildung ein Zertifikat erhalten würden. Da die Einwände der schwedischen Behörden gegen das Projekt vor allem auf der Angst gründeten, dass die jüdischen Jugendlichen nicht ausreisen würden, konnte, so Glück, diese Nachricht die Verhandlungen um weitere Plätze erleichtern. Er führte zudem an, dass es angesichts der großen finanziellen Belastung des deutschen Hechalutz ratsam sei, Geld aus schwedischen Quellen zurückzulegen, um die Ausreise der zukünftigen Absolventen zu finanzieren.¹⁸²

Bislang unbeachtete Quellen dokumentieren aber, dass auch parallel zu Glücks Engagement weitere deutsche Bemühungen um die Einrichtung der Hachschara in Schweden stattfanden. Im Juli 1933 informierte die Jüdische Gemeinde Malmö ihre Schwestergemeinden in Göteborg und Stockholm über Gespräche, die sie mit Vertretern deutscher jüdischer Organisationen führte:

»Zusammen mit einer Gruppe deutsch-jüdischer Ferienkinder, welche sich in unserer Jüdischen Gemeinde aufhalten, kamen ein paar Vertreter des Wohlfahrts- und Jugendfürsorge-Amt aus der Jüdischen Gemeinde Berlin. Diese hatten intensive Gespräche mit den Vertretern der Jüdischen Gemeinde Malmö und ihrer verschiedenen Institutionen. Es ging zum Teil um die Ferienkinder, zum Teil ging es aber auch um die Möglichkeiten zu einer Aufnahme von ungefähr 50-100 deutschen Juden zur Ausbildung in Schweden. Diese sollen sich hier im Land zu Bauern, Mädchen zu Milchwirten und anderem ausbilden lassen, um anschließend, nach einem Jahr Lehrzeit, weiter nach Palästina auszuwandern. Besagte Vertreter, die Herren Robert und Wollheim, werden in kurzer Zeit nach Göteborg weiterreisen. Auf ihren Wunsch möchten wir Sie gerne der Unterstützung und Hilfe der dortigen Gemeinde empfehlen.«¹⁸³

181 MfiS an Ludwig Tietz, 14.9.1933, RA, JFA, HK, E 1:2.

182 Emil Glück an HK, 22.9.1933, RA, JFA, HK, E 1:2.

183 Albert Zadig an Julius Hüttner und an die MfiS, 11.7.1933, RSG, Judiska Hjälpfonden, A 1:1, und RA, JFA, HK, E 1:1. Wahrscheinlich handelte es sich bei »Robert« um einen Robert Silbermann. Über diesen konnte nicht mehr in Erfahrung gebracht

Im Schreiben an die Kollegen in Stockholm ist ein weiterer Satz am Ende eingefügt: »Vielleicht kann eines ihrer einflussreichen Mitglieder durch Gespräche mit den Betreffenden innerhalb der Regierung versuchen, die Möglichkeiten für die Realisierung dieser Pläne zu erforschen.« Zudem machte die Wirtschaftshilfe der Berliner Gemeinde den Stockholmer Kollegen etwas später den Vorschlag, dass zunächst 100 junge Juden zu einer zwölfmonatigen landwirtschaftlichen Ausbildung nach Schweden kommen sollten. Gegen die Befürchtung der Gemeinde, dass die Regierung Bedenken erheben könnte, weil die Jugendlichen eventuell schwedische Arbeitskräfte verdrängen würden, argumentierte die Wirtschaftshilfe der Jüdischen Gemeinde Berlin, dass die Bauern »nach dem Gesichtspunkt bestmöglicher Ausbildung ausgesucht werden [sollten] und nicht nach der vorhandenen Arbeitsmenge«. Die Landwirte würden eine Entschädigung für Kost und Logis erhalten, für die das Hilfskomitee aufkommen sollte.¹⁸⁴

Es wird also klar, dass das Hilfskomitee von mindestens zwei Seiten kontaktiert wurde, die sich um seine Unterstützung bei der Einrichtung einer zionistisch ausgerichteten landwirtschaftlichen Ausbildung für deutsche Juden bemühten. Die schwedischen Behörden taten sich aber schwer damit, deutsche Jugendliche in der Landwirtschaft zuzulassen. Im Oktober 1933 machte eine Abordnung unter Leitung des Vorsitzenden der Stockholmer Gemeinde Arthur Fürstenberg die Angelegenheit zum Thema einer Besprechung, die sie mit dem Ministerialrat Kurt Bergström bei der Sozialbehörde abhielt. Bergström äußerte Verständnis gegenüber der Lage der deutschen Juden, fragte aber, ob es von den schwedischen Juden »wohlüberlegt« sei, sich für einen Aufenthalt der deutschen Brüder einzusetzen. Zudem verwies Bergström auf angebliche Klagen aus zwei unterschiedlichen Regierungsbezirken, die sich gegen die Auszubildenden in der Landwirtschaft richteten. Zurzeit sehe sich die Sozialbehörde außerstande, über die zehn bereits erteilten Bewilligungen ein Versprechen – auch unter der Hand – für die Aufnahme weiterer Chaluzim abzugeben. Zwar werde man jeden Fall einzeln wohlwollend prüfen, Bergström riet aber als Privatperson, dass die einheimischen Juden angesichts der öffentlichen Meinung insbesondere in den ländlichen Orten von größeren Hilfsaktionen absehen sollten. Der Vorstand beschloss daraufhin, zunächst auf weitere Anfragen zu verzichten.¹⁸⁵ Mitte Oktober 1933 schlug er Glück sogar vor, mit schwedischen Hilfsgeldern die Hachschara in Dänemark auszuweiten. »Es sieht so aus, als gäbe es dort Plätze, aber kein Geld, hier hingegen Geld ohne Plätze«, schrieb ein Mitglied

werden. Mit Wollheim aber ist mit Sicherheit der 1913 geborene Norbert Wollheim gemeint. Dieser musste sein Jurastudium abbrechen, engagierte sich in der jüdischen Jugendarbeit und half auch bei der Organisation der Kindertransporte einige Jahre später mit. Als Einziger seiner Familie überlebte er Auschwitz und strengte den ersten Musterprozess gegen die I. G. Farben an.

184 Wirtschaftshilfe der Jüdischen Gemeinde Berlin an MfIS, 12.9.1933, RA, JFA, HK, E 1:2.

185 Bericht MfIS über den Besuch an Emil Glück, 11.10.1933, RA, JFA, HK, E 1:2.

des Hilfskomitees.¹⁸⁶ Wie im Fall der Patenschaften schien man eher geneigt, die Hilfe »auszulagern«.

Auch hier schwang also mit, was in der Folge bei allen Plänen zur Hilfe für in Not geratene deutsche Juden zum Vorschein kommen sollte: die Angst, jüdische Flüchtlinge könnten den Antisemitismus im Land befeuern. Glück hingegen vertrat die Auffassung, man müsse sich mit diesem »Nonsens« nicht abfinden.¹⁸⁷ Er zeigte sich verärgert und überrascht, zumal dieselbe Behörde unter der Hand in Aussicht gestellt hatte, dass der Plan eines Internats für deutsche jüdische Kinder der Region Skåne genehmigt werden würde.¹⁸⁸ Ende Oktober bemühte sich das Hilfskomitee dann, die Unterstützung des wichtigen Hilfskomitees der Arbeiterbewegung zu gewinnen, das, wie beschrieben, bei der Anerkennung der politischen Flüchtlinge die ausschlaggebende Rolle spielte. Es lohnte sich mithin, sich bei der eigenen Hilfsarbeit dessen Wohlwollen zu versichern. Anfang November 1933 informierte das Komitee die Gemeinde, dass es den Aufenthalt von jüdischen Flüchtlingen zu Ausbildungszwecken befürworte, da dies den eigenen Grundsätzen entspreche. »Unter der Voraussetzung, dass die Flüchtlinge, wie sie angeben, nach der abgeschlossenen Ausbildung Schweden wieder verlassen, sind wir prinzipiell bereit, Ihre Maßnahmen bei den betroffenen Behörden zu unterstützen.«¹⁸⁹

Tatsächlich legte das Hilfskomitee im Januar 1934 der Behörde einen Antrag um Erhöhung der Quote vor. Verbunden mit Verweisen auf weitere zuvor stattgefundene Gespräche und die wachsende Zahl in Not geratener deutscher Juden formulierte es die Bitte, die Quote auf 100 Auszubildende zu erhöhen. Sämtliche Formalitäten würden vom Hilfskomitee erledigt, welches auch dafür Sorge tragen würde, dass die Auszubildenden über eine Einreisemöglichkeit nach Palästina oder ein anderes Land verfügten, andernfalls aber die Erlaubnis hatten, nach Deutschland zurückzureisen. Die Stockholmer Gemeinde würde für alle eine finanzielle Garantie übernehmen, sodass sie während ihres strikt begrenzten 18-monatigen Aufenthalts schwedischen Wohlfahrtseinrichtungen nicht zur Last fallen würden und obendrein Mittel zur Verfügung stünden, damit alle das Land verlassen konnten. Zudem versprach es, dass es keine Ansammlungen größerer Gruppen geben würde sowie die Provinz Skåne ausgespart bliebe. Am Ende des Schreibens machte das Hilfskomitee darauf aufmerksam, dass es mit dem Hilfskomitee der Arbeiterbewegung Rücksprache gehalten habe und dass auch die Vertretung der Landarbeiter nichts gegen den Vorschlag einzuwenden habe.¹⁹⁰ Aus Sicht der schwedischen Sozialdemokratie und der

186 MfIS an Emil Glück, 19.II.1933, RA, JFA, Hjälpkommitté, E 1:19.

187 Emil Glück an MfIS, 16.I0.1933, RA, JFA, HK, E 1:2.

188 HK (wahrscheinlich Mauritz Grünberger) an Emil Glück 12.I0.1933, RA, JFA, Hjälpkommittén, E 1:2. Gemeint ist hier das Internat Kristinehov, über das später noch ausführlicher berichtet werden wird.

189 Fackliga og politiska Emigranternas Hjälpkommitté an MfIS, 4.II.1933, RA, JFA, HK, E 1:19.

190 Mauritz Grünberger an Kurt Bergström, 4.1.1934. RA, JFA, HK, E 1:2.

Gewerkschaften mussten die jüdischen Auszubildenden ideale Flüchtlinge sein, denn als Träger trat eine von sozialistischen Idealen geprägte Einrichtung auf, deren Ziel letztlich die Ansiedlung der Menschen außerhalb des schwedischen Arbeitsmarktes war.

Der Antrag auf Erhöhung der Quote zeigt das Engagement der Gemeinde, die auf das Wohlwollen des Ministerialrates setzte und zudem weitreichende Garantien bot. Das Muster, die Hilfsarbeit in gutem Einvernehmen und in ständigem persönlichen Kontakt mit den Beamten zu organisieren, wird hier erneut sichtbar. Alles in allem kam das Hilfskomitee den Behörden in allen bekannten Aspekten und Kritikpunkten entgegen. Doch das Wohlwollen Bergströms reichte nicht aus. Im Februar 1934 teilte das Hilfskomitee Glück mit, dass eine Erhöhung der »Glück-Quote« nicht genehmigt worden sei. Die Sozialbehörde hatte mehrere Gründe für die Ablehnung angeführt. Zunächst wurde die »allgemeine Lage im Land und die Unruhe [angeführt], die sich verschiedentlich bemerkbar gemacht« habe. Gemeint waren damit flüchtlingsfeindliche Debatten im schwedischen Parlament. Zudem sei die Platzierung zweier Chaluzim mit der Kündigung zweier Tagelöhnerfamilien in der Landgemeinde in Zusammenhang gebracht worden. Der Skandal, den dieses ausgelöst hatte, führte zu politischen Debatten in der Kommunalvertretung. Kommunalpolitiker forderten gar den Entzug der Aufenthaltsgenehmigung der beiden betroffenen Chaluzim. Obwohl Bergström wisse, dass es keinen Kausalzusammenhang gebe, sondern Arbeitsmangel der Grund gewesen sei und die Chaluzim ohnehin noch keine vollwertige Leistung erbrächten, um einen Landarbeiter ersetzen zu können, sei der Schaden angerichtet. Der Schreiber verwies noch darauf, dass er Bergström ständig mit solchen Dingen plage, obwohl er sich darüber im Klaren sei, dass dieser das Bestmögliche leiste.¹⁹¹ Und tatsächlich scheint Bergström unter der Hand der Gemeinde signalisiert zu haben, dass er der Gemeinde zwar keine Versprechen – über Quotenerhöhungen – geben konnte, aber Einzelfälle über die Quote hinaus geprüft würden.¹⁹² Und tatsächlich wuchs das Programm im Laufe der nächsten Jahre.

In seinem Rechenschaftsbericht an die Stockholmer Gemeinde vom 16. November 1934 berichtete Glück über die Verwendung der zur Verfügung gestellten 2000 Kronen und das Programm des vorausgegangenen Jahres. Seit Mai 1933, dem Beginn der Ausbildung, waren 24 junge Männer und Frauen eingereist, von denen sich im November 1934 noch sechs Männer und zwei Frauen im Land befanden. Die erhaltenen Mittel waren für Taschengeld, Zuschüsse zur Ausrüstung, Gebühren für Visa und Beiträge für die Reisen verbraucht worden. Für die noch im Lande befindlichen bat er um weitere 2000 Kronen. Dieses Geld sollte den acht Jugendlichen die Reise nach Palästina ermöglichen. Dabei betonte Glück, dass er auch aus Göteborg eine Spende erhalten und sich in

191 HK (wahrscheinlich Mauritz Grünberger) an Emil Glück 26.2.1934, RA, JFA, HK, E 1:2.

192 HK an Emil Glück und Hugo Valentin, 21.3.1934, RA, JFA, HK, E 1:2.

seinem Bekanntenkreis um weitere Spenden bemüht habe. Er verließ sich also nicht ausschließlich auf die Zahlungen aus Stockholm. Laut der beigelegten Liste waren sowohl deutsche als auch polnische und litauische Staatsangehörige unter den Pionieren. Die Männer waren im Schnitt etwas älter als die Frauen, deren Durchschnittsalter zwischen 16 und 18 Jahre betrug.¹⁹³ Das entsprach dem gängigen Alter der Jugendlichen im deutschen Hechaluz.

Der gesamte Schriftverkehr mit den schwedischen Behörden sollte zwar bald auch auf Wunsch der Regierung bei der Stockholmer Gemeinde gebündelt werden, doch im März 1935 musste das Hilfskomitee Glück für den Fall behördlicher Nachfragen noch um genaue Informationen zu den Chaluzim bitten. Wenige Wochen später leitete dann die Gemeinde die Anträge an das für Einreisevisa zuständige Außenministerium und die Sozialbehörde weiter, die die Aufenthaltsgenehmigungen erteilte, und setzte wiederum Glück von den Entscheidungen der Behörden in Kenntnis.¹⁹⁴ Im April 1936 waren ungefähr 40 Chaluzim in Schweden für kürzere oder längere Zeit ausgebildet worden, während weitere 40 sich zu diesem Zeitpunkt im Land aufhielten. Glück hatte Zuschüsse von ca. 10.000 Kronen erhalten. Vergleicht man diese Summe mit den 26 Patenschaften, die es zu diesem Zeitpunkt für Kinder in der Kinder- und Jugendalija gab, erscheint die Summe allerdings gering, denn die Patenschaften hatten in derselben Zeit Kosten in Höhe von 36.000 Kronen verursacht.¹⁹⁵

Anfänglich verließen die meisten Chaluzim Schweden innerhalb der für einen Zwischenaufenthalt veranschlagten Zeit. Solange die britische Mandatsregierung noch freizügig Arbeiterzertifikate erteilte, konnten größere Gruppen von Chaluzim die Hachschara durchlaufen. Ende Mai 1937 berichtete die Gemeinde der Sozialbehörde über die Ein- und Auswanderung der von ihr betreuten Flüchtlinge. In den ersten Monaten des Jahres habe das Komitee 50 Flüchtlinge unterstützt, von denen 20 bereits das Land verlassen hätten, während die restlichen 30 bereits seit Langem in Schweden lebten. Insgesamt hätten bislang ungefähr 200 Menschen eine Unterstützung erhalten, von denen die meisten wieder ausgereist seien. Auch von den bisher 120 eingereisten Chaluzim hätten 80 das Land schon wieder verlassen. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich, Neuankömmlinge eingeschlossen, insgesamt ca. 60 Chaluzim in Schweden.¹⁹⁶

Svartingstorp: Ein Kibbuz in Skåne

Schon bald zeigte sich, dass die Einzelhachschara ein gemeinsames Schulungszentrum erforderte. Auch bei den geringen Zahlen deutscher Chaluzim waren bereits erste Schwierigkeiten aufgetreten. Die Gefahr der Ausbeutung war auf-

193 Emil Glück an MfiS mit Liste, 16.11.1934, RA, JFA, HK, E 1:2.

194 Durchschriften von Schreiben zu diesem Zweck finden sich in RA, JFA, HK, E 1:3.

195 MfiS an Hugo Valentin, 30.4.1936, RA, JFA, HK, E 1:3.

196 MfiS an Martin Perslow, 21.5.1937, RA, JFA, HK, E 1:3

grund der Einzelplatzierung bei Bauern größer als bei einer kollektiven Ausbildung in einem Kibbutz. Im August 1935 mussten der Kämmerer der Gemeinde und der Vorsitzende der Zionistischen Vereinigung Schwedens, Norbert Masur, nach einer Inspektionsreise sechs Chaluzim bei anderen Bauern unterbringen. Es war zuvor klar geworden, dass die ersten Landwirte lediglich an unbezahlter Arbeitskraft interessiert waren und das Ausbildungsziel nicht erreicht wurde. Zwei der Chaluzim waren sogar nicht ausreichend ernährt worden.¹⁹⁷ So etwas musste auch im Interesse der Gemeinde verhindert werden, denn eine Ausnutzung kostenloser Arbeitskraft, die auf eine Einsparung schwedischer, bezahlter Arbeitsplätze hinauslief, konnte das Programm gefährden. Vieles sprach für eine Bündelung der Ausbildungsplätze – zumindest in einem festeren organisatorischen Verbund – in einem Kibbutz.

Glück hoffte auf die Einrichtung eines eigenen Hofes, der als Basis der Bewegung und als echter Kibbutz dienen konnte. Auch die Berliner Jugendalija war daran interessiert, zumal sie der Einzelhachschara immer mit Skepsis begegnet war. Mitte Februar 1936 wandte sich Glück an das Hilfskomitee in Stockholm. Auf der Grundlage der bislang erfolgreichen Hachschara ersuchte er die Gemeinde, Gelder für die Einrichtung eines genuinen Kibbutz in Südschweden zur Verfügung zu stellen, der 30 Pioniere beherbergen sollte. Das Hilfskomitee kritisierte allerdings die hohen kalkulierten Kosten und lehnte eine Zuwendung ab.¹⁹⁸ Einer der leitenden Funktionäre des deutschen Hechaluz, Georg Josephtal, besuchte zu dieser Zeit aber Glück, den er ermunterte, den Plan weiterzuverfolgen.¹⁹⁹ Glück wandte sich dann an zionistische Freunde. Einer von ihnen, der bereits erwähnte Hugo Valentin, schwedischer Historiker und Zionist mit guten Verbindungen zur Führung der Stockholmer Gemeinde, forderte ihn auf, sich erneut an diese zu wenden. Das Hilfskomitee in Stockholm stand Glücks Idee im Grunde aufgeschlossen gegenüber und versprach nun, bei der Suche nach Spendern zu helfen. In ihrer Antwort an Glück stellte die Gemeinde aber zugleich klar, dass auch in dieser Sache der Kontakt zu den Behörden in Stockholm gebündelt werden müsse.²⁰⁰

Dass Glücks Plan gelingen konnte, ist dem Zufall zu verdanken, dass ein potenzieller Geldgeber gleichzeitig selbst auf der Suche nach einer Möglichkeit war, sich in einer nachhaltigen Flüchtlingshilfe zu engagieren. Die alteingesessene Familie Heckscher plante, eine größere Summe für die Flüchtlingshilfe aufzubringen, wollte sich aber nicht auf eine reine Unterhaltsleistung beschränken. Die Familie Heckscher gehörte zu den prominentesten Familien der kleinen jüdischen Gemeinschaft in Schweden. Eli Heckscher war von 1909 bis 1929 Professor für Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsgeographie an der Handels-

197 MfiS an Erik Drougge, 15.8.1935, RA, JFA, HK, E 1:3.

198 Protokoll, 17.2.1936, RA, JFA, FS, A 1:1.

199 Malin Thor Tureby: Kibbutz Svartingstorp 1936-1940, in: dies. (Hg.): Kibbutzer i Sverige. Judiska lantbrukskollektiv i Sverige 1936-1946, Stockholm 2012, S. 67-79, hier S. 69 f.

200 Kennerberg: Mosaiska församlingens i Stockholm flyktingverksamhet, S. 27.

hochschule Stockholm und hatte bedeutende Arbeiten über den Merkantilismus und andere wirtschaftshistorische Themen verfasst. Sein Sohn Gunnar Heckscher und Enkel Sten Heckscher wurden später bekannte schwedische Politiker.

Die Gemeinde machte Eli Heckscher auf die bis dahin noch bescheidene Arbeit und die Pläne Glücks aufmerksam. Heckscher und Glück waren sich einig, dass eine Zusammenarbeit fruchtbar wäre, zumal Einigkeit über die eigentlichen Ziele zu herrschen schien. Aber bald wurden die verschiedenartigen ideologischen Ausrichtungen und unterschiedlichen Erwartungen der ungleichen Kooperationspartner deutlich. Wäre es nach Glück gegangen, so hätten nur Chaluzim aufgenommen werden sollen. Er plante einen Kibbuz. Solch eine Beschränkung und eindeutig zionistische Ausrichtung aber missfiel der Familie Heckscher. Insbesondere Eli Heckschers Ehefrau Rosa Heckscher beharrte darauf, dass die Schüler aus allen jüdischen Traditionen kommen sollten.²⁰¹ Der offizielle Name der letztendlich gegründeten *Stiftelsen för lantbruksutbildning* (dt. Stiftung für landwirtschaftliche Ausbildung) zeigt bereits, dass das zionistische Ziel keine vorrangige Bedeutung erhielt. Der Auftrag der Stiftung wurde auch wesentlich allgemeiner formuliert. Ziel sei es, »eine Schule einzurichten, auf der gebührenfrei eine Ausbildung in der Landwirtschaft für vorzugsweise jüdische Jugendliche angeboten wird.«²⁰² Solch ein Ziel bezeichnete damit den kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen der Hechaluz-Bewegung und Glück auf der einen Seite und der Familie Heckscher und der Gemeinde auf der anderen Seite. Es ging um eine Änderung der Berufsstruktur der jüdischen Jugend. Diese sollte auch die Auswanderungschancen verbessern, da potenzielle Flüchtlinge Handwerker und Bauern als Antragsteller begünstigten. Dass der überzeugte Zionist Emil Glück hiermit nicht zufrieden sein konnte, liegt auf der Hand. Zwar erhielt er einen Platz im Aufsichtsrat, seine Aufgaben und Befugnisse beschränkten sich aber auf die Rekrutierung der Schüler und allgemeine Fragen der Bewirtschaftung. Die Stiftung wurde von Stockholm aus geleitet, nicht aus Skåne, wo Glück seine Arbeit konzentrierte.

Auch über die Frage nach der Leitung des Hofes gingen die Vorstellungen auseinander. Der Schule standen vor Ort das schwedische Landwirtspaar Nils und Stina Enblom vor. Der von Heckscher zuvor als Gutachter bestellte landwirtschaftliche Experte, Harald Edin, hatte mit Unterstützung der Gemeinde eine schwedische Leitung verlangt. Dies sollte die Zusammenarbeit mit der Lokalbevölkerung vereinfachen. Auch sollte nach den Vorstellungen Eli Heckschers die Gemeinde in Stockholm in das Projekt einbezogen werden. Er selbst wollte, entgegen dem Wunsch von Rosa Heckscher, keine persönliche Leitungsfunktion übernehmen, doch ließ er sich als Vorsitzender des Aufsichtsrates (schwed. ordförande i styrelsen) der für das Projekt gegründeten Stiftung

201 Anna Bessermann: Svartingstorp 1936-1940. Kibbutz eller lantbruksskola?, unveröffentlicht. Examensarbeit, Stockholms Universitet, Historiska institusjonen, Stockholm 1979, S. 1.

202 Ebd., S. 2.

aufstellen. Ein Mitglied des Hilfskomitees, Frank Hirsch, wurde als Kassenswart (schwed. kassaförvaltare) eingesetzt. Die enge Verbindung zur Gemeinde war durch die Mitgliedschaft der beiden Gemeindevorstände Gunnar Josephson und Mauritz Grünberger in der Stiftung gewährleistet.²⁰³ Damit hatte Glück zwar einen Hof bekommen, aber auf diesem war kein Kibbutz entstanden, sondern eine landwirtschaftliche Berufsschule.

Im November 1936 kamen dann die ersten Schüler: acht junge Männer und drei junge Frauen. Diese erste Gruppe war trotz der Bedenken Heckschers vom Hechaluz in Deutschland entsandt worden. Mit ihnen reiste ein älteres Mitglied an, das die Gruppe anleitete. Hans Rothschild war der Vertrauensmann des deutschen Hechaluz und hatte bereits in Jugoslawien und Palästina Erfahrungen gesammelt. Die übrigen Mitglieder stammten aus der Gegend von Kristinehov, wo sie ihre Ausbildung bereits begonnen hatten.²⁰⁴ Es waren kaum Einrichtungsgegenstände oder Arbeitsgeräte vorhanden, und die Gruppe musste zunächst notwendige Reparaturen durchführen sowie die mageren Tiere versorgen, die zum Hof gehörten. Nach und nach wuchs die Gruppe aber auf 40 Pioniere an.²⁰⁵ Diese sahen sich bald drängenden Problemen gegenüber. Das Land war für einen Betrieb der geplanten Größe letztlich ungeeignet und lag zudem relativ isoliert – zwischen den beiden Städten Hälsingborg und Kristianstad, abseits der kleinen Ortschaft Hässleholm. Der Hof war preiswert, befand sich aber in einem renovierungsbedürftigen Zustand. Es war viel Arbeit nötig, um ihn zu einem funktionierenden und dem Selbsterhalt dienenden landwirtschaftlichen Betrieb zu formen.

Vielen der Chaluzim mangelte es nicht nur an landwirtschaftlichen Vorkenntnissen, sondern vor allem an Motivation für die Landarbeit. Bereits 1936 sahen viele deutsche Juden den Hechaluz als eine Chance, aus Deutschland herauszukommen, ohne sich direkt mit dessen Zielen und insbesondere dessen Ausbildungsprogramm zu identifizieren.²⁰⁶ Wie einer der frühen Leiter der Gruppe nach dem Krieg angab, waren eigentlich nur wenige der Jugendlichen wirklich an der Landarbeit interessiert. In Deutschland hätten sie sicherlich akademische Berufe angestrebt.²⁰⁷ In den folgenden Jahren kam es, wie zu sehen sein wird, wiederholt zu Problemen mit »Aussteigern«, die letztlich von einer Auswanderung nach Palästina Abstand nahmen. Der Gemeindegemeinderat und Vertreter der Mosaiska församling in der Stiftung von Svartingstorp, Mauritz Grünberger, versuchte Anfang 1938 sogar, bei der Zusammensetzung der Auszubildenden Heckschers Wünsche noch stärker als bisher zu berücksichtigen. So bat er die Auswanderungsorganisation HICEM unter Hinweis auf die Grün-

203 Ebd.

204 Ebd., S. 6.

205 Thor Tureby: Kibbutz Svartingstorp, S. 71.

206 Ebd., S. 72 f.

207 Ebd., S. 73.

dungsfamilie, ihm nicht zionistische Landwirtschaftsschüler zuzuweisen, die über eine Einreisegenehmigung für Südamerika verfügten.²⁰⁸

Berücksichtigt man die bescheidenen Anfänge, so entwickelte sich das Projekt einer Hachschara in Schweden dennoch insgesamt positiv. Sicherlich trug das insgesamt gute Arbeitsverhältnis zwischen Emil Glück und den Mitgliedern des Hilfskomitees in Stockholm wesentlich dazu bei. Die Briefwechsel zeugen von gegenseitigem Respekt, unbeschadet der unterschiedlichen Ansichten zur langfristigen Strategie. Die Hachschara erhielt regelmäßig Mittel aus Stockholm. 1938 wurden im Budget des Hilfskomitees für den Kibbutz Svartingstorp und die Ausbildung insgesamt 22.000 Kronen eingeplant. Zum Vergleich: 36.000 Kronen sollten als Unterstützung an die Flüchtlinge im Land und 25.000 Kronen für Patenschaften in Palästina ausgegeben werden.²⁰⁹ Es überwog also die Unterstützung zionistischer Vorhaben. Leider spiegelte sich diese an sich gute Zusammenarbeit nicht im Verhältnis zwischen den jungen Bewohnern und der zionistischen Selbstverwaltung auf der einen und dem schwedischen Leiter sowie dem Geldgeber auf der anderen Seite wider. Die Konflikte beruhten zu einem Gutteil auf einer unterschiedlichen Wahrnehmung von Hilfe. War diese Unterstützung Ausdruck der bedingungslosen Solidarität mit den Verfolgten oder bezeichnete sie ein Almosen, für das man Dankbarkeit und Folgsamkeit erwarten konnte? Aus dem Blickwinkel einiger damaliger schwedischer Akteure stand die Hilfe in der Tradition der religiösen jüdischen Mildtätigkeit. Die Bedingungen, unter denen sie gewährt wurde, legten ausschließlich der Spender fest. So brachen Konflikte auf.

Eins der wesentlichen Probleme bei der Vorbereitung junger Juden auf eine Ausreise nach Palästina beruhte in der Auswahl geeigneter Teilnehmer. Nicht nur in Schweden, sondern auch in anderen Ländern gab es hierbei Schwierigkeiten. Für die Verantwortlichen der schwedischen Hachschara hatte eine falsche Zusammensetzung der Teilnehmer allerdings dramatische Konsequenzen. Da die Quote als Voraussetzung die Weitermigration aller Chaluzim vorsah, musste diese auch binnen der beantragten Zeit erfolgen. Dem standen aber immer wieder unüberbrückbare Hindernisse entgegen. Zum einen waren nicht ausreichend Zertifikate für Palästina zu erhalten, zum anderen entschlossen sich manche als Chaluzim nach Schweden gekommene Flüchtlinge, in ein anderes Land zu gehen. Das Ziel, das die großen jüdischen Hilfsorganisationen seit Mitte der 1930er Jahre verfolgten, bestand darin, eine organisierte und geplante Auswanderung insbesondere junger deutscher Juden zu gewährleisten.²¹⁰ Da die verschiedenen Bereiche des jüdischen Hilfswerks hierfür große Summen aufbringen mussten, war eine genaue Planung wichtig. Wenn sich die flüchtenden Menschen unentschieden oder aus anderen Gründen das Räderwerk

208 Mauritz Grünberger an HICEM, 31.1.1938, Center for Jewish History (CJH), YIVO, HIAS-HICEM, France I, RG 245.5, Folder 180.

209 Protokoll, 10.1.1938, RA, JFA, HK, E 1:19.

210 Jünger: Jahre der Ungewissheit, S. 256 f.; Meyer: Tödliche Gratwanderung, S. 49.

der Umschichtung ins Stocken geriet, betraf dies auch die Gesamtplanung. Für den Organisator der Umschichtung in Schweden, Emil Glück, bedeuteten insbesondere diejenigen Pioniere ein Problem, die nach ihrer Ankunft in Schweden verkündeten, dass sie nicht mehr nach Palästina gehen würden oder gehen könnten. Um zu verhindern, dass sie nach Ablauf ihrer Aufenthaltsberechtigung wieder nach Deutschland zurückgeschickt würden, warb er bei der Hilfsorganisation HIAS-HICEM in Paris um Geld für eine Auswanderung nach Südamerika. Diese sah sich aber nicht in der Verantwortung, wie sie in einem Brief vom 5. Januar 1938 klarstellte:

[...] denn wir sind ja keinesfalls dafür verantwortlich, wenn die Reichsvertretung Ihnen ihre Schützlinge schickt, die in ihrem Lande die landwirtschaftliche Ausbildung zwecks späterer Reise nach Palästina bekommen sollen, wenn ein Teil dieser jungen Leute sich weigert, nach Palästina auszuwandern, und der andere Teil nicht akzeptiert wird und nicht mehr nach Deutschland zurückkehren kann und somit zu Flüchtlingen wird. Dieser unnormale Stand der Dinge muss natürlich einer sehr eingehenden Prüfung seitens der Reichsvertretung unterzogen werden und wir sind sicher, dass diese Organisation, der wir mit gleicher Post schreiben, dieser Frage die [nötige] Aufmerksamkeit entgegenbringen wird. Was uns selbst anbetrifft, können wir Ihnen nur unseren in unserem Briefe vom 21.12. auseinandergesetzten Standpunkt wiederholen, d.h. in Anbetracht der sehr begrenzten Möglichkeiten zur Auswanderung nach Übersee, sind wir gezwungen, dieselben für diejenigen Flüchtlinge zu reservieren, die seit Jahren darauf warten, nach Übersee geschickt zu werden [...].²¹¹

Schon im Jahr zuvor hatte die HIAS Glück gegenüber geklagt, man sei angesichts der geringen Anzahl von Reisegenehmigungen für Übersee »wirklich gezwungen, eine gewisse Wertstufe der Kandidaten aufzustellen. Andererseits muss alles versucht werden, um die Flüchtlinge dort zu etablieren, wo sie sich gerade befinden.«²¹² Gerade das war aus Sicht der schwedischen Funktionäre aber unmöglich.

Glück blieb unermüdlich. Immer wieder hob er hervor, dass solche Fälle selbst bei sorgfältiger Auswahl nicht zu verhindern seien. Insbesondere betonte er die moralische Verpflichtung, in diesen Ausnahmen dennoch zu helfen. An dem Konflikt wird ein Grundproblem der Flüchtlingshilfe deutlich: Bei den Flüchtlingen handelte es sich eben nicht um passive Wesen, die durch die Welt verschickt werden konnten, sondern um Menschen, die eigene Entscheidungen trafen und sich als Individuen auch während der Umschichtung veränderten. Zwei der Emil Glück anvertrauten Chawerim waren sich während der Ausbildung nähergekommen und planten zu heiraten. Auch so etwas änderte die Aus-

211 HICEM Paris an Emil Glück, 5.1.1938, CJH, YIVO, HIAS-HICEM, France I, RG 245.5 (France I-IV), #179.

212 Ebd.

wanderungspläne.²¹³ In den etwa anderthalb Jahren, die die jungen Menschen gemeinsam lebten, vollzogen sich solche Entwicklungen zwangsläufig. Nach Ablauf des bewilligten Aufenthaltes von 18 Monaten mussten Glück, die Leiter der Hachschara, das Palästinaamt und das Hilfskomitee dem betreffenden Chaluz eigentlich zur Alija, zur Auswanderung nach Palästina verhelfen. Seine Aufenthaltserlaubnis lief dann aus. Aufgrund der schwierigen Zertifikatssituation war diese Lösung aber stets nur für wenige Chaluzim realisierbar. Glück behalf sich damit, eine Weiterreise und eine weitere Ausbildung in einem anderen Land zu organisieren. So sollen Pioniere, die nach Ablauf ihrer 18-monatigen Ausbildung in Schweden kein Zertifikat erhalten hatten, nach Dänemark, und umgekehrt Chaluzim, die gezwungen waren, Dänemark zu verlassen und auf ein Zertifikat warteten, zur weiteren Ausbildung nach Schweden transferiert worden sein. Einzelne Jugendliche reisten für eine weitere Ausbildung nach England.²¹⁴ Diese den Kibbuz und die Hachschara von Anfang an begleitenden Probleme nahmen im Laufe der Zeit nicht ab.

5. Hilfsbereitschaft und die Koordination der Aufgaben

Als 1933 die Nationalsozialisten in Deutschland die Macht übernahmen, herrschte in den ersten Tagen auf beiden Seiten der Ostsee eine tiefe Verunsicherung, welche Folgen dies für die deutschen Juden nach sich ziehen würde. Historische Vorbilder, an denen sich die Helfer orientieren konnten, waren nur im beschränkten Ausmaß vorhanden. Es fehlte an Handlungsmustern und Erfahrungen, auf denen man aufbauen konnte. Die deutsch-jüdischen Organisationen reagierten mit der Schaffung gemeinschaftlicher Organisationen zur Hilfe für diejenigen, die die Arbeitsstelle oder den Ausbildungsplatz verloren hatten oder das Land verlassen wollten – auch wenn sie noch keine einheitliche Politik formulierten.

In Schweden war die jüdische Gemeinschaft relativ jung. Die Erfahrungen, auf die sie zurückgreifen konnte, bezogen sich vor allem auf die Flüchtlingswelle zwischen 1900 und 1910. Auch damals herrschten unter den alteingesessenen Familien Ängste, dass die zahlreichen Flüchtlinge den heimischen Antisemitismus verstärken könnten. Solche Befürchtungen zeigten sich auch bereits in der ersten Phase der Hilfsarbeit. Die schwedischen Juden waren seit den ersten Monaten des Jahres 1933 mit öffentlichen Äußerungen rechter Politiker und der Tagespresse konfrontiert, die das Schreckgespenst einer Flüchtlingsinvasion an die Wand malten. Zudem erhielten sie auch aus Berlin die Warnung, dass nichts unternommen werden sollte, was die eigene Lage gefährden könnte. Von Beginn an war die Gemeinschaft in Schweden gezwungen, sich gegen Behaup-

213 Emil Glück an HIAS-HICEM Paris, 26.1.1938, CJH, YIVO, HIAS-HICEM, France I, RG 245.5 (France I-IV), #179.

214 Smulowiz: Die schwedische Hachscharah, S. 5, YVA, O.74/1.

tungen zu wehren, dass die deutsch-jüdischen Flüchtlinge den schwedischen Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme »überfluten« würden. Auch die Regierungsbehörden, mit denen man eigentlich ein gutes Verhältnis pflegte, signalisierten ständig, dass keine weiteren Flüchtlinge erwünscht seien. So favorisierte das Hilfskomitee in Stockholm insbesondere solche Arten der Flüchtlingshilfe, die die geringsten Auswirkungen für Schweden versprachen und zugleich von den deutschen Organisationen als nachhaltig beschrieben wurden. Das Angebot des Zentralausschusses der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau, die schwedischen Hilfsangebote mit Rat und Tat zu begleiten, nahmen sie dankbar an. Hier wurde also sehr früh der Grundstein für zukünftige Strukturen gelegt.

So bildete sich in den ersten fünf Jahren der Flüchtlingsarbeit in Schweden die grundsätzliche Struktur der beiden folgenden turbulenten Jahre aus. Das kennzeichnende Merkmal der schwedischen Flüchtlingspolitik, dass kein Flüchtling auf Dauer im Lande bleiben sollte, prägte auch das Verhalten des Hilfskomitees der Jüdischen Gemeinde in Stockholm. Am Beispiel des Internats in Kristinehov wird dies besonders deutlich. Das Hilfskomitee legte allergrößten Wert darauf, dass alle aufgenommenen Schüler über ausreichende Papiere verfügten, die eine Ausweisung aus Schweden ermöglichen würde. Es wird aber auch deutlich, dass die Gemeinde und das Hilfskomitee die Notwendigkeit erkannten, den deutschen Juden bei der Ausreise in ein anderes Land zu helfen.

Auch bemühte sich das Hilfskomitee, sich ein klareres Bild von der Situation in Deutschland zu machen, möglicherweise um die eigenen Strategien anzupassen. Im März 1936 bat das Hilfskomitee das Jewish Central Information Office um eine Einschätzung, ob es wahr sei, dass in einem gewissen Wessel-Lied »das Judenblut spritzt«. Bereits zu Beginn des Jahres hatte es die *Jüdische Rundschau* gebeten, einen dort zitierten Artikel des *Völkischen Beobachters* zu schicken, in dem von »der Liquidation der deutschen Judenfrage« die Rede war.²¹⁵ Interessant ist, dass das Hilfskomitee die Information zum Horst-Wessel-Lied auch an das schwedische Außenministerium weiterleitete. Die Augen wurden nicht verschlossen. Es scheint, als sei das Komitee in Stockholm vielmehr der Ansicht gewesen, dass Schweden mit seinen kleinen jüdischen Gemeinden keine größere Rolle in der Hilfe für die Flüchtenden übernehmen könnte.

Die schwedischen Juden waren zudem in direkten Gesprächen mit Regierungsvertretern und im öffentlichen Diskurs mit der von der großen Mehrheit der Schweden geteilten Auffassung konfrontiert, dass die Lösung des Problems der jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland in die Zuständigkeit der großen Staaten und der politischen Großmächte falle. Auf diversen Konferenzen zur Flüchtlingsfrage der nordischen Staaten bestätigten auch die Regierungen Norwegens und Dänemarks die Ansicht, dass der Norden Europas keinen Platz für eine umfassende Lösung des Flüchtlingsproblems bieten könne. Diesem diskursiven Druck konnte sich die Gemeindeführung nicht entziehen, die nicht zuletzt aus diesem Grund eine direkte Einmischung in die offizielle Flüchtlings-

215 Anfragen an JIO vom 4.3.1936, und JR vom 28.1.1936, RA, JFA, HK, E 1:3.

politik scheute. Als 1937 das zehn Jahre zuvor verabschiedete Ausländergesetz im Wesentlichen unverändert verlängert wurde, konnten die Diskussionen im schwedischen Reichstag und antisemitische Ausfälle einiger Abgeordneter im Plenum den schwedischen Juden und allen mit der Flüchtlingsarbeit Befassten zur nicht zu überhörenden Warnung dienen.

Im selben Jahr erhielten die meisten Verfasser von Hilfsgesuchen nur standardisierte Antworten aus Stockholm. Schreiben um Schreiben mit den immer gleichlautenden Sätzen beschrieben die schlechten wirtschaftlichen Bedingungen und die schwierige Situation am Arbeitsmarkt in Schweden. Nahezu jeder, der aus Deutschland in Schweden um Hilfe bat, erhielt die Warnung, dass ein Antrag auf eine Niederlassung in Schweden aussichtslos sei. Es wäre falsch, davon auszugehen, dass diese Ablehnungsschreiben oder negativen Ratschläge ausschließlich darauf beruhten, dass das Hilfskomitee keine weiteren Zuwanderer wünschte. In den Archiven der Jüdischen Gemeinde lassen sich zahlreiche Hinweise finden, dass die Mitarbeiter des Hilfskomitees sich auch über die tatsächlichen Möglichkeiten informierten. Als Beispiel sei eine mehr als zehnteilige Abhandlung zu der Frage des Studiums von Ausländern an schwedischen Universitäten erwähnt. Das auf Deutsch geschriebene Manuskript geht sicherlich auf die Recherchen des deutschen Mitarbeiters des Hilfskomitees Wilhelm Michaeli zurück. Intensiv werden in dem Manuskript die rechtlichen und verwaltungstechnischen Hürden für ein Studium und die Arbeit an schwedischen Universitäten aufgezählt.²¹⁶ Es zeigt, dass die Gemeinde stets bemüht war, den geltenden Regeln bis ins kleinste Detail zu folgen. Dabei suchte die Gemeinde jedoch keine Argumente gegen die Einreise aus dem südlichen Nachbarland. Sobald die Bestimmungen erfüllt waren oder eine Chance für eine Anerkennung durch die Sozialbehörde bestand, war das Hilfskomitee bei der Antragstellung behilflich. Insbesondere zionistische Aktivitäten und Projekte warben erfolgreich in Schweden und erzielten eine langfristige Wirkung.

In den ersten knapp fünf Jahren nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland entwickelten sich die grundlegenden Strukturen der Hilfsarbeit in Schweden. Zunächst waren maßgebliche Kontakte über die Ostsee etabliert worden. Die Beratung und Bewerbungsverfahren wurden zentralisiert. Zwar gab es auch weiterhin Kontakte zwischen der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, dem Palästinaamt und anderen großen jüdischen Organisationen mit schwedischen Gemeinden, die Mehrzahl der offiziellen Kontakte aber wurde kanalisiert. Die Gemeinden in Göteborg und Malmö erkannten, soweit es den Kontakt mit den Behörden betraf, zunehmend die führende Rolle der Gemeinde in Stockholm an.

Die zweite wichtige Entscheidung betraf die Verwendung der Mittel. Neben der Hilfe für bereits ins Land geflohene Deutsche profitierten vor allem zionistische Organisationen und Programme von den in Schweden gesammelten

216 Aktenvermerk »Betreffs des Studiums von Ausländern an der Universität«, RA, JFA, HK, E 1:1.

Geldern. Insgesamt wurden in den ersten Jahren der Hilfsarbeit mehr Geld für zionistische Zwecke und das Aufbauwerk in Palästina als für nach Schweden gekommene Flüchtlinge bereitgestellt.²¹⁷ Sowohl auf deutsch-jüdischer als auch auf schwedisch-jüdischer Seite wurde im Prinzip akzeptiert, dass Schweden kein Einwanderungsland für deutsche Juden darstellte, sondern nur als Warte-
saal auf dem Weg in andere Staaten des Exils zur Verfügung stand. Vor dem Hintergrund dieser grundlegenden Entscheidungen fanden in den folgenden zwei Jahren die Fluchten nach Schweden und die schwedische Hilfsarbeit unter dramatischen Bedingungen statt.

217 Kennerberg: Mosaiska församlingens i Stockholm flyktingverksamhet, S. 14.

II. Die Professionalisierung der Hilfsarbeit im Angesicht der Eskalation, 1938/39

I. Das »Schicksalsjahr 1938«

In fast jedem potenziellen Exilland der verfolgten Juden herrschte auf Seiten der Politiker und oft auch bei den jüdischen Gemeinden Angst vor einer »Flüchtlingsflut«. Eine solche, so befürchteten Politiker, würde ein »Judenproblem« schaffen. Auch in Schweden bestimmten solche Argumente teilweise die öffentliche Debatte. Zudem befürchtete auch manch Gutmeinender, dass eine größere Gruppe jüdischer Flüchtlinge den Antisemitismus im Land fördern könnte. Der Generaldirektor der Sozialbehörde notierte am 26. November 1938:

»Natürlich ist es unmöglich, den Wünschen der unglücklichen Juden und deren schwedischen Fürsprechern in größerem Rahmen entgegenzukommen. Der Antisemitismus liegt in unserem Land auf der Lauer. Diesem Nahrung zu geben wäre unklug und hilft auf lange Sicht auch nicht den Juden.«¹

Möglicherweise projizierte er auch eigene Vorbehalte in diese Erwartung hinein. Die jüdischen Gemeindevertreter hatten ähnliche Ängste. Da diese Folgen in der praktischen Politik nach sich zogen, lohnt es sich, konkrete Zahlen in den Blick zu nehmen. Die exakte Anzahl der jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich zwischen 1933 und 1945 zu bestimmen, ist aus vielen Gründen nicht möglich. Der wichtigste ist, dass bis 1939 keine Visapflicht für Einreisende aus dem Deutschen Reich bestand. Erst als die österreichischen Pässe eingezogen und die Pässe deutscher Juden mit dem »J«-Stempel versehen wurden, wurde eine von den Behörden nicht erfasste Einreise praktisch unmöglich. Das *Jüdische Nachrichtenblatt* wies am 23. Dezember 1938 deutlich darauf hin, dass alle Personen, die mit einem gekennzeichneten Pass die Einreise nach Schweden planten, sich zunächst an die schwedischen Konsulate zu wenden hätten.² Zuvor aber konnten diejenigen, die über ausreichend Mittel verfügten, Schweden als Transitland nutzen. Sie mussten lediglich über eine Fahrkarte verfügen und ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten. Auch verzichtete mancher Flüchtling, der durch die nationalsozialistische, rassistische Gesetzgebung zur Flucht gezwungen worden war, darauf, die jüdische Gemeinschaft in Schweden um Hilfe zu ersuchen. Einigen war eine jüdische Identität erst durch die Verfolgung von außen aufgezwungen worden, sodass sie die Gemeinde nicht als erste Anlaufstation ansahen. Sie wandten sich an die Hilfsorganisationen für verfolgte Intellektuelle oder politische Organisationen. Gewerkschafter und Sozialdemokraten, aber auch Kommunisten, waren, so ist anzunehmen, oft eher bereit, sich auf die jeweiligen politischen Hilfsorganisationen zu verlassen. Auch gab es jüdische

1 Zit. nach Lindberg: *Svensk flyktingpolitik*, S. 171.

2 *Jüdisches Nachrichtenblatt*, Ausgabe Berlin, 23.12.1938, S. 1.

Flüchtlinge, denen die Kirchen oder die Schwedische Israelmission Beistand gewährten. Alle diese Personen tauchen in den Akten der Gemeinde in Stockholm nur auf, wenn sie hier um Hilfe nachsuchten. Die Gemeinde konnte also nur Zahlen zu denjenigen nennen, die ihre Unterstützung in Anspruch nahmen.

Die Reaktion auf den verstärkten Flüchtlingsdruck: Schweden schließt die Tore

Nach Sven Nordlund stieg die Anzahl deutscher und österreichischer Juden in Schweden von wenigen Hundert im Jahr 1933 auf ungefähr 2000 Personen bis 1939 – zu einer Zeit, als sich insgesamt 20.000 Ausländer legal in Schweden aufhielten.³ Helmut Müssener schreibt, dass insgesamt zwischen vier- und fünftausend deutschsprachige Flüchtlinge in den zehn Jahren von 1933 bis 1943 nach Schweden kamen.⁴ Im Spätherbst 1938 ging die Sozialbehörde davon aus, dass sich etwa 1800 bis 2300 jüdische Flüchtlinge im Land aufhielten.⁵ Sophie Michaeli, die sich in der Flüchtlingshilfe engagierte, berichtete 1941 in einem Vortrag von 4200 im Land befindlichen jüdischen Flüchtlingen.⁶ Seit dem Beginn des Jahres 1938 waren aber im Verhältnis zu den vorausgegangenen Jahren wesentlich mehr jüdische Flüchtlinge gekommen.⁷ Als die Flüchtlingsorganisationen vom Minister für Soziales mehr Engagement für die Flüchtlingshilfe forderten, veröffentlichte die Sozialbehörde einen offiziellen Bericht und eine eigene Schätzung der Flüchtlingszahlen. Dabei wurde deutlich, dass auch die schwedische Verwaltung nur diejenigen zählen konnte, die einen Antrag auf Aufenthalts-, Arbeits- oder Einreiseerlaubnis gestellt und sich also selbst als Flüchtling bezeichnet hatten. Es kann mithin kaum von einer Invasion gesprochen werden. In der im April 1939 im Amtsblatt *Sociala meddelanden* veröffentlichten vorläufigen »Ausländerzählung« der Sozialbehörde wurden 3420 Ausländer in Schweden als jüdisch bezeichnet. Nicht bei allen jüdischen Ausländern handelte es sich freilich um Deutsche oder gar Flüchtlinge. So waren 743 dieser Personen bereits vor der Einführung des geltenden Ausländerrechts nach Schweden eingereist und es galten nur 2143 als Deutsche. 233 Juden unterschiedlicher Nationalität

3 Nordlund: »The War is Over«, S. 175.

4 Helmut Müssener: »Meine Heimstatt fand ich hoch im Norden« – »Schweden ist gut – für die Schweden«. Aspekte geglückter und mißglückter Integration in Schweden nach 1933, in: Wolfgang Schieder/Wolfgang Frühwald (Hg.): *Leben im Exil. Probleme der Integration deutscher Flüchtlinge im Ausland 1933-1945*, Hamburg 1981, S. 39-53, hier S. 40.

5 Lindberg: *Svensk flyktingpolitik*, S. 162.

6 Sophie Michaelis: *Flyktingbarn i Sverige. Föredrag i Bondkyrko Husmödersförening, Uppsala*, in: *Judisk Tidskrift* (1941), Nr. 11, konsultiert als Sonderdruck in RA, JFA, FS, F 4 a:3.

7 Der Begriff »Schicksalsjahr« bezieht sich auf den Aufsatz von Avraham Barkai: »Schicksalsjahr 1938«. Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden, in: Walter H. Pehle (Hg.): *Der Judenpogrom 1938. Von der »Reichskristallnacht« zum Völkermord*, Frankfurt a. M. 1993, S. 94-117.

wurden offiziell als politische Flüchtlinge bezeichnet. Die Behörde übernahm hier offiziell eine Definition des Begriffes »Jude«, die darauf beruhte, dass der Vater oder die Mutter oder beide Elternteile als Juden galten.⁸ Wie zu sehen ist, sind alle Zahlenangaben mit Vorsicht zu betrachten und hingen immer davon ab, welche Definitionen zugrunde gelegt wurden: von »in Schweden« – dauerhaft oder vorübergehend, eingereist oder im Lande befindlich. Zudem unterschieden die die jeweilige Statistik zusammenstellenden Institutionen oder Behörden zwischen »Ausländer« oder »Jude«. Bis heute ist nicht bekannt, wie viele Flüchtlinge – jüdische und nicht jüdische – das Land zwischen 1933 und 1945 insgesamt passierten.⁹

Der »Anschluss« Österreichs verstärkte 1938 das Flüchtlingsproblem. Die österreichischen Juden wurden über Nacht zum Objekt härtester Verfolgung und Opfer eines beispiellosen Straßenterrors. Diesem wilden, wochenlangen Pogrom, dem zunächst auch niemand Einhalt gebot, hatten die Betroffenen nichts entgegenzusetzen. Als die Gewalt nachließ, nahm der Druck aber nicht ab, sondern wurde auf eine besondere Weise gebündelt und weiter aufrechterhalten. Anders als im »Altreich« lag die Koordination der Maßnahmen zur Vertreibung und Ausbeutung der Juden beim Sicherheitsdienst der SS (SD) unter Adolf Eichmann. Dieser konnte in Österreich konkurrierende NS- und Staatsapparate beiseitedrängen, mit denen der SD in Deutschland die Judenpolitik erst verhandeln musste. Anders als im »Altreich«, wo der Verfolgungsdruck nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten gradweise anstieg, begann die nationalsozialistische Herrschaft in Österreich für die Juden gleich mit einer massiven Austreibung.

Bis zum Frühjahr 1938 war Österreich noch Fluchtland, nun wurde es über Nacht zu einem Land der Vertreibung. Dieser radikale Wandel ging zudem mit einem Maß an Gewalt einher, das die deutschen Juden so bislang nicht erlebt hatten. Ausgrenzung und Ausplünderung erfolgten so schnell und gewalttätig, dass praktisch keinerlei Anpassungsmöglichkeiten an die veränderte Situation bestanden. Die unmittelbar nach dem »Anschluss« beginnenden »wildes Arierisierung« waren bis Anfang 1939 im Großen und Ganzen beendet. In diesen zehn Monaten hatten praktisch alle selbstständigen jüdischen Unternehmer ihre Betriebe und ihr Vermögen sowie jüdische Angestellte ihre Stellungen und damit ihren Broterwerb verloren. Die Ausplünderung entzog der jüdischen Bevölkerung des ehemaligen Staates Österreich die wirtschaftliche Lebensgrundlage und erschütterte die sozialen Fundamente der Gemeinschaft. Ohne Ansprüche

8 Sociala meddelanden (1939), Nr. 4, S. 278-279; sowie Karin Kvist Geverts: Utlänningsbyråns nålsöga. »Judiska utvandrare« och »politiska flyktingar i egentlig mening« 1938-1939, in: Arbetarhistoria 30 (2006), Nr. 2/3 (= 118/119), S. 24-29, hier S. 25.

9 Klas Åmark: Sweden and the Refugees, 1933-45, in: Mikael Byström/Pär Frohnert (Hg.): Reaching a State of Hope. Refugees, Immigrants and the Swedish Welfare State, 1930-2000, Lund 2013, S. 39-52, hier S. 39.

auf öffentliche Hilfeleistungen blieb den Betroffenen nichts anderes übrig, als zu versuchen, schnellstmöglich auszureisen.¹⁰

Um die massive Vertreibung reibungsloser zu gestalten, richtete der SD eine *Zentralstelle für jüdische Wanderung* ein. Diese vereinte die deutschen Verwaltungsstellen in einer einzigen Institution, die ein Flüchtling vor seiner Ausreise aufsuchen musste und von deren Stempeln sein Schicksal abhing. Die Nationalsozialisten – mit dem späteren Organisator des Genozids Adolf Eichmann als dem faktischen Leiter der Zentralstelle – erlegten der Leitung der Jüdischen Gemeinde Wiens auf, binnen Jahresfrist auch die Emigration von 20.000 mittellosen österreichischen Juden zu veranlassen.¹¹ Zusätzlich zu den Hunderttausenden deutschen Juden, die auf ihre Ausreise hofften, kamen nach Berechnungen der Israelitischen Kultusgemeinde Wien noch einmal 136.000 »emigrationsfähige Juden« aus ihrem Zuständigkeitsbereich. So viele Katasterkarten hatte man bereits in den wenigen Monaten nach dem »Anschluss« dort angelegt. 41.000 Emigrationsfragebogen hatten die Freiwilligen der Auswanderungsabteilung bereits gesammelt.¹² Etwa 90.000 Österreicher verließen unter diesem Druck 1938 ihre Heimat.¹³

Seit April 1938 stieg daher auch in Schweden die Zahl der Anträge und Hilfeersuche. Das Hilfskomitee verschickte zunächst erneut mehrere Hundert, meist normierte, Absagen an Hilfesuchende, vor allem aus Wien. Die österreichischen Juden mussten eine zusätzliche Hürde für eine Aufenthaltserlaubnis überwinden. Da eine solche die Möglichkeit der Weiterreise, vor allem in die USA, voraussetzte, die österreichische Quote für eine Einreise in die Vereinigten Staaten aber kleiner als die deutsche war, hatten sie geringere Chancen, nach Schweden zu gelangen.¹⁴ Zudem veranlasste der erhöhte Flüchtlingsdruck manche Nachbarländer zu Restriktionen in der Flüchtlingspolitik. Auch Schweden leitete Schritte ein, um den jüdischen Flüchtlingen die Einreise zu erschweren. Als wichtigste Sofortmaßnahme wurde ein Visazwang für Inhaber österreichischer Pässe eingeführt. Dabei war der Bericht des schwedischen Konsuls in Wien an seine Dienstherren von entscheidender Bedeutung: Juden, die einen Pass beantragten oder das Land verlassen wollten, mussten Erklärungen unterschreiben, dass sie nicht wieder zurückkehren würden. Auch das Außenministerium in Stockholm selbst wurde bei seiner Bearbeitung von Anträgen mit den neuen

10 Gabriele Anderl: Die »Zentralstellen für jüdische Auswanderung« in Wien, Berlin und Prag – Ein Vergleich, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXIII (1994), S. 275-299, hier S. 281.

11 Doron Rabinovici: Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938-1945 – Der Weg zum Judenrat, Frankfurt a. M. 2000, S. 102.

12 Besprechung mit Herrn Dr. Blauer, IKG, Diverse Auswanderungsangelegenheiten, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 2502.

13 Thomas Kiem: Das österreichische Exil in Schweden 1938-1945, Innsbruck 2001, S. 14.

14 Im September 1938 teilte zum Beispiel das Hilfskomitee einem Leo Gelbert in Wien mit, dass er nicht nach Schweden kommen könne, da er auf der österreichischen Quote stehe. MfIS an Leo Gelbert, 14.9.1938, RA, JFA, HK, E 1:3.

sogenannten Auslandspässen konfrontiert. Die schwedischen Verantwortlichen mussten also annehmen, dass die Mehrzahl der aus Österreich einreisenden Juden nicht zurückkehren konnte. Die Wiedereinführung des Visazwangs für österreichische Pässe war aus ihrer Sicht die logische Schlussfolgerung.

Den deutschen Behörden war an einer solchen Maßnahme, die die Vertreibungspolitik behinderte, nicht gelegen, zumal sie Nachahmer finden könnte. Im August 1938 bestimmte die deutsche Regierung, dass keine österreichischen Pässe mehr ausgestellt und dass die alten mit Ausgang des Jahres ihre Gültigkeit verlieren sollten. Zur gleichen Zeit berichtete der schwedische Konsul in Wien, dass 30 bis 60 Personen täglich um ein Visum vorsprächen.¹⁵ Die Regierung in Stockholm verfügte über drei Handlungsoptionen: Entweder man verstärkte die Grenzkontrollen, was angesichts des notwendigen Personalaufwands schwierig erschien. Den Visazwang für Reisende aus dem Deutschen Reich zu erklären, erschien als zu große Provokation gegenüber dem Nachbarn im Süden. Die Menschen zunächst einreisen zu lassen und sie dann abzuschieben, sobald sie die erlaubte Dreimonatsfrist überschritten, erschien zu drastisch.

Von daher konnte einzig in Zusammenarbeit mit den Deutschen eine einvernehmliche Lösung gefunden werden. Ähnlich dachten auch die Schweizer Behörden, die sich vergleichbaren Herausforderungen gegenübersehen. Bereits Ende März 1938 hatten sie die Visapflicht für Österreicher wiederingeführt. Im September 1938 gab die schwedische Regierung unter dem Eindruck der erhöhten Zahl von Anträgen auf Aufenthaltsberechtigungen bekannt, dass Ausländer, die ohne Visum oder Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis ins Land kämen, abgewiesen würden, wenn es Grund zu der Annahme gebe, dass sie ihr Heimatland verlassen hätten, um nicht wieder zurückzukehren. Die deutsche Regierung sah sich also Forderungen aus Nord und Süd ausgesetzt und willigte schließlich ein, die Pässe von Menschen, die nach den Vorstellungen der Nationalsozialisten als Juden galten, mit einem großen und gut sichtbaren »J« zu versehen. Am 5. Oktober 1938 erging die *Verordnung über Reisepässe von Juden*, die die Kennzeichnung von Pässen der potenziellen Flüchtlinge einführte.¹⁶ In der Folge ersetzte die Sozialbehörde die Anweisungen vom September in einem geheimen Rundschreiben durch die Anordnung, dass Inhaber solcher Pässe ohne weitere Prüfung abzuweisen seien, wenn sie über keine Aufenthaltsberechtigung oder Grenzempfehlung verfügten.¹⁷

15 Lindberg: Svensk flyktingpolitik, S. 123-128.

16 RGBl. I 1938, S. 1342.

17 Lindberg: Svensk flyktingpolitik S. 148. Lindberg beschreibt hier auch minutiös den Druck, den die schwedische Botschaft und das Außenministerium auf die deutsche Regierung während wochenlanger Verhandlungen ausübten. Dabei waren sich die beteiligten Beamten auf schwedischer Seite des diskriminierenden Charakters der Maßnahme absolut bewusst. In die Vereinbarung zwischen beiden Ländern, die am Ende der Verhandlungen stand, sollte das Wort »Jude« aber auf keinen Fall Eingang finden, um die Diskriminierung nicht deutlich werden zu lassen. Zum Zusammenhang zwi-

Wer ohne eine solche Berechtigung nach Schweden kam, konnte also wieder abgeschoben werden. Die schwedischen Behörden verfügten über mehrere Möglichkeiten, dies umzusetzen. Zum einen hatten die Grenzkontrolleure die Möglichkeit, Personen, die beim Grenzübertritt – typischerweise an der Fähre in Trelleborg oder Malmö – ohne gültige Legitimationspapiere angehalten wurden, wieder in das Land zurückzuschicken, aus dem sie eingereist waren. Wenn Flüchtlinge bereits im Land waren und bei einer Kontrolle ohne Papiere angegriffen wurden, konnten sie ausgewiesen werden. Kamen sie der Aufforderung nicht nach, Schweden zu verlassen, konnten die Behörden auch gewaltsam abschieben. Dies ist nach Ansicht einer nach Kriegsende eingesetzten parlamentarischen Untersuchungskommission nur mit zwei Personen geschehen.¹⁸ Häufiger hingegen waren die Abweisungen. Da Schweden durch die natürliche Barriere der Ostsee von Deutschland getrennt ist, waren die schwedischen Grenzkontrollen relativ effektiv. Der Historiker Lars M. Andersson von der Universität Uppsala hat in einer vorläufigen Zählung der Direktabweisungen bis Mitte 1938, die auf einer Auswertung des *Hemliga arkivet* (dt. Geheimes Archiv) durch die *Statens utlänningskommission* (dt. Ausländerbehörde zwischen 1944 und 1969, die alle Archive der vorher mit der Immigration befassten Behörden übernahm) beruht, unter mehr oder weniger eindeutig als Direktabweisungen erkennbaren Fällen etwa 30 Personen gefunden, bei denen es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um Juden handelte.¹⁹ In der Korrespondenz des Oberrabbiners Marcus Ehrenpreis findet sich ein vielsagendes Schreiben. Am 9. September 1938 bat der Amtsvorstand der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien den Rabbiner um eingehende Untersuchung der Gründe für die Ausweisung von vier namentlich genannten Österreichern, die mit Einverständnis der Jüdischen Gemeinde in Stockholm erfolgt sein soll. Die Gemeinde in Stockholm bemühte sich, den Vorwurf schnell aus dem Weg zu räumen.

»Herr Professor Ehrenpreis beauftragte mich, Ihnen in aller Eile in Beantwortung Ihrer w. Anfrage vom 9. cs. mitzuteilen, dass die von Ihnen genannten Flüchtlinge, deren sich unser Hilfskomitee bei ihrer Ankunft in der üblichen Weise angenommen hat, infolge einer *prinzipiellen* Instruktion der Behörde, die sich durchaus nicht auf die Person der Betreffenden bezieht, umgehend an die Grenze zurückbefördert wurden, ohne dass wir vorher in Kenntnis gesetzt worden wären. Ferner bin ich beauftragt hinzuzufügen, dass nach einer letztlich erlassenen Verordnung nur solche Flüchtlinge auf Einlass rechnen können, die sich schon vorher außer dem evtl. Einreisevisum mit Arbeitserlaubnis bzw. der Garantie einer schwedischen Stelle versichert haben. Alle

schen der Bekanntmachung im September und dem geheimen Rundschreiben siehe Kvist Geverts: *Ett främmande element*, S. 76-79.

¹⁸ Lindberg: *Svensk flyktingpolitik*, S. 304.

¹⁹ Nach der Datenbank von Lars M. Andersson, die dem Autor freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurde.

anderen werden nunmehr an der Grenze abgewiesen. [...] Wir können gegen die in Kraft getretene Verordnung nichts ausrichten.«²⁰

Interessant ist, dass der Brief aus Stockholm unvollständig ist. Entscheidend für eine Aufenthaltsgenehmigung war eben nicht nur die Garantie für den Aufenthalt, sondern auch die Möglichkeit, wieder auszureisen. Ob die Gemeinde davon (noch) keine Kenntnis hatte oder es vorzog, dieses Detail zu verschweigen, bleibt unklar.

Ausgeraubt und verarmt waren schon die deutschen Juden gewesen, wenn sie sich um eine Aufenthaltsgenehmigung in einem Fluchtland bemühen mussten; die österreichischen Juden aber waren vollständig mittellos. Sie waren auf die Hilfe der internationalen jüdischen Hilfsorganisationen angewiesen, die ohnehin nur über knappe Ressourcen verfügten. Nach der vorläufigen Schließung der jüdischen Institutionen kurz nach dem »Anschluss« gestattete der SD einigen Teilen der jüdischen Verwaltung schon bald die Wiederaufnahme der Tätigkeit. Dazu gehörten Wohlfahrtseinrichtungen ebenso wie die Organisationen, die sich mit der Emigration beschäftigten. Sie alle wurden unter dem Dach der Gemeinde vereint. Daneben durften nur das Palästinaamt und der Dachverband der zionistischen Organisationen weiterexistieren. Das Palästinaamt sollte sich weiter der Emigration nach Palästina widmen, während die Israelitische Kultusgemeinde die Auswanderung in alle anderen Länder organisierte.²¹ Ernüchtert konstatierte ein Mitarbeiter der Auswanderungsabteilung der Israelitischen Kultusgemeinde Wien im August 1938 in seinem Bericht, dass alle Abteilungen wie auch »die allgemeine Auswandererberatung, mangels faktischer Einreisemöglichkeiten für Immigranten, gegenwärtig nur dem Zweck dient[en], eine kurzfristige psychische Beruhigung auf die Parteien auszuüben«. Unzählige Fragebogen wurden ausgefüllt und angefordert, Stellen im Ausland de facto aber nicht mehr vermittelt.²²

Im August 1938, im Anschluss an die gescheiterte Konferenz von Évian, fand ein Treffen jüdischer Hilfsorganisationen statt, bei dem, nach den Aufzeichnungen des Schweizer Unternehmers und Präsidenten des Dachverbandes der jüdischen Gemeinden in der Schweiz, Saly Mayer, zu schließen, Vertreter jüdischer Organisationen aus den USA, England, Frankreich, der Schweiz, Ungarn, Böhmen und Mähren, Deutschland, Österreich, Shanghai, den Niederlanden, Italien, Belgien, Danzig, Polen, Slowakei, Lettland und weiteren Ländern teilnahmen. Auch die internationalen jüdischen Organisationen wie die HICEM und das Joint Distribution Committee waren vertreten. In seinen stichpunktartigen Notizen berichtete Mayer über die Schilderungen eines »Dr. Schweitzer« aus Wien, der die dramatisch schlechte Situation der Wiener Juden beschrieben

20 Beides in RA, JFA, Överrabbin Marcus Ehrenpreis arkiv, E 1: 24 (Hervorh. i. Orig.).

21 Clemens Jabloner/Brigitte Bailer-Galanda/Eva Blimlinger: Schlussbericht der Historikerkommission der Republik Österreich: Vermögenszug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Wien 2003, S. 211.

22 Bericht Dr. Max, 17.8.1938, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 2502.

habe. Eine Zusammenarbeit mit Berlin finde nicht statt.²³ Auf Rat und Hilfe der deutsch-jüdischen Organisationen konnte die Israelitische Kultusgemeinde nicht zurückgreifen. Der Wiener Rumpfverwaltung der Jüdischen Gemeinde wurden eigene Kontakte zur Reichsvertretung in Berlin untersagt. In Wien sollte eine härtere Gangart erfolgen.²⁴ In einer Besprechung mit Adolf Eichmann wies Emil Engel, Amtsvorstand der Fürsorgeabteilung der Israelitischen Kultusgemeinde, darauf hin, dass die vielen Verhaftungen die Ausreise ganzer Familien gefährdeten und dass durch die Verwüstungen wichtige Auswanderungskataster zerstört worden seien.²⁵ Als die Auswanderung infolge der Schwierigkeiten, die die nationalsozialistischen Stellen den Flüchtenden in den Weg legten, stagnierte, drohte Eichmann offen mit einem Pogrom. Zudem wurden die Freilassungen aus den Konzentrationslagern im Februar 1939 eingestellt. Täglich sprachen 500 Flüchtlinge bei der Zentralstelle vor.²⁶

Als Folge der verschärften Verfolgungspolitik erhöhte sich auch der Druck auf die potenziellen Helfer in Schweden. Inga Gottfarb führte unter Bezugnahme auf die private Briefsammlung von Hugo Valentin aus, dass sich die Anzahl und der Ton der Bittschreiben 1938 geändert hätten. Habe es zuvor nur wenige und beherrschte Bitten um Unterstützung gegeben, sei nun die Verzweiflung aus der wachsenden Zahl von Schreiben herauszulesen.²⁷ Dieses wird durch die Korrespondenz des Hilfskomitees eindeutig bestätigt.²⁸ Dessen Reaktion blieb aber tendenziell abweisend. Am 4. Mai 1938 wurden allein vier weitgehend gleichlautende Schreiben an österreichische Bittsteller verschickt. Auf seine Bitte um Hilfe erhielt Leopold Sprinzeles aus Wien folgende Antwort:

»Auf Ihr wertees Schreiben müssen wir Ihnen leider mitteilen, dass 1) seit kurzem für alle Inhaber eines österreichischen Passes für die Einreise nach Schweden ein Visum erforderlich ist und dass 2) die Schwierigkeiten hier Aufenthaltserlaubnis zu bekommen jetzt so groß sind, dass wir Ihnen von einer Reise nach Schweden abraten müssen.«²⁹

Solche Ratschläge blieben ohne Wirkung. Im Januar 1939 beschrieb das schwedische Konsulat die Lage in einem Bericht an das Außenministerium in Stockholm. Nach Schätzungen der amerikanischen Kollegen übersteige die Zahl der Antragsteller auf amerikanische Papiere die für Österreicher zugeteilten Quotenplätze fast um das Zehnfache. Daher beobachte man auch in den eigenen Büros

23 S[aly] M[ayer] notes on Emigration Conference and related matters, JDC-NY, Collection 1933-1944, #982.

24 Rabinovici: Instanzen der Ohnmacht, S. 89 f.

25 Dr. Josef Loewenherz: Kultusgemeinde Wien, S. 5 f., Archives of the Wiener Library London (WL), Testaments to the Holocaust, Reel 60, P.III.i. No. 499.

26 Rabinovici: Instanzen der Ohnmacht, S. 135, 137.

27 Gottfarb: Den livsfarliga glömskan, S. 100.

28 In RA, JFA, HK, E 1:3, zeigt sich die Steigerung auf mehrere Hundert Briefe ab April 1938 und die Änderung im Ton gegenüber den vorherigen Schreiben in E 1:1 und 2.

29 MfiS an Leopold Sprinzeles, 4.5.1938, und weitere Briefe in RA, JFA, HK, E 1:3.

eine stark gestiegene Anzahl von Anfragen. Zwischen 200 und 300 Besucher seien an manchen Tagen zu verzeichnen gewesen. Die meisten hätten die Absicht, Schweden als Durchreiseland zu betreten, dann würden diejenigen folgen, die sich für eine Anstellung als Haushaltshilfen interessierten.³⁰ Es ist nicht sicher, ob die Vertreter der Jüdischen Gemeinde in Stockholm, die sich mit den Flüchtlingsfragen befassten, offiziell darüber informiert waren. Sie waren aber sicher in der Lage, aus der Verwaltungspraxis ihre eigenen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Das Stockholmer Centralkommitté – ein Zusammenschluss mehrerer in Stockholm ansässiger Flüchtlingsorganisationen, in dem auch das Hilfskomitee der Gemeinde vertreten war – verlangte unter dem Eindruck der Verfolgung 1938 vom Sozialminister, dass die Privilegien für politische Flüchtlinge, die auch den Verzicht auf eine Abweisung oder Abschiebung beinhalteten, nun auch auf die jüdischen Flüchtlinge angewandt werden sollten. In einem Bericht an den Minister gelangte die Sozialbehörde jedoch zu der Einschätzung, dass durch diese Maßnahmen Schweden »zum Ausfallstor für deutsche Nichtarier« werden würde, denen immer mehr Länder verschlossen seien.³¹ Eine Beibehaltung der gängigen Praxis sei angesichts dieser Tatsachen notwendig. In demselben Text, der auszugsweise als Behördendrucksache veröffentlicht wurde, wurden auch Zweifel an der Loyalität derjenigen schwedischen Staatsbürger formuliert, die deutsche Juden als Freunde oder Verwandte in dem Wissen einluden, dass diese nicht beabsichtigten, das Land wieder zu verlassen. So wurde die Flüchtlingshilfe kriminalisiert oder zumindest moralisch infrage gestellt.

Die schwedische Öffentlichkeit hatte von der strikten Verwaltungspraxis im Allgemeinen geringe Kenntnis und empfand eher ein starkes Unbehagen gegenüber Flüchtlingen, durch das sich die verbreitete Angst vor einer Invasion jüdischer Flüchtlinge weiter verstärkte. Unter diesen Vorzeichen führte die Sozialbehörde im Februar 1939 die erwähnte Erhebung zu den Flüchtlingen und Ausländern im Land durch. Bemerkenswert aber war, dass diese Ausländerzählung nicht nur nach dem Namen, der Staatsangehörigkeit und dem Glaubensbekenntnis fragte, sondern auch danach, ob ein oder beide Elternteile jüdisch seien. Die Anleitung zum Fragebogen erläuterte, dass die Frage auf die »Abstammung« ziele und nicht danach, ob Vater oder Mutter »mosaischen Glaubensbekenntnisses« seien.³² Die Akten der jüdischen Flüchtlinge wurden bei den Behörden mit einem »(m)« für mosaisch markiert, und das auch, wenn sie zum Christentum konvertiert waren.³³ So übernahmen sie die rassistischen Definitionen der deutschen Machthaber. Damit aber nicht genug: Als nach

30 Zit. nach Lindberg: *Svensk flyktingpolitik*, S. 174.

31 Ebd., S. 160.

32 »Formulär A. Särskilt utlänningsanmälan den 10-18 februari 1939«, Utrikesdepartementets arkiv, 1920 års dossiersystem, P:1326, zit. nach Kvist Geverts: *Ett främmande element*, S. 56.

33 Karin Kvist Geverts: *Svensk flyktingpolitik under andra världskriget och det antisemitiska bakgrundsbruset*, Paper Svenska Historikermötet i Lund 2008.

Kriegsende die Flüchtlingspolitik der Regierung und insbesondere das Verhalten einiger damit beschäftigter Spitzenbeamter untersucht wurden, gab es deutliche Hinweise auf offenen Antisemitismus, der in Aktenvermerken wie »Juden-schweine sind auszuweisen« zum Ausdruck kam.³⁴

Die Asylgesetze und die öffentliche Meinung

Im Jahr 1937 hatte die Erneuerung des 1927 beschlossenen Ausländergesetzes zur Debatte gestanden. Die augenscheinlichste Änderung bei der Reform betraf den Verwaltungsaufbau. Angesichts der wachsenden Flüchtlingszahlen schuf die Regierung ein neues Amt innerhalb der Sozialbehörde – das *Socialstyrelsens utlänningsbyrå* (Ausländeramt oder Ausländerbüro). Es vereinte die Aufgaben der ehemaligen Passabteilung des Außenministeriums mit denen der Ausländerpolizei und übernahm die Vergabe von Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen. Auch oblag ihm die Ausstellung der sogenannten Fremdenpässe für Ausländer, die sich legal in Schweden aufhielten. Das Büro trug so die Hauptverantwortung für die »innere Kontrolle« von Ausländern im Land und regelte zudem die Ausweisungsangelegenheiten.³⁵ Dass damit aber »der Bock zum Gärtner gemacht« worden war, erkannte manch weitsichtiger Zeitgenosse. Östen Undén, Juraprofessor und Flüchtlingsaktivist aus Uppsala, monierte dies im Parlament und sagte, dass die Sozialbehörde die Aufgabe erfülle, den schwedischen Arbeitsmarkt zu schützen und daher ungeeignet sei, den Aufenthalt von Flüchtlingen zu beurteilen.³⁶ Für die Vergabe von Einreisevisa und Aufenthaltstiteln für Länder mit Visumzwang blieb weiterhin das Außenministerium zuständig. Eine wesentliche Reform des Gesetzes betraf den Status politischer Flüchtlinge. Durch die Schaffung eines Ausländerausschusses (schwed. *utlänningsnämnd*), dem drei Schöffen angehörten, genossen diese nun den Schutz einer Berufungsinstanz, falls sie von der Ausweisung bedroht waren. Dieser Fall trat nun immer häufiger ein, seit die Verordnung vom September 1938 die Möglichkeit der Abschiebung vorsah, sofern vermutet wurde, dass Ausländer ihr Heimatland ohne Rückkehrabsicht verlassen hatten.

Als »echte« politische Flüchtlinge galten jene, denen in der Heimat wegen eines politisch motivierten Vergehens Verfolgung drohte. Flüchtlinge, die nicht exakt unter diese Kategorie fielen, waren schwerer zu verorten. Die schwedische Flüchtlingspolitik und insbesondere die Verwaltungspraxis zielten deutlich

34 Helene Lööw: Der institutionelle und organisierte Widerstand gegen Flüchtlinge in Schweden 1933-1945, in: Hans Uwe Petersen (Hg.): Hitlerflüchtlinge im Norden. Asyl und politisches Exil, Kiel 1991, S. 123-144, hier S. 126. Lööw zitiert aus der Abschrift eines Interviews mit einem Mitglied der Untersuchungskommission.

35 Parlamentariska undersökningskommissionen angående flyktingärenden och säkerhetstjänst, Betänkande angående flyktingars behandling, Statens offentliga utredningar, 36, 1946.

36 Zit. nach Mia Leche Löfgren: Hård tid, Stockholm 1946, S. 43.

darauf ab, eine größere Einwanderung jüdischer Flüchtlinge zu verhindern. Schwierigkeiten aufgrund der Abstammung, so ein leitender Beamter des Ausländeramtes 1938, waren nicht ausschlaggebend. Noch 1940 bekräftigte ein Handbuch des Justizministeriums zu Ausländerfragen, dass eine Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen im Heimatland nicht für den Status eines politischen Flüchtlings ausreiche.³⁷ Juden und andere rassistisch Verfolgte wurden in der Verwaltungspraxis zumeist nur als Wirtschaftsflüchtlinge angesehen, deren Einreise verglichen mit den politisch Verfolgten erschwert wurde.³⁸ Zudem existierte keine Politik, die auf die Unterstützung der Flüchtlinge zielte, sondern ausschließlich Regelungen, die sich gegen die Einwanderung richteten sowie anordneten, wer für die Flüchtlinge im Land aufzukommen habe. Eine staatliche Unterstützung kam erst ab 1939 schrittweise zustande. Diejenigen, die es ins Land geschafft hatten, waren ausschließlich auf private Zuwendungen oder auf die Unterstützung von Hilfsorganisationen angewiesen. Die partielle Verschärfung der Bestimmungen 1937 lag laut Justizminister Karl Gustaf Westman vor allem der restriktiven Politik der USA zugrunde. In seinem Vorschlag zur Erneuerung des Gesetzes verwies er explizit darauf, dass die Restriktionen auf der anderen Seite des Atlantiks eigene Zurückhaltung notwendig machten, da die Flüchtlinge, die eigentlich in die USA emigrieren wollten, andernfalls an die schwedischen Pforten klopfen würden.³⁹

Während der Diskussionen um die Verlängerung des Flüchtlingsgesetzes und über die Definition von politischen Flüchtlingen waren im schwedischen Parlament rassistische Vorschläge zu hören, die eindeutig auf die Abwehr jüdischer Flüchtlinge zielten.⁴⁰ Auch unter Akademikern gab es Vorbehalte gegen die Aufnahme jüdischer Flüchtlinge. Am 17. Februar 1939 rief die Studierendenvertretung der Universität Uppsala zu einem Treffen, bei dem die große Mehrheit der anwesenden Studenten lautstark gegen die Aufnahme jüdischer Akademiker aus Deutschland protestierte. Diese würden den Arbeitsmarkt der schwedischen Universitätsabsolventen gefährden. Anlass für die als »Bollhusmötet« (dt. Ballhaustreffen) in die Geschichte eingegangene Veranstaltung waren Presseberichte, nach denen die zuständigen Behörden die Aufnahme von neun bis zwölf jüdischen Fachärzten plane. Die schwedische Rechte hatte das Thema bereits aufgegriffen und Demonstrationen und Protestveranstaltungen durchgeführt. Nun waren

37 Kvist Geverts: *Ett främmande element*, S. 82.

38 Nordlund: »The War is Over«, S. 179; Lena Andersson: »En innerlig bön att min ansökan måtte bifallas så snart det sig göra låter«. En undersökning av utlänningsbyråns attityder och agerande gentemot judiska flyktingar, 1938-1939, in: Karin Kvist Geverts/Lars M. Andersson (Hg.): *En problematisk relation? Flyktingpolitik och judiska flyktingar i Sverige 1920-1950*, Uppsala 2008, S. 95-117, hier S. 99.

39 Pontus Rudberg: *Flyktingpolitik, främlingslagstiftning och tillämpning. Förutsättningar för judiskt flyktingmottagande i Sverige*, in: Lars M. Andersson/Carl Henrik Carlsson (Hg.): *Från sidensjalar till flyktingmottagning. Judarna i Sverige – en minoritets historia*, Uppsala 2013, S. 101-143, hier S. 110 f.

40 Svanberg/Tydén: *Sverige og förintelsen*, S. 158.

ihre Vertreter auch auf dem Treffen und unter den mehr als 20 Vortragenden zu finden. Nach einem einleitenden Referat des Leiters des Ausländeramtes Kurt Bergström zur Flüchtlingssituation im Land sprachen verschiedene Studenten, bevor eine Abstimmung stattfand. Mit 548 Stimmen gegen 349 votierte die Studentenvertretung für einen Protest gegen die Aufnahme der Akademiker.⁴¹ Von diesem für schwedische Verhältnisse tumultartigen Ereignis, über das auch die Presse ausführlich berichtete, wussten auch die schwedischen Helfer.

Wie aber reagierten die deutsch-jüdischen Organisationen, die bislang in enger Abstimmung mit ihren schwedischen Partnern die Ausreise nach Schweden organisiert hatten, auf diese Entwicklungen? Die Vertreter deutsch-jüdischer Organisationen beharrten noch im Sommer 1938 auf einer organisierten und nachhaltigen Emigration aus Deutschland, für die sie auch auf der erwähnten Konferenz jüdischer Hilfsorganisationen in Frankreich eintraten. In seinen handschriftlichen Notizen kommentierte der Schweizer Vertreter Saly Mayer die Ausführungen des leitenden Mitarbeiters des Hilfsvereins Arthur Prinz: »Prinz ist für konstruktive Auswanderung, auch wenn Leute zugrunde gehen.«⁴² Freilich wurde diese Ansicht nicht von allen Funktionären der Flüchtlingshilfe geteilt, die vielmehr teilweise begannen, die bisherigen Strategien zu überdenken. Es wurde infrage gestellt, ob die bislang verfolgte Strategie einer nachhaltigen Auswanderung, also einer Auswanderung in entsprechenden Quoten nach vorausgegangener Ausbildung, weiterhin den Erfordernissen der Zeit entsprach. Allerdings war diese Nachhaltigkeit oft eine Fiktion geblieben, da die Ausgewanderten nicht immer in der Lage gewesen waren, sich eine neue Zukunft aufzubauen und vielleicht sogar weitere Angehörige nachgeholt hatten. Angesichts des Massenelends schien eine solche Verfahrensweise nun nicht mehr jedem opportun.

Auf dem bereits zitierten Treffen der jüdischen Organisationen im Dezember 1938 war keine Einigung erzielt worden. So sprachen sich einige der anwesenden deutschen Vertreter für die Förderung der illegalen Einwanderung in bestimmte Länder aus. Einigkeit bestand nur in einem Punkt, dass die Auslandshachschara intensiviert werden müsse. Auch wurde die Einrichtung von Lagern für weitere Flüchtlinge im Ausland diskutiert. Ausgewanderte sollten zudem aufgefordert werden, Verwandte nachkommen zu lassen. Die Spendensammlungen bei den ausländischen jüdischen Gemeinden sollten intensiviert und eine Million US-Dollar aufgebracht werden. Immer wieder äußerten sich Anwesende zu der Frage der Kinder. 40-50.000 Kinder, so die Schätzung, warteten in Deutschland auf einen Platz im Ausland, vor allem in den Nachbarstaaten. Während einige Teilnehmer davor warnten, dass die jüdischen Hilfsorganisationen über die Kinder die »andere Emigration nicht vernachlässigen« sollten, glaubte Arthur Prinz, dass

41 Siehe hierzu Larsmo: »Bollhusmötet«.

42 S[aly] M[ayer] notes on Emigration Conference and related matters, JDC-NY, Collection 1933-1944, #982.

in den Exilstaaten die Angst herrsche, die »Auswanderung Erwachsener [werde] durch Kinder erkämpft« oder diese könnten zu Waisenkindern werden.⁴³

Einen möglichen Ausweg skizzierte der Gründer und Präsident des Jüdischen Weltkongresses Nachum Goldmann in einem Schreiben, das er am 23. November 1938 an die Jüdische Gemeinde in Stockholm richtete. Kopien des Briefes gingen zudem an den Rabbiner der Gemeinde in Göteborg und andere jüdische Organisationen weltweit.⁴⁴ In einigen Ländern hätten sich Bürger oder Immigranten, die schon längere Zeit dort lebten, bereit erklärt, für Verwandte, aber auch für fremde Personen, Garantien zu übernehmen. Solche Garantien könnten entweder pauschal durch Gemeinden oder Flüchtlingsinstitutionen oder auf privater und direkter Basis erteilt werden. Je mehr Länder sich einem solchen Plan anschließen, desto größer sei die Aussicht, dass weitere Regierungen ihre Zustimmung gaben. Goldmann hoffte, die Gemeinde würde den Plan prüfen und bei ihrer Regierung anregen. Das Vorgehen würde beispielhaft sein – insbesondere für die Regierungen großer Länder.⁴⁵ Hiervon erhoffte man sich beim Jüdischen Weltkongress augenscheinlich eine Art Schneeballeffekt – je mehr Länder einwilligen würden, umso mehr würden folgen. Dabei sollten insbesondere Erwachsene berücksichtigt werden. Diese eingesammelten Garantiesummen sollten die Grundlage für die zu erteilenden staatlichen Quoten sein. Das Konzept traf auf eine gewisse Zustimmung bei den schwedischen Juden.

Bis dahin hatten sich diese Flüchtlinge entweder an Verwandte oder Bekannte in Schweden gewandt, um die formalen Hürden zu überwinden, oder ihre Anträge direkt bei den Behörden vorgelegt. Diese baten, wie zu sehen war, die Jüdische Gemeinde in Stockholm oder andere schwedische Hilfsorganisationen um deren Stellungnahme. Zwar verblieb die endgültige Entscheidung über das Schicksal der Antragsteller bei den Behörden, die jüdische Gemeinschaft, und hier insbesondere die Stockholmer Gemeinde, war aber in die Verwaltungspraxis des schwedischen Staates den jüdischen Flüchtlingen gegenüber eingebunden. Durch die Anwendung des sogenannten Kooptationsprinzips wurde sie sogar zu einem quasi ausführenden Organ gemacht.⁴⁶ In einem Schreiben an die Vertretung von HICEM in Prag formulierte die Gemeinde es im Juli 1938 so: »In Fällen, wo die Behörden unser Gutachten verlangen, werden wir, falls wir es mit gutem Gewissen tun können, die Niederlassungsgesuche jüdischer Antragsteller befürworten. Es kann sich bei der heutigen restriktiven Politik unserer

43 Ebd.

44 Nachum Goldmann an Hermann Löb, 23.II.1938, RSG, JfIG, F 9 n:3.

45 Nachum Goldmann an MfIS, 23.II.1938, RA, JFA, HK, E 1:13.

46 Kooptation ist zuerst für die Einbeziehung religiöser Vereinigungen in den Staat und die Verwaltung in Russland und Deutschland beschrieben worden. Siehe Robert Crew: *Empire and the Confessional State. Islam and Religious Politics in Nineteenth-Century Russia*, in: *The American Historical Review* 108 (2003), Nr. 1, S. 98-140; Marc Raeff: *The Well Ordered Police State. Social and Institutional Change through Law in the Germanies and Russia 1600-1800*, New Haven 1983.

Behörden nur um Ausnahmefälle handeln.«⁴⁷ Es ist zu vermuten, dass es für die Gemeinde nur ein logischer Schritt war, wenn sie unter dem Eindruck des gesteigerten Verfolgungsdrucks in Deutschland und Österreich bei der ersten größeren Hilfsaktion, bei der eine direkte Quote zur Anwendung kam, eine führende Rolle spielte: bei den Kindertransporten.

2. Wenigstens die Kinder: Die Kindertransporte

Vor dem Bahnhof *Liverpool Street Station* in London steht seit 2003 ein beeindruckendes Denkmal. Es erinnert an die annähernd 10.000 geretteten Kinder aus Deutschland und Österreich, die mit den sogenannten Kindertransporten nach Großbritannien gelangten. In Berlin und Wien sind seither ähnliche Denkmäler entstanden. Diese Kindertransporte nach Großbritannien haben auch eine weite akademische Aufmerksamkeit erfahren.⁴⁸ Kaum jemand weiß jedoch, dass durch identische Rettungsaktionen in weitere Länder, u. a. nach Schweden, mehrere Tausend Kinder ebenfalls überlebten. Mögliche Gründe dafür sind, dass viele der europäischen Aufnahmeländer später von den deutschen Truppen überrannt wurden und die Kinder dort dem Schicksal der Verfolgung nicht entgingen. Außerdem blieben die Zahlen vergleichsweise klein. Letzteres gilt sicher auch für Schweden. Dort aber stellten sie innerhalb der Gesamtgruppe jüdischer Flüchtlinge einen beträchtlichen Prozentsatz. Insbesondere an der Einführung einer schwedischen Kinderquote (schwed. barnkvoten) zeigt sich die Arbeitsweise des schwedischen Hilfskomitees und dessen Kooperation mit den jüdischen Hilfsorganisationen jenseits der Ostsee. Dabei richtet sich der Blick immer auch auf das »Mutterland« der Kindertransporte – Großbritannien –, um die schwedischen Transporte einordnen zu können.

Die Einführung von Quoten

In Österreich hatte sich die Lage für jüdische Kinder im Frühsommer 1938, wie beschrieben, dramatisch verschlechtert. Das fand zwar im Ausland nicht die gleiche Beachtung wie der Novemberpogrom einige Monate später, aber den-

47 MfiS an HICEM Prag, 14.7.1938, RA, JFA, HK, E 1:3.

48 Beispiele hierzu gibt es viele. Unter den wichtigsten deutschsprachigen Veröffentlichungen sind Rebekka Göpfert: *Der jüdische Kindertransport von Deutschland nach England 1938/39. Geschichte und Erinnerung*, Frankfurt a. M./New York 1999; Wolfgang Benz/Claudia Curio/Andrea Hammel (Hg.): *Die Kindertransporte 1938/39. Rettung und Integration*, Frankfurt a. M. 2003; Curio: *Verfolgung, Flucht, Rettung*; Gudrun Maierhof/Chana Schütz/Hermann Simon (Hg.): *Aus Kindern wurden Briefe. Die Rettung jüdischer Kinder aus Nazi-Deutschland*, Berlin 2004. Hinzu kommen die zumeist englischsprachigen Publikationen und unzählige Erfahrungsberichte von Kindern.

noch war die Entwicklung so beunruhigend, dass die Verantwortlichen auch in Stockholm über eine neue Form der Hilfe nachzudenken begannen. Dazu trugen sicherlich die vielen Bittschreiben bei, die aus Österreich und Deutschland bei verschiedenen jüdischen Organisationen in Schweden eintrafen. Sie veranlassten die Gemeindeleitungen in Stockholm und anderer Gemeinden dazu, über eine »Kinderaktion« nachzudenken.⁴⁹ Gerda Marcus erwähnt in ihrem Bericht über ihre Tätigkeit als Leiterin der »Kinderabteilung« der Gemeinde, dass diese Briefe als Auslöser für den Beschluss dienten, die Aufnahme einer Anzahl von Kindern zu beantragen. Der Bericht ist mit dem Zeitraum »sept. 1938 – 31 dec. 1939« überschrieben und verweist damit auf den Spätsommer als Beginn der Planungen einer besonderen Kinderhilfsaktion.⁵⁰ Bereits im August hatte sich zudem die Israelitische Kultusgemeinde Wien in mehreren Schreiben an die Schweden gewandt und darin die Bitte formuliert, über neue Wege nachzudenken, Kinder aus Österreich herauszubekommen. Sie schlug unter anderem vor, Schüler in Privathaushalten unterzubringen und Heime einzurichten, die unter der Aufsicht von ehemaligen Wiener Professoren stehen könnten.⁵¹ Oberrabbiner Ehrenpreis antwortete im September, dass man erwäge, Kinder in privaten Heimen unterzubringen und sich bei konkreten Plänen erneut mit der Gemeinde in Verbindung setzen würde.⁵² Am 19. September desselben Jahres wandte sich Ehrenpreis dann an die Kultusgemeinde:

»Eine hiesige befreundete Familie, der Mann Professor in angesehener Stellung, kinderlos nach 13jähr. Ehe, wünscht, ein Wiener Kinderpaar, Junge und Mädchen im Alter zwischen 4 – 5, womöglich Geschwister, vorzuziehen elternlos, zu adoptieren. Natürlich müssen die üblichen Voraussetzungen (Gesundheit, Freiheit von erblicher Belastung, Unbescholtenheit der Eltern usw.) zutreffen. Es ist ja nicht ausgeschlossen, dass dieser erste Versuch der Anfang einer größeren Aktion für Kinderadoption ist, deren Gelingen mir möglich erscheint [...].«⁵³

Die Reaktion aus Wien auf den Kinderwunsch des Professors war allerdings ernüchternd: »[...] obwohl wir von einer ganzen Menge Kinder dieses Alters wissen, haben wir trotzdem keine adoptionsfähigen Kinder, welche allen zu

49 Lomfors: Förlorad barndom, S. 93.

50 Rapport angående Barnavelningens verksamhet sept. 1938 – 31 dec. 1939 von Gerda Marcus, RA, JFA, FS, F 4 a:3.

51 IKG (Beratungsstelle für Jugend und Lehrer) an Marcus Ehrenpreis, 3.8.1938, RA, JFA, Överrabbin Marcus Ehrenpreis arkiv, E 1: 24.

52 MfiS an IKG, 5.9.1938, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

53 RA, JFA, Överrabbin Marcus Ehrenpreis arkiv, E 1:24 und »Auszug eines Briefes des Herrn Prof. Ehrenpreis« vom 19.9.1938, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995. Der Brief informierte die IKG zudem darüber, dass Oberrabbiner Ehrenpreis den in Stockholm weilenden Goldhammer die Möglichkeit gab, mit anderen Repräsentanten der MfiS zusammenzukommen.

einer Adoption gewünschten Anforderungen entsprechen.«⁵⁴ Ein Adoptionsprogramm kam nicht zustande.

Nach dem Novemberpogrom organisierte zuerst die britisch-jüdische Gemeinschaft umfangreiche Kindertransporte. Zwar hatte auch die britische Regierung nach dem »Anschluss« Österreichs durch die Einführung einer Visapflicht für deutsche Staatsbürger ihre Flüchtlingspolitik restriktiver ausgerichtet, doch sah sie sich nun angesichts der Zerstörungswut der Nationalsozialisten gezwungen, Erleichterungen ins Auge zu fassen. Weniger als eine Woche nach dem Pogrom empfing der britische Premierminister Neville Chamberlain eine hochrangige britisch-jüdische Abordnung unter der Führung von Viscount Samuel und dem Oberrabbiner Hertz. Gemeinsam setzten sich die Delegierten für eine Rettungsaktion zugunsten jüdischer Kinder ein.⁵⁵ Bereits in den vorangegangenen Jahren hatten einige Hundert jüdische Kinder und Jugendliche aus Deutschland durch Hilfe jüdischer Organisationen wie dem Council for German Jewry eine vorübergehende Heimat in Großbritannien gefunden, um dort ihre Schulausbildung zu beenden. Nun ging es aber um weitaus mehr Kinder, die durch eine pauschale Bürgerschaft eines Koordinationskomitees fast aller jüdischen Hilfsorganisationen vorübergehend ins Land kommen sollten.

Die britische Regierung stand dem Vorschlag durchaus wohlwollend gegenüber, hoffte sie doch auf diese Weise ihr negatives Image in Fragen der Flüchtlingspolitik verbessern zu können.⁵⁶ Die Aufnahme von Kindern ließ sich innenpolitisch leichter durchsetzen als eine Lockerung der Einwanderungsbestimmungen für das Mandatsgebiet Palästina oder eine Erleichterung der Einreisebestimmungen für erwachsene jüdische Flüchtlinge. Kindern gegenüber konnte man sich großzügiger zeigen, da sie keine direkte Belastung für den Arbeitsmarkt darstellten. Rebekka Göpfert meint gar, dass die Regierung gehofft habe, für andere Länder eine Vorbildfunktion zu erfüllen, durch die der Druck auf die eigene Flüchtlingspolitik sinken würde.⁵⁷ Bald schon erteilte die britische Regierung die Erlaubnis, sodass am 30. November 1938 der erste Kindertransport Berlin in Richtung Großbritannien verlassen konnte. Dabei wurde die Einreiselerlaubnis durch »block visas« erteilt, deren Verwaltung ebenso wie die Auswahl der Kinder in der Verantwortung der bürgenden jüdischen Hilfsorganisationen lag.⁵⁸

54 IKG an Marcus Ehrenpreis, 2.10.1938, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995, und RA, JFA, Överrabbin Marcus Ehrenpreis arkiv, E 1:24.

55 Louise London: *Whitehall and the Jews, 1933-1948. British Immigration Policy, Jewish Refugees and the Holocaust*, Cambridge 2001, S. 100.

56 Rebekka Göpfert: *Der jüdische Kindertransport von Deutschland nach England 1938/39. Geschichte und Erinnerung*, Frankfurt a. M./New York 1999, S. 52-54.

57 Ebd., S. 60 f.

58 Louise London: *Jewish Refugees, Anglo-Jewry and British Government Policy 1930-1940*, in: David Cesarani (Hg.): *The Making of Modern Anglo-Jewry*, Oxford/Cambridge, Mass. 1990, S. 163-190, hier S. 181.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass die schwedische jüdische Gemeinschaft zeitnah von dem Hilfseinsatz der britischen Juden erfuhr. Denkbar ist, dass die Reichsvertretung oder der Hilfsverein sie frühzeitig auf die Aktion aufmerksam machte. Möglich ist auch, dass es ihr aus der britischen Presse oder über eigene Kontakte nach Großbritannien bekannt wurde. Auch die schwedische Presse berichtete von der geplanten Aktion. Am 23. November 1938 widmete sich Schwedens größte Zeitung *Dagens Nyheter* der Initiative eines Komitees unter dem Vorsitz von Lord Samuel, das die Rettung Tausender Kinder plane. Der Artikel ging von 60.000 jüdischen Schulkindern in Deutschland aus.⁵⁹ Folgt man Jørgen Hæstrups Beschreibung der dänischen Jugentalija, dann erfuhren die Verantwortlichen erst Anfang Dezember die Details des britischen Hilfsprojekts, als sie einen Brief des Committee for the Care of Children from Germany erhielten.⁶⁰ Spätestens zu diesem Zeitpunkt dürften auch in Schweden alle Einzelheiten bekannt gewesen sein.

Dazu kommt, dass es in Schweden zeitgleich eine ähnliche, wenn auch ungleich kleinere Initiative gab. Schon Mitte November 1938 konnte die Zeitung *Dagens Nyheter* verkünden, dass 35 jüdische Flüchtlingskinder nach Schweden kommen würden. »Von kirchlicher Seite wurde eine Initiative ergriffen, jüdischen Flüchtlingskindern eine zeitweilige Zuflucht zu ermöglichen«, hieß es in dem Artikel – und fortfahrend:

»Die Flüchtlinge selbst können nicht in größerer Zahl aufgenommen werden, aber zum Ausgleich will man versuchen, sich einige Jahre um die Kinder zu kümmern bis sich die Eltern ausreichende Versorgungsmöglichkeiten woanders haben aufbauen können. [...] Sollte es sich zeigen, dass der Versuch gut gelingt, ist es möglich, dass er ausgebaut wird und Schweden ein zeitweiliger ›Transithafen‹ für eine größere Zahl Flüchtlingskinder werden könnte.«⁶¹

Die Aktion ging auf die Initiative der Schwedischen Missionskirche zurück. Die meisten der Kinder, so der Artikel, gehörten zu Familien, die nach Zentralamerika emigrieren wollten. Die Sozialbehörde habe die Erlaubnis bereits erteilt. Die *Svenska Israelsmission* (dt. Schwedische Israelmission) gehörte zwar nicht offiziell zur schwedischen Staatskirche, personelle Verbindungen aber sorgten für eine enge Zusammenarbeit. Innerhalb der schwedischen Staatskirche war 1875 eine Organisation für die Missionsarbeit entstanden.⁶² Der *Svenska missionsförbund* (dt. Schwedischer Missionsverband) richtete sich mit seinem Zweig Svenska Israelsmissionen an Juden und betrieb seit den 1920er Jahren in Wien eine Missionsstation. Dort in der Seegasse bemühten sich die Pastoren Birger

59 »Judiska flyktingsbarn till England«, in: *Dagens Nyheter*, 23.II.1938, S. 1.

60 Jørgen Hæstrup: *Passage to Palestine. Young Jews in Denmark 1932-1945*, Odense 1983, S. 88.

61 »Judebarn får ›frihamn‹ här. Trettifem stycken väntas anlände innom närmaste tiden«, in: *Dagens Nyheter*, 17.II.1938, S. 1.

62 Johan Perwe: *Bombprästen. Erik Perwe på uppdrag i Berlin under andra världskriget*, Stockholm 2006, S. 24.

Forell und nach dessen Abreise Göte Hedenquist insbesondere um die Ausreise der verfolgten »nichtarischen Christen«, evangelischen Österreichern, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden galten. Insgesamt wurden etwa 3000 solcher »nichtarischen Christen« über die Netzwerke der Schwedischen Mission und deren »Auswanderungsabteilung C« ins Ausland gerettet, 400 davon nach Schweden.⁶³ Vielleicht war es die enge Zusammenarbeit mit den Missionaren in Wien, wo die Verfolgung der Juden so plötzlich und so brutal hereinbrach, die dazu führte, dass auch die Kirche schon im September 1938 begann, über Pläne für eine Rettungsaktion nach Quoten nachzudenken. Bischof Erling Eidem bildete mit anderen Klerikern der Missionsbewegung das *Flyktningkommittén av den 6 september 1938* (dt. Flüchtlingskomitee des 6. Septembers 1938). Dieses bekam von der Sozialbehörde zwei Quoten zugeteilt. 125 Kinder und 150 Jugendliche und Erwachsene sollten als Transmigranten über die Missionskirche nach Schweden einreisen dürfen. Mindestens einmal wurde später auf Wunsch der Schwedischen Mission ein Mädchen auch einem Transport der Israelitischen Kultusgemeinde und der Mosaiska församling nach Schweden angeschlossen.⁶⁴ Die meisten sollten in privaten Haushalten unterkommen, ab April 1939 aber wurde auf dem Grundstück eines Funktionärs des Missionsverbandes ein kleines Flüchtlingslager aufgebaut. Im Lager in Tostarp im nördlichen Schonen wurden bis 1945 insgesamt 189 Menschen aufgenommen.⁶⁵ Die Quoten wurden von Birger Pernow, dem Direktor des Missionsverbandes, verwaltet, der auch den Kontakt zu den Sozialbehörden pflegte.⁶⁶ Diese Aktion geschah offen und war auch den Leitern des jüdischen Hilfskomitees in Stockholm bekannt. Im *Jüdischen Nachrichtenblatt* wurde eine Nachricht dazu veröffentlicht.⁶⁷

Anders verhielt es sich bei einer Initiative aus dem Umfeld des »Büros Grüber«, der sogenannten Hilfsstelle für nicht arische Christen. Sylvia Wolff, Mitarbeiterin im Büros des Probsts Heinrich Grüber, der sich um verfolgte deutsche »nichtarische Christen« kümmerte, soll sich bereits im Februar 1938 an Bischof Eidem gewandt und in der Folge mehrere Transporte mit Kindern nach Schweden gebracht haben – zuletzt sogar als Touristen getarnt.⁶⁸ Für diese sehr frühe Initiative lassen sich aber keine weiteren Hinweise finden. Thomas Pam-

63 Göte Hedenquist: Undan förintelsen: Svensk hjälperksamhet i Wien under Hitler-tiden, Älvsjö 1983, S. 28, 31.

64 IKG an MfiS, 31.5.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

65 Pär Frohnert: »De behöver en fast hand över sig«. Missionsförbundet, Israelmissionen och de judiska flyktningarna 1939-1945, in: Karin Kvist Geverts/Lars M. Andersson (Hg.): En problematisk relation? Flyktningpolitik och judiska flyktingar i Sverige 1920-1950, Uppsala 2008, S. 227-248, hier S. 230f.

66 Ebd., S. 232; siehe auch Birger Pernow: Liebe macht erfinderisch. Schwedische Juden-Hilfe im Dritten Reich, Stuttgart 1958.

67 Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Berlin, 2.6.1939. Fälschlicherweise wird hier von einem Lager in »Fostarp« gesprochen.

68 Hartmut Ludwig: An der Seite der Entrechteten und Schwachen. Zur Geschichte des »Büro Pfarrer Grüber« (1938 bis 1940) und der Ev. Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte nach 1945, Berlin 2009, S. 54f.

mer, der die Hilfe der Schwedischen Israelmission untersucht hat, sieht zwar ebenfalls die Initiative bei Wolff, datiert deren Kontakt aber auf den November 1938. Nach ihrer Kontaktaufnahme mit Eidem habe dieser die Angelegenheit an den Missionsdirektor Pernow weitergeleitet, der dann die Wiener Transporte zusammengestellt habe. Da aber die Idee in Berlin geboren worden sei, habe man einige Plätze der Quote an das Büro Grüber abgegeben.⁶⁹

Wie zu sehen ist, war die Idee der Kindertransporte also keineswegs nur eine englische Besonderheit, sondern der Gedanke lag förmlich »in der Luft«. Jedenfalls entschlossen sich die mit der Hilfsarbeit befassten schwedischen Juden, eine ähnliche Hilfsaktion zu starten. Auch in Schweden musste als wichtigste Hürde die restriktive Ausländergesetzgebung überwunden werden. Es galt vor allem Geld zu beschaffen, um die Behörden zur Erteilung der Genehmigungen zu bewegen, denn schließlich durften die Kinder nicht der Öffentlichkeit zur Last fallen. Wie in Großbritannien sammelten auch in Schweden die jüdischen Hilfsorganisationen eine größere Summe Geld, um die Bürgschaften für die Kinder und andere noch erwartete Flüchtlinge leisten zu können. Prominente und wohlhabende schwedische Juden reagierten schnell und informell. Sie sammelten 250.000 Kronen. Zudem veröffentlichte der Vorstand einen Spendenaufruf, der von mehr als 40 Gemeindemitgliedern aller im Gemeindeparlament vertretenen Richtungen unterzeichnet worden war.⁷⁰ Mit einer solch großen und bislang nicht erreichten Garantiesumme im Rücken kontaktierten die beiden leitenden Persönlichkeiten in der Mosaiska församling den Außenminister Rickard Sandler. Das Gespräch nahm einen erfolgreichen Verlauf, sodass Rabbiner Marcus Ehrenpreis und der Vorsitzende Gunnar Josephson am 6. Dezember 1938 Sandler auch offiziell in einem gemeinsamen Brief um eine Quote für 200 deutsche Juden baten. Der größere Teil der zu erteilenden Quotenplätze – zu keinem Zeitpunkt seien mehr als 200 beabsichtigt – sollte an Kinder und reifere Jugendliche vergeben werden, während ein kleinerer Teil an Personen gehen würde, die nur die Weiterreise in transozeanische Länder abwarteten.⁷¹ Zunächst waren 160 Plätze für Kinder und 40 für erwachsene Transmigranten reserviert.⁷² Schon im Januar 1939 wurde die Quote geteilt. Die Erwachsenenquote lag dann bis Kriegsende bei 150 Plätzen.⁷³ Die Quote der Kinder wurde, wie noch zu sehen sein wird, in mehreren Etappen ebenfalls erhöht. Wie bei den Chaluzim und den Transmigranten war nicht beabsichtigt, dass diese Kinder in Schweden blieben. Auch sie galten für die Mosaiska församling als »Transmigranten«, die nur so lange in Schweden bleiben sollten, bis ihre Eltern sie in die eigentlichen

69 Thomas Pammer: »Barnen som var räddning värda«? Die Schwedische Israelmission in Wien 1938-1941, ihre Kindertransporte und der literarische und wissenschaftliche Diskurs, Dipl.-Arb., Universität Wien, Wien 2012, S. 57 f.

70 Rudberg: *The Swedish Jews*, S. 194.

71 MfiS an Rickard Sandler, 6.12.1938, RA, JFA, FS, A 1:1.

72 Rudberg: *The Swedish Jews*, S. 162.

73 P. M. ang. tillämpade hjälpformer, RA, JFA, FS, F 4 a:1, und Köpniwsky: *Några ord*, S. 8, RA, JFA, FS, F 4 a:10.

Fluchtländer nachholen oder andere Verwandte sich um eine Weiterreise kümmern konnten. Die Zeit in Schweden sollten sie zur Beendigung der Schule oder zum Abschluss ihrer Ausbildung nutzen. Da die Gemeinde wusste, dass die Eltern und die Kinder alles nur Mögliche tun würden, um wieder miteinander vereint zu werden, ging sie von höchstens 18 Monaten aus, die die Kinder in Schweden verbringen würden. Bis dahin, so die Hoffnung, hätten die Eltern eine Ausreisemöglichkeit gefunden.

Der Gemeindevorstand in Stockholm war sich aufgrund der vorangegangenen Gespräche sicher, dass die Quote zustande kommen würde. In Stockholm und Göteborg waren infolge des Novemberpogroms öffentliche Veranstaltungen abgehalten worden, auf denen Vertreter der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Volkspartei unter dem Applaus der Zuhörer humanitäre Gesten gefordert hatten.⁷⁴ Auch konnten Politiker und Öffentlichkeit in jenen Wochen von Hilfsaktionen in Frankreich, Belgien und den Niederlanden lesen.⁷⁵ Daher bereitete das Hilfskomitee diese umfassendste Rettungsaktion nach der Einführung der Quote für die Chaluzim parallel zum Genehmigungsprozess vor. Am 8. Dezember 1938 richtete die Mosaiska församling eine Anfrage an die Wiener Israelitische Kultusgemeinde:

»Hiermit möchten wir Ihnen mitteilen, dass wir bemüht sind, einige Kinder aus Deutschland hierher zu bringen. Wir bitten Sie, uns mit Transportfragen und Formalitäten behilflich zu sein. Wollen Sie uns bitte mitteilen, ob Sie folgendes tun können: 1. den Transport organisieren, wenn wir Ihnen die Namen der Kinder nennen, 2. ärztliche Atteste besorgen, 3. geeignete Begleitpersonen stellen, 4. Kinderausweise und Pässe beschaffen. Ist die Jüdische Gemeinde Wien imstande, für unbemittelte Kinder die Reisekosten zu zahlen? Sind Sie ferner bereit, uns Auskünfte über Kinder, die wir nicht kennen, zu geben?«⁷⁶

Es ist anzunehmen, dass der Hilfsverein in Berlin ein gleichlautendes Schreiben erhielt. Eine Aktion solchen Ausmaßes, so war man sich in Stockholm bewusst, erforderte eine Zusammenarbeit aller zur Verfügung stehenden Kräfte. Am 15. Dezember 1938 rief die Mosaiska församling die wichtigsten Beteiligten an der bevorstehenden Kinderaktion zu einem Treffen in Stockholm. Aus Berlin war Martha Goldberg als Vertreterin der Jugendalija gekommen und aus Göteborg reisten der Gemeindevorsitzende Julius Hüttner, das Vorstandsmitglied Märten Henriques sowie der Rabbiner Hermann Löb an. Auch die Gemeinden Malmö und Norrköping waren vertreten. Zudem kamen die aus Hamburg nach Schweden geflüchtete Eva Warburg und als neue Mitarbeiterin Gerda Marcus

74 »Värdigt opinionsmöte mot judeförjöljelserna. Vårt land bör ha råd att hjälpa«, in: Dagens Nyheter, 22.11.1939, S. 1 u. 16.

75 »Franska Kolonier öppnas för judiska flyktingar«, in: Dagens Nyheter, 3.12.1939, und »Tre tusen judiska flyktingar lämna Wien«, in: Dagens Nyheter, 7.12.1939.

76 Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

hinzu. Die beiden Letztgenannten verfügten über Erfahrungen in der Hilfsarbeit für Kinder und Jugendliche und sollten später noch eine bedeutende Rolle spielen.⁷⁷ Der Vorsitzende Gunnar Josephson berichtete über die Entwicklungen der letzten Wochen. »Unter der Hand« habe man dem Außenminister vorgeschlagen, eine Anzahl jüdischer Flüchtlinge aufzunehmen. Diese sollten vom Hilfskomitee zugewiesen werden. Das im Protokoll verwendete schwedische Wort »anvisa«, kann sowohl »zuweisen« oder »anweisen« als auch »bewilligen« bedeuten. Es spricht für das Selbstbewusstsein der Gemeinde, dass sie sich hier in der Rolle sah, die Auswahl der Flüchtlinge innerhalb der festgelegten Quoten selbst vornehmen zu können. Außerdem berichtete der Vorsitzende, dass ihm die Sozialbehörde wieder »unter der Hand« das Versprechen gegeben habe, eine weitere Anzahl Kinder unterbringen zu können. Beides verdeutlicht die vertrauensvolle Atmosphäre zwischen der Gemeindeleitung und den zuständigen Behörden. Den Anwesenden wurde mitgeteilt, dass das Hilfskomitee eine Unterabteilung gegründet habe, dem vier Personen, unter ihnen die beiden anwesenden Frauen, angehörten. Gerda Marcus berichtete anschließend über die bereits geleistete Arbeit des Unterkomitees, das später als die Kinderabteilung firmieren würde, und betonte, dass die Aktion in »intimer Zusammenarbeit« mit der Reichsvertretung der Juden in Deutschland und der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien ablaufe. Jene würden sich um die notwendigen ärztlichen Untersuchungen und Ausreisepapiere kümmern. Auch sollten sie die Kosten für diejenigen Kinder übernehmen, deren Eltern dazu nicht in der Lage waren.

Diese Vorgehensweise entsprach zumindest zu Beginn dem Plan. Sobald die Papiere der ausgewählten Kinder und derjenigen, die sie aufnehmen sollten, vorlagen, reichte das Hilfskomitee die Anträge bei den Behörden ein. So war es auch bereits bei einer ersten Gruppe von 14 Kindern geschehen, und wenige Tage vor dem Treffen hatte das Komitee weitere 44 Kinder gemeinsam angemeldet. Zunächst waren die Kinder von Flüchtlingen berücksichtigt worden, die sich bereits in Schweden aufhielten. Anschließend sollten dann die Reichsvertretung und die Israelitische Kultusgemeinde die Auswahl übernehmen. Es handelte sich dabei um eine pragmatische Vorgehensweise, da so bereits bekannte Namen und zur Verfügung stehende Unterbringungsmöglichkeiten genutzt werden konnten. Zum Zeitpunkt der Unterredung lagen bereits 175 Zusagen für Plätze in Familien vor und weitere Geber hatten monatliche Unterstützungen für Kinder zugesagt. Hierfür wurden 50 Kronen im Monat veranschlagt.⁷⁸ Die Nachricht von einer bevorstehenden Rettungsaktion hatte sich »wie ein Lauffeuer verbreitet« und »10-20 Personen, Mitglieder der Jüdischen Gemeinde und Emigranten

77 Protokoll, 15.12.1938, RA, JFA, FS, A 1:1. Die nachfolgenden Informationen beruhen größtenteils auf diesem Protokoll.

78 Das galt für Kinder, die in Familien untergebracht waren, und geht aus einer Budgetaufstellung der Abteilung Kinderhilfe vom 20. April 1939 hervor. RA, JFA, HK, E 1:13.

meldeten sich täglich mit der Bitte, die Kinder von Verwandten oder Bekannten nach Schweden zu schaffen«. ⁷⁹

Die Summe von 250.000 Kronen hätte also umgerechnet – wenn man von einer maximalen Aufenthaltsdauer von 18 Monaten ausging – für fast 300 Kinder ausgereicht. Es herrschte daher auch Einigkeit darüber, dass das Hilfskomitee die Stimmung in der Sozialbehörde und bei den Familien ausnutzen und so viele Kinder wie möglich retten sollte. Die Jungen und Mädchen sollten, wenn möglich, in Familien untergebracht werden. Zudem sollte das Landschulheim Kristinehov 70 Kinder aufnehmen, die aus der Jugendalija kommen würden. Malmös Jüdische Gemeinde fasste die Aufnahme von insgesamt 55 Kindern in zwei noch zu errichtenden Heimen ins Auge. Diese Heime, so stimmte man überein, sollten koscher geführt werden. Das lag nahe, da die Gemeinde in Malmö den religiösen Traditionen größtenteils noch streng folgte. Die jüdische Identität der Kinder sollte durch den Religionsunterricht gestärkt werden, auch wenn einige in christlichen Familien unterkommen würden. Erneut wurde betont, dass sämtliche Anmeldungen nur über die Stockholmer Gemeinde laufen sollten. Im Übrigen verwies diese aber darauf, dass die geplante Aktion nicht mit der Hachschara zu vermischen sei und eine umfangreichere Suche nach Ausbildungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft oder die Inbetriebnahme von Berufsschulen nicht vorgesehen sei. Diese falle in die Zuständigkeit des Hechaluz, während bei den Jugendlichen unter 16 Jahren die Gastfamilien für eine Schulausbildung sorgen sollten.

Interessant ist, dass die Gemeinde laut Protokoll zwar eine Verpflichtung übernommen hatte, in der Regel ein bis eineinhalb Jahre für die aufgenommenen Kinder aufzukommen, eine Garantie aber weder übernommen noch gefordert wurde, dass die Kinder das Land anschließend verlassen würden. Das betrachteten sowohl die Gemeinde als auch die Sozialbehörde als ein Entgegenkommen. Die Tatsache, dass dieser Passus in der Besprechung eine Rolle spielte und Eingang ins Protokoll fand, lässt erahnen, wie außergewöhnlich das in den Augen der Beteiligten war. Schon bald aber stellte sich heraus, dass dieses Privileg nicht auf alle Kinder zutreffen würde. Bereits Anfang Februar 1939 meldete die Mosaiska församling Kinder nach Wien, für die eine Bestätigung der Behörden eingegangen war, ergänzte die Liste aber mit weiteren Namen, für die besondere Regeln galten. Sie waren überschrieben mit: »Für nachgenannte Jugendliche wird die Einreisebewilligung nach Schweden durch das königliche Konsulat in Wien nur dann erteilt, falls eine Weiterreise in ein Zielland nach Ablauf der erteilten Aufenthaltsbewilligung nachgewiesen wird.«⁸⁰ Gleiches galt auch für eine Anzahl von Kindern aus Graz, wie einer Notiz im Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde zu entnehmen ist.⁸¹ Warum das so war und

79 Rapport angående Barnavdelningens verksamhet sept. 1938 – 31 dec. 1939, RA, JFA, FS, F 4 a:3.

80 MfiS an IKG, 8.2.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

81 Undatierte Notiz mit neun Namen, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

welche Kriterien die Behörden hier anlegten, lässt sich nicht eindeutig nachvollziehen. Es scheint, als hätten die Behörden sich vorbehalten, die strikten Richtlinien für Transmigranten eben auch auf einzelne Kinder anzuwenden. Möglich ist auch, dass die Quote so schnell erschöpft und noch nicht erhöht worden war, als diese Kinder angemeldet wurden.

Der Andrang erwies sich nämlich, wie zu erwarten, schnell als sehr groß, sodass die ursprünglich vorgesehenen 160 Quotenplätze bald vergeben waren. Die Gemeinde erhielt daraufhin, die Stimmung der Regierung und der Öffentlichkeit nutzend, zunächst eine Erhöhung um weitere 140 Plätze auf insgesamt 300. Schließlich erreichte die Kinderquote dann ihren endgültigen Höchststand von 500 Plätzen.⁸² In der Petition an die Sozialbehörde zur zweiten Erhöhung verpflichtete sich die Jüdische Gemeinde Stockholm »moralisch«, die Weiterwanderung der Kinder zu garantieren, schränkte aber ein, dass einzelne eventuell bleiben müssten, manche Kinder gar in Schweden adoptiert werden könnten. In jedem Fall bürgte man aber dafür, dass sie nicht durch die öffentliche Hand finanziell unterstützt werden müssten.⁸³

In einem Brief an die Jüdische Gemeinde in Kopenhagen berichteten die Stockholmer Gemeindefunktionäre:

»Das Komitee hat sich, um zukünftigen Schwierigkeiten vorzubeugen, jedoch gezwungen gesehen, ausdrücklich zu betonen, dass es, obwohl es alle Möglichkeiten jedes Kindes für eine Auswanderung in ein Drittland prüfen wird, nicht dafür bürgen kann, dass alle Kinder Schweden wieder verlassen werden. Es ist denkbar, dass dem Hindernisse im Wege stehen werden, die zwischenzeitlich aufkommen. Das Komitee hat dabei in erster Linie daran gedacht, dass die Kinder, die sich ja eigentlich hier nur aufhalten sollen, um die Auswanderungsmöglichkeiten der Eltern zu erleichtern, während ihres Aufenthaltes in Schweden elternlos werden könnten oder dass diese aus wirtschaftlichen Gründen die Kinder nicht wieder zu sich nehmen könnten. Des Weiteren hat das Komitee die Möglichkeit in Betracht gezogen, dass einige der hergekommenen Kinder vielleicht von den Gasteltern adoptiert würden.«⁸⁴

Dieses Schreiben ist in mancher Hinsicht aufschlussreich. Zum einen kommt hier zum Ausdruck, dass die schnelle Rettung der Kinder aus dem Elend, der Demütigung und der Armut nicht die erste Priorität der Gemeinde war, sondern dass sie den Hauptnutzen in der Verbesserung der Auswanderungschancen der Eltern sah. Zum anderen kann man zwischen den Zeilen lesen, dass die Gemeindeführung in Stockholm sich der Gefahr für Leib und Leben bewusst war, in der sich die Eltern befanden. Bereits Ende Juli, Anfang August 1939 ver-

82 Köpniwsky: Några ord, S. 22-25, RA, JFA, FS, F 4 a:10.

83 Abschrift der Petition an Sos, 6.1.1939, YVA, O.71/29.

84 MfiS an Det Mosaiske Troessamfund i København, 12.6.1939, RA, JFA, Hjälpkommittén, E 1:13.

handelte die Gemeinde zusammen mit Cora Berliner von der Reichsvereinigung mit den Behörden in Schweden bereits über eine Erhöhung der Kinderquote auf 600 Plätze.⁸⁵ Hierbei ging es vor allem um die Finanzierung der Kinder. Unzählige Menschen – vor allem Gemeindemitglieder – spendeten im Frühjahr und Sommer 1939 größere Beträge zwischen 400 und 1200 Kronen, die zur Deckung der Lebenshaltungskosten der Kinder beitragen sollten.⁸⁶

Auswahl und Unterbringung

Zu einer Erhöhung der Quote auf 600 Plätze kam es allerdings nie. Es gibt Hinweise darauf, dass in Schweden ähnlich verfahren wurde wie in Großbritannien, das zwischen »garantierten« und »ungarantierten« Kindern unterschied. Das *Jewish Refugees Committee* hatte zwar eine Generalgarantie abgegeben, dass keines der nach Großbritannien kommenden Kinder vom Staat finanziert werden müssten, für die Auswahl der Kinder aber war von Bedeutung, ob es einen Bürgen gab, der dem Jewish Refugees Committee gegenüber eine – zumindest – finanzielle Bürgschaft übernommen hatte. Kinder, für die bereits vor der Reise nach Großbritannien ein Bürge zur Verfügung stand, wurden als »garantierte« Fälle bezeichnet, diejenigen, für die erst nach der Einreise vor Ort ein Bürge gesucht wurde, als »ungarantierte«. Bei diesen konnte es vorkommen, dass das *Movement for the Care of Children from Germany* letztlich selbst die Verantwortung übernehmen musste. Für den britischen Staat galten also im Grunde alle Kinder als garantiert. Bei der Auswahl aber, so ist zu vermuten, konnte diese Frage eine Rolle spielen – in die eine oder andere Richtung. Gerade zu Beginn hatten sich die britisch-jüdischen Hilfsorganisationen insbesondere um die unpopuläre Gruppe der Jungen im Alter über 14 Jahren bemüht, die von Haft bedroht waren und selten eine aufnahmebereite Familie fanden.⁸⁷ Bei den meisten Kindern, die nach Schweden gelangten, war insbesondere in der Anfangsphase bereits bekannt, welche Familie sie aufnehmen würde. Das zeigte die Korrespondenz über die Fahrkarten bis an die Zielorte. Da letztlich die Gemeinde für alle Kinder bürgte, war keine offizielle Unterscheidung in garantierte und nicht garantierte Kinder notwendig. Wohl aber war ein gesicherter Aufenthaltsort die notwendige Voraussetzung dafür, dass das Hilfskomitee einen Antrag für ein Kind stellte. Unabhängig davon, ob die Unterbringung in einer Familie oder in einem der neu eröffneten Heime stattfand, wurde ein Antrag »in der Regel erst gestellt, nachdem die Kinderabteilung einen Platz gefunden hatte«.⁸⁸ Solch ein Fall galt dann in der Praxis als »garantiertes Kind«.

85 Bericht eines Mitarbeiters des HK (ohne Unterschrift) an Rabbiner Ehrenpreis, der sich zu diesem Zeitpunkt in Genf aufhielt, 4.8.1939, RA, JFA, HK, E 1:13.

86 Entsprechende Dankschreiben finden sich in RA, JFA, HK, E 1:13.

87 Göpfert: Der jüdische Kindertransport, S. 90 f.

88 Rapport angående Barnavelningens verksamhet sept. 1938 – 31 dec. 1939, RA, JFA, FS, F 4 a:3.

Mit der wachsenden Nachfrage nach Plätzen und der Erhöhung der Quote wurde schnell deutlich, dass die ursprünglich gesammelte Geldmenge nicht ausreichen würde. Das Hilfskomitee bemühte sich dann um Patenschaften für die Kinder. Manche Gasteltern beherbergten und versorgten die Kinder, ohne dafür eine Kompensation zu erhalten. Auch übernahmen manche Schweden als Paten die Finanzierung des Aufenthalts eines oder mehrerer Kinder in Gastfamilien.⁸⁹ Die Patenschaften boten sich als eine praktische Lösung an, die sich zudem bei der Kinder- und Jugendalija bereits bewährt hatte. Auch wurde zunehmend in Betracht gezogen, Einrichtungen zu eröffnen oder auszubauen, um mehr Kindern einen Platz zu bieten. Im Februar 1939 beschloss das Stockholmer Hilfskomitee im Anschluss an eine Inspektionsreise des Gemeindevorsitzenden Gunnar Josephson, Kristinehofs Kapazität durch Umbauten von 40 auf 60 bis 65 Kinder zu erhöhen. Dies sollte im Rahmen erforderlicher Modernisierungsarbeiten geschehen. Die Kosten trugen die Gemeinden Stockholm und Göteborg.⁹⁰ An diesem Punkt zeigt sich, dass eine eindeutige Abgrenzung zwischen der Kinderquote und der Kinder- und Jugendalija für Schweden nicht möglich ist. Es ist davon auszugehen, dass insbesondere unter den Jugendlichen, die in eine gemeinsame Heimunterbringung wie in Kristinehov gingen, viele waren, die formal zur Kinder- und Jugendalija gehörten. Eine strenge Trennung ist aus den Quellen nicht ersichtlich.

In Schweden mögen die Formalitäten durch die Einführung der Quoten zunächst vereinfacht worden sein, doch in Berlin und Wien erforderten die Vorbereitungen eine große Sorgfalt. Mit einer Einreiseerlaubnis nach Schweden war nicht automatisch eine Ausreiseerlaubnis aus Deutschland verbunden. Diese musste vom Hilfsverein und den lokalen Zweigen der Reichsvertretung oder der Israelitischen Kultusgemeinde Wien beschafft werden. Es war allerdings nicht einfach, für alle aus Schweden gemeldeten Kinder rechtzeitig eine Ausreisegenehmigung, Pässe oder Kinderausweise zu beschaffen. Hanna Karminski, die in Berlin in der Abteilung Wanderung der Reichsvertretung arbeitete, bat Ende Dezember 1938 die Mosaiska församling um Geduld vor der Abfertigung des ersten Transports. Karminski hoffte, dass bis zum 5. Januar 1939 die Namen jener Kinder, die mitfahren könnten, feststehen würden. Aus dem Schreiben wird deutlich, wie die Auswahl und Meldung der Kinder für diesen ersten Transport erfolgte. Das Hilfskomitee in Stockholm hatte Kinder angefordert, deren Namen durch Verwandte oder Bekannte in Schweden zu seiner Kenntnis gebracht worden waren oder deren Eltern sich direkt an die Gemeinde gewandt hatten. In Berlin musste dann noch geprüft werden, welche dieser Kinder alle erforderlichen Papiere besaßen und reisefertig waren. Dadurch verengte sich freilich der Handlungsspielraum des Hilfsvereins und der Abteilung Kinderauswanderung. Angesichts der seit Jahren wachsenden Anzahl von Anfragen für eine Kinder-

89 Zahlreiche Spendenbelege in der Korrespondenz des Hilfskomitees verweisen auf solche Patenschaften. Siehe RA, JFA, Hjälpkommittén, E 1:13.

90 HK an das Hilfskomitee in Göteborg, 17.2.1939, RA, JFA, E 1:13.

auswanderung verfügte Hanna Karminski über eine eigene Kartei von Fällen, aus der sie die dringlichsten gerne am schnellsten ausreisen sehen wollte. Das Schreiben schließt mit dem Hinweis:

»Am liebsten wäre es uns natürlich, wenn wir von uns aus Vorschläge machen könnten, ohne uns an die Zufallsmeldungen, die direkt nach Schweden kommen, halten zu müssen. Bei uns sind so viele tausende Kinder gemeldet, für die alle Unterlagen vorliegen, dass wir dabei besondere Wünsche Ihres Comité bestimmt [unleserlich, wahrscheinlich ›berücksichtigen‹] können.«⁹¹

In Berlin war man angesichts der unzähligen Anmeldungen bemüht, die dringlichsten zuerst zu berücksichtigen. Wie stark der Andrang war, ist aus einer Meldung im *Jüdischen Nachrichtenblatt* vom 2. Dezember 1938 ersichtlich. Dort wurde in Bezug auf die Kinder und Jugendlichen, »die in Holland, England oder sonstigen Ländern untergebracht werden sollen«, gewarnt: »Berücksichtigt können zunächst nur Kinder werden, deren gegenwärtige Lage eine sofortige Auswanderung notwendig macht. Es wird dringend gebeten, von Anträgen für andere Kinder vorläufig Abstand zu nehmen.« Zudem wurde darauf verwiesen, dass die Kinder möglichst zwischen 10 und 17 Jahre alt sein sollten.⁹² Zunächst einmal aber blieben es die Schweden, die den jüdischen Organisationen in Berlin und Wien die Namen der Kinder vorgaben. Am 14. Dezember 1938 bat die Abteilung Kinderhilfe die Israelitische Kultusgemeinde, den Eltern von fünf namentlich genannten Jungen und Mädchen aus Wien bei der Beschaffung der Pässe zu helfen. Den Kindern hatte die Sozialbehörde in Stockholm gerade die Aufenthaltsgenehmigung erteilt.⁹³ Weniger als fünf Tage später wurde dann eine Liste nach Wien geschickt, in der Auskunft über weitere 18 Kindern erbeten wurde, denen die Schweden bereits Fragebogen zugeschickt hatten. Über fünf weitere Kinder wünschte das Hilfskomitee generelle Auskünfte über eine »Eignung« zur Auswanderung nach Schweden.

Die Anfragen erfolgten auf der Grundlage von Fragebogen, die die Gemeinde in Stockholm den Familien, deren Kinder ihnen gemeldet worden waren, zusandte. Die Eltern hatten ein ärztliches Attest und eine Fotografie beizulegen. Im Anschluss daran wollte die Gemeinde sich um eine Möglichkeit bemühen, das »Kind nach Schweden zu schaffen«.⁹⁴ Im Archiv der Abteilung Kinderhilfe der Mosaiska församling finden sich Hunderte dieser Fragebogen.⁹⁵ In

91 Hanna Karminski an MfiS, 29.12.1938, RA, JFA, HK, E 1:5.

92 Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Berlin, 2.12.1938, S. 1.

93 MfiS, Barnavdelningen an IKG, 14.12.1938 Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

94 MfiS an unbekanntem Adressaten, 23.12.1938, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995. Dieses scheint ein Musterschreiben zu sein. Handschriftlich wurde ein PS hinzugefügt: »Leider wird es uns nur möglich sein, Ihr Kind aufzunehmen.«

95 RA, JFA, BA, E 4:1. Die Mehrzahl der Fragebogen ist von der Gemeinde ausgestellt, es finden sich aber auch Vordrucke des Jüdischen Wohlfahrts- und Jugendamtes Berlin sowie der Fürsorgezentrale der Israelitischen Kultusgemeinde darunter.

schwedischer und deutscher Sprache verfasst, konnten die Eltern die Formulare ausfüllen, während die Gemeinde in Stockholm diese auch als Grundlage für den Behördenverkehr nutzte. Noch hatten die Schweden keine genaue Kenntnis über die Lage und Organisation der Kultusgemeinde in Wien.⁹⁶ Anders als mit den Berlinern, mit denen man bereits einen langjährigen vertrauten Umgang pflegte, hatten die Wiener noch keine persönlichen Verbindungen über die Ostsee aufgebaut. Eine Statistik der Kultusgemeinde über die Auswanderung in der Woche zwischen dem 11. und dem 16. September 1938 vermerkte unter 485 registrierten Auswanderern nur eine einzige Person, die nach Schweden reiste.⁹⁷ Die Kultusgemeinde führte die Mosaiska församling zwar korrekt in ihrer Liste der ausländischen Hilfsorganisationen als maßgebliche schwedische Stelle, es finden sich aber nur wenige direkte Kontakte zwischen dem von den Nationalsozialisten eingesetzten Amtsvorstand und den Helfern in Stockholm.⁹⁸

Stattdessen wird deutlich, dass der Kontakt durch zwei Mittelspersonen hergestellt wurde: »Dr. Max« und Kerstin Hellner. Ernst Max arbeitete als Kanzleibeamter bei der Provinzialverwaltung der Israelitischen Kultusgemeinde Wien.⁹⁹ Von Wien aus floh Max nach Schweden, wo er strandete, da er über keine Eigenmittel verfügte, um das Depot für ein amerikanisches Visum zu bezahlen. Er war auf die Unterstützung der Mosaiska församling angewiesen.¹⁰⁰ Max erscheint in den Akten der Israelitischen Kultusgemeinde als alleinige Kontaktperson des schwedischen Konsulats. So leitete er die Listen mit den Namen der Kinder, die eine Einreisebewilligung erhalten hatten, an die Jugendfürsorge der Kultusgemeinde weiter.¹⁰¹ In diesen Fällen trat er aber nicht als Mitarbeiter der Kultusgemeinde auf. In einem internen Memo der Kultusgemeinde über die Frage der Transportbegleiter findet sich auch ein Hinweis auf einen »Herrn Doktor Max, der darauf besteht, Mittelsmann beim Schwedischen Konsulat zu sein«.¹⁰²

Kerstin Hellner hingegen war die von der Kinderabteilung beauftragte Vertreterin in Wien.¹⁰³ Ein Passierschein der Israelitischen Kultusgemeinde vom Februar 1939 wies die Ordner an, sie für ihre Verhandlungen in einer »schwedischen Kinderauswanderungsaktion« »sofort vorzulassen«. Wahrscheinlich vom selben Tag stammt ein an sie gerichtetes Schreiben der Gemeinde, dem der von ihr er-

96 MfiS an IKG, 19.12.1938, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

97 Statistik im Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 2532.

98 Adressenliste der jüdischen Hilfskomitees in allen Ländern der Erde, Stand 1.6.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 2593.

99 Personalkartei Ernst Max, Archiv IKG Wien, Bestand Wien, A/VIE/IKG/I-III/PERS/KAR.

100 Fragebogen Ernst Max, RA, JFA, Hjälpkommittén, E 1:22.

101 Beispielsweise Ernst Max an Jugendfürsorge, 10.5.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

102 Memo eines unbekanntes Verfassers, 26.5.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

103 Rapport angående Barnavdelningens verksamhet sept. 1938 – 31 dec. 1939, RA, JFA, FS, F 4 a:3.

wünschte Bericht zu den bereits vorgeladenen Schwedenkindern beigefügt war. Ihre »gütige Befürwortung« wurde erbeten.¹⁰⁴ Die Schwedin Kerstin Hellner (geb. 1893) war Krankengymnastin in Wien, wo sie seit 1916 lebte und arbeitete. Schon nach dem Ersten Weltkrieg hatte sie in Wien für die schwedische Kinderhilfsorganisation *Rädda barnen* gearbeitet. Nach ihrer Rückkehr aus Wien nach Schweden arbeitete sie für *Stockholms Centralkommitté för flyktinghjälp*, den Dachverband der Stockholmer Hilfsorganisationen, und das später gegründete Amt für Flüchtlinge (Statens flyktingsnämnd), eine staatliche Berufungsinstanz in Flüchtlingsfragen.¹⁰⁵

Auch noch Anfang Januar 1939 meldete Schweden der Kultusgemeinde in Wien die Namen der Kinder.¹⁰⁶ Hier zeigen sich die möglichen Konfliktlinien in der Flüchtlingsarbeit über die Ostsee, denn die jüdischen Organisationen in Berlin und Wien wurden mit einer wachsenden Anzahl dringender Fälle konfrontiert. Ende Januar scheint es dann zu einer gewissen Verbesserung der Zusammenarbeit gekommen zu sein. Ende Januar 1939 teilten die Schweden Rosa Schwarz von der Israelitischen Kultusgemeinde mit, dass Kerstin Hellner eine Liste jener Wiener Kinder erhalten habe, die Stockholm bei den Behörden angemeldet hatte. Gemeinsam mit Hellner sollte die Gemeinde die dringendsten Fälle auswählen sowie weitere 50 Kinder, deren Situation sie als kritisch einschätzte, bei der *Mosaiska församling* in Stockholm anmelden. Nur zwei Bitten formulierte das Hilfskomitee: Zum einen sollten die Kinder nach Möglichkeit in zwei Gruppen einreisen, damit die Stockholmer Zeit gewannen, passende Familien auszuwählen, zum anderen sollte die Auswahl in Absprache mit Hellner getroffen werden, »da diese Dame die schwedischen Verhältnisse doch gut [kenne] und am besten [wisse, welche Kinder], sich am schnellsten [...] einordnen würden«.¹⁰⁷

Auch wenn die Anfragen zu den Kindern aus Schweden kamen, versuchten die Hilfsorganisationen in Deutschland und Österreich, den Schweden die Notwendigkeit einer Ausreise für einzelne Kinder vor Augen zu führen. So drängten sie Ende Juni 1939, dass das Mädchen Helga Deutsch in den nächsten Kindertransport aufgenommen werden müsse:

»Die Kindesmutter ist im Besitze eines Permits [einer Einreiseerlaubnis nach Großbritannien] und kann nicht ausreisen, solange sie nicht ihr Kind untergebracht hat. Der Vater des Kindes befindet sich derzeit in Belgien. Die Unterbringung des Kindes in Schweden wäre für die Mutter eine große Hilfe

104 Die Durchschriften beider Schreiben finden sich in Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

105 Sie verfasste später einen Bericht über diese Zeit: *De landsflyktiga och Sverige. Politik och sociala problem*, Stockholm 1952, hier S. 524.

106 Kinderabteilung des Hilfskomitees der MfiS an IKG, 13.1.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

107 MfiS an IKG, 30.1.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

und so hoffen wir, dass es Ihnen möglich sein, wird für Obengenannte eine Einreiserlaubnis zu erhalten.«¹⁰⁸

Bei der Auswahl der Kinder konkurrierten also mehrere Faktoren, die je nachdem, wer oder welche Stelle die Auswahl treffen konnte, den Ausschlag gaben. Für die Schweden war es wichtig, dass die Kinder sich gut einleben konnten und den Familien oder der Gemeinde nicht zur Last fielen – auch um die Gesamtkonzeption nicht zu gefährden. Das war sicherlich ebenso ein Kriterium für die entscheidenden Gemeinden, die hofften, dass die Kinder als Botschafter agieren und so der Ausreise von mehr Kindern und Jugendlichen den Weg bereiten konnten. Ein Problemfall, der die Aufnahmebereitschaft der ausländischen Hilfsorganisationen mindern könnte, war nicht gewünscht. Und dennoch war ihnen noch mehr als dem Hilfskomitee in Stockholm die Dringlichkeit mancher Fälle vertraut. Sie berieten die Familien und hielten persönlichen Kontakt mit den Eltern. Das Verfahren glich in wichtigen Punkten dem Vorgehen der britischen jüdischen Hilfsorganisationen, unterschied sich aber auch in Details. Anders als in Großbritannien hatte die schwedische Regierung trotz der generellen Quote durch den Verfahrensweg in jedem einzelnen Fall das letzte Wort, da sie jedes Gesuch einzeln abzeichnete. In beiden Ländern wurde die Zahl der ins Land gelassenen Kinder durch die Aufnahmekapazitäten der jüdischen Gemeinden begrenzt. Eine Einreise ohne die vorausgegangene Garantie eines Aufnahmeortes und einer Versorgung war nicht möglich.¹⁰⁹ Auch in den Quotenfällen musste für die Kinder erst eine Unterbringungsgarantie durch eine schwedische Gastfamilie oder die Heime der Gemeinde beigebracht werden, bevor sie den Behörden gemeldet wurden. Als sich das Hilfskomitee im Mai und Juni 1939 um die Unterbringung einer größeren Gruppe Kinder aus Graz bemühte, wurde dieses deutlich. Die Wiener Gemeinde wurde gebeten, ein zweites Mal Unterlagen und Fotos der Kinder zu schicken, damit sich das Hilfskomitee um weitere Familien kümmern konnte. Die erhaltenen Unterlagen waren bereits an einige Familien ergangen, »ohne bis jetzt die Kinder tatsächlich platzier[en]« zu können.¹¹⁰ So hoffte das Hilfskomitee, weitere Kinder zu vermitteln. Gleichzeitig betonte es gegenüber den Wienern, dass bis zu weiteren Vermittlungen »einstweilen nur die bereits zugesagten Kinder« bei den Behörden beantragt werden würden.

Im selben Monat ging auch ein Transport Wiener Kinder nach Schweden. Auf einer Liste »Kindertransport Schweden, 7. Juni 1939« sind 27 Namen verzeichnet. Unter den Kindern waren mehrere Geschwisterpaare. Alle bis auf zwei stammten aus Wien, das älteste war 15, das jüngste drei Jahre alt. Handschriftlich

108 MfiS an IKG, 22.6.1939, und Durchschrift IKG an MfiS, 29.6.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

109 Für Großbritannien betont dieses Louise London unter Berufung auf Aussagen von Premierminister Chamberlain (Jewish Refugees, S. 182); für Schweden bestätigt dieses Ingrid Lomfors (Förlorad barndom, S. 94). Letztere bezieht sich auf einen Bericht der Kinderabteilung.

110 MfiS an IKG, 21.6.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

sind schwedische Ortsnamen hinter den Kindernamen vermerkt – vermutlich handelte es sich um die Zielorte der Kinder. Es wird deutlich, dass die Kinder insbesondere in den größeren Städten Schwedens Aufnahme fanden. Sechs gingen nach Stockholm, fünf nach Göteborg, drei nach Malmö, überraschenderweise aber auch vier Kinder in den nördlich gelegenen Ort Umeå.¹¹¹ Da die Unterbringung vorher geklärt werden musste, konnten die Zielorte der Reise vorher bekannt gegeben werden und die Eltern auch Fahrkarten bis zu diesen Bestimmungsorten lösen. Dadurch war gewährleistet, dass die *Mosaiska församling* nicht für die Reisekosten ab der Hafenstadt Trelleborg oder ab Stockholm aufkommen musste. Die Eltern der Kinder, die angenommen worden waren, erhielten einige Tage vor der Abreise einen Brief der Fürsorgezentrale der Israelitischen Kultusgemeinde, in dem sie Informationen zur Abfahrtszeit des Transports erhielten. Sie wurden gebeten, den Koffer des Kindes zwei Tage vor dem Abreisedatum deutlich beschriftet in der Synagoge der Kultusgemeinde in der Seitenstettengasse abzugeben und sich mit den Kindern am 7. Juni um 18:30 Uhr an der Ostbahn einzufinden. Dort sollte der Zug um 20:20 Uhr abfahren. Die Gebühren für die Reisespesen (35 Reichsmark), die Passbeschaffung (10 Reichsmark) und die für die Gepäckaufgabe (5 Reichsmark) waren bei der Aufgabe des Gepäcks zu begleichen.

»Auf die Reise ist dem Kind nur ein kleiner Rucksack oder Koffer, der das Essen (ein Mittagessen, eine Jause und ein Nacht Mahl) und die Waschtücher enthält, mitzugeben, wenn möglich auch eine Decke und ein Polster. Es wird im Interesse der Kinder ersucht, am Bahnhof Ruhe zu bewahren und jedes Aufsehen zu vermeiden.«¹¹²

Möglicherweise befürchteten die Mitarbeiter der Israelitischen Kultusgemeinde, die Eltern könnten am Bahnhof oder ihre Kinder im Zug Opfer antisemitischer Angriffe werden. In Berlin mussten die Kinder umsteigen und wurden von der Wohlfahrts- und Jugendpflegestelle der Jüdischen Gemeinde Berlin versorgt, an deren Schulspeisung in der Auguststraße 14-15 in Berlin-Mitte – in fußläufiger Entfernung vom Bahnhof Friedrichstraße – sie teilnahmen. Für diese Hilfe erhielt die Berliner Gemeinde anschließend eine Entschädigung aus Wien.¹¹³ Da nur eine der beiden aus Wien mitfahrenden Transportbegleiterinnen bis Stockholm mitfahren konnte oder durfte, wurden die Kinder bereits im deutschen Hafen Saßnitz an der Fähre von Mitarbeiterinnen des Stockholmer Hilfskomitees in Empfang genommen. Das erschien nötig, zumal sechs der Kinder unter sechs Jahre alt waren.¹¹⁴ Wien hatte sogar darum gebeten, bereits in Berlin

111 Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

112 Fürsorgezentrale der IKG, Abteilung Kinderauswanderung, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

113 Jüdische Wohlfahrts- und Jugendpflegestelle Berlin an IKG, 2.4.4. und 5.6.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

114 IKG an MfIS, 31.5.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

Verstärkung aus Schweden zu bekommen. Das wurde zugesagt, doch ist aus den Akten nicht ersichtlich, ob es auch dazu kam.¹¹⁵

Die beiden Transportbegleiterinnen, die die 25 Kinder aus Wien begleiteten, hießen, wie aus ihrer Spesenabrechnung zu entnehmen ist, Bella Grossmann und Lilly Neufeld. Minutiös rechneten sie ab, was sie von den 300 Reichsmark ausgegeben hatten, die ihnen vor der Reise ausgehändigt worden waren. Sie benötigten die Hälfte des Geldes, erhielten selbst aber vermutlich kein Gehalt.¹¹⁶ Die teuerste Ausgabe diente dem Komfort der Kinder. Für 50 Reichsmark wurden die erforderlichen Aufschläge beglichen, damit die Jungen und Mädchen auf einem Kurswagen auf die Fähre in Saßnitz gebucht wurden.¹¹⁷ Die Buchung des Kurswagens beruhte auf der Erfahrung der Berliner Kinderverschickungen, wie eine Aktennotiz eines bei der Aktion tätigen Mittelsmannes vom 4. Mai 1939 verdeutlicht.¹¹⁸ Die Abteilung Kinderauswanderung der Reichsvertretung der Juden in Deutschland benutzte, so Norbert Wollheim, ebenfalls Sonderzüge.¹¹⁹ Die beiden Transportbegleiterinnen telegrafierte von Saßnitz Hafen nach Wien, dass die Übergabe der Kinder erfolgt sei.¹²⁰ In Malmö, der ersten größeren Stadt auf schwedischer Seite, nahm der Malmöer Gemeindevorsitzende Max Schönkopf im Allgemeinen die Kinder persönlich in Empfang. Falls nötig, übernachteten die Kinder dann auch in Malmö auf Kosten der Gemeinde. Diejenigen, die in Südschweden ihre Gastfamilien gefunden hatten, wurden von dort aus weiterbefördert. Die für Mittel- und Nordschweden bestimmten Kinder wurden dann in einen Nachtzug gesetzt, der morgens um 6:30 Uhr am Hauptbahnhof Stockholm eintraf. Dort wurden die Kinder dann von Mitarbeiterinnen der Kinderabteilung willkommen geheißen und zunächst einmal im Bahnhofsrestaurant mit einem Frühstück versorgt. Sinn und Zweck dieses Frühstücks war nicht nur, den Hunger zu stillen. Es sollte auch dazu dienen, die Kinder nach der langen Reise zunächst zu beruhigen und den Mitarbeitern die Möglichkeit zu geben, einen kurzen Eindruck von den Kindern zu gewinnen. Dort trafen dann später auch die Eltern aus der Umgebung von Stockholm ein, um ihre Schützlinge in Empfang zu nehmen.¹²¹

115 IKG an MfiS (Barnhjälpén), 4.6.1939, und Schreiben MfiS an IKG, 1.6.1939, in dem eine Frau Elsa Lapidus als Begleiterin ab Berlin angekündigt wurde, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

116 Claudia Curio berichtet von dem großen freiwilligen Engagement in der Fürsorgezentrale in Wien und davon, dass die Begleiter der Englandtransporte keinerlei Geld erhielten. Dies.: Verfolgung, Flucht, Rettung, S. 74.

117 Abrechnung betreffend Kindertransport Schweden 7. Juni 1939, 12.6.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

118 Aktennotiz »Dr. Max«, 4.5.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

119 Transkript Interview Norbert Wollheim, United States Holocaust Memorial Museum (USHMM), Record Group 50.030.0257, S. 47.

120 Telegramm, 8.6.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

121 Rapport angående Barnavdelningens verksamhet sept. 1938 – 31 dec. 1939, RA, JFA, FS, F 4 a:3.

Das Drama um die Grazer Kinder

Der Transport, der am 7. Juni 1939 auf die Reise ging, scheint ursprünglich für einen früheren Zeitpunkt geplant gewesen zu sein. Die Verzögerung trat ein, da das Hilfskomitee in Stockholm noch auf weitere positive Entscheidungen der Behörden wartete. Nach dessen Einschätzung wäre dann ein größerer Transport möglich gewesen, der »sich eher lohnen würde«. Vor allem aber wartete man in Stockholm darauf, die besonders bedrohten Kinder aus Graz anschließen zu können.¹²² Hier spielte sich im Frühjahr 1939 ein Drama um die Kinder ab. Die etwas mehr als 2000 Mitglieder der kleinen Jüdischen Gemeinde waren wie so viele österreichische Juden, die nicht in der Anonymität der Großstadt Wien lebten, schon vor dem deutschen Einmarsch immer wieder Opfer antisemitischer Ausschreitungen geworden. Seit März 1938 wurde die Gemeindestruktur Stück für Stück zerschlagen. Die lokalen Behörden und nationalsozialistischen Funktionäre legten einen besonderen Eifer an den Tag, die Stadt »judenfrei« zu machen. Die meisten Juden flohen nach Wien, wo sie die bereits hoffnungslose Lage der dort lebenden Juden und die Engpässe der Fürsorgeeinrichtungen der Israelitischen Kultusgemeinde zusätzlich verschärften. Wenigstens die Kinder sollten dieser Notlage entgehen. Wer die Initiative ergriff, geht aus den Unterlagen nicht hervor. Aber spätestens im März 1939 lagen konkrete Pläne zur Evakuierung von Kindern nach Schweden vor. So schrieb die Kultusgemeinde nach Stockholm:

»Wir bestätigen Ihr Telegramm und befürworten bestens das Gesuch zur Unterbringung von Grazer Kindern nach Schweden. Die in Graz lebenden Juden müssen bis zum 1. April d.J. die Stadt verlassen und es wäre äußerst wünschenswert, wenn die Kinder in Schweden untergebracht werden könnten.«¹²³

In Schweden bereitete dieses Ansinnen zusätzliche Probleme, denn es war ohnehin bereits sehr schwer, Unterbringungsmöglichkeiten in ausreichender Zahl zu finden. Auch war die gebotene Eile nicht ohne Weiteres mit den amtlichen Prozessen zu vereinbaren. Dennoch unternahm das Hilfskomitee in Stockholm große Anstrengungen. Die Eltern und die Gemeindeglieder hatten außer mit den nationalsozialistischen Behörden auch noch mit den »Apparaten« der zwei großen Gemeinden in Wien und Stockholm zu kämpfen. Bereits im März 1939 hatte die Kultusgemeinde Graz der Gemeinde in Wien geschrieben, die Mosaiska församling habe sie davon in Kenntnis gesetzt, dass die Einreisebewilligungen für zehn Kinder erteilt worden seien und sie sich mit der Gemeinde in Wien ins Benehmen zu setzen habe. In Graz fürchteten die Verantwortlichen, dass es in Wien keinen Transport zur sofortigen Abfertigung gebe, sodass die

122 MfiS an IKG, 5.5.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

123 Abschrift eines Schreibens, o. D., wahrscheinlich IKG an MfiS, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

Grazer Kinder würden warten müssen. Sie drängten, dass in Wien ein gesonderter Transport ausschließlich für die Grazer Kinder organisiert werden solle.¹²⁴ Die Schweden hatten für den 11. April bereits einen Transport aus Graz organisiert und der Grazer Gemeinde zugesagt, die Kinder an der Grenze zu übernehmen. In Stockholm mussten also Einreisebewilligungen vorliegen. Indes ergab sich nun ein Problem mit den Kinderausweisen. Diese von den Grazer Behörden ausgestellten Dokumente wollte oder konnte der schwedische Konsul in Wien nicht mit Visastempeln versehen. Allerdings galt in Schweden die sogenannte Passklausel, d. h. die für die Einreise nach Schweden benutzten Pässe mussten noch über den beantragten Zeitraum hinaus Gültigkeit besitzen. Es mussten also Reisepässe beschafft werden.

Der neue Plan bestand darin, die Grazer Kinder am 18. April zusammen mit Kindern aus Wien abfahren zu lassen.¹²⁵ Auch diese Idee stieß auf Schwierigkeiten, da die Osterfeiertage in diesem Zeitraum lagen, an denen die schwedischen Behörden nicht arbeiteten. Am 12. April schließlich, so hoffte die Grazer Gemeinde, würden die Pässe mit den Steuerunbedenklichkeitsbescheinigungen in Wien vorgelegt werden können. Da in der Zwischenzeit aber bereits einige Kinder in andere Länder ausgewandert waren, baten die Grazer nun doch, die restlichen Kinder bei einem Wiener Transport mitfahren lassen zu können.¹²⁶ Das war auch dringend geboten, denn die Verfolger machten Ernst, wie aus einem verzweifelten Schreiben der Grazer Gemeinde an die Gemeinde in Wien ersichtlich wurde. Am 9. April baten die Grazer inständig, dafür zu sorgen, dass der gemeinsame Transport spätestens in der nächsten Woche abgehen würde, da die Eltern Graz verlassen müssten und keine Unterbringungsmöglichkeit für die Kinder zur Verfügung stehe.¹²⁷ Zudem bat Graz um die Zusendung von Fragebogen, da die Mosaiska församling zugesagt hatte, weitere Kinder aufzunehmen. Aus der Liste der Kinder aus Graz, die am 18. April in Wien einging, geht hervor, dass die Grazer Kinder mit sieben Jahren im Durchschnitt jünger als die der anderen Transporte waren.¹²⁸ Das Durchschnittsalter lag nach einer eigenen Auswertung der Unterlagen der Kinderabteilung bei etwa elf bis zwölf Jahren.

Letztlich stammten auf dem Transport vom 23. April 1939 21 von insgesamt 56 Kindern aus Graz.¹²⁹ Weitere Transporte mit Grazer Kindern waren geplant. Allerdings traf das Hilfskomitee erneut auf Schwierigkeiten bei der Abfertigung der Kinder in Graz oder Wien. Acht der für den nächsten Transport vorgesehenen Grazer Kinder konnten nicht mitfahren und die Israelitische Kultusgemeinde hoffte, vier Kinder aus Wien von der Liste des »Dr. Max« an deren Stelle auf die

124 IKG Graz an IKG, 23.3.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

125 Durchschrift eines Schreibens, wahrscheinlich IKG an MfS, Kinderabteilung, 3.4.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

126 IKG Graz an IKG Wien, 7.4.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

127 IKG Graz an IKG Wien, 9.4.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

128 Liste der Grazer »Schwedenkinder«, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

129 Bericht der Fürsorgezentrale der IKG über Kindertransport nach Schweden, 13.5.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

Liste setzen zu dürfen. Dieses wurde aber von den Stockholmern abgelehnt, da diese sich an das der Grazer Gemeinde gegebene Versprechen gebunden fühlten und nun acht andere Kinder aus der Steiermark aufnehmen wollte. Die vier Wiener Kinder sollten bei einem folgenden Transport berücksichtigt werden oder eine Chance bekommen, sofern vier andere Kinder aus Wien aus irgendwelchen Gründen ausfielen.¹³⁰ So ehrenhaft der Wunsch Stockholms auch war, sich an die Abmachung mit Graz zu halten, für die Kultusgemeinde in Wien waren solche Antworten wenig hilfreich. Selbstverständlich würde diese auf die Listen aus Stockholm warten und die Kinder nach der dort beschlossenen Reihenfolge fahren lassen, doch könnten, so gab die Gemeinde zu bedenken, bald verfallene Steuerunbedenklichkeitsbescheinigungen die Abfahrt einiger Kinder gefährden.¹³¹ Aus ihrer Sicht waren diese Plätze leichtsinnig verschenkt, denn solche Verzögerungen konnten unüberschaubare Probleme nach sich ziehen. Auch die Kinder benötigten, bevor sie Papiere erhielten, mit denen sie das Land verlassen konnten, noch Steuerunbedenklichkeitsbescheinigungen. Durch die Verzögerungen des Transports infolge der Probleme mit den Grazer Kindern ergaben sich in Wien weitere Schwierigkeiten. Ende Mai bat die Israelitische Kultusgemeinde die *Zentralstelle für jüdische Auswanderung*, neun Steuerunbedenklichkeitsbescheinigungen bis zum 7. Juni zu verlängern, da der Transport nach Schweden ohne Verschulden der Kultusgemeinde verschoben werden müsste.¹³² Schon kleinste Verschiebungen im Räderwerk der Rettung und Vertreibung konnten für Einzelne katastrophale Folgen haben. Doch diesmal ging alles gut.

So sehr auch die Not und die Verfolgung in Graz selbst drückten, in Schweden musste alles seinen offiziellen Gang gehen. Für die Kinder aus der steirischen Metropole konnte keine Ausnahme gemacht werden. Der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien, die wahrscheinlich gebeten hatte, weitere Ausnahmen für die Grazer zuzulassen, wurde beschieden, dass nur die bereits zugesagten Kinder einreisen dürften. Um die Angelegenheit aber zu beschleunigen, sollte Wien nochmals Fragebogen und Fotos schicken. Die nach Schweden expedierten Unterlagen waren bereits einigen Familien zugegangen. Nun hoffte das Hilfskomitee, weitere Familien parallel ansprechen zu können, um die notwendigen Zusagen für eine Unterbringung zu erhalten.¹³³ Hinzu kam auch, dass sich das schwedische Generalkonsulat in Wien erneut weigerte, für einige der Kinder Visa auszustellen, deren Eltern keinen Nachweis für die Weiterreise nach Ablauf der Aufenthaltsbewilligung vorlegen konnten.¹³⁴ Die schwedischen Behörden

130 MfiS an IKG, 14.5.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

131 IKG an MfiS, wahrscheinlich 8.6.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

132 Schreiben an Zentralstelle für jüdische Auswanderung, 30.5.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

133 MfiS an IKG, 21.6.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

134 Undatierte Notiz in Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995. Es handelte sich um vier Geschwister einer Familie Adler, drei einer Familie Eisler und zwei weitere Kinder.

hatten wahrscheinlich insbesondere bei den Kindern Bedenken, die – wie auch ihre Eltern – staatenlos waren, da dieser Status die Weiterreise erschwerte. Aber gerade in Österreich hatten viele Juden nie die habsburgische oder österreichische Staatsbürgerschaft erworben und besaßen daher auch keinen deutschen Reisepass. Erstaunlicherweise bekamen letztlich mindestens 17 staatenlose Grazer Kinder eine Einreisewilligung.¹³⁵ Laut einer eigenen Auswertung der Unterlagen aus der Kinderabteilung gelangten mindestens 23 Kinder nach Schweden, die in Graz geboren waren.

Nur noch nicht jüdische Gastfamilien

Als zentrales Problem der Hilfsaktion entpuppte sich, wie an diesem Beispiel sehr deutlich wurde, die Unterbringung der Flüchtlingskinder. Hatte das Hilfskomitee zunächst, wie berichtet, an die Kinder von bereits in Schweden befindlichen Flüchtlingen oder Kinder mit Verwandten in Schweden gedacht, so wuchs bald die Anzahl der Mädchen und Jungen, die keine sofortige Aufnahme in Familien finden würden. Die Gemeinden informierten ihre Mitglieder laufend über den Bedarf an Gastfamilien und einflussreiche jüdische Persönlichkeiten riefen in Gemeindeblättern und jüdischen Zeitschriften zur Hilfe auf. Oberrabbiner Ehrenpreis legte seiner Gemeinde in den Predigten die Aufnahme von Kindern ans Herz.¹³⁶ In der einflussreichen jüdischen Zeitschrift *Judisk Krönika* wurde im Oktober 1939 auch darüber berichtet, dass der Appell des Oberrabbiners (Ehrenpreis) zum Versöhnungstag nicht die Resonanz gefunden habe, die sich die Gemeindeleitung erhofft hatte.¹³⁷ Zwar hatten immerhin 160 jüdische Familien Interesse bekundet,¹³⁸ doch musste die Gemeinde, um die volle Quote auszunutzen, auch auf die Angebote nicht jüdischer Familien eingehen, die bereit waren, jüdische Pflegekinder aufzunehmen. Bereits am 30. Januar 1939, also weniger als einen Monat nach dem Beginn der Kinderaktion, schrieb die Mosaiska församling an die Israelitische Kultusgemeinde in Wien, die Kinder könnten fortan nur noch in nicht jüdischen Familien untergebracht werden. Sie bat darum, dieses bei der Auswahl zu berücksichtigen.¹³⁹ Letztlich fand nur ein Drittel der evakuierten Kinder ein Zuhause in einer jüdischen Familie.¹⁴⁰ Die Familien erhielten für die Pflege des Kindes eine monatliche Entschädigung, die zwischen 20 und 90 Kronen betrug.¹⁴¹

135 MfS an IKG, 31.3.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

136 Lomfors: *Förlorad barndom*, S. 96 f.

137 »Nöd Och Hjälp«, in: *Judisk Krönika* (1939), Nr. 8, S. 117–118.

138 Svante Hansson schätzt, dass wohl etwa 15 Prozent der schwedischen jüdischen Familien Kinder aufgenommen haben. Dies: *Flykt och överlevnad*, S. 227.

139 MfS an IKG, 30.1.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

140 Hansson: *Flykt och överlevnad*, S. 227.

141 PM angående barnavdelningen, RA, JFA, FS, F 4 a:1.

Dabei votierten die allermeisten jüdischen Hilfsorganisationen in Europa nicht prinzipiell gegen eine Aufnahme in nicht jüdischen Familien, und die meisten Helfer sahen ein, dass diese Familien den Kindern eine ebenso zärtliche und fördernde Aufnahme wie jüdische Familien würden bieten können. In religiösen Familien aber gab es große Vorbehalte gegen eine Unterbringung in säkularen jüdischen oder gar nicht jüdischen Familien. Die Angst der Eltern war nicht unbegründet. Die verschickten Kinder und Jugendlichen befanden sich in einer Phase emotionaler Verunsicherung. Religiöse Angebote von religiösen Christen, die jene fehlende Orientierung, Sicherheit und Geborgenheit versprachen, konnten bei dem einen oder anderen Kind möglicherweise auf große Resonanz treffen. Aufgrund der Platznot griff die Stockholmer Gemeinde sogar auf religiöse, christliche Institutionen zurück. So erreichte im Dezember 1940 ein Schreiben des Källeredshem, eines Kinderheims der Diakonie in Göteborg, die Kinderabteilung. Ein Mädchen, das durch die Vermittlung der Mosaiska församling in das Heim gekommen war, wollte getauft werden. Die Heimleitung erkundigte sich, ob in diesem Fall die Jüdische Gemeinde weiterhin für das Kind zuständig sein würde. Anscheinend war sie sich nicht sicher, ob der Übertritt zum Christentum den Aufenthaltsstatus gefährden würde, was es zu vermeiden galt.¹⁴²

Vor die Wahl gestellt zwischen dem Verlust der religiösen Identität und der Lebensgrundlagen, nahmen viele Eltern Ersteres in Kauf. Zumindest deutet das ein Schreiben an, das die Beratungsstelle der Jugendalija in Wien am 9. Dezember 1938 an die Fürsorgeabteilung der Kultusgemeinde sandte. Der Brief enthielt die Liste der wenigen religiösen Kinder. Die Beratungsstelle ging aber davon aus, dass insgesamt 15 bis 20 Prozent der Kinder, die zur Jugendalija gemeldet wurden, eigentlich religiös seien.¹⁴³ Es ist anzunehmen, dass diese Schätzung auch bei den Kindertransporten zutrif. Eltern waren also bereit, die religiöse Erziehung und Lebensführung einer sicheren Unterkunft der Kinder zu opfern. Problematisch musste es aber werden, wenn die Gastfamilien die anvertrauten Minderjährigen zu einer Taufe oder Konversion drängten oder sie christlich erzogen. Auch eine Unterbringung in nicht koscheren Haushalten konnte für orthodox lebende Kinder und deren Eltern eine schwere Gewissensqual bedeuten. Angesichts des massenhaften Mordes an Kindern im Holocaust erscheinen solche Befürchtungen heute unwichtig. Dabei ist aber zu beachten, dass zur damaligen Zeit zumindest noch die Hoffnung bestand, dass die Kinder mit ihren Eltern wiedervereint werden würden. Sollten nicht jüdische Familien die religiösen Bedürfnisse ihrer Schutzbefohlenen nicht respektieren, konnten daraus schwere Belastungen für die Familien entstehen. Das Thema war für Eltern und die entsendenden Gemeinden so wichtig, dass sich die Israelitische Kultusgemeinde in Wien im Mai 1939 mit Sorge an die Mosaiska församling wandte, als sie von einem mutmaßlichen Fall einer versuchten Zwangskonversion erfuhr:

142 Heimleitung an MfIS, 18.12.1940, RA, JFA, BA, E 2 a:2.

143 Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1980.

»Wir erfahren soeben, dass die Kinder Bojdek Charlotte, geb. 13.7.1931 und Bojdek Leo, geb. 13.1.1930, die am 23. April von hier nach Malmö gefahren sind, sich in einer katholischen Familie befinden. Da die beiden Kinder aus einem besonders frommen jüdischen Haus stammen und sich dort sicherlich nicht wohl fühlen können, bitten wir Sie ganz dringend, ob es nicht möglich wäre, die Kinder in eine jüdische Familie zu transferieren. Wir bitten Sie auf jeden Fall um umgehende Beantwortung unseres Briefs, damit wir die Mutter beruhigen können [...]«. ¹⁴⁴

In einem PS wurde noch angemerkt: »Die Mutter behauptet, dass die Kinder veranlasst würden, täglich zweimal die Kirche zu besuchen.« Der Fall schien dringend. Bereits zwei Tage später antwortete Gerda Marcus für die Gemeinde. Die Mutter hatte sich in der Angelegenheit auch an Oberrabbiner Ehrenpreis gewandt. Es lohnt sich, das Schreiben nahezu vollständig wiederzugeben, da es grundlegende Informationen zum Umgang mit dieser Frage zusammenfasst:

»Die Kinder Boydek betreffend habe ich mich gestern mit Herrn Oskar Rydström in Svenljunga [dem Pflegevater] in Verbindung gesetzt. Die Familie Rydström ist evangelisch und Herr Rydström versicherte mir, dass sie – gerade weil sie religiös sind – keineswegs die Kinder in dieser Hinsicht beeinflussen. Einen zweimaligen Kirchenbesuch täglich gibt es in Schweden überhaupt nicht, und wenn die Familie R. sonntags zur Kirche geht, so brauchen die Kinder Boydek keineswegs mitzugehen – im Gegenteil, sie können ihre jüdischen Riten, soweit sie sie kennen und an ihnen hängen, pflegen. Auch werden die Kinder nicht gezwungen, Fleisch zu essen, und da die Familie R. vegetarisch lebt, so bekommen sie hauptsächlich Fisch und Eier und Gemüse. Im Übrigen befinden sich die Kinder bei sehr freundlichen und allgemein beliebten und angesehenen Menschen und sind vergnügt und guter Dinge. Dass es in den ersten Tagen schwer ist, sich in einer fremden Umgebung einzugewöhnen, versteht jeder. [...] Ganz prinzipiell möchte ich bei dieser Gelegenheit nochmals betonen, dass wir keine jüdischen Familien mehr frei haben, die gewillt sind, Kinder aufzunehmen. (Aber selbst, wenn wir sie hätten, muss ich gleich erklären, dass die schwedischen jüdischen Familien (bis auf wenige Ausnahmen) nicht orthodox sind, keinen Sabbat halten und alles essen, sodass fromm erzogene Kinder also auch bei Juden nicht wunschgemäß untergebracht wären. Wir bitten ausdrücklich, alle Eltern der bewilligten Kinder demgemäß zu informieren und alle Kinder von der Liste zu streichen, die nicht bereit sind, zu Christen zu gehen.« ¹⁴⁵

Die Israelitische Kultusgemeinde informierte daraufhin die Mutter der Kinder. Es liegt nahe, dass die von Heimweh geplagten Kinder gehofft hatten, nach solchen Behauptungen wieder zu ihren Eltern zurückkehren zu dürfen. Die Ge-

144 Israelitische Kultusgemeinde Wien an Gerda Marcus, 1.5.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

145 Gerda Marcus an IKG, 3.5.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

meinde und ihre Helfer waren sich aber der Gefahr einer Konversion durchaus bewusst, wie sich aus den Erkundigungen schließen lässt. Kaum jemand verfügte 1939 über das pädagogische und psychologische Spezialwissen, das heute als notwendig für die Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien erachtet wird. Inga Gottfarb verweist darauf, dass man zuweilen Angebote von Pflegefamilien ablehnen musste, da bekannt war, dass diese die »kleinen Juden Kinder« zur »Rettung ihrer Seelen« zum »einzig wahren Glauben«, dem Christentum, würden bekehren wollen.¹⁴⁶

Das Thema hatte eine solche Bedeutung, dass die Gemeinde in Stockholm am 22. Mai 1939 die Wiener Gemeinde abermals mit deutlichen Worten erinnerte:

»Heute wollen wir jedoch erneut darauf hinweisen, dass wir keine jüdische Familie noch irgendein jüdisches Heim zur Aufnahme von Kindern frei haben – alle von uns hergenommenen Kinder werden in christlichen Familien platziert. Wir bitten Sie, die Eltern der betr. Kinder, deren Papiere Sie uns eingesandt haben, darauf aufmerksam zu machen [...] Wir erbitten eine ausdrückliche Einverständniserklärung der Eltern, damit wir später nicht wieder Wunschbriefe bekommen, die Kinder in jüdische und sogar noch orthodoxe Familien umzuplatzieren.«¹⁴⁷

Das Hilfskomitee in Stockholm war entschieden daran interessiert, die gesamte Anzahl der Quotenplätze auszunutzen. Die Israelitische Kultusgemeinde ließ schließlich die Eltern Erklärungen unterschreiben, dass sie mit der Unterbringung in nicht jüdischen Familien einverstanden waren.¹⁴⁸ Dass das nicht immer ausreichend war, zeigt der Brief des Stockholmer Oberkantors Katz an die Israelitische Kultusgemeinde in Wien, mit der Bitte um Weitergabe an die zuständigen jüdischen Stellen und die Eltern in Graz, vom 31. Mai 1939. Kantor Katz hatte im Auftrag des Hilfskomitees die zwei Geschwister namens Friedler besucht, um dort den erhobenen Vorwürfen, die Pflegeeltern würden die Kinder schlagen, nachzugehen. In seinem Bericht hob Katz hervor, dass dies nicht der Fall sei, die Kinder im Gegenteil zugegeben hätten, dass der Ältere die Herausgabe der Kofferschlüssel und Pässe verweigere und überdies die Pflegemutter geschlagen habe, als diese den jüngeren Bruder gegen dessen Willen hatte baden wollen. Die Kinder sähen aber gut aus und sie würden auf ihren Wunsch hin vegetarische Gerichte erhalten, da sie aus rituellen Gründen den Verzehr von Fleisch ablehnten. Der Bericht des Kantors schließt mit der Aufforderung, die Kinder und deren Verwandte davor zu warnen, falsche Gerüchte in die Welt zu setzen. Das Komitee arbeite so exakt, dass sichergestellt sei, dass die Kinder in gute Familien kämen, auch wenn es sich um christliche Familien handle. Alle Eltern seien informiert, dass nur noch christliche Familien zur Verfügung stün-

146 Gottfarb: *Den livsfarliga glömskan*, S. 14.

147 MfiS an IKG, 22.5.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

148 Dies schrieb zumindest die Israelitische Kultusgemeinde an *Mosaiska församling* am 31.5.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

den »und wem das nicht gepasst hat, der hätte schon daheim die Konsequenzen ziehen müssen«. ¹⁴⁹ Der Fall und der Ton veranschaulichen das Konfliktpotenzial, das diese Frage barg. Er zeigt aber auch drastisch die Verwirrung und emotionalen Konflikte, die die Rettung bei den Kindern auslösen konnte, die mit einer neuen Kultur konfrontiert waren. Zudem liegen keine Informationen über die traumatischen Vorerfahrungen vor, die diese Kinder gemacht hatten. ¹⁵⁰

Manche Eltern entschieden sich trotz einer erteilten Einreisegenehmigung dafür abzuwarten, bis jüdische Pflegeeltern gefunden wurden. ¹⁵¹ Letztlich konnten für die meisten Kinder, die Schweden erreichten, Lösungen gefunden werden. Für einige wenige Jungen und Mädchen mussten nach Ankunft in den Pflegefamilien aus religiösen Gründen neue Familien gesucht werden. Dort lebten diese sich dann nach Ansicht der Kinderabteilung gut ein. ¹⁵² Letztlich ist es heute schwer zu beurteilen, wie viele Eltern auf eine Unterbringung in jüdischen Familien und ein religiöses Umfeld Wert legten und wer vor allem eine Unterbringungsmöglichkeit im Ausland suchte, also bereit war, eine mögliche Entfremdung von gelebter jüdischer Kultur und Religion in Kauf zu nehmen. Von den 246 ausgefüllten Fragebogen, die sich im Archiv der Abteilung Kinderhilfe in Stockholm befinden und die sich wahrscheinlich alle auf Kinder beziehen, die nach Schweden kamen, tragen nur fünf den Vermerk, dass eine Unterbringung in jüdischen Familien und eine koschere Lebensführung gewünscht wurde. Auf den Karteikarten der Kinderabteilung über die in Schweden befindlichen Kinder findet sich nur einmal der Hinweis »orth.«, was auf eine streng fromme Erziehung hinweist. Dafür finden sich etwa 20-mal die Einträge »konfessionslos«, »evangelisch« bzw. Angaben zur Religionsangehörigkeit fehlen.

Diese Fragen waren nicht nur in Schweden ein Problem. Auch bei den Kindertransporten nach Großbritannien und in die USA waren die jüdischen Hilfsorganisationen gezwungen, mangels ausreichender Plätze in jüdischen oder gar orthodox-jüdischen Familien Lösungen für diese Kinder zu finden. Das

149 Durchschrift Katz an Auswanderungsabteilung IKG Wien, 31.5.1939, RA, JFA, Överbiblin Ehrenpreis arkiv, E 1:26.

150 Im Archiv der Kinderabteilung findet sich nur eine Karteikarte auf den Namen Friedler aus Graz. Es handelt sich dabei um einen zehnjährigen Jungen. Die Karte zeigt, dass seine zweite Unterkunft ein Kinderheim in Uppsala war, und dass seine Eltern zu diesem Zeitpunkt in Haifa lebten. Vielleicht waren die Eltern bereits früher emigriert und die Kinder vorläufig anders untergebracht gewesen. Die schlagartige Aktion gegen die Grazer Juden und das Auseinanderreißen von Familien wird eine starke emotionale Belastung bedeutet haben. Glücklicherweise konnte Friedler, laut der überlieferten Karteikarte, 1946 mit seinen Eltern in Palästina vereint werden. Karteikarte Friedler, RA, JFA, BA, Kortregister, D 1 b:2.

151 Beispiele hierfür: IKG an MfIS, 2.5.1939, MfIS an IKG mit Einreisegenehmigung für die Kinder Geller, 26.4.1939, IKG an MfIS, 3.5.1939, alle in Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996; IKG an MfIS (Barnhjälp), 4.6.1939, Archiv IKG Wien, A/W 1995.

152 Rapport angående Barnavdelningens verksamhet sept. 1938 – 31 dec. 1939, RA, JFA, FS, F 4 a:3.

Movement for the Care of Children from Germany, das Tausende von Kindern ins Vereinte Königreich rettete, musste sich sehr früh nach Beginn der Aktion mit dem Thema auseinandersetzen. Die Organisation hatte ursprünglich nicht damit gerechnet, dass sich angesichts der großen britisch-jüdischen Gemeinschaft keine ausreichende Anzahl jüdischer Familien finden würde.¹⁵³ Früh kam es daher auch in Großbritannien zu Kritik am Movement, die an die gleichen Probleme anknüpfte.¹⁵⁴ Die Erziehung in der Ursprungsreligion und die Möglichkeit diese auszuüben, wurde als Ziel vom Movement explizit formuliert. Allerdings kam es bereits bald zu einem Engpass an potenziellen jüdischen Pflegefamilien. Schon im Januar gab es Diskussionen über eine Unterbringung in nicht jüdischen Familien.¹⁵⁵ Das Problem verstärkte sich weiter, sodass im Frühjahr vermehrt Kinder in christliche Familien vermittelt wurden. In Wien finden sich auf Vordrucken der Israelitischen Kultusgemeinde Einverständniserklärungen von Eltern, dass ihre Kinder in Großbritannien auch bei nicht jüdischen Familien aufgenommen werden dürften.¹⁵⁶ Eine knappe Mehrheit der Pflegefamilien – 172 gegenüber 150 – waren am Jahresende 1939 jüdisch. Interessanterweise sind hierbei deutliche regionale Unterschiede erkennbar. In der vorwiegend orthodoxen Jüdischen Gemeinde Malmös wurden durch die Vermittlung des Gemeindevorsitzenden Max Schönkopf alle Kinder in 90 jüdischen Familien untergebracht, während in Göteborg durch die private Hilfe der Friedensaktivistinnen der Frauenvereinigung für Frieden und Freiheit Ingrid Segerstedt Wiberg, Marie-Louise de Vylder-Lehmann und Hanna Wallin 80 Kinder in nicht jüdischen Familien unterkamen.¹⁵⁷

Eine Möglichkeit zur Linderung der elterlichen Angst, ihre Kinder könnten sich von der eigenen Kultur entfremden, hätte in einem jüdischen Religionsunterricht bestanden.¹⁵⁸ In der Praxis waren aber insbesondere im Flächenstaat Schweden der Befriedigung der religiösen Bedürfnisse der Jugendlichen enge Grenzen gesetzt. Wer nicht allein reisen konnte oder nicht über die finanziellen Mittel verfügte, war nicht in der Lage, die teilweise großen Entfernungen aus der Provinz in die wenigen Städte auf sich zu nehmen, in denen jüdische Gottesdienste gehalten wurden. Für Kinder in Pflegefamilien auf dem Land waren Gottesdienstbesuche oft nicht einmal zu den Hohen Feiertagen möglich. Zwar versuchten die Gemeinden und die Abteilung Kinderhilfe, die Teilnahme zu gewährleisten, doch konnten sie – möglicherweise infolge fehlender Mittel –

153 Amy Zahl Gottlieb: *Men of Vision. Anglo-Jewry's Aid to Victims of the Nazi Regime, 1933-1945*, London 1998, S. 130.

154 Curio: *Verfolgung, Flucht, Rettung*, S. 191.

155 Göpfert: *Kindertransport*, S. 139 f.

156 Beispielsweise Einverständniserklärung Wilhelm Monias zu seiner Tochter Hanna, 15.8.1938; Movement for the Care of Children from Germany an RV, 22.5.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1962.

157 Rapport angående Barnavdelningens verksamhet sept. 1938 – 31 dec. 1939, RA, JFA, FS, F 4 a:3.

158 Curio: *Verfolgung, Flucht, Rettung*, S. 62.

nicht allen helfen. Das wird auch aus dem Schreiben der Kinderhilfe an eine Lehrerin für Flüchtlingskinder im ca. 180 Kilometer nördlich von Stockholm gelegenen Sandviken deutlich:

»Sehr geehrtes Fräulein Herrmann, wie im vergangenen Jahr wollen wir auch diesmal zu den Osterfeiertagen [!] ein paar Kinder nach Stockholm kommen lassen. Wir bitten Sie uns mitzuteilen, welche von den Sandviken-Kindern dafür in Betracht kommen, aber es kommt wirklich nur für solche in Betracht, die tatsächlich religiös sind und großen Wert darauf legen, zur Synagoge zu gehen und die Feiertage zu halten.«¹⁵⁹

In Sandviken waren dank des Engagements christlicher Bürger – Pastor Boliner und Sigrid Göranson – 20 Kinder untergebracht worden.¹⁶⁰ Die Gemeinde ließ diese abgelegen wohnenden Kinder aber nicht allein. Im Oktober 1939 wurde Anneliese Herrmann, die selbst als Flüchtling nach Schweden gekommen war, für sechs Monate gegen ein geringes Entgelt angestellt, um den Kindern Unterricht zu erteilen. Die Initiative hierzu hatte die Kinderabteilung ergriffen.¹⁶¹ Auch in Großbritannien ergaben sich durch die Evakuierung in einige Gegenden Sünglands solche Schwierigkeiten, da die Kinder oft klassenweise verschickt wurden und auf dem Land noch weniger Kinder bei jüdischen Pflegefamilien untergebracht werden konnten. Dieses führte auch damals bereits zu Kritik von religiös-jüdischer Seite an den Organisatoren der Kinderaktion.¹⁶²

Letztlich wurden in Schweden aufgrund der nicht ausreichenden Anzahl jüdischer und auch nicht jüdischer Familien besondere Heime gegründet. Einige von ihnen entstanden aus privaten Initiativen und erhielten dann finanzielle Unterstützung durch die Kinderabteilung des Hilfskomitees. Das galt zum Beispiel für das Heim in Hälsinggården bei Falun, das der Jugendalija diente; für das Kinderheim in Ebbarp, das 1940 18 Schülern der geschlossenen Internatsschule Kristinehov eine neue Heimat bot; für das Jungenheim für 15 Kinder in Tullgarn bei Uppsala, das auch von Sophie Michaeli, der Ehefrau von Wilhelm Michaeli, geleitet wurde, und für das Haus in der Wargentingsgatan in Stockholm, das acht Mädchen beherbergte. Das ursprünglich nur als Übergangsheim geplante Haus in der Hornsgatan in Stockholm bot zehn Jungen eine dauerhafte Heimat. Zudem erhielt das von der Mosaiska församling in Malmö finanzierte Heim in Tjörnarps, das 20 Jungen Obdach bot, finanzielle Hilfen aus Stockholm.¹⁶³

Neben einer religiösen Entfremdung bestand in der wirtschaftlichen Ausbeutung eine weitere mögliche Gefahr. Für manche Pflegeeltern mag die Gelegenheit, zu einer »billigen Arbeitskraft« zu kommen, ein Motiv für die

159 MfiS an Anneliese Herrmann, o. D., RA, JFA, BA, E 4:3.

160 Rapport angående Barnavdelningens verksamhet sept. 1938 – 31 dec. 1939, RA, JFA, FS, F 4 a:3.

161 Protokoll, 2.10.1939, RA, JFA, FS, A 1:1.

162 Göpfert: Der jüdische Kindertransport, S. 143.

163 David Köpniwsky: Några ord och siffror om Mosaiska församlingens i Stockholm flyktinghjälp under åren 1933-1950, 1950, RA, JFA, FS, F 4 a:10, S. 21.

Unterbringung von Jugendlichen gewesen sein. Das schloss nicht immer die Bereitschaft zu helfen aus. Letztlich finden sich wenige Hinweise auf eine solche Motivlage. In der Korrespondenz der Friedensaktivistin der Frauenvereinigung für Frieden und Freiheit Marie-Louise de Vylder-Lehmann, die in Göteborg und Umgebung Kinder in jüdische, vor allem aber in nicht jüdische Familien vermittelte, finden sich zahllose Listen mit den Wünschen potenzieller Pflegefamilien. Der Vermerk »Landwirtschaft« hinter dem Wunsch, einen 15- bis 16-jährigen Jungen aufzunehmen, bildete, wie erwähnt, die Ausnahme.¹⁶⁴ In einem Fall stellte eine Familie die Aufnahme eines 17-jährigen Mädchens in Aussicht, die sich »als Haushaltshilfe« verdienen sollte.¹⁶⁵ Eine andere Familie hoffte, ein 12- bis 14-jähriges Mädchen aufzunehmen, »um mit den Kindern zu helfen«.¹⁶⁶ Wohl erwarteten die Pflegeeltern von den Kindern und Jugendlichen, dass diese im Haus und auf dem Hof helfen würden, aber eine Ausbeutung lässt sich aus den konsultierten Quellen nicht bestätigen.¹⁶⁷ Thomas Pammer kommt hingegen in seiner Untersuchung zu den Kindern und Jugendlichen der Schwedischen Israelmission zu einem anderen Ergebnis: »In vielen Fällen verfolgten die schwedischen Antragssteller allerdings auch die klare Absicht, jugendliche Flüchtlinge als billige Arbeitskräfte zu nutzen.«¹⁶⁸ Er dokumentiert zwei Fälle. Warum Pammer hier zu dieser Einschätzung gelangt oder ob sich durch eine andere Altersverteilung und Gruppenstruktur der durch die Israelmission vermittelten Kinder tatsächlich andere Motivlagen ergaben, kann nicht beantwortet werden. Möglich ist, dass die Pflegeeltern der über die Svenska Israelmission verteilten Kinder eher Arbeitsleistungen verlangten, da sie, anders als die von der Mosaiska församling ausgesuchten Eltern, keinen Zuschuss zum Lebensunterhalt erhielten.

Adoptionen

Ging es bei den Kindertransporten nach Schweden vor allem darum, durch die sichere Unterbringung die Eltern zu entlasten und deren Einwanderungschancen in andere Länder zu erhöhen, so waren sich die Verantwortlichen in Stockholm sehr wohl bewusst, dass einige Kinder möglicherweise im Land bleiben

164 Familjer villiga taga emot judiska barn, o. D., RSG, GSA, Folkkrörelsernas Arkiv, Ingrid Lomfors Handlingar rörande judiska flyktingbarn, Marie-Louise de Vylder-Lehmanns brev.

165 Förteckning över personer som äro villiga mottaga flyktingbarn (judiska), o. D., RSG, GSA, Folkkrörelsernas Arkiv, Ingrid Lomfors Handlingar rörande judiska flyktingbarn, Marie-Louise de Vylder-Lehmanns brev.

166 Förteckning över personer som äro villiga att emottaga bar i sina hem, men till vilka vi ännu icke haft något förslag att skicka, o. D., RSG, GSA, Folkkrörelsernas Arkiv, Ingrid Lomfors Handlingar rörande judiska flyktingbarn, Marie-Louise de Vylder-Lehmanns brev.

167 Ein Beispiel für die Erwartungshaltung bei Lomfors: Förlorad barndom, S. 110.

168 Pammer: »Barnen som var räddning värda«, S. 73.

würden. In dem bereits erwähnten offenen Brief an die Jüdische Gemeinde in Kopenhagen hatte die Mosaiska församling berichtet, dass sie den Behörden gegenüber versichert habe, die Weiterwanderungsmöglichkeiten aller Kinder zu prüfen, sie aber nicht garantieren könne, dass alle Kinder das Land wieder verlassen würden. So rechnete sie damit, dass einige Eltern sterben oder dass einzelne Eltern ihre Kinder nicht wieder zu sich nehmen könnten. Daher habe die Gemeinde die Möglichkeit der Adoption von einigen Kindern ins Auge gefasst. Auf jeden Fall würde man für die Kinder während deren Aufenthalt sorgen.¹⁶⁹ Das bedeutet, dass den Stockholmer Verantwortlichen bewusst war, dass die Lage in Deutschland für Juden letztendlich den Tod oder die vollständige Verarmung bedeutete. Die schwedische Regierung betonte hingegen auf mehreren Konferenzen gegenüber den nordischen Nachbarn, dass sich die Kinder im Transit befänden.¹⁷⁰ Eine Auswertung der Karteikarten der Kinderabteilung zeigt, dass etwa ein Fünftel, also etwas mehr als 100 Kinder, das Land wieder verließen. Allerdings wurden sicher nicht alle mit ihren Eltern vereint. 49 Kinder und Jugendliche reisten als Teil der Jugendalija nach Palästina aus – es ist unwahrscheinlich, dass sie dort auf ihre Familien trafen. Denkbar ist das noch bei den 25 Kindern, die in die USA, und den 12 Kindern, die nach England ausreisten. Es gilt auch für die etwas weniger als 30 Kinder, für die eine Ausreise aus Schweden nach Kriegsende belegt ist.

Die Möglichkeit, Kinder über eine Adoption aus Deutschland und Österreich herauszuholen, wurde nicht grundsätzlich verworfen, aber kaum realisiert. Im Juni 1939 fragte das Hilfskomitee in Wien nach, ob die Israelitische Kultusgemeinde einen vier bis sechs Jahre alten, elternlosen Jungen ausfindig machen könne. Die Gemeinde antwortete, sie glaube nicht, dass so etwas möglich sei, »da in einem solchen Falle zu befürchten ist, dass die Kinder nicht ganz gesund sind, wenn beide Elternteile so kurz nach der Geburt des Kindes gestorben sind.«¹⁷¹ Eine Adoption des Pflegekindes als eigentliche Motivation der Aufnahme war bei einigen wenigen Eltern aber offensichtlich. Anders lassen sich die Notizen von de Vylder-Lehmann zu möglichen Pflegefamilien – beispielsweise »10-13jähriges Mädchen, möglichst elternlos« oder das häufig vermerkte »eventuell für immer« – nicht interpretieren.¹⁷² Einen Sonderfall stellen auch die vier Mädchen dar, die im Alter von wenigen Monaten bis etwa zwei Jahren aus dem Jüdischen Säuglings- und Kinderheim Moltkestraße kamen. Für diese war auf den Karteikarten der Kinderabteilung »Adoptivkind« vermerkt.¹⁷³ Entweder

169 MfiS an Det Mosaiske Troessamfund i København, 12.6.1939, RA, JFA, HK, E 1:13.

170 Hans Uwe Petersen: De nordiske lande og Hitlerflygtningene. Internordisk samarbejde i flygtningespørmålet 1938-1939, in: Rune Johansson/Hans-Åke Persson (Hg.): Nordisk flyktningpolitikk i världskrigens epok, Lund 1989, S. 23-61, hier S. 54, 56.

171 IKG an MfiS, 16.8.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

172 Förteckning över personer som äro villiga mottaga flyktningbarn, o. D., RSG, GSA, Folkrorelsernas arkiv, Ingrid Lomfors handlingar rörande judiska flyktningbarn, Marie-Louise de Vylder-Lehmanns brev.

173 RA, JFA, BA, Kortregister, D 1 b:2.

handelte es sich um Waisen oder aber um Kinder, die gleich nach der Geburt zur Adoption freigegeben worden waren. Als nach Kriegsbeginn im September 1939 eine baldige Wiedervereinigung mit den leiblichen Eltern unwahrscheinlich wurde, erreichten die Gemeinde zudem vermehrt Anträge der Pflegeeltern, die Pflegekinder adoptieren zu dürfen. Dieses Vorgehen war wohl auch dem Wunsch geschuldet, den Kindern, die den Pflegeeltern ans Herz gewachsen waren, Sicherheit zu geben. Die Gemeinde verwies in einem internen Bericht jedenfalls auf »wirklich ergreifende Gefühle, insbesondere von einem Teil der nicht jüdischen Pflegeeltern«. ¹⁷⁴

Bevorzugung und Diskriminierung

Dabei bemühte sich das Hilfskomitee augenscheinlich sehr, die ihm anvertrauten Kinder verantwortungsvoll zu pflegen. Es war nicht daran interessiert, die Kinder schnellstens wieder loszuwerden. So beschloss es am 16. August 1939, den Vorschlag des britischen Movement for the Care of Children from Germany abzulehnen, Einreisegenehmigungen für eine Anzahl von Flüchtlingskindern aus Schweden nach Großbritannien zu beschaffen. Eine solche Umsiedlung sollte nur stattfinden, wenn die Kinder dort Verwandte hatten; auch sollte in jedem Fall die Meinung der Reichsvertretung zu solchen Entscheidungen eingeholt werden. ¹⁷⁵ In der Rückbetrachtung hätten sich allerdings einige Kinder für einen solchen Transfer angeboten, um wieder Platz für weitere Quotenkinder zu machen. Die obige Auflistung der von der Gemeinde betriebenen oder unterstützten Kinderheime lässt bereits vermuten, dass Jungen und männliche Jugendliche schwerer in Pflegefamilien zu vermitteln waren als Mädchen und daher eher in Heimen untergebracht werden mussten. Ein »Verzeichnis von bereits vermittelten Kindern« in Göteborger Pflegefamilien listet nur Mädchen auf. ¹⁷⁶ Auch die Helfer der Schwedischen Israelmission, die Wiener »nichtarische« Kinder vermittelten, hatten damit zu kämpfen, dass die schwedischen Gasteltern lieber Mädchen und junge Frauen aufnehmen wollten als Jungen und junge Männer, da diese als besser integrierbar galten. ¹⁷⁷ Auch in Großbritannien hatte das Movement for the Care of Children from Germany größere Schwie-

174 Rapport angående Barnavdelningens verksamhet sept. 1938 – 31 dec. 1939, RA, JFA, FS, F 4 a:3.

175 RA, JFA, FS, A 1:1.

176 Förteckning å redan placerade barn, o. D., RSG, GSA, Folkkrörelsernas arkiv, Ingrid Lomfors handlingar rörande judiska flyktingbarn, Marie-Louise de Vylder-Lehmanns brev.

177 Thomas Pammer: Die Schwedische Israelmission und ihre Kindertransporte, in: Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung (Hg.): Im Exil in Schweden. Österreichische Erfahrungen und Perspektiven in den 1930er und 1940er Jahren, Wien 2013, S. 137-148, hier S. 146.

rigkeiten, die adoleszenten, männlichen Flüchtlinge unterzubringen.¹⁷⁸ Dabei gehörten diese zu den am meisten von einer Verhaftung bedrohten Gruppen in Deutschland und Österreich. Aber nicht nur das – vielen Familien musste es leichter fallen, sich von einem Heranwachsenden zu trennen als von einem Kleinkind, da angenommen werden konnte, dass sich die Älteren schneller und selbstständiger eingewöhnen würden. Auch schien es gemäß der Logik einer nachhaltigen Auswanderung besser, diejenigen Kinder und Jugendlichen vorzuschicken, die bereits alt genug waren, um eine Ausbildung zu absolvieren und Arbeit zu finden, als solche, die noch längere Zeit als Abhängige eine besondere Betreuung benötigten. Es ist daher nicht erstaunlich, dass die Gemeinden in Deutschland und Österreich versuchten, diese jungen Männer in die Transporte zu integrieren, um sie zu schützen.¹⁷⁹ Am 5. Februar 1939 bat die Israelitische Kultusgemeinde in Wien die bereits erwähnte Kerstin Hellner, die Brüder Heinz und Fritz Lustig für ein halbes Jahr in Schweden unterzubringen. Beide hatten ein Affidavit für die USA und waren zuvor in Haft gewesen. Nach Ansicht der Wiener Gemeinde war es wichtig, dass sie ihre endgültige Auswanderung in Sicherheit abwarten konnten. Sie betonte die große und kräftige Statur der beiden.¹⁸⁰ Auf diese Weise wollte sie Interesse wecken, da eine Gastfamilie die Geschwister vielleicht als Arbeitskräfte einsetzen konnte.

Dass die Unterbringung anderer Kategorien weniger Schwierigkeiten bereitete, zeigt hingegen ein Schreiben des schwedischen Hilfskomitees an die Israelitische Kultusgemeinde Wien aus dem Februar 1939. In einem Nachsatz zu einer Liste der neu akzeptierten Kinder wurden die Wiener darüber informiert, dass jederzeit kleine Mädchen nach Schweden kommen könnten – sogar zur Adoption. Eva Warburg schrieb: »Wir sind an Mädchen im Alter von 2-5 Jahren zur Adoption interessiert, wenn Sie solche Kinder haben, senden Sie uns bitte deren Bilder und Unterlagen zu.«¹⁸¹ Auch erreichte die Gemeinde im Frühjahr 1939 das Angebot, einige Kinder in einer ländlichen Gegend im hohen Norden des Landes bei Umeå unterzubringen. Allerdings, so der Wunsch der Gastfamilien, sollten die Kinder nach Möglichkeit jünger als fünf Jahre alt sein, im Höchstfall erst unlängst das Schulalter erreicht haben. Es fällt nicht schwer zu vermuten, dass sich hinter solchen Angeboten die Hoffnung auf eine künftige Adoption versteckte. Die Gemeinde fühlte sich aber dem Kindeswohl verpflichtet und lehnte das Angebot zunächst ab. Zum einen seien aus Deutschland nur sehr wenige Kinder dieser Altersklasse gemeldet worden, zum anderen müsse man auch bei älteren Jahrgängen im Interesse der anvertrauten Kinder von dem Angebot Abstand nehmen. Die Kinder, die nach Schweden kämen, seien ein Großstadtmilieu gewohnt und drohten in der Weite Nordschwedens zu vereinsamen. In Absprache mit den medizinischen Fachkräften würde die Kinderabteilung keine

178 Zahl Gottlieb: *Men of Vision*, S. 118.

179 Curio: *Verfolgung, Flucht, Rettung*, S. 58.

180 IKG an Kerstin Hellner, 5.2.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

181 MfIS an IKG, 8.2.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

Gastfamilien wählen, die zu weit voneinander entfernt lägen. Das sei eine Vorbeugungsmaßnahme gegen Vereinsamung und Depressionen.¹⁸² Später wurden dennoch einige Kinder in Pflegefamilien in Nordschweden untergebracht.

Auch in Großbritannien waren Alter, Geschlecht und Aussehen wichtige Faktoren bei der Auswahl der Kinder. Da die Anzahl der Kinder, die durch eine Bürgerschaft des Movements einreisen durften, begrenzt war und Privatpersonen mit 50 Pfund zu bürgen hatten – davon sollte eine Weiterreise finanziert werden –, verschlechterten sich die Chancen für Jungen. Einer der Organisatoren der britischen Kindertransporte, der die Auswahl der Kinder in Prag traf, bestätigte später, dass die Bürgen sich blonde Mädchen im Alter zwischen sieben und zehn Jahren wünschten.¹⁸³ Claudia Curio beschrieb in ihren zahlreichen Veröffentlichungen zu den Kindertransporten nach Großbritannien, wie sehr die potenziellen Bürgen eine nach Geschlecht, Aussehen und sozialer Herkunft bestimmte Auswahl trafen. Das Ziel war es, Kinder zu finden, von denen nach zeitgenössischen Stereotypen eine schnelle und reibungslose Integration in die Aufnahmegesellschaft erwartet werden konnte. Sie sollten »unsichtbar« werden und so eine Fortführung der Hilfsaktion gewährleisten.¹⁸⁴

Dass alle Beteiligten verstanden, welche Kinder am dringlichsten ausreisen mussten und auch versuchten, die älteren nach Schweden zu retten, kann einer Liste im Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde entnommen werden. Auf jener finden sich zwölf Namen, fünf Mädchen- und sieben Jungennamen. Es handelt sich um von Kerstin Hellner an die Israelitische Kultusgemeinde gemeldete »Schwedenkinder«. Sie waren augenscheinlich von Letzterer vorgeschlagen und vom Hilfskomitee akzeptiert worden. Keines der Kinder oder Jugendlichen war zu diesem Zeitpunkt jünger als 13 Jahre, das älteste war ein 18 Jahre altes Mädchen. Zu jedem Kind findet sich eine Kurzbeschreibung, in der der erreichte Schulabschluss, bestimmte Talente oder Neigungen und oft der Beruf des Vaters genannt wird. Bei einigen Jugendlichen finden sich noch weitere Kommentare. Der 13-jährige Junge wird als »kleiner netter Junge« und »Schulbub mit gutem Fortgang« bezeichnet. Das 18 Jahre alte Mädchen hingegen sei »schwächlich« und komme »für schwere Arbeit nicht in Frage«. Der 17-jährige Herbert hingegen »macht einen guten willigen Eindruck«, »würde jeden Beruf ergreifen«. Herbert war zudem ein guter Schüler, der »öfters Vorzug« erhielt sowie englische und französische Sprachkenntnisse vorweisen konnte. Der Vater war Kaufmann. Als vorletzter Name auf der Liste ist Leopold Parille aufgeführt. Der 16-Jährige

182 MfiS an einen Oscar Brunius, 27.4.1939, RA, JFA, HK, E 1:13.

183 Karen Gershon (Hg.): *Wir kamen als Kinder. Eine kollektive Autobiografie*, aus dem Engl. übers. von Hanns Schumacher, Frankfurt a. M. 1988, S. 19.

184 Beispielhaft und kondensiert Claudia Curio: »Unsichtbare Kinder«. Auswahl- und Eingliederungsstrategien der Hilfsorganisationen, in: Wolfgang Benz/Claudia Curio/Andrea Hammel (Hg.): *Die Kindertransporte 1938/39. Rettung und Integration*, Frankfurt a. M. 2003, S. 60-81; Curio: *Verfolgung, Flucht, Rettung*, S. 164-176.

wolle gerne »weben lernen« und sei ein »netter kräftiger Junge«. ¹⁸⁵ Die Wiener Gemeinde verwendete sich intensiv für seine Ausreise. ¹⁸⁶ Die Informationen über ihn hatte die israelitische Kultusgemeinde aus dem »Erhebungsbogen über die Familie« entnehmen können. ¹⁸⁷ Die Verhältnisse der Familie seien »für die Zukunft so unsicher, dass eine Ausreise des Sohnes geboten« scheine. Das Ansuchen wurde als »sehr berücksichtigenswert« eingestuft. Auch ein anderer Junge auf der Liste wurde als dringlich eingestuft. Familie Glatz wurde bescheinigt, in »trostlosen finanziellen Verhältnissen« zu leben. Der Vater befand sich in Haft, sodass die Familie derzeit über kein Einkommen verfügte. Der Junge, Robert, aber war ebenso »gesund und sportlich trainiert« wie Leopold. ¹⁸⁸ Seine Unterbringung sei dringend geboten. »Die Mutter will dann versuchen, nach der Enthftung des Mannes nach Shanghai zu fahren.« ¹⁸⁹ Sie hatte bereits die Reise nach Shanghai angezahlt. ¹⁹⁰ Beide Kinder gelangten aber letztlich nicht nach Schweden.

Das Hilfskomitee war sich früh darüber im Klaren, wie schwierig die Vermittlung der älteren Kinder werden würde. Bereits Anfang März 1939 warnte die Mosaiska församling die für die Jugendpflege zuständigen Stellen in der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien: »Allerdings wird es schwerfallen, die Größeren zu platzieren und bitten Sie, den Kindern keine Hoffnungen zu machen.« ¹⁹¹ Immer wieder appellierten die Funktionäre an die Gemeinde, Unterbringungsmöglichkeiten für die Älteren zu schaffen. Ein handschriftlicher Entwurf für einen Aufruf an die Gemeindeglieder, vermutlich aus dem Frühjahr 1939, beschrieb die Zustände aus Sicht der Gemeindeleitung:

»Ziemlich bald nach Beginn der Aktion zeigte es sich, dass es sehr schwer war, Heime und Pflegeeltern für die größeren Jungs zu beschaffen. Für ein kleines Mädchen oder einen kleinen Jungen ist es nicht so schwierig, ein Zuhause zu finden, sogar ein etwas größeres Mädchen kann man platzieren, schließlich kann sie ja im Haushalt helfen. Aber für die halb erwachsenen Jungen ist es schlimmer. Sie nehmen mehr Platz im Haushalt ein und es ist nicht so leicht ihnen für die Nacht ein Lager auf dem Sofa im Salon zu bereiten, geschweige denn eine Ecke für sie am Tag zu beschaffen. Die heranwachsenden Jungen, die bald erwachsene Männer sein sollen, brauchen mehr als irgendetwas die Unterstützung, die nur ein echtes Zuhause geben kann, eins, wo auch ein

185 Durchschrift des Schreibens und auf den 1.2.1939 datierte Liste in Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

186 IKG an MfiS, 10.1.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

187 Erhebungsbogen über die Familie Parille, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

188 Ebd.

189 IKG an MfiS, 10.1.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

190 Erhebungsbogen über die Familie Glatz, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

191 MfiS an IKG, 2.3.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1996.

Vater und eine Mutter ist. Sie brauchen nicht nur einfach Essen – davon allerdings ziemlich viel – sie brauchen tägliche Fürsorge und Treue.«¹⁹²

Die etablierten jüdischen Familien gingen mit gutem Beispiel voran. Mitglieder der Verlegerfamilie Bonnier und auch die Warburgs nahmen Kinder auf. Eine Auswertung der Karteien der Kinderabteilung nach Geschlecht und Alter ergibt folgende Befunde: Mehr Mädchen (55 Prozent) als Jungen wurden vom Hilfskomitee angenommen und konnten nach Schweden einreisen. Um genau zu sein, erhielten 45 mehr Mädchen als Jungen eine Chance auf Rettung. Insbesondere in der Alterskohorte der 15- und 16-Jährigen, in der die Jungen als besonders gefährdet galten, wurden entweder genauso viele Mädchen wie Jungen oder sogar mehr Mädchen akzeptiert. Die über 16-Jährigen fielen nicht mehr unter die Kategorie Kinder und gingen daher nicht in die Auswertung ein. Das Hilfskomitee war also nicht in der Lage, für den Bedarf an Plätzen für Jungen ein ausreichendes Angebot an Pflegestellen bereitzustellen. Auf der anderen Seite könnte man aber auch argumentieren, dass die Stockholmer verstanden hatten, dass Jungen zwar weniger beliebt waren, sich aber in größerer Gefahr befanden, und sich deshalb zumindest um ein ausgeglichenes Verhältnis bemühten. Das gelang aber, wie zu sehen war, beim Aufbau von Kinderheimen und bei den Einrichtungen der Jugendaljia. Auch bei den Kindertransporten nach Großbritannien kam es zu ähnlichen Konflikten mit den britischen Hilfsorganisationen. Hatten die deutsch-jüdischen Organisationen ihre Vorschläge nach Dringlichkeit der Ausreise aufgestellt, wünschten sich die britischen wie die schwedischen Hilfsorganisationen eine Auswahl, die sich stärker an der angenommenen Eigenschaft zur Eingewöhnung orientierte.¹⁹³

Es mangelte der Gemeinde nicht nur an jüdischen Pflegefamilien, sondern hinzu kam ein finanzielles Problem. Das Hilfskomitee hatte sich stets bemüht, die Kinder kostenfrei in Pflegefamilien unterzubringen. Diese Bemühungen waren allerdings nicht von dem gewünschten Erfolg gekrönt, sodass das Komitee sich gezwungen sah, eine verhältnismäßig große Zahl von Kindern gegen eine Kostenerstattung in privaten Haushalten unterzubringen. Diese erhielten 1939 eine monatliche Entschädigung zwischen 20 und 90 Kronen. Das Hilfskomitee rechnete nicht damit, weitere kostenfreie Pflegestellen zu finden und erwartete angesichts der zunehmenden allgemeinen Lebenshaltungskosten einen weiteren Anstieg der eigenen Ausgaben.¹⁹⁴ Diese Prognose sollte sich bewahrheiten – auch zwei Jahre später umfassten die Kosten für die Kinderhilfeabteilung einen der größten Einzelposten im Budget des Hilfskomitees.¹⁹⁵ Allerdings wurde der Anstieg der Kosten dadurch gemindert, dass eine wachsende Anzahl der als Kinder nach Schweden gekommenen Jugendlichen später bereits eine Arbeit annehmen

192 Aufruf »En vädjan«, RA, JFA, HK, E 1:13.

193 Curio: Verfolgung, Flucht, Rettung, S. 59 f.

194 P.M. angående barnavdelningen, RA, JFA, FS, F 4 a:1.

195 Allmän redogörelse för den judiska flyktinghjälpen i Sverige 1933-1941, RA, JFA, FS, F 4 a:1.

konnte und so zu Selbstversorgern wurde.¹⁹⁶ Auch konnte die Gemeinde für einige Kinder externe Unterstützungszahlungen akquirieren. So überwies zum Beispiel die Göteborger Menschen- und Flüchtlingsrechtaktivistin Ingrid Segerstedt Wiberg, Tochter des deutschlandkritischen Verlegers Torgny Segerstedt, im September 1940 Geld für die Heimunterbringung von acht Mädchen.¹⁹⁷ Letztlich wurden 135 von 457, also ein Drittel der Kinder, die bis zum Dezember 1939 nach Schweden kamen, in einem Heim untergebracht.

Nicht alle dieser Heime waren Einrichtungen einer jüdischen Gemeinde.¹⁹⁸ Besonders beachtenswert ist das privat finanzierte Kinderheim in Stigbo in der nordwestlich von Stockholm gelegenen Gemeinde Sollentuna, das dank des Engagements einiger Ehefrauen führender Gemeindemitglieder eingerichtet werden konnte. Im März 1939 nahm das Heim seine Arbeit auf, finanziert wurde es durch Spenden und Spendensammlungen der Familien von Tony Bonnier, Signe Lamm und Ingrid Sachs. Diese drei Frauen gründeten und betreuten das Heim und seine Kinder, während Eva Warburg aus der Kinderabteilung den Transport der Kinder nach Schweden verantwortete. Vorstandsmitglied Ivar Philipson engagierte sich als Anwalt des Heims. Insbesondere unter den etablierten Stockholmer Kaufmanns- und Professorenfamilien Bonnier, Hirsch, Josephson, Lamm, Nathanson, Philipson und Sachs – aus allen diesen Familien kamen aktuelle oder ehemalige Vorstandsmitglieder der Jüdischen Gemeinde – fanden sich die Unterstützer des Heims. Einige der Kinder waren zeitweilig auch in diesen Familien untergebracht oder hatten Geschwister, die dort aufgenommen wurden.¹⁹⁹

Manchmal waren es auch christlich inspirierte oder zumindest nicht jüdische Aktivisten, die halfen, die Kinder zu vermitteln. So entstand insbesondere in Göteborg eine Hilfsinitiative, die aus einem Kreis von Pazifistinnen um die Schriftstellerin Amelie Posse und die Ehefrau des Göteborger Professors für Pharmakologie Jørgen Erik Lehmann, Marie-Louise de Vylder-Lehmann, hervorging. Amelie Posse, genauer Gräfin Amelie Posse Brázdová, hatte 1915 den tschechischen Künstler Oki Brázda geheiratet und war mit ihm auf das Gut Líčkov gezogen. Nach dem deutschen Einmarsch war die überzeugte Pazifistin und Antifaschistin gezwungen zu fliehen. Nach ihrer Rückkehr nach Schweden wurde sie vom Königsbruder Prinzen Eugen mit Blumen in Empfang genommen.²⁰⁰ Sie war also auch in ihrer Heimat sehr gut vernetzt. Hier setzte Posse

196 Bericht Flyktingsektionen, 5.4.1943, RA, JFA, FS, F 4 a:1.

197 Ingrid Segerstedt Wiberg an Julius Hüttner in Göteborg, 30.9.1940, RA, JFA, BA, E 2 A:3.

198 Rapport angående Barnavdelningens verksamhet sept. 1938 – 31 dec. 1939, RA, JFA, FS, F 4 a:3.

199 Pontus Rudberg: »Alt är harmonie« Om tillvaron på Stigbo, ett hem för judiska flyktingbarn år 1939, in: Götling, Anna/Lamberg, Marko (Hg.): Tillfälliga Stockholmare. Människor och möten under 600 år, Stockholm 2017 (Stockholm stads monografiserie), S. 301–325.

200 Amelie Posse: Åtskilligt kan nu sägas, Stockholm 1949, S. 70.

ihre Arbeit in der Flüchtlingshilfe fort. Sie war Mitbegründerin des »Dienstagsclubs«, einer Gruppe, die sich als Kern einer zukünftigen Widerstandsorganisation für den Fall eines deutschen Einmarsches wappnete. Zusammen mit Freundinnen oder Bekannten gründete sie ein lokales Hilfskomitee, das seit Februar 1939 auch ein Kinderheim betrieb. Die Gelder kamen von Spendern, der Organisation *Rädda barnen* (dt. Rettet die Kinder), dem Roten Kreuz, dem staatlichen Flüchtlingsbeauftragten, der Organisation *Världsamling för fred* (dt. Internationale Vereinigung für Frieden) und dem tschechoslowakischen Staat.

Im Vorstand des Kinderheims saßen u. a. Irma Mannheimer, die Schwiegertochter des Vorsitzenden der Göteborger Jüdischen Gemeinde, und die bereits erwähnten Ingrid Segerstedt Wiberg und Marie-Louise de Vylder-Lehmann.²⁰¹ Ingrid Segerstedt Wiberg war aktiv in der Vereinigung *Internationella Kvinnoförbundet för Fred och Frihet* (dt. Internationale Vereinigung von Frauen für Frieden und Freiheit, einer Mitgliedsorganisation der Women's International League for Peace and Freedom), deren Vorsitz sie nach dem Krieg innehatte. Seit 1945 arbeitete sie zudem als Flüchtlingsbeauftragte der Stadt Göteborg. Die letztgenannten Frauen führten eine rege Korrespondenz mit der Jüdischen Gemeinde in Göteborg, der Gemeinde in Stockholm sowie dem bereits erwähnten Pastor Birger Pernow.²⁰² Hier zeigen sich die typischerweise kurzen Wege in einem »kleinen Land«. Hilfswillige Menschen kannten sich häufig. Das erwähnte Kinderheim nahm laut den Jahresberichten von 1939 bis 1943 mehrere Kinder auf, die direkt von der Jüdischen Gemeinde finanziert wurden. Es ist aber anzunehmen, dass auch ein Großteil der übrigen Kinder, wenn nicht direkt finanziert, so doch durch die Quotenregelung des Stockholmer Hilfskomitees ins Land kam. Dabei ist die Gemengelage unübersichtlich. Ein Bericht vom Ende des Jahres 1939 zur Arbeit der Kinderabteilung erwähnt 23 Kinder, die über die Kinderquote nach Schweden eingereist und von den Aktivistinnen kostenlos untergebracht worden seien.²⁰³ Auch Gerda Marcus von der Kinderabteilung bescheinigte de Vylder-Lehmann, dass die Frauenliga für Frieden und Freiheit sich große Verdienste um die Rettung der Mädchen und Jungen erworben habe.²⁰⁴

Frenci Erikson (geb. Franziska Uher[ova]) berichtet in ihren Erinnerungen, dass sie auf einem von Amelie Posse mitorganisierten Flüchtlingstransport nach Schweden eingereist sei, der, aus Prag kommend, einige jüdische Kinder, Sozialdemokraten und Kommunisten gerettet habe. Posse habe ihrer Mutter persönlich geraten, die Tochter beim Konsulat anzumelden.²⁰⁵ Der Transport

201 Årsberättelse 1939, RSG, Göteborgs Hjälpkommitté för landsflyktiga.

202 RSG, Göteborgs stads kurator för statslösa flyktingar, E 1:1, und RSG, GSA, Folkkrörelsernas arkiv, Ingrid Lomfors handlingar rörande judiska flyktingbarn.

203 Rapport angående Barnavdelningens verksamhet sept. 1938 – 31 dec. 1939, RA, JFA, FS, F 4 a:3.

204 Gerda Marcus an Marie-Louise de Vylder-Lehmann, 10.11.1939, RSG, GSA, RSG, Folkkrörelsernas arkiv, Ingrid Lomfors handlingar rörande judiska flyktingbarn, Handlingar från Marie-Louise de Vylder-Lehmann, F 15/04.

205 Frenci Erikson: *Min judiska moder*, Stockholm 1991, S. 96-99 und 103-110.

für die eigentlich aus Wien stammende Erikson/Uher begann in den Räumen des Christlichen Vereins junger Menschen in Prag. Den Transport begleitete die bereits häufig erwähnte Kerstin Hellner, die auch die Kindertransporte aus Wien organisierte. Die Kinder des Transportes reisten nach Göteborg, wo sie auf Gastfamilien verteilt wurden. Diejenigen, die aus logistischen oder gesundheitlichen Gründen nicht sofort bei Gasteltern einzogen, kamen zunächst in dem erwähnten Heim unter.²⁰⁶ Kerstin Hellner hatte überdies Kontakt zu dem Leiter der Israelmission in Schweden, Pastor Birger Pernow, an den sie mit der Bitte um finanzielle Unterstützung für die Ausbildung der Kinder in Göteborg herantrat.²⁰⁷ Auch stand Pernow – und mit ihm die Israelmission – bereits frühzeitig mit diesem Kreis engagierter Frauen in Verbindung. Diese hatten ihm Listen mit Kindern zugesandt, für die sie Unterbringungsmöglichkeiten organisieren wollten – in Absprache mit Gerda Marcus von der Kinderabteilung der Jüdischen Gemeinde Stockholm. Für die Mädchen und Jungen übernahm die Kinderabteilung die Kosten.²⁰⁸

Die Unterbringung von Geschwisterpaaren gestaltete sich besonders schwierig, da nur wenige Familien bereit waren, gleich zwei oder mehr Kinder aufzunehmen. Dabei scheinen die Geschwisterpaare keine große Seltenheit gewesen zu sein. In den Karteien finden sich etwa 70 Geschwisterpaare.²⁰⁹ Für die Eltern der verschickten Geschwister war es wichtig, dass ihre Kinder zusammenbleiben konnten. Insbesondere bei Zwillingen konnte eine Trennung der Kinder traumatische Folgen haben. Dennoch wurden mindestens zwei Zwillingspaare separat untergebracht. Welche Gründe für eine Trennung sprachen, ist nicht klar. Auch bei anderen Geschwisterkindern schien eine gemeinsame Betreuung ratsam. Allerdings spielte die unterschiedliche Vorbildung und das Alter der Kinder bei den Entscheidungen der Kinderabteilung eine Rolle. Wenn ein Geschwisterteil älter war und bereits mit einer Ausbildung beginnen oder der Jugendalija zugeordnet werden konnte, das andere aber noch schulpflichtig war, kam eine gemeinsame Unterbringung nicht in Betracht. Ilse Wolff und ihr Bruder Hans aus Emden wurden beispielsweise nicht zusammen untergebracht. Das zwölfjährige Mädchen kam in Hälsingborg unter, ihr fast sechs Jahre jüngerer Bruder hingegen in Åmål am See Vänern. Sein Pflegevater Sven Ericsson berichtete der Kinderabteilung, Hans, »Hansimann«, sei durch die Vermittlung von Ingrid Segerstedt Wiberg zu ihnen gekommen. Die Pflegeeltern seien 28 Jahre alt und hätten selbst keine Kinder. »Hansimann« sei »ängstlich, kränklich und psychisch sehr bedrückt« gewesen, als er kam, nun sei er »gesund und stark und

206 Förteckning över barn från Tjeckoslovakien som omhändertagits av Göteborgs Hjälpkommittén barnhem, RSG, Göteborgs stads kurator för statslösa flyktingar, E 1:1.

207 Kerstin Hellner an Ingrid Segerstedt Wiberg, 18.11.1942, RSG, Göteborgs stads kurator för statslösa flyktingar, E 1:1.

208 Gerda Marcus an Ingrid Segerstedt Wiberg, 13.6.1939 und 22.6.1939, sowie Ingrid Segerstedt Wiberg an Gerda Marcus, 16.6.1939 und 23.9.1939, RSG, GSA, Folkrolselernas arkiv, Ingrid Lomfors handlingar rörande judiska flyktingbarn.

209 RA, JFA, BA, Kortregister.

strahlt wie eine Sonne von morgens bis abends«. Mit der Familie sei Ericsson in wöchentlichem Kontakt; diese plane die Emigration in die USA.²¹⁰

Auch der zum Zeitpunkt seiner Einreise nach Schweden zwölfjährige Hans Joachim Posner aus Dresden wurde von seinem Bruder getrennt. Während er im Kinderheim in Uppsala untergebracht war, kam sein zwei Jahre älterer Bruder Manfred in Stockholm in einer Familie unter. Dort begann er später eine Ausbildung als Konditoreilehrling.²¹¹ Voller Sorge erkundigte sich der Vater Berthold Elias im September 1940 aus Hamburg, warum seine Kinder, die bislang bei einer Familie Stern untergebracht gewesen waren, nun auseinandergerissen worden seien. Er habe wie auch seine Frau ausschließlich einer gemeinsamen Familienunterbringung zugestimmt. Die Gemeinde verstand die Sorgen und antwortete schnell. Die Familie sei unpässlich gewesen, die Kinder seien aber nun wieder vereint.²¹²

In manchen Fällen sprachen aus Sicht der Kinderabteilung psychosoziale Gründe gegen eine gemeinsame Unterbringung. Im Oktober 1939 wandte sich die Kinderabteilung der Gemeinde an den einflussreichen Bildungsforscher und Studienrat Carl Cederblad in Uppsala, um die Unterbringung der sechsjährigen Renate Schuster zu erörtern. Diese sollte zu einer Frau Edin nach Uppsala kommen, bei der die Kinderabteilung zuversichtlich war, dass Renate es dort gut haben würde. Cederblad, Autor verschiedener Studien zu Volksbildung und Kindererziehung, hatte die Familie im Auftrag der Kinderabteilung begutachtet. Wie die Mitarbeiterinnen der Kinderabteilung vermutete auch er, dass ihre Mutter das Deutsche Reich nicht so bald würde verlassen können. Alle Beteiligten hofften, dass Renate bei Familie Edin bleiben könne. Cederblad informierte die Gemeinde, dass die vorgesehene Gastfamilie einen guten Eindruck mache. Sie hätten drei Söhne und seien Besitzer einer Metzgerei, besäßen ein prächtiges Heim und auch ein Wochenenddomizil. Alle würden sich auf Renate freuen, da es eine Tochter gegeben habe, die in jenem Alter verstorben sei. Die Familie finde, dass Renate ihr ähnlich sehe. Dadurch habe sie »schon einen besonderen Platz in ihrem Herzen erobert«.

Was heute merkwürdig klingt, schien damals kein Erschrecken ausgelöst zu haben. Die Edins seien religiös in der Freikirchenbewegung engagiert, Züge eines beengenden Sektierertums habe Cederblad aber nicht bemerkt. Es sei wahrscheinlich, dass sie Renate »für alle Zeit behalten« wollten. Er habe Familie Edin aber darauf aufmerksam gemacht, dass die Gemeinde als eigentlicher Erziehungsberechtigter anzusehen sei. Renate selbst, die eine große Verbundenheit zu ihrer Familie zeige, wartete laut Cederblad darauf, dass ihr ältester Bruder komme und sie zu den Eltern hole. Eine gemeinsame Unterbringung mit dem

210 Sven Ericsson an MfIS, Barnavelningen, 25.4.1940, RA, JFA, BA, E 2 A:1. Die Eltern wurden laut dem Gedenkbuch des Bundesarchivs 1942 gemeinsam nach Theresienstadt verschleppt und 1944 in Auschwitz ermordet.

211 Karteikarten zu den Jungen, Kortregister Barnavelningen, RA, JFA, BA, D 1 b:2.

212 Berthold Elias an MfIS, 4. und 25.9.1940, RA, JFA, BA, E 2 a:2.

drei Jahre älteren Bruder Ernst empfahl Cederblad nicht. »Ernst scheint ein recht kränklicher und kraftloser Junge zu sein. Er kommt nicht gerne hierher, da er es nicht mag, mit seiner lebendigen Schwester zusammen zu sein.«²¹³ Dennoch lebte Ernst Schuster für einige Zeit auch bei der Familie Edin, wurde aber letztlich wieder zu der Pflegestelle zurückverlegt, bei der er zunächst untergekommen war.²¹⁴ Renate blieb bei den Edins.²¹⁵ Anzumerken bleibt noch, dass Cederblad die Briefe der Eltern in einem Umschlag den Edins mitgegeben hatte, denn, so Cederblad, »sie werden eines Tages für Renate sicher von großem Interesse sein«. Cederblad schien sich im Frühjahr 1940 sicher zu sein, dass sich Eltern und Kind nie mehr wiedersehen würden.

Wie bei den umfangreicheren Kindertransporten nach Großbritannien wurden die Kinder auch vor einer Einreise nach Schweden ärztlich untersucht. Kranke oder gar behinderte Kinder sollten nach dem Wunsch des Hilfskomitees nicht über die Quote nach Schweden kommen. Das war aus Sicht aller Aufnahmeländer deutscher Flüchtlinge und der dortigen Hilfsorganisationen eine vernünftige Beschränkung, zumal Letztere weder den Gasteltern noch dem Staat die Kosten einer medizinischen Behandlung aufbürden wollten. Zudem sahen die strengen Richtlinien der Einwanderungsbehörden vor, dass nur gesunde Personen ins Land kommen durften. Kranke oder behinderte Menschen stellten ein Risiko dar, da sie die öffentlichen Haushalte zu belasten drohten. Schweden unterschied sich hier in keiner Weise von anderen Emigrationsländern. Auch für die USA und Großbritannien galten solche Regeln.²¹⁶ Aus Sicht der entsendenden Hilfsorganisationen aber wäre insbesondere die Rettung der Kranken dringend gewesen. In ihren Heimatländern von der allgemeinen Gesundheitsversorgung ausgeschlossen und oft unterernährt, hätten sie den Anschluss an einen Kindertransport dringend benötigt.

Schwierig wurde es auch, wenn ein Kind kurz vor der mit Bangen erwarteten aber dennoch herbeigesehnten Abfahrt noch erkrankte. In solchen Fällen wurden die Kinder vom Transport zurückgestellt. Für die Eltern bedeutete dieses, dass sie Angst haben mussten, ob das Kind noch gerettet werden konnte. Zwar konnte noch niemand erahnen, dass mit Kriegsbeginn die Einreise in viele Fluchtländer undurchführbar werden würde, aber in jenen Zeiten schlossen so viele Länder plötzlich die Grenzen, dass die Angst, jeder Transport oder jedes Durchreisevisum könnte auf absehbare Zeit die letzte Chance sein, der Verfolgung zu entkommen, durchaus berechtigt war. Adolf Pfeiffer erlitt ein solches Schicksal. Kurz vor seiner geplanten Abreise erkrankte er und wurde vom Transport zurückgestellt. Wahrscheinlich war er für den Transport am 7. Juni

213 MfiS an Carl Cederblad, 10.10.1939, und Antwort vom 25.4.1940, RA, JFA, BA, E 2 a:1.

214 Karteikarte Ernst Schuster, Kortregister Barnavdelningen, RA, JFA, BA, D 1 b:1.

215 Karteikarte Renate Schuster, Kortregister Barnavdelningen, RA, JFA, BA, D 1 b:2.

216 In Großbritannien setzte sich die Einsicht, dass mental erkrankte Flüchtlinge eine Belastung für die Hilfsorganisationen darstellten, früh durch und so drangen jüdische Hilfsorganisationen auf ärztliche Untersuchungen, um solche ausschließen zu können. London: Whitehall and the Jews, S. 129 f.

1939 vorgesehen.²¹⁷ Die Mosaiska församling begründete im August 1939 ihre Nachfragen zum Fall Pfeiffer mit dem Hinweis, dass sie wiederholt Anfragen der vorgesehenen Gasteltern erhalten habe. Die Israelitische Kultusgemeinde antwortete postwendend, dass der Junge noch einmal untersucht worden sei, legte das Gesundheitsattest bei und versprach, die Stockholmer umgehend zu informieren, sobald der Junge reisefähig sei.²¹⁸ Adolf Pfeiffer hat es nicht mehr nach Schweden geschafft, was aus ihm und seiner Familie wurde, war nicht zu ermitteln.

Dass die deutschen und österreichischen Hilfsorganisationen trotz der Richtlinien versuchten, auch schwächere Kinder in die Kindertransporte einzugliedern, musste zu Konflikten mit den ausländischen Helfern sorgen. Kinder, die eine intensive Betreuung benötigten, waren bei den Gasteltern nicht erwünscht und zwangen die Gemeinde, diese in den eigenen Einrichtungen zu versorgen, wo sie Mittel fanden, die andernfalls einer größeren Zahl von Kindern hätten zugutekommen können. Die Vorstellung, dass unter den Bedingungen zunehmender Verelendung von Juden in Deutschland und Österreich insbesondere diese Kinder der ausländischen Fürsorge bedurften, war nicht die vorherrschende Interpretation. So entwickelte sich die ärztliche Untersuchung zu einer ersten ernst zu nehmenden Hürde.²¹⁹ Wenn trotzdem ein Kind mit Problemen ausreiste, provozierte das in der Folge einen Konflikt mit den Partnern im Ausland. Es ist vorstellbar, dass mancher Arzt oder Fürsorger auch den einen oder anderen Zweifelsfall durch die Maschen schlüpfen ließ, wenn sie sich davon eine Erleichterung für die Eltern oder die Kinder versprachen. Um die Transporte und das Wohlwollen der ausländischen Hilfsorganisationen und Regierungen nicht ganz zu verspielen, blieb es aber bei Einzelfällen. Der Direktor der Schwedischen Israelmission lehnte ein Mädchen aus Wien ab, das seiner Ansicht nach auf dem eingesandten Foto »geisteskrank erschien«.²²⁰ Er fürchtete, dass eine Aufnahme des Kindes die Hilfsaktion in Schweden diskreditieren würde.

Die Kinderabteilung der Jüdischen Gemeinde in Stockholm hatte den kleinen Erich im Frühjahr 1939 als Quotenkind aus Wien nach Schweden kommen lassen.²²¹ Dort hatte sie dann aber eine Behinderung festgestellt:

217 Laut Statistik der IKG ging am 7. Juni 1939 ein Transport mit 25 Kindern nach Schweden (Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1964,1), und am 4. Juli 1939 berichtete die IKG in einem Schreiben an die MfiS von der Krankheit des Jungen (Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995).

218 MfiS an IKG, 11.8.1939, und Antwort vom 18.8.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

219 Auf einer Liste – wahrscheinlich aus dem Frühjahr 1939 – ist ein Junge unter der Rubrik »Ärztlich abgelehnt« verzeichnet. Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

220 Pammer: »Barnen som var räddning värda«?, S. 61.

221 Die Aufenthaltsgenehmigung vom 21. März 1939 bis zum 10. September 1939 wurde dem Wiener Konsulat am 20. März 1939 durch das Außenministerium mitgeteilt. Erich S., Centraldossié, Migrationsverket arkiv, #1-404965. Aus Gründen des Datenschutzes wird in diesem Fall auf eine Namensnennung verzichtet.

»Betr. den Knaben Erich [...]. Wir hatten von ihnen ein Gesundheitsattest erhalten und das Kind daraufhin hergenommen. Jetzt stellt sich heraus, dass das Kind geistig nicht normal ist und den rechten Arm gelähmt hat. Wir beabsichtigen, das Kind zurückzuschicken, da das Kind lt. Aussage der hiesigen Ärzte nicht heilbar ist und die Jüdische Gemeinde hier eine derartige Belastung nicht auf sich nehmen will und kann. Wir sehen uns daher gezwungen, den Knaben mit der Transportbegleiterin des nächsten Transportes wieder nach Wien zurück zu schicken.«²²²

Da aber zunächst keine Transporte stattfanden, wurde die Gemeinde noch einmal vorstellig, um den Knaben wieder nach Wien zurückzuschicken. Als Gründe gab sie dieses Mal an:

»Nach Ansicht unseres Vertrauensarztes und des Leiters der Anstalt, in der der Junge sich befindet, braucht der Junge mehrere Jahre besondere Obhut und Pflege; dabei ist keine Gewähr gegeben, dass er sich später wird auf eigene Füße stellen können. Da die Gemeinde sich gegenüber den hiesigen Behörden verpflichtet hat, nur völlig gesunde Kinder hereinzunehmen, sehen wir uns leider gezwungen, den Jungen zurückzuschicken.«²²³

Allerdings war sich die Gemeinde der Tragweite einer solchen Entscheidung bewusst, deren Folgen sie abzumildern versuchte, indem sie den Eltern eine finanzielle Unterstützung für das Kind in Aussicht stellte. Sprach sie im ersten Schreiben noch von der eigenen Belastung, wurden nun die Behörden angeführt. Die Stockholmer erwarteten, dass die Wiener Transportbegleiter das Kind beim nächsten Transport auf dem Rückweg wieder mit nach Hause nehmen würden. Das Problem war, dass sich Erich in den Familien nicht anpassen konnte und daher in einem Heim untergebracht werden musste.²²⁴ Die Israelitische Kultusgemeinde befand sich in einer doppelten Zwangslage. Zum einen war es sicherlich schwierig, das Kind, das sich bereits in Sicherheit befand, wieder der Unsicherheit der Verfolgung auszusetzen. Zum anderen traf dieses Anliegen der Schweden auch auf logistische Probleme. Die Gemeinde teilte mit, dass sie keine Transporte zum derzeitigen Wohnort des Jungen durchführe, schlug aber vor, dass dieser, sofern die Schweden ihn nach Berlin bringen könnten, dort abgeholt werden würde.²²⁵ Da sich eine Übergabe in Berlin anscheinend als undurchführbar erwies, versprachen die Wiener Anfang Juli, dass der Knabe zurückkehren könne, sobald ein Transport zusammengestellt sei und ein Transportbegleiter eine Einreisegenehmigung für Schweden erhalten würde. Allerdings bereitete es »große Schwierigkeiten, von den [deutschen] Behörden

222 MfiS an IKG, 1.6.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

223 MfiS an IKG, 29.6.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

224 Gerda Marcus an Marie-Louise de Vylder-Lehmann, 13.6.1939, RSG, GSA, Folkrelsernas arkiv, Ingrid Lomfors handlingar rörande judiska flyktingbarn, Handlingar från Marie-Louise de Vylder-Lehmann F 15/04.

225 Durchschrift IKG an MfiS, 16.6.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

eine Rückreiseerlaubnis zu bekommen«. ²²⁶ Derweil hatte Erich auch in Schweden Fürsprecher. Die bereits erwähnte Marie-Louise de Vylder-Lehmann in Göteborg bat die Kinderabteilung um Nachsicht, da es sich bei Erich um einen Sonderfall handele. Sie sei in Kontakt mit der Familie, die eine Zurücksendung nicht würde verkraften können. Eindringlich bat sie die Gemeinde, ihn zu behalten, zumal sie auch kostenlose Plätze beschafft habe. Zudem habe der Knabe geschrieben, dass er sich nun wohlfühle. ²²⁷

Im September 1939 kamen dann ausführliche Schreiben aus Wien zum Zustand des Kindes, das im »Fragebogen für Kindertransporte ins Ausland« der Israelitischen Kultusgemeinde als sehr intelligent beschrieben wurde. ²²⁸ Am 13. September erklärte die Fürsorgezentrale der Gemeinde, dass Erich im Alter von zwei Jahren an spinaler Kinderlähmung erkrankt war, von dieser aber laut Auskunft des Vaters bis auf eine Gefühllosigkeit in der rechten Hand vollkommen genesen sei. Auch habe er seit Eintritt in das schulpflichtige Alter die Schule besucht, wo seine Zeugnisse mittelmäßig aber »keineswegs unter dem Durchschnitt« ausfielen. Ein Schreiben der Eltern gleichen Datums war beigelegt. Diese bedankten sich bei der Mosaiska församling für die Hilfe für den Jungen. Sie waren mit der Unterbringung in einem Heim einverstanden und erklärten ihrerseits die Umstände der Erkrankung. Ihrer Ansicht nach war die schwierige Situation, unter der Erich und sie zu leben hatten, Auslöser der Verschlimmerung der eigentlich ausgeheilten Krankheit. Nachdem der Vater seine Anstellung verloren hatte, war die Familie gezwungen gewesen, die Wohnung aufzugeben und fortan gemeinsam mit zwei weiteren Familien zur Untermiete zu wohnen. Die Eltern äußerten sich aber zuversichtlich, dass eine ruhige Umgebung und eine »sachgemäße Behandlung« dem Kind helfen würden. Dafür sprächen auch die Fortschritte, die Erich seit seiner Unterbringung in einem Heim in Södertälje gemacht habe. Seine Briefe hätten gezeigt, dass seine Nerven sich beruhigten. Und in der Tat, ein Bericht des 1935 gegründeten Waldorf-Heimes *Mikaelgården* in Södertälje vom 29. Juni 1939 bestätigte diese Einschätzung. Bei richtiger Unterstützung könne er in einigen Jahren eine einfache Büro­tätigkeit verrichten und selbstständig leben. Auch bescheinigte eine Kinderärztin im März 1939 Erichs Gesundheit.

Diese Einschätzung sollte sich allerdings nicht bewahrheiten. Gerda Marcus von der Kinderabteilung des Hilfskomitees in Stockholm berichtete Marie-Louise de Vylder-Lehmann wahrscheinlich im September 1939: »Erich [...] behalten wir natürlich in Schweden. Es ist nur so schrecklich schwer Heime für

226 IKG an MfiS, 4.7.1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 1995.

227 Marie-Louise de Vylder-Lehmann an Gerda Marcus, 16.6.1939, RSG, GSA, Folk­rörelsernas arkiv, Ingrid Lomfors handlingar rörande judiska flyktingbarn, Handlingar från Marie-Louise de Vylder-Lehmann F 15/04.

228 Fragebogen Erich S. und die folgende Korrespondenz in RA, JFA, BA, E 4:1.

diese psychopathischen Kinder zu bekommen. Für Erik [!] müssen wir 250,- im Monat bezahlen.«²²⁹

Damit ist das grundsätzliche Dilemma der Gemeinde bei der Aufnahme kranker Kinder beschrieben. Seit dem 21. November 1939 lebte Erich dann in einem Heim in Danderyd bei Stockholm. Die Kosten von 75 Kronen – ungefähr die Hälfte der Kosten, die Erwachsene als Unterstützung bekamen – trug die Mosaiska församling. Dort galt Erich laut Bericht der lokalen Polizeibehörden anlässlich der Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung nun als normal entwickelt. Nur seine Lähmung schränkte ihn ein.²³⁰ Auch kümmerte sich die Gemeinde weiter um ihn. Er wurde von Angestellten besucht, die den Fortschritt in der Rehabilitation des gelähmten Arms verfolgten.²³¹ Das Kind wurde letztlich nicht zurückgeschickt, doch trat keine Besserung seines Zustandes ein. Erich war schließlich dauerhaft auf umfassende Versorgung angewiesen. Ab April 1941 lebte er in einer Familie südlich von Stockholm im Bezirk Norrköping. Sein Aufenthalt wurde weiterhin von der Gemeinde finanziell unterstützt. Sein Gastvater sagte gegenüber der Polizei aus, dass Erich in der Schule gut mitkomme, einen guten Charakter habe und bald eine leichte Beschäftigung annehmen könne, er sich aber aufgrund seiner schwachen Gesundheit nicht vollständig würde versorgen können.²³² Die Meinungen über die Schwere der Einschränkungen für das Kind gingen also weiterhin auseinander. In einem ärztlichen Attest vom November 1942 wurde ihm nämlich eine unterdurchschnittliche Intelligenz, ein zerebraler Schaden und Epilepsie attestiert.²³³ Erich blieb sein Leben lang in Schweden, beide Eltern wurden, wie auch fast alle seine Verwandten, ermordet. Die Eltern erfuhren allerdings noch, dass ihr Sohn sich letztlich gut in Schweden einlebte. Im Herbst 1940 bedankte sich Erichs Vater bei der Sachbearbeiterin der Kinderabteilung, Gerda Marcus, für deren Besuch bei Erich. Erichs letzte Briefe klangen sehr zufrieden. Diese Besuche wurden anscheinend fortgesetzt. Im Oktober schrieb Marcus, dass Erich selbstsicherer geworden sei und man sich bemühen wolle, ihn von einer jüdischen Familie einladen zu lassen, damit er wieder einmal die Synagoge besuchen könne.²³⁴ Laut dem Ansuchen auf schwedische Staatsangehörigkeit vom 20. März 1972

229 Gerda Marcus an Marie-Louise de Vylder-Lehmann, o. D., RSG, GSA, Folkkrörelsernas arkiv, Ingrid Lomfors handlingarrörande judiska flyktingbarn, Marie-Louise de Vylder-Lehmans brev.

230 Bericht Polizei von Danderyd, 24.5.1940, Erich S., Centraldossié, Migrationsverkets arkiv, #1-404965.

231 Das geht aus einem Brief der Kinderabteilung an eine gewisse »Fru Gunnarsson« in Malmö vom 14.10.1940 hervor. RA, JFA, BA, E 2 a:2. Welche Beziehung diese zu Erich hatte, war nicht zu ermitteln.

232 Bericht Polizei Lösings distrikt, 15.6.1943. Erich S., Centraldossié, Migrationsverkets arkiv, #1-404965.

233 Stockholms Stads Barnvårdsnämnds Rådgivningsbyrå an MfiS, 4.11.1942, RA, JFA, BA, E 4:1.

234 Oskar S. an Gerda Marcus, 29.9.1940, und MfiS an Oskar S., 14.10.1940, RA, JFA, BA, E 2 a:3.

blieb Erich als »unheilbarer Epileptiker« auf die Unterstützung der öffentlichen Hand angewiesen, da auch die einzige Überlebende seiner Familie, eine Tante in der Tschechoslowakei, sich nicht um ihn kümmern konnte. Am 15. April 1973 erhielt er die schwedische Staatsbürgerschaft.²³⁵

Der Fall Erich erhellt eine grundsätzliche Problematik der damaligen Rettungsaktionen. So grausam es heute erscheint, so sehr lag der Ausschluss von Kindern mit besonderen Bedürfnissen oder Behinderungen in der damaligen Logik der helfenden Gemeinden. Zum einen galt es, Kosten abzuwenden, zum anderen aber wiederholte sich hier in kleinem Rahmen, was die Regierungen und Behörden der großen Fluchtländer USA und Großbritannien vormachten. Durch ärztliche Atteste sollte Vorsorge getroffen werden, dass das eigene Land nicht mit Kranken belastet wurde. Die formale Grundlage für die Entscheidung oder Befugnis, Kinder zurückzuschicken, findet sich in den Akten der Abteilung Kinderhilfe. Dort finden sich unzählige Versicherungen mit dem Briefkopf der Israelitischen Kultusgemeinde, auf denen der Vater oder Vormund der Kinder erklärte, dass sein Kind »derzeit an keiner ansteckenden Krankheit [leidet], geistig normal und kein Bettnässer« sei. In Hamburg bezeugten die Eltern dem Jüdischen Religionsverband gegenüber zur gleichen Zeit, dass die Kinder »geistig und körperlich gesund und frei von ansteckenden Krankheiten und Ungeziefer« waren.²³⁶ Erich S. war trotz dieser Vorsichtsmaßnahmen letztlich nicht der einzige Fall unter den nahezu 500 schwedischen Kindertransportkindern, der Probleme bereitete. Bei zwei Schülern, die ursprünglich ins Kinderheim nach Tjörnarap gekommen waren, stellte die Kinderabteilung kognitive Defizite fest. Sie wurden wie auch zwei weitere »sehr wenig begabte und zurückgebliebene« Jungs in »geeigneter« Unterbringungsformen überführt.²³⁷ Hier offenbart sich eine oft übersehene und in der Rückschau für jüdische Kinder fatale Wirklichkeit der Kindertransporte. Kranke Mädchen und Jungen hatten geringere Chancen auf Rettung, da sie nicht über die formalen Hürden gelangten. Die empfangenden Länder und Hilfskomitees legten Wert darauf, nur die intelligentesten, begabtesten und anpassungsfähigsten Kinder aufzunehmen. Diese Kriterien boten eine bessere Gewähr für deren erfolgreiche Vermittlung und Integration in den Aufnahmeländern. Für Kinder und Jugendliche, die unangepasst oder traumatisiert waren, deren Elternhäuser bildungsfernen und einkommensschwachen Schichten angehörten, verringerten sich durch die Auswahl die Flucht- und damit Überlebenschancen. Der Flüchtlingshilfe erfüllte auch in Schweden eine sozial selektierende Funktion.

235 Antrag und Erteilungsbescheinigung in Erich S., Centraldossié, Migrationsverket arkiv, #1-404965.

236 Solche Formulare finden sich in den Akten der Abteilung Kinderhilfe RA, JFA, BA, E 4:1.

237 Rapport angående Barnavdelningens verksamhet sept. 1938 – 31 dec. 1939, RA, JFA, FS, F 4 a:3.

Beinahe noch gescheitert: Hannelores Rettung

Claudia Curio, die die Kindertransporte nach Großbritannien ausführlich untersucht hat, betont, dass insbesondere die Arbeit der auf lokaler oder regionaler Ebene arbeitenden jüdischen Hilfsstellen nur lückenhaft dokumentiert sei.²³⁸ Diese trugen oft eine große Last und Verantwortung. Wie die Reichsvertretung und die Jüdische Gemeinde in der Hauptstadt Berlin waren auch sie der Willkür der nationalsozialistischen Behörden ausgesetzt und auf der lokalen Ebene war der Druck nicht geringer.²³⁹ Oft genug schränkten lokale Initiativen der Gauleiter oder der Kommunen den Handlungsspielraum der später zu Bezirksstellen der Reichsvereinigung degradierten jüdischen Gemeinden ein. Wie für die Reichsvertretung und später die Reichsvereinigung sollte auch in der Provinz die Auswanderungsförderung das vorrangige Ziel der Gemeinden sein. Damit waren sie mit den gleichen Problemen konfrontiert wie die jüdischen Organisationen in Berlin. Hinzu kamen noch der Abstimmungsbedarf und -probleme mit den zentralen Auswanderungsinstitutionen. Lange Postwege verschärften das Problem, zumal das Porto hohe Kosten verursachte und Gebühren für jeden Verwaltungsakt anfielen. Außerdem erschwerte die widersprüchliche nationalsozialistische Verfolgungspraxis die Auswanderung. Dieses wird am Schicksal der Familie Salomon aus Halle besonders drastisch deutlich.

Wie Tausende andere jüdische Männer war Kurt Salomon während der sogenannten Juni-Aktion 1938 verhaftet und in ein Konzentrationslager verschleppt worden, um die Familie unter Druck zu setzen, schnellstmöglich aus Deutschland zu emigrieren. Bereits zuvor hatte die Familie wie viele Juden unter der zunehmenden Verarmung gelitten. In dem Fragebogen der Auswanderungsberatung des Hilfsvereins gab die Familie Ende Mai 1938 an, dass sie über keine Mittel verfüge. Als Auswanderungsziel wurde Lima angegeben, wo eine Schwester eines der Ehepartner lebte.²⁴⁰ Ohne Vermögen war eine Auswanderung praktisch unmöglich. Daher schlug der Hilfsverein in Berlin der für die Salomons zuständigen Beratungsstelle in Leipzig im September in der Angelegenheit »des Kurt Salomon, zurzeit in Buchenwald« vor, die Schwester sowie einen ebenfalls in Lima wohnenden Bruder um Beiträge zu bitten. Es fehlte dem Hilfsverein an Devisen.²⁴¹ Im Januar 1939 empfahl das Reisebüro der Hamburg-Amerika Linie Kurt Salomon zweimal schriftlich, er solle sich für ein Schiff nach Shanghai entscheiden, da die Plätze knapp würden. Anscheinend hatte sich die Ehefrau um diese Möglichkeit einer Auswanderung bemüht. Wie Tausende jüdischer Ehefrauen und Mütter musste sie in jener Zeit nicht nur allein gegen Unterver-

238 Curio: Verfolgung, Flucht, Rettung, S. 53.

239 In Meyer: Tödliche Gratwanderung, findet sich hierzu ein ganzes Kapitel (S. 243-347).

240 Fragebogen Salomon vom 24.5.1938. Dieser und alle folgenden Schreiben und Abschriften, sofern nicht anders nachgewiesen, in Konvolut Kurt Salomon, CJA, 2 A 2, Nr. 2629.

241 Hilfsverein an Beratungsstelle Leipzig, 21.9.1938, Konvolut Kurt Salomon, CJA, 2 A 2, Nr. 2629.

sorgung und alltägliche Verfolgung kämpfen, da ihre Männer in den Konzentrationslagern eingesperrt waren, sie mussten auch, sei es allein oder zusammen mit den Beratungsstellen des Hilfsvereins, Auswanderungsmöglichkeiten für die ganze Familie oder einzelne Familienmitglieder ausfindig machen.

Für viele hatte in dieser Situation die Versorgung der Kinder Vorrang. Anfang Februar 1939 traf bei der Abteilung Wanderung der Gemeinde in Halle ein Schreiben des Provinzialverbands für jüdische Wohlfahrtspflege in Magdeburg ein:

»Die Reichsvertretung der Juden in Deutschland teilt uns mit, dass die Möglichkeit besteht, eine kleine Zahl von Kindern im Alter 3 bis 7 Jahren nach Schweden zu melden. Die Reichsvertretung hat Hannelore hierfür in Aussicht genommen. Wir bitten um sofortige Mitteilung, ob die Verschickung dringend ist, auf Wunsch des Stockholmer comités dürfen vorläufig die Eltern noch nicht unterrichtet werden, dass die Möglichkeit einer Verschickung nach Schweden besteht.«²⁴²

Augenscheinlich hatte Stockholm nicht nur der Israelitischen Kultusgemeinde, sondern auch der Reichsvertretung gestattet, Kinder für die Kinderquote zu nominieren, deren Ausreise besonders dringlich erschien. Hannelore hatte Chancen, zu diesen Kindern zu gehören. Falsche Hoffnungen sollten jedoch noch nicht geweckt werden. Die Hallenser bestätigten postwendend die Dringlichkeit. Der Vater sei in Buchenwald inhaftiert, es sei der Familie aber gelungen, eine Passage nach Shanghai zu buchen. Daher bestehe Hoffnung auf eine Entlassung binnen vier Wochen. Die Mutter hoffe auf ein Permit für England innerhalb der nächsten Wochen. Das Kind musste folglich schnellstens untergebracht werden. Ein Anliegen hatte die Gemeinde in Halle noch: Sie bat um Hinweise, wann mit einer Ausreise des Kindes zu rechnen sei. Man wolle dann versuchen, mit diesen Angaben bei der Gestapo zu erreichen, dass der Vater rechtzeitig entlassen werde, um sein Kind noch ein paar Tage zu sehen.²⁴³

Dieser Wunsch ging zunächst nicht in Erfüllung. Aber die Gemeinde in Halle erhielt am 24. März 1939 die Nachricht, dass Hannelore nach Schweden fahren dürfe. Dort hatte das Hilfskomitee die Dringlichkeit erkannt. Die Abteilung Kinderauswanderung der Reichsvertretung bat um die Pässe einer Reihe von Kindern aus dem Bezirk, um die Ausstellung der Visa zu veranlassen. In ihrem Schreiben machte sie »noch einmal darauf aufmerksam, dass dem Wunsche des Schwedischen Comités entsprechend die Kinder nicht allein, sondern mit [ihrem] Transport« ausreisen sollten. Ein maschinenschriftlicher Nachtrag fällt auf: »Ein Ausweis, der nicht das ›J‹ (Jude) trägt, wird von der Schwedischen Gesandt-

242 Provinzialverband Magdeburg an Synagogengemeinde Halle (SGH), 8.2.1939, Konvolut Kurt Salomon, CJA, 2 A 2, Nr. 2629. Die Provinzialverbände agierten als regionale Vertreter der Zentralen Wohlfahrtsstelle und koordinierten die Bemühungen um eine Emigration/Flucht aus dem Deutschen Reich.

243 SGH an RV, 8.2.1939, Konvolut Kurt Salomon, CJA, 2 A 2, Nr. 2629.

schaft nicht visiert.«²⁴⁴ Die Mosaiska församling hatte nur ca. eine Woche zuvor den Antrag für Hannelore bei den Behörden eingereicht. Da dieser deutlich mit dem Hinweis »Quotenfall« versehen war, war er auch zügig bearbeitet worden und die Botschaft in Berlin hatte bereits am 20. März davon Kenntnis erhalten, dass sie Visa für Hannelore Salomon und 15 andere Kinder ausstellen konnte.²⁴⁵ Zwei Tage später wurde nun auch die Mutter darüber informiert. Hannelore war für den Kindertransport am 6. April vorgesehen. Da die Ausreise so bald erfolgen sollte, fragte die Reichsvertretung die Mutter: »Wir bitten Sie, uns umgehend mitzuteilen, ob Sie bereit sind, das Kind fortzulassen, wobei wir jedoch darauf hinweisen, dass ihre Ausreise nach Shanghai am 25.4.39 nicht sicher ist.«²⁴⁶ Hannelore hatte aber immer noch keine Möglichkeit gehabt, ihren Vater zu sehen, der aufgrund einer Entlassungssperre in Buchenwald immer noch nicht frei war. Sie fuhr auf dem vorgesehenen Transport nicht mit. Am Tag der geplanten Abreise aber schickte die Synagogengemeinde Halle ihren Pass mit der Bitte um Visierung nach Berlin, damit sich das Kind dem nächsten Transport anschließen könne. Das Rad begann sich im Kreis zu drehen.

Zunächst bestand Hoffnung: Die Reichsvertretung, Abteilung Wanderung, informierte Kurt Salomon, dass seine Aufnahme in das Transitcamp Richborough zur Weiterwanderung nach Shanghai beschlossen sei und eine englische Behörde dieses auch noch bestätigen werde. Auf dieser Grundlage bemühte sich die Gemeinde in Halle Anfang Mai 1939 bei der Gestapo Halle um seine Entlassung.²⁴⁷ Jetzt bestand Hoffnung auf eine zumindest vorübergehende Wiedervereinigung mit dem Kind und dann – sollte alles gut gehen – die Ausreise und Rettung aller Familienmitglieder. Allerdings traten neue Hindernisse auf. Der Provinzialverband schrieb am 7. Mai 1939 der Gemeinde in Halle, die Reichsvertretung habe mitgeteilt, dass zwar Hannelores Ausreisegenehmigung seit längerer Zeit vorliege, Pass oder Kinderausweis aber weiterhin fehle. Daher könne das Kind keinem Transport angeschlossen werden. Der Provinzialverband bat: »Da man das Kind in Schweden mit Ungeduld erwartet, so veranlassen Sie bitte, dass der Kinderausweis sofort bei der Reichsvertretung zum Zwecke der Visumerteilung beim Schwedischen Konsulat eingereicht wird.« Ein Missverständnis, hatte die Gemeinde Halle diesen doch einen Monat zuvor per Einschreiben verschickt.

Ein Pass war schwer zu bekommen, und sein Verlust bedeutete eine Katastrophe. Erst fünf Tage später klärte sich die Verwirrung, als die Reichsvertretung mitteilte, dass sich der Pass bei ihr befinde. Noch aber wollten die Mitarbeiter

244 RV, Abteilung Kinderauswanderung, an Synagogengemeinde Halle, 24.3.1939, Konvolut Kurt Salomon, CJA, 2 A 2, Nr. 2629.

245 Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung Hannelore Salomon, 14.3.1939, und Außenministerium an Königlich Schwedische Botschaft Berlin, 20.3.1939, Hannelore Salomon, Centraldossier, RA, SUK, kanslibyrån, F 1 B:6015.

246 SGH an Rosa Salomon, 26.3.1939, Konvolut Kurt Salomon, CJA, 2 A 2, Nr. 2629.

247 Schreiben der RV an Kurt Salomon, o.D., und SGH an Gestapo, 5.5.1939, Konvolut Kurt Salomon, CJA, 2 A 2, Nr. 2629.

in Berlin kein Visum beantragen, da sie erfahren hatten, dass im Juni der Vater entlassen werden würde. Jetzt sollte Anfang Juni die Visierung veranlasst werden. Eine Woche später, am 19. Mai, richtete die Reichsvertretung, Abteilung Wanderung, die dringende Frage an die Synagogengemeinde Halle: »Wir haben in Aussicht genommen, am Dienstag, dem 6. Juni einen Kindertransport nach Schweden abgehen zu lassen [...] und bitten um postwendende Mitteilung, ob Hannelore Salomon diesem Transport angeschlossen werden soll.« In diesem Fall sollte die Visierung sofort veranlasst werden.

Rosa Salomon entschied binnen eines Tages und erklärte ihr Einverständnis. Die Synagogengemeinde Halle meldete dieses auch sofort an die Reichsvertretung. Doch der Postweg war zu lang. Am 26. Mai informierte die Abteilung Wanderung die Gemeinde darüber, dass das Kind dem Transport nicht mehr angeschlossen werden könne, da man bis dato keine Nachricht erhalten habe. Es warteten viele Kinder und die Plätze seien zu begehrt, um sie ungenutzt verfallen zu lassen. Noch aber bestand Hoffnung. Der Brief aus Halle muss am selben Tag angekommen sein. Die Abteilung Wanderung führte am Ende des Schreibens ein Postskriptum an: »Wir erhalten gerade Ihr Schreiben vom 23. d.Mts. Der nächste Transport nach Schweden wird gegen den 20.06. abgehen. – Wir werden sie rechtzeitig in Kenntnis setzen.«

Jetzt mussten noch Vorbereitungen getroffen werden. Wer konnte schon einschätzen, wie viele Chancen es noch geben würde. Die Gemeinde in Halle informiert die Mutter fünf Tage vor der Abreise wiederum brieflich über den Ablauf. Sie sollte am 19. Juni, also einen Tag vor Abfahrt des Transports aus Berlin, mit ihrer Tochter in Berlin eintreffen. Die Fahrkarte nach Berlin würde ihr von der Gemeinde ausgehändigt, in Berlin erhalte sie dann die Fahrkarte nach Schweden. Am nächsten Tag meldete die Gemeinde Halle noch der Jüdischen Gemeinde Berlin die voraussichtliche Ankunft des Kindes am Vortag des Transports – wahrscheinlich, damit diese sich um Hannelore und deren Mutter kümmern konnte. Außerdem wurde das Reisebüro der Hamburg-Amerika-Linie gebeten, die Fahrkarten für Mutter und Kind nach Berlin auszuhändigen.²⁴⁸ Am 20. Juni 1939 kam die siebenjährige Hannelore Salomon in Trelleborg an, wo sie in Sicherheit war. Ihren Vater aber hatte sie vor ihrer Abreise nicht mehr getroffen.

Das Beispiel von Hannelore Salomon macht einen oft übersehenen Aspekt der Kindertransporte bewusst: die immer mitschwingende Hoffnung, dass die Kinder auch den Eltern eine Einreise ermöglichen könnten. Bereits Ende Dezember 1938 informierte der Leiter der Jüdischen Jugendhilfe in Berlin, Kurt Goldmann, die Leiterin der Kinder- und Jugendalija Henrietta Szold darüber, dass sich die Eltern an die Kinder wendeten, damit diese sie anforderten. Szold entgegnete, dass sie deswegen bereits an die jüdischen Organisationen in Berlin und Wien geschrieben habe. Goldmann hingegen vertrat den Standpunkt, dass,

248 Alle Schreiben im Konvolut Kurt Salomon, CJA, 2 A 2, Nr. 2629.

egal, wie drastisch die Ausweglosigkeit dargestellt würde, diese Briefe dennoch geschrieben werden würden.²⁴⁹

Das galt auch für Schweden. Drei Tage nach der Abreise von Hannelore Salomon bat die Synagogengemeinde Halle die Gestapo um die Entlassung Kurt Salomons. Als Argument fügte sie an, dass für eine Ausreise nach England gesorgt sei, da Salomon einen Platz im Durchgangslager erhalten habe.²⁵⁰ Doch noch war die Gestapo nicht bereit, Kurt Salomon zu entlassen. Derweil kümmerten sich Menschen in Halle, Leipzig und Berlin auch um die Mutter. Rosa Salomon hatte sich um eine Stelle bemüht, die ihr auch in Aussicht gestellt wurde. In der zweiten Julihälfte schien auch das Schicksal der Eltern eine positive Wendung zu nehmen. Die Synagogengemeinde Halle bat die Beratungsstelle des Hilfsvereins in Leipzig, Rosa Salomon baldmöglichst nach England einzuschiffen, da sie eine Stelle in Cardiff habe und das Kind in Schweden sei. Rosa Salomon sei eine gute Köchin – auch für koschere Küche – und für »grobe Arbeiten geeignet«. Erneut versicherte sie auch gegenüber der Gestapo, dass Kurt Salomon binnen eines Monats auswandern könne.²⁵¹ Kurz darauf wurde Salomon entlassen. Die Synagogengemeinde aber musste die Verantwortung dafür übernehmen, dass er auch tatsächlich ausreiste.²⁵² Kurt Salomon kam im Durchgangslager in Richborough unter. Nun befand sich nur noch Hannelores Mutter in Halle.²⁵³

Hannelore ging es derweil den Umständen entsprechend gut. Sie war bei einer Pflegemutter in Täby, nördlich von Stockholm, untergebracht worden.²⁵⁴ Dort lebte sie sich in der Folgezeit augenscheinlich gut ein. Zumindest deutete das der Polizeibericht an, der anlässlich des Antrags der Mosaiska församling zur Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigung 1941 angefertigt wurde. Aus diesem geht hervor, dass die Pflegemutter, eine »Frau Medelius«, kein Geld für das Kind erhielt, aber auch nicht darum gebeten hatte. Dass Hannelore die schwedische Volksschule besuchte, lässt darauf schließen, dass sie bereits schwedische Sprachkenntnisse erworben hatte. Sie hatte sich auch als »begabt, gehorsam und freundlich erwiesen, weshalb [Medelius] das Mädchen gerne in ihrer Obhut behalten« wollte.²⁵⁵

249 Kurt Goldmann an Henrietta Szold, 20.12.1938, CZA, S 75/686 Jugendaliyah.

250 SGH an Gestapo Halle, 21.6.1939 und 23.6.1939, Konvolut Kurt Salomon, CJA, 2 A 2, Nr. 2629.

251 SGH an Beratungsstelle des Hilfsvereins Leipzig sowie an Gestapo Halle, 21.7.1939, sowie Notiz o. D. zu Rosa Salomon, Konvolut Kurt Salomon, CJA, 2 A 2, Nr. 2629.

252 SGH an RV, Abt. Wanderung, 26.7.1939, Konvolut Kurt Salomon, CJA, 2 A 2, Nr. 2629.

253 SGH an Hans Friedländer, Berlin, auf dessen Anfrage zur Lage der Familie, 13.2.1940, Konvolut Kurt Salomon, CJA, 2 A 2, Nr. 2629.

254 Ihre Karte in der Kartei der Abteilung Kinderhilfe in Stockholm verzeichnet den 21. Juni als Ankunftsdatum bei Medelius. Anzunehmen ist, dass es sich dabei auch um ihren Ankunftsstag in Schweden handelte. RA, JFA, BA, D 1 a:1.

255 Bericht Danderyds landsfiskalen, 23.5.1941, Hannelore Salomon, Centraldossier, RA, SUK, kanslibyrån, F 1 B:6015.

Die Zeit schritt voran, doch befand sich Rosa Salomon immer noch nicht in Sicherheit. Eine Flucht aus Deutschland wurde immer schwieriger. Die Beschäftigung in England kam aus unbekanntem Gründen nicht zustande, sodass Rosa Salomon sich im März 1940 um andere Möglichkeiten gekümmert haben musste. Sie registrierte sich und ihre Tochter für die Einreise in die Vereinigten Staaten, doch konnte sie sich als gebürtige Polin kaum Hoffnung auf ein Visum machen. Im März 1941 beantragte sie beim amerikanischen Konsulat die Vormerkung des Ehemannes in England und der Tochter auf der deutschen Quote.²⁵⁶ Vielleicht setzte sie die Hoffnung darauf, dass Vater und Tochter dann wenigstens vereint sein würden und sie vielleicht nachholen könnten.

Ein anderer Weg ergab sich über ihren Schwager Heinz Henry Salomon, der in Ecuador lebte. Zum Jahreswechsel 1939/40 schrieb dieser aus Südamerika an die Pflegemutter von Hannelore in Täby. Demnach hatte er Einreisevisa für die ganze Familie nach Ecuador erwirkt. Er bat Medelius, das ecuadorianische Konsulat in Stockholm zu kontaktieren, das mitteilen sollte, sobald das Visum aus London, dem Wohnsitz des Vaters, in Schweden ankommen würde. Er fügte hinzu, dass er nicht in der Lage sei, die Passage zu zahlen, und riet Medelius, sich in dieser Angelegenheit an das Hilfskomitee zu wenden. Am besten sei es, so Heinz Salomon, sie mit ihrer Mutter gemeinsam über Italien ausreisen zu lassen. Das versprochene Visum aber traf nicht ein. Drei Wochen später erkundigte sich ein Mitarbeiter der Mosaiska församling beim Konsulat, bei dem aber keine Einreisepapiere eingegangen waren. Der Konsul ging davon aus, dass London das Visum erstellen sollte. Weitere vier Wochen vergingen, in deren Verlauf anscheinend keine neuen Nachrichten vom Konsulat eintrafen. Nun setzte sich die Gemeinde ein. Das Kind sollte wenigstens mit dem Vater vereint werden. Dabei sollten die britisch-jüdischen Hilfsorganisationen helfen. Die Stockholmer Gemeinde bat die Kollegen in England, sich zu erkundigen, ob das Konsulat in London über eine Einreiserlaubnis für Kind und Eltern verfüge, wann die Passage für die Eltern gebucht sei und von welcher Seite aus die Passagekosten getragen würden. Zu guter Letzt wies sie darauf hin, dass das Kind noch ein englisches Durchreisevisum benötige.²⁵⁷

Rosa Salomon gab die Hoffnung nicht auf und bereitete sich weiter auf eine Auswanderung vor. Sie machte noch im Frühjahr 1941 einen Englischkurs. Aber die finanzielle Situation war prekär, da sie nicht in der Lage war, die Kursgebühren zu bezahlen.²⁵⁸ Die Unmöglichkeit, ein Gelddepot für die Einreise nach Ecuador zu stellen, wird auch der Grund gewesen sein, dass sich die Ausreise der Mutter und die Weiterreise des Vaters und der Tochter immer weiter

256 Rosa Salomon an US-Botschaft Berlin, 11.3.1941, Konvolut Kurt Salomon, CJA, 2 A 2, Nr. 2629.

257 Heinz Henry Salomon an Medelius, 25.12.1939; Gesprächsnotiz, 18.1.1940 und Entwurf (deutsch) und Abschrift Schreiben (englisch) an Jewish Refugees Committee, 18.2.1940, Dossier Hannelore Salomon, RA, JFA, FS, F 1 a:39.

258 In Konvolut Kurt Salomon, CJA, 2 A 2, Nr. 2629, findet sich dazu eine Zahlungsmahnung.

verzögerte. Doch mit jedem Tag schwanden die Chancen auf eine Ausreise, bis im Oktober 1941 schließlich das Auswanderungsverbot für Juden in Kraft trat. Es ist unklar, über welche Kenntnisse die Bezirksstelle der Reichsvereinigung der Juden oder die Gemeinde in Halle verfügte, aber es ist davon auszugehen, dass sie ahnten, dass eine Ausreise nun unmöglich war. Es ist tragisch, da sich kurz zuvor doch noch alles zum Guten zu wenden schien. Am 3. Dezember 1941 hatten Rosa und Hannelore Salomon tatsächlich Einreisevisa ohne Depotstellung erhalten.²⁵⁹ Rosa Salomon wurde am 1. Juni 1942 ins Vernichtungslager Sobibor verschleppt und ermordet.²⁶⁰

Vater und Tochter sahen sich zunächst nicht wieder. Er lebte jetzt in Kent und Schweden verweigerte ihm die Einreise. Hannelore war seit dem Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft 1940 im Besitz eines schwedischen Fremdenpasses und blieb offiziell ein Quotenflüchtling »auf Durchreise«, ohne jedoch eine reelle Chance auf eine Weiterreise zu haben. Sie sah ihre Eltern nie wieder. Auf Hannelore Salomons Karteikarte in der Kinderabteilung ist vermerkt, dass der Vater 1941 starb, über den Verbleib der Mutter findet sich die Notiz: »Mama nach Polen«. Hannelore war nun neun Jahre alt und Waise, ein Mündel der Mosaiska församling. Zwölf Jahre nach ihrer Ankunft in Schweden nahm sie 1956 die schwedische Staatsbürgerschaft an.²⁶¹

Wenn Kinder zu Rettern werden sollen

In den Akten des Hilfskomitees und der Kinderabteilung finden sich unzählige Hinweise auf den Druck, dem die Kinder ausgesetzt waren. Sie sahen sich in der Verantwortung, aus dem sicheren Ausland heraus ihren Eltern zu helfen. Unter den Kindern, die am 29. Februar 1939 mit einem Kindertransport im schwedischen Trelleborg ankamen, befand sich auch Ingrid Löwenstein.²⁶² Im Frühjahr 1940 war Ingrid Löwenstein zehn Jahre alt. Viel zu jung, um den folgenden Kampf um die Rettung der Eltern und eine Wiedervereinigung der Familie in den USA zu führen. Im Februar 1940 begann das Ringen um die Visa, an dem sich das Hilfskomitee in Stockholm auch aktiv beteiligte. Ingrids Pflegemutter leitete Briefe der Eltern an die Gemeinde weiter. Diese baten, dass sich Ingrid von Schweden aus um eine Extrabürgerschaft aus den USA bemühen solle. Das Hilfskomitee führte in der Folge einen letztlich aussichtslosen Kampf um Visa, Vorzeigegelder und Affidavits mit in den USA lebenden Verwandten Ingrids,

259 Bezirksstelle Sachsen Thüringen der RV, Verwaltungsstelle Halle, an Beratungsstelle des Hilfsvereins Leipzig 15.12.1941, Konvolut Kurt Salomon, CJA, 2 A 2, Nr. 2629.

260 BArch, Gedenkbuch Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945, Onlineversion.

261 Antrag vom 6.5.1946 und Bescheinigung der SUK vom 13.11.1956, Hannelore Salomon, Centraldossié, RA, SUK, kanslibyrån, F 1 B:6015.

262 Bericht Stockholm polis zu Ingrid Löwenstein, 16.6.1944, Ingrid Löwenstein, Centraldossié, RA, SUK kanslibyrån, FIAC:13438.

den deutschen Behörden, den Schifffahrtslinien und den amerikanischen Einreisebestimmungen.²⁶³

Manchmal übte auch die Familie von zu Hause aus direkt Druck auf die Kinder aus, die ihnen bei der Einreise nach Schweden helfen sollten. Ilse Reifeisen reiste am 19. Dezember 1939 über den Fährhafen Trelleborg nach Schweden ein.²⁶⁴ In den folgenden Monaten schickte sie Briefe nach Hause, die von ihrer Mutter erwidert wurden. Anders als in anderen Fällen sind alle diese Briefe erhalten geblieben und aufgearbeitet worden. Sie dokumentieren die besondere Belastung, der viele Kinder ausgesetzt waren: die Hoffnung der in Deutschland verbliebenen Familie, die in diesem Fall auf einem 10-jährigen Mädchen lastete. Die Familie Reifeisen war im Herbst 1938 zunächst nach Polen deportiert worden, da sie die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besaßen. Zwischenzeitlich konnten sie nach Westfalen zurückkehren, wo der Vater aber zum Zeitpunkt der Abreise Iلسes erneut als polnischer Jude inhaftiert worden war.²⁶⁵

Ilse Reifeisens erste Station in Schweden war das von der Familie Braun geleitete »Braunska övergångshem« (dt. Braunsch'sches Übergangshaus) in der Stockholmer Flemimgatan. Der Name verrät schon, dass der Ort nicht für die dauerhafte Aufnahme der Kinder gedacht war. Für eine Übergangszeit, in der zum Beispiel schwedischer Sprachunterricht erteilt werden konnte, fanden sie hier Aufnahme. Ilse erhielt ihren Sprachunterricht bei der Leiterin der schwedischen Sektion der Kinder- und Jugendalija, Eva Warburg.²⁶⁶ Nach nur wenigen Wochen kam Ilse Anfang März 1940 zu einer Lisa Andersson ins ca. 400 Kilometer westlich gelegene Vänersborg.²⁶⁷ Es ist wahrscheinlich, dass Lisa Andersson keine Jüdin war. In den Briefen finden sich auch keine Hinweise, dass die Eltern Wert auf eine jüdisch-religiöse Erziehung legten. Das Verhältnis zu Andersson scheint in jedem Fall gut gewesen zu sein. Als im April die Verlegung der Ausländerin Ilse Reifeisen aus dem grenznahen Regierungsbezirk Älvsborg anstand, beantragte die Pflegemutter Andersson erfolgreich eine Ausnahmeregelung. Ilse besuchte dort inzwischen eine Mädchenschule und sollte bleiben.²⁶⁸

Sie lebte sich also gut ein. Jedoch veranschaulicht gleich der erste Brief ihrer Mutter vom 27. Dezember 1939 die Angst aller Beteiligten. Die Tonart, in der er verfasst ist, weist bereits auf das hin, was folgte. Die Mutter lobte ihre Tochter

263 Dossier Ingrid Löwenstein, RA, JFA, FS, F 1 a:28.

264 Dieses Datum steht auf der von der Gemeinde angelegten Karteikarte in der Kinderabteilung. RA, JFA, BA, D 1 B:1.

265 Die zitierten Briefe sind in Elisabeth Cosanne-Schulte-Huxel: »Mein liebes Ilsekind«. Mit dem Kindertransport nach Schweden – Briefe an eine gerettete Tochter, Essen 2013, veröffentlicht. Die Ergebnisse dieses Abschnitts sind dort ebenfalls publiziert: Clemens Maier-Wolthausen: Ilse Reifeisen und die Kindertransporte nach Schweden, S. 33-45.

266 Das geht aus dem Brief von Gertrud Reifeisen an Ilse Reifeisen vom 4. Februar 1940 hervor.

267 Karteikarte Ilse Reifeisen, RA, JFA, BA, D 1 B:1.

268 Antrag, Polizeibericht und Entscheidung Eliza Margareta Reifeisen, Centraldossier, RA, SUK, Kanslibyrån, F 1 B:2046.

dafür, dass sie sich so schnell an das »Comité« gewandt habe – gemeint war hier vermutlich das Hilfskomitee, also die Flüchtlingsabteilung der Stockholmer Gemeinde –, um für ihren Vater vorzusprechen. Die Mutter hoffte, dass ihr Mann mit einem Einreisezertifikat für Palästina aus der Haft entlassen werden würde. Dabei gingen Ilses Eltern wie sehr viele jüdische Flüchtlinge davon aus, dass das »Comité« das einzige Hindernis darstellte, das es zu überwinden gälte. Der Jüdischen Gemeinde wurde dabei ein Einfluss, gar eine Macht, zugesprochen, die nicht den Tatsachen entsprach, wie später noch zu sehen sein wird. Solche Erwartungen zeigen sich auch in der Ermahnung von Gertrud Reifeisen an ihre Tochter Ilse vom 22. Januar 1940. Ilse sollte für ihren Vater erneut beim »Comité« vorsprechen, und zwar: »Bitte nur recht nett, denn wenn sie nur wollen – es geht zu machen!« Bald mahnte sie erneut: »Gehe zum Comité und sprich nochmals Deinen Dank aus, man wird Dir von dort aus jederzeit helfen, und Du musst daher einen guten Eindruck hinterlassen!« Gleichzeitig bemühte sie sich auch selbst in Berlin um ein Transitvisum. Die Gesandtschaft leitete den Fall aber unter Umständen gar nicht an das Außenministerium in Stockholm weiter. In der dort 1940 für Simon Reifeisen angelegten Visaakte ist keine Korrespondenz mit der Botschaft in Berlin vermerkt. Ein Grund dafür mag gewesen sein, dass Simon außer anderen deutschen Emigranten über keine Bürgen in Schweden verfügte. Für das schwedische Außenministerium stellten deutsche Emigranten nur selten ausreichende Bürgen dar.

Die Hoffnung, mithilfe des »Comités« noch aus Gelsenkirchen flüchten zu können, war dennoch groß. Im Frühsommer 1941 legte die Flüchtlingsabteilung der Jüdischen Gemeinde auch eine eigene Akte über Simon Reifeisen und seine Familie an. Dieser oder seine Frau Gertrud hatte eine Kopie der Wartenummer für ein amerikanisches Einreisevisum und des Affidavits, also die von einem gewissen Harry Lustig aus New Jersey abgegebene Bürgschaftserklärung eingesandt.²⁶⁹ Darüber informierte Gertrud Reifeisen Mitte Juni auch ihre Tochter Ilse. Die Absicht war, einen Transitaufenthalt für beide Eltern in Schweden zu erhalten. Am 19. Mai 1941 fragte die Mutter in Stockholm bei der Gemeinde nach, ob sie in Schweden Schiffskarten für die USA bekommen könne. Es würde wohl jeden Monat ein Dampfer abgehen, und sie lege ihrer Tochter wegen Wert auf diese Route via Schweden. Zehn Tage später antwortete die Flüchtlingsabteilung der Gemeinde. Gertrud Reifeisen möge sich über den Hilfsverein in Berlin an American Express wenden. Das nun in Flüchtlingsabteilung umbenannte Hilfskomitee warnte allerdings, dass es unklar sei, ob eine regelmäßige Schiffsverbindung bestehe. Die Gemeinde hatte recht. Zwar fuhren im sogenannten Göteborg-Verkehr in wechselnden Rhythmen einzelne Dampfer zwischen New York und Göteborg. Dieser besondere Geleitverkehr war von der Erlaubnis der deutschen und britischen Marine abhängig, die die Schiffe vor und nach der Fahrt durch die Meerenge Skagerrak kontrollierten. Die Mitnahme deutscher Flüchtlinge auf diesen Schiffen war nie gesichert.

269 Dossier Simon Reifeisen, RA, JFA, FS, F 1 a:36.

Die Gemeinde fragte Iles Mutter bei dieser Gelegenheit, wie es um die Weiterwanderung der Tochter stehe und ob diese auch auf dem Affidavit vermerkt sei. Schließlich bot sie an, bei der Erneuerung der Affidavits in den USA behilflich zu sein.²⁷⁰ Eine solche Offerte bedeutete zum einen, dass die Bemühungen des Hilfskomitees in Stockholm darauf ausgerichtet waren, die Familien wieder zu vereinen. Zum anderen wurde mit jedem ausreisenden Kind auch ein Platz auf der Quote frei, auf dem theoretisch ein neues Kind gerettet werden konnte. Zudem entlastete jedes ausreisende Kind die Gemeinde finanziell. Da der schwedische Staat nur zögerlich einen Teil der Kosten für die Betreuung der Flüchtlinge übernommen hatte, waren die Hilfsfonds der Gemeinde stark beansprucht. Die Gemeinde unterstützte die Ausreise von Flüchtlingen oft durch hohe Beiträge. Auch Simon Reifeisen erkundigte sich am 14. Juni 1941, ob die Gemeinde für seine Tochter eine »Komiteebürgerschaft« über die Passagekosten in die USA besorgen könne. Zudem wollten die Eltern ihre Tochter noch einmal sehen, um sicherzustellen, dass es ihr gut gehe. Möglicherweise hofften Gertrud und Simon Reifeisen, dass es vor Ort leichter sein würde, eine dauerhafte Einreise zu regeln. Daher fragten sie in demselben Schreiben auch nach der Möglichkeit eines zweiwöchigen Besuchsvisums für Gertrud.

In ihrer Antwort eine Woche später informierte die Gemeinde die Familie Reifeisen, dass ein Besuchsvisum nicht zu bekommen sei. Dies entsprach den Erfahrungen, die die Gemeinde mit den Behörden gesammelt hatte. Sie bot aber an, sich an die jüdischen Hilfsorganisationen in den USA zu wenden und dort Bürgen für ihn zu suchen, sofern er Namen von Verwandten oder Freunden nennen könne. Auch die dortigen Hilfsorganisationen würden keine eigenen Bürgschaften mehr ausgeben. Die Stockholmer versprachen, sich dafür einzusetzen, dass das amerikanische Konsulat in Stuttgart die Papiere der Tochter Ilse an das Konsulat in Stockholm transferiere. Vielleicht verbessere das die Chancen. Dennoch warnte das Hilfskomitee Simon Reifeisen, dass wegen des fehlenden Affidavits nicht mit einem Visum zu rechnen sei. Die Hoffnung der Eltern richtete sich jetzt auf Ilse, die, sofern es ihr gelingen würde, zu Bekannten in die USA auszureisen, sich von dort für Vater und Mutter einsetzen könnte. In jedem Fall wäre sie dort sicherer als im nördlichen Nachbarland des Deutschen Reiches. Anfang Juli 1940 versprach Simon Reifeisen, dass er sich selbst um ein Affidavit für die Tochter bemühen wolle, da das zur Verfügung stehende für alle drei zu schwach sei. Wieder trat die Jüdische Gemeinde als Bedenkenträgerin auf und warnte die Eheleute im Sommer vor voreiliger Hoffnung. Eine unbegleitete Ausreise der Tochter in die USA sei unwahrscheinlich, da die Eltern sich noch in Deutschland aufhielten. Man würde das weiterverfolgen, benötige aber Namen für potenzielle Affidavits. Bei den Bürgen müsse es sich nicht um Verwandte handeln, sondern um Personen, die sich legal in den USA aufhielten und die Tochter kannten. Es wurden jedoch keine Namen mitgeteilt.

270 Alle folgenden Schreiben in Dossier Simon Reifeisen, RA, JFA, FS, F 1 a:36.

Ilse stand in dieser Zeit vermutlich unter starkem Druck. Die Briefe der Eltern enthalten eine Vielzahl von Aufforderungen, Mahnungen und Kritik. Die Anweisungen der Mutter Gertrud bezogen sich auf das Essen, das Benehmen und die Schulbildung. Beide Eltern ermahnten Ilse, sie solle besser auf ihre Rechtschreibung achten. Wie viele der Kinder verlernte Ilse, die Schulunterricht auf Schwedisch erhielt und in einer schwedischen Umgebung lebte, allmählich die deutsche Schriftsprache. Dieser an sich nicht ungewöhnliche Vorgang bedeutete für viele Eltern emotional eine Herausforderung, zeigte er doch eine zunehmende Entfernung von den eigenen kulturellen Wurzeln und eine schmerzliche »Entfremdung«. Die Zurechtweisungen waren aus Sicht der Eltern verständlich, die Ilse drohten, deren Briefe korrigiert zurückzusenden. Zudem sollte Ilse auch noch Englisch üben – eine weitere Anforderung an das Kind. Aber auch dieser Wunsch der Eltern war nachvollziehbar – war das Ziel doch die Wiedervereinigung der Familie in den USA oder einem anderen Exilland. Englisch, so war den Eltern klar, würde das Mädchen, das bald das erwerbsfähige Alter erreichte, in der Zukunft dringend benötigen. Zudem entsprach die Hinwendung zur englischen Sprache einer familiären Tradition. Der Vater hatte darauf bestanden, am Mittagstisch in Dorsten nur Englisch zu sprechen, um den Kindern eine gute Ausbildung zu bieten.²⁷¹

Die Eltern scheinen sich wie alle anderen Flüchtlinge nicht auf ein potenzielles Fluchtland beschränkt zu haben. In dem Brief der Mutter vom 5. August 1940 ist von Bemühungen um eine Flucht sowohl nach Shanghai als auch nach Südamerika die Rede. Shanghai hatte keine Beschränkungen für die Einreise von Juden eingeführt, lag allerdings auf der anderen Seite des Globus und erforderte eine beschwerliche und kostspielige Anreise. Shanghai war kein beliebter, aber für ungefähr 15.000 deutsche Juden der einzig mögliche Fluchtort. Von den südamerikanischen Exilstaaten war Chile der großzügigste. Ungefähr 13.000 deutsche Juden fanden hier nach Zahlung eines hohen Vorzeigegelds Asyl. Voraussetzung dafür war die »Llamada«, die Einreisegenehmigung. Hier zeigt sich das ganze Dilemma der Familie Reifeisen. Sie musste wie so viele deutsche Juden nach Strohhalmen greifen, durfte nichts unversucht lassen. In Ermangelung verwandtschaftlicher Netzwerke im Ausland und durch die Verfolgung ausgeplündert, trafen sie überall auf »Mauern aus Papier«, die Einwanderungsbestimmungen.²⁷² Zum Überleben fehlten den Reifeisen die finanziellen Ressourcen.

Schließlich scheint es einen kleinen Durchbruch gegeben zu haben. Am 28. Oktober 1941 schrieb Reifeisen an die Stockholmer Gemeinde, dass die Papiere nach Amerika vorlägen. Allerdings sei das Konsulat geschlossen und ein

271 Elisabeth Cosanne-Schulte-Huxel: Die Familie Reifeisen in Dorsten, in: dies. (Hg.): »Mein liebes Ilsekind«. Mit dem Kindertransport nach Schweden – Briefe an eine gerettete Tochter, Essen 2013, S. 11–21.

272 David Wyman bezeichnete dieses so in seinem 1985 in New York erschienenen Buch *Paper Walls. America and the Refugee Crisis*.

Visum in Deutschland nicht mehr zu erhalten.²⁷³ Reifeisen meldete, er habe sich an die Pflegeeltern der Tochter gewandt und um Garantien für einen Aufenthalt in Schweden gebeten. Plan sei, von dort aus die Weiterreise zu organisieren. Die Antwort der Gemeinde vom 28. Oktober fiel aus Sicht der Reifeisens wieder unbefriedigend aus. Diese beschrieb noch einmal ausführlich die Voraussetzungen für eine Einreise nach Schweden. Es müssten nahe verwandtschaftliche Beziehungen zu in Schweden wohnhaften Personen bestehen. Zudem dürften keine in Deutschland zurückgebliebenen Verwandten vorhanden sein. Die Antragsteller müssten das Mindestalter von 45 Jahren erreicht haben und über ausreichende wirtschaftliche Garantien in Schweden verfügen. Die Gemeinde stellte ihm anheim, sich mit Personen in Verbindung zu setzen, die Garantien geben könnten. Sie selbst könne nach geltenden Bestimmungen keine Bürgerschaft leisten.²⁷⁴

Den Reifeisens gelang es tatsächlich, Bürgen zu besorgen. Ob Ilse selbst oder ihren Gasteltern das Verdienst zukommt – acht Bürgen hatten sich schriftlich bereiterklärt, in den nächsten fünf Jahren eine Gesamtsumme von 1600 Kronen Unterhalt zur Verfügung zu stellen. Manche gaben an, sie würden jeden Monat 100 Kronen zusichern können, eine Person stellte monatlich sogar 400 Kronen in Aussicht. Alle diese Bürgen und weitere zehn Personen, darunter viele Lehrer und die Rektorin der von Ilse besuchten Schule, unterschrieben am 20. November 1941 eine gemeinsame Petition an die schwedischen Behörden. Diese wurde wahrscheinlich zusammen mit den Bürgschaften und dem auf den 28. November datierten Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung eingereicht. Darin hieß es, dass die 15-jährige Ilse beunruhigende Nachrichten erhalten habe. Die Eltern befänden sich in unmittelbarer Gefahr, deportiert zu werden. Es lägen Garantien für einen zeitweiligen Aufenthalt vor, die Familie würde aber letztlich in die USA reisen. Zudem stünden 600 Kilogramm Kleidung im Freihafen Göteborg zur Verfügung. Ein betreffender Briefauszug der Eltern an Ilse, in dem sie berichten, sie würden in drei Wochen in die »Heimat« fahren – also deportiert werden – war beigelegt. Als Referenz war das Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Göteborgs und Leiter des dortigen jüdischen Hilfskomitees, Konsul Julius Hüttner, angegeben. Aber obwohl Hüttner prominent und auch im Außenministerium kein Unbekannter war, sollten sich die Bemühungen als vergeblich erweisen.

Am 12. Dezember 1941 lehnte das schwedische Außenministerium eine Einreise des Ehepaars Reifeisen ab.²⁷⁵ Damit war die letzte Hoffnung zunichte. Unklar bleibt, welche Faktoren letztlich ausschlaggebend waren. Die Jüdische

273 Seit Mitte des Jahres 1941 war es zu vermehrten Spannungen wegen Zusammenstoßen zwischen amerikanischen Schiffen und deutschen U-Booten gekommen. Anfang Juli 1941 wurden noch vor Kriegseintritt der USA deren Konsulate in Deutschland geschlossen.

274 MfiS an Simon Reifeisen, o. D., Dossier Simon Reifeisen, RA, JFA, FS, F 1 a:36.

275 Siehe hierzu Simon Reifeisen, Viseringsdossier, #885842, RA, SUK, Passbyrån, F 2 BA:705

Gemeinde in Stockholm rechnete auf Grundlage der Angaben der Sozialbehörde für 1940 mit Aufwendungen in Höhe von ca. 150 Kronen im Monat, die den Lebensunterhalt eines Flüchtlingspaars sicherten. Damit waren die Bürgschaften nur knapp ausreichend. Die Vermutung liegt nahe, dass die schwedischen Behörden angesichts des schwachen Affidavits für die USA davon ausgehen mussten, dass das Ehepaar, einmal in Schweden angekommen, seine Reise nicht fortsetzen würde. Die Tatsache, dass mit der Großmutter eine noch lebende Verwandte in Deutschland zurückblieb, machte die Erteilung eines Visums für die USA unwahrscheinlich. Dabei ist fraglich, ob sie Deutschland überhaupt noch hätten verlassen können. Am 23. Oktober 1941 ordnete der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, an, dass die Auswanderung von Juden mit sofortiger Wirkung zu verhindern sei. Zu diesem Zeitpunkt lebten aber allein in Deutschland noch 164.000 Juden.²⁷⁶

Gertrud und Simon Reifeisen schafften es nicht mehr in die USA. Am 27. Januar 1942 wurde das Ehepaar zusammen mit 936 Menschen aus der Gegend von Dortmund und Gelsenkirchen in das Konzentrationslager Riga-Kaiserwald verschleppt. Gertrud Reifeisen lebte noch bis zum Jahresanfang 1945 und starb im KZ Stutthof bei Danzig.²⁷⁷ Simon Reifeisen wurde am 27. Juli 1944 in Kaiserwald umgebracht.²⁷⁸ Wahrscheinlich wurde er Opfer einer umfangreicheren Selektion.²⁷⁹ Ilse galt weiterhin als Quotenfall und Mündel der Stockholmer Jüdischen Gemeinde, die auch für sie in regelmäßigen Abständen die Aufenthaltsgenehmigung verlängern musste. Sie lebte bis zur schrecklichen Gewissheit über den Tod ihrer Eltern nach Kriegsende mit der quälenden Hoffnung auf ein Wiedersehen. Am 10. Juni 1949 wurde Ilse Reifeisen schwedische Staatsbürgerin.²⁸⁰

Die Geschichten dieser beiden Mädchen, Hannelore und Ilse, sind keine Einzelfälle. Vergleichbares findet sich immer wieder in den Akten der Gemeinde. Im Falle Gerhard Jacobys, der als 14-Jähriger im Februar 1939 aus Chemnitz nach Schweden kam, bemühte sich das Hilfskomitee, für die Familie Geld für eine Reise nach Südamerika von Verwandten in Palästina und Großbritannien zu erhalten, da sie selbst keine finanziellen Zuschüsse für Personen leistete, die außer Landes lebten. Anscheinend waren die Briefe, die er von Zuhause erhielt, so dringlich formuliert, dass die Gemeinde sich gezwungen sah, den Vater zu ermahnen:

276 Kwiet: *Gehen oder Bleiben?*, S. 132-145.

277 BArch: Gedenkbuch Opfer der Verfolgung.

278 Ebd.

279 Franziska Jahn: *Riga-Kaiserwald – Stammlager*, in: Wolfgang Benz/Barbara Diestel (Hg.): *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Bd. 8: *Riga-Kaiserwald*, Warschau, Vaivara, Kauen (Kaunas), Plaszow, Kulmhof/Chelmno, Belzec, Sobibor, Treblinka, München 2008, S. 15-87.

280 Eliza Margareta Reifeisen, Centraldossier, RA, SUK, Kanslibyrån, F 1 B:2046.

»Wir wissen, dass sich Ihr Sohn hier sehr gut entwickelt, nicht nur in der Schule Fortschritte macht sondern sich auch sonst sehr nett in das Knabenheim in Uppsala eingelebt hat. Der Junge wird jedoch, wie wir Ihnen offen schreiben müssen, durch Ihre Briefe beunruhigt und dadurch immer wieder nervös beeinflusst. Wir möchten Ihnen sehr raten ganz besonders vorsichtig in Ihren Briefen an Ihren Sohn zu sein und glauben, durch diesen Hinweis am ehesten den Interessen Ihres Sohnes zu dienen.«²⁸¹

Der Druck, der auf diesen Kindern lastete, war sicherlich unvorstellbar groß. Erich und Eugenie Jacoby wurden im Juli 1942 nach Auschwitz deportiert, ihr weiteres Schicksal ist unbekannt.²⁸²

Eine geglückte Gruppenrettung?

Es ist deutlich geworden, wie viel Arbeit und welcher Aufwand für jede einzelne Rettung eines der Kinder der Transporte notwendig war, aber auch welch tragisches Schicksal diesen Mädchen und Jungen zuteilwurde. Die schwedisch-jüdische Gemeinschaft versuchte, Kinder aus Deutschland und Österreich aus den schweren Lebensverhältnissen zu retten. Den Eltern sollte die Auswanderung erleichtert werden und gefährdete Jugendliche sollten dem Zugriff der Nationalsozialisten entzogen werden. Ist das geglückt? Die Bilanz der Kindertransporte lässt sich – je nach Standpunkt – unterschiedlich lesen. Am 15. August 1939 notierte ein Mitarbeiter der Abteilung Kinderhilfe den Zwischenstand der Kinderaktion. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich 445 Kinder im Rahmen der Quote in Schweden, für zwölf war schon ein Antrag eingereicht worden und weitere 31 Kinder hatten bereits eine Genehmigung erhalten, waren aber noch nicht eingetroffen. Mithin gab es also 488 ausgeschöpfte Quotenplätze. Insgesamt 138 Mädchen und Jungen hatten die angebotene Einreisegenehmigung nicht ausgenutzt und nur neun Kinder hatten Schweden bereits wieder verlassen.²⁸³ Da zwei Wochen später der Zweite Weltkrieg begann, waren fortan sowohl die Einreise als auch die Weiterreise massiv erschwert. In den nächsten drei Monaten kamen anscheinend nur 21 weitere Kinder nach Schweden. Im Bericht des Hilfskomitees vom 23. November wurden dort insgesamt 466 Kinder gezählt, elf Anträge standen noch aus, während drei Kinder demnächst erwartet wurden. 16 Kinder wurden als »weitergewandert« verzeichnet.²⁸⁴ Eine eigene Zählung ergab insgesamt 507 Quoten-Kinder, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in Schweden eingetroffen sind.

Bis zum Verbot der Emigration aus Deutschland und damit dem Ende der Flucht konnte noch eine Anzahl von Kindern das Land verlassen. David

281 MfIS an Erich Jacoby, 2.4.1940, Dossier Erich Jacoby, RA, JFA, FS, F 1 a:21.

282 BArch: Gedenkbuch Opfer der Verfolgung.

283 Statistiska uppgifter rörande barn som inkommit till Sverige, RA, JFA, BA, E 4:1.

284 Statistiska uppgifter per den 23. November 1939, RA, JFA, Hjälpkommittén, E 1:13.

Köpniwsky gab in seinem bereits zitierten Bericht über die Flüchtlingshilfe der Mosaiska församling an, dass sich 1941 noch 385 Kinder im Land befanden.²⁸⁵ Obwohl die Gemeinde, das Hilfskomitee und die Kinderabteilung an einer baldigen Weiterreise der Kinder interessiert waren, zumal jeder frei werdende Platz auf der Kinderquote wieder frei werdende finanzielle Mittel und theoretisch auch die Chance eines neuen Einreisevisums bedeutete, forcierten sie diese nicht. Dieses galt insbesondere, wenn das Wohl der ihnen anvertrauten Kinder gefährdet zu sein schien. Der zweijährige Felix Grosz aus Mannheim kam nach Beginn des Krieges am 19. Dezember 1939 nach Schweden. Der Herkunft seiner Eltern wegen besaß er einen ungarischen Pass. Seine Eltern lebten auf dem Landwerk Steckelsdorf bei Rathenow,²⁸⁶ wo sich seit 1938 ein Hachschara-Umschulungszentrum befand.²⁸⁷ Da die Eltern, Martha und Heinrich Grosz, Chaluzim waren, wollten sie mit ihrem Sohn nach Palästina einwandern. In Haifa lebten Verwandte von ihnen.²⁸⁸ 1940, ein halbes Jahr nach Felix' Einreise nach Schweden, beschlossen die Eltern aber, nach Ungarn zurückzukehren. Daraufhin baten sie die Gemeinde in Stockholm um Unterstützung bei der Beantragung der notwendigen Durchreisevisa für Felix durch Deutschland. Die Gemeinde bat die Mutter zu bedenken, dass es dem Kind in Schweden gutgehe und rieten ihr, das Kind dort zu belassen, bis sie in Ungarn wieder »Fuß gefasst« hätten. Trotzdem war sie bereit, bei der Beschaffung der Visa zu helfen. Heinrich Grosz schrieb an die Pflegemutter Dagmar Huld in Stockholm, dass die Mutter unter der Trennung von dem Kind leide. Die Kinderabteilung versicherte der Mutter Martha Grosz, dass es dem Kind bei den Pflegeeltern Huld gut gehe – und dass diese das Kind ganz sicher nicht behalten wollten.²⁸⁹ Möglicherweise hatten Vater und Mutter Grosz Angst, dass die Pflegeeltern das Kind zu adoptieren beabsichtigten? Die Einträge auf der Karteikarte enden 1942. Im »Gedenkbuch Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945« ist ein Heinrich Gross aufgelistet, der aus Steckelsdorf mit unbekanntem Ziel deportiert wurde. Über Martha Grosz ist nichts bekannt. Es bleibt also unklar, ob die Mutter als ungarische Staatsbürgerin noch mit dem Kind in das mit Deutschland verbündete Ungarn floh und was mit ihnen geschah. Der Fall aber offenbart, dass die Kinderabteilung in Sorge um ihren Schützling der Erziehungsberechtigten zumindest abriet, das Kind wieder aus Schweden herauszuholen.

In der Rückschau ist es schwierig einzuschätzen, welche Motive in die Kinderaktion einfließen. Ging die Gemeindeführung in Stockholm wirklich davon aus, dass alle Kinder, oder doch ein Großteil von ihnen, das Land zur Wieder-

285 Köpniwsky: Några ord, S. 22, RA, JFA, FS, F 4 a:10.

286 Karteikarte Felix Grosz, Kortregister Barnavdelningen, RA, JFA, BA, D 1 b:1.

287 Mehr zu Steckelsdorf bei Ezra BenGershôm: David. Aufzeichnungen eines Überlebenden, erw. Neuausg., Frankfurt a. M. 1993 (1979).

288 Fragebogen Felix Gross [!], RA, JFA, BA, E 4:1.

289 Briefwechsel zwischen dem 7.6.1940 und 12.7.1940 in RA, JFA, BA, E 2 a:2.

vereinigung mit ihren Eltern verlassen würden? Oder konnte sie schon Anfang 1939 absehen, dass es hier um Leben und Tod ging? War sie sich bewusst, dass sie ihre Rettungsbemühungen auf die Kinder beschränkte? Auch neun Monate vor dem noch nicht absehbaren Kriegsbeginn war bekannt, dass sich die Suche der deutschen Juden nach einem Fluchtland immer schwieriger gestaltete und einige Kinder für längere Zeit in Schweden bleiben würden. Für diese Annahme spricht auf der einen Seite, dass die Gemeinde – wie erwähnt – den Behörden gegenüber keine pauschale Garantie übernahm, dass die Kinder auch ausreisen würden. Auf der anderen Seite steht in einem Memorandum aus dem Dezember 1940, dass mehr Kinder, als zu Beginn der Rettungsaktion zu vermuten war, bleiben mussten. Daraus sei eine – wenn auch nicht juristische, sondern moralische – Pflicht entstanden, für diese zu sorgen.²⁹⁰ Für einige Mädchen und Jungen nahm die Zeit der Bedrängnis ein glückliches Ende. Paul Wolf aus Aachen, der sich im Februar beim Rabbiner Emil Kronheim in Stockholm herzlich für die Empfehlung der beiden Kinder Lotte und Ruth bedankte, verließ der Verzweiflung vieler Eltern Ausdruck:

»Ihr erfolgreiches Bemühen nimmt mir eine sehr große Sorge und ich hoffe, dass ich auch einmal die Gelegenheit habe, Ihnen einen Dienst erweisen zu können. Nach all den negativen Antwortschreiben, die ich seit zwei Monaten bekommen habe, war die Nachricht des Kommités eine wirkliche Erleichterung, besonders glücklich sind wir für meine beiden Mädels, dass sie die Aussicht haben, vielleicht in derselben Stadt leben zu können und sich von Zeit zu Zeit sehen und sprechen zu können.«²⁹¹

Die Karteikarten der Mädchen zeigen, dass diese im Januar 1940 zusammen mit den Eltern in die USA ausreisen konnten.²⁹²

Demgegenüber stehen die Traumata, die die allermeisten Kinder letztlich zu bewältigen hatten.²⁹³ Neben der oft schwierigen Eingewöhnung in die neue Umwelt und Sprache belastete sie die Angst um die zurückgebliebenen Familienangehörigen. Letztlich musste die Mehrheit dann den Verlust ihrer Familien verarbeiten.²⁹⁴ Es gehört zur Tragik der Kindertransporte, dass die Mehrheit der geretteten Kinder letztlich zu Waisen wurde, da sich auch in ihrer Abwesenheit keine Ausreisemöglichkeiten für die Eltern ergaben. Etwa drei Viertel der Kinder erfuhren nach Kriegsende, dass eines oder beide Elternteile ermordet worden waren. Laut Ingrid Lomfors verließ ungefähr ein Drittel der Kinder nach der

290 Promemoria angående den s. k. Barnhjälpen, 12.12.1940, RA, JFA, FS, F 4 a:1.

291 Paul Wolf an Emil Kronheim, 9.2.1939, RA, JFA, Rabbin Emil Kronheims arkiv, 1:7.

292 Karteikarten in RA, JFA, BA, D 1 b:2.

293 Ute Benz: Traumatisierung durch Trennung, Familien- und Heimatverlust als kindliche Katastrophen, in: Wolfgang Benz/Claudia Curio/Andrea Hammel (Hg.): Die Kindertransporte 1938/39. Rettung und Integration, Frankfurt a. M. 2003, S. 136-155.

294 Marianne Kröger: Kindheit im Exil. Ein Forschungsdesiderat, in: Wolfgang Benz/Claudia Curio/Andrea Hammel (Hg.): Die Kindertransporte 1938/39. Rettung und Integration, Frankfurt a. M. 2003, S. 17-33, hier S. 19.

Befreiung Europas 1945 das Land, die meisten zu überlebenden Familienangehörigen, andere emigrierten später in den neu geschaffenen Staat Israel.²⁹⁵

Die Auswahl der Kinder mutet heute merkwürdig an. Ihre Bedürfnisse standen nicht immer im Vordergrund. Vielmehr ging es darum, für so viele wie möglich schnell eine Gastfamilie oder einen Unterbringungsort zu finden.²⁹⁶ Die Leiterin der Kinderabteilung sagte im Rückblick auf das erste Jahr ihrer Arbeit, dass man sich einerseits bemüht habe, für die Kinder eine Umgebung zu finden, von der man ausging, dass sie sich dort gut einleben würden. Andererseits habe man die Pflegeeltern zufriedenstellen müssen, die häufig sehr präzise Vorstellungen gehabt hätten, was das Alter, die Herkunftsschicht und das Aussehen der Mädchen und Jungen betraf.²⁹⁷ Einige Vertreter jüdischer Organisationen in Deutschland gerieten der Kindertransporte wegen zudem in einen Zwiespalt. In seinem Bericht über seine Unterredungen mit dem Joint und Vertretern aus anderen Fluchtländern berichtete der Berliner Rabbiner und Zionist Joachim Prinz im Dezember 1938:

»Über die Kinderverschickung wurde ausführlich berichtet, doch war man sich darüber einig, dass es unter keinen Umständen dahin kommen dürfe, dass das Ausland sich durch Aufnahme jüdischer Kinder sozusagen loskaufe von der dringlichsten Verpflichtung zur Aufnahme von Erwachsenen, insbesondere von Männern im arbeitsfähigen Alter, deren Auswanderung aus Deutschland vor allem erstrebt werden müsse.«²⁹⁸

Prinz lenkte die Aufmerksamkeit auf ein Kernproblem, das an den Beispielen Großbritannien und Schweden deutlich wurde. Aus Sicht der meisten Eltern und der deutsch-jüdischen Hilfsorganisationen boten die Kindertransporte eine Chance, die Kinder aus der beklemmenden Atmosphäre alltäglicher Gewalt und Entwürdigung herauszunehmen. Das zeigen die vielen Anfragen und die großen Bemühungen, die die jüdischen Hilfsorganisationen in Wien und Berlin und den Zweigstellen in die Transporte investierten. Allerdings mag mancher Elternteil auch die Hoffnung gehegt haben, dass das eigene Kind im Ausland den Nachzug der Eltern erleichtern könnte.

3. Verstärkte Rettungsbemühungen: Die Intensivierung der Arbeit des Hechaluz

Die Verschärfung der Verfolgung in Deutschland und der dem »Anschluss« Österreichs folgende Terror alarmierten die schwedischen Juden und die Gemeindeführung in Stockholm. Am 18. April 1938 bat die jüdische Gemeinde die

295 Lomfors: Förlorad barndom, S. 268-272.

296 Ebd., S. 102 f.

297 Rapport angående Barnavdelningens verksamhet sept. 1938 – 31 dec. 1939, RA, JFA, FS, F 4 a:3.

298 Rundschreiben B, Nr. 353, Hilfsverein an Auswandererberater, Januar 1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 2596.

Sozialbehörde, die Zahl der Chaluzim zumindest vorübergehend von 100 auf 120 und den Zeitraum des Aufenthalts von 18 Monaten auf zwei Jahre zu erhöhen.²⁹⁹ Mehr junge Leute sollten Deutschland verlassen können. Die Erhöhung wurde genehmigt. Doch schon bald war auch diese Quote wieder erschöpft. Es ist sehr schwer, das Zustandekommen der einzelnen Quoten und den Anteil der Akteure daran zu rekonstruieren. Salomon Adler-Rudel schrieb am 16. August 1938 aus London an die Gemeindeleitung in Stockholm, die er mit dem Plan konfrontierte, 1000 junge Menschen zur Berufsausbildung aus Deutschland herauszuholen. 120 Personen, so der Wunsch, sollte Schweden aufnehmen.³⁰⁰ Auch Emil Glück berichtete von einem Treffen Adler-Rudels mit Vertretern des Hilfskomitees im Herbst 1938, bei dem dieser versucht habe, die Gemeindevertreter zu einem stärkeren Engagement für eine Erhöhung der Chaluz-Quote auf 500 Pioniere zu bewegen. Adler-Rudel hatte Glück gegenüber deutlich gemacht, dass es bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr darum gehen könne, eine Hachschara möglichst sorgfältig durchzuführen, sondern dass es sich schlicht und einfach um eine Aktion zur Rettung von Hunderten junger Männer und Frauen handele.³⁰¹ Als Mitarbeiter des *Central British Fund* in London und dortiger Vertreter der deutschen Juden war Adler-Rudel im Spätsommer 1938 gezwungen, neue Unterkünfte für Chaluzim aus Italien zu finden. Auf Anordnung der italienischen Regierung waren zuvor die Hachschara-Lager im Land aufgelöst worden.³⁰² Eine Erhöhung der Quote regte er auch im Briefwechsel mit seinem Bekannten Hans Schäffer an, der sich zu jenem Zeitpunkt in Schweden aufhielt. Dieser riet ihm:

»Meine eigene Einwirkung könnte auch nur über diese Gemeinde erfolgen, deren Vorsteher, den Buchhändler Gunnar Josephson, ich sehr gut kenne und sehr hoch schätze. Meine Erfahrungen gehen aber dahin, dass auf briefliche Anfragen in Stockholm sehr leicht negative Bescheide kommen, während man bei persönlicher Anwesenheit eine ganze Menge erreicht.«³⁰³

Und tatsächlich verwiesen der Gemeindevorsitzende Gunnar Josephson und Rabbiner Marcus Ehrenpreis Glück gegenüber erwartungsgemäß darauf, dass die Chaluz-Quote gerade erst erhöht worden sei. Glücks Hinweis darauf, dass auch die erhöhte Quote bereits bald erschöpft sein werde, führte zumindest dazu, dass er den Auftrag erhielt, noch einmal zusammen mit dem Gemeindegamster Mauritz Grünberger bei der Sozialbehörde vorfühlen sollte, um die Möglichkeit weiterer Erhöhungen zu erörtern.³⁰⁴ Dann aber überschlugen

299 MfiS an Erik Drougge, 18.4.1938, RA, JFA, HK, E 1:3.

300 Salomon Adler-Rudel an MfiS, 16.8.1938, RA, JFA, HK, E 1:5.

301 Smulowiz: Die schwedische Hachscharah, S. 8, YVA, O.74/1.

302 Klaus Voigt: Zuflucht auf Widerruf. Exil in Italien, Bd. 1, Stuttgart 1989, S. 225.

303 Salomon Adler-Rudel: Das Auswanderungsproblem im Jahre 1938. Ein Briefwechsel mit Hans Schäffer, in: Bulletin des Leo-Baeck-Instituts 10 (1967), Nr. 38/39, S. 159-215, hier S. 207.

304 Glück: På väg til Israel, S. 20.

sich die Ereignisse. Der Novemberpogrom und der daraus resultierende Schock in Schweden bewirkten letztlich eine Erhöhung der Quote auf 300 Personen.³⁰⁵ Wer die Erhöhung beantragte und wann genau sie in Kraft trat, ist unklar. Wenig plausibel ist die Deutung eines Chronisten der Hachschara, der sie einzig dem Engagement Emil Glücks zuschrieb.³⁰⁶ Bis 1938 waren 312 Chaluzim gekommen, von denen 142 weiterwanderten, 79 nach Palästina, 14 in »transozeane Länder« und 51 in andere Staaten. Die relativ hohe Quote derjenigen, die das Land wieder verlassen hatten, sprach für das Hilfsprojekt und eine mögliche Ausweitung. Laut Initiator Emil Glück gab es in Schweden ein gewisses Verständnis für diese Form der Hilfsarbeit. Die konjunkturbedingte Nachfrage nach solcher landwirtschaftlichen Arbeit, die die Auszubildenden leisten konnten, deckte sich mit dem entsprechenden Hilfsbedarf für die deutschen Juden. Einen weiteren Ausschlag gab sicherlich auch eine Versicherung der Jewish Agency vom November 1938, die Bemühungen in Aussicht stellte, nach zwei Jahren alle neuen Chawerim nach Palästina zu holen.³⁰⁷

Aber auch mit der erneut erhöhten Quote konnte das Elend der deutsch-jüdischen Jugend nicht wesentlich gemildert werden. Nun, so Glück, seien alle arbeitsfähigen Männer in Konzentrationslagern und es sei jetzt eine Pflicht, die Aktion auszuweiten, um diese vor dem »sehr sicheren Untergang« zu bewahren.³⁰⁸ Die Gemeinde gelangte aber zu einer zurückhaltenden Einschätzung darüber, was sie selbst finanziell leisten und den Behörden zugemutet werden konnte. 1939 ist das Jahr, in dem die höchste Zahl an Chaluzim nach Schweden gelangte. 1938 waren 142 Chaluzim eingereist, im Folgejahr kamen weitere 177.³⁰⁹ Die Aufgabenverteilung zwischen der Jüdischen Gemeinde in Stockholm und dem Hechaluz war für die Gemeindeführung befriedigend gewesen und wurde so fortgesetzt. So verwies das Hilfskomitee im Mai 1939 Antragsteller an eine Adresse in Berlin, wo die Auswahl getroffen wurde.³¹⁰ Auch ein Teil der Chawerim aus den italienischen und jugoslawischen Einrichtungen konnte in Schweden untergebracht werden. Einige der religiösen Chawerim aus Italien zogen in einen Kibbutz der orthodoxen Organisation Bachad an der Südwestküste Schwedens bei Halmstad.³¹¹ Einige andere wurden in die bestehende Organisation integriert.

305 Vördsam promemoria rörande den kvotregulerade judiska invandringen i Sverige, RA, JFA, FS, F 4 a:1.

306 Smulowiz: Die schwedische Hachscharah, S. 8, YVA, O.74/1.

307 Ebd., S. 10.

308 Bericht von Emil Glück an MfiS, 4.1.1939, YVA, O.74/9.

309 Köpniwsky: Några ord, S. 11, RA, JFA, FS, F 4 A:10.

310 MfiS an Gerhard Gerson, 15.5.1939, RA, JFA, HK, E 1:13.

311 Smulowiz: Die schwedische Hachscharah, S. 9, YVA, O.74/1.

Alija bet? Die Gemeinde und die illegale Einwanderung nach Palästina

Nicht erst mit der Einschränkung der jüdischen Einwanderung nach Palästina infolge der britischen Weißbuchpolitik im Frühjahr 1939 sahen sich die Hachschara-Programme vor eine existenzielle Herausforderung gestellt. Alle gründeten sie auf der Grundannahme, dass die Schüler nach ihrer Ausbildung letztendlich in Palästina einwandern würden. Sicher hatte es immer wieder Gruppen gegeben, die auch die Vorbereitung für eine landwirtschaftliche Siedlung an anderen Orten der Welt, insbesondere Südamerika, in Betracht zogen, die sinnstiftende Gemeinsamkeit hatte aber größtenteils in der Sehnsucht bestanden, die notwendige Flucht mit einer Alija nach Erez Israel zu verbinden. Mit den schwindenden Einreiseoptionen konnte keinesfalls mehr damit gerechnet werden, dass alle Teilnehmer dieses Ziel noch erreichen würden. Für die Hachschara bedeutete diese Situation zudem, dass das Ziel, Menschen aus Deutschland zu retten, gefährdet war. Nach Schweden konnten nur so viele Menschen kommen, wie das Land bereits wieder verlassen hatten. Mit dem faktischen Einwanderungsstopp nach Palästina war dieses Ziel der Hachschara in weite Ferne gerückt. Es erstaunt nicht, dass die Beteiligten in Schweden die gleichen Überlegungen anstellten wie einige deutsche Helfer und dass ähnliche Konflikte ausbrachen wie in Deutschland. Sollten jüdische Organisationen in Europa die illegale Einwanderung nach Palästina gegen den Willen der Briten und der lokalen Regierungen unterstützen? Die Personen, die sich in der Hilfsarbeit für die landwirtschaftlichen Auszubildenden engagierten, betrachteten schon damals eine nach den Maßstäben der britischen Mandatsmacht illegale Einreise (Alija bet, nach dem zweiten Buchstaben des hebräischen Alphabets) als eine Erfolg versprechende Alternative zum genehmigten Verfahren. Zu diesem Kreis zählte auch Emil Glück.

Die schwedische Regierung konnte eine von Schweden aus durchgeführte illegale Einwanderung in das britische Mandatsgebiet nicht dulden, die sie als potenzielle Gefährdung der wichtigen, aber ohnehin schwierigen Beziehungen zum nächsten westlichen Alliierten betrachten musste. Emil Glück, der sich hingebungsvoll für die Hachschara einsetzte, beantwortete die Frage der Loyalität zugunsten der Chaluzim und Flüchtlinge. Doch kostete die illegale Immigration nicht weniger Geld als die wenigen legalen Reiserouten in den Nahen Osten. Glück war daher gezwungen, sich an seine Partner und Geldgeber in Stockholm zu wenden.

Das Hilfskomitee in Stockholm war sich dieser Probleme sehr wohl bewusst, hatte sich aber der Regierung gegenüber für das Wohlerhalten der Chaluzim verbürgt. Das Gremium bemühte sich um eine Lösung des Dilemmas. Mitte Januar 1939 schrieb Glück an seine Londoner Kontakte beim Agricultural Committee des Central British Fund, er habe dem Direktor der Jüdischen Gemeinde in Stockholm, Gunnar Josephson, die Zustimmung zu einer Beteiligung an den Kosten für den Transport von 65 Auswanderern abgerungen. Die Bedingung war, dass eine andere Organisation – etwa HICEM – die andere Hälfte über-

nehmen würde. Glück verschwieg allerdings, dass es sich bei dem geplanten Transport um eine illegale Aktion handelte.³¹² Ironischerweise baten die Londoner ihn, bei zukünftigen Schreiben solcher Art eine Privatadresse zu benutzen, da auch das Committe »nicht nur aus Zionisten zusammengesetzt« sei. Dieser Hinweis offenbarte die Spannungen innerhalb der jüdischen Organisationen in Großbritannien, soweit es die Frage einer jüdischen Heimstätte betraf. So werde im Council for German Jewry mit Rücksicht auf den einflussreichen Lord Samuel nicht über diese Themen gesprochen, obwohl viele die illegale Einwanderung nach Palästina unterstützen würden. Glücks Ansprechpartner versprach aber, Salomon Adler-Rudel hinzuzuziehen, der offiziell der Gemeinde Stockholm seine Unterstützung für einen größeren Transport zusagen sollte, damit der schwedische Beitrag freigegeben werden würde.³¹³

Glück stürzte sich derweil in die Arbeit. In einem Brief an Adler-Rudel schrieb er von der großen Angst, dass diese Menschen, die man erst »hierher gerettet« hatte, nun wieder nach Deutschland abgeschoben werden könnten, nachdem viele Menschen schon so viel investiert hatten. Die schwedischen Behörden seien zudem nicht davon beeindruckt, wenn 65 Menschen zugleich weiterzogen, da dieses von Anfang an geplant und der eigentliche Grund für die Aufenthaltsgenehmigung gewesen sei.³¹⁴ Anfang Februar 1939 erhielt er tatsächlich 65 »Pässe«, wobei nicht ganz klar ist, was sich hinter diesem Ausdruck verbirgt. Gleichzeitig beschwerte sich Glück aber auch über den bisherigen Ablauf der Aktion, deren Vorbereitungen schon zu lange dauerten. Anscheinend hatte er bereits alle vorgesehenen Jugendlichen von ihren Arbeitsstellen bei den Bauern abgezogen. Dieses Vorgehen verursachte zusätzliche Kosten, da die jungen Menschen versorgt und untergebracht werden mussten. Zudem schien es ihm fraglich, ob sie wieder an ihre Arbeitsplätze würden zurückkehren können, da die Bauern keine Kräfte nehmen wollten, die kurze Zeit später vielleicht wieder abreisen würden.³¹⁵

Am 20. Februar 1939 stellte Glück ein Ultimatum: Binnen Wochenfrist sollten die Jugendlichen Schweden verlassen haben – ansonsten würde er diejenigen, die noch eine Aufenthaltsgenehmigung für Schweden hatten, zurück auf ihre Hachschara-Stellen bei den Bauern schicken. Von dort würden sie in der nächsten Zeit dann nicht mehr gesammelt werden können. Für die übrigen, deren Aufenthaltsgenehmigungen abgelaufen waren, musste, so Glück, unbedingt eine Lösung gefunden werden. Wenn sie nicht nach Palästina konnten, mussten sie anderswo Zuflucht finden. Andernfalls befürchtete er eine katastrophale Lage für die Hachschara in Schweden, weil der Schaden, der bei den Behörden angerichtet worden sei, nicht wiedergutmacht werden könne. Die Liquidie-

312 Emil Glück an Georg Josephthal, 16.1.1939, YVA, O.74/5. Josephthal war Mitglied des Präsidialausschusses der Reichsvertretung und Vorstandsmitglied der Zionistischen Vereinigung für Deutschland gewesen.

313 N. N. an Emil Glück, 18.1.1939, und Josephthal an Emil Glück, 19.1.1939, YVA, O.74/5.

314 Emil Glück an Salomon Adler-Rudel, 21.1.1939, YVA, O.74/5.

315 Emil Glück an Georg Josephthal, 11.2.1939, YVA, O.74/5.

zung der Hachschara und ein Aufnahmestopp für Menschen aus Deutschland stünden bevor.³¹⁶

Aus den folgenden Ereignissen wird deutlich, unter welchem Druck die Organisatoren der Hilfe für jüdische Flüchtlinge in allen betroffenen Ländern arbeiteten. Nicht nur standen die geringen finanziellen Mittel in keinem Verhältnis zu der hohen Zahl der zu rettenden Menschen, sondern alle beteiligten Regierungen wachten auch eifersüchtig darüber, die ihnen lästigen jüdischen Flüchtlinge loszuwerden. Dabei schien den Nachbarländern des nationalsozialistischen Deutschland jedes Mittel recht zu sein. Der Grund für die Verschiebung war, dass Durchreiseerlaubnisse für zwei Schiffe und die Gruppen von Chaluzim nur schwer von den Regierungen zu erhalten waren. Anscheinend hatten die französischen Behörden Durchreisepapiere beschlagnahmt, sodass das Reisebüro unter Druck geriet. Nun mussten direkte Anträge bei der Regierung und neue Papiere beschafft werden. Da die Organisatoren damit rechneten, dass diese Bemühungen lange Zeit in Anspruch nehmen und wahrscheinlich nicht von Erfolg gekrönt sein würden, suchten sie nach einem Alternativplan, um ein Schiff aus Marseille zu ersetzen. Es bot sich an, ein Schiff über die sogenannte Nordroute von Polen nach Dänemark zu organisieren, wo die schwedischen und dänischen Pioniere zusteigen sollten, um anschließend Kurs nach Süden zu nehmen. Die polnische Regierung stellte aber für die Abfahrt des Schiffes aus einem polnischen Hafen die Bedingung, dass auch Polen auf dem Schiff mitgenommen werden müssten. So hätten aber einige deutsche Chaluzim, für die das Schiff den letzten Ausweg darstellte, zurückbleiben müssen. Schließlich erhielten die Londoner durch die persönliche Intervention des Barons von Rothschild Durchreisevisa für Frankreich. Aber die französische Regierung bestand plötzlich darauf, dass auch 75 Franzosen, die in aller Eile ausgewählt werden mussten, mitgenommen wurden. Alles dieses belegte erneut Plätze, die vielleicht in anderen Ländern dringender gebraucht wurden, und verschlang zusätzliche Mittel. Die sogenannte Südroute über Marseille bedeutete zudem, dass Glück in Schweden die Reisekosten nicht nur bis zum Einschiffungshafen Dänemark, sondern bis Dünkirchen aufzubringen hatte. Das gelang ihm tatsächlich.³¹⁷

Allerdings endet hier die Überlieferung und es bleibt unklar, ob dieser Transport in Frankreich überhaupt zustande kam. Glück aber gab nicht auf, bis letztlich das Hilfskomitee in Stockholm doch von der Angelegenheit Kenntnis erhielt. Glück stand damit zusätzlich unter Druck. Mitte August versicherte er dem Vorsitzenden der Gemeinde in Stockholm, Gunnar Josephson, er verstehe sehr gut, dass das Komitee nicht offiziell mit illegalen Aktivitäten zu tun haben könne. Da aber die britische Regierung gegebene Versprechen nicht einhalte, müsse es nun zu einer illegalen Einwanderung kommen. Schließlich hätten sich im Vertrauen darauf, dass eine Immigration möglich sein werde, Tausende junge

316 Emil Glück an Georg Josephthal, 20.2.1939, YVA, O.74/5.

317 Georg Josephthal an Emil Glück, 20.2.1939 und 14.3.1939, und Emil Glück an Georg Josephthal, 16.3.1939, YVA, O.74/5.

Menschen den Beschwerlichkeiten einer langjährigen Ausbildung in der Landwirtschaft unterworfen. Diese hätten ein moralisches Recht darauf, sich mit allen Mitteln Zutritt zu dem Land zu verschaffen. Zudem habe die Gemeinde den Behörden gegenüber eine Auswanderung der Chaluzim in Aussicht gestellt. Da die betreffenden Chaluzim ansonsten noch auf unbestimmte Zeit im Land würden bleiben müssen, sei es im Interesse aller, jenen Transport durchzuführen. Er schlug vor, alles Erforderliche ihm zu überlassen. So würde das Hilfskomitee in Stockholm nicht in Schwierigkeiten geraten. Allerdings benötige er mehr Mittel:

»Ich schlage vor, es mir, der ich ja auch mit der Chalutzausbildung betraut bin, zu überlassen durch eine Erhöhung der Mittel und die bereits für die Ausbildung bestehenden Mittel, einen Weg zu finden, die Sache zu regeln, ohne dass irgendwelche Außenstehenden damit etwas zu tun bekommen. Die Summe, die für die Sache erübrigt werden kann, müsste das Komitee in Anbetracht der eingegangenen Verpflichtungen bestimmen. Es sollte zudem sollte bedacht werden, dass wir eine solche Chance, aus einer schweren Situation herauszukommen, im nächsten halben Jahr vielleicht nicht mehr bekommen werden. Dein Glaube, dass wir nachdem, was nun in der Welt geschehen ist, so bald auf legalem Wege unsere Chaluzim loswerden, kann ich leider nicht teilen.«³¹⁸

Glück hatte mit dem Brief auch versucht, eine offizielle Erörterung der illegalen Einwanderung nach Palästina im Hilfskomitee zu verhindern, um so mehr Spielraum für die Realisierung seiner Pläne zu haben. Das gelang aber nicht. Auf der Sitzung des Hilfskomitees vom 16. August 1939 wurde die Alija bet, aus Anlass eines Plans aus London, 150 Chaluzim nach Palästina zu bringen, intensiv diskutiert. Das Komitee entschied, die private Sammlung und das geplante Projekt nicht zu unterstützen.³¹⁹ Auch Telegramme von der Jewish Agency in Jerusalem und von Adler-Rudel aus London mit Empfehlungen zu besagtem Plan änderten nichts an der Entscheidung.³²⁰ Das Hilfskomitee folgte in seiner Ablehnung der illegalen Einwanderung dem Beispiel jüdischer Hilfsorganisationen in anderen Ländern.³²¹ Mit der Ablehnung einer illegalen Einwanderung durch das Hilfskomitee war Glück offiziell gescheitert. Er verfolgte den Plan aber unter der Hand weiter. Die Quellen enthalten keine Hinweise auf die Ausreise einer größeren Gruppe. Im Gegenteil, im Laufe des Jahres 1939 hatte sich die Anzahl der Chaluzim nahezu verdoppelt. Zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 1939 hielten sich 345 Chaluzim im Land auf, von denen 57 auswandern konnten. Von einem großen Transport nach Palästina konnte aber

318 Emil Glück an Gunnar Josephson, 14.8.1939, RA, JFA, HK, A 2:2.

319 Protokoll der Sitzung des HK, 16.8.1939, RA, JFA, HK, A 2:2.

320 Ordner »Hjälpkommittén, Dir. Gunnar Josephson«, RA, JFA, HK, A 2:2.

321 Meyer: Tödliche Gratwanderung, S. 51.

nicht die Rede sein, da insgesamt nur 30 Personen nach Palästina, sechs in die USA und 21 in andere Länder auswanderten.³²²

Es sollten vier Jahre vergehen, bevor das Hilfskomitee sich wieder mit der Frage einer illegalen Aktion befasste. Und wieder war der umtriebige Emil Glück der Auslöser. Im Frühjahr 1943 sammelten einige schwedische Juden Geld für den Kauf eines Fischerbootes, um damit dänische Chaluzim aus dem von den Deutschen besetzten Dänemark zu evakuieren. Geflüchtete Chawerim aus Bornholm hatten auf diesem Boot eine Fischereiausbildung erhalten. Der schwedische Aktivist Ragnar Gottfarb erwarb offiziell das Boot, an der Organisation war Eva Warburg beteiligt. Es kam zwar kein Kontakt zu den dänischen Chaluzim zustande, im Verlauf der Rettungsaktion für die dänischen Juden im Oktober 1943 aber wurden mit dem Boot »Julius« 284 dänische Juden nach Schweden gerettet.³²³ Die Rettung der dänischen Juden wurde aber von der schwedischen Küstenwache inoffiziell unterstützt, die mit ihren Patrouillenbooten selbst dänische Flüchtlinge von ihren Ruderbooten rettete. Offiziell achtete die Gemeinde stets darauf, sich nicht an illegalen Aktionen zu beteiligen. Zu viel stand auf dem Spiel – die guten Kontakte zu den Behörden.

Die Neuaufstellung im Kibbuz Svartingstorp

Trotz der gescheiterten Pläne zur Alija bet musste die normale Hachschara fortgesetzt werden. Insgesamt hatten sich die Behörden nicht von der Aktion abgewandt, die offiziell den deutschen Juden weiterhin die Möglichkeit bot, über Schweden auszuwandern. Dazu musste aber in Schweden zunächst eine Neu- und Umorganisation erfolgen. Seit der Gründung des Kibbuz in Svartingstorp durch die großzügige Spende von Eli Heckscher war der Stifter des Öfteren in Konflikt mit der Kibbuzleitung und den Schülern geraten. Immer stärker waren die Erwartungen Heckschers an eine »unparteiische« Ausbildung im Rahmen einer Hilfe für deutsche Juden und die zionistische Ausrichtung des Kibbuz miteinander kollidiert. Es hatte Versuche gegeben, die Auszubildenden nicht mehr nur über Glück zu rekrutieren, sondern auch solche Jugendliche mit einzubeziehen, die explizit nicht nach Palästina gehen wollten. So verhärteten sich die Gegensätze, die sich aus dem Konflikt zwischen Glück und den Auszubildenden auf der einen und dem von Heckscher eingesetzten Verwalter auf der anderen Seite ergaben. Das Projekt drohte zu scheitern.³²⁴

Als Lösung zur Entschärfung des Konflikts bot es sich an, die Auszubildenden, die Chawerim, auszutauschen. Grundlage für diese Entwicklung war die persönliche Intervention Eva Warburgs bei der Familie Heckscher. Sie besuchte Eli Heckscher im Juli 1939, um ihm einen neuen Vorschlag aus Berlin zur Re-

322 Bericht von Emil Glück, Januar 1940, RA, JFA, HK, A 2:2.

323 Emil Glück, Redogörelse över räddningsarbete med Julius, 1.2.1944, YVA, O.74/7.

324 Bessermann: Svartingstorp, S. 7-15.

ren alle Mitglieder der Gruppe nach Palästina zu holen.³³⁰ Eine solche Garantie war geeignet, die Behörden zu beruhigen. Im Herbst 1939 brannte die Villa aus, die dem Bachad als Kibbutz diente. Die Chawerim verloren ihr Obdach. Mithilfe anderer Hilfskomitees wurde das Zentrum aber wieder aufgebaut.³³¹ 1940 lebten in Halmstadt etwa 20 Chawerim des Bachad. Die Abrechnungen der Zuwendungen durch die Mosaiska församling in Stockholm und die jüdischen Gemeinden in Göteborg und Malmö erfolgten ebenfalls über Emil Glück.³³²

In den letzten Monaten des Schicksalsjahres 1938 ergaben sich zudem weitere personelle Ergänzungen, die für die weitere Hilfsarbeit in Schweden bedeutsam sein würden: Engagierte Mitglieder der Familie Warburg aus Hamburg kamen nach Schweden. Ihren Erfahrungsreichtum brachten sie in der in Schweden bis dato zwar ideell und finanziell unterstützten, aber nicht praktisch durchgeführten Emigrationsarbeit ein – der Kinder- und Jugendalija.

Die Familie Warburg in Schweden: Impulse für die Kinder- und Jugendalija

Fritz Warburg, Teilhaber des Hamburger Bankhauses M. M. Warburg & Co., war, wie sein Bruder Max Warburg, der als Vorsitzender des Hilfsvereins amtierte, in der Hilfe für Emigranten engagiert. Er verfügte zudem über exzellente Geschäftsbeziehungen nach Schweden. Fritz Warburgs Frau war in Schweden geboren und sie hatten in Stockholm geheiratet. Er hielt sich oft im nördlichen Nachbarland auf, doch zwangen ihn sein Engagement für die bedürftigen Juden Hamburgs und seine geschäftlichen Verpflichtungen immer wieder zu Besuchen in Deutschland.

Nachdem er erfahren hatte, dass die Behörden in Hamburg planten, die Patienten des jüdischen Krankenhauses zu vertreiben, flog Warburg im Herbst 1938 erneut nach Deutschland, um die Bedingungen einer Verlegung der Einrichtungen zu verhandeln.³³³ Diese Reise sollte sich als folgenswer erweisen. Am 11. November 1938 kablete das schwedische Konsulat in Hamburg an das Außenministerium, dass Warburg am selben Tag am Hamburger Flughafen festgenommen worden sei, als er zusammen mit seiner Frau das Flugzeug besteigen wollte, um nach Schweden zurückzukehren. Seine Frau hatte sich sofort auf dem Weg ins Konsulat gemacht. Sie konnte dem Konsul glaubhaft versichern, dass sie und ihr Ehemann über eine bis März 1939 gültige Aufenthaltsgenehmigung in Schweden verfügten. Der Justiziar des Bankhauses und persönlicher Vertrauter Warburgs Christian Niemeyer, der die Ehefrau begleitete, machte dem Konsul zudem deutlich, dass eine Entlassung Warburgs davon abhängt, ob

330 Smulowiz: Die schwedische Hachscharah, S. 10, YVA, O.74/1.

331 Bachad an JfiG, 12.10.1939, RSG, JfiG, F 9 n:3.

332 Beispiele dafür in YVA, O.74/9.

333 Ron Chernow: The Warburgs. The 20th Century Odyssey of a Remarkable Family, New York 1993, S. 475.

er ein schwedisches »Papier« bekäme. Niemeyer bat den Konsul, Warburgs prominente Freunde in Schweden zu informieren, zu denen die Familie Wallenberg und der Chef der Nationalbank zählten.

Warburgs angeschlagene Gesundheit erforderte schnelles Handeln. Bereits am folgenden Tag antwortete das Außenministerium mit einem Telegramm. Es bestätigte dem Konsul, dass Warburg das Niederlassungsrecht erhalten habe und dass das Konsulat ihm das bescheinigen möge.³³⁴ Fritz Warburg war kein namenloser Flüchtling. Sein letzter erfolgreicher Antrag auf eine schwedische Aufenthaltsgenehmigung vom 30. August 1938 hatte als Zweck des Aufenthaltes selbstbewusst »Niederlassung« vermerkt. Als Referenzen in Schweden hatte Warburg den Vorsitzenden der schwedischen Nationalbank (schwed. Riksbankschef) Ivar Rooth, den wohlhabenden Unternehmer Helge Silverstolpe und den Geschäftsführer und Sohn des Gründers des renommierten Bankhauses »Stockholms Enskilda Bank« Marcus Wallenberg angegeben – also nur Angehörige der schwedischen Finanzelite. In dem auf Schwedisch verfassten und dem Antrag beigefügten Memorandum versicherte er den Behörden, dass er sich und seine Familie ohne Arbeit in Schweden würde versorgen können. Zudem verwies er auf seine guten Beziehungen zu dem Land. Er spreche Schwedisch, da er zwischen 1915 und 1918 im Auftrag der deutschen Regierung als »Specialbevollmächtigter für Valuta- und Austauschgeschäfte« in Schweden gelebt habe.³³⁵

Es bleibt unklar, wann Warburg aus der Haft entlassen wurde. Ein Polizeibericht zu seinem Antrag auf einen schwedischen Fremdenpass 1942 fasste zusammen, er sei nach zwei Wochen »Schutzhaft« entlassen worden, habe aber erst Monate später die Erlaubnis zur Ausreise bekommen. Am 10. Mai 1939 sei er dann nach Stockholm gekommen. Im Juni habe seine Frau erneut die schwedische Staatsbürgerschaft erhalten.³³⁶ Der Bericht beruhte auf einem Verhör Warburgs. Auf der Grundlage der Lektüre des Tagebuchs des einflussreichen Freundes Warburgs, des Bankiers Cornelius von Berenberg-Gossler, kam Frank Bajohr zu dem Schluss, dass Fritz Warburg im April oder Mai aus der Haft entlassen worden sei.³³⁷ Möglicherweise kann man die Tagebucheinträge auch so deuten, dass Warburg zwar nicht mehr in Haft, aber unter einer Art Hausarrest oder Ausreisesperre in Hamburg festsaß. So spricht Berenberg-Gossler davon, dass Warburg »in Hamburg festgehalten wird« und er nach Möglichkeiten für

334 Kabel in Fritz Warburg, Viseringsdossié, RA, SUK, Hemliga Arkiv F 2 A:542.

335 Beides in Fritz Warburg, Centraldossié, RA, SUK, Kanslibyrån, F 1 B:2614.

336 Bericht Stockholm Polis, 18.5.1942. Ein Aufenthaltsgesuch Warburgs aus dem Frühjahr 1941 verzeichnet den 8. Mai 1939 als Ankunftsdatum. Beides in Fritz Warburg, Centraldossié, RA, SUK, Kanslibyrån, F 1 B:2614.

337 Frank Bajohr: »Arisierung« in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945, 2. Aufl., Hamburg 1998 (1987), S. 81 und 256. Dieser zitiert von Berenberg-Gossler dahingehend, dass Warburg Deutschland am 4. Mai 1939 verlassen habe (Fn. 124, S. 256 f.).

»Warburgs Freilassung über die Grenze« suche.³³⁸ Zudem lässt sich das Tagebuch auch dahingehend lesen, dass die Gestapo für die Ausreise die Bedingung gestellt habe, dass Warburg die Ausreise mittelloser Juden und Kinder finanziere. Weder die Akten des Gemeindearchivs, noch der zitierte Polizeibericht geben aber Anlass zu der Vermutung, die in der Literatur kolportierte Behauptung, Warburg habe bei seiner Ausreise auch noch 100 Kinder mitgenommen und so gerettet,³³⁹ sei gerechtfertigt.

Auch seiner Tochter Eva wird eine solche Rettungstat zugeschrieben. Die Jüdische Gemeinde in Stockholm lud Eva Warburg im September 1938 ein, nach Schweden zu kommen. Das Hilfskomitee schätzte ihre Tätigkeiten in der Flüchtlingshilfe und hoffte, dass Warburg sie in Schweden für die Gemeinde fortsetzen würde.³⁴⁰ Eva Warburg, die durch ihre Mutter über schwedische Sprachkenntnisse verfügte, wurde tatsächlich zu einer der wichtigsten Mitarbeiterinnen in der Kinderabteilung der Jüdischen Gemeinde. Ihr Können, ihr tragfähiges Netzwerk und ihr guter Ruf führten dazu, dass sie in eine leitende Position aufrückte. Ron Chernow gibt an, sie habe die Kinder ihres Tagesheims nach Schweden gerettet.³⁴¹ Dies ist jedoch nicht gesichert. Tatsächlich findet sich im Archiv der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem ein Notizzettel, den Eva Warburg hinterlassen hat und auf dem die Namen einiger Kinder notiert sind.³⁴² Zu diesen sind Informationen über den familiären Hintergrund und die Auswanderungschancen der Eltern hinzugefügt sowie die Emigrationsziele vermerkt. Es wäre also möglich, dass es sich hierbei um besagte Kinder handelte.

Eine Überprüfung der neun Namen mit dem Vermerk Schweden in der Kartei der Kinderabteilung der Jüdischen Gemeinde in Stockholm aber bringt nichts Außergewöhnliches zutage. Ein Kind wurde laut der Karte von Eva Warburg »empfohlen«, zwei durch den »Jüd. Rel. Verband Hamburg«. Die Anreisedaten der Kinder sind unterschiedlich und sie wurden auch an unterschiedlichen Orten untergebracht. Sie kamen bei Familien unter, nur ein Kind ging sofort nach Hälsinggården, dem später von Warburg im Namen der Kinderabteilung der Jüdischen Gemeinde geleiteten Jugendalija-Hof. Diese Kinder wurden in die Kinderquote der Gemeinde integriert. In keiner Quelle wird eine größere Anzahl Kinder in einer einzelnen Rettungsaktion vermerkt. Bei der kleinen Quote

338 Tagebucheintrag von v. Berenberg-Gossler vom 18.4.1939, in: VEJ 2, Dok. 274, S. 738-739.

339 Dorothea Hauser: Zwischen Gehen und Bleiben. Das Sekretariat Warburg und sein Netzwerk des Vertrauens 1938-1941, in: Susanne Heim/Beate Meyer/Francis R. Nicosia (Hg.): »Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben«. Deutsche Juden 1938-1941, Göttingen 2010, S. 115-134, hier S. 128.

340 »Präses der Jüdischen Gemeinde zu Stockholm« an Eva Warburg, 5.9.1938, RA, JFA, HK, E 1:3.

341 Chernow: The Warburgs, S. 476.

342 YVA, O.33/3363, Dokumentation zu den Aktivitäten von Warburg, Eva, zur Rettung von Kindern.

der Gemeinde wären zehn Kinder – und erst recht 100, wie dies für ihren Vater kolportiert wurde – eine große Gruppe, die in den Quellen wahrscheinlich als Sondergruppe Erwähnung finden müsste. Es lässt sich zu diesem Zeitpunkt also allenfalls der Schluss ziehen, dass Eva Warburg einen Teil ihrer Schützlinge nach Schweden gebracht haben mag, indem sie diese der Gemeinde empfahl.³⁴³ Allerdings folgt daraus auch, dass ebenso viele andere Kinder nicht in die Quotenliste aufgenommen wurden.

Was die 100 Kinder Fritz Warburgs anbelangt, so bietet sich folgende Erklärung an: Warburg verhandelte im Sommer 1939 über einen Grundstückserwerb in Schweden. Es ging um einen Grundstückstausch mit einer in Schweden lebenden Deutschen. Warburg – und wahrscheinlich eben nicht er allein, sondern auch die schwedische Jugendalija und somit indirekt zugleich die Gemeinde – planten, in Giresta bei Uppsala ein Kinder- und Jugendalija-Zentrum zu errichten. Die Verhandlungen scheiterten nach Ansicht Warburgs letztlich am Widerstand des deutschen Finanzministeriums. Dennoch glaubte Warburg, dass die deutschen Behörden an dem Projekt interessiert seien. Das legt ein undatiertes Briefentwurf nahe:

»Ich schickte Ihnen gestern einen Brief von Frau Herzberg, woraus Sie ersehen, dass diese immer noch gerne die Angelegenheit durchführen möchte. Nachdem jetzt voraussichtlich von England aus das Geld für weitere 100 Jugend-Alijah-Kinder evtl. zur Verfügung gestellt werden soll und das Interesse der deutschen Behörden an der Fortsetzung dieser Palästinaauswanderung dasselbe geblieben ist, ist umso mehr zu bedauern, dass der Plan an den nicht durchführbaren Forderungen des Reichswirtschaftsministeriums in letzter Minute gescheitert ist.«³⁴⁴

Wahrscheinlicher als die Interpretation, der gerade der Haft entkommene Fritz Warburg habe noch 100 Kinder freigekauft, ist die Annahme, dass Warburg sich hier auf die im Herbst 1939 auch in Schweden angelaufene Jugendalija bezog, die von Hilfsorganisationen in London und New York unterstützt, von seiner Tochter organisatorisch betreut und durch die Gemeinde in Stockholm mitfinanziert wurde. Mindestens bis in den Januar 1940 verfolgte Warburg diesen niemals verwirklichten Plan.³⁴⁵ Er überlegte sogar, sein Auto aus Deutschland einzuführen, um Eva Warburg den Weg in das geplante Internat zu erleichtern.³⁴⁶

343 Diese Ansicht äußerte auch Ingrid Lomfors im persönlichen Gespräch mit dem Autor im November 2012 in Göteborg.

344 Undatierte Notiz oder Briefentwurf, wahrscheinlich von Fritz Warburg, Ende September 1939, Stiftung Warburg Archiv, Hamburg (SWA), Dr. Fritz M. Warburg, Allgemeines I.

345 Fritz Warburg an Robert Solmitz, 5.1.1940, SWA, Dr. Fritz M. Warburg, Allgemeines I.

346 Fritz Warburg an »Sekretariat Warburg«, 8.6.1939, SWA, Warburg Sekretariat, 7, Mai-Dezember 1939.

Das soll nicht den persönlichen Einsatz der Warburgs schmälern. Eva Warburg muss Mittel gesammelt haben, um Menschen, die infolge des Novemberpogroms in Deutschland in Haft kamen, durch eine Ausreise nach Palästina zu befreien. Marcus Wallenberg, der Bürge ihres Vaters, übergab ihr im Februar 1939 zu diesem Zweck zumindest einen Scheck in der beachtlichen Höhe von 6000 Kronen, um zehn ihrer inhaftierten »Schützlinge« nach Palästina zu bringen.³⁴⁷ Tatsächlich entfaltete Eva Warburg eine umfangreiche Tätigkeit für die Kinder, die auf der Kinderquote oder über die Kinder- und Jugendalija-Quote nach Schweden kamen. Eine der wichtigsten Errungenschaften Eva Warburgs war später die Einrichtung eben jenes Jugendalija-Heims in Hälsinggården. Auch Fritz Warburg setzte sich persönlich für Menschen ein, die er kannte oder die ihm empfohlen wurden. Dabei nutzte der erfahrene Warburg virtuos alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten. Er verhandelte auch mit der Schwedischen Israelmission, wenn diese die Ausreise für einen deutschen Juden in Not ermöglichen konnte.³⁴⁸ Zudem versuchte er Menschen, die ihm in Schweden empfohlen worden waren, in Deutschland zu unterstützen. So wies er sein Sekretariat in Hamburg im Januar 1940 an, zu prüfen, ob Geld für die Auswanderung zweier ungarischer Familien nach Palästina zur Verfügung gestellt werden könne. Diese Personen hatte ihm der Gemeindevorstand Max Schönkopf in Malmö ans Herz gelegt.³⁴⁹

Aber gerade am Beispiel Fritz Warburgs und seines Vetters Salomon Fürth wird deutlich, wie beschränkt die Möglichkeiten für eine Einreise nach Schweden wirklich waren. Zwar war Fritz Warburg nicht schwedischer Staatsbürger, aber seine Stellung als wohlhabender Geschäftsmann mit guten Verbindungen bis in die schwedische Finanzelite hinein verlieh seinen Hilfsbemühungen doch ein besonderes Gewicht. An Salomon Fürth schrieb er im November 1939: »Wie bald Deine Angelegenheit hier sich klärt, kann ich noch nicht sagen. Wenn überhaupt neue Leute nach Schweden hereinkommen, so gehören Du und Deine Frau jedenfalls zu den Ersten.«³⁵⁰ Das klang selbstbewusst, doch musste er den gleichen Weg beschreiten wie alle anderen Akteure der Flüchtlingshilfe. An diesem Beispiel zeigt sich, wie sehr Schweden in den 1930er und 1940er Jahren ein durch und durch bürokratischer Staat war. Auch daher sind die Gerüchte, die Warburgs hätten größere Gruppen nach Schweden gerettet, wenig glaubhaft. Zwar kamen Salomon und Hildegard Fürth letztlich ins sichere Schweden, aber es darf bezweifelt werden, dass dies ausschließlich Fritz Warburgs Verdienst war. Die ersten Anträge, die die beiden mit der Referenz Fritz Warburgs von Hamburg aus stellten, wurden nach dem abschlägigen Rat des mit der Untersuchung befassten Polizeibeamten, der auch Fritz Warburg zu den Auswande-

347 Marcus Wallenberg an Eva Warburg, 11.2.1939, YVA, O.33/3363.

348 Robert Solnitz an Fritz Warburg 22.7.1939, SWA, Warburg Sekretariat, 7, Mai-Dezember 1939, und Antwort vom 27.7.1939, SWA, Dr. Fritz M. Warburg, Allgemeines I.

349 Fritz Warburg an Heinz Tebrich, 29.1.1940, SWA, Dr. Fritz M. Warburg, Allgemeines I.

350 Fritz Warburg an Salomon Fürth, 16.11.1939, SWA, Dr. Fritz M. Warburg, Allgemeines I.

rungschancen und den finanziellen Mitteln befragt hatte, abgelehnt. Dabei wird der Zeitpunkt – kurz nach Kriegsbeginn im September 1939 – eine Rolle gespielt haben.³⁵¹ Erst im zweiten Versuch bewilligte das Außenministerium die Einreise. In diesem Fall aber war als Referenz die Mosaiska församling angegeben, die auch die Anträge einreichte und die Telegrammgebühren an das Konsulat in Hamburg zahlte.³⁵² Der Antrag betonte das beigelegte amerikanische Affidavit und die geplante Weiterwanderung in die USA. Geholfen haben wird, dass Fritz Warburg sich zur Zahlung des Unterhalts verpflichtet hatte. Damit waren die Fürths gewöhnliche Quotenfälle geworden. Es ist aber klar, dass sich die Gemeinde der Empfehlung Warburgs gerne anschloss.

Das Internat Hälsinggården

Wie beschrieben nahmen die schwedischen Juden und die Gemeindeleitung in Stockholm seit Mitte der 1930er Jahre regen Anteil an den Bemühungen der Kinder- und Jugendlilja. Durch die Patenschaften wurde bis 1939 65 jüdischen Kindern die direkte Emigration nach Palästina, insbesondere in den Kibbuz Ben Schemen, ermöglicht.³⁵³ Die Kinder wurden nur finanziell unterstützt, eine Einreise nach Schweden war nie vorgesehen. Im Jahr 1938 wurde klar, dass nicht alle für die Jugendlilja angemeldeten Jugendlichen so schnell wie geplant nach Palästina würden einreisen können. Anstelle einer Ausbildung in Palästina nach einem nur zweimonatigen Einführungskursus sollte im Notfall diese Ausbildung nun in Drittländer verschoben werden.³⁵⁴ Anfang Oktober 1938 schlug die Wiener Jugendlilja-Beratungsstelle eine zeitweilige Unterbringung von Kindern, die das »Certifikatsalter« noch nicht erreicht hatten, in Durchgangsländern vor, und die Anfrage erreichte auch die Gemeindeleitung in Schweden.³⁵⁵ Diese Pläne wurden aber von anderen Ereignissen überholt.

Bei der zentralen Besprechung am 15. Dezember 1938 in Stockholm zur Organisation der Hilfsarbeit nach dem Novemberpogrom, auf der die neugeschaffenen Quoten vorgestellt und die Planung der Kindertransporte eingeleitet wurden, war mit Marta Goldberg aus Berlin auch eine Vertreterin der Jugendlilja in Deutschland anwesend. Ein Ergebnis war die Planung des Internats Hälsinggården. Mit Eva Warburg aus Hamburg stand der Gemeinde nun zudem

351 Anträge, Aktennotiz der Kriminalpolizei und Ablehnung, in Salomon Fürth, Vise-ringsdossier, #487016, RA, SUK, passbyrån, F 2 BA:177.

352 Anträge und Schreiben der MfIS vom 20.II.1939, RA, SUK, passbyrån, F 2 BA:177.

353 Köpniwsky: Några ord, S. 17, RA, JFA, FS, F 4 a:10.

354 Norman Bentwich: Jewish Youth Comes Home. The Story of the Youth Aliyah 1933-43, London 1944, S. 89.

355 Eva Michaelis-Stern, Youth Aliyah London, an MfIS, 7.10.1938, RA, JFA, HK, E 1:5. Sie erwähnt in dem Schreiben auch, dass man in London gerüchteweise gehört habe, dass die Jüdische Gemeinde in Stockholm eine neue Sammelaktion zugunsten u. a. der Jugendlilja plane.

eine fähige künftige Leiterin zur Verfügung. Sie wurde bald zur Repräsentantin der Kinder- und Jugendalija in Schweden, beschäftigt von der Kinderabteilung des Hilfskomitees.³⁵⁶

In Korsnäs, etwas außerhalb der nordschwedischen Stadt Falun, wurde im Juni 1939 der alte Gutshof Hälsinggården von der »Stiftung für Landwirtschaftsausbildung«, die auch schon den Kibbutz Svartingstorp verwaltete, für junge deutsche und österreichische Jüdinnen und Juden im Alter von 15 bis 17 Jahren eröffnet. Wie in Kristinehov und dem Kibbutz Svartingstorp sollten hier viele unterschiedliche Bildungs- und Ausbildungsziele vereint werden. So sollten landwirtschaftliche Ausbildung, allgemeine Bildung, handwerkliche Qualifikation und eine zionistische Einstellung gefördert werden. Zumindest die ersten Jugendlichen hatte die Kinder- und Jugendalija ausgewählt, ihre Reise nach Schweden und die Unterbringung aber war durch die Jüdische Gemeinde in Stockholm organisiert worden. Wie bei anderen Projekten standen die beiden Motivationen, Kinder im zionistischen Geist auszubilden und sie gleichzeitig aus Deutschland herauszubringen, gleichberechtigt nebeneinander. Es war geplant, dass ihre Ausbildung zwei Jahre dauern würde und sie dann gemeinsam nach Palästina auswandern könnten. Drei zionistische Jugendleiter, eine Lehrerin und eine Haushälterin verwalteten und beaufsichtigten die Schule.³⁵⁷ Die Schüler halfen beim Unterhalt, indem sie Spielsachen herstellten und verkauften. Der Anfang war vielversprechend. »Soweit wir es bis jetzt beurteilen können, ist die Gruppe sehr gut ausgesucht«, berichtete die Leitung in Hälsinggården an den Vorsitzenden der Gemeinde in Stockholm.³⁵⁸ Auch im Deutschen Reich interessierte man sich für das Projekt. Die Internatsschule wurde in Berlin nicht nur von den jüdischen Hilfsorganisationen unterstützt, sie rückte auch in den Fokus der Gestapo, deren Politik noch auf eine von Juden selbst zu finanzierende Vertreibung aus Deutschland ausgerichtet war. Mitte Juli erkundigte sich das Reichssicherheitshauptamt bei Paul Eppstein, einem der leitenden Angestellten der Reichsvereinigung, nach dem Stand der von Warburg geplanten »Lehrfarm«, zu dem es einen Bericht anforderte.³⁵⁹

356 Staffan H. Nilsson: Kibbutz Hälsinggården i Falun 1939-1946, in: Malin Thor Tureby (Hg.): Kibbutzer i Sverige. Judiska lantbrukskollektiv i Sverige 1936-1946, Stockholm 2012, S. 44-65, hier S. 45.

357 Im *Jüdischen Nachrichtenblatt* erschienen am 23. Juni 1939 Stellenanzeigen für eine Hausmutter und eine Küchenleiterin für ein Landschulheim. Die Küche sollte koscher geführt und etwa 65 bis 80 Personen sollten versorgt werden. Wahrscheinlich handelte es sich um Kräfte für die neue Einrichtung.

358 Jugend-Alijah i Sverige, Barnhjälpen, Internatsskola Hälsinggården an Gunnar Josephson, 9.7.1939, RA, JFA, Gunnar Josephsons arkiv, 6.

359 Paul Eppstein von der Reichsvereinigung der Juden notiert am 16. Juni 1939, was er bei seiner Vorladung der Gestapo über das Schicksal jüdischer Flüchtlinge vorgetragen hat, in: VEJ 2, Dok. 297, S. 775-778, hier S. 777.

Die Jüdische Gemeinde in Stockholm verstand im September 1939, dass sich mit dem Kriegsbeginn eine ganze Reihe von Plänen zerschlug. Jedenfalls könnte so der Versuch des Hilfskomitees gedeutet werden, im Oktober 1939 den Hof zu erwerben, auf dem sich das Jugendalija-Heim Hälsinggården befand. Bis dahin hatte es mit dem auf mehrere Jahre angelegten Pachtvertrag gut leben können. Allerdings erhob die kommunale Gemeindeverwaltung Einspruch. Auch die im November 1941 ausgesprochene Bitte des Hilfskomitees, die Pacht zu senken, wurde abgelehnt, da die Gemeindeverwaltung beabsichtigte, den Hof anderweitig zu verkaufen. 1942 gab es dann tatsächlich auch einen Interessenten. Das Angebot reichte den Vertretern der Kommune allerdings nicht aus. Die Jüdische Gemeinde in Stockholm bot an, den Hof für den annähernd doppelten Betrag zu erwerben. Aber auch diese Offerte konnte die Vertreter im Kommunalrat nicht überzeugen. Sie stimmten trotz des hohen Angebots gegen einen Verkauf an die Jüdische Gemeinde. Ein Protokoll über die Redebeiträge ist nicht überliefert, aber vieles spricht dafür, dass die kommunalen Politiker schlicht keine dauerhafte Anwesenheit der jüdischen Jugendlichen wünschten.³⁶⁰ Es sind auch Episoden wie diese, die dem Hilfskomitee und den schwedischen Juden vor Augen führten, dass Teile der Gesellschaft große Vorbehalte gegen ihre Schützlinge oder gegen Juden per se hegten. Noch 1942 hofften einige Helfer trotz notwendiger Umstrukturierungen, die durch das wachsende Durchschnittsalter der Kinder notwendig wurden, die Schule erhalten zu können.³⁶¹ Im Folgejahr 1943 war das Hilfskomitee dann aber gezwungen, nach dem endgültigen Verkauf des Gutes das Heim zu transferieren. Gegen Widerstände in der Kommune gelang es, ein verlassenes Schulgebäude zu mieten und auf eigene Kosten umzubauen.

Die Kinder- und Jugendalija, ein Resultat der sich verschlechternden Situation der jüdischen Jugendlichen in Deutschland, gehörte wie die Hachschara zum zionistischen Entwicklungsprogramm der jüdischen Gesellschaft in Erez Israel. In Schweden wurde sie im Rahmen der Flüchtlingshilfe in einem Drittland verwirklicht. Es ist auch keine strikte Trennung zwischen den Kindern der Kinderquote und den nach Hälsinggården gekommenen Kindern ersichtlich. Zumindest die jüngeren Mädchen und Jungen sind pragmatisch der Kinderquote zugeschlagen worden.³⁶²

360 Nilsson: Kibbutz Hälsinggården, S. 58.

361 Sophie Michaeli: Flyktingbarn i Sverige. Föredrag i Bondkyrko Husmödersförening, Uppsala, in: Judisk Tidskrift (1941), Nr. 11, konsultiert als Sonderdruck in RA, JFA, FS, F 4 a:3.

362 Auf einer Liste mit dem Namen »Sogenannte Jugendalija-Kinder« die den Zustand im August 1939 beschrieb, sind 46 Namen aufgeführt. Das Attribut »sogenannte« zeigt, dass die Gemeinde keine Differenzierung vornahm. Auch diese Kinder wurden von der Abteilung Kinderhilfe und nicht vom Hechaluz administrativ und finanziell betreut. Statistiska uppgifter rörande barn som inkommit til Sverige resp. för vilka inresetillstånd blivit sökt, RA, JFA, BA, E 4:1.

4. Die Transmigranten

Wie erwähnt war es der Mosaiska församling unter dem Eindruck der zunehmenden Verfolgung und den Inhaftierungen deutscher Juden nach dem Novemberpogrom gelungen, in Verhandlungen mit der Regierung zusammen mit der Kinderquote eine Quote von zunächst 40, dann 150 Plätzen für solche Erwachsene zu erreichen, die bereits eine Wartenummer hatten oder deren Visaanträge für Drittländer bereits in der Bearbeitung waren. Bis zum Dezember 1938 wurden viele Anträge auf Aufenthaltsgenehmigung, die aus Deutschland eingingen oder den Behörden durch in Schweden lebende Verwandte eingereicht wurden, an die Jüdische Gemeinde zur Begutachtung weitergeleitet. Da die schwedische Regierung ein Daueraufenthaltsrecht im Land ablehnte, waren die Gemeindefunktionäre gefordert, die Erfolgsaussichten auf eine Weiterreise in Drittländer einzuschätzen und Empfehlungen nur für die erfolgversprechenden Fälle auszusprechen. Zwar entschied die Sozialbehörde, doch das Gutachten der Gemeindeausschüsse hatte eine große Relevanz. Svante Hansson schätzte die Gutachtenpraxis so ein, dass die Gemeinde im Allgemeinen keine eigenen Initiativen unternahm, einzelne Flüchtlinge ins sichere Schweden zu holen, sondern sich darauf beschränkte, in den Gutachten eine positive Prognose abzugeben. Manchmal versuchte sie, positiv auf die politischen Entscheider einzuwirken, vor allem aber, so Hansson, reagierte sie eher, als dass sie agierte.³⁶³ Inga Gottfarb räumt ein, dass die Übernahme dieser Gutachter Tätigkeit zwar möglicherweise »unklug« gewesen sei, aber vielleicht eine Voraussetzung für die Transmigrantenquote darstellte.³⁶⁴ Beide Annahmen sind richtig, doch muss das Bild vervollständigt werden.

Hatte sich das System in den letzten Jahren aus Sicht der Regierung bereits bewährt, so kam es nun voll zur Geltung. Die Gemeinde konnte nun selbst Anträge einreichen, die mit dem Wort »Quotenfall« gekennzeichnet wurden.³⁶⁵ Dabei würde die Gemeinde die Fälle vor Einreichung genau darauf prüfen, ob sie die von den Behörden Voraussetzungen für einen Aufenthalt erfüllten. Flüchtlinge mit Verwandten oder Bürgen in Schweden sollten ihre Anträge weiter direkt oder über die Gemeinde bei der Sozialbehörde einreichen. Und dennoch, nicht jeder von der Gemeinde positiv begutachtete und mit der Kennzeichnung »Quotenfall« markierte Antrag war erfolgreich. Letztlich wurden die Entscheidungen über das Ergebnis der Anträge immer noch von den schwedischen Behörden getroffen. Dieses Prozedere führte implizit dazu, dass die Gemeinde in stärkerem Maße nur solche Anträge weiterreichte, von deren Annahme sie auch wirklich ausging. In seiner Auswertung der Anträge, die das Hilfskomitee zwischen 1938 und 1941 erreichten, kommt Pontus Rudberg zu dem Ergebnis, dass das Hilfskomitee 68 Prozent der bei ihm eingehenden

363 Hansson: *Flykt och överlevnad*, S. 96.

364 Gottfarb: *Den livsfarliga glömskan*, S. 106.

365 Abschrift der Petition, MfiS an Sos, 6.12.1939, YVA, O.71/29.

Anträge positiv beurteilte, die Sozialbehörde aber nur 55 Prozent der Flüchtlinge eine Aufenthaltserlaubnis erteilte.³⁶⁶ Die eingangs erwähnten Vorwürfe der Gemeinde gegenüber, sie hätte die Anträge abgelehnt, beziehen sich auf die Fälle, in denen das Hilfskomitee zu einer negativen Prognose gelangte oder keine ausreichende Finanzierung für den Aufenthalt auf einem Quotenplatz zur Verfügung stand. Unklar bleibt bis zu einer Auswertung aller einzelnen Dossiers der Sozialbehörde und des Außenministeriums, die im Rahmen dieser Studie nicht geleistet werden konnte, wie viele Einreiseanträge letztlich noch ohne die Mitwirkung der Gemeinde entschieden wurden.

Dass das Hilfskomitee sich aber durchaus nicht immer »kampflos ergab«, wird aus den Quellen ersichtlich. Eine erste Ablehnung der Behörden bedeutete nicht, dass die betreffende Person keine Chance mehr hatte. Das zeigt sich in mehreren Fällen, in denen das Hilfskomitee zuvor abgelehnte Anträge erneut einreichte – nun zumeist mit besseren finanziellen Garantien versehen oder nachdem die Person ein Visum für ein Drittland erhalten hatte. Eine Nachfrage des Hilfskomitees bei der Sozialbehörde ergab, dass diese einen einmal abgelehnten Flüchtling durchaus akzeptieren würde, wenn dieser von der Gemeinde in einem zweiten Versuch ausdrücklich befürwortet würde. Ausschlaggebend war, ob der Flüchtling auf die Gemeindequote gesetzt wurde.³⁶⁷ Der Sozialbehörde war zudem wichtig: »Alle Anträge an Socialstyrelsen sollen durch Stockholm eingereicht werden, da Socialstyrelsen eine Zentralisierung dieser Angelegenheit wünscht.«³⁶⁸ Die Monopolisierung des Kontaktes mit den Behörden erstreckte sich auf alle mit der Hilfsarbeit zusammenhängenden Aufgaben. Für die Regierung und die Zentralbehörden bedeutete dieses Vorgehen kurze Wege und hatte den Vorzug, nur mit einem einzelnen Ansprechpartner verhandeln zu müssen.³⁶⁹ Die Stockholmer Gemeinde auf der anderen Seite stärkte so ihre Position als Vertreterin der schwedischen Juden, was unter anderem in Verhandlungen um Quoten wichtig war. Vor allem bedeutete dieses Vorgehen, dass sie einen besseren Überblick über die knappen Quoten behielt, was einen reibungslosen Verwaltungsablauf erleichterte.³⁷⁰

Es war praktisch systemimmanent, dass die Gemeindefunktionäre vermeiden wollten, die Behörden zu verstimmen, um deren Wohlwollen nicht zu verspielen. Sie antizipierten und akzeptierten die Entscheidungspraxis der Behörden. Allen war klar: Die »Socialstyrelsen [Sozialbehörde] will gesicherte

366 Pontus Rudberg: Restriktivitet eller generositet? Flyktingverksamheten inom Stockholms mosaiska församling och hjälpkommittén för Tysklands judar 1938-1940, in: Karin Kvist Geverts/Lars M. Andersson (Hg.): En problematisk relation? Flyktingpolitik och judiska flyktingar i Sverige 1920-1950, Uppsala 2008, S. 209-226, hier S. 221.

367 Protokoll, 7.12.1938, RA, JFA, Hjälpkommittén, A 2:1.

368 Protokoll, 15.12.1938, RA, JFA, FS, A 1:1.

369 Rudberg: Restriktivitet eller generositet?, S. 212 f.

370 Thor: »Svallvägorna av katastrofen«, S. 189.

Möglichkeiten zur Weiterwanderung haben.«³⁷¹ Die Quellen in den Archiven der Sozialbehörde und des Außenministeriums zeigen, dass beiden Behörden die restriktiven Einreisebestimmungen des wichtigsten Ziellandes der Flüchtlinge – den USA – bekannt waren.³⁷² Und es gibt deutliche Hinweise darauf, dass sie diese auch für die eigene Verwaltungspraxis übernahmen. Lindberg geht so weit, zu behaupten, dass die Botschaftsangehörigen Schwedens und der USA sogar eine vertrauensvolle Zusammenarbeit pflegten. So hätten die amerikanischen Konsulare ihre schwedischen Kollegen über die langen Wartezeiten für die Quote für Deutschland/Österreich informiert. Auch sprach man über die oft nur unzureichenden Affidavits in den USA.³⁷³ Für die Beurteilungen durch die schwedischen Behörden waren das sicherlich wichtige Punkte. Dass in der Verwaltungspraxis der Beamten auch antisemitische Einstellungen zutage traten, haben mehrere Untersuchungen der letzten Jahre gezeigt.³⁷⁴

Am 11. Dezember 1938 beschrieb das Hilfskomitee der Mosaiska församling in einem Schreiben an die Auswanderungsabteilung der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, wie die Quote im Detail funktionierte:

»Bezüglich des transitorischen Aufenthaltes von Personen, die von hier aus nach einem anderen Lande zu emigrieren die Absicht haben, ist von Folgendem auszugehen: Formell erfolgt die Vorbereitung durch Sie, und zwar an Hand des anliegenden Formulars, das Sie bei sich vervielfältigen wollen. Sobald Ihre Erhebungen abgeschlossen sind, reichen Sie die Anträge an uns ein. Wir schicken diejenigen, die wir nach den hier maßgebenden Richtlinien für geeignet halten an die hiesige Behörde, die ihrerseits dann von der Entscheidung das Schwedische Generalkonsulat, und durch dieses die Antragsteller benachrichtigt. In materieller Beziehung wollen Sie bei der Bearbeitung darauf Rücksicht nehmen, dass insbesondere die Frage der Weiterwanderungsmöglichkeit vollkommen geklärt wird, und, besonders bei USA-Auswanderern, ob eine baldige Weiterwanderungsmöglichkeit besteht.«³⁷⁵

So sollte das Prozedere bei Erwachsenen idealerweise ablaufen. Auf dem Koordinierungstreffen der schwedischen und deutschen Hilfsorganisationen in

371 RA, JFA, HK, A 2:1.

372 Rudberg: Restriktivitet eller generositet?, S. 216-218.

373 Lindberg: Svensk flyktingpolitik, S. 173.

374 Karin Kvist Geverts: A Study of Antisemitic Attitudes within Sweden's Wartime Utlänningsbyrå, in: David Cesarani/Paul A. Levine (Hg.): »Bystanders« to the Holocaust. A Re-evaluation, London/Portland, OR 2002, S. 199-211, hier S. 204 f.; Koblik: »Om vi teg«; Paul A. Levine: From Indifference to Activism. Swedish Diplomacy and the Holocaust, 1938-1944, Uppsala 1996; sowie neuer Mikael Byström/Karin Kvist Geverts: Från en aktivism til en annan. Hur ska Sveriges agerande i flyktingfrågan under andra världskriget förklaras? in: Mattias Tydén/Lars M. Andersson (Hg.): Sverige och Nazityskland. Skuldfrågor och moraldebatt, Stockholm 2007, S. 148-167.

375 RA, JFA, FS, A 1:1.

Stockholm Mitte Dezember 1938 waren sich die Anwesenden einig gewesen, dass jüngere Transmigranten und die landwirtschaftliche Ausbildung in den Bereich des Hechaluz fallen sollten. Allen Beteiligten wurden die Verfahrensweise und die Anforderungen der Sozialbehörde zu Weiterwanderungsmöglichkeiten und Garantien bekannt gegeben. Zur Abstimmung innerhalb der schwedisch-jüdischen Gemeinschaft sollte jede Gemeinde einen Vertreter für die Zusammenarbeit bestimmen, der die Einreichung der Gesuche durch Stockholm koordinieren würde.³⁷⁶

Für den Winter 1938/39 finden sich im Archiv der Gemeinde immer wieder Schreiben des Hilfskomitees an die Sozialbehörde, in denen Aufenthaltsgenehmigungen für jüdische Männer für einen Transitaufenthalt in Schweden beantragt werden. Sie gehörten zu den Tausenden verhafteten und in Konzentrationslager verschleppten Juden, deren Haft vor allem zur Erzwingung ihrer Ausreise erfolgte. Am 13. Januar 1939 zum Beispiel beantragte die Gemeinde die Aufenthaltsgenehmigung für Heinrich Katz-Jerech und seine Gattin Henriette. Er war »kurz zuvor aus dem Konzentrationslager Dachau unter der Bedingung freigelassen worden, so schnell wie möglich Deutschland zu verlassen«. Das Komitee bat um »schnellstmögliche Behandlungen aufgrund der Dringlichkeit der Sache«. Franz Kaelter hingegen befand sich noch in Haft und »seine Freilassung scheint nur möglich unter der Voraussetzung, dass er unmittelbar Deutschland verlassen kann«. Auch Otto Kempner war inhaftiert, »aber wird freigelassen, sobald er aus Deutschland auswandert«. Für alle drei und unzählige andere Fälle wollte das Komitee bürgen.³⁷⁷ Aber auch die Plätze der Transmigrantenquote waren angesichts des Ansturms auf die Fluchtländer bereits im Mai vergeben.³⁷⁸

In diese Hochphase der Hilfsarbeit fiel die Entscheidung der schwedischen Regierung, sich an den Kosten für die Hilfsarbeit und die Flüchtlinge zu beteiligen. Im Februar 1939 debattierte das schwedische Parlament über einen möglichen finanziellen Beitrag zur Versorgung der ins Land kommenden Flüchtlinge. Während der Sitzung stand nicht nur das zu veranschlagende Budget, sondern die schwedische Flüchtlingspolitik insgesamt auf dem Prüfstand. Die Regierung unter Premierminister Hansson verteidigte ihre restriktive Politik. Aus der sozialdemokratischen Fraktion waren warnende Stimmen zu vernehmen, die forderten, mehr Verantwortung für die Verfolgten zu übernehmen. Insbesondere Politiker der Konservativen Partei warnten aber vor weiterer Einwanderung und davor, ein »Judenproblem« zu importieren, das schwedischen Antisemitismus hervorrufen würde.³⁷⁹ Die Regierung stellte letztlich zunächst 500.000 Kronen für die Hilfe zur Verfügung. Diese Mittel sollten durch die einzelnen Komitees verteilt werden und in deren Budget einfließen. Noch

376 Protokoll, 15.12.1938, RA, JFA, FS, A 1:1.

377 MfiS an Sos, 6.12.1938, 28.12.1938 und 13.1.1939, RA, JFA, HK, E 2:1.

378 Mauritz Grünberger an HICEM, 3.5.1939, CJH, YIVO, HIAS-HICEM, France I, RG 245.5 (France I-IV), #180.

379 Ausführliche Zitate aus dem Sitzungsprotokoll bei Svanberg/Tydén: Sverige og förintelsen, S. 163-176.

war Schweden nicht bereit, die Flüchtlinge in die allgemeine Armenfürsorge einzubeziehen. Dem Willen der Regierung nach sollten die Mittel für die Berufsausbildung, die finanzielle Unterstützung und Hilfe zu den Reisekosten für diejenigen, die weiterwandern konnten, ausgegeben werden.³⁸⁰

Für die jüdischen Flüchtlinge wurde die Lösung gewählt, die sich in den vergangenen Jahren als wirksame Struktur herauskristallisiert hatte: Die Jüdische Gemeinde in Stockholm erhielt das Geld, übte die Aufsicht aus und verteilte es an die anderen jüdischen Hilfskomitees im Lande weiter. Wiederum bedeutete das für den schwedischen Staat, dass er so nur einen verantwortlichen Ansprechpartner hatte, der zudem vor Ort war. Von Frühjahr 1939 an mussten also die Hilfskomitees in Göteborg und Malmö finanzielle Hilfen für ihre Flüchtlinge bei der Stockholmer Jüdischen Gemeinde abrufen und über deren Verwendung dort auch Rechenschaft ablegen. Häufig streckten sie die Beträge zunächst vor, die ihnen das Hilfskomitee in Stockholm dann auf Antrag erstattete. Dieses wiederum erstellte einen Gesamtrechenschaftsbericht für das Sozialministerium. Mit der Annahme dieses dringend benötigten Geldes aber konnte das Hilfskomitee nun keine individuellen Bürgschaften für noch im Ausland befindliche Personen mehr ausstellen, da diese quasi teilweise den Staatshaushalt belasten würden. Dieses hätte dem Prinzip widersprochen, dass kein Flüchtling der öffentlichen Hand zur Last fallen sollte.³⁸¹

Der »statsbidrag« (dt. staatliche Beihilfe) erreichte für 1939 bereits 40 Prozent der Kosten und entlastete die jüdischen Gemeinden sehr, deren Hilfe trotzdem immer noch zu einem großen Teil auf den privaten Spenden der Mitglieder beruhte. Zwischen 1933 und 1938 wurden insgesamt 632.500 Kronen an Spenden eingesammelt. Dabei spendeten die Mitglieder 1934 nur noch halb so viel wie 1933. Vielleicht dachten viele auch in Schweden ein Jahr nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, es würde letztlich gar nicht »so schlimm« werden. 1936 erhöhte der Schock über die im Vorjahr verkündeten Nürnberger Gesetze das Sammelergebnis deutlich. Der während der Olympiade 1936 leicht verringerte Verfolgungsdruck ließ die Spendenbereitschaft 1937 wieder sinken. 1938 wurden aber fast viermal so viele Mittel gespendet wie im ersten Jahr der Geldsammlungen. Die Beträge schwankten zwischen zwei und 10.000 Kronen. Auffallend ist das Verhältnis der Groß- und Kleinspender. Immer wieder waren es Einzelpersonen oder kleinere Kreise wohlhabender Mitglieder, die große Summen aufbrachten. Schon im ersten Jahr standen 20 Spender für die Hälfte der Spenden, in der zweiten Jahreshälfte 1937 brachten 30 Personen diesen Anteil auf. Die Mittel waren zu einem großen Teil nicht zweckgebunden. Das Hilfskomitee konnte also frei über deren Verwendung entscheiden.³⁸² Von der

380 HK an Hilfskomitee der Gemeinde Göteborg, 6.6.1939, RA, JFA, HK, E 1:13.

381 Rudberg: *The Swedish Jews*, S. 222 f., unter Verweis auf Franz Arnheim: *PM ang. flyktinghjälpen 1941*, YVA, O.74/29.

382 Kennerberg: *Mosaiska församlingens i Stockholm flyktingverksamhet*, S. 12-14, und Anm. 13 und 15.

Möglichkeit einer Erhöhung der Besteuerung der etwa 1750 steuerbaren jüdischen Haushaltsvorstände in Stockholm wurde lange kein Gebrauch gemacht. Angesichts der Tatsache, dass die Hälfte der Stockholmer Mitglieder der untersten Einkommensgruppe angehörten, verwundert das nicht.³⁸³

Im Juni 1939 konfrontierte das Hilfskomitee in Stockholm die Gemeinden in Malmö und Göteborg mit der Bitte, für die Verwendung der seit 1936 erhaltenen Gelder eine detaillierte Aufstellung einzureichen, damit der Finanzbedarf errechnet werden könne. Um einheitliche Informationen zu gewährleisten, hatte das Hilfskomitee in Stockholm Formulare erstellt, die die Gemeinden auszufüllen hatten.³⁸⁴ Die Stockholmer reichten dann die Informationen aus den beiden Schwestergemeinden an die Behörden weiter. Dies entsprach dem Vorgehen in allen anderen Aspekten der Hilfsarbeit. Der Kontakt wurde durch Stockholm kanalisiert. In der Korrespondenz zwischen dem Stockholmer Hilfskomitee und der Göteborger Partnerorganisation wird deutlich, dass die Stockholmer peinlichst darauf bestanden, akkurate und geprüfte Zahlen an die Regierung weiterzugeben, um Schwierigkeiten mit den Behörden zu vermeiden.³⁸⁵ Wieder wird deutlich, wie sehr das Hilfskomitee in Stockholm darauf achtete, auf keinen Fall einen schlechten Eindruck bei den als wohlwollend empfundenen staatlichen Stellen zu hinterlassen. Auch kamen, wie zum Beispiel im April 1941, Fehler vor, die zu bereinigen man sich in Stockholm bemühte. Das Stockholmer Hilfskomitee beklagte mehrfach die Qualität der Informationen.³⁸⁶ Es spricht also einiges dafür, dass es über größere Erfahrung und ein umfangreicheres Wissen um die Prozesse und die Durchführung der Hilfsarbeit verfügte. Die Prüfung durch die Stockholmer konnte sogar durchaus Positives zutage fördern. So stellte sich im März 1942 heraus, dass Göteborg zu wenig abgerechnet und also noch Anspruch auf weitere Restitution aus dem Staatszuschuss hatte.³⁸⁷ 1944 hingegen stellte Stockholm fest, dass Göteborg die Kosten für einige Kinder eines Mädchenheims doppelt erstattet worden waren. Nun war das Komitee mit Rückzahlungsforderungen der Regierung konfrontiert.³⁸⁸

Gefangen im Netz der Regeln: Das Warten, Bangen und Hoffen der Flüchtlinge

Zunächst war aber ein Stau bei der Einreise nach Schweden eingetreten. Die Flut von Anfragen Ende 1938 mündete in Hunderte von Absagen.³⁸⁹ Im Februar 1939 informierte ein Rundschreiben des Hilfsvereins die Auswanderungsberater

383 Hansson: *Flykt och överlevnad*, S. 164-166.

384 MfiS an JfiG, 6.6.1939, RSG, JfiG, F 9 n:1.

385 MfiS an JfiG, 16.10.1939, RSG, JfiG, F 9 n:1.

386 Franz Arnheim an Julius Hüttner, 16.4.1941, sowie MfiS an JfiG, 29.11.1940 und 14.2.1941, RSG, JfiG, F 9 n:1.

387 Franz Arnheim an Julius Hüttner, 6.3.1942, RSG, JfiG, F 9 n:1.

388 MfiS an Julius Hüttner, 10.2.1944, RSG, JfiG, F 9 n:1.

389 Mehr als hundert Beispiele in RA, JFA, HK, E 1:6.

im Deutschen Reich, dass selbst eine bescheidene Einwanderung nach Schweden nicht möglich sei. »Nur in ganz besonderen Ausnahmefällen wird einmal die Aufenthaltsberechtigung gegeben, die dann noch die Arbeitsberechtigung einzuschließen braucht. Der Grund liegt hier einmal darin, dass die Schweden befürchten, ihren Landsleuten könnten auf diese Weise Arbeitsplätze weggenommen werden.« Der Autor des Rundschreibens in Schweden führte aus: »aber auch die jüdischen Schweden stehen einer Einwanderung ablehnend gegenüber. Sie befürchten – man muss nach den Zeitungsstimmen sagen, nicht mit Unrecht – dass eine zu große Einwanderung die Judenfrage in Schweden zur Erörterung bringen würde, [...]. Es bleibt noch die Möglichkeit, Schweden als Durchgangsland in Anspruch zu nehmen.«³⁹⁰ Zeitgleich antwortete die Jüdische Gemeinde in Stockholm auf eine Anfrage der HICEM in Prag, dass sie zurzeit nicht in der Lage sei, weitere Transmigranten zu platzieren und bei einer eventuellen Erleichterung in erster Linie diejenigen berücksichtigen wolle, die bereits einen Antrag gestellt hätten. Erst in zwei Monaten sei wieder daran zu denken, neue Anträge zu bearbeiten.³⁹¹

Zudem war das Hilfskomitee wie im Falle der Kinder eher daran interessiert, diejenigen aufzunehmen, die bald wieder ausreisen oder von Verwandten unterhalten werden würden. Eine zweite Kategorie stellten die besonders dringlichen Gesuche dar. Da ein großer Teil derjenigen, die zunächst in Schweden einreisen wollten, eine Weiterreise in die USA plante, wurde aber de facto auch für den vorübergehenden Aufenthalt in Schweden das Vorweisen von Affidavits unabdingbar. Das schwedische Konsulat in Wien war verpflichtet, jeden einzelnen Besitzer eines Affidavits beim amerikanischen Generalkonsulat in Wien überprüfen zu lassen, um Informationen über die Quotennummer und den voraussichtlichen Zeitpunkt der anstehenden ärztlichen Untersuchung zu erhalten.³⁹² Die Kürze einer möglichen Aufenthaltsdauer in Schweden musste beispielsweise durch niedrige Wartenummern für die Einreise in die USA nachgewiesen werden. Die Gemeinde in Stockholm prüfte die Anträge nach diesen Voraussetzungen und kontrollierte, ob ausreichende Garantiesummen vorlagen. Mehrfach wurden im Zeitraum 1938 bis 1940 Empfehlungen an die Behörden nur dann gegeben, wenn alle von der Regierung gewünschten Voraussetzungen erfüllt waren.³⁹³ Dabei war die Gemeinde stets über die aktuellen Bedingungen für eine Einreise in die USA informiert, nicht zuletzt wegen der guten eigenen Kontakte ins Außenministerium, das die Gemeindeleitung mit Informationen versorgte und solche auch von dieser entgegennahm. So erhielt das Hilfskomitee vom Außenministerium den »Code of Conduct for Refugees in Britain« und

390 Rundschreiben B, Nr. 381, des Hilfsvereins an alle Auswandererberater im Reich, Februar 1939, A/W 2596.

391 MfS an HICEM in Prag, 19.1.1939, RA, JFA, HK, E 1:13.

392 Bericht von Ernst Max, o.D., Archiv IKG, Bestand Jerusalem, A/W 2502.

393 Beispiele hierfür finden sich in fast allen Protokollen dieses Zeitraums. Besonders deutlich aber in den denen vom 23.12.1938, 12.1.1939, 19.1.1939, 23.1.1939, 6.2.1939 und 17.3.1940. Alle in RA, HK, A 2:1.

schickte im Gegenzug eine Liste von zugelassenen Emigrantenkategorien für die USA.³⁹⁴ Diese hatte man zuvor vom US-amerikanischen Vizekonsul Snow erhalten.³⁹⁵ Für die »normalen« Transmigranten galt, dass sie gute Chancen hatten, wenn ihr Aufenthalt weniger als fünf Monate dauern sollte und die notwendigen Mittel zum Lebensunterhalt vorgewiesen werden konnten. Diese Gesuche sollten aber durch die Abteilung Wanderung der Reichsvereinigung zuvor bearbeitet und dem Hilfskomitee mit allen Papieren zur Prüfung vorgelegt werden.³⁹⁶

Immer wieder finden sich in den Protokollen des Hilfskomitees bzw. des Einreisekomitees Verweise auf Verwandte von Antragstellern in Schweden. Antragstellern mit schwedischen Verwandten gegenüber war die Genehmigungspraxis der Sozialbehörde generöser.³⁹⁷ Dies war auch den Mitgliedern des Einreisekomitees bewusst, das Antragsteller, die über Angehörige im Land verfügten, dann das ein oder andere Mal an diese verwies. Rudberg mutmaßt, dies könnte Teil einer bewussten Strategie gewesen sein, nach der das Hilfskomitee die Quotenplätze so für die weniger aussichtsreichen Fälle zurückhalten konnte.³⁹⁸

Laut gesetzlicher Bestimmungen durften die ins Land gelangten Flüchtlinge ohne eine vorherige Arbeitserlaubnis keine bezahlte Arbeit annehmen. Vor der Erteilung von Arbeitserlaubnissen bat die Sozialbehörde in der Regel die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen um ein Gutachten zu den Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Da diese jedoch sehr zögerlich waren, Anträge durch positive Gutachten zu stützen, blieben die meisten Flüchtlinge auf eigene Mittel oder die dauernde Unterstützung Dritter angewiesen. Folglich stellten die finanziellen Hilfen für bereits ins Land gekommene Flüchtlinge einen großen Teil der Gemeindeausgaben für die Flüchtlingshilfe dar. Dass das so sein würde, war allen Verantwortlichen von Anfang an klar.³⁹⁹ In den ersten Jahren der Flüchtlingshilfe gab es allerdings noch ein deutliches Übergewicht an Reisemittelgewährungen.⁴⁰⁰ Um die Verteilung und die Bewilligung der Mittel zu organisieren, wurde relativ zügig ein *Verteilungs- oder Ausgabekomitee* (schwed. utdelningskommittén) gebildet. Dieses arbeitete eng mit der *Armenpflegeabteilung* (schwed. fattigvårdsnämnden) der Gemeinde zusammen. Wie zwischen dem Hilfskomitee und dem Vorstand gab es auch hier personelle Verbindungen. So saßen die Mitglieder des Verteilungskomitees eben auch in der Armenpflegeabteilung. Max Hüttner stand beiden Institutionen vor.⁴⁰¹

394 HK an Nylander, 14.2.1939, RA, JFA, HK, E 1:13.

395 Rudberg: Flyktingpolitik, S. 139.

396 MfiS an Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Abt. Wanderung, o. D., RA, JFA, HK, E 1:13.

397 Andersson: En innerlig bön.

398 Rudberg: Restriktivitet eller generositet?, S. 214.

399 Kennerberg: Mosaiska församlingens i Stockholm flyktingverksamhet, S. 15.

400 Ebd., S. 19.

401 Ebd., S. 15.

Ein unbeabsichtigter negativer Nebeneffekt der Transmigrantenquote ergab sich für diejenigen, die in ebenso großer Gefahr schwebten wie die Juden Berlins oder Wiens, aber nicht das Glück hatten, im »Altreich« oder der »Ostmark« geboren worden zu sein. In der K.-u.-K.-Monarchie und ganz Mitteleuropa hatten jüdische Familien über die oft wechselnden Grenzen der Staaten hinweg geheiratet oder ihren Wohnort gewechselt, ohne sich notwendigerweise auch um eine neue Staatsangehörigkeit zu bemühen. Die amerikanischen Einreisequoten bezogen sich nicht auf die Staatsangehörigkeit, sondern orientierten sich am Geburtsort des Antragstellers.⁴⁰² Am 19. November 1939 schrieb die Jüdische Gemeinde Prag an die Mosaiska församling in Stockholm:

»Wir haben zur Kenntnis genommen, dass es Ihnen nicht möglich ist, uns eine genaue Ziffer anzugeben, welches Depot für den Zwischenaufenthalt in Schweden notwendig ist. Dennoch ersuchen wir Sie, uns zumindest eine ungefähre Angabe zu machen, ob ein monatliches Minimum an Erhaltungskosten vorhanden sein muss und in welcher Höhe per Monat dieses berechnet wird. Wir sind uns dessen bewusst, dass Eintragungen auf der tschechischen Quote, von Jänner 1939 an gerechnet erst nach Ablauf von mehreren Jahren zur Erteilung eines Visums führen. Wir werden derartige Gesuche um Zwischenaufenthalt daher niemals vorlegen. Wollen Sie uns jedoch mitteilen, ob Gesuche, die sich auf einen Zwischenaufenthalt bis maximal 18 Monate beziehen, mit Erfolg behandelt werden können.«⁴⁰³

In der Praxis dürfte eben dieses aber schwer möglich gewesen sein. Das zeigt sich auch an einem Schreiben, das die Schweden im darauffolgenden Frühjahr nach Prag schickten. Dort hieß es:

»Wir wollen bei der Gelegenheit wiederholt darauf aufmerksam machen, dass leider nahezu alle Gesuche, die wir von dort bekommen hatten, dem ersten Erfordernis, das die hiesigen Behörden stellen, nicht genügten, nämlich dem, dass ein kurzfristiger Zwischenaufenthalt hier im Lande garantiert ist.«⁴⁰⁴

Wie groß die Verzweiflung war, ist daraus zu ersehen, dass Menschen gleichen Nachnamens den Rabbiner Emil Kronheim in Stockholm in der Hoffnung anschrrieben, mit ihm verwandt zu sein und so vielleicht das rettende Visum zu erhalten. Kronheim aber konnte nicht helfen. Einem Bittsteller schrieb er, dass er als »Halbvetter« zwar mit ihm verwandt sei, ihn aber nicht wirklich kenne und dieser keine der Voraussetzungen für einen Aufenthalt erfülle.⁴⁰⁵ Dem seit 1930 in Schweden lebenden Rabbiner mit deutschen Wurzeln waren in vielerlei

402 Bat-Ami Zucker: American Refugee Policy in the 1930s, in: Frank Caestecker/Bob Moore (Hg.): Refugees from Nazi Germany and the Liberal European States, Oxford/New York 2010, S. 151-168, hier S. 159.

403 RA, JFA, FS, E 2:10.

404 RA, JFA, FS, E 2:10.

405 Emil Kronheim an Theodor Kronheim, 14.2.1939, RA, JFA, Rabbin Emil Kronheims arkiv, 1:7.

Hinsicht die Hände gebunden. Das wurde auch deutlich, als es darum ging, seine Schwester nach Schweden zu bringen. Rosa Rosenthal (geb. Kronheim) entwickelte spätestens Ende November 1937 die Idee, sich von ihrem Bruder nach Schweden »anfordern« zu lassen.⁴⁰⁶ Rosenthal hatte ihre Arbeitsstelle bei der Deutschen Bank verloren. Emil Kronheim hatte bei Rabbiner Leo Baeck um Hilfe bei der Suche nach einer neuen Anstellung für sie in einer jüdischen Organisation gebeten, doch dieser sah keine Chance, da diese »aus sozialen Gründen« ohnehin überbesetzt seien.⁴⁰⁷ Das bedeutete, dass jüdische Institutionen mehr Menschen beschäftigten als Arbeit vorhanden war, um auf diese Weise mehr Familien ein Einkommen zu sichern. In Rabbiner Kronheims Unterlagen findet sich der undatierte Entwurf eines Antrags auf Aufenthaltsgenehmigung für Rosa Rosenthal und ihren Ehemann Georg Rosenthal. Der in Kronheims Handschrift auf dem Formularpapier der Sozialbehörde ausgefüllte Antrag wurde anschließend mit Kommentaren und Korrekturen versehen. So wurde sein Name bei den Referenzen durchgestrichen und durch den des prominenteren Oberrabbiners Ehrenpreis ersetzt.

Doch Anfang Dezember 1938 wurde der Antrag von der Sozialbehörde ohne Angaben von Gründen abgelehnt.⁴⁰⁸ Rosa Rosenthal reagierte mit Unverständnis auf die Nachricht. Dabei arbeitete das Hilfskomitee der Gemeinde in der Regel sehr genau. So genügte es nicht, nur eine der Vorgaben der Behörden für einen Aufenthalt zu erfüllen. Im Falle von Fritz Leiser beschied es, dass ein Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung »bei den hiesigen Behörden nicht eingereicht werden kann«, da die Wartezeit in Schweden zu lang sei. Dabei hatte der Schwiegervater die Zahlung einer hohen Garantiesumme von 500 US-Dollar und der Schwager die Zahlung des Unterhalts avisiert. Auf dem Fragebogen der Gemeinde hatte Fritz Leiser aber auf die Frage nach dem Auswanderungsdatum in das endgültige Exilland USA den Hinweis »unbestimmt« vermerkt.⁴⁰⁹ Auch half es nicht notwendigerweise, in einer jüdischen Gemeinde oder der Reichsvereinigung gearbeitet zu haben. Im Falle des Generalsekretärs der Jüdischen Gemeinde Berlin wurde der Antrag wegen zu langer Wartezeit für eine Weiterreise in die USA abgelehnt.⁴¹⁰

Im Februar beschied das Hilfskomitee der HICEM in Prag, die nach Möglichkeiten zur Immigration von Ärzten nachgefragt hatte,

»dass bisher hier lediglich Erörterungen schweben, ob eine beschränkte Anzahl von Ärzten, insgesamt 10, zur Ausübung ärztlicher Praxis zugelassen werden sollten. Die hiesigen Regierungsstellen haben dieserhalb eine Enquete

406 Rosa Rosenthal an Emil Kronheim, 22.11.1937, RA, JFA, Rabbin Emil Kronheims arkiv, 1:6.

407 Leo Baeck an Emil Kronheim, 10.11.1937, RA, JFA, Rabbin Emil Kronheims arkiv, 1:6.

408 Sos an Rechtsanwalt Ernst Baburger, der Rosa Kronheims Interessen vertrat, 7.12.1938, RA, JFA, Rabbin Emil Kronheims arkiv, 1:6.

409 HK an Leo Unger 17.11.1939, und Fragebogen, Akte Leiser, Fritz, RA, JFA, FS, F 1 a:2.

410 Protokoll, 1.11.1939, RA, JFA, FS, A 2:1.

bei den ärztlichen Fachorganisationen veranstaltet. Diese nehmen einen ausgesprochen ablehnenden Standpunkt ein, sodass sich dieser Plan kaum realisieren lassen wird.«⁴¹¹

Knapp eine Woche zuvor hatte das bereits erwähnte sogenannte Bollhusmötet stattgefunden. Die Mitglieder des Hilfskomitees deuteten die aggressive Reaktion der Studierenden auf die Einwanderung von zehn Medizinstudierenden als weiteren Hinweis auf die zunehmend antisemitische Stimmung gegenüber den Flüchtlingen.

Hans-Joachim Schoeps und seine Eltern: »Bonnier skeptisch«

Manche Einzelfälle illustrieren beides, sowohl die regelgebundene Zögerlichkeit des Stockholmer Hilfskomitees als auch die Möglichkeiten, die es unter bestimmten Voraussetzungen dennoch gab. Am 9. Juli 1938 schrieb der Religionsphilosoph Hans-Joachim Schoeps an Rabbiner Emil Kronheim und bat ihn um Rat, da die Auswanderung für ihn »akut« geworden sei. Zwischen 1935 und 1938 war Schoeps bereits mehrere Male von der Gestapo verhaftet und verhört worden. Am unteren Rand des Briefs von Schoeps an Kronheim ist mit Datum vom 21. Juli eine Randbemerkung hinzugefügt worden. Wahrscheinlich war es Kronheim selbst, der notiert hatte: »Kaum etwas zu machen! [...] Bonnier sehr vorsichtig.«⁴¹² Gemeint ist wahrscheinlich der erfolgreiche Stockholmer Verleger Karl Otto Bonnier, der häufig mit seinen guten Kontakten und Garantiesummen half. Das Hilfskomitee beschloss dennoch, Schoeps zu helfen, obwohl dessen Mitglieder sich bewusst waren, dass dieses schwierig werden würde.

Der promovierte Religionswissenschaftler Schoeps war eine schillernde Figur. Das Prädikat national-konservativ beschreibt ihn nur unzureichend. Im Februar 1933 hatte er den antizionistischen und national-deutschen Verein »Der deutsche Vortrupp. Gefolgschaft deutscher Juden« gegründet. Ziel war eine »Aussöhnung« deutschnationaler Juden mit dem Nationalsozialismus, den der überzeugte Monarchist Schoeps nicht per se ablehnte. Dieser von nur wenigen Freunden unterstützte Versuch, eine Form der Kohabitation deutscher Juden mit den Nationalsozialisten zu finden, bewahrte Schoeps aber nicht vor der Verfolgung. Für die Nationalsozialisten blieb er »nur ein Jude« und da er, anders als die größeren Organisationen des deutschen Judentums, kaum Anhänger um sich scharte, war er auch nicht nützlich. Nach einem Treffen mit Anhängern des kirchlichen Widerstandes der *Bekennenden Kirche* um Martin Niemöller wurde er vor seiner bevorstehenden Verhaftung gewarnt.⁴¹³ Schoeps selbst gab

411 HK an HICEM Prag, 22.2.1939, RA, JFA, HK, E 1:1.

412 Hans-Joachim Schoeps an Emil Kronheim, 9.7.1938, RA, JFA, Rabin Emil Kronheims arkiv, 1:6.

413 Julius H. Schoeps: »Hitler ist nicht Deutschland«. Der Nationalsozialismus, das Exil in Schweden und die Rückkehr von Hans-Joachim Schoeps in die ehemalige Heimat,

dem schwedischen Außenministerium gegenüber an, dass er durch die Gestapo am 25. November 1938 aufgefordert worden sei, das Land binnen vier Wochen zu verlassen.⁴¹⁴

Schoeps nahm also eine marginalisierte Position im deutsch-jüdischen Organisationsleben ein und verfügte nur über geringe finanzielle Mittel. Oberrabbiner Ehrenpreis hatte Anfang Dezember 1938 in einem Telefongespräch mit der Polizei noch argumentiert, dass er die Einreise von Schoeps nur unterstützen würde, sofern dieser auch eine Rückkehrmöglichkeit nach Deutschland habe, was er allerdings bezweifle.⁴¹⁵ Ende Dezember sicherte jedoch das Hilfskomitee dem Außenministerium zu, für alle Kosten des Aufenthaltes aufzukommen. Anscheinend hatte sich Oberrabbiner Marcus Ehrenpreis persönlich telefonisch mit der Sozialbehörde ins Benehmen gesetzt. Schoeps verfolgte zu diesem Zeitpunkt offiziell den Plan, entweder nach Frankreich, in die USA oder nach Island weiter zu migrieren.⁴¹⁶ Ehrenpreis war am 16. Dezember vom Hilfskomitee beauftragt worden, sich für Schoeps einzusetzen.⁴¹⁷

Am 23. Dezember 1938 stellte die schwedische Gesandtschaft in Berlin Schoeps tatsächlich eine *gränsrekommendation*, die Erlaubnis zum Grenzübertritt, aus.⁴¹⁸ Der Leiter der Orientabteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin, Werner Otto von Hentig, hatte ihn mit den notwendigen Ausreisepapieren versorgt und, so schilderte es Schoeps in seinen Erinnerungen, sogar bei der Reichskanzlei direkt interveniert. Die Begründung habe gelautet, das Amt brauche einen »jungen Juden von unzweifelhaft nationaler Gesinnung«, um ihn für einen Auftrag nach Schweden zu entsenden.⁴¹⁹ Schoeps diente nach eigenen Angaben also offiziell als Kurier des Außenministeriums. Am 24. Dezember 1938 verließ Schoeps Berlin mit einem Flug vom Flughafen Tempelhof aus in Richtung Stockholm. Dort angekommen, musste er diese Tarnung im schwedischen Außenministerium korrigieren.⁴²⁰

Die Aufenthaltsberechtigung Schoeps' in Schweden war nicht sicher. Nicht nur konnte er keine ausreichenden Geldmittel vorweisen, er war zudem unter Vorspiegelung falscher Tatsachen eingereist. Der zunächst erteilte Aufenthalts-

in: Gideon Botsch/Joachim H. Knoll/Anna-Dorothea Ludewig (Hg.): Wider den Zeitgeist. Studien zum Leben und Werk von Hans-Joachim Schoeps (1909-1980), Hildesheim/Zürich/New York 2009, S. 227-248, hier S. 234 f.

414 Eingabe von Hans-Joachim Schoeps an Außenministerium, 22.1.1939, Hans-Joachim Schoeps, Centraldossier, RA, SUK, kanslibyrån, F 1 AC:18677.

415 P.M., 8.12.1938, Hans-Joachim Schoeps, Viseringsdossier, RA, SUK hemliga arkiv, F 1 OA:21.

416 HK an Außenministerium, 21.12.1938, RA, JFA, HK, E 2:1.

417 Protokoll, 16.12.1938, RA, JFA, HK, A 2:1.

418 Außenministerium an Utlänningsbyrån, 7.2.1938, Hans-Joachim Schoeps, Centraldossier, RA, SUK, kanslibyrån, F 1 AC:18677.

419 Hans-Joachim Schoeps: Die letzten dreißig Jahre. Rückblicke, Stuttgart 1956, S. 110 f.; Wolfram Ender: Konservative und rechtsliberale Deuter des Nationalsozialismus 1930-1945. Eine historisch-politische Kritik, Frankfurt a. M. u. a. 1984, S. 198.

420 Schoeps: Die letzten dreißig Jahre, S. 112 f.

titel, die Grenzempfehlung, basierte auf der Annahme, Schoeps würde das Land nach vier Wochen wieder verlassen. Eine solche Erklärung hatte Schoeps auch in der schwedischen Vertretung in Berlin unterschrieben.⁴²¹ Als angeblichen Aufenthaltsgrund hatte Schoeps eine Studienreise angegeben. Eine Bescheinigung des deutschen Auswärtigen Amtes bestätigte Schoeps, dass er ohne Probleme zurück nach Deutschland kommen könne. Aus einer Aktennotiz des schwedischen Außenministeriums vom 20. Januar 1939 über Schoeps' Besuch in der Behörde geht hervor, dass jener Umstand nicht nur die Voraussetzung für die Grenzempfehlung gewesen war, sondern auch, dass das Dokument explizit Gegenstand eines Telefongesprächs des Sachbearbeiters im Außenministerium Nylander mit einem gewissen »Carbonnier« – Karl Bonnier? – gewesen sei.⁴²² Hans-Joachim Schoeps konnte nach Schweden einreisen, weil die Behörden zumindest davon ausgehen konnten, dass eine Rückreisemöglichkeit bestand, die Gemeinde bürgte und das möglicherweise auch, weil er von prominenter Seite aus empfohlen worden war. Zwar war dem Außenministerium nun klar, dass Schoeps letztlich doch nicht nach Deutschland zurückreisen konnte und zurzeit auch keine Weiterreisemöglichkeiten nach England oder Frankreich hatte. Seinem Antrag auf eine Annullierung der Ausreisepflichtung wollte das Außenministerium dennoch nicht entsprechen. Stattdessen wurde ihm mitgeteilt, dass, sofern er einen Antrag auf Aufenthaltserlaubnis bei der Ausländerbehörde einreiche, die Umstände seiner Einreise sicherlich eine Rolle spielen würden.⁴²³

Schoeps erhielt schließlich eine sechsmonatige Aufenthaltsgenehmigung, die am 26. Mai 1939 auslief. Als er sich Ende April an die Ausländerbehörde wandte und um eine sechsmonatige Verlängerung bat, konnte er bereits eine größere Anzahl prominenter Unterstützer aufbieten. Seinem Antrag lagen die Empfehlungsschreiben einiger Hochschullehrer bei. Auch verwies er jetzt auf erfolgreiche Vorträge und darauf, dass er niemandem zur Last gefallen sei, sondern sich im Gegenteil eine für schwedische Wissenschaftler wichtige Zusammenarbeit entwickelt habe. Wie diese aussah, führte er nicht aus. Schoeps erhielt weitere Verlängerungen.⁴²⁴ Seine finanzielle Lage blieb dennoch prekär. Schoeps erhielt für eine Vorlesungsserie von vier bis sechs Vorlesungen insgesamt 400 Kronen und von seinem Vater eine monatliche Unterstützung in Höhe von 50 US-Dollar. Bis Mai 1940 hatten weitere drei Vorträge ein Einkommen von insgesamt 300 Kronen erbracht, und Schoeps hatte durch seinen Vater über Banken in den Vereinigten Staaten und Großbritannien verschiedentlich Beträge zwischen 100

421 Eingabe von Hans-Joachim Schoeps an Außenministerium, 22.1.1939, Akte Schoeps, Hans-Joachim, RA, Sos, Utlänningsbyrå, Dossiéer över utlänningar, huvudserie, F I a.

422 P.M., 7.2.1938, Akte Schoeps, Hans-Joachim, RA, Sos, Utlänningsbyrå, Dossiéer över utlänningar, huvudserie, F I a.

423 Ebd.

424 Ansökan om uppehållstillstånd Hans Joachim Schoeps, 29.10.1939, RA, Sos, SUK, Dossiéer över utlänningar, huvudserie, F I a.

und 300 Kronen erhalten.⁴²⁵ Auf die gesamte Dauer des Aufenthalts berechnet, war das nicht üppig, wenn man in Betracht zieht, dass die Gemeinde Alleinstehende mit etwa 100 Kronen zur Lebenshaltung unterstützte, die einem absoluten Minimum entsprachen.⁴²⁶ Schoeps tat also gut daran, mit den bescheidenen Mitteln sorgsam umzugehen.

Schoeps zog, um Miete zu sparen, in eine preiswerte Unterkunft in dem nördlich von Stockholm gelegenen Ort Lahäll bei Danderyd. Dies aber brachte ihn im Winter 1940 in Schwierigkeiten. Als Ausländer galten für ihn bestimmte Regeln bezüglich seines Aufenthaltsortes, und Lahäll lag in der Nähe eines militärischen Flugplatzes. Für die Behörden bestand augenscheinlich zumindest ein Anfangsverdacht, dass er hier Spionage treiben oder Sabotage begehen könnte. Schoeps wurde einen Tag lang bei der Polizei festgehalten und verhört, während in seiner Wohnung eine Hausdurchsuchung durchgeführt wurde.⁴²⁷

Seinen Lebensunterhalt konnte Schoeps also nur mit Mühen verdienen. Seine Frau, eine Nachfahrin Moses Mendelssohns, die er in Schweden heiratete, war gezwungen, sich als *hembitråde* (Haushälterin) zu verdingen. Auch die 1942 und 1944 in Schweden geborenen Kinder mussten zwischenzeitlich bei schwedischen Bauernfamilien untergebracht werden.⁴²⁸ Es ist anzunehmen, dass die Geldprobleme auch dazu beigetragen haben, dass es ihm nicht gelang, seine Eltern Julius und Käthe Schoeps nach Schweden nachzuholen. Er konnte keine Sicherheiten bieten.

Im Allgemeinen wird angenommen, dass der ausgesprochene Patriot Julius Schoeps zunächst nicht bereit gewesen sei, das geliebte Heimatland zu verlassen. Am 12. Dezember 1938 aber schrieb der Sekretär des Hilfskomitees Franz Arnheim an Julius Schoeps, dass sein Gesuch abschlägig beschieden worden sei. Ehrenpreis werde sich aber bemühen, in der Sache weiter zu »intervenieren«.⁴²⁹ Er hatte sich also bereits mindestens im November um eine Einreise nach Schweden bemüht. Im Frühjahr 1940 befanden sich die Eltern von Hans-Joachim Schoeps noch immer in Berlin, wo die Lage immer gefährlicher wurde. Er bat das Hilfskomitee im April 1940:

»Von meinen Eltern bekam ich eine Nachricht, dass die Gestapo auf ihre Auswanderung drückt. Rabb. Kronheim, mit dem ich sprach, meinte, das Beste wäre, man stellte von hier aus eine Bescheinigung aus, dass man sich

425 Polizeibericht Danderyd Landsfiskaldistrikt, 27.5.1940, Akte Schoeps, Hans-Joachim, RA, Sos, Utlänningsbyrå, Dossier över utlänningar, huvudserie, F I a.

426 Die Sozialbehörde sah Unterstützungszahlungen von 100 Kronen für Alleinstehende und höchstens 160 Kronen für Paare mit Extraleistungen für Kinder als ausreichend an. MfIS an Mosaiska församlingen i Göteborg hjälpkommitté, 19.9.1940, RSG, JfiG, F 9 n:1.

427 Hans-Joachim Schoeps an Socialstyrelsen, 13.12.1940, RA, Sos, Utlänningsbyrå, Dossier över utlänningar, huvudserie, F I a.

428 Schoeps: »Hitler ist nicht Deutschland«, S. 237.

429 Franz Arnheim an Julius Schoeps, 12.12.1938, RA, JFA, Överrabbin Marcus Ehrenpreis arkiv, E 1: 24.

hier für ihre Auswanderung bemühe. Ich wäre Ihnen darum sehr dankbar, wenn ich also ein Schreiben erhalten könnte, damit meine armen Eltern etwas in Händen haben.«⁴³⁰

Und tatsächlich, direkt am nächsten Tag schrieb das Hilfskomitee an die Eltern:

»Wir teilen Ihnen hierdurch mit, dass die Frage Ihrer und Ihrer Gattin Einwanderung hier zurzeit in Behandlung ist. Sobald wir Ihnen in der Sache wieder etwas mitzuteilen haben, werden wir uns wieder an Sie wenden.«⁴³¹

Erst in der zweiten Jahreshälfte 1941 kam wieder Bewegung in die Angelegenheit. Ein Grund dafür war vielleicht auch ein Schreiben des Theologiedozenten in Uppsala, Gösta Lindeskog, an die Ausländerbehörde. Schoeps werde demnächst einen Antrag für die Eltern einreichen, er habe Zusagen über private Zuwendungen und von der schwedischen Diakonie, die den Aufenthalt der Eltern sichern würden. Im Übrigen sei der Sohn Hans-Joachim Schoeps ein begabter junger Wissenschaftler. Nun schien es doch zu klappen. Im November erhielten beide die Einreisegenehmigung; im Antrag hatte Hans-Joachim Schoeps als Begründung »Lebensrettung vor Zwangsdeportation« angegeben.⁴³² Die Erlaubnis kam allerdings zu spät, galt doch bereits das Auswanderungsverbot aus Deutschland.

In seiner Verzweiflung wandte sich Schoeps im Februar 1942 an den berühmten schwedischen Asienforscher und bekennenden Freund der Deutschen Sven Hedin:

»Wie mir von Freunden mitgeteilt wurde, ist die einzige Möglichkeit, eine Ausnahmegewilligung [für seine Eltern] zu erreichen, wenn ein prominenter Schwede, dessen Wort in Deutschland gilt, sich bei einer hohen Amtsstelle für sie verwendet. – Ich vermute, dass als solche die »Kanzlei des Führers« in Berlin zu gelten hat.«⁴³³

Schoeps glaubte, dass die guten Kontakte des Schweden zur nationalsozialistischen Elite seinen Eltern helfen könnten. Hedin hatte nie einen Hehl aus seiner Bewunderung für die neue deutsche Regierung gemacht. Er korrespondierte mit führenden Nationalsozialisten und ließ sich von ihnen ehren und zuweilen instrumentalisieren. Er nutzte diesen Einfluss aber auch mehrfach, um für inhaftierte Freunde und prominente Skandinavier zu intervenieren. Schoeps durfte also durchaus hoffen. Um seine Eltern zu empfehlen, betonte er deren

430 Hans-Joachim Schoeps an Wilhelm Michaeli, 7.4.1940, RA, JFA, HK, E 1:1.

431 MfS an Julius Schoeps, 8.4.1940, RA, JFA, HK, E 1:1.

432 Gösta Lindeskog an Sos, 21.10.1941, Hans-Joachim Schoeps, Viseringsdossier, RA, SUK hemliga arkiv, F 1 OA:2.

433 Hans-Joachim Schoeps an Sven Hedin, 21.2.1942, Sven Hedins Archiv 496, zit. nach Astrid Mehmel: »Ich richte nun an Sie die große Bitte, eine zweckdienliche Eingabe in dieser Sache zu machen ...«. Zwei Briefe von 1942 an Sven Hedin von Hans-Joachim Schoeps, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 52 (2000), S. 38-48, hier S. 40.

konservative, patriotische Haltung. Hedin aber bemühte sich, so Astrid Mehrels, nicht intensiv, sodass das Gesuch folgenlos blieb. Schoeps selbst nahm das anders wahr.⁴³⁴

Letztlich kam alle Hilfe zu spät und die Eltern wurden im Juni 1942 in das Ghetto Theresienstadt verschleppt, wo Julius Schoeps bald verstarb. Hans-Joachim Schoeps schickte jeden Monat ein Paket an seine Mutter im Ghetto.⁴³⁵ Dann aber brach der Kontakt ab. Am 21. Juni 1944 ermutigte die Jüdische Gemeinde Schoeps trotzdem, weiterhin Pakete zu schicken.⁴³⁶ Da war Käthe Schoeps bereits ins Vernichtungslager Auschwitz deportiert und ermordet worden.

Im September 1941 hatte Schoeps Dorothee Busch geheiratet, 1942 und 1944 wurden die beiden Kinder geboren. Die finanzielle Situation blieb die gesamte Zeit über prekär. Immer wieder musste Schoeps das Hilfskomitee um Beihilfen ersuchen. Vorübergehend fand er Arbeit, beispielsweise als Archivar des Theologischen Seminars in Uppsala und Vortragsredner.⁴³⁷ Über lange Zeit aber bildete das Stipendium einer Stiftung der Jüdischen Gemeinde das Fundament des Familieneinkommens.⁴³⁸

Im Herbst 1946 erhielt er schließlich den Ruf als Professor in Erlangen und kehrte nach Deutschland zurück. Diese Entscheidung brachte ihm viel Kritik ein, erschien ihm trotz der Verfolgung und des Wissens um die deutschen Verbrechen folgerichtig. Ganz wollte oder konnte Schoeps sich aber nicht von Schweden lösen. Dabei mag eine Rolle gespielt haben, dass sich beide Söhne noch in Schweden aufhielten und die Lebensbedingungen im kriegszerstörten Deutschland wesentlich schlechter als dort waren. Im Herbst kehrte er zurück, um seine Kinder zu sehen, und weil die Universität in Erlangen wegen Brennstoffmangels vorübergehend schließen musste. Auch später musste er jedes Mal erneut eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen, wenn er seinen in Schweden verbliebenen jüngeren Sohn besuchen wollte. Daher beantragte der deutsche Patriot 1948 die schwedische Staatsangehörigkeit. Eine Notiz zu dem Vorgang verwies auf den Aufenthalt des Sohnes, der von der öffentlichen Fürsorge bezahlt wurde, erwähnte aber auch, dass die Behörde trotz der guten Empfehlungen von Hochschulprofessoren »nicht den Eindruck [hat], dass er ein besonders guter Wissenschaftler ist«. Der Antrag wurde im November 1948 abgelehnt.⁴³⁹

434 Ebd., S. 44 f.

435 Am 12. April 1944 bat Schoeps um einen Zuschuss des Hilfskomitees und gab als eine der Belastungen die Pakete im Wert von 40 Kronen an. RA, JFA, FS, F 2 a:26.

436 RA, JFA, FS, F 2 a:26.

437 Akte Schoeps, Hans-Joachim, RA, JFA, FS, F 2 a:26.

438 Anträge und Korrespondenz in RA, JFA, Generalkonsul S. E. Warburg och hans maka Pauline Warburgs donationsfond, A 1:1.

439 Justizministerium, 12.II.1948, Julius Schoeps, Centraldossier, RA, SUK, kanslibyrån, F 1 AC:18677.

Der Fall der Familie Schoeps illustriert, wie sehr die Einreisegenehmigung nach Schweden von unterschiedlichsten Regeln, aber eben auch von Kontakten abhing. Das galt auch für den weniger prominenten Manfred Friedmann aus Berlin.

Ein besonders »beherzigenswerter« Fall: Manfred Friedmann

Wahrscheinlich Anfang November 1938 wandte sich Manfred Friedmann aus Berlin an die Jüdische Gemeinde in Malmö, von der er Unterstützung bei der Einreise für sich und seine Frau nach Schweden erbat. Die Malmöer wollten ihm gerne helfen und leiteten seinen Brief an den Kämmerer der Mosaiska församling in Stockholm weiter.⁴⁴⁰ Friedmann hatte zwischen 1934 und 1938 einige Gruppen jüdischer deutscher Kinder als Transportbegleiter zur »Sommerfrische« nach Schweden gebracht. Da die meisten Mädchen und Jungen während ihres mehrwöchigen Aufenthalts in Südschweden in Einrichtungen der Malmöer Gemeinde versorgt worden waren, hatte er in dieser Zeit gute Verbindungen geknüpft. Ende des Monats reichte Manfred Friedmann dann auch einen Antrag auf eine sechsmonatige Aufenthaltsgenehmigung für sich und seine Frau Lotte ein – zum »Aufenthalt bei Freunden zwecks Abwartens der Erteilung des Visums für die Vereinigten Staaten von Amerika«.⁴⁴¹ Er verfügte über Verwandtenaffidavits aus den USA, die Bestätigung der Registrierung, die Wartenummer beim amerikanischen Konsulat sowie auch eine Erklärung desselben, dass die Quote ausgeschöpft sei und Friedmann nicht vor dem kommenden Mai mit einer endgültigen Entscheidung rechnen könne. Als Referenz vermerkte der Antrag die Malmöer Jüdische Gemeinde. Letztgenannter war die Rettung der Friedmanns augenscheinlich so wichtig, dass sie zum Gegenstand eines persönlichen Gesprächs wurde, das das Vorstandsmitglied der Gemeinde Albert Zadig Anfang Dezember in der Sozialbehörde führte.⁴⁴² Dem Stockholmer Hilfskomitee, das von der Sozialbehörde um ein Gutachten gebeten wurde, war die zu erwartende Wartezeit bis zu einer Weiterreise in die USA aber zu lang. Am 23. Dezember erhielt Friedmann eine Absage der Mosaiska församling. Diese sah sich nicht in der Lage, einen Antrag bei der Sozialbehörde einzureichen, da wegen der hohen Wartenummer die voraussichtliche Aufenthaltszeit zu lang sein werde »und derartige Anträge keine [handschriftliche Verbesserung im Manuskript zu

440 MMF an MfIS, 11.11.1938, RA, JFA, HK, E 1:5.

441 Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung Manfred Friedmann, 28.11.1938, Manfred Friedmann, Centraldossier, RA, SUK, kanslibyrån, F 1 AC:6954.

442 MMF (Albert Zadig) an Sos, 6.12.1938, Manfred Friedmann, Centraldossier, RA, SUK, kanslibyrån, F 1 AC:6954. Dort auch der Antrag, der auf den 7. Dezember 1938 datiert ist.

»kaum«] Aussicht auf Erfolg haben.«⁴⁴³ Am 28. Dezember 1938 lehnte auch die Sozialbehörde den Antrag ohne Angabe von Gründen ab.⁴⁴⁴

Der Fall Friedmann warf aber einige grundsätzliche Fragen auf, die von entscheidender Bedeutung für den Gutachtenauftrag des Hilfskomitees waren. Unter Bezugnahme auf das Ehepaar Friedmann wollte das Hilfskomitee vom Hilfsverein der deutschen Juden mehr über das Prozedere beim amerikanischen Konsulat wissen:

»Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns Auskunft darüber geben könnten, wonach es sich richtet, wann der Einzelne zur endgültigen Visumerteilung vorgeladen wird. Wenn Sie selbst nicht genau informiert sind, so bitten wir Sie wegen der grundsätzlichen Bedeutung beim amerikanischen Generalkonsulat schnellstens einzuholen. [unvollständiger Satz im Original] Vielleicht können Sie uns im Anschluss an diesen Fall genau mitteilen, wie sich die Durchführung des Emigrationsvorganges bis zur Visumerteilung, vom Zeitpunkt der ersten Einreichung der Papiere beim Konsulat an, vollzieht. Ist ein Unterschied zwischen Wartenummer und Registrationsnummer vorhanden? Hat es irgendeine Bedeutung, wenn ein USA-Auswanderer sich ohne Affidavit und sonstige ausreichende Emigrationspapiere eintragen lässt? Ist etwas Derartiges überhaupt zulässig? Ist das Emigrationsverfahren bei den einzelnen Konsulaten im deutschen Reich einheitlich geregelt? Welche Abweichungen findet man bei den einzelnen Konsulaten?«⁴⁴⁵

Die Antwort des Hilfsvereins an das Hilfskomitee ließ nicht lange auf sich warten. Anfang Januar antwortete er, dass Wartenummer und Registrierungsnummer identisch seien und in jedem Fall das Einreichungsdatum gelte. Zudem teilte der Hilfsverein mit, dass sich jede Person anmelden könne, ohne bereits die notwendigen Papiere zu besitzen. Drei Monate vor Fälligkeit werde man dann vorgeladen und müsse dann allerdings alle Papiere beibringen. Auf diese Weise war für die Antragsteller garantiert, dass sie den Listenplatz behielten, auch wenn die Affidavits noch nicht vorlagen. Die Friedmanns könnten daher im Herbst mit einem Visum rechnen, sofern die Affidavits in Ordnung seien.⁴⁴⁶

Friedmann blieb derweil nicht untätig und versuchte, die Hindernisse für die Wartezeit in Schweden Schritt für Schritt aus dem Weg zu räumen. Noch kurz vor Neujahr konnte er seinem Helfer Zadig in Malmö mitteilen, dass sein Onkel ein Depot über 400 US-Dollar nach Stockholm überwiesen habe und er mit weiteren 300 US-Dollar im Laufe der nächsten Wochen rechne. Damit, so hoffte Friedmann, wäre sein Unterhalt während eines Transitaufenthalts in Schweden gesichert.⁴⁴⁷ Zadig leitete alle diese Informationen nach Stockholm

443 MfiS an Manfred Friedmann, 23.12.1938, RA, JFA, FS, F 1 a:13.

444 Manfred Friedmann, Centraldossier, RA, SUK, kanslibyrån, F 1 AC:6954.

445 MfiS an Hilfsverein, 28.12.1938, RA, JFA, FS, F 1 a:13.

446 Hilfsverein an MfiS, 7.1.1939, RA, JFA, FS, F 1 a:13.

447 Manfred Friedmann an Albert Zadig und Sos, 29.12.1938, RA, JFA, FS, F 1 a:13.

an das Hilfskomitee weiter. Am Rand des Lebenslaufes der Eheleute Friedmann findet sich die Notiz eines gewissen Traugott, wahrscheinlich eines Mitarbeiters des Hilfskomitees:

»P.S. Dieser Herr Manfred Friedmann hat während vieler Jahre in der Jugendarbeit der Jüdischen Gemeinde Berlin – unter Herrn Sobotker – gearbeitet und ist mehrere Male mit jüdischen Ferienkindern in Schweden gewesen. Ein sicherlich besonders beherzigenswerter Fall!«

Zu der gleichen Einschätzung kam auch Albert Zadig in Malmö, der die Absage der Sozialbehörde nicht akzeptieren wollte. Am 16. Januar wandte er sich erneut an die Kollegen in Stockholm. »Sehr geehrter Herr Dr. Michaeli, ich wende mich heute mit einer persönlichen Bitte an Sie [...]«, schrieb er. Friedmann sei ihm persönlich bekannt und die Sozialbehörde habe Malmö, ohne nähere Gründe zu nennen, über die Ablehnung des Antrags informiert. Er habe aber von Friedmann erfahren, dass für die »pekuniäre Sicherheit«, die bis dato noch ungeklärt gewesen war, nunmehr gesorgt sei.⁴⁴⁸

Das Hilfskomitee musste davon überzeugt werden, dass das Paar nach acht Monaten – im August 1939 – in die USA ausreisen würde. Eine Bestätigung des Konsulats über den Zeitpunkt der Visumerteilung oder ein ähnlich offizielles Einreiseversprechen hätte hier helfen können. Manfred Friedmann bemühte sich daher, solch ein Papier zu beschaffen. Die amerikanischen Konsulate stellten derartige Dokumente aber nicht aus. Seine guten Verbindungen innerhalb der Jüdischen Gemeinde in Berlin, für die er lange gearbeitet hatte, zahlten sich allerdings aus. Der Vorsitzende Heinrich Stahl stellte ihm daselbst ein solches Schreiben zur Verfügung, das ausdrückte, dass nach aller Erfahrung die Warte-nummer der Friedmanns bis zum Sommer fällig werden würde.⁴⁴⁹

Friedmann war derweil vollauf damit beschäftigt, andere Menschen zu retten. Wieder begleitete er Kinder nach England. Von dort aus nutzte er die Chance, einen unzensierten Brief nach Stockholm zu schicken. Sehr deutlich verwies er auf das Geld, dass sein Onkel ihm für den Aufenthalt in Schweden zur Verfügung stellte. Er bat aber die Gemeinde, dieses in den Briefen nach Deutschland nicht zu erwähnen, um keine devisa-rechtlichen Schwierigkeiten zu riskieren. Eine Quittung für das Geld des Onkels sollte an die Adresse eines Freundes in Großbritannien versendet werden, wo diese vier Tage später auch tatsächlich einging.⁴⁵⁰ Am 31. Januar 1939 dann erreichte wieder ein Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung des Ehepaars Friedmann die schwedischen Behörden. Unterschrieben war er dieses Mal aber nicht von Friedmann selbst, sondern von der Mosaiska församling. Diese war nun bereit, den Antrag zu unterstützen

448 Albert Zadig an Wilhelm Michaeli, 16.1.1939, RA, JFA, FS, F 1 a:13.

449 Manfred Friedmann an MfIS, 16.1.1939, und Abschrift Heinrich Stahl, RA, JFA, FS, F 1 a:13.

450 Manfred Friedmann an MfIS, 20. und 21.1.1939, und Durchschrift der Quittung, RA, JFA, FS, F 1 a:13.

und bat nun auch um schnellstmögliche Bearbeitung. Auch war die Gemeinde nun bereit, eine Garantie für die Eheleute zu übernehmen, »welche unmittelbar Deutschland verlassen müssen«. ⁴⁵¹ Das Depot des Onkels konnte als Sicherheit dienen. Nun erteilte die Sozialbehörde Mitte März 1939 die Aufenthaltserlaubnis für die Zeit vom 15. März bis zum 1. August. Die Behörde überließ es dem Hilfskomitee, die Betroffenen selbst zu unterrichten. ⁴⁵²

Es bleibt noch zu erwähnen, dass Manfred und Lotte Friedmann nicht mehr nach Schweden reisten. Am 28. März 1939, zwei Wochen nachdem er die Nachricht über das Einreisevisum erhalten hatte, schrieb Friedmann erneut aus London an das Hilfskomitee. Er bedankte sich für die Hilfe und informierte das Komitee, dass er ein Permit nach Großbritannien erhalten hatte. Er werde also das Visum nicht in Anspruch nehmen müssen. In Großbritannien, so Friedmann, könne er die Arbeit in der Kinderverschickung weiterführen. Vor allem aber war das Permit aus Großbritannien früher eingetroffen als die schwedische Entscheidung, was eine schnellere Ausreise aus Deutschland ermöglichte. ⁴⁵³ Jeder Tag im nationalsozialistischen Deutschland oder Österreich bedeutete eine Zumutung für die jüdische Bevölkerung. Unter solchen Bedingungen wird auch nachvollziehbar, warum manche Flüchtlinge die Unterstützung der Mosaiska församling im administrativen Prozess als zögerlich, wenig hilfreich und sogar flüchtlingsfeindlich wahrnahmen. Manfred und Lotte Friedmanns Bemühungen endeten glücklich – das galt aber nicht für alle.

Eine Sache allerdings blieb noch zu tun: Das Geld, das bereits als Depot bezahlt worden war, musste schnellstmöglich zurücktransferiert werden, da das Geld benötigt wurde. In jenen Zeiten, in denen solche Depots Lebensversicherungen darstellten, war die freie Verfügung über die Summen von großer Bedeutung. Die Gemeinde war sich bewusst, dass Friedmann dieses Geld benötigte, doch bestand sie als Sachwalterin fremder Vermögen darauf, dass die Abläufe den Regeln folgten. Im Juli ging die Vollmacht des Onkels ein, die erst dann eine Überweisung des Geldes an den Enkel in London ermöglichte. ⁴⁵⁴

Die Mosaiska församling als Arbeitsvermittlerin

Das Bild einer passiven Gemeinde, die sich weniger generös verhält als die Behörden, muss in einem weiteren Punkt korrigiert werden. Das Hilfskomitee in

⁴⁵¹ Antrag und Schreiben der MfS, 6.2.1939, Manfred Friedmann, Centraldossier, RA, SUK, kanslibyrån, F 1 AC:6954.

⁴⁵² Sos an MfS, 13.3.1939, Manfred Friedmann, Centraldossier, RA, SUK, kanslibyrån, F 1 AC:6954.

⁴⁵³ Manfred Friedmann an MfS, 28.3.1939, Manfred Friedmann, Centraldossier, RA, SUK, kanslibyrån, F 1 AC:6954.

⁴⁵⁴ Manfred Friedmann an MfS, 07.4.1939 und Telegramm Pinkus Friedmann an MfS 13.7.1939, RA, JFA, FS, F 1 a:13.

Stockholm war durchaus bemüht – entlang der von den Behörden gezogenen Grenzen –, Menschen nach Schweden zu retten, deren Berufsqualifikation gerade benötigt wurde. Ein Beispiel ist die Anfrage, die die Gemeinde am 20. Juli 1938 nach Wien schickte. Sie sei von privater Seite kontaktiert worden, ob es möglich sei, zwei Architekten zu »verschaffen«. Dabei sollte es sich um junge Männer mit vorzüglichen Universitätsprüfungen und erstklassiger Praxiserfahrung handeln. Als weitere Voraussetzung wurde genannt, dass sie mit »Städteplänen« gearbeitet haben sollten. Interessenten sollten sich an die Gemeinde in Stockholm wenden.⁴⁵⁵ Die ersten Bewerbungen waren unzureichend. Ende August schrieb die Mosaiska församling, dass die Arbeitgeber neue Bewerbungen wünschten, »und zwar solche, wo die Bewerber künstlerisch auf der Höhe« stünden.⁴⁵⁶ Die Gemeinde war bereit, den Ablauf der Anwerbung und auch der Visabeantragung zu übernehmen, nachdem sie Kenntnis von den Arbeitsplätzen erhalten hatte. Der Verweis auf die besonders erforderlichen Kenntnisse mit »Städteplänen« deutet darauf hin, dass Spezialisten gesucht wurden, die auf dem schwedischen Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung standen. Anders wäre wohl auch kaum mit einer Genehmigung der Behörden zu rechnen gewesen. In mehreren Wellen wurden im September insgesamt etwa 15 Bewerbungen eingereicht. Im folgenden Januar wurden die Gesuche aber nach Wien zurückgesandt – keiner der Bewerber wurde eingestellt.⁴⁵⁷

Im November erhielt die Israelitische Kultusgemeinde noch einmal eine ähnliche Anfrage:

»Eine schwedische Mützenfabrik hat sich an uns mit der Bitte gewandt, wir mögen ihr eine *junge* Modistin verschaffen und zwar eine, die in Folgendem *perfekt* ist: Anfertigung von Damenhüten, Damenmützen, Kinderhüten, Kindermützen und Komposition von Modellen. [...] Wir wären Ihnen zu Dank verpflichtet, falls Sie uns die Zeugnisse und Fotos einer ganz kleinen Anzahl, *höchstens fünf*, absolut erstklassiger Modistinnen senden würden. Die Damen müssen Ihnen als empfehlenswerte Menschen bekannt sein und am liebsten ledig.«⁴⁵⁸

An dieser Anfrage fallen mehrere Details auf. Man könnte sie durchaus so lesen, als ob der Mützenfabrikant die Arbeitsbeschaffung für einen Flüchtling aus Österreich mit der Hoffnung verband, eine Lebenspartnerin zu finden. »Jung« und »ledig« wurden als ebenso wichtige Kriterien genannt wie die berufliche Qualifikation. Aber möglicherweise war sich der Inhaber der Mützenfabrik darüber im Klaren, dass es leichter war, eine Arbeiterlaubnis für ledige Frauen zu bekommen, die im Zweifelsfall auch als Haushaltshilfen Arbeit finden konnten.

455 MfiS (Franz Arnheim) an IKG, 20.7.1938, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 2577,3.

456 MfiS an IKG, 22.8.1938, RA, JFA, HK, E 1:6.

457 Stefan Fayans mit Bitte um Rücksendung, o. D.; MfiS an IKG 24.1.1939, RA, JFA, HK, E 1:13.

458 MfiS an IKG, 13.11.1938, RA, JFA, HK, E 1:6 (Hervorh. i. Orig.).

Dass die Gemeinde in Stockholm an jeder Art der Arbeitsvermittlung nach Schweden interessiert war, zeigt sich auch an Folgendem: Als dem Hilfskomitee zu Ohren kam, dass im Berliner Gemeindeblatt eine Anzeige erschienen war, in der für Schweden eine junge Nervenärztin gesucht wurde, bat sie unverzüglich um Auskunft über den Inserenten und darüber, ob die Stelle bereits vergeben sei.⁴⁵⁹ Die Anfrage kann so interpretiert werden, dass die Gemeinde Einzelaktionen oder unkoordinierte Anfragen an die Behörden kontrollieren oder verhindern wollte. Genauso gut ist es aber möglich, dass sie schlicht ein reges Interesse an jedem freien Arbeitsplatz für Juden hatte und sie in diesem Fall gerne helfen wollte. Darauf deutet insbesondere die Frage hin, ob die Stelle schon vergeben sei.

Eine Möglichkeit, Flüchtlingen zu einer rettenden Einreise zu verhelfen und die Flüchtlingsarbeit in Schweden zu stärken, bot die Anstellung von deutschen oder österreichischen Juden in der Flüchtlingsarbeit in Schweden. Die Ferienkolonie der Malmöer Gemeinde bei Tjörnarps in Schonen hatte bereits den deutsch-jüdischen Ferienkindern als Unterkunft gedient. Mit dem Beginn der Kindertransporte nach Schweden entwickelte sie sich zu einem der dauerhaft betriebenen Kinderheime. Administrativ unterstand das Heim der Gemeinde in Malmö, die den größten Teil der Kosten übernahm. Das Hilfskomitee trug etwas mehr als ein Drittel des Budgets bei und besetzte selbst 20 der 25 Plätze mit Jugendlichen aus der Jugendalija.⁴⁶⁰ Für sie wurde eine Ausbildung in Gartenarbeit in das Unterrichtskonzept aufgenommen.⁴⁶¹ Bereits zu Beginn der Einrichtung des Kinderheims bei Tjörnarps ergab sich allerdings das gravierende Problem, geeignete Betreuer zu finden. Die Jüdische Gemeinde in Malmö war der Ansicht, dass es für solch ein Kinderheim dringend geboten war, jüdische Lehrer, Betreuer und Köche einzustellen, da diese die schulischen und diätetischen Anforderungen der Jugendlichen kennen würden. Auch insistierte sie, dass Personal in der Muttersprache der Bewohner am besten mit den emotionalen Befindlichkeiten würde umgehen können. Die Auswahl wollten die Malmöer mithilfe der deutschen Zentralorganisationen für die Kinderhilfe aussuchen. Da aber eine Einreiseerlaubnis für eine Anstellung vorliegen musste, hatte sich die Gemeinde bislang außerstande gesehen, die Kandidaten anzufordern. Die Jüdische Gemeinde in Malmö bat daher die Sozialbehörde, eine generelle Erlaubnis zur Einstellung eines männlichen Mitarbeiters und drei oder vier weiblicher Kräfte zu erteilen.⁴⁶² Die eigentliche namentliche Erteilung der Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen sollte anschließend erfolgen. Wie in allen Fällen schaltete die Sozialbehörde das Hilfskomitee in Stockholm ein. Max Schönkopf aus Malmö schlug dem Stockholmer Vorstandsmitglied Frank Hirsch persönlich das Personal vor. Als Vorsteherin waren eine 54-jährige

459 MfiS an Hilfsverein, 24.10.1938, RA, JFA, HK, E 1:6.

460 MfiS an Max Schönkopf, 27.4.1940, RA, JFA, FS, E 2:14.

461 MMF an Sos, 28.12.1938, RA, JFA, FS, E 2:14.

462 Ebd.

Krankenschwester aus Hamburg, als Lehrer ein 22-jähriger Berliner, als Köchin eine 44-jährige Berlinerin und als Hausgehilfin eine 21-jährige Frau aus Bernau vorgesehen. Alle waren unverheiratet und sollten lediglich zwischen 40 und 60 Kronen verdienen, die bei freier Kost und Logis aber ausreichten.⁴⁶³ Für die Lebenshaltungskosten für Nelly Sachs und ihrer Mutter wurden im Folgejahr ca. 150 Kronen benötigt. Diejenigen Transmigranten, die 1940 den Fragebogen des Hilfskomitees zu den Weiterwanderungsmöglichkeiten und der finanziellen Versorgung erhielten, gaben an, dass sie monatliche Unterstützungen zwischen 50 und 150 Kronen erhielten, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.⁴⁶⁴ Die Gehaltsvorstellungen der Gemeinde lassen sich daher eher als allgemeine Flüchtlingshilfe zur Deckung der Lebenshaltungskosten denn als genuiner Lohn für eine qualifizierte Kraft deuten.

Bei Franz Arnheim, Mitarbeiter des Hilfskomitees in Stockholm, stieß das Vorhaben aus Malmö zunächst auf kein Verständnis. Er ging davon aus, dass es sich bei den in Betracht gezogenen Personen nicht um Transmigranten handele und das Hilfskomitee sich daher nicht um die Fälle bemühen könne. Arnheim sah sich zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage, die von der Malmöer Gemeinde eingereichten Anträge an die Sozialbehörde weiterzugeben, wenn diese keine beglaubigten Bestätigungen über Weiterwanderungsmöglichkeiten der Betroffenen enthielten. Stattdessen hatte sich das Hilfskomitee entschlossen, wieder den informellen Weg zu beschreiten. Auf der Durchschrift des Schreibens an Schönkopf in den Akten in Stockholm ist handschriftlich vermerkt: »Mauritz hat mit Perslow gesprochen.«⁴⁶⁵ Gemeint sind hier Mauritz Grünberger, der Kämmerer der Mosaiska församling – eines der einflussreichsten Vorstandsmitglieder –, und der Sachbearbeiter im Ausländeramt bei der Sozialbehörde Martin Perslow. Grünberger war nach eigenen Aussagen zusammen mit dem Vorsitzenden Josephson für die Verhandlungen mit den Behörden zuständig.⁴⁶⁶ Es mussten eben auch in diesem Fall Mitarbeiter gefunden werden, die den strengen Kriterien der schwedischen Behörden und des Hilfskomitees genügen konnten. Das Ziel, das Heim einzurichten und es mit qualifizierten, deutschsprachigen Mitarbeitern auszustatten, wurde dabei nicht infrage gestellt, konnte man doch auf diese Weise tatsächlich zwei Ziele miteinander vereinen: Die Kinder wurden gerettet und gut betreut, während deutsche Juden zugleich eine Chance erhielten, das Land zu verlassen und sogar eine, wenn auch nur geringfügig bezahlte Stelle anzutreten. Am 30. November 1939 fand eine Konferenz mit den beteiligten jüdischen Gemeindeakteuren in Stockholm statt. Hier wurde festgelegt, welches Personal schließlich eingestellt werden sollte. Die Leitung sollte Martin Sobotker übernehmen, seine Frau als Vorsteherin arbeiten. Das Hilfskomitee entschied sich für die Sobotkers, weil es

463 Undatierte handschriftliche Notiz, RA, JFA, FS, E 2:14.

464 Die Fragebogen finden sich in RA, JFA, HK, E 1:22.

465 Franz Arnheim an Max Schönkopf, 16.1.1939, RA, JFA, FS, E 2:14.

466 Interview Ove Kennerberg mit Mauritz Grünberger, 1979, zit. nach Kvist Geverts: Et främmande element, Fn. 3, S. 3.

der Ansicht war, dass für die freien Stellen in Malmö/Tjörnarp zunächst »Trans-emigranten, die sich bereits im Land befinden, in Frage kommen« sollten.⁴⁶⁷ Entweder nahm das Hilfskomitee an, dass deren Einstellung sich leichter bei den Behörden durchsetzen ließ oder aber Sobotkers Qualifikationen gaben den Ausschlag. Martin Sobotker war einer der führenden Funktionäre der jüdischen Jugendarbeit in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. Der Mitbegründer der nicht-zionistischen *Deutsch-jüdischen Jugendgemeinschaft* war nach 1933 Leiter der Jugendpflege in der Jüdischen Gemeinde Berlin gewesen. In Schweden sollte er seine gute Arbeit fortführen. Sobotker war dem Hilfskomitee also bereits seit Längerem bekannt – er war in seiner Funktion auch in die Planungen der Ferienaufenthalte in eben jenem Heim eingebunden gewesen, dessen Leitung er nun übernahm.⁴⁶⁸ Auch hatte er sich bereits früher für einige deutsche Juden bei der Gemeinde in Stockholm verwendet.⁴⁶⁹ Für die zunächst abgelehnte »rituell zuverlässige« Köchin Paula Gottfried wurde ein Einvernehmen mit den Behörden erzielt. Das Gedächtnisprotokoll der Sitzung mit der Mosaiska församling im Anschluss an das Treffen von Max Schönkopf verzeichnete hinter ihrem Namen: »Antrag auf Arbeitsgenehmigung sollte unmittelbar beim Außenministerium eingereicht werden. Regierungsamtmann Perslow in der Königl. Sozialbehörde ist in der Sache informiert und hat eine Befürwortung in Aussicht gestellt.« Auch die Haushaltshilfe konnte eingestellt werden. Hier vermerkte das Gedächtnisprotokoll wiederum, dass Perslow und das Außenministerium ihr Einverständnis gegeben hatten, da die junge Frau mit einem Partner verlobt war, der in nächster Zeit amerikanischer Staatsbürger werden würde.⁴⁷⁰ Wieder war es eine Mischung aus Regelbefolgung und persönlicher Vorsprache, die zu einer Lösung führte.

Bei der Suche nach einer Köchin für ein jüdisches Kinderheim hingegen werden die Ausweglosigkeit und die Zwangssituation sowohl der deutschen Flüchtlinge als auch der schwedischen Gemeinde deutlich.⁴⁷¹ Letztere erhielt 1939 nach Verhandlungen mit den Behörden die Erlaubnis, außerhalb der Quote eine Köchin für ein Kinderheim zu suchen. Diese musste zwar auch eine Weiterwanderungsmöglichkeit nachweisen, die Behörde war aber zu Konzessionen bereit. Am 28. Februar 1939 wandte sich die Jüdische Gemeinde Stockholm

467 Ebd. Dieses wird durch das Schreiben von MfS an Sos vom 3. Februar 1939 bestätigt. Martin Sobotker, Centraldossier, RA, SUK, kanslibyrån, FIAC:19565.

468 Unter anderem war er laut eigenem Schreiben an die Mosaiska församling vom 18. Juni 1934 zur Besprechung der Ferienkinderaktion in Stockholm und Kopenhagen. RA, JFA, HK, E 1:2.

469 Ein Beispiel hierfür ist sein Schreiben an die Mosaiska församling vom 22. Oktober 1937. Dossier Helmut Neckarsulmer, RA, JFA, FS, F 1 b:5.

470 Das »Gedächtnisprotokoll« ist ein Schreiben von Max Schönkopf, das er noch aus seinem Stockholmer Hotel an den Vorsitzenden der Mosaiska församling Gunnar Josephson am 30. Januar 1939 schickte. RA, JFA, FS, E 2:14.

471 Alle im Folgenden zitierten Schreiben finden sich in der Korrespondenz der Flyktingsektion [Flüchtlingsabteilung] in einem Ordner »Uppsala barnhem«, RA, JFA, FS, E 2:14.

an die Reichsvertretung und Cora Berliner mit der Bitte, geeignete Personen zu finden und diese zur Bewerbung aufzufordern.

»Unbedingt erforderlich ist, dass die in Frage kommende Person Weiterwanderungsmöglichkeiten in ein anderes Land hat. Im Gegensatz zu sonstigen Fällen, die hier behandelt werden, brauchen die Weiterwanderungsmöglichkeiten nicht in nächster Zukunft realisierbar sein. Es genügt also, wenn die in Frage kommende Person ein Affidavit nach U.S.A. und eine Anmeldung beim amerikanischen Konsulat aus den letzten Monaten hat. Unter allen Umständen wird aber auf beste Eignung für den Posten Wert gelegt, d. h. es wird gebeten, nicht solche Personen zur Meldung zu veranlassen, die nun plötzlich ihren Beruf als Köchin entdecken. Die in Frage kommende Angestellte muss auch zur Ausführung grober Arbeit bereit und in der Lage sein.«

Die Angelegenheit eilte und ein gleichlautender Brief ging auch an den Hilfsverein. Der Wortlaut dokumentiert die Angst der Schweden, dass es zu einer Flut von Bewerbungen durch Personen kommen könne, die jede Arbeit annehmen würden, um das Land zu verlassen, aber für die Stelle ungeeignet seien. Zudem mussten trotz der in diesem Fall gelockerten Vorschriften Weiterwanderungsoptionen vorhanden sein. Dass diese Befürchtungen nicht ganz unbegründet waren, erwies sich, als die ersten Bewerbungen eingingen. Eine der Bewerberinnen gab in ihrem Schreiben vom 17. März 1939 an, dass sie nicht die »koschere Küche«, wohl aber die »österreichische Küche« beherrsche. Anfang März 1939 schrieb Edith Mendelsohn an Sophie Michaeli – die Gattin des 1933 selbst eingewanderten Komiteemitglieds – und suchte den Eindruck zu erwecken, dass bereits alles arrangiert sei und sie »angefordert« werden würde. Zudem hatte der »Jüdische Arbeitsnachweis, Abteilung Auslandsstellen« ihr Zusicherungen gemacht, die Stockholm am 3. März 1939 auf keinen Fall bestätigen konnte, da Edith Mendelsohn nur ein Visum nach China vorweisen konnte, das die schwedischen Behörden als ungenügende Weiterwanderungsmöglichkeit betrachteten. Auch bei der Bewerbung von Gertrud Moses war die mangelnde Weiterwanderungsmöglichkeit das Problem. Hanna Karminski von der Zentralwohlfahrtsstelle der Reichsvertretung hatte die Unterlagen mit dem Hinweis eingereicht, dass die Betreffende staatenlos sei und Deutschland dringend verlassen müsse. Das Hilfskomitee schrieb daraufhin am 7. März 1939:

»Wir müssen nochmals mit besonderem Nachdruck darauf hinweisen, dass abgesehen von der sachlichen Eignung unbedingt erforderlich ist, dass die betreffenden Weiterwanderungsmöglichkeiten nachweisbar sind, sodass wir an die hiesigen Behörden herantreten können. Bei einem Fall, wie dem der Frau Moses, bei dem der Sohn, der die Mutter einmal für Palästina anfordern soll, überhaupt noch nicht im Ausland ist, würden wir mit Sicherheit einen Abschlag bei den hiesigen Behörden erhalten, wenn wir einen derartigen Antrag einreichen. [...] Es kann doch wirklich nicht so schwer sein, mehrere

Bewerberinnen auszusuchen, [...] zumal uns an dieser Sache liegt und andererseits besondere Eile erforderlich ist.«

Der Brief schließt: »Wir bitten Sie daher nochmals, dringendst diese Sache zu behandeln, nachdem wir doch wirklich jemanden unter leichteren als sonst Bedingungen helfen können.« Der Ton spiegelt deutlich die Spannung wider, unter der die schwedische Gemeinde stand: Sie wollte helfen und hatte den Behörden eine Möglichkeit abgerungen, doch schien es nun, als würden die deutschen Hilfsstellen nicht kooperieren. Natürlich geht aus diesem Briefwechsel nicht hervor, ob das Hilfskomitee durch Verhandlungen mit den Behörden nicht doch noch etwas für die Antragstellerinnen hätte erreichen können. Die Gemeindeführung folgte hier streng den Auflagen. Sie war der Ansicht, dass sie durch die strikte Einhaltung der Regeln bei Interventionen in Einzelfällen oder neuen Initiativen eher auf das Entgegenkommen des Staates hoffen konnte. Beispiele dafür lassen sich auch bei weiteren Projekten nachweisen.

5. Zusätzliche Versuche zur Rettung von Flüchtlingsgruppen

Einzelne Aktivisten, die Gemeinde und nicht zuletzt die Flüchtlinge selbst suchten beständig nach neuen Möglichkeiten, weitere Menschen in Sicherheit zu bringen. Die Geschichte der Hilfsarbeit in Schweden umfasst viele solcher Einzelinitiativen. Manche davon kamen nie über ein Planungsstadium hinaus, andere scheiterten und nur wenige waren erfolgreich. Insbesondere nach der Pogromnacht suchten viele Menschen fieberhaft nach neuen Ansätzen der Hilfe im Rahmen der bestehenden Regelungen. Dabei wurden einige Gruppen von Flüchtlingen als besonders hilfsbedürftig, aber auch als problematisch betrachtet. Immer wieder fällt dabei die Frage nach dem richtigen Umgang mit den Jugendlichen auf, den männlichen Heranwachsenden insbesondere, die bereits bei den Kindertransporten eine Rolle spielte. Bereits in der oft zitierten Sitzung des Hilfskomitees am 15. Dezember 1938, in der die Ausrichtung der steigenden Hilfsanstrengungen der nächsten Monate festgelegt wurde, wurde auch die Forderung laut, dass die Gemeinde eine Position gegenüber Heranwachsenden und deren Ausbildungsmöglichkeiten entwickeln müsse. Gemeint waren die über 16 Jahre alten Jugendlichen, die für die Kindertransporte zu alt waren. Da die landwirtschaftliche Ausbildung in die Domäne des Hechaluz fiel, zog die Gemeinde hier vor allem eine handwerkliche Umschichtung in Betracht.⁴⁷² Als Ergebnis entstand im Folgejahr ein Projekt, das in enger Zusammenarbeit mit dem Hilfskomitee der Arbeiterbewegung in Gang gesetzt wurde.

Die Kooperation verschiedener staatlicher und nicht staatlicher Stellen kam nach intensiven Verhandlungen am 8. Mai 1939 zustande, als die staatliche Agentur für Arbeitslose (schwed. Statens arbetslöshetskommission) einen hand-

472 Protokoll, 15.12.1938, RA, JFA, FS, A 1:1.

werklichen Ausbildungskurs für 90 Schüler genehmigte. Die Hälfte der Plätze sollte Flüchtlingen, die andere »unschuldig arbeitslos gewordenen Schweden« zugutekommen. So lautete der Kompromiss, der die Maßnahme für die Flüchtlinge in der öffentlichen Wahrnehmung abmildern sollte. Das Hilfskomitee hoffte, durch die Integration von einheimischen Arbeitslosen in das Programm, flüchtlingsfeindliche Ressentiments einzudämmen. Die Mittel für Personal, Lehrmittel und Räumlichkeiten wurden vom Staat übernommen. Da aber die Zeit drängte, hatte das Hilfskomitee bereits vorher seine Kandidaten ausgesucht. Bei einigen von diesen handelte es sich um Flüchtlinge, die sich bereits im Land aufhielten, aber für 19 Personen wurde ad hoc eine Aufenthaltsgenehmigung beantragt. Die Gemeinde versicherte der Sozialbehörde wiederum, dass sie alle Kosten tragen und für die Weiterreise garantieren werde.⁴⁷³ Im Februar hatten die Stockholmer in Wien und Berlin je etwa sieben bis acht Schüler für eine einjährige Ausbildung an einer »mechanischen Werkstattschule« gesucht. Für diese sollte a) die Weiterwanderung garantiert werden, b) die Auszubildenden sollten zwischen 16 und 30 Jahre alt sein und mussten c) bestimmte physische Bedingungen erfüllen sowie d) unbescholten sein.⁴⁷⁴ Für die Mitglieder des Hilfskomitees stellte dieses Projekt ein riskantes Experiment dar. Bei den Chaluzim war es vorgekommen, dass die Flüchtlinge ihre eigenen Erwartungen mitgebracht hatten, den gestellten Anforderungen aber nicht immer genügten. Es folgte daher eine eindringliche Mahnung:

»Wir möchten betonen, dass die schwedischen Behörden, die sich zur Zusammenarbeit an diesem Projekt gefunden haben, dessen Kosten zum größten Teil durch den schwedischen Staat getragen werden, dieses als einen Versuch ansehen. Es wird daher größtes Gewicht daraufgelegt, dass nur die allergeeignetsten Personen ausgewählt werden. Schlägt dieser Versuch fehl, kann das eine Bedeutung für die Verhandlungen um ausgeweitete Ausbildungsmöglichkeiten hier im Lande haben.«⁴⁷⁵

In einem Konvolut des Archivs der Jüdischen Gemeinde in Stockholm finden sich Listen mit Namen und Geburtsdaten wie auch Eckdaten zur Ausbildung junger Männer. Leider ist nicht ohne Weiteres nachvollziehbar, wer letztlich ins Land kam. Eine Durchsicht der etwa 20 Fälle, bei denen Hinweise auf eine geglückte Rettung vorliegen, ergibt, dass die meisten der Männer Anfang 20 waren, ein Übergewicht von aus Berlin nominierten gegenüber den aus Wien nominierten Personen besteht und dass diejenigen, die über eine gewisse Vorbildung in mechanischen Berufen verfügten, diese schon in Umschichtungsprogrammen der deutsch-jüdischen Selbsthilfe erworben hatten. Sämtliche Männer waren im Besitz eines Affidavits oder eines Visums für ein anderes Land.⁴⁷⁶

473 MfiS an Sos, 15.3.1939, RA, JFA, HK, E 1:18.

474 MfiS an IKG und RV, 16.2.1939, RA, JFA, HK, E 1:13.

475 Entwurf eines Schreibens an die IKG und die RV, RA, JFA, HK, E 1:13.

476 Listen und begleitende Korrespondenz in RA, JFA, FS, E 2:14.

Wie bei allen anderen Gruppen von Flüchtlingen in Schweden galt auch diese Quote, selbst wenn sie klein war, als »Transitquote«.

Die jungen Männer sollten den vorübergehenden Aufenthalt im Gastland zur Weiterqualifikation nutzen, der einen Neuanfang im eigentlichen Exilland ermöglichen würde. Es ist schwierig exakt festzustellen, wie viele der Männer letztlich auch Schweden wieder verließen. Bei zwei Männern informierte die Gemeinde die Kursleitung bereits im August über das Ende des Aufenthalts, da sie in die USA und England gereist waren, eine weitere Person verließ Schweden im Oktober.⁴⁷⁷ Walter Jakob und Kurt Spitzer bedankten sich am 7. März 1941 aus Helsinki bei der Gemeinde. Sie berichteten, dass es zwei kranke Mitreisende gebe. Augenscheinlich waren sie mit einer organisierten Gruppe unterwegs.⁴⁷⁸ Da sie bei ihrer Einreise nach Schweden angegeben hatten, über Palästina-zertifikate zu verfügen, ist anzunehmen, dass sie sich entweder einer Gruppe des Hechaluz angeschlossen hatten oder zumindest Teil einer organisierten Reisegruppe in den Nahen Osten waren. Nach 17 Reisetagen kamen sie laut einer Postkarte Spitzers aus Haifa gut in Palästina an. Dort sollten sie an der Ludwig-Tietz-Schule eine zweijährige Schlosserausbildung vollenden. Sie konnten also die zuvor erworbenen Kenntnisse vertiefen. Sie würden sich aber nach Stockholm zurücksehnen, wo es im Gegensatz zum kargen Leben in Palästina alles in »Hülle und Fülle« gegeben habe. »Den Jungs aus Dänemark« gehe es genauso. Letzteres ist ein weiterer Hinweis auf die Reisegruppe – vermutlich waren sie gemeinsam mit dänischen Chaluzim gereist. Einigen anderen, die in Schweden verblieben waren, gelang es, sich in den schwedischen Arbeitsmarkt zu integrieren. Im Dezember 1940, also nach Ende des einjährigen Kurses, bat die Gemeinde ihre Schützlinge, ihnen zu statistischen Zwecken den jetzigen Arbeitgeber und den Verdienst mitzuteilen. Die neun überlieferten Antwortschreiben zeigen, dass diese Schüler sich zumindest selbst versorgen konnten.⁴⁷⁹ Das entlastete die Gemeinde, die während der Kursdauer die Bürgschaft und den Lebensunterhalt garantiert hatte.

Die jungen Männer wohnten zu Beginn des Kurses in einer einheitlichen Unterkunft. Ein Bericht vom 27. September 1939 an die Gemeinde beschrieb einen »Vorfall«, der heute eher nebensächlich erscheint, jedoch eine interessante Reaktion auslöste. Ein Lehrling namens Weissmann, ein damals knapp 19-jähriger Wiener, hatte seine Proviantbox für das Mittagessen während der Arbeit nicht reinigen wollen. Zur Begründung und zum Erschrecken seiner Heimwirtin »Frau Thorselius« gab er an, das Essen sei ungenießbar gewesen. Ernst Max, der Betreuer der Jugendlichen, erklärte, er habe den Jungen diszipliniert und gewarnt, die Mosaiska församling könne ihn zur Aufrechterhaltung der

477 MfiS an Stockholms Arbetslöshetskommitté, 9.8.1939, und MfiS an Olsson, 24.10.1939, RA, JFA, FS, E 2:14.

478 Ebd.

479 MfiS an Erwin Grünberg, 5.12.1940, mit dessen handschriftlicher Antwort und die anderen Antwortschreiben in RA, JFA, FS, E 2:14.

Disziplin nach Deutschland zurückbringen und die Aufenthaltsberechtigung entziehen. In einer Zusammenkunft aller Jungen habe er zudem noch einmal auf die Leistungen der Mosaiska församling verwiesen und das Glück in Erinnerung gerufen, das der Aufenthalt in Schweden bedeute. Daran anknüpfend habe er die älteren Schüler gebeten, solche Vorkommnisse zu unterbinden. Die Heimleiterin verzichte auf eine Beschwerde, Max aber bat um eine ernste Verwarnung durch den Kämmerer der Gemeinde Grünberg, »dessen Autorität besonders gefürchtet« sei.⁴⁸⁰ Es erscheint fraglich, dass die Gemeinde eine solche Maßnahme gegenüber den Schützlingen durchgeführt hätte. Seine Erwartungshaltung aber zeigt, dass sich Max der Wichtigkeit eines einwandfreien Verhaltens gegenüber der Gemeinde und damit den durch sie vertretenen staatlichen Behörden bewusst war.

Die Gemeindeleitung in Stockholm informierte die Gemeindemitglieder in regelmäßigen Abständen über die Hilfsarbeit, die sie in den Sitzungen des Gemeindeparlaments, jüdischen Publikationen und ab 1940 im *Gemeindeblatt* thematisierte. Sie war stolz auf das Erreichte, suchte aber auch ihrer Rechenschaftspflicht gegenüber den Mitgliedern nachzukommen. Die Spendenaufrufe informierten die, die ein offenes Ohr hatten, über die Problematik, und zudem verfügte Schweden selbst während des Krieges und unter allgemeiner Militärensensur über eine relativ freie Presse. Daher ist es nicht verwunderlich, dass auch in den Gemeinden verschiedentlich Initiativen gestartet wurden, um noch mehr Verfolgten aus Deutschland Asyl zu ermöglichen. Auch aus der Gruppe der Flüchtlinge kamen solche Anstöße. Wer selbst Obdach gefunden hatte, wusste, wie wichtig der gebotene Schutz war.

Über die gescheiterten Initiativen ist wenig bekannt, aber es gibt Hinweise auf glückliche Projekte. Eines davon ist die Gartenbauschule von Gustav Urban. Der Deutsche reiste als Flüchtling im September 1934 illegal aus Dänemark in Schweden ein. Zunächst selbst von Abschiebung bedroht, da ihm die Behörden vorwarfen, falsche Angaben gemacht zu haben⁴⁸¹, erhielt er 1938 aber einen Fremdenpass und konnte bleiben. Urban war in sozialdemokratischen Kreisen gut vernetzt. In der Folge des Novemberpogroms entwickelte er die Idee, in einem Garten bei Vigbyholm, nördlich von Stockholm, eine Gartenbauschule für Flüchtlinge einzurichten. Der Plan selbst baute auf einem weiten Netzwerk auf. Der Rektor der benachbarten Vigbyholm-Schule unterstützte das Vorhaben und sagte zu, dass die Schüler täglich eine Mahlzeit bei ihm einnehmen könnten und er das Schulprogramm betreuen würde. Die eingereichten Lebensläufe einiger Kandidaten sind auf den Dezember 1938 datiert. Das Hilfskomitee der Stockholmer Jüdischen Gemeinde reichte Mitte Januar 1939 Anträge auf Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung für »trädgårdsarbete« (dt. Gartenbauarbeit) für Leopold Adler, seine Mutter Melanie Adler, Hans Dreyfuss, Heinz Goldstein,

480 Bericht von Ernst Max an MfiS, 27.9.1939, RA, JFA, FS, E 2:14.

481 Gustav Urban, Centraldossié, RA, SUK, Kanslibyrån, F 1 AC:21402. Dort auch der gesamte Akt zu seiner geplanten Abschiebung 1935.

Wolfgang Lubranczyk und Wolfgang Spanier ein. Alle mit Ausnahme Melanie Adlers waren zwischen 17 und 19 Jahren alt. Melanie Adler, eine Witwe, sollte für sie kochen. Da Spanier und Adler sich bereits in »Schutzhaft« befanden, bat das Hilfskomitee um beschleunigte Behandlung. Tatsächlich reagierte die Ausländerbehörde relativ schnell und erteilte am 20. Januar die beantragten Aufenthaltsgenehmigungen.⁴⁸² Mutter und Sohn kamen gemeinsam am 3. März 1939 nach Schweden. Die Einreisegenehmigung bewirkte auch in diesem Fall die Freilassung.

Melanie Adler galt wie die jungen Männer als Transmigrantin, die sich in Schweden formal nur zur Vorbereitung der Auswanderung in das endgültige Exilland aufhielt. Wie viele andere blieb sie und wurde schwedische Staatsbürgerin. Das Gleiche galt für ihren Sohn Leopold.⁴⁸³ Es ist nicht klar, ob sie und die anderen Gartenbauschüler zu der offiziellen Transmigrantenquote des Hilfskomitees der Mosaiska församling gehörten. Dafür spricht aber, dass die Ausländerbehörde ihre Zusage in Leopolds Akte handschriftlich mit dem Hinweis »Quotenfall« ergänzte. Die Mosaiska församling bemühte sich also, Einreiseerlaubnisse für die stark von einer Inhaftierung bedrohte Gruppe junger Männer zu beschaffen. Dass sie dazu Kooperationen mit den staatlichen Stellen und den sozialdemokratischen Hilfsorganisationen einging, entsprach der bislang bewährten Strategie. Mit den Mechanikerlehrlingen konnte sie sogar öffentlichkeitswirksam dem Vorurteil der vergeistigten, akademischen Juden entgegentreten. Das wichtigste Instrument zur Rettung einzelner Flüchtlinge aber war und blieb die sogenannte Transmigrantenquote.

Aber auch andere bemühten sich: Die Leser des *Jüdischen Nachrichtenblattes*, also alle jüdischen Haushalte im Deutschen Reich, konnten Anfang Juni 1939 in der Rubrik »In Kürze« unter der Überschrift Schweden eine knapp gehaltene Nachricht lesen, die Anlass zur Hoffnung gab. Dort stand zu lesen, dass in Südschweden »ein Lager für solche jüdischen Einwanderer geschaffen worden [ist], die nur vorübergehenden Aufenthalt in Schweden erhalten haben. In diesem Lager müssen die Betroffenen bleiben, bis sie die Weiterreise nach ihrem endgültigen Bestimmungsort antreten können.«⁴⁸⁴ Hinter den knappen Zeilen verbarg sich eine besondere Initiative der Judenmissionare der Schwedischen Israelmission. Sie entwickelten als Erste die Idee von Transitlagern in Schweden. Solche Lager existierten bereits in einigen europäischen Nachbarländern, insbesondere in Großbritannien. Pastoren, die sich in Berlin und Wien für sogenannte Judenchristen einsetzten, schlugen ihren Bischöfen vor, dieses

482 P. M., Durchschrift der Anträge und Schreiben der Ausländerbehörde, RA, JFA, FS, E 2:14.

483 Polizeibericht Landsfiskal Danderyd, 21.7.1939, sowie Anträge auf Aufenthaltsgenehmigungen und der Einbürgerungsbescheid in Melanie Adler, Centraldossier, RA, SUK, Kanslibyrån, F 1 B:13. Siehe zu Leopold Adler sein »Centraldossier« in RA, SUK, Kanslibyrån, F 1 B:13.

484 Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Berlin, 2.6.1939, S. 3.

nachzuahmen. Verfolgte sollten so schnell eine Möglichkeit zur Flucht aus Deutschland erhalten.⁴⁸⁵ Der Israelmission wurde 1939 tatsächlich eine spezielle Quote eingeräumt, nach der insbesondere junge Christen jüdischer Herkunft aus Deutschland nach Schweden gebracht werden konnten.⁴⁸⁶

Bereits während der Vorbereitungen zu den Kindertransporten nach Großbritannien erkannten die Spitzen der Reichsvertretung, dass auch die stark gefährdeten männlichen Jugendlichen ebenso wie die Männer einer ähnlichen Hilfsaktion bedurften. Die Häftlinge würden freigelassen werden, sofern sich Länder fänden, die sie aufnehmen würden. In der Reichsvertretung und dem Hilfsverein wurde die Idee der Durchgangslager als eine schnelle, wenn auch vorübergehende Lösung, in Betracht gezogen.⁴⁸⁷ Auch im Ausland engagierten sich jüdische Hilfsorganisationen für die Etablierung von geschlossenen Flüchtlingslagern, aus Angst, dass ein wachsender Antisemitismus ihre eigene Position gefährden könnte. Sie hofften, dass solche Flüchtlinge weniger Anstoß erregen würden, wenn sie von der einheimischen Bevölkerung separiert untergebracht werden würden.⁴⁸⁸ Zumindest sahen sie sich gezwungen, die Regierungsvorschläge zu solchen Lagern zu unterstützen. Die Idee, verlassene militärische Anlagen als zeitweilige Unterkunft für Flüchtlinge zu nutzen, war zuvor vom Völkerbund als Möglichkeit zur Unterbringung der Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei ins Spiel gebracht worden.⁴⁸⁹

In der Folge kam es in der Schweiz, Großbritannien, den Niederlanden und Belgien zur Errichtung solcher Lager für die Flüchtlinge. Die Finanzierung der Unterbringung schulterten die jüdischen Hilfsorganisationen. In Großbritannien intervenierte Rabbiner Leo Baeck persönlich bei den maßgeblichen jüdischen Hilfsorganisationen.⁴⁹⁰ Hier kam es dann zur Gründung des ersten Durchgangslagers in Richborough in der Grafschaft Kent. Das sogenannte Kitchener-Camp, ein Bau aus dem Ersten Weltkrieg, wurde in Rekordzeit wiederhergestellt, und schon im Februar 1939 trafen die ersten Flüchtlinge aus Deutschland ein. Sie waren mit der Auflage, dass Land schnellstens zu verlassen,

485 Perwe: Bombprästen, S. 38.

486 Frohnert: »De behöver en fast hand över sig«.

487 Abraham Margalio: Emigration – Planung und Wirklichkeit, in: Arnold Paucker/Sylvia Gilchrist/Barbara Suchy (Hg.): Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland. The Jews in Nazi Germany, 1933-1943, Tübingen 1986, S. 303-316, hier S. 313.

488 Susanne Heim: Politik oder Philantropie? Die internationalen Hilfsorganisationen und die Diskussion um die Auswanderung der Juden aus dem Deutschen Reich 1939-1941, in: Susanne Heim/Beate Meyer/Francis R. Nicosia (Hg.): »Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben«. Deutsche Juden 1938-1941, Göttingen 2010, S. 149-165, hier S. 161.

489 Judith Tydor-Baumel: The Kitchener Transmigration Camp at Richborough, in: Yad Vashem Studies XIV (1981), S. 233-246, hier S. 234, unter Verweis auf Ari J. Sherman: Island Refuge. Britain and the Refugees from the Third Reich 1933-1939, Berkeley 1973.

490 Zahl Gottlieb: Men of Vision, S. 135.

aus der Haft entlassen worden.⁴⁹¹ Das Kitchener-Camp war als Durchgangslager für Flüchtlinge im Transit in ihre endgültigen Exilländer geplant, die Visa der Flüchtlinge sahen eine Weiterreise vor. Das Arrangement mit der britischen Regierung beruhte darauf, dass die Kosten für die Flüchtlinge niedrig gehalten wurden und sie auf keinen Fall in Großbritannien bleiben würden. Um eines der begehrten Blockvisa zu erhalten, mussten die Flüchtenden zwischen 18 und 45 Jahren alt sein und eine Weiterwanderungsmöglichkeit vorweisen. Zwar musste diese nicht zeitnah durchführbar sein, doch musste das letztliche Ziel in einem Drittland liegen.

Die Verhandlungen zwischen der britischen Regierung und den Repräsentanten der britisch-jüdischen Hilfsorganisationen mündeten in eine geteilte Finanzierung sowie zu einem ähnlichen Verfahren, wie es bei den Kindern angewendet wurde. Mittels sogenannter Blockvisa konnten die Organisationen diejenigen aussuchen, die ein Visum am dringendsten benötigten. In Berlin übernahm diese Aufgabe ein Komitee der Reichsvertretung/Reichsvereinigung, das seine Entscheidung auf der Basis von Vorschlägen des Palästinaamtes für diejenigen, deren endgültiges Exilland Palästina sein sollte, und des Hilfsvereins für diejenigen mit einer Weiterwanderungsmöglichkeit in alle übrigen Länder traf.⁴⁹² In Wien suchten britische Emissäre in Zusammenarbeit mit der Israelitischen Kultusgemeinde die Glücklichen aus. Am 17. April 1939 reisten die ersten 90 österreichischen Juden nach England ab. Anschließend wurden die Papiere an den Central British Fund in London weitergeleitet, der sie schließlich beim Home Office zur endgültigen Ausfertigung der Visa einreichte.⁴⁹³ Selbstverständlich standen diejenigen, die in Deutschland mit der Auswahl befasst waren, unter großem Druck, da sie sich bewusst waren, dass sie Entscheidungen über Leben und Tod trafen.⁴⁹⁴ Als dringliche Fälle galten Häftlinge und unter der Auflage der Ausreise Entlassene.⁴⁹⁵ Zudem konnte 1939 keine Hilfsaktion im Deutschen Reich ohne Kontrolle der Gestapo durchgeführt werden. Mitte Februar bestätigte der Amtsdirektor der Israelitischen Kultusgemeinde der »Aufsichtsbehörde«, also dem Sicherheitsdienst der SS unter Adolf Eichmann, dass er »die Auswanderung von Personen zwischen 18 und 45 Jahren in ein Camp in

491 Ebd., S. 138-141.

492 Anthony Grenville: Saved by a transit visa, in: Journal of the Association of Jewish Refugees 9 (2009), S. 1-2, hier S. 2; Werner Rosenstock: Days of Emergency, in: AJR Information 13 (1958), Nr. 11, S. 4. Rosenstock, der schließlich nach Großbritannien flüchten konnte, war selbst an der Auswahl beteiligt.

493 Zahl Gottlieb: Men of Vision, S. 140; sowie Dr. Josef Loewenherz: Kultusgemeinde Wien, S. 12, WL, Testaments to the Holocaust, Reel 60, P.III.i. No. 499.

494 Rosenstock: Days of Emergency.

495 Zum Verfahren der Durchgangslager siehe Rundschreiben B des Hilfsvereins, Nr. 358, Januar 1939, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 2596.

England sehr forcierte«. ⁴⁹⁶ Die jüdischen Hilfsorganisationen waren nicht frei in ihrem Bemühen, junge Menschen zu retten.

Auch in den Niederlanden entstand mit dem später berüchtigten Lager Westerbork ab August 1939 ein solches Flüchtlingslager. Auf Druck der Regierung waren jüdische Hilfsorganisationen zunehmend in die Umsetzung der restriktiven Asylpolitik einbezogen worden und versorgten die mittellosen Flüchtlinge. Infolge einer Absprache im November 1938 zwischen den Leitern der jüdischen Flüchtlingshilfe (Comité voor Joodse Vluchtelingen) und den niederländischen Behörden entstanden Lager, die durch die jüdischen Organisationen verwaltet und finanziert werden sollten. Diese hatten sich verpflichten müssen, für die weitere Ausreise der Flüchtlinge Sorge zu tragen. ⁴⁹⁷ Im Februar 1939 beschloss die Regierung dann die Errichtung eines zentralen Flüchtlingslagers, in dem sowohl die legal als auch die illegal eingereisten jüdischen Flüchtlinge wohnen sollten. Im Oktober traf dort die erste Gruppe Flüchtlinge ein. ⁴⁹⁸ Nach dem deutschen Einmarsch in die Niederlande wurde das Lager vom Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in ein »Judendurchgangslager« umgewandelt. Von hier aus erfolgte ein Großteil der Deportationen der niederländischen Juden.

Sollten in den Niederlanden vor allem die bereits ins Land gekommenen Flüchtlinge untergebracht und möglicherweise auch besser kontrolliert werden, so war das Kitchener Camp Teil einer Hilfsaktion, die geeignet war, Menschen aus Deutschland und der Hölle der Konzentrationslager zu retten. Im Sommer 1939 notierte der Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes auf einer Besprechung jüdischer Hilfsorganisationen aus aller Welt: »jeder schon froh, wenn er irgendwo in ein Lager kommt« und »bei verschärfter Lage mit Regierungen verhandeln, dass Lager in den Nachbarländern erweitert werden«. ⁴⁹⁹ So verwundert es kaum, dass auch in Schweden ein Plan für ein solches Durchgangslager entstand. Diese Idee lag sozusagen auf der Hand. Im Frühjahr 1939 hatten bereits Eric Warburg, der nunmehr in die USA emigrierte Spross der Hamburger Bankiersfamilie, dessen Onkel Fritz mittlerweile nach Schweden geflüchtet war, und das führende Gemeindeglied Olof Lamm zu diesem Thema miteinander korrespondiert. Eric Warburg hatte sich zu-

496 Dr. Josef Loewenherz: Kultusgemeinde Wien, S. 10, WL, Testaments to the Holocaust, Reel 60, P.III.i. No. 499.

497 Johan van Merriënboer: Hitlerflüchtlinge in den Niederlanden unerwünscht. Die Politik der niederländischen Regierung gegenüber deutschen Flüchtlingen 1933-1940, in: Susanne Heim/Insa Meinen/Ahlfried Meyer/Horst Kahrs (Hg.): Flüchtlingspolitik und Fluchthilfe, Berlin 1999, S. 91-105, hier S. 96.

498 Stichting Herinneringscentrum Kamp Westerbork: Vluchtelingenkamp Westerbork, Hooghalen 1999, S. 21; Andreas Pflock: Am anderen Ende der Rampe von Auschwitz. Das Judendurchgangslager Westerbork, in: ders. (Hg.): Auf vergessenen Spuren. Ein Wegweiser zu Gedenkstätten in den Niederlanden, Belgien und Luxemburg, Bonn 2006, S. 57-86, hier S. 58.

499 JDC-NY Archives, Collection 1933-1944, #982.

vor bei David Cohen vom erwähnten niederländischen Comité voor Joodse Vluchtelingen über die Kosten eines Lagerbetriebs informiert und wollte sich in den USA um finanzielle Unterstützung für ein solches Lager in Schweden bemühen.⁵⁰⁰ Sogar die schwedische Sozialbehörde wandte sich im Frühjahr mit der Frage an die Gemeinde, ob diese einen Antrag auf Einrichtung eines Transitcamps unterstützen würde. Ein solcher sei von einem Rechtsanwalt Nils Hellner im Namen des Hilfsvereins eingereicht worden. Das Hilfskomitee bat den Hilfsverein, »postwendend« zu bestätigen, ob Hellner in dessen Auftrag handelte. Es beschwerte sich, nicht vorher informiert worden zu sein. So habe es bislang keine Gelegenheit gehabt zu untersuchen, ob Hellner geeignet sei und ob das Projekt überhaupt infrage komme.⁵⁰¹ Den Ton des Schreibens an den Hilfsverein kann man als verärgert oder ängstlich beschreiben. Möglicherweise sah das Hilfskomitee die eigene gute Verhandlungsposition mit den Behörden gefährdet. Mit Sicherheit aber zog die Gemeinde es vor, selbst mit einem ausgearbeiteten Plan und sicherer Finanzierung über die üblichen Kanäle an die Regierung heranzutreten.

Der Mitarbeiter des Hilfskomitees Hans Schäffer schickte der bereits erwähnten Gräfin Amelie Posse Mitte Juni 1939 die Abschrift eines Memorandums von Siegmund Warburg, in dem dieser unter anderen Hilfsformen auch die Voraussetzungen für die Errichtung von Durchgangslagern erörterte. Schäffer hatte zuvor schon mit Amelie Posse telefoniert. Auch hatte er bereits Mitte Februar 1939 zu dieser Frage mit den Vorständen der Gemeinde, Hirsch und Josephson, konferiert, die ebenfalls die Notwendigkeit solcher Lager erkannt hatten. Sie wollten jedoch nicht von sich aus die Initiative bei der Regierung ergreifen. Sollte die Initiative von anderer Seite kommen, wollten sie aber ihre Kreise zur Beteiligung ermuntern und die Gemeinde das Projekt finanziell unterstützen.⁵⁰² Wahrscheinlich hatte Schäffer dieses Vorgehen und die Kontaktaufnahme mit Posse zuvor mit der Göteborger Menschenrechts- und Flüchtlingsaktivistin Mia Leche Löfgren besprochen, die ihrerseits die Gräfin vorschlug.⁵⁰³

Das beigelegte Memorandum Warburgs behandelte die Vorteile von und die Voraussetzungen für die Einführung von Durchgangslagern. Zum einen würden Regierungen sich bei geschlossenen Lagern eher bereit zeigen, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, zum anderen würden solche Lager die Kosten minimieren. Das sei besonders wichtig, da zu erwarten stehe, dass die Regierungen für bestimmte Aspekte Garantien verlangen würden. Anschließend schätzte Warburg anhand der britischen Erfahrungen die geschätzten Kosten auf, die für etwa 5000 Menschen in einem schwedischen Durchgangslager entstehen würden. Warburg errechnete 200.000 Britische Pfund, was vier Millionen Schwedischen Kronen entsprach. Würden vier Fünftel von anderen Organisationen

500 Rudberg: *The Swedish Jews*, S. 177 f.

501 MfiS an Hilfsverein, 19.4.1939, RA, JFA, HK, E 1:13.

502 Hans Schäffer an Amelie Posse, 16.6.1939, und Memorandum, RA, JFA, FS, E 2:10.

503 Rudberg: *The Swedish Jews*, S. 178.

gedeckt, bliebe für die schwedischen Hilfsorganisationen eine Summe von 800.000 Kronen für ein Jahr übrig – seiner Ansicht nach eine zu bewältigende Summe. Hier lohnt sich der Vergleich mit den 250.000 Kronen, die schwedische Juden im selben Zeitraum aufbrachten, um zunächst ca. 200 jüdische Kinder für einige Zeit aufzunehmen.

Es handelte sich also um einen für schwedische Verhältnisse überaus ambitionierten Plan. Denn wer sollte für die Kosten aufkommen? Hans Schäffer setzte sich mit Eric Warburg in New York und Siegmund Warburg in London in Verbindung. Beide betonten die Möglichkeit, von großen jüdischen Organisationen Mittel zu bekommen. Das Vorstandsmitglied Hirsch unterstützte die Idee ebenfalls. Amelie Posse sollte mit dem Premierminister sprechen.⁵⁰⁴ Alle Zeichen standen tatsächlich auf Grün, auch die Regierung schien der Idee gegenüber aufgeschlossen zu sein, denn nun richtete sich die Gemeinde offiziell an das American Jewish Joint Distribution Committee sowie an andere mögliche Geldgeber für ein Durchgangslager, das jetzt allerdings bescheidener ausfallen sollte. Aufgenommen werden sollten vor allem die aus Deutschland nach Polen vertriebenen Juden. Der Aufenthalt in Schweden sei nur vorübergehend geplant, die Flüchtlinge würden nach zwei Jahren in überseeische Staaten weiterreisen. Interessant ist, dass das Hilfskomitee bereits berichten konnte, dass die schwedische Regierung einem Lager von 200 Personen wohlwollend gegenüberstehe, solange keine Kosten für die Regierung entstünden. Das Problem sei, dass die Mosaiska församling in Stockholm zwar im Namen aller schwedischen Juden spreche, aber für Flüchtlinge keine wirtschaftlichen Garantien übernehmen könne. Folglich stelle sich die Frage, ob der Joint bereit wäre, vier Fünftel der entstehenden Kosten zu tragen.⁵⁰⁵ Von 5000 Personen, wie im Warburg-Memorandum vermerkt, war hier nicht mehr die Rede. Am 19. Juli 1939 empfahl das Hauptquartier des Joint der Gemeinde, sich mit dem Büro in Paris in Verbindung zu setzen, da alle wichtigen Angelegenheiten mit dem europäischen Büro gemeinsam beraten würden.⁵⁰⁶ Die Gemeinde in Stockholm hielt am Plan des Durchgangslagers fest. Doch geriet die Initiative ins Stocken. Das Hilfskomitee unterrichtete am 4. August den zu der Zeit im Urlaub in Évian weilenden Oberrabbiner Ehrenpreis über den Stand der Hilfsarbeit in Schweden und beauftragte ihn, für die Gemeinde mit Morris Troper, den Leiter des europäischen Büros des Joint, zu verhandeln. Aus dem Schreiben wird deutlich, dass zu diesem Zeitpunkt zwei unterschiedliche Initiativen diskutiert wurden. Der Briefschreiber des Hilfskomitees, entweder der Sekretär Franz Arnheim oder Kämmerer Mauritz Grünberger, machte darauf aufmerksam, dass:

»die Meinungen hier zur Zweckmäßigkeit der Aktion in diesem Land geteilt sind. Es wird insbesondere betont, dass bedeutende Risiken und Erschwer-

504 Hans Schäffer an Amelie Posse, 28.6.1939, und an den JDC, RA, JFA, FS, E 2:10.

505 Im Archiv des JDC befindet sich das undatierte Original des Schreibens an das JDC. JDC-NY Archives, Collection 1933-1944, Countries Sweden, #921.

506 JDC an Amelie Posse, 19.7.1939, RA, JFA, FS, E 2:10.

Bemühungen zur Finanzierung des »bei meinem Besuch in Schweden aufgestellten Programms«.⁵⁰⁸ Das Vorstandsmitglied der Reichsvereinigung Otto Hirsch habe in London mit dem Council for German Jewry und dem dort anwesenden Vertreter des Joint aus Paris gesprochen. Beide hätten zugestimmt. Die genaue Aufteilung der Beiträge der beiden Organisationen würde auch später noch ausgehandelt werden können, es seien aber angesichts der Kosten, die für den einzelnen Durchwanderer veranschlagt worden seien, Bedenken geäußert worden. 100 Kronen monatlich seien als außerordentlich hoher Betrag angesehen worden. Es seien weitere persönliche Gespräche notwendig. Cora Berliner schlug vor, dass Kämmerer Grünberger, der bestimmte Einzelfragen am kompetentesten beantworten könne, nach London kommen solle, wenn sie sich dort aufhalten werde. Der Angesprochene antwortete eine Woche später. Er teilte Cora Berlin mit, dass Oberrabbiner Ehrenpreis derzeit im Auftrag der Gemeinde mit Troper verhandele.⁵⁰⁹ So verstrich die Zeit, während Europa immer schneller auf einen Krieg zusteuerte.

Es kam letztlich nicht mehr zu der Einrichtung eines größeren Transitlagers in Schweden. Augenscheinlich spielten finanzielle Probleme eine große Rolle. Die Gemeinde selbst sah sich nicht in der Lage, aus Eigenmitteln ein Durchgangslager zu finanzieren. Und die avisierte oder erhoffte Hilfe von außen ließ entweder auf sich warten oder war nie realistisch gewesen. Letzten Endes dauerten die Verhandlungen schlicht zu lang. Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg, der die Auswanderungsmöglichkeiten stark einschränkte. Pläne, die auf der Weiterwanderung der deutschen Flüchtlinge nach Großbritannien aufbauten, mussten gestoppt werden. Einer Schülerin aus Kristinehov, die zuvor brieflich die Einrichtung eines Lagers angeregt hatte, beschied man freundlich, dass dieses »schon wiederholt hier eingehendst erwogen und leider deswegen abgelehnt worden ist, weil die Einrichtung eines solchen für die hiesigen Verhältnisse nicht passt und unüberwindliche Widerstände« dagegen vorhanden seien.⁵¹⁰

Die Flüchtlingsaktivistin Amelie Posse bewertete das Scheitern im Rückblick als Folge von Unentschlossenheit und Ängstlichkeit:

»Während des Sommers 1939 war ich in eine lebhaftige Kampagne verwickelt, die zum Ziel hatte, die Regierung, die Sozialbehörde und andere Behörden dazu zu bringen, große Transitlager für Juden und alle Arten politischer Flüchtlinge zu errichten – solange noch Zeit hierzu war. Geld war aus den USA angeboten worden, geeignete Quartiere waren vorhanden und Ausreisegenehmigungen wurden von den Deutschen noch erteilt. [...] Es gab sogar ein großes Interesse für den Plan, letztlich aber zeigte sich, dass die Ängstlich-

508 Cora Berliner war wahrscheinlich im Juli 1939 in Stockholm. Das schrieb zumindest Schäffer in seinem Brief an Eric Warburg vom 18. Juli 1939. Siehe Rudberg: *The Swedish Jews*, S. 178.

509 Beides in RA, JFA, FS, E 2:10.

510 MfiS an Grete Inow, 10.II.1939, RA, JFA, HK, E 1:7.

keit, die Durchreisenden behalten zu müssen, sollten die USA in den Krieg eintreten, noch größer war. Die Verantwortlichen wanden sich so lang, dass der Krieg gegen Polen kam, bevor sie sich entschlossen hatten.«⁵¹¹

Unklar bleibt, ob sie mit den »Verantwortlichen« die Mitstreiter ihrer Bewegung meinte oder ob sie sich auf die Vertreter der Regierung bezog – wobei Letzteres wahrscheinlicher ist.

6. Grundprinzip: Im Rahmen des Möglichen handeln

Im September 1940 fasste eine Denkschrift der Mosaiska församling die eigenen Errungenschaften der jüngeren Vergangenheit zusammen:

»In dem Maße, in dem die jüdischen Gemeinden im Land oder deren Hilfsorganisationen Initiativen zu einer Einwanderung jüdischer Glaubensfreunde aus Deutschland oder den Gebieten unter deutscher Oberhoheit ergriffen haben, so geschah das praktisch ausschließlich innerhalb bestimmter, zuvor mit der Sozialbehörde und dem Außenministerium festgelegten Quoten für bestimmte Emigrantengruppen. Das Ziel dieser Form der Hilfe war, in einem begrenzten Umfang jüdischen Emigranten hier im Land einen zeitweiligen Aufenthalt zu ermöglichen, während sie auf ihre Weiterreise in andere Länder – vor allem in Übersee und Palästina – warteten.«⁵¹²

Diese Einschätzung beschrieb akkurat die Hilfsarbeit für jüdische Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich, bezog sich allerdings nicht auf die umfangreichere Hilfe für diejenigen, die selbstständig nach Schweden kamen und dort Hilfe bei der Beschaffung von Passagen sowie beim Schiffstransfer erhielten. So empfingen etwa 100 Menschen in der ersten Jahreshälfte 1939 zeitweise Unterstützungszahlungen in unterschiedlicher Höhe ebenso wie Hilfen bei der Weiterreise.⁵¹³ Zudem wird hier deutlich, dass Chaluzim in den Augen der Gemeinde zuallererst nicht zionistische Pioniere, sondern eher Flüchtlinge mit einem Transmigrantenvisum darstellten. Zwar unterstützte die Gemeindeleitung das zionistische Projekt in Palästina, diejenigen aber, die aus Deutschland über Schweden nach Erez Israel ausreisen sollten, waren in allererster Linie Objekte einer mit den deutschen Juden koordinierten Hilfsanstrengung.

Nirgendwo in den Akten wird explizit auf eine steigende Feindschaft gegenüber Flüchtlingen oder Juden Bezug genommen. Zwischen den Zeilen aber wird immer wieder deutlich, dass die Gemeinde sich bemühte, die geringe Zahl der Flüchtlinge offen zu kommunizieren und so der Legendenbildung eines Flüchtlingsstroms entgegenzuwirken. Minutiös folgte sie den Vorgaben der Behörden,

511 Amelie Posse Brázdová: Åtskilligt kan nu sägas, Stockholm 1949, S. 77.

512 P.M., 25.9.1940 (wahrscheinlich von Mauritz Grünberger), RA, JFA, FS, F 4 a:1

513 Berättelse angående hjälppverksamheten under året, November 1939, RA, JFA, FS, F 4 a:1.

um deren Wohlwollen nicht zu verspielen. Eine Belastung für den schwedischen Arbeitsmarkt wollte sie unbedingt verhindern und der Öffentlichkeit gegenüber das Bild eines regelgebundenen und abgestimmten Hilfseinsatzes kommunizieren. 1939 veröffentlichte die Jüdische Gemeinde Stockholm eine Presserklärung über die bislang erfolgte Hilfsarbeit:

»Es ist dabei von Anfang an klar gewesen, dass Schweden in nur sehr geringem Maße Flüchtlinge für dauernden Aufenthalt hier im Lande aufnehmen kann. Die Hilfsarbeit ist daher darauf eingestellt, weitmöglichst praktische Ausbildung und Umschulung für eine Anzahl Landesflüchtiger zu verschaffen, um damit diesen die Möglichkeit der Schaffung einer neuen Existenz in einem anderen Lande, wo ihre Arbeitskraft gebraucht wird, zu erleichtern.«⁵¹⁴

Es folgten die Auflistung der Quoten und der Hinweis, dass die Gemeinde sich verpflichtet habe, für eine Ausreise der im Rahmen der Quoten aufgenommenen Flüchtlinge zu sorgen. Das Memorandum spiegelt die Selbsteinschätzung einer Gemeinschaft wider, die richtig und großzügig handelte. Auf allen Hilfsbemühungen lastete ein finanzieller Druck. Stets versuchten die Hilfskomitees, ihre Hilfsbemühungen über Spenden zu finanzieren, eine Erhöhung der Gemeindesteuern wurde zu diesem Zeitpunkt nicht erwogen. Die Gemeindeführung war sich bewusst, dass viele ihrer Mitglieder bereits zusätzlich Verwandte und Freunde im Ausland unterstützten. Zudem waren mehr als tausend der im Lande anwesenden Flüchtlinge durch Bürgschaften von schwedischen Juden ins Land gekommen. Sie weiter zu belasten erschien nicht opportun.⁵¹⁵

Die Führung des Hilfskomitees hatte angesichts der geringen Resonanz auf ihren Aufruf, jüdische Kinder und Jugendliche aufzunehmen, vermutlich realisiert, dass die Hilfe nicht in unbegrenzter Höhe zur Verfügung stehen würde. Wenige reiche Familien finanzierten, wie erwähnt, einen Großteil der Hilfsarbeit durch großzügige Spenden. Reagierte die Gemeinde vor 1938 tendenziell skeptisch auf die Einwanderung deutscher Juden, so änderte sie mit der Einführung der Quoten diese Strategie. Zwar sollten auch die Quotenflüchtlinge letztendlich nicht in Schweden bleiben, doch wurde zumindest ein zeitweiliger Aufenthalt möglich. Das entsprach dem Willen der Regierung, die kurz vor der Erteilung der Quoten die individuelle Einreise von deutschen Juden durch Behördenerlasse praktisch unmöglich gemacht hatte. Es waren also nur wenige Monate, in deren Verlauf Schweden nach dem Novemberpogrom 1938 für eine größere Zahl von deutschen und österreichischen Jüdinnen und Juden zu einem sicheren (Transit-)Land wurde. Ausgehend von einer Zählung der Behörden und früher veröffentlichten Zahlen gab die *Mosaiska församling* Anfang 1942 die

514 Die Hilfstätigkeit der schwedischen jüdischen Gemeinden für jüdische Flüchtlinge, RA, JFA, FS, F 4 a:1. Es handelt sich hier um eine, zahlreiche Rechtschreibfehler enthaltende, Übersetzung ins Deutsche, die im März 1939 an das Jewish Information Office in Amsterdam geschickt wurde. Ob und wenn ja, wie, diese Erklärung in den schwedischen Medien rezipiert wurde, konnte nicht ermittelt werden.

515 Rudberg: *The Swedish Jews*, S. 200.

geschätzten Zahlen für den November 1938 mit 2300 bis 2700 und für Januar 1939 mit 3900 bis 4000 an. Dieser starke Zuwachs ist den eingeführten und ausgeweiteten Quoten sowie dem wachsenden Verfolgungsdruck in Deutschland und dem annektierten Österreich nach der Pogromnacht zuzuschreiben. Im Juli 1939 wurde mit 4300 bis 4800 Flüchtlingen der Höchststand erreicht, bevor sich die Zahlen dann bei 4200 stabilisierten. Die Mosaiska församling schätzte, dass etwa ein Drittel aller jüdischen Flüchtlinge in Schweden durch die Hilfe oder Quote der Jüdischen Gemeinde ins Land gekommen war oder durch die jüdischen Hilfsorganisationen unterstützt wurde.⁵¹⁶

Die Flüchtlingshilfe der schwedischen Gemeinde entwickelte sich im Zusammenhang mit den Hilfsbemühungen in anderen Staaten. Alle Formen der Hilfe in Schweden fanden sich in der einen oder anderen Weise auch in Frankreich, den Niederlanden und anderen Fluchtländern. Aber neben institutionalisierten Wegen der Entscheidungsfindung forcierten persönliche Initiative und das Engagement Einzelner die Ausrichtung und die Intensität der Hilfsarbeit. Nie erfolgten die Hilfsbemühungen jenseits der Legalität, immer bewegten sie sich auf einem Terrain, dessen Grenzen von den Behörden gezogen wurden. Sie wurden durch den Kriegsbeginn auf eine harte Bewährungsprobe gestellt. Mit einer erfüllten Quote, die mangels Ausreisender keine neuen Nutznießer zuließ, war auch dieses Fenster der Rettung deutscher und österreichischer Juden bald verschlossen. Diese erhielten wieder Absagen, die bald in der Form eines standardisierten Schreibens versendet wurden. Als Ablehnungsgrund wurde immer wieder eine hohe Quotennummer für eine Einreise in die USA genannt.⁵¹⁷ Die Vereinigten Staaten waren faktisch zum einzigen realistischen Fluchtort geworden.

⁵¹⁶ Diese Zahlen referierte ein Bericht, genannt Redogörelse för flyktingsektionens hjälperksamhet under tiden 1/1 – 31/5 1941, vom 16. Juli 1941 unter Berufung auf die offizielle Publikation Sociala meddelanden 2/1941 der Sozialbehörde. RA, JFA, FS, F 4 a:1.

⁵¹⁷ Schreiben und ein Beispiel einer Standardantwort in RA, JFA, HK, E 1:7.

III. Kaum noch Chancen, 1940/41

1. Umstrukturierung unter verschärften Bedingungen

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges verschlechterten sich die Aussichten, aus Deutschland auszureisen. Besonders betroffen waren diejenigen, die nur über Visa für nun kriegführende Länder verfügten, beziehungsweise diese durchqueren mussten. Das galt insbesondere für Flüchtlinge mit dem Ziel Großbritannien. Das Hilfskomitee in Stockholm informierte die Reichsvereinigung, dass die Chancen für Transmigranten auch in Schweden unklar seien; es sei aber zuversichtlich, kurzzeitige Aufenthaltsgenehmigungen für Flüchtlinge, die im Besitz von Visa und Überbrückungskapital seien, bekommen zu können.¹ Der im Zusammenhang mit den Kindertransporten aus Wien bereits erwähnte Ernst Max brachte Ende September 1939 das Problem auf den Punkt, als er der Stockholmer Gemeinde mit klaren Worten beschrieb, was auf sie zukomme:

»Seit Kriegsausbruch ist die Ausreise von Emigranten aus dem Deutschen Reich, die selbst im Besitze gültiger Visa (Einreisebewilligungen) nach Überseeestaaten sind, durch die Unmöglichkeit der Erwerbung von Schiffskarten in Deutschland für neutrale Linien – und nur solche kommen in Frage – aufs Höchste gefährdet. Zu den Hilferufen der Juden, die der Verhältnisse wegen bitten, ihnen zu *irgendeiner* Emigration zu verhelfen, gesellen sich nun die besonders tragischen Verzweiflungsschreie derjenigen, die das Recht der Einreise in ein Überseeland besitzen, *aber mangels eines Billettes die Reise nicht antreten können*. Diese neuen Tatsachen machen eine administrative Reorganisation des Hilfskomitees notwendig, das nun neben a) Transitemigranten die hier die Reise ins Zielland, mit oder ohne Berufsausbildung in Schweden, abwarten b) Emigranten ohne *Weiterreise* c) Kindern sich auch dieser Gruppe von Opfern besonderer Tragik annehmen muss.«²

Die Jüdische Gemeinde in Stockholm befand sich sprichwörtlich »zwischen Baum und Borke«, wie in ihrem Schreiben vom 27. September 1939 an die Reichsvereinigung deutlich wird. Zum einen schätzte sie die eigenen Mittel und den Einfluss auf die Behörden als gering ein, zum anderen hatte sie es mit der Verzweiflung und Not der Flüchtlinge zu tun. Sie sah sich gezwungen, die Parameter für die Hilfeleistung neu festzulegen:

»Im Hinblick darauf, dass uns zahlreiche Anträge in letzter Zeit zugegangen sind, die uns inhaltlich derart unzureichend erscheinen, dass wir deren Zurückweisung von den hiesigen Behörden befürchten, bitten wir Sie, grundsätzlich auf Folgendes aufmerksam machen zu dürfen: Wir haben eine kleine

1 HK an RV, 22.9.1939, RA, JFA, HK, E 1:13.

2 Ernst Max an MfIS, 27.9.1939, RA, JFA, FS, A 1:1 (Hervorh. i. Orig.).

Quote, bei der durch Abgang von Zeit zu Zeit Lücken entstehen, die durch neue Anträge ergänzt werden können. Bei der Beschränktheit der in Frage kommenden Fälle, die wir von uns aus einreichen können, geht unser Bestreben dahin, solche Personen zu berücksichtigen, die besondere Verdienste haben oder deren Verhältnisse eine besonders schnelle Hilfe erfordern.«³

Anschließend wurden die altbekannten Bedingungen genannt: So musste eine Weiterwanderungsmöglichkeit innerhalb von zehn Monaten durch Wartenummer, ein Affidavit und eine Empfehlung von jüdischer Seite nachgewiesen werden. Unter Verweis auf »Arbeitsüberlastung« bat die Stockholmer Gemeinde dringend, dass nach einer Vorprüfung »auf das Sorgfältigste« nur solche Fälle vorgelegt würden, bei denen die Einreisemöglichkeit in andere Länder dokumentiert und die Übernahme der Kosten gesichert war.⁴ Sie handelte auch deshalb so, weil sie selbst, wie bereits erwähnt, seit der Annahme der staatlichen Beihilfe nun prinzipiell keine Bürgschaften mehr vergeben konnte.

Die Stockholmer Gemeinde erkannte aber, dass nun neutrale Länder eine größere Last zu schultern hatten. Unter den beschriebenen Voraussetzungen war sie bereit, eine Quotenerhöhung zu beantragen. Marcus Ehrenpreis mahnte Bemühungen an, mehr Transitvisa von staatlicher Seite für diejenigen deutschen Juden zu fordern, die kurz vor ihrer Emigration standen, aber deren Transitvisa – insbesondere die britischen – nun ungültig geworden waren. Das Hilfskomitee beschloss, dass die Hilfsorganisationen in Wien und Berlin Listen mit solchen Fällen erstellen sollten, von denen die Gemeinde 25 der Sozialbehörde vorschlagen würde.⁵ Die Voraussetzung sollte aber sein, dass die Flüchtenden alle in Verbindung mit dem Transit anfallenden Kosten würden tragen können. Zu diesem Zeitpunkt war die Transmigrantenquote laut eigenem Bericht mit 124 Personen gefüllt, etwa 495 Kinder waren eingereist und etwa 300 Chaluzim hielten sich in Schweden auf. Da die ins Auge gefassten 25 Fälle nur sehr kurze Zeit in Schweden verweilen würden und alle ihre Vorbereitungen als abgeschlossen gelten mussten, sah sie hier keinen Widerspruch zu den Bestimmungen und dem Einreisestopp, zumal Schweden nur eine Etappe einer bereits vollständig organisierten Reise und kein Aufenthaltsland für die Vorbereitung zur Emigration bezeichnete.

Das Hilfskomitee wandte sich zudem an die jüdischen Hilfsorganisationen im Londoner Bloomsbury House. Da die britischen Behörden eher geneigt waren, die Gültigkeit eines Permits wieder anzuerkennen, wenn die betreffende Person sich außerhalb Deutschlands aufhielt, schlug sie folgenden Weg vor: Die britischen Hilfsorganisationen sollten die betroffenen Flüchtlinge bitten, die wertlosen Permits an das britische Konsulat in Stockholm zu schicken. Das

3 HK an RV und IKG Wien, 27.9.1939, RA, JFA, FS, E 2:13.

4 HK an RV, 17.10.1939, RA, JFA, FS, E 2:13. Ein ähnlich lautendes Schreiben erhielt auch die Gemeinde in Prag im Oktober 1939. MfIS an Jewish Community Prague, 11.10.1939, RA, JFA, HK, E 1:7.

5 Protokoll, 2.10.1939, RA, JFA, FS, A 1:1.

Konsulat würde die Gemeinde informieren, die auf Grundlage des jetzt wertlosen Permits dennoch einen Einreiseantrag stellen, dieses also als ausreichend akzeptieren würde. Später würde dann das Permit in Stockholm erneut in den Pass gestempelt werden.⁶ Wie viele Pläne in jener Zeit scheiterte auch dieser. Grundsätzlich blieb es dabei: Die Behörden forderten nun ein »klares, nahezu abgeschlossenes Weiterwanderungsverfahren«.⁷

Mit Beginn des Krieges änderte sich die staatliche Behandlung der ankommenden Flüchtlinge dramatisch. Bereits am 22. August 1939 hatte das Außenamt die schwedischen Botschaften und Konsulate instruiert, bei der Erteilung von Visa große Zurückhaltung an den Tag zu legen. Ab dem 5. September benötigten alle Einreisenden mit Ausnahme der Staatsbürger der nordischen Staaten ein gültiges Visum. Diejenigen, die sich bereits im Land befanden und aus ehemals visafreien Ländern eingereist waren, mussten sich zwecks Visumerteilung bei den Behörden melden. Auch wurden die Befugnisse der Grenzbeamten zur Direktabweisung noch einmal erweitert. Ein Einreisender konnte nun auch dann abgewiesen werden, wenn deutlich schien, dass er ausgereist war, um nicht wieder in sein Heimatland zurückzureisen.⁸ Letzteres traf auf alle Flüchtlinge zu. Im November 1939 verhängte die schwedische Regierung schließlich einen Einreisestopp.⁹ Vom Hilfskomitee erhielten die Antragsteller jetzt generelle Absagen.¹⁰ Zwar plante es einen neuen Vorstoß bei den Behörden, war sich aber bewusst, dass dessen Erfolg fraglich war.¹¹

Ein Rundschreiben der Abteilung Wanderung (Hilfsverein) der Reichsvereinigung vom 7. März 1940 erwähnte für Schweden:

»Das Comité in Stockholm hat mitgeteilt, dass es mit Rücksicht auf die gegenwärtig im Norden herrschende allgemeine Situation nicht mehr in der Lage sei, Anträge auf Transitaufenthalt zu bearbeiten, und hat gebeten, von der Einsendung neuer Anträge abzusehen. Es ist jedoch hervorzuheben, dass noch in letzter Zeit einzelne Fälle – ohne Einschaltung einer offiziellen jüdischen Stelle – erfolgreich abgewickelt werden konnten.«¹²

Erstaunlich ist hier der Nachsatz, der die Gemeinde in keinem guten Licht erscheinen lässt. Die Kriegshandlungen änderten den Charakter der schwedischen Flüchtlingshilfe grundlegend. Der gesamte Sinn der Quoten war nun infrage gestellt. Die Idee, Schweden diene als neutraler Wartesaal, ging nicht mehr auf, da die Flüchtlinge nicht mehr ausreisen konnten und somit auch keine

6 MfiS an Jewish Aid Committee, 15.11.1939, RA, JFA, HK, E 1:7.

7 MfiS an Grete Jacobinski, 12.10.1939, RA, JFA, HK, E 1:7.

8 Lindberg: Svensk flyktingpolitik, S. 262 f.

9 MfiS an IKG, 10.11.1939, RA, JFA, HK, E 1:7; Protokoll Inresekommittén, 13.12.1939, RA, JFA, Hjälplommittén, A 2:1.

10 Beispiele in RA, JFA, HK, E 1:7.

11 MfiS an Emil Glück, 14.12.1939, RA, JFA, HK, E 1:7.

12 Rundschreiben Nr. 3 der Reichsvereinigung, Abteilung Wanderung, an alle Beratungsstellen und Sachbearbeiter, RA, JFA, FS, E 2:13.

Verfolgten mehr einreisen durften. Damit aber nicht genug: Auch diejenigen, die es ins Land geschafft hatten, waren jetzt vor Verfolgung nicht sicher. Das Ausländeramt im Sozialministerium führte ein System offener und geschlossener Anstalten ein.¹³ Zum einen wurde militärisches Personal aller beteiligten Kriegsparteien, wenn es im Land illegal aufgegriffen wurde, in militärischen Internierungslagern inhaftiert. Die andere große Kategorie umfasste sogenannte Zivilinternierte. Laut Zusatz zu den seit Kriegsbeginn bestehenden Regelungen zur Aufsicht von Ausländern wurden seit dem Frühjahr 1940 Internierungslager errichtet. Die Vollmacht zur Einweisung in eines der Lager lag bei der Sozialbehörde. Theoretisch konnten Personen ohne schwedische Staatsbürgerschaft auch von der Polizei in Gewahrsam genommen werden.¹⁴

Der Einweisungsbeschluss konnte nicht auf dem Rechtsweg angefochten werden, Revisionsinstanzen waren nicht vorgesehen. Einzig die Sozialbehörde überprüfte die Einweisungen periodisch. Es existierten verschiedene Lagerformen. In den Aufnahmelagern wurden die angekommenen Flüchtlinge versorgt, registriert und medizinisch untersucht. In Arbeitsvermittlungslagern sollten sie auf eine Arbeitsaufnahme in Schweden vorbereitet werden, während sie in Pfliegelagern medizinische Versorgung erhielten. Alle Lagertypen konnten innerhalb einer einzigen Anstalt untergebracht sein. Die Flüchtlinge genossen keine Freizügigkeit – je nach Einordnung konnten manche die Lager verlassen, während sich andere ständig dort aufhalten mussten, da sich ihr Aufenthaltsvisum auf den Ort des Lagers beschränkte, wiederum andere waren richtiggehend interniert. Wer gegen Lagerbestimmungen oder die Regelungen seines Aufenthaltsstatus verstieß, konnte in Disziplinarlager eingewiesen werden, und es oblag der Sozialbehörde auch, Ausländer, die sich länger in Schweden aufhielten, nachträglich einzuweisen. Prinzipiell konnte jeder Flüchtling oder Ausländer eingewiesen werden. Es scheint aber, dass norwegische Widerstandskämpfer, deutschsprachige Staatenlose, Kommunisten und Juden zu den größten Gruppen gehörten. Genaue Zahlenangaben existieren bislang aber nicht.

Die Gemeinde benötigte ein größeres Wohlwollen der Behörden. Aber wie konnte man bei diesen und in der Öffentlichkeit Empathie für die Flüchtlinge wecken? Eine Idee war es, die Flüchtlinge an der größten bis dahin organisierten schwedischen Solidaritätskampagne zu beteiligen – der Hilfe für das bedrohte Finnland.

13 Es existiert bislang keine umfangreiche Forschung zu diesem Thema. Einzig die Arbeiten Tobias Berglunds: *Slutna utlänningsläger för civila i Sverige under andra världskriget. Ett systemperspektiv i en omvärldkontext*, in: Karin Kvist Geverts/Lars M. Andersson (Hg.): *En problematisk relation? Flyktingpolitik och judiska flyktingar i Sverige 1920-1950*, Uppsala 2008, S. 135-170; und seine Magisterarbeit: *Slutna utlänningsläger för civila i Sverige under andra världskriget. Ett systemperspektiv i en omvärldkontext*, magisteruppsats, Uppsala universitet, Historiska institutionen, Uppsala 2006.

14 Hallberg: *Källor*, S. 29.

Freiwillig in den Krieg? Jüdische Ärzte und der finnische Winterkrieg

Nachdem die Sowjetunion am 30. November 1939 Finnland angegriffen hatte, ging eine Welle der Solidarität durch die Nationen des Nordens. Die Regierungen sprachen von einem Akt der Barbarei. Ein Kampf Davids gegen Goliath sei ausgebrochen. Auch in Schweden galt »Finlands sak er vår!« – »Finlands Sache ist unsere Sache!«. Die vom schwedischen Außenminister Christian Günther ausgegebene Losung traf den Geist der Zeit und ergriff einen großen Teil der Bevölkerung stärker als irgendeine Volksbewegung zuvor.¹⁵ Beinahe 500 Jahre lang hatte Finnland als östlicher Teil des Reiches zu Schweden gehört – die nordische Solidarität sollte keine Grenzen kennen.¹⁶ Tausende Schweden kämpften in Freiwilligenverbänden auf finnischer Seite gegen die Rote Armee.¹⁷

In den letzten Tagen des Jahres 1939 trafen sich die drei hauptsächlich verantwortlichen Mitarbeiter des Hilfskomitees und der Kinderhilfe, Wilhelm Michaeli, Franz Arnheim und Olga Klein, mit vier deutschen Flüchtlingen, den Ärzten »Dr. Peyser«, »Dr. Goldschmidt«, »Dr. Kalosch« und »Prof. Guggenheimer«. Die Frage, die sie erörterten, schien von weitreichender Bedeutung: Was musste geschehen, um jüdische Flüchtlinge – Mediziner – in Schweden als Freiwillige in die Feldlazarette der Finnen zu schicken? Das Treffen führte zu dem Ergebnis, dass das Hilfskomitee mit den infrage kommenden Institutionen sprechen wollte. Zu diesen gehörten natürlich die Sozialbehörde und das Außenministerium, zudem das Gesundheitsamt (Medicinalstyrelsen) sowie das Rote Kreuz. Mit diesen würde zu erörtern sein: »1. Wer gewährt den nach Finnland gehenden Ärzten Schutz? 2. Wer stellt sie an und bezahlt sie? 3. Welcher Art soll die Tätigkeit sein? 4. Welche Altersgrenze ist gesetzt?«¹⁸

Zunächst aber wollte sich das Hilfskomitee einen Überblick darüber verschaffen, wer infrage kommen würde, und sandte Fragebogen an namentlich bekannte Ärzte. Die Formulare erfassten die persönlichen Daten, Informationen zur Facharztausbildung sowie Angaben zu vorhandenen Sprachkenntnissen. Auch wurde nach einer Teilnahme am Ersten Weltkrieg gefragt. Die letzte Frage lautete: »Stellen Sie sich für eine ärztliche Tätigkeit in Finnland – angemessene Bedingungen vorausgesetzt – zur Verfügung?« Das Begleitschreiben zu diesen Fragebogen, die wahrscheinlich in der ersten Januarhälfte versandt wurden,

15 Jan Linder: *Andra världskriget och Sverige. Historia och mytbildning*, Stockholm 1997, S. 14.

16 Siehe zur öffentlichen Meinung und der breiten Volksbewegung insbesondere Alf Johansson: *Finlands sak. Svensk politik och opinion under vinterkriget 1939-1940*, Stockholm 1973.

17 Vgl. Martina Sprague: *Swedish Volunteers in the Russo-Finnish Winter War, 1939-1940*, Jefferson, NC 2010; Jan Hecker-Stampfel: *Vereinigte Staaten des Nordens. Integrationsideen in Nordeuropa im Zweiten Weltkrieg*, München 2011.

18 Protokoll des Gespräches vom 29.12.1939, RA, JFA, FS, E 2:II. Die folgenden Informationen stammen alle, wenn nicht anders verzeichnet, aus diesem Bestand.

erläuterte aber: »Die Antwort auf Frage 16 des anliegenden Formulars hat demgemäß keinen verpflichtenden Charakter.«

Mindestens 44 ausgefüllte Fragebogen gingen ein. Einige sprühten vor Enthusiasmus. Hellmut Citron, der in Stockholm legal als Arzt praktizierte und im Ersten Weltkrieg als Leutnant der Reserve gedient hatte, schrieb: »Ich habe mich sofort bei Ausbruch des Krieges, d. h. am 1. September, dem hiesigen Medicinalstyrelsen für medizinisch-militärische Zwecke zur Verfügung gestellt und sehe im Bedarfsfalle den Weisungen dieser Behörde entgegen.« Er gab allerdings auch den Direktor der Gesundheitsbehörde selbst als Referenz in Schweden an, was eine persönliche Bekanntschaft nahelegt. Andere wie Felix Heilborn bestanden auf der Klärung ihrer Zulassung in Schweden, bevor sie Auskunft geben wollten. Einige wenige hatten die Spezialfrage nicht beantwortet. Ein Mitglied des Hilfskomitees markierte diese Fragebogen am Rand deutlich mit »Unterstützungsempfänger«. Sollte das bedeuten, dass das Hilfskomitee von diesen eigentlich mehr Begeisterung erwartete? Fragebogen von Frauen wurden nicht in dieser Weise markiert. Martin Schleimer hatte sich auch bereits bei der Gesundheitsbehörde gemeldet, wollte sich aber nur in Schweden zur Verfügung stellen, da er auf eine baldige Weiterreise in die USA hoffte, um sich dort zusammen mit seinen beiden in England untergebrachten Kindern niederzulassen. Ähnliche Einschränkungen formulierten auch andere. 30 der 44 ausgefüllten Fragebogen vermerkten als Antwort auf Frage 16 einfach »ja«.

Das Hilfskomitee der Stockholmer Gemeinde bat auch die Schwestergemeinden, die in ihren Regierungsbezirken und Zuständigkeitsbereichen lebenden Ärzte unter den Flüchtlingen anzuschreiben. Schließlich wurden alle gemeldeten Ärzte zusammengefasst und dabei auch diejenigen Juden und Jüdinnen nicht vergessen, die sich bei anderen Flüchtlingsorganisationen gemeldet hatten, so bei der Sammlung für landesflüchtige Intellektuelle und der Schwedischen Israelmission. Zudem wurden auch die einbezogen, die sich selbst bei der landesweiten schwedischen Organisation für medizinische Hilfe in Finnland (schwed. Finlandssjukvård) gemeldet hatten. Ein erstes Ergebnis der Sammlung und der ausgewerteten Fragebogen war Thema einer Sitzung am 13. Januar 1940, an der neben der Leitung des Hilfskomitees und der Gemeinde auch einige Ärzte teilnahmen. Demnach hatten sich immerhin 26 Mediziner gemeldet –, acht davon durch die protestantische Israelmission – zudem eine Krankenschwester und ein Medizinstudent.

Die Gruppe kam überein, dass »Dr. Goldschmidt« die Liste dem Generaldirektor der Gesundheitsbehörde, Axel Höjer, übergeben sollte, mit dessen Entscheidungen sich dann eine aus dem Kreis der Anwesenden zusammengesetzte Ärztekommision befassen würde. Die Anwesenden wussten, dass die eventuell nach Finnland gehenden Ärzte gewisse Grundkenntnisse der schwedischen Sprache benötigten. Der Vorsitzende der Gemeinde stellte daher finanzielle Mittel für einen Schnellkursus mit zwei Wochenstunden Unterricht in Aussicht.¹⁹ Zwei

19 Protokoll, 13.1.1940, RA, JFA, FS, E 2:11.

der Ärzte sprachen bei der Gesundheitsbehörde vor, deren Leiter Höjer seine Zufriedenheit über die große Zahl der Meldungen äußerte. Allerdings würde die Zahl der schwedischen Ärzte, die sich für Finnland gemeldet hatten, derzeit noch ausreichen. Ein Einsatz nach deren Ablösung in einigen Monaten oder ein Einsatz der Flüchtlingsärzte in Schweden, um die fehlenden schwedischen Ärzte zu ersetzen, sei aber möglich. Die Behörde würde sich in dem Fall mit der Mosaiska församling in Verbindung setzen. Das Hilfskomitee bemühte sich, diesen deutsch-jüdischen Ärzteeinsatz Wirklichkeit werden zu lassen und betonte im Nachgang des Gesprächs, dass alle Ärzte auf der eingereichten Liste geprüft seien. Unter den Empfohlenen befinde sich niemand, dessen Reise ins Ausland unmittelbar bevorstehe.²⁰

Letztlich kam jedoch keiner der gemeldeten Ärzte im Winterkrieg zum Einsatz, der bereits am 12. März 1940 mit dem Frieden von Moskau endete. Zum einen war die Zeitspanne zu kurz gewesen, um die anfangs aufgeworfenen Fragen zu klären, zum anderen benötigten die in Finnland tätigen Ärzte keinen Ersatz mehr. Die 244 Ärzte, die aus Schweden, Norwegen und Dänemark Anfang Januar nach Finnland gingen, deckten den dringendsten finnischen Bedarf.²¹ Eine andere Erklärung findet sich in einem Artikel aus der Zeitung *Aftonbladet* vom 22. Februar 1940. Unter der Überschrift »Ausländische Ärzte melden sich für Finnland an« fanden sich Passagen eines Interviews mit Axel Höjer, der sich wohlwollend über die Bereitschaft der Ärzte äußerte, deren mangelnde Sprachkompetenz jedoch von finnischer Seite bemängelt worden sei. Finnland würde lieber auf die ausländischen Ärzte verzichten, solange sich nordische Mediziner in ausreichender Zahl meldeten.²² Es stimmt vermutlich, dass auf finnischer Seite Vorbehalte gegen die Emigranten existierten. Das beschrieb 1969 zumindest der damalige Leiter der zuständigen Abteilung der Finnlandhilfe.²³ Möglicherweise könnte der verbreitete Antisemitismus auf Seiten der finnischen Geheimpolizei eine Rolle gespielt haben. In den 1930er Jahren hatte sich diese zur maßgeblichen Behörde der Ausländerüberwachung in Finnland entwickelt und nahm großen Einfluss auf die Ausländerpolitik. Der in der Behörde grassierende Antisemitismus, der Juden mit Bolschewiken – dem finnischen Hauptfeind – gleichsetzte, sorgte für ein Misstrauen, das es plausibel macht, dass die Geheimpolizei jüdische Freiwillige ablehnte.²⁴ Auch misstraute

20 HK (Franz Arnheim) an Axel Höjer, 23.1.1940, RA, JFA, HK, E 1:10.

21 Erik Carlquist: Solidaritet på prov. Finlandshjälp under vinterkriget, Stockholm 1971, S. 117.

22 »Utländska läkare anmälda till Finland«, in: Aftonbadet, 22.2.1940. Dort steht, Höjer habe gesagt, dass die Mehrzahl der im Lande befindlichen Emigranten-Ärzte sich spontan meldete.

23 Ein gewisser Docent Schubert gab dies damals gegenüber dem Historiker Erik Carlquist an. Carlquist: Solidaritet på prov, Fn. 10, S. 117.

24 Oula Silvennoinen: Geheime Waffenbruderschaft. Die sicherheitspolizeiliche Zusammenarbeit zwischen Finnland und Deutschland 1933-1944, Darmstadt 2010, S. 64.

sie generell Freiwilligen und befürchtete zudem, dass sie nicht schnell genug einsatzbereit sein würden.²⁵

Die Mosaiska församling aber konnte solche Artikel und die Verhandlungen mit den Behörden als Erfolg in ihrem Kampf um eine wohlwollende Anerkennung der Flüchtlinge verbuchen. Eine gute Presseresonanz und vor allem eine neue positive Sichtbarkeit der Flüchtlinge bei den Behörden war dem Hilfskomitee höchst willkommen, das, wie zu sehen war, einen großen Teil der Arbeit auch auf informelle Netzwerke mit den Behörden stützte. In Anbetracht der schlechten Presse, die jüdische Mediziner als Flüchtlinge in Schweden in der Folge des Studentenprotests in Uppsala gegen einen »Judenimport« von Ärzten auf sich gezogen hatten, bot diese Initiative die Gelegenheit, sie in die nationale Gemeinschaft einzuschreiben, die von einem pan-skandinavischen Taumel getragen war. Hierher passt auch ein bei Inga Gottfarb erwähnter Brief, in dem Hugo Valentin einem Freund gegenüber von Äußerungen berichtete, die Juden Schwedens würden sich nicht ausreichend in der Hilfe für Finnland engagieren.²⁶ Vor diesem Hintergrund betrieb die Jüdische Gemeinde das Projekt der Freiwilligen mit viel Energie und hohem logistischem Aufwand. Erik Carlquist spricht geradezu von einem »Druck«, den die Gemeinde auf die Verantwortlichen in der Gesundheitsbehörde ausgeübt habe.²⁷ Unter den immer schwierigeren Bedingungen einer sich um Schweden schließenden Umklammerung zeigt diese Episode das verzweifelte Bemühen der Gemeinde, die Situation des Hilfskomitees und der Flüchtlinge in Schweden auf jedmögliche Weise zu erleichtern.

Ordnung ins Chaos bringen: Die Erfassung aller Transmigranten

Das Hilfskomitee war nicht über den gesamten Zeitraum ausreichend besetzt, wengleich mit seinen Aufgaben auch seine Belegschaft wuchs. Wilhelm Michaeli war bereits eine große Verstärkung gewesen und durch Eva Warburg war der deutschsprachige Anteil der Gemeindemitarbeiter erneut gewachsen. Nun kam neue Unterstützung aus Deutschland. Der 34-jährige Kurt Stillschweig war im August 1939 nach Schweden gekommen und hatte zunächst die Gemeinde in Fragen zur Auswanderung in die USA beraten. Der promovierte Jurist war zuvor als Berater in Auswanderungsfragen für den Hilfsverein und die Reichsvereinigung tätig gewesen. Ihren Antrag vom 10. Oktober 1939 an die Sozialbehörde, in dem sie eine Arbeitsgenehmigung für Stillschweig erbat, begründete die Stockholmer Gemeinde mit dem Hinweis:

25 Der Experte für die finnischen Sicherheitsdienste in jener Zeit, Oula Silvennoinen, in einer E-Mail an den Autor vom 16.12.2012.

26 Gottfarb: Den livsfarliga glömskan, S. 106. Leider nennt Gottfarb keine Quellennachweise.

27 Carlquist: Solidaritet på prov, S. 117.

»[...] dass Dr. Stillschweig in den letzten Jahren in Deutschland bei den zentralen jüdischen Hilfsorganisationen für die Auswanderung Dienst getan hat, und dass er sich dort vor allem mit Fragen zur transozeanischen Emigration beschäftigt hat. [...] er hat sicherlich wertvolles Spezialwissen.«²⁸

Diese Information überzeugte die Sozialbehörde, die schließlich eine Transmigrationspolitik verfolgte. Sie erteilte Stillschweig eine Arbeitsgenehmigung.²⁹ Laut Antrag sollte er 150 Kronen verdienen, die allenfalls das Existenzminimum abdeckten. Eine höhere Unterstützung erhielten auch die Flüchtlinge nicht. Stillschweig avancierte aber bald zu einem wichtigen Mitarbeiter, dessen Gehalt sich bis 1941 verdoppeln sollte.

Bereits im September erarbeitete er den Vorschlag zu einem umfangreichen Erfassungsprojekt. Bis dahin waren die Berufsstruktur, die finanziellen Mittel und die weiteren Pläne der Flüchtlinge zwar für jede einzelne Entscheidung zu einer Unterstützung in Betracht gezogen worden, eine gesammelte Übersicht existierte allerdings nicht. Eine solche war aber notwendig, wollte die Gemeinde mit den wenigen Ressourcen in Stockholm strategisch auf die veränderte Lage reagieren. Aber nicht nur für die eigene Planung war solches erforderlich, auch die Behörden verlangten jetzt Angaben zu den sich im Land aufhaltenden Ausländern. Stillschweig legte dar, dass es zunächst notwendig sei, sich eine Übersicht über die in Schweden befindlichen Transmigranten und ihre Weiterwanderungsmöglichkeiten zu verschaffen:

»Das Kernproblem der jüdischen Wanderung in Schweden dürfte darin bestehen, einen verstärkten und möglichst regelmäßigen Abfluss der im Lande befindlichen Zwischenwanderer herbeizuführen. Um dieses Problem einer Lösung näher zu bringen, wäre vor allem ein möglichst genaues Bild über das vorhandene Menschenmaterial zu gewinnen. Geeignetes Mittel hierzu wäre die Versendung von Fragebogen, deren Sammlung Auskunft geben müsste über die berufliche und altersmäßige Struktur der Zwischenwanderer, ihre finanziellen Mittel und Hilfsquellen und vor allem über die Frage: mit welchem Weiterwanderungsziel sie nach Schweden gekommen sind und warum sie dieses Ziel bisher nicht erreicht haben.«³⁰

So könnten Schwierigkeiten systematisch angegangen und alternative Geldquellen erschlossen werden. Zudem sollten alle in den potenziellen Fluchtländern arbeitenden Hilfskomitees angeschrieben und um aktualisierte Auskünfte zu den Bestimmungen und Möglichkeiten der Einreise gebeten werden. Zusätzlich sollten die Konsulate der betreffenden Länder Informationen zu den Vorschriften und der Gesetzeslage bereitstellen. Ende Oktober beauftragte ihn das Hilfskomitee, mit den erforderlichen Nachforschungen zu beginnen.³¹ Das

28 MfIS an Sos, 10.10.1939, RA, JFA, HK, E 1:8.

29 Rudberg: *Swedish Jews*, S. 59.

30 P.M., September 1939, RA, JFA, FS, F 4 a:1.

31 Protokoll, 30.10.1939, RA, JFA, FS, A 1:1.

war umso wichtiger, als mit Kriegsbeginn damit gerechnet werden musste, dass bestimmte Fluchtländer die erteilten Visa verfallen lassen könnten und die sich im Lande aufhaltenden Flüchtlinge neue Schwierigkeiten zu bewältigen hätten. In dieser Zeit bat das Hilfskomitee das Joint Distribution Committee um ein besonderes Arrangement. Es wollte die US-Dollar-Depots, die von Flüchtlingen in Schweden für eine Einreise in die USA zur Verfügung gestellt worden waren, an den Joint transferieren, damit sie dort den Flüchtlingen nach ihrer Ankunft zur Verfügung stehen würden. Allerdings bedingte sich das Hilfskomitee folgende Klausel aus: Bis zur Ausreise in die Vereinigten Staaten sollte die Gemeinde ein Zugriffsrecht auf die Konten haben, um die Lebenshaltungskosten zu bestreiten, sofern sich die Ausreise verzögerte oder scheiterte.³²

Im Verlauf des Jahres 1940 versandte das Hilfskomitee Fragebogen an alle von ihm unterstützten und ihm bekannten Flüchtlinge. Zu diesem Zweck griff das Komitee – wie auch bei den Ärzten – auf die Hilfe der anderen Gemeinden zurück, denen Vordrucke zur Verteilung an die in ihrem Bereich wohnenden oder von ihnen unterstützten Flüchtlinge zgingen.³³ Diese zeigten sich dankbar für die Übersicht, schrieb doch das Vorstandsmitglied der Göteborger Gemeinde Julius Hüttner an das Hilfskomitee in Stockholm, dass zumindest bei Göteborg »in der Provinz« viele Emigranten seien, die man in der Gemeinde gar nicht kenne, da diese nur kämen, sofern sie Reisemittel benötigten.³⁴ Der Aufbau der Fragebogen ist weitgehend identisch mit denen, die auch die Auswanderungsberatung der Israelitischen Kultusgemeinde Wien an die Ratsuchenden verteilte. Es wird deutlich, dass Stillschweig hier seine lange Erfahrung in der Auswandererberatung einbrachte. Die Formulare erfassten neben den üblichen Daten – wie dem Namen, Geburtsdatum und Geburtsort, dem Familienstand und der Anzahl der Kinder – sehr spezifische Fragen zum Beruf und zu den Sprachkenntnissen sowie weiteren beruflichen Erfahrungen. Anschließend wurde die »Immigrationsgeschichte« thematisiert, also das Ankunftsdatum in Schweden, das Land, aus dem die Einreise erfolgte sowie die Gültigkeitsdauer der Aufenthaltserlaubnis. Darauf folgten sehr präzise Fragen zu den Weiterwanderungsplänen, vorhandenen Visa und – wenn zutreffend – dem Stand der Einwanderungsbemühungen in die USA. Von entscheidender Bedeutung war hier die Frage nach der nationalen Quote und der Wartenummer. Weitere Fragen widmeten sich dem finanziellen Status des Flüchtlings. Dieser sollte genaue Angaben machen, wovon er lebte, wer ihn unterstützte, welcher Arbeit er nachging und wer im Ausland in der Lage sein könnte, ihn finanziell zu unterstützen oder für eine Ausreise zu bürgen. Alles in allem handelte es sich um legitime Fragen, deren Beantwortung für die Gemeinde von erheblicher Bedeutung war. Den

32 MfIS an JDC, 15.II.1939, RA, JFA, HK, E 1:7.

33 Das Gros ist in RA, JFA, HK, E 1:22, gesammelt. Die Auswertung und folgende Zitate beruhen, wenn nicht anders nachgewiesen, auf diesem Bestand.

34 Julius Hüttner an Kurt Stillschweig, 26.9.1940, RA, JFA, ebd. Es ist unklar, ob Hüttner hiermit das »Umland« Göteborgs oder das »län«, also den Verwaltungsbezirk, meinte.

Flüchtlingen aber führten sie ihre oft ausweglose Lage und das Scheitern ihrer Emigrationsbemühungen vor Augen. Nicht alle Angeschriebenen antworteten sofort. Noch im Dezember 1940 ermahnte die Gemeinde säumige Flüchtlinge und drohte:

»Wir haben Sie drei Mal gebeten, uns die Ihnen übersandten Fragebogen ausgefüllt zurückzusenden und sind hierauf ohne jede Antwort geblieben. Wir sehen uns zu unserem Bedauern gezwungen, die Ihnen bisher gewährte Unterstützung einzustellen, sofern wir nicht binnen 3 Tagen im Besitz der Fragebogen sind.«³⁵

Auch wurden nicht alle Fragebogen mit der gleichen Sorgfalt bearbeitet. Manche füllten für beide Ehepartner je einen Fragebogen aus, andere Ehepaare reichten ein gemeinsames Formular ein, das meistens der »Haushaltsvorstand«, also der Ehemann, ausgefüllt hatte. Einzelne gaben auch in Schweden ihren durch die Nationalsozialisten verordneten Zwangsnamen an. In der Regel wurden nicht alle Fragen beantwortet, während die eingetragenen Antworten zwischen knappen Stichworten und ausführlichen Antworten mit Begleitschreiben variierten. Die Antworten klangen manchmal ablehnend und aggressiv, oft aber auch flehend. Fast erweckt es den Anschein, als ob einige der Befragten es als eine Zumutung empfanden, den Fragebogen ausfüllen zu müssen. Eine vielleicht nicht repräsentative, aber dennoch bemerkenswerte Bitte ist auf dem Fragebogen eines Flüchtlings vermerkt. Der Chaluz Georg Peczenik notierte: »Da ich auf einem Gute außerhalb Stockholms arbeite, und meine Mitmenschen Judenfeinde sind, bitte ich Sie höflichst, mir auf solchen Kouverten zu schreiben, die ohne Anschrift sind. Man weiß nicht, dass ich Jude bin, ansonsten müsste ich meine Stelle verlassen.« Die Gemeinde verwendete in der Regel Briefumschläge mit aufgedrucktem Absender.

319 Fragebogen sind überliefert. Da die Anzahl der versandten Fragebogen nirgends vermerkt ist, haben sie nur einen begrenzten Aussagewert angesichts der vielen Hundert jüdischen Flüchtlinge aus Mittel- und Osteuropa. Aber sie vermitteln einen Einblick in die Lebensbedingungen der Flüchtlinge. Die überwiegende Mehrzahl der Flüchtlinge, von denen eine Antwort vorliegt, lebte im Großraum Stockholm, gefolgt von Göteborg und Malmö. Etwa zwei Drittel von ihnen waren verheiratet, die Anzahl der gemeinsam lebenden Ehepaare war höher als die der ledigen Flüchtlinge. Ein Viertel der Befragten gab ein oder mehrere Kinder unter 16 Jahren an. Da das Heiratsdatum der Eltern und das Geburtsdatum der Kinder nicht Gegenstand der Befragung waren, sind keine Rückschlüsse darauf möglich, ob die Eheschließung oder die Geburt vor oder nach der Einreise nach Schweden erfolgte.

Dass weniger als zehn Prozent eine andere Konfession als »mosaisch« oder »konnessionslos« nannten, verwundert nicht, da die Jüdische Gemeinde die Bo-

35 Das Schreiben der MfS vom 11. Dezember 1940 ging wahrscheinlich an sieben der Flüchtlinge.

gen versendet hatte. Für »nichtarische Christen« fühlten sich jüdische Gemeinden in der Hilfsarbeit für gewöhnlich nicht zuständig. Die angegebenen Berufe müssen nicht die ursprüngliche Ausbildung wiedergeben, weil manche Personen unter Umständen die in Umschulungskursen erworbenen Berufsbezeichnungen angaben, in der Hoffnung, dadurch ihre Chancen auf eine Arbeitsvermittlung zu erhöhen. Manche Befragte nannten mehr als drei verschiedene Berufe. Ein Drittel übte eine kaufmännische Tätigkeit aus, sie waren Reisevertreter oder in der Finanzbranche tätig. Die Modebranche wurde am häufigsten genannt, weil sie ein traditionelles Berufsfeld deutscher Juden darstellte, das auch durch Umschulungsmaßnahmen zum Schneider oder Modisten verstärkt wurde.

Unter den Befragten befanden sich ein Rabbiner sowie eine Person, die als Beruf schlicht »Schachmeister« angab. Es handelte sich dabei um den in Wien geborenen Rudolf Spielmann.³⁶ Auf seinem Fragebogen vermerkte er am Schluss: »Die besondere Eigenart meines Berufes macht die eigentümliche Ausfüllung des Fragebogens notwendig. Sobald der internationale Reiseverkehr wieder freigegeben wird, werde ich so wie früher ein reichliches Einkommen aus meinem Berufe ziehen. Auf ein bestimmtes Land bin ich dabei nicht angewiesen.« Vorerst aber wurde er von der Gemeinde unterstützt. Für die Möglichkeit, aus dem tschechischen Exil nach Schweden zu kommen, hatte sich der Textilunternehmer und Präsident des Nordischen und des Schwedischen Schachverbands Ludvig Collijn eingesetzt. Beide kannten sich bereits lange, in den Visaakten Spielmanns finden sich Unterstützungsschreiben Collijns schon aus den Jahren 1919 und 1920 für eine Einreise nach Schweden. Ihn gab Spielmann auch auf seinem Antrag auf Aufenthaltserlaubnis vom März 1939 als Referenz an, in dem er als Tätigkeit die Mitarbeit an einem Schachfachbuch nannte.³⁷ Dieser Gönner verstarb aber kurz nach Spielmanns Ankunft, sodass dieser plötzlich auf die Jüdische Gemeinde angewiesen war, da er laut Fragebogen nur etwa 30 Kronen im Monat durch Unterricht verdiene. Auf die Frage nach seinem Garanten antwortete er daher ungehalten: »Sveriges Schackförbundet [Schwedischer Schachverband], doch weigert er sich, auch nur das Geringste für mich zu tun.« Spielmann verstarb unter bis heute ungeklärten Umständen im August 1942 in Stockholm. Er gehörte zu den Menschen, die auf ganz anderem Wege ins Land gekommen waren und für die das Hilfskomitee die Verantwortung übernahm.

Da praktisch alle Flüchtlinge als Transmigranten galten, interessierte sich die Gemeinde insbesondere für den Abschnitt, der sich mit den Weiterwanderungsmöglichkeiten befasste. Die dort angegebenen »endgültigen Reiseziele« reichen von »Abessinien« bis »San Domingo«. Auch »eine Quäkersiedlung in Südamerika« wurde genannt. Fast jeder Fragebogen zeugt von der Ausweglosigkeit der oft exotischen Pläne. Fehlender Schiffsraum und ein Verfall der Einreiseerlaubnisse werden oft lakonisch mit dem Hinweis auf »Krieg« oder die »Umstände« erklärt. Manche, die noch hofften, gaben genau an, welche »Vorzeigegelder«

36 Fragebogen Rudolf Spielmann, RA, JFA, HK, E 1:22.

37 Rudolf Spielmann, Centraldossier, RA, SUK, kanslibyrån, F 1 AC:19717.

oder Reisegelder »nur noch« fehlten. Andere schrieben »bekomme kein Visum« oder »wir kriegen kein Affidavit«. Letzteres bezog sich auf die Vereinigten Staaten von Amerika, denen, wie erwähnt, ein ganzer Abschnitt gewidmet war. Als wichtigstes Exilland der deutschen und österreichischen Juden wurde es auch bei fast einem Drittel aller Fragebogen (101 Angaben) als Zielland angegeben. Erst mit großem Abstand folgte an zweiter Stelle (22 Angaben) Palästina. Auf 72 Fragebogen wurde kein bestimmtes Land genannt, was die Ausweglosigkeit der Lage seit September 1939 verdeutlicht.

Auch in anderer Hinsicht erweisen sich die Fragebogen als aufschlussreich. Manche Ehepartner waren aufgrund unterschiedlicher Staatsangehörigkeiten auf unterschiedlichen Quoten für eine Einreise in die USA vermerkt, was die Beschaffung eines gemeinsamen Visums erschwerte. Nicht wenige Fragebogen wurden in gebrochenem Deutsch ausgefüllt, polnische Namen oder die Angaben der Staatsangehörigkeit verweisen auf eine Herkunft der Flüchtlinge aus Osteuropa oder auf das osteuropäisch-jüdische Milieu in Berlin oder Wien. Diese Menschen hatten mit einer polnischen Wartenummer die geringsten Chancen auf eine Einreise in die Vereinigten Staaten. Aber auch Inhaber deutscher Reisepässe wurden angesichts der amerikanischen Verwaltungspraxis nicht ausreichend berücksichtigt. Auf die Frage, welchen Schwierigkeiten sie beim Erreichen des Weiterwanderungszieles begegne, gab Grete Slome folgerichtig die lakonische Antwort »am. Konsulat«. ³⁸

Bei der Durchsicht dieser Fragebogen sticht dem Betrachter sofort die finanzielle Not der Flüchtlinge ins Auge. Auch diejenigen, die zu Beginn ihres Aufenthaltes über Eigenmittel verfügten, gaben an, dass diese nun aufgebraucht seien – sogar die gestellten Depots waren zur Neige gegangen. Wenn auch nicht alle in eine dauerhafte finanzielle Abhängigkeit der Gemeinde geraten waren, so bestand doch das Risiko, dass dieser Fall eintreten könnte. Marginalien und Unterstreichungen bei denjenigen, die Verwandte im Ausland hatten, legen nahe, dass das Hilfskomitee eine Kontaktaufnahme mit diesen in Betracht zog, um Geld zu erbitten oder die Ausreise zu beschleunigen. Die Frage nach den Verwandten selbst machte auch aus anderen Gründen Sinn. Auch in Wien wurde auf den Fragebogen der Auswanderungsabteilung der Fürsorgezentrale von Anfang an nach »Beziehungen« im Ausland gefragt. ³⁹ Der Grad der Vernetzung im Ausland half den Mitarbeitern der Auswanderungsabteilung bei der Einschätzung der Emigrationschancen.

Dass die Angaben aber nicht immer den Tatsachen entsprachen, zeigen verschiedene Kommentare auf den Fragebogen in Stockholm: »Affidavitgeber hat trotz verschiedener Anfragen meinerseits seit 6 Monaten nichts von sich hören lassen« oder »Was meinen Affidavitgeber betrifft, bitte ich höflich, auf mein letztes Schreiben hinweisen zu dürfen. Ich habe schon viel mehr von ihm erbeten als ich durfte und ich weiß nicht, ob meine Bitte erfüllt werden kann. Jedenfalls

38 RA, JFA, HK, E 1:22.

39 Archiv IKG, Bestand Jerusalem, A/W 2589,69.

warte ich auf Antwort auf mein Telegramm. Ich möchte den edlen Helfer auf keinen Fall verletzen.« Auch heißt es dort: »Das Affidavit für drei Personen ist im April 1940 abgelaufen und die Affidavitgeberin erklärt sich außerstande, es zu verlängern« oder »Affidavitgeber antwortet nicht seit Aufforderung des zu leistenden Deposits«. Diese Angaben dokumentieren die Schwierigkeiten, die bestanden. Ein Fragebogen vermerkte nur »Affidavitgeberin gestorben«. Menschen, die helfen wollten, hatten sich zunächst bereit erklärt, zu bürgen und Affidavits für den Unterhalt in den USA zu geben und fanden sich dann aber in einer Situation wieder, in der ihnen eine Erfüllung der Verpflichtung nicht mehr möglich war.

Die erhöhten Reisekosten und die immer wieder verzögerte Weiterreise aufgrund der Unterbrechungen des regulären Schiffsverkehrs führten dazu, dass die Affidavitgeber im Zielland – vor allem den USA – diese nicht mehr verlängerten oder zurückzogen. Ein solcher Fall begegnet uns bei Hans und Berta Taub, die als Schwierigkeit für die Weiterreise angaben: »Das Haupt-Affidavit konnte bis jetzt nicht erneuert werden, da der Aussteller (unsere Freunde) einen Sohn mit Frau und Kindern in Holland haben, für welche sie jetzt sorgen müssen.«⁴⁰ Die amerikanischen Konsulate überprüften zudem streng die abgegebenen Affidavits. Es wurden beglaubigte Bestätigungen der Banken oder Arbeitgeber zu den Einkommen oder Vermögen verlangt, die bewiesen, dass der Bürge tatsächlich für den Aufenthalt aufkommen konnte. Die Durchsetzung eines solchen Versprechens war nicht grundsätzlich einklagbar, daher galten Verwandtenaffidavits mehr als die Bürgschaftsversprechen von Bekannten, die eingegangene Verpflichtung wog aber bei allen schwer. Um einen Konflikt mit den Behörden zu vermeiden, mag mancher Bürge sich die Stellung oder Verlängerung gut überlegt oder sich nicht mehr gemeldet haben.⁴¹ Viele der Auswanderungsbemühungen der deutschen und europäischen Juden zogen sich über Monate oder gar Jahre hin und ein nicht mehr bestehendes Affidavit wurde in Wien oder Berlin dennoch immer wieder vorgelegt.

Die Flüchtlinge verbrauchten zunächst die Ersparnisse, die sie hatten retten können. Oft genug waren diese für die Weiterreise bereits eingeplant oder sollten dazu dienen, im Fluchtland ein neues Leben zu beginnen. Manchmal waren sie aber notwendige Voraussetzung für eine Weiterreise, weil immer mehr Länder für Durch- und Einreisen Vorzeige- oder Landungsgelder verlangten. Als Nächstes griffen sie Notgedrungen auch auf die Depots zurück, die für Visa gedacht waren. Das wiederum führte zu neuen Engpässen bei den wenigen Weiterreisemöglichkeiten. Durch die inzwischen notwendigen großen Umwege über Murmansk, Sibirien, Shanghai oder Japan stiegen die Passagekosten ins Unermessliche. In den Fragebogen werden solche Probleme immer wieder deutlich. Zwar antworteten nicht alle auf die Frage, »Welche Schwierigkeiten

40 Fragebogen Hans Traub, RA, JFA, HK, E 1:22.

41 Nicht jeder wird solches angegeben haben, aber es fanden sich dennoch sechs entsprechende Fälle. Über die Gründe kann nur spekuliert werden.

bestehen bei der Erreichung des Weiterwanderungsziels?«, doch bezeichnete bei denen, die hierüber Auskünfte erteilten, das Geld – ob Reisekosten oder Vorzeigegeld – stets ein wichtiges Hindernis.

Die brutale Verfolgungspolitik der Nationalsozialisten hatte aus sorgenden Familienvätern und selbstbewussten Menschen Almosenempfänger gemacht. Es war nicht die Ausnahme, sondern die Regel, dass die Ausreisewilligen praktisch jeden im Ausland befindlichen Angehörigen, unabhängig vom Verwandtschaftsgrad und persönlichen Begegnungen, um Hilfe anscrieben oder alte Bekanntschaften kontaktierten. Für den im Mai 1939 in Schweden eingereisten Wiener Leon Littmann hatte der Chef des Neffen in den USA gebürgt.⁴² Es ist leicht vorstellbar, dass manche Flüchtende solche Abhängigkeiten als demütigend empfanden. Und dennoch verlangte der schwedische Staat formal die Weiterreise, für die die Jüdische Gemeinde die Verantwortung trug. Heinz Frank war im Mai 1939 nach Schweden gekommen, um hier seine Weiterreise in die USA abzuwarten. Ein Depot war dort durch seinen Cousin gestellt worden. Der für eine minimale Entschädigung als Lehrling in der Landwirtschaft arbeitende Frank gab an, keine Mittel für eine Schiffskarte zu besitzen. Anscheinend hatte das Hilfskomitee versucht, bei seinem Affidavitgeber diese Mittel einzuwerben. Dass Frank diesen Schritt missbilligte, offenbart sein Fragebogen:

»Ich bitte Sie nochmals, nicht mehr an meinen Hauptbürgen Stanley L. Gumble heranzutreten wegen der Schiffskarte, da es wie schon immer geschrieben zwecklos ist und ich mehr schlecht machen würde als gut.«⁴³

Auch Elisabeth Loewe, der ebenfalls das Reisegeld fehlte, bat die Gemeinde, ihren amerikanischen Bürgen nicht mehr zu kontaktieren, zumal dieser sie nicht einmal persönlich kenne:

»Was meinen Affidavitgeber betrifft, bitte ich höflich, auf mein letztes Schreiben hinweisen zu dürfen. Ich habe schon viel mehr von ihm erbeten als ich durfte und ich weiß nicht, ob meine Bitte erfüllt werden kann. Jedenfalls warte ich auf Antwort auf mein Telegramm. Ich möchte den edlen Helfer auf keinen Fall verletzen.«⁴⁴

Sie handelte so, obwohl sie, anders als viele Flüchtlinge, tatsächlich bereits über ein Einwanderungsvisum für die USA verfügte, das zu diesem Zeitpunkt noch knapp drei Monate gültig war. Die ledige Ärztin mit Kenntnissen der Pädiatrie, Dermatologie, Inneren Medizin und Psychiatrie gab an, vier Fremdsprachen zu sprechen. Andere wiederum erhofften sich in ihrer Verzweiflung möglicherweise, dass das Hilfskomitee bei ihren Bekannten oder Verwandten ein Affidavit erhalten würde. Unter Umständen würde ja der moralische Druck durch die Gemeinde die bestehenden Vorbehalte beiseiteräumen oder die Motivation

42 Fragebogen Leon Littmann, RA, JFA, HK, E 1:22.

43 Fragebogen Heinz Frank, RA, JFA, HK, E 1:22.

44 Fragebogen Elisabeth Loewe, RA, JFA, HK, E 1:22.

zu einer Beschaffung des Geldes erhöhen. Ein Adolf Lewinter gab drei Cousinen seiner Mutter in den USA als mögliche Affidavitgeber an und bat: »Bin registriert, habe jedoch bis dato kein Affidavit. Durch Ihre wertere Vermittlung wäre es vielleicht möglich bei den obenstehenden Verwandten ein solches zu beschaffen.«⁴⁵

Da die Gemeinde nicht in der Lage war, jedem der Flüchtlinge das Geld vorzustrecken oder Bürgen zu beschaffen, versuchte sie, sich einen Überblick über die Eigenmittel der Flüchtlinge zu verschaffen. Die Fragebogen behandelten deshalb auch intensiv die wirtschaftlichen Verhältnisse der Flüchtlinge. Die Fragen nach Verdienstmöglichkeiten und Geldgebern waren wichtig, um den Finanzbedarf für die kommende Zeit einzuschätzen, denn die offiziellen Zahlen der Behörden blieben vage. Die Sozialbehörde gab an, dass von den Anfang 1940 in Schweden lebenden ca. 4200 jüdischen Flüchtlingen nur knapp 1600 eine Arbeitserlaubnis besaßen.⁴⁶ Auf 119 von den erhaltenen 319 Fragebogen gaben die Transmigranten an, über eine Arbeitserlaubnis zu verfügen, 125 hingegen erklärten, keine zu besitzen. Der Rest machte keine Angaben. Aber auch eine Arbeitsgenehmigung bot keine Garantie für ein Auskommen oder eine Selbstversorgung. Ein knappes Drittel derjenigen, die eine Arbeitserlaubnis erhalten hatten, waren zum Zeitpunkt der Beantwortung des Fragebogens ohne Anstellung oder nur zeitweise beschäftigt. Ein Blick auf die angegebenen Gehälter derjenigen, die eine Arbeitsstelle nachweisen konnten, ergibt ein gemischtes Bild: Neben einigen wenigen Personen mit mittelmäßigem Verdienst finden sich viele, deren geringerer Lohn kaum ein Auskommen garantieren konnte. Folglich gaben viele auch an, Unterstützungszahlungen zu erhalten.⁴⁷ Zwar ist nicht eindeutig, wie repräsentativ diese Auswahl an Informationen in den Fragebogen ist, aber sie vermittelt eine Vorstellung davon, dass viele derjenigen, die sich 1940 noch in Schweden aufhielten, in prekären Verhältnissen lebten.

Da die Erwerbschancen für die meisten Flüchtlinge in Schweden sehr gering waren, konnte es unter Umständen sogar notwendig erscheinen, dass sich Familien, die es gemeinsam bis ins Land geschafft hatten, wieder trennten. Familie Drucker, die am 26. November 1938 aus der Tschechoslowakei nach Schweden eingereist war, trennte sich im Juli 1940 wieder, als der Mann nach Shanghai weiterreiste. Die Ehefrau und die vierjährige Tochter blieben zurück und waren ab dem folgenden September dann auch von Wohlfahrtsleistungen der Gemeinde abhängig. Der Ehemann hatte in Schweden als Vertreter zunächst monatlich ca. 400 Kronen verdient. Dieser für einen Flüchtling relativ hohe Lohn blieb dann wegen Arbeitslosigkeit ein Jahr lang aus. Die Familie musste in dieser

45 Fragebogen Adolf Lewinter, RA, JFA, HK, E 1:22.

46 Diese Zahlen referierte ein Bericht, genannt Redogörelse för flyktingsektionens hjälpsksamhet under tiden 1/1 – 31/5 1941, vom 16. Juni 1941 unter Berufung auf die offizielle Publikation Sociala meddelanden 2/1941 der Sozialbehörde. RA, JFA, FS, F 4 a:1.

47 Alle Informationen stammen aus RA, JFA, HK, E 1:22.

Zeit von den Ersparnissen leben und für die Reise des Mannes die Einrichtung verkaufen.⁴⁸

Aber innerhalb der Gemeinde wurde das Geld knapp. Aus einer Denkschrift, die der Kämmerer Mauritz Grünberger im September 1940 verfasste, wird deutlich, dass die Unterhaltszahlungen stiegen und sich dies in absehbarer Zeit nicht ändern werde. Zudem bezweifelte Grünberger, dass erneute große Sammelaktionen große Resonanz erzeugen würden. Die Menschen hatten auch im neutralen Schweden mit Preissteigerungen zu kämpfen und zudem bereits Opfer gebracht. Obendrein brach zeitweise die Unterstützung des American Jewish Joint Distribution Committee weg, das sich nun auf die Linderung des schlimmsten Leids in Polen und in anderen Ländern konzentrierte. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass die Kosten für die Quotenfälle in Stockholm zu diesem Zeitpunkt ca. 40 Prozent der Ausgaben des Komitees ausmachten, in Malmö aber – obgleich die realen Summen viel niedriger lagen – 75 Prozent. Die Hafenstadt nahe der deutschen Grenze mit ihren wenigen Mitgliedern hatte im Verhältnis zu ihrer Größe mehr Kinder und Chaluzim aufgenommen.⁴⁹

Welche Ergebnisse erzielte die Fragebogenaktion hinsichtlich der praktischen Hilfsarbeit der Jüdischen Gemeinde? Zum einen erwies sich der statistische Überblick als nützlich. Im Oktober 1940 verfügte die Gemeinde über umfangreichere Informationen, wer sich im Land aufhielt und wie die Menschen ihren Lebensunterhalt bestritten. Im Oktober 1940 verzeichnete eine Liste der Gemeinde neben den Hunderten Kindern, Jugendlichen der Jugendalija und Chaluzim weitere 109 Männer und 76 Frauen im Alter über 20 Jahre, die eine dauerhafte Unterstützung bezogen.⁵⁰ Zu diesem Kreis waren alle Kinder unter 16 Jahren hinzuzuzählen, die mit den Erwachsenen zusammenlebten. Viele weitere kamen zumindest in den Genuss einer zeitweiligen Unterstützung. Hinzu kam, dass die Gemeinde die in den Fragebogen erwähnten Passagen, Vorzeige- und Landungsgelder verauslagte oder ganz übernahm.

Die restriktiven Regelungen zur Erteilung von Arbeitsgenehmigungen für Flüchtlinge verschärfen sich durch die ablehnende Haltung der Gewerkschaften und berufsständischen Arbeitnehmervertretungen, die vor der Ausstellung solcher Arbeitserlaubnisse stets gefragt wurden. Eine der wenigen Ausnahmen bestand für die Land- und Forstwirtschaft. Insbesondere seit Beginn des Krieges wurden hier Hilfsarbeiter gesucht. Da immer mehr schwedische Männer zum militärischen »Bereitschaftsdienst«, der Bewachung der schwedischen Neutralität und Grenzen, eingezogen wurden, vergrößerte sich der Arbeitskräftebedarf in diesem Bereich.

»Emigranter, lämpliga för Lantbruks- eller trädgårdsarbete« – Emigranten, die für die Land- oder Gartenarbeit geeignet sind, so ist die Liste mit etwa 35 Namen überschrieben, die 1940 in der Gemeinde angelegt wurde. Fast alle auf-

48 Fragebogen Livia Drucker, RA, JFA, HK, E 1:22.

49 P.M., 25.9.1940, RA, JFA, FS, F 4 a:1.

50 RA, JFA, FS, E 2:3.

geführten Frauen und Männer waren unverheiratet, die jüngste Person war 19, die älteste 50 Jahre alt. Ihre Berufe variierten von Hausmädchen bis Architekt, Lagerarbeiter bis Juwelier. Die Aufstellung wurde erstellt, weil im April 1940 das Nämnd för statens flyktingshjälp (Staatliches Flüchtlingshilfeamt) alle Flüchtlingshilfekomitees zum wiederholten Mal aufgefordert hatte, die Kosten für die Flüchtlingshilfe zu vermindern. Dadurch sollte der Staatszuschuss geschont werden. Als eine der ersten Maßnahmen schlug das Flüchtlingshilfeamt vor, die Flüchtlinge aus den großen Bevölkerungszentren Stockholm, Göteborg und Malmö umzusiedeln, um die hohen Lebenshaltungskosten und Mietkosten zu reduzieren. Die Menschen sollten stattdessen aufs Land geschickt werden, wo sie zudem in der warmen Jahreszeit eine Arbeit erhalten könnten. Es liege in der Verantwortung der Flüchtlingskomitees, dafür zu sorgen, dass so viele Immigranten wie möglich sich dort niederlassen würden, »auch besonders unter dem Gesichtspunkt der Loyalität, die die Immigranten dem Lande schuldig sind, dessen Asylrecht sie genießen.«⁵¹ Solche, die trotz der Empfehlungen der Komitees keine Arbeit auf dem Land annahmen, sollten von den Komitees beim Flüchtlingshilfeamt angezeigt werden. Dieses würde dann unter Umständen die staatlichen Beihilfen für die Betroffenen einstellen. Die Gemeinde, so wird aus dem Schriftwechsel des Hilfskomitees ersichtlich, bemühte sich anschließend stark um eine Umsiedlung der Flüchtlinge aufs Land. Sie zog gar die Zahlung eines Taschengelds für diejenigen ohne Ausbildung in Betracht, die bei den Bauern lediglich freie Kost und Logis bekämen.⁵² Die Gemeinde bemühte sich nicht aus reiner Willfährigkeit, die Forderungen der Behörden zu erfüllen, sondern tat dies auch aus Sorge um mögliche Konsequenzen für die Schützlinge sowie um die Kosten zu senken. Die Einrichtung von staatlichen Arbeitslagern für Flüchtlinge verlieh den Forderungen der Behörden zusätzlich Nachdruck.

2. Schock und Isolation: Der Krieg erreicht Skandinavien

Am 9. April 1940 griffen deutsche Truppen Dänemark und Norwegen an. Das eigentliche Ziel des »Unternehmens Weserübung« war die Besetzung der norwegischen Häfen am atlantischen Seeweg und damit einhergehend die Sicherung der Eisenerzversorgung aus dem schwedischen Kiruna über das norwegische Narvik. Dem kleinen Dänemark fiel dabei die Rolle einer Nachschubbasis für die Kämpfe in Norwegen zu. Norwegen, das eine große strategische Bedeutung auch im Kampf gegen Großbritannien besaß, wehrte sich – auch mit britischer und polnischer Hilfe – noch einige Wochen gegen die Besetzer. Dabei spielte die norwegische Topografie eine bedeutende Rolle. Die dänischen Truppen hingegen waren der deutschen Kriegsmaschinerie gegenüber machtlos. Der

51 Liste und Nämnden för statens flyktingshjälp an Kommittéerna för flyktingshjälp, April 1940, RA, JFA, HK, E 1:22.

52 Zahlreiche diesbezügliche Schreiben in RA, JFA, HK, E 1:22.

militärische Widerstand wurde bereits nach wenigen Stunden eingestellt. Es folgte die sogenannte Friedensbesetzung Dänemarks. Diese bedeutete, dass das Land zwar faktisch okkupiert war, sich aber offiziell nicht im Kriegszustand mit Deutschland befand. Seine politischen Institutionen funktionierten weiter und pro forma akzeptierte Deutschland die dänische Souveränität und Jurisdiktion, auch wenn diese faktisch an die Zusammenarbeit mit den Deutschen gebunden war und sich somit als Illusion erwies. Aber zunächst blieb die Verfassung in Kraft, der König, die Regierung und die Verwaltung verblieben im Amt. Für die Dänen sollte sich im Alltag praktisch nichts ändern. Im Frühjahr 1943 fanden sogar Reichstagswahlen statt, aus denen die Sozialdemokraten als Sieger hervorgingen. Allerdings war die Dänische Kommunistische Partei zwei Jahre zuvor verboten worden.

Der Angriff auf die beiden skandinavischen Nachbarn schockierte in Schweden Bevölkerung und Politiker gleichermaßen. Zwei Drittel der schwedischen Exporte der Vorkriegszeit waren über die Nordsee und den Atlantik nach Großbritannien sowie nach Nord- und Südamerika gegangen.⁵³ Schweden musste ums wirtschaftliche Überleben kämpfen. Der Krieg, der bislang auf Mitteleuropa beschränkt gewesen war, hatte Skandinavien erreicht. Nachrichten über die Kämpfe in Norwegen drangen über die Grenze und versetzten die Menschen in Schweden in Angst. Nun musste sich die Neutralität des Landes bewähren und Schweden davor schützen, nicht zum nächsten Opfer der deutschen Aggression zu werden. Durch die Kampfhandlungen im Westen und Süden war Schweden von wichtigen Kommunikationskanälen abgeschnitten. Auch war der Schiffsverkehr weitgehend zum Erliegen gekommen. Und es kam noch schlimmer: Mit dem Überfall auf Frankreich und die Beneluxstaaten im Mai 1940 wurden weitere Länder besetzt, in denen Hilfsorganisationen ihren Sitz hatten und von dort die Hilfe amerikanischer Organisationen für den Kontinent koordinierten.

Immer enger zog sich die Schlinge um das kleine Schweden und die dort lebenden Juden und jüdischen Flüchtlinge zu. Für die Flüchtlinge musste der Kriegsverlauf auch emotional eine schwere Belastung darstellen. In den Tagen der Kämpfe in Dänemark und Norwegen befürchteten insbesondere die politisch Verfolgten, sie müssten in die schwedischen Wälder flüchten, sollte das Land ebenfalls besetzt werden.⁵⁴ Selbst als sich herausstellte, dass eine unmittelbare Kriegsgefahr für Schweden nicht bestand, blieb die Angst, das eingekreiste Land könne doch noch Opfer der deutschen Aggression werden. In einem zeitgenössischen Bericht zur Flüchtlingsarbeit der Jüdischen Gemeinde in Stockholm las sich das so: »Die im Norden eingetretene Situation hat aus natürlichen

53 Nicolaus Rockberger: Göteborgstrafiken. Svensk lejdtrafik under andra världskriget, Stockholm 1973, S. 21.

54 Lars Ekdahl: Das wissenschaftliche Schutznetzwerk eines Flüchtlings. Rudolf Meidner im Exil, in: Izabela A. Dahl/Jorunn Sem Fure (Hg.): Skandinavien als Zuflucht für jüdische Intellektuelle 1933-1945, Berlin 2014, S. 122-146, hier S. 142.

Gründen eine gewisse Panik unter den Flüchtlingen ausgelöst, von denen viele Europa unmittelbar verlassen wollen.«⁵⁵ Ein Chawer erinnerte sich später, dass die Leitung des Hechaluz alle Chaluzim aufrief, ihre Fahrräder stets bereit zu haben, falls es zu einer deutschen Invasion komme.⁵⁶ Ein weiteres Beispiel für diese Angst sind die Schreiben, die Akiba Eger vom schwedischen Hechaluz in den ersten Tagen nach dem deutschen Überfall auf Dänemark und Norwegen an die Jewish Agency in Palästina, den Hechaluz in London, Genf und den Niederlanden schrieb, in denen er um die unmittelbare Evakuierung der skandinavischen Chawerim bat. Es bestehe die Gefahr eines deutschen Angriffs auf Schweden und damit Lebensgefahr für die dortigen Pioniere. Eine sofortige Zuteilung von Zertifikaten sei unumgänglich.⁵⁷ Statt der erforderlichen 200 erhielten die schwedischen Chawerim nur 17 Einwanderungsberechtigungen zur Verfügung gestellt. Zu gering waren die britischen Quoten für Palästina und zu groß die Not auf dem zunehmend deutsch beherrschten Kontinent.

Die Struktur des Hilfskomitees als unabhängiges und nur durch Spenden finanziertes Organ erwies sich als überholt. Allerdings war das ohnehin eher eine Fiktion, da die Gemeinde die Arbeit zu diesem Zeitpunkt bereits durch Kredite finanzierte. Deren Kämmerer Mauritz Grünberger prophezeite in einem internen Memorandum weiter steigende Kosten. Die Gemeinde war praktisch finanziell an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gelangt, da der Beitrag des schwedischen Staates bei Weitem nicht die Kosten deckte. Versuche, in größerem Umfang Mittel vom Joint Distribution Committee zu bekommen, waren bislang gescheitert. Die Konsequenz sollte laut Budgetvorschlag für das Jahr 1941 darin bestehen, dass die Gemeinde ihre Arbeit einschränkte – frei werdende Quotenplätze also nicht mehr neu besetzt werden sollten. Um aber wenigstens die im Lande verbleibenden Flüchtlinge zu versorgen, sollte innerhalb des Fürsorge-Ausschusses der Gemeinde eine eigene Sektion für die Flüchtlingsfürsorge eingerichtet werden. Personell war die Besetzung mit dem des Hilfskomitees identisch.⁵⁸

Die schwedischen Helfer mussten sich finanziell neu orientieren. Gemeinsam beschlossen die Hilfskomitees in Stockholm, Göteborg und Malmö, für 1941 weitere Mittel aus dem Staatsbeitrag zu erbitten, um die Kosten der Hilfsarbeit zu tragen und bei den Behörden um Arbeitserlaubnisse nachzufragen. Zur Deckung der Kosten fehlten schätzungsweise 140.000 Kronen. Die Hilfskomitees waren sich aber weiterhin einig, dass die Geldmittel ausschließlich aus freiwilligen Spenden requiriert werden und im Verhältnis zum Steueraufkommen der Gemeinden – Stockholm 68 Prozent, Göteborg 19 Prozent und Malmö

55 PM angående resor från och över Sverige, RA, JFA, FS, F 4 a:1. Bei dem Bericht handelt es sich um eine Abschrift, die auch weitere Berichte zu allen Zweigen der Flüchtlingshilfe umfasst.

56 So erinnerte sich Otto Schwarz in einem Interview mit Malin Thor 2002. Thor: Hechaluz, S. 287.

57 Ebd., S. 254-256.

58 Hansson: Flykt och överlevnad, S. 173-176.

13 Prozent – aufgeteilt werden sollten.⁵⁹ Die Zweifel, ob eine Steigerung der finanziellen Belastung möglich sei, beeinflusste auch die Wahrnehmung der Dringlichkeit für ein immer wieder in Schiefelage geratenes Kinderprojekt.

Erhalt um jeden Preis? Die Internatsschule Kristinehov

Das von den Eheleuten Posener initiierte und von der Gemeinde subventionierte Internat Kristinehov hatte dauerhaft mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Immer wieder musste die Gemeinde Zuschüsse leisten. Das Ziel, die deutschen Jugendlichen und Schüler in einem zionistischen Geist, aber auch humanistisch zu bilden, erwies sich als ambitioniert. Die Geschehnisse des Novemberpogroms und der gestiegene Flüchtlingsdruck bewirkten bereits in der Frage der Finanzierung der Internatsschule ein Umdenken. Als die Gemeinde begann, die neuen Flüchtlingsquoten zu bearbeiten, und als die ersten Kindertransporte eintrafen, rückte das Landschulheim wieder in den Blick der Flüchtlingshilfe. Anstatt eine Schließung zu erwägen, sah das Hilfskomitee das Potenzial der bereits bestehenden Institution. Der Vorsteher der Stockholmer Gemeinde Gunnar Josephson besuchte zusammen mit einem Kollegen im Frühjahr 1939 das Heim und kam zu dem Ergebnis, dass zwar notwendige Reparaturen durchgeführt werden müssten, um den hygienischen Anforderungen zu entsprechen, dass aber auch die Kapazität des Heims durch Umbauten von 40 auf 60 Schüler erhöht werden könnte. Das Hilfskomitee war bereit, 5000 Kronen aus dem eigenen Hilfsbudget hierfür zur Verfügung zu stellen. Die Umbauten sollten mit dem Ziel einer Erweiterung der Kinder- und Jugendlia verknüpft werden.⁶⁰

So kam es, dass Kristinehov trotz aller Probleme weitersubventioniert wurde und weiterexistieren durfte. Auch aus Deutschland flossen zunächst noch Zuwendungen. Bereits im Winter aber wurden die Probleme wieder akut. Für nur acht von 38 Bewohnern erhielt die Schule noch regelmäßige Zahlungen.⁶¹ Hinzu kam, dass nach der Emigration des Gründerpaares nach Palästina die Verantwortung der Schule an zwei Personen übertragen worden war, deren Beziehung untereinander im Januar 1940 so zerrüttet war, dass eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich schien und die Gemeinde eingreifen musste.⁶² Auch aus diesem Grund sollten Schüler aus anderen Teilen der Hilfsarbeit – etwa der Kinder- und Jugendlia – nicht aufgenommen werden, wie ein Brief der Schulleitung an Eva Warburg Ende Februar 1940 beschied. Das Heim sei zu labil für Neuaufnahmen.⁶³ Im Mai 1940 stockte auch der Geldfluss der letzten

59 Protokoll der Zusammenkunft von Vertretern der Hilfskomitees aus Stockholm, Göteborg und Malmö, 4.II.1940, RSG, JfG, E 5:1.

60 MfiS an Jüdische Gemeinde Göteborg, 17.2.1939, RA, JFA, HK, E 1:13.

61 Internat Kristinehov an MfiS, 23.II.1939, RA, JFA, HK, E 1:7.

62 MfiS an Lotte Posener in Jerusalem, 26.I.1940, RA, JFA, FS, E 2:11.

63 A. Levy an Eva Warburg, 28.2.1940, RA, JFA, BA, E 2 a:1.

Elternteile und wieder geriet Kristinehov in Bedrängnis. Zudem quartierte der Staat nach dem deutschen Angriff auf Dänemark Soldaten ein, die den Schulbetrieb behinderten.⁶⁴

Im Herbst 1940 sah sich das Hilfskomitee gezwungen, die Schule endgültig zugunsten anderer Hilfsaktionen zu schließen. Der Beschluss zur endgültigen Abwicklung wurde auf einem Treffen in Gunnar Josephsons Privatwohnung am 27. Mai 1940 gefasst, bei dem auch Eva Warburg anwesend war. Als offizieller Grund für die Schließung wurde die geringe Anzahl Schüler benannt.⁶⁵ Eva Warburg bemühte sich im Juli noch, die Kinder in die Jugendalija aufzunehmen. Sie hatte sich bei ihren Schützlingen der Jugendalija in Hälsinggården aufgehalten und einen Hof in der Nähe gefunden, der ihr geeignet schien, für die Kristinehov-Kinder als »Zweiganstalt« von Hälsinggården zu dienen. Durch die Einbindung in die Stiftung für landwirtschaftliche Ausbildung, die Hälsinggården offiziell trug, würde so zudem eine gewisse »Ungebundenheit« gegenüber der Gemeinde entstehen und diese um eine Sorge »erleichtert«. ⁶⁶

Daraus wurde letztlich nichts. Einige Schüler waren alt genug, dass man ihnen zur Selbstversorgung Arbeitsgenehmigungen beschaffte, andere wurden in das Heim der Jugendalija in Hälsinggården und die verbleibenden Kinder in das Kinderheim in Ebbarp bei Osby verlegt. Auch dieses lag in Südschän. Das war das Ende des Posener-Projekts. Seine Schule, ausgelegt für ungefähr 100 Schüler, war am Anfang mit 30 Kindern gestartet. Bis zur Auflösung hatten dort insgesamt 175 Schüler Unterricht erhalten, von denen 140 das Land wieder verlassen hatten.⁶⁷ Formal wurden die verbliebenen Kinder nun in die allgemeine Kinderquote des Hilfskomitees überführt.⁶⁸ Vier der zuletzt acht Lehrerinnen und Lehrer zogen mit den verbleibenden Schülern in das neue Heim bei Osby, für die übrigen wurden Arbeitsgenehmigungen beantragt.⁶⁹

Schon im Oktober 1939 aber musste sich die Gemeinde der Frage stellen, wie mit älteren Schülern der Internatsschule umgegangen werden sollte. Zwei Schüler vollendeten in jenem Herbst ihr 16. Lebensjahr und hätten damit eigentlich Schule und Land verlassen müssen. Da absehbar war, dass dies bald noch mehr Schüler betreffen würde, schlug ein Mitglied dem Hilfskomitee vor, eine prinzipielle Entscheidung zu treffen. Sie in die Hachschara zu transferieren, hätte die dringend benötigte Quote des Hechaluz belastet. Besser schien es, diesen eine ordentliche Arbeitserlaubnis zu verschaffen.⁷⁰ Das Hilfskomitee vertagte aber eine Entscheidung.⁷¹ Zunächst bat es den Direktor, die Jugend-

64 A. Levy an MfiS, 17.5.1940 und 1.9.1940, RA, JFA, FS, E 2:11.

65 Protokoll des Treffens in RA, JFA, FS, A 1:1.

66 Eva Warburg an Gunnar Josephson, 10.7.1940, RA, JFA, FS, E 2:11.

67 Köpniwsky: Några ord, S. 14, RA, JFA, FS, F 4 a:10.

68 MfiS an Sos Generaldirektören Kai Höjer, 24.11.1941, RA, JFA, E 1 a:1.

69 MfiS an Sos, 23.9.1940, RA, JFA, FS, E 2:11.

70 Handlingar, avseende kommitténs sammanträde den 2/10 1939, RA, JFA, HK, A 2:2

71 Protokoll, 30.10.1939, RA, JFA, FS, Protokoll, A 1:1.

lichen vorläufig dortzubehalten.⁷² Eine grundsätzliche Entscheidung wurde nie getroffen, das Hilfskomitee entschied diese Frage künftig von Fall zu Fall. Im Juli 1940 wurde dann klar, dass weitere Jungen praktisch gestrandet waren, da auch mit einem »Permit« die Chancen, nach Palästina oder zu Verwandten zu reisen, unrealistisch waren und die Heranwachsenden weitergehende Schulen besuchen mussten.

Die gescheiterte Reise einer Jugendalija-Gruppe unter Eva Warburg hatte vielen Beteiligten die Augen geöffnet und sie suchten nun nach Alternativen. Die Jugendlichen mussten in allererster Linie ihre Ausbildung fortsetzen – zum Teil, um eventuelle spätere Auswanderungsmöglichkeiten zu verbessern, zum Teil aber auch, weil sie so den rigiden schwedischen Anforderungen an eine Aufenthaltserlaubnis eher entsprachen. Verschärft wurde die Lage durch die drohende Schließung des Internats. Manfred Moritz, der pädagogische Leiter von Kristinehov, fragte im Juli 1940 folgerichtig bei der Gemeinde in Stockholm an, was jetzt mit einigen Schülern passieren solle. Im Falle eines Jungen schlug er vor, diesen in den Kibbuz Hälsinggården zu verlegen, wo er dann im nahe gelegenen Falun das Gymnasium besuchen könne. Für einen eher naturwissenschaftlich und handwerklich begabten Jungen empfahl er das Realschuleexamen.⁷³

Erwin Leiser hatte sich als intelligent und begabt erwiesen und den Wunsch geäußert, Rabbiner zu werden. Die dafür notwendige Hochschulreife hing von dem weiteren Besuch einer höheren Schule ab, der aber Geld für den Lebensunterhalt kostete. Für solch eine Ausbildung und die Logis in Stockholm veranschlagte die Gemeinde monatliche Zuschüsse in Höhe von 75 Kronen.⁷⁴ Sie suchte nach einer preisgünstigeren Alternative und fand diese auch in einer Familie in Malmö, die bereit war, Erwin aufzunehmen. Dort würde er das »studentexamen«, die Hochschulreife, in der nahe gelegenen Stadt Lund absolvieren können.⁷⁵ Bei Familie Goldbaum erging es Leiser aber nicht gut, da sie ihn nach dessen eigenen Angaben »hinauswarf«, als das Zimmer benötigt wurde.⁷⁶ Auch bei der nächsten Familie in Landskrona war er nicht adäquat untergebracht. Diese lebte zwar koscher, von der Gemeinde verlangte die recht einkommensschwache Familie aber den stattlichen Satz von 90 Kronen Unterhalt, während viele der Pflegefamilien für die Kinder nur 50 Kronen erhielten. Zudem befürchtete die Kinderabteilung im Dezember 1940, dass der Junge in dem wenig intellektuellen Umfeld nicht genug Förderung erhalten würde.⁷⁷ Die Familie war erst 1905 aus Russland nach Schweden gekommen und ernährte sich, indem sie den Fischern ihre Dienste als Schuster anbot.⁷⁸ Leiser schaffte es letztlich trotz aller Widrigkeiten, in Landskrona sein Abitur in einer Fern-

72 MfiS an Internatskolan Kristinehov, 1.11.1939, RA, JFA, HK, E 1:7.

73 Manfred Moritz an MfiS, 12.7.1940, RA, JFA, FS, E 2:11.

74 MfiS an Hans Lehmann, 4.8.1940, RA, JFA, BA, E 2 A:3.

75 MfiS an Internatskolan Kristinehov, 23.9.1940, RA, JFA, BA, E 2 A:3.

76 Erwin Leiser: Gott hat kein Kleingeld. Erinnerungen, Köln 1993, S. 84.

77 BA an Max Schönkopf, 10.12.1940, RA, JFA, BA, E 3 A:1.

78 Leiser: Gott hat kein Kleingeld, S. 85.

schule zu machen, bei der er dann sogar eine Anstellung finden sollte.⁷⁹ Zudem hatte er die Hoffnung, seine Mutter nach Kriegsende wiederzusehen, da dieser die Flucht nach London geglückt war. Mutter und Sohn hatten sich auch auf der Durchreise durch Schweden noch einmal getroffen.⁸⁰ Letztlich blieb Leiser in Schweden, wo er sich als Dokumentarfilmer einen Namen machte. Bekannt mit vielen Künstlern und Intellektuellen, wurde er auch zu einem Vertrauten von Nelly Sachs.⁸¹

Aber auch den anderen auf der regulären Kinderquote ins Land gekommenen Kindern drohte mit Kriegsausbruch neues Unheil. Ursprünglich nach Schweden gesandt, um auch den Eltern die Ausreise zu erleichtern, fanden sie sich in Schweden mit einem doppelten Problem konfrontiert. Zum einen hatten es viele Eltern nicht geschafft, aus Deutschland zu fliehen, und zum anderen beschränkten sich ihre Ausreisemöglichkeiten aus Schweden immer weiter. Im Oktober 1940 teilte die Kinderabteilung der Gemeinde der Pflegemutter von Karl und Grete Neumann mit, dass die Schiffe unter freiem Geleit in die USA keine Flüchtlinge mitnehmen und die Kinder also nicht zu ihren Eltern fahren könnten.⁸² Zudem liefen auch ihre Aufenthaltsgenehmigungen in Schweden aus. Zwar hatte die Regierung, wie erwähnt, nicht annähernd so strikt auf einem kurzen Transitaufenthalt bestanden, wie es bei den Erwachsenen Transmigranten der Fall war, aber die letztlich oft langen Aufenthaltszeiten wurden zunehmend zu einer Belastung für die Kinder, deren schwedische Gasteltern und die Gemeinde.

Im April 1940 erfuhr die Kinderabteilung, dass Dörte Feinbergs Gasteltern sie nicht über das zugesagte Jahr hinaus betreuen konnten. Nun sei zudem die Kriminalpolizei wegen der Aufenthaltsgenehmigung vor Ort gewesen und der Beamte habe – obgleich eigentlich wohlgesinnt – die Rückführung ins Spiel gebracht, sollte der Aufenthalt nicht gesichert sein.⁸³ Dörte war am 7. Juni 1939 als Zwölfjährige nach Schweden eingereist.⁸⁴ Das in Berlin geborene Mädchen gehörte zu der Gruppe Kinder, die sogar ein Affidavit für die USA vorweisen konnten. Formal hätte sie also eventuell eine Chance gehabt, in die USA weiterzureisen. Allerdings sah sich weder die Gemeinde noch der Affidavitgeber in der Lage, die Reisemittel zur Verfügung zu stellen. Dennoch sollte Dörte nach Ansicht der Gemeinde die Ausreise nach Amerika weiter forcieren und ohne eine Intervention der Gemeinde an das amerikanische Konsulat schreiben. Vielleicht wäre zu einem späteren Zeitpunkt ein Zuschuss für die beschwerliche Reise über den Fernen Osten möglich,⁸⁵ die auf dem Landweg durch die gesamte

79 Ebd., S. 91.

80 Ebd., S. 80f.

81 Ihr umfangreicher Briefwechsel mit Erwin und Vera Leiser in Kungliga Biblioteket Stockholm (KB), Nelly Sachs Samling, L 90:2.

82 MfIS an Margit Holmgren-Ekmann, 9.10.1940, RA, JFA, BA, E 2 a:2.

83 Eva Schäffer an MfIS, 29.4.1940, RA, JFA, BA, E 2 a:1.

84 Karteikarte Dörte Feinberg, Kortregister Barnavdelningen, RA, JFA, BA, D 1 b:2.

85 MfIS an Eva Schäffer, 16.5.1940, RA, JFA, BA, E 2 a:1.

Sowjetunion bis nach China und dort von Shanghai auf dem Seeweg an die amerikanische Westküste führte.

Diese mehrere Wochen, oft gar Monate dauernde Reise barg für ein Kind Gefahren. Und tatsächlich erklärte sich das Hilfskomitee zwei Wochen später bereit, sich um eine Begleitung für das Kind zu bemühen, sofern das Fahrgeld und ein Termin zur Visumerteilung vorliegen würden.⁸⁶ Gemeint ist hier wahrscheinlich ein anderer Transmigrant, der diesen beschwerlichen Weg nehmen würde. Dörte fuhr letztlich nie in die USA, sondern blieb in Schweden, wo sie einen Sohn gebar, einen Schweden heiratete und dadurch schließlich die schwedische Staatsbürgerschaft erlangte. Die erwähnte Grete Neumann allerdings reiste am 25. November 1940 als Siebenjährige über Russland in die USA. Ihr Bruder folgte erst 1948.⁸⁷ Dörtes Not war kein Einzelfall. Auch anderen Kindern wurden nach einer gewissen Zeit die Zusagen der Gasteltern oder Sponsoren aufgekündigt. Immerhin waren alle Beteiligten ursprünglich davon ausgegangen, dass die Kinder in absehbarer Zeit mit ihren Eltern vereint sein würden. Das Hilfskomitee der Gemeinde in Malmö musste ältere Jungen aus ihrem Kinderheim bei Bauern unterbringen, um Platz für solche Kinder zu schaffen.⁸⁸

Im April 1940 benachrichtigte Josef Kotzin die Gemeinde, er könne den Pflegesohn Hans Wiener nicht behalten, da seine eigenen Kinder heimkämen und Platz benötigten. Zudem, fügte er hinzu, mache Hans auch zu viel Wäsche. Letztlich ging es aber auch um mehr Geld. Aus dem Briefwechsel geht hervor, dass Kotzin 75 Kronen pro Monat für die Unterbringung forderte, während im Regelfall 50 Kronen gezahlt wurden. Letztlich erhielt er 60 Kronen, da der Junge nach Ansicht der Gemeinde alt genug war, um auch im Haushalt zur Hand zu gehen und so für seinen Aufenthalt mitsorgen könne.⁸⁹ Darüber, was es für Hans bedeuten musste, dort eigentlich nicht mehr wohlgeglitten zu sein, lässt sich nur spekulieren. Dabei war das finanzielle Argument der Pflegefamilien angesichts der Preissteigerungen seit Kriegsbeginn nicht von der Hand zu weisen. Auch eine andere Pflegemutter bat im Frühsommer 1940 um eine Erhöhung der Spesen für die Herbergskinder, da diese ihr die »Haare vom Kopf fräßen«. Die beiden Jungen waren inzwischen zu jungen Männern herangewachsen. Die Gemeinde antwortete aber auch hier, dass die veranschlagte Summe ausreichen müsse, zumal der Ältere nun bald das Alter von 16 Jahren erreiche und ihr zur Hand gehen könne.⁹⁰

Solche Geldforderungen mussten nicht bedeuten, dass die Sponsoren keine Hilfe mehr leisten wollten, aber etliche waren durch verarmte Verwandte oder Bekannte in Deutschland oder anderswo gefordert. Elsa Thulin schrieb

86 MfIS an Eva Schäffer, 29.5.1940, RA, JFA, BA, E 2 a:1.

87 Kortregister Barnavdelningen, RA, JFA, BA, D 1 b:2.

88 Protokoll der Besprechung zwischen den Hilfskomitees in Stockholm, Göteborg und Malmö, 4.11.1940. RSG, JfIG, E 5:1.

89 Briefwechsel zwischen dem 29.4.1940 und dem 29.5.1940, RA, JFA, BA, E 2 a:1.

90 Eva Grill an MfIS, 24.5.1940, und Antwort vom 30.5.1940, RA, JFA, BA, E 2 a:1.

am 15. Mai 1940 der Gemeinde, dass sie für das Kind, das sie ursprünglich unterstützt hatte, nun nach eineinhalb Jahren nicht mehr sorgen könne, da sie jetzt ihren Cousin in Frankfurt unterstützen müsse. Sie sagte zu, ihre Hilfe noch bis Ende des Jahres 1940 fortzusetzen. Auch hatte sie mit der Gattin des Oberrabbiners Marcus Ehrenpreis gesprochen und dort nachgefragt, ob diese nicht helfen könne. Die hatte aber abgelehnt, weil sie selbst Verwandte in Polen unterstützte. Ende des Monats kam es zu einem Kompromiss und die Gemeinde sprang ein. Das Kind Cäcilie kam noch für kurze Zeit ins Internat Kristinehov, während Thulin noch zu den Kosten beitrug.⁹¹ Solcherlei Hilfen von Gemeindegliedern und nicht jüdischen Schweden schlugen sich in den Statistiken zur Hilfe für die deutschen Flüchtlinge nicht nieder und konnten deshalb nicht berücksichtigt werden. Überall in den Akten aber finden sich Spuren dieser oft selbstverständlichen Hilfe, die in die Bewertung der schwedischen – schwedisch-jüdischen – Hilfsmaßnahmen einbezogen werden müsste.

Interessant ist das Fallbeispiel auch deshalb, weil es die selten explizit genannten Erwartungen der Hilfeleistenden offenlegt: Im Juli 1940 beschwerte sich Thulin bei der Gemeinde, dass das Kind nie aus dem Internat schreibe und Thulin keine Sympathie mehr für sie empfinde. Die Gemeinde sprach daraufhin ihr Bedauern aus, dass das Kind die Hilfe nicht wertschätze. Die Kinderabteilung habe ihr sofort geschrieben, um ihr ihr schlechtes Benehmen vor Augen zu führen.⁹² Vorwürfe der Undankbarkeit an diejenigen, denen geholfen wurde, sind in den Akten nicht selten zu finden. Spender und Helfer beanspruchten eine »Belohnung« durch Briefe, Danksagungen oder andere informelle Gesten. Es scheint aber durch, dass die Helfer letztlich eine gewisse unterwürfige Dankbarkeit erwarteten, die ihnen aber nicht immer gezeigt wurde. Mancher Flüchtling beschwerte sich sogar über die kargen Zuschüsse. Wenn verunsicherte 13-jährige Kinder dem Anspruch nicht genügten, legten die Helfer dies als Undankbarkeit aus. Vicky Caron berichtet Ähnliches aus Frankreich.⁹³

In vielen Fällen schrieb die Gemeinde nun die Pflegeeltern an und bat diese, einen Fragebogen auszufüllen, der Fragen zu den Adressen der Eltern, etwaigen Schriftwechsel mit Verwandten im Ausland und Auswanderungsplänen der leiblichen Eltern enthielt.⁹⁴ Auf diesem Wege hoffte das Hilfskomitee wie bei den Transmigranten zu erfahren, wie viele Kinder das Land vielleicht doch noch würden verlassen können. So rechnete es sich aus, die Mittel für eine Auswanderungsförderung oder aber für die fortgesetzte Unterbringung der Schützlinge besser planen zu können. Zudem erhoffte es sich sicherlich auch zu erfahren, wo es noch zusätzliche Unterstützer geben könnte. Das Hilfskomitee der Gemeinde stand in vielen Fällen vor einem Dilemma. Einerseits verfügte es kaum noch über

91 Elsa Thulin an MfS, 15. und 20.5.1940, RA, JFA, BA, E 2 a:1.

92 Elsa Thulin an MfS, 4.7.1940, und Antwort vom 10.7.1940, RA, JFA, BA, E 2 a:3.

93 Vicky Caron: *Loyalties in Conflict. French Jewry and the Refugee Crisis 1933-1935*, in: *LBI YB 36* (1991), S. 305-338, hier S. 315.

94 Musterschreiben MfS, hier an eine »Fru L Johansson«, RA, JFA, BA, E 2 A:1.

freie Mittel, während eine erneute Besteuerung der Gemeindemitglieder angesichts der durch den Krieg gestiegenen Lebenshaltungskosten unmöglich schien, andererseits bedeutete jedes Kind, das auf die Reise ging, auch einen neuen freien Platz auf der Quotenliste. So bot das Komitee der Mutter von Sascha und Heinrich Dukatenzeiler an, ihre beiden Söhne im Alter von zwei und sechs Jahren, die am 25. April 1939 aus Graz gekommen waren, allein auf einen Transport nach Palästina zu schicken.⁹⁵ Da kein Transport mehr zustande kam, der diese beiden sehr jungen Kinder hätte mitnehmen können, blieben sie in Schweden.⁹⁶

Mit dem Krieg und dem fortschreitenden Alter der als Kinder ins Land gelangten Menschen sah sich die Gemeinde mit neuen Problemen konfrontiert. Idealerweise hätten sich die Jugendlichen mit zunehmendem Alter in den Arbeitsmarkt integrieren und damit auf die Unterstützungsleistungen verzichten können. Nun war eben dieser Eintritt in den Arbeitsmarkt durch die schlechte wirtschaftliche Lage und die restriktiven Regelungen zu Arbeitsgenehmigungen erschwert. Außerdem hatten viele Jugendliche andere Vorstellungen. Aufgewachsen in bürgerlichen Verhältnissen, hingens sie und ihre Eltern Bildungsideal an, die weit über eine Hilfsarbeit als Kontorist oder Waldarbeiter hinausgingen. Die Ausnahme stellten hier einige zionistische Auszubildende dar.

Das Problem nach Kriegsbeginn waren die Kosten einer weiterführenden Ausbildung. Im September 1940 beschied die Kinderabteilung einer Pflegemutter in Stockholm, dass sie die Schulbücher für die 14-jährige Martha aus Wien nicht bezahle. Sie sei nicht zuvor gefragt worden und derzeit sei eine Ausbildung, die nicht vor dem 18. Lebensjahr ende und zudem eine daran anschließende weiterführende Ausbildung erfordere, bevor das Kind selbstständig arbeiten könne, nicht möglich.⁹⁷ Die Gasteltern hatten das Kind auf eine höhere Schule schicken wollen. Anderes blieb noch möglich: Im April 1940 bat Marie Ginzburger um etwas Extrageld. Ihr Rad, das sie aus Deutschland mitgebracht hatte, war defekt. Eine eigene Reparatur war aussichtslos, sie benötigte das Rad aber für den halbstündigen Weg zur Fabrik, in der sie arbeitete. Die Kinderabteilung unterstützte sie mit 16 Kronen für eine professionelle Reparatur.⁹⁸ Bis 1942 hatten nach Angaben von Sophie Michaeli, der Leiterin des Kinderheims Tullgarn bei Uppsala, etwa 60 der älteren Kinder aus den Kinderheimen, Kibbuzim und Internaten und 50 der Kinder aus Gastfamilien eine Erwerbsarbeit angenommen und standen so auf eigenen Füßen. Die männlichen Jugendlichen arbeiteten zumeist in der Landwirtschaft, die weiblichen in Haushaltsberufen.⁹⁹

95 MfIS an Mina Dukatenzeiler, 14.10.1940, RA, JFA, BA, E 2 A:2.

96 Karteikarten Sascha und Heinrich Dukatenzeiler, Kortregister Barnavelningen, RA, JFA, BA, D 1 b:1.

97 MfIS an »Frau Kaufmann«, 20.9.1940, RA, JFA, BA, E 2 A:2.

98 Marie Ginzburger an BA, 13.4.1940, und Dankesbrief vom 21.4.1940, RA, JFA, BA, E 2 a:1.

99 Sophie Michaeli: Flyktningbarn i Sverige. Föredrag i Bondkyrko Husmödersförening, Uppsala, in: Judisk Tidskrift (1941), Nr. 11, konsultiert als Sonderdruck in RA, JFA, FS, F 4 a:3.

Geldmangel und Hilfe aus dem Ausland

Von Beginn an war für die schwedisch-jüdische Hilfsarbeit vor allem die Frage entscheidend, wie die Auswanderung der bereits im Land befindlichen Flüchtlinge oder ihr Aufenthalt ohne Belastung der schwedischen Staatskasse bewerkstelligt werden könnte. Aus diesem Grund wurden nordamerikanische und internationale jüdische Hilfsorganisationen immer wichtiger. Sie hatten lange die Weiterreise von Chawerim aus der Hachschara mitfinanziert. Der größte Beitrag war durch die HICEM geleistet worden. Diese war 1927 entstanden, als sich die *Hebrew Immigrant Aid Society* (HIAS) in New York, die *Jewish Colonization Association* (JCA) in Paris und *Emigdirect* aus Berlin zur HICEM zusammenschlossen. In dieser wurden die Zweigstellen aller drei Organisationen zusammengefasst, nur die Immigration in die USA sollte weiter durch die HIAS organisiert werden. 1934 zog sich die *Emigdirect* aus der Vereinigung zurück und die eigentlich britische JCA verwendete ihre Mittel während des Krieges nur noch innerhalb des Vereinigten Königreichs. So musste zeitweilig die HIAS einen Großteil der internationalen Flüchtlingsarbeit der HICEM finanzieren. Zum Zeitpunkt des Kriegsausbruchs betrieb diese überall in Europa und Lateinamerika Büros, die den Flüchtlingen bei der Ausreise und Einreise Beratung und Hilfe boten. Das europäische Hauptquartier befand sich in Paris, zog aber nach der deutschen Eroberung der Stadt nach Lissabon um. Zugleich wurde die HICEM ab 1940 durch den Joint unterstützt. Ungefähr 90.000 Juden verließen Europa mit der Hilfe von HICEM. Die HICEM fand in der Regel direkte Sponsoren, die zu den Flüchtlingen persönlichen Kontakt aufnahmen und die Weiterwanderung finanzierten. Nach der Verlegung des Büros ebnten die Hilfsgelder für die nach Schweden geflüchteten Juden aber merklich ab.

Zur wichtigsten Finanzquelle für die kleine schwedische, jüdische Gemeinschaft entwickelte sich im Laufe der 1930er Jahre aber die Organisation, die letztlich wie keine andere den jüdischen Flüchtlingen Kontinentaleuropas helfen sollte – der Joint. Die Organisation war 1914 gegründet worden, um den Juden im damaligen osmanischen Palästina zu helfen, die unter Hunger litten, doch entwickelte sich das Joint Distribution Committee bald zu einer der wichtigsten internationalen jüdischen Hilfsorganisationen. Die Initiative ging vom damaligen US-amerikanischen Botschafter in der Türkei Henry Morgenthau aus, dem es gelang, Hilfsgelder zu sammeln. Mittel aus der ersten Sammlung kamen bald auch Juden im kriegsverheerten Europa zugute. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges kümmerte sich der Joint auch um Juden, die Opfer von Pogromen, Verfolgungen und Hungersnöten im nachrevolutionären Russland und in Polen wurden. Ab 1921 arbeitete er dann mithilfe von lokalen Zweigstellen. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten verstärkte das Komitee seine Bemühungen um deutsche Juden und half bei der Finanzierung der Flucht. Der Joint war letztlich der größte einzelne Geldgeber für die schwedische Flüchtlingsarbeit. Seine Finanzierung begann 1938 und erreichte mit 146.000 US-Dollar jährlich 1940 einen größeren Umfang. Bis dahin trug die Gemeinde die Arbeit noch

selbst und erhielt Zuschüsse von der HICEM. Die erzwungene Verlegung des Büros ins neutrale Portugal unterbrach aber vorübergehend den Kontakt. Schon im September 1939 schlug Kurt Stillschweig folgerichtig vor, mit dem Joint eine »prinzipielle Korrespondenz« zur Finanzierung der Hilfsarbeit zu beginnen.

Im Juli 1940 berichte die Stockholmer Gemeinde ausführlich über die bislang geleistete Hilfe und bat das Joint Distribution Committee in New York eindringlich darum, die durch den Krieg entstandenen Engpässe zu schließen.¹⁰⁰ Die HICEM habe vereinbarungsgemäß zwei Drittel der aufgewandten Kosten rückerstattet, diese fehlten aber nun. Auch seien die Preise für die Schiffsfahrkarten über den Atlantik mit dem Kriegsausbruch von 115 auf 195 US-Dollar gestiegen. Die Finanzierungslücke betrug 64.000 Kronen, bzw. 15.400 US-Dollar. Die Gemeinde hatte im ersten Halbjahr 1940 selbst fast 392.000 Kronen ausgegeben und die »Schwestergemeinden« in Göteborg und Malmö weitere ca. 50.000 Kronen.¹⁰¹ Der Joint reagierte zunächst zögerlich, fragte nach genauen Zahlen und bat um mehr Informationen. Dank der Fragebogen Stillschweigs war das Hilfskomitee in der Lage, das Ersuchen zu präzisieren. Dringende Hilfe wurde benötigt für: 50 Personen, die Visa besaßen, aber kein Geld für die Reise hatten, 70 Personen, die mit einer Fahrkarte gleich ein Visum bekommen würden, und 170 Personen, die in den folgenden drei Monaten ein Visum erhalten könnten, sofern sie eine Fahrkarte vorwiesen. Für diese Kosten konnte die Gemeinde keine staatlichen Beihilfen erwarten, sie hoffte aber, ca. ein Drittel selbst »von privater Seite« aufbringen zu können. Da Stockholm jede Reise mit ca. 1500 Kronen veranschlagte, benötigte man also 290.000 Kronen oder 70.000 US-Dollar – ein sehr hoher Betrag. Der Joint überwies 1500 US-Dollar als Soforthilfe, die das Stockholmer Hilfskomitee als sprichwörtlichen Tropfen auf den heißen Stein annahm, um zugleich für die restlichen Beträge erneut anzufragen.¹⁰²

Der Joint verstetigte dann seine Finanzierung und das Hilfskomitee reichte nun regelmäßige Schätzungen zum Finanzbedarf auf der Grundlage der letzten Monate ein. Der Bedarf stieg gleichmäßig an, da die Zahl der zu unterstützenden Flüchtlinge über 16 Jahre stetig zunahm, niemand das Land verlassen konnte und die Eigenmittel verbraucht waren. Gleichzeitig stiegen die Lebenshaltungskosten, die niemand so vorausgesehen hatte, als das Hilfskomitee die Verantwortung für insgesamt 950 Quotenflüchtlinge übernommen hatte.¹⁰³ Anders als die Zahlungen von HICEM, die individuelle Fälle und deren Weiterwanderung betrafen, unterstützte der Joint das Hilfskomitee mit Pauschalsummen. Dieses Vorgehen entsprach seiner allgemeinen Politik.¹⁰⁴

100 MfS an JDC New York, 29.7.1943, RA, JFA, FS, E 2:10.

101 MfS an JDC New York 5.8.1943, RA, JFA, FS, E 2:10.

102 MfS an JDC New York 11.10.1943, RA, JFA, FS, E 2:10.

103 MfS an JDC Lissabon, 5.11.1940, RA, JFA, FS, E 2:10; und 17.12.1940, RA, JFA, FS, E 1 a:1.

104 Valery Bazarov: HIAS and HICEM in the System of Jewish Relief Organisations in Europe 1933-1941, in: *East European Jewish Affairs* 39 (2009), Nr. 1, S. 69-78, hier S. 76.

Passagen in die Freiheit

In den Berichten über die Hilfeleistungen der schwedischen Juden geht die Hilfe für Menschen, die – ohne Teil der Quoten zu sein – durch die Hilfskomitees bei ihrer Emigration unterstützt wurden, häufig unter. Der Anteil dieser Ausgaben am Hilfsbudget stieg beharrlich und besonders stark im Sommer 1939. Waren es anfänglich kleinere Summen, so bezahlte die Stockholmer Gemeinde im August 1939 etwa 8000 Kronen und im Folgemonat schon 16.000 Kronen.¹⁰⁵ Binnen eines Monats hatte sich die Summe also verdoppelt. Nirgendwo aber tritt diese Aufgabe innerhalb der Logistik der Flüchtlingsströme so klar zum Vorschein wie in der Arbeit der jüdischen Gemeinden in Malmö und Göteborg. Im ersten Quartal 1939 mussten die Göteborger bereits ebenso viel Geld für Reisekostenunterstützung aufbringen wie im gesamten Vorjahr.¹⁰⁶ Insbesondere der wichtigste schwedische Hafen an der Westküste, Göteborg, wurde zu einem letzten Ausfallstor für die Juden Mitteleuropas, lag er doch in einem neutralen Land und konnte deshalb nach dem deutschen Angriff auf Polen noch für eine kurze Zeit von Schiffen angelaufen werden, die Kurs auf Nordamerika nahmen. Die Bestimmungen zum sicheren Geleit schwedischer und – bis zum Kriegseintritt der USA – auch amerikanischer Schiffe waren streng und machten manchmal die Beförderung Staatenloser oder deutscher Juden unmöglich. Dennoch richteten sich seit dem Herbst 1939 viele Hoffnungen auf diese Verbindung in die Freiheit.

Sehr häufig übernahm die Abteilung Wanderung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland – der ehemalige Hilfsverein – die Buchung bei den Linien, aber Julius Hüttner, Generalkonsul für Costa Rica, Kaufmann und Mitglied des Gemeindevorstands der Jüdischen Gemeinde in Göteborg sowie Vorsteher des dortigen Hilfskomitees, kümmerte sich unermüdlich um die nachts in Göteborg mit dem Zug eintreffenden Flüchtlinge.¹⁰⁷ Die Reichsvereinigung kündigte ihm regelmäßig die Zahlen und Ankunftsdaten ganzer Reisegruppen mit, die sie gemeinsam auf den beiden Schiffen der *Svenska Amerika Linie* (dt. Schwedische Amerikalinie, kurz S. A. L.), *S/S Drottningholm* und der *M/S Gripsholm*, gebucht hatte. Hüttner im Gegenzug meldete diese Zahlen auf Bitten der amerikanischen Hilfsorganisation *National Refugee Service* nach New York, damit diese die Ankommen dort in Empfang nehmen konnten. Er sorgte auch dafür, dass die Flüchtlinge trotz Übergepäck auf den Schiffen mitfahren konnten. Hüttner tat dies, obwohl er die Flüchtlingsarbeit in Göteborg nur ehrenamtlich zusammen mit einer Angestellten seines Büros leitete. Seine Gemeindeglieder bemüht-

105 Berättelse angående hjälpsverksamheten under året, November 1939, RA, JFA, FS, F 4 A:1.

106 Die Angaben finden sich als Anhang zu einem Schreiben der MfS vom 6. Juni 1939 an die Göteborger, in dem um Auskunft über die Ausgaben gebeten wurde. RSG, JfiG, F 9 n:1.

107 Alle im Folgenden zitierten Schreiben, wenn nicht anderweitig nachgewiesen, in RSG, JfiG, E 5:1.

ten sich um die Unterbringung der Durchreisenden. Reisende ohne besondere Bedürfnisse begaben sich selbstständig zu dem von der Svenska Amerika Linie genutzten Hotel. Hüttner bat die Reichsvereinigung Ende Oktober 1939, diese möge den Reisenden raten, direkt nach Göteborg durchzufahren und nicht in der ersten Stadt auf schwedischem Boden (oft das kleine Trelleborg oder die nächstgrößere Stadt Malmö) zu übernachten. Das Hilfskomitee in Malmö sei überfordert und könne mit seinen wenigen einkommensschwachen Mitgliedern die Arbeit nicht bewältigen. Im September 1939 bat Julius Hüttner die HIAS in New York um einen Gesprächstermin, da er sich ohnehin in New York und Chicago zur Weltausstellung aufhalte und gerne Probleme der Flüchtlingsarbeit besprechen wolle. Die HIAS war wie der National Refugee Service eine wichtige Partnerin in der Hilfe für die Flüchtlinge im Transit. Aus den Gesprächen in Amerika entwickelte sich eine rege Korrespondenz, die auch die Wertschätzung der amerikanischen Hilfsorganisationen für die Arbeit Hüttners zeigt.

Die Finanzierung der Reisen stellte in jenen Monaten neben der Visafrage das größte Problem dar. Sogar diejenigen, die Visa besaßen, hatten dafür zumeist ihr restliches Vermögen ausgegeben und standen nun vor exorbitanten Reisekosten. Ende Oktober informierte Hüttner die Reichsvereinigung, dass eine Reise durch Oslo anstatt durch Göteborg eine Ersparnis von zehn US-Dollar pro Person ergeben würde, da die Passage preiswerter sei und durch den Nachtzug nach Oslo keine Übernachtungskosten in Göteborg oder Malmö anfallen würden. Die Reichsvereinigung bat ihn, weitere Verhandlungen mit den Göteborger Linien zu führen. Zwar sei sie für den Hinweis auf die Oslo-Option dankbar, sie könne aber auf die schwedischen Linien nicht verzichten. Vielleicht erhoffte sich Hüttner mit dem Hinweis auch eine Entlastung der eigenen Mittel in Göteborg, denn er teilte der Reichsvereinigung auch mit, dass das Göteborger Komitee nicht in jedem Fall die Kosten einer Unterbringung übernehmen könne. Die Mittel der 200 steuerpflichtigen Gemeindemitglieder waren sehr beschränkt. Eine große Belastung verursachte insbesondere das Übergepäck deutscher Reisenden. Anstelle der angemeldeten und durch die Schifffahrtslinien erlaubten Gepäckmengen brachten die deutschen Flüchtlinge immer wieder zu viel Gepäck mit, das die Schifffahrtslinien gesondert berechneten. Aus der Sicht der Flüchtlinge war es nur allzu verständlich, dass diese so viel wie nur irgend möglich von ihrem Besitz ins Ausland mitnehmen wollten. Doch die deutschen Auswanderungsvorschriften erlaubten nur eine beschränkte Menge von Devisen bei der Ausreise aus dem deutschen Reich. So waren Julius Hüttner und das Komitee in Göteborg mehrfach vor die Situation gestellt, dass die Reisenden ihr Übergepäck nicht selbst zahlen konnten. Hüttner gelang es dank guter Kontakte zur Amerikalinie manchmal, die Kosten für das Übergepäck zu senken. Aber dennoch beschwerte er sich in Berlin über diese zusätzlichen Belastungen. Im Februar 1940 versicherte ihm die Reichsvereinigung, dass er nicht der einzige Helfer mit derartigen Problemen sei, und dass sie mit einer Anzeige im *Jüdischen Nachrichtenblatt* die Ausreisenden ermahnt habe, auf keinen Fall mehr als das erlaubte Gepäck mitzunehmen.

War es seit Kriegsbeginn immer schwieriger geworden, sicheres Geleit von den Kriegsgegnern für die schwedischen Schiffe zugesichert zu bekommen, brachte der deutsche Angriff auf Dänemark und Norwegen den Westverkehr zum Erliegen. Für den März 1940 waren mindestens noch zehn Passagiere für die Drottningholm vorgesehen.¹⁰⁸ Im April 1940 wurde die Route über Göteborg infolge des Krieges in Skandinavien geschlossen. Die deutsche Minensperre zwischen der norwegischen Küste und dem dänischen Jütland – die sogenannte Skagerraksperrre – und die britische Politik, alle Schiffe außerhalb der Sperre im Atlantik aufzuhalten, führten zu einer Blockade Schwedens.¹⁰⁹ Noch aber bestand Hoffnung, dass die kriegführenden Mächte nach einem Ende der Kämpfe in Norwegen eine Neuaufnahme des Verkehrs gestatten würden. Hunderttausende deutscher, österreichischer und osteuropäischer Juden mit Ausreisehoffnung saßen auf dem Kontinent fest. Julius Hüttner verhandelte in dieser Zeit in Zusammenarbeit mit der Reichsvereinigung über die Einrichtung einer neuen Linie oder den Einsatz einzelner Schiffe vom finnischen Hafen Petsamo aus. Bis Anfang Juni 1940 kam es zu keiner Lösung. Hüttner musste der Reichsvereinigung sein Scheitern eingestehen. Er tröstete sie damit, dass er sich bemühe, durch Verhandlungen die Göteborger Direktverbindung wieder zu eröffnen. Die Reichsvereinigung dankte Hüttner und bat ihn, es bei Gelegenheit erneut zu versuchen, denn:

»Wir haben hier hunderte von Auswanderern ausreisefertig nach USA, versehen mit Visen, zum Teil auch mit den nötigen Devisen, deren Visen demnächst ablaufen, ohne dass wir eine Möglichkeit zur Ausreise haben, da die Verbindung über Yokohama durch Russland für alle nicht gangbar ist, weil die japanische Linie so viel freie Plätze, wie wir sie benötigen, nicht zur Verfügung stellen kann.«¹¹⁰

Letztlich, so teilte Hüttner der Reichsvereinigung im Juni 1940 mit, seien die Verhandlungen an der schwedischen Seefahrtsbehörde gescheitert. Diese habe die Genehmigung verweigert, da die Schiffe zur derzeitigen Lage nicht gegen die Kriegsriskiken versichert werden konnten, ohne dass eine Zusage sicheren Geleits seitens der kriegführenden Nationen vorlag. Hüttner konnte nicht wissen, dass die schwedische Regierung seit Ende April in zähen Verhandlungen um dieses Geleit mit der britischen Admiralität und der deutschen Seekriegsleitung rang. Im Endeffekt verantworteten also die britische und deutsche Regierung die Situation. In einem Postskriptum erwähnte Hüttner noch einen weiteren Grund: Die amerikanischen Behörden wollten der S.A.L. keine Garantie geben, dass

108 Die Liste verzeichnet zehn Namen von Juden, die mit dem Zug aus Kaunas kommend über Göteborg ausreisen wollten. Für vier Personen ist die US-amerikanische Staatsangehörigkeit angegeben. Es ist unklar, wie viele Personen tatsächlich kamen oder wie viele Passagiere sich insgesamt auf dem Schiff befanden. Die Liste findet sich in Förteckningar över judar mantalskrivna i olika församlingar, DVII.1, RSG, JfiG, D 7:1.

109 Rockberger: Göteborgsrafiken, S. 22.

110 RV, Abt. Wanderung, an Julius Hüttner, 15.6.1940, RSG, JfiG, E 5:1.

ihre Schiffe amerikanische Häfen auch wieder verlassen können. Da eine längere Wartezeit auf Reede in den USA den Verdienst der Hinfahrt zu nichtemachen würde, hätte die S. A. L. alle Angebote ablehnen müssen. Auch in diesem Fall waren die verzweifelten jüdischen Flüchtlinge von Faktoren abhängig, die sich ihrem Einfluss entzogen und in den Geschäftsinteressen derjenigen lagen, die an ihrer Flucht verdienten. Nahezu verzweifelt schrieb die Gemeinde Ende Juli 1940 an den Joint in New York und bat dringend um finanzielle Hilfe bei den Reisekosten jüdischer Flüchtlinge, die in Schweden nur vorübergehende Aufenthaltsrechte genossen und deren Einreiseerlaubnisse für Länder »in Übersee« zu verfallen drohten.¹¹¹

Problematisch waren diese Bedingungen nicht nur für jene Juden, die in Deutschland auf eine Ausreise hofften, sondern auch für die in Schweden befindlichen Transmigranten, die dringend auf eine Weiterreise warteten. Ihre Visa waren gefährdet. Zwischen Sommer 1940 und Frühjahr 1941 gelang es der schwedischen Regierung nur wenige Male, schwedische Schiffe mit Erlaubnis der kriegsführenden Parteien aus Schweden auslaufen zu lassen.¹¹² Diese nahmen jedoch kaum Passagiere und vor allem keine Flüchtlinge mit.¹¹³ Am 10. April 1941 schien sich schließlich eine Chance zu ergeben und Julius Hüttner konnte dem US-amerikanischen National Refugee Service einen Transport von 210 Personen ankündigen. Der Abteilung Wanderung der Reichsvereinigung gegenüber sprach er sogar von 230 Passagieren. Jedoch lag die deutsche Erlaubnis noch nicht vor. Hüttner hoffte auf eine Fahrt Ende Mai.¹¹⁴ Er arbeitete energisch an dem Problem und stand in persönlichem Kontakt zu dem Direktor der Svenska Amerikaliniern.

Jetzt entstand in Göteborg der Plan, die Gruppe auf zwei Schiffe zu verteilen, für die die Schweden die Hälfte der Passagiere aussuchen sollte, während die Reichsvereinigung weitere 100 Personen benennen würde. Ende April informierte Hüttner die Wirtschaftshilfe der Jüdischen Gemeinde in Dresden darüber, dass sogar 90 Prozent der Reisenden in Schweden ausgesucht werden würden. Anscheinend hoffte man dort, zunächst einmal die eigenen Transmigranten in ihre endgültigen Exilländer verschiffen zu können. Widerstreitende Nachrichten von unterschiedlichen Gesellschaften und ständig wechselnde Bedingungen für die Fahrten sowie Umdisponierungen frustrierten nicht nur die Flüchtenden, sondern auch deren Helfer in Berlin.¹¹⁵ So hatte die Berliner American Express Co. als Vertreterin eines skandinavischen Reisebüros Passagen auf

111 Jüdische Gemeinde Stockholm an JDC, 29.7.1940, RA, JFA, FS, E 2:10.

112 Für den genauen Ablauf der Verhandlungen siehe Rockberger: Göteborgstrafiken, Kap. 1, und auf Deutsch Klaus Wittmann: Schwedens Wirtschaftsbeziehungen zum Dritten Reich 1933-1945, München/Wien 1978, S. 312-324.

113 Im Oktober 1940 musste die Kinderabteilung zum Beispiel der schwedischen Pflagemutter zweier Kinder mitteilen, dass diese deshalb nicht zu ihren Eltern fahren könnten. MfiS an Margit Holmgren-Ekmann, 9.10.1940, RA, JFA, BA, E 2 a:2.

114 Alle Schreiben in RSG, JfiG, E 5:1.

115 David Braun an Julius Hüttner, 16.5.1941, RSG, JfiG, E 5:1.

dem Frachter *Remaren* verkauft. Nun verzögerte sich dessen Abfahrt, sodass die Visa der Passagiere verfallen waren. Ein ehemaliger Direktor der Amerikalinie, der in Berlin oft die Fahrt der Flüchtenden von Berlin nach Göteborg arrangiert hatte, hatte in Aussicht gestellt, dass sobald die »Remaren« abgelegt habe, der Weg frei sei für weitere solche Transporte auf Frachtern. Als bald avisierte dann das Reisebüro Cook, dass es im Juli mit 1200 Plätzen für Auswanderer auf der *Drottningholm* rechne. Diese Plätze konnten gebucht werden, obwohl noch nicht klar war, ob die Fahrt wirklich stattfinden würde. Das Mitteleuropäische Reisebüro in Berlin informierte hingegen die Reichsvereinigung, dass im Juni das Schwesterschiff *Kungsholm* von New York nach Lissabon fahren werde, um dort amerikanische Staatsangehörige aufzunehmen. Mitte Juli würde die *Kungsholm* dann aber auf dem Rückweg von Lissabon 500 deutschen Flüchtlingen Platz bieten können.

Inständig bat die Reichsvereinigung Hüttner, sich für die Fahrt der beiden Schiffe einzusetzen. Dieser bemühte sich aber vergebens. Weder die *Drottningholm* noch die *Remaren* nahmen Flüchtlinge mit. Im Juli 1941 veranlasste das Hilfskomitee in Stockholm, wahrscheinlich auf Bitten Hüttners, eine Vereinheitlichung des Vorgehens. Merkblätter und Formulare wurden nach Göteborg mit der Bitte versandt, diese seien von den dortigen Flüchtlingen auszufüllen, sofern diese zeitnah mit einem Visum oder einem Visumverfall rechneten. Auf diese Weise wäre Stockholm auf dem neuesten Stand, falls sich doch noch eine Reisemöglichkeit ergäbe.¹¹⁶ Erst im Spätsommer 1941 trat dieser Fall ein. Die Stockholmer Gemeinde kabelte HIAS-HICEM, dass sie für 40 Personen eine Passagemöglichkeit nach Südamerika erhalten habe.¹¹⁷ Am 15. November 1941 meldete Hüttner an das Stockholmer Hilfskomitee schließlich, dass am heutigen Tage »alle mitgekommen« seien. Die Gruppe reiste auf der *Margaret Johnson*, einem Schiff der Johnson Linie. Stundenlang hatte er vor Ort noch letzte »Unklarheiten« regeln müssen. Menschen waren nicht auf den Listen verzeichnet oder waren im Besitz von Schmuck, dessen Mitnahme nicht erlaubt war. Die Göteborger Hafenbehörden hatten ihn nicht von Bord lassen wollen, bis alle Probleme geklärt waren. Zudem hatte Hüttner auch noch Telefongespräche mit den Behörden in Stockholm führen müssen.¹¹⁸

Die Beteiligten entwickelten bei der Beschaffung von Reisemöglichkeiten zuweilen auch Fantasie. Im November 1941 bat die Gemeinde in Stockholm Julius Hüttner, einigen Personen, deren Ausreise über Göteborg bevorstand, keine zusätzlichen Reisemittel zur Verfügung zu stellen, da sie bereits ausgestattet seien. Einzig im Fall eines »Dr. Segall« sei eine Ausnahme möglich. Dieser würde auf dem entsprechenden Dampfer sozusagen als »Schiffsarzt« mitfahren. Sollte der Kapitän des Dampfers auf einer Uniform für seinen »Schiffsarzt« bestehen, müsse sich Hüttner um diese kümmern. In diesem Fall solle die Gemeinde in

116 MfiS an Julius Hüttner, 11.6.1941, RSG, JfiG, E 5:1.

117 MfiS an HICEM Lissabon, 15.8.1941, RSG, JfiG, E 5:1.

118 Hüttner an MfiS, 15.11.1941, RSG, JfiG, E 5:1.

Göteborg einen Vorschuss leisten, den sie bei den Stockholmern wieder einfordern könne.¹¹⁹

Viele Passagiere konnten letztlich nicht mit den genannten Schiffen mitfahren. Jedes Mal wurden nur etwa zehn bis zwölf Personen mitgenommen, die alle über eine vorab erteilte Genehmigung britischer und deutscher Behörden verfügten. Dazu kamen hohe Kosten, die Hüttner etwa für eine Reise nach Montevideo auf 3000 bis 4000 Kronen schätzte.¹²⁰ Sophie Michaeli ging 1942 von etwa 2500 Kronen Reisekosten in die USA über Südamerika aus – damit hatte sich der Reisepreis seit Kriegsausbruch vervielfacht.¹²¹ Im Oktober fuhren einige Transmigranten mit dem Schiff *M/S Klipparen* ab.¹²² Nach dem Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 war Schweden aber faktisch vorübergehend isoliert. Erst im Februar 1942 vereinbarte die schwedische Regierung mit der deutschen und der britischen Seite einen Geleitverkehr. Dieser blieb aber stets fragil.¹²³ Zudem durften Flüchtlinge in der Regel nicht mitfahren. Allerdings gibt es im Karteiverzeichnis der Kinderabteilung einen merkwürdigen Fund: Neun Kinder, darunter zwei Geschwisterpaare, fuhren laut den Eintragungen auf ihren Karten am 3. April 1943 nach »England«.¹²⁴ Augenscheinlich nutzte das Hilfskomitee die seltene Gelegenheit mitten im Krieg, die Kinder zu ihren Eltern zu bringen. Die Gemeinde hätte das Risiko und die Kosten sicher nicht auf sich genommen, wenn es sich um entferntere Verwandte gehandelt hätte.

3. Hachschara in der Krise

Auch für die Chaluzim hatte der Krieg eine Weiterwanderung fast unmöglich gemacht. Der eigentliche Zweck der Ausbildung in Schweden, die Einwanderung in Palästina, war praktisch abhandengekommen. Dennoch bat das Hilfskomitee am 22. September 1939 um die Einreise weiterer 50 Chawerim, um die die bereits erfüllte Quote von 300 Personen erhöht werden sollte. Wie immer verwies sie dabei auf zuvor geführte informelle Gespräche. Sie begründete ihren Antrag mit dem Hinweis, dass 44 Personen ihre Ausbildung beendet hätten. Diese könnten aber zurzeit nicht weiteremigrieren, das Komitee hoffe aber, dass sich bei einer ändernden Kriegslage dieses Hindernis erledigen werde. Die Gemeinde bat darum, die Pioniere, die ihre Ausbildung beendet hatten, weiter im Land zu dulden und als Lehrlinge in der Landwirtschaft arbeiten zu lassen. Sie sollten als »gewöhnliche Transmigranten« angesehen werden und die

119 MfIS an Hüttner, 12.II.1941, RSG, JfiG, E 5:1.

120 Hüttner an Margarete Bonnier, 14.I0.1941, RSG, JfiG, E 5:1.

121 Sophie Michaeli: Flyktningbarn i Sverige. Föredrag i Bondkyrko Husmödersförening, Uppsala, in: Judisk Tidskrift (1941), Nr. 11, konsultiert als Sonderdruck in RA, JFA, FS, F 4 a:3.

122 MfIS an Hüttner, 15.10.1941, RSG, JfiG, E 5:1.

123 Rockberger: Göteborgsrafiken, S. 96.

124 RA, JFA, BA, D 1 b:1 und 2.

Gemeinde verpflichtete sich, dafür zu sorgen, dass sie das Land, sobald sich eine Möglichkeit ergebe, verlassen würden. Gleichzeitig sollten die nun frei gewordenen 50 Plätze der Chaluz-Quote wieder für Neuzugänge geöffnet werden.¹²⁵ Es ist nicht klar, ob es sich hier ausschließlich um einen Quotentausch handelte. Bereits im Frühjahr war auch die Transmigrantenquote erfüllt gewesen, von daher deutet nichts darauf hin, dass hier Spielraum bestand. Vielmehr scheint es, als habe die Gemeinde hier versucht, eine »stille Erhöhung« der Quote für die landwirtschaftlichen Pioniere zu erreichen. Um die Verhandlungen nicht zu gefährden, warnte das Hilfskomitee in Stockholm den Hechaluz: »[D]ie Chaluzim in Schweden [müssen] in höherem Masse als früher die strengste Disziplin bewahren und die Ordnung unter sich aufrechterhalten.«¹²⁶ Die Leiter des Hechaluz wurden daran erinnert, dass alle Chaluzim »auf Verantwortung des Komitees nach Schweden gekommen« seien und alle Bedingungen für den Aufenthalt auf das Peinlichste befolgt werden müssten. Verstöße gegen diese Regeln könnten die Ausweisung nach Deutschland nach sich ziehen und die weitere Aufnahme neuer Chaluzim gefährden. Das Komitee befürchtete, dass Probleme mit den Chaluzim die Pläne zu einer Ausweitung der Quote zunichtemachen würden. Den aus Palästina entsandten Leiter des neuen Kibbutz in dem Ort Finja, Akiba Eger, ließ es wissen, dass es sich in Gesprächen um eine Erhöhung befand. Das Hilfskomitee untersagte ihm eine eigene Kontaktaufnahme mit den Behörden.¹²⁷ Damit ging die Auflage einher, dass alle Angelegenheiten des Hechaluz zunächst durch Glück geprüft werden sollten, bevor Eger selbst Schritte unternehme.¹²⁸

Akiba Eger antwortete darauf am 19. Dezember 1939 dem Sekretär des Hilfskomitees Arnheim:

»Ich verstehe durchaus, dass es im Moment schwierig ist, eine Erweiterung unserer Hachschara zu erreichen. Dennoch glaube ich, dass man unter keinen Umständen unterlassen darf, auch nur die geringste Chance wahrzunehmen, um sie durchzusetzen. Es ist auch durchaus möglich, dass die Entwicklung der Dinge gerade die Einwanderung von Landarbeitern, die ein vorübergehendes Element im Land sein werden, besonders dringlich machen wird. Ich bitte Sie jedenfalls, dauernd auf der Wacht zu sein und uns zu helfen, sobald die geringste Möglichkeit dafür besteht. [...] Es wird Sie vielleicht interessieren, dass am Donnerstag 7 Chaweroth des Hechaluz von hier aus zur Alija gehen werden, nachdem wir den Alijaweg über Russland endgültig gesichert haben. Damit ist eine weitere Erleichterung unserer Stellung gegenüber den schwedischen Behörden eingetreten, die sicherlich ebenfalls geeignet ist, unsere Forderung auf die Erweiterung der Hachschara zu unterstützen.«¹²⁹

125 HK an Sos, 22.9.1939, RA, JFA, HK, E 1:13.

126 HK an Hechaluz, 22.9.1939, RA, JFA, HK, E 1:13.

127 HK an Akiba Eger, 22.9.1939, RA, JFA, HK, E 1:13.

128 MfiS an Emil Glück, 14.12.1939, RA, JFA, HK, E 1:7.

129 Akiba Eger an Franz Arnheim, 19.12.1939, RA, JFA, Hjälpkommittém, E 1:7.

Eine Erhöhung der Quoten erfolgte aber nicht mehr, da die Behörden angesichts der niedrigen Auswanderungszahlen keine weiteren Flüchtlinge ins Land holen wollten, die man nicht mehr »loswerden« würde. Zu diesen Befürchtungen trug auch die Situation innerhalb der Hachschara bei. Unter den Chaluzim befanden sich viele, die sich nicht als Zionisten verstanden, sondern nur aus Deutschland hatten flüchten wollen.

Zerfallerscheinungen und Konsolidierung

Seit der letzten Erhöhung der Quote auf 300 Plätze sah sich der Hechaluz in Schweden, der zu Beginn der Arbeit als Abteilung des deutschen Landesverbands (Galut Schweden) geführt wurde, vor starke Herausforderungen gestellt. Die letzte offizielle Quotenerhöhung hatte eine Verdoppelung der Mitglieder zur Folge gehabt. Zudem hatte sich mit dem Weißbuch der britischen Regierung und dem Kriegsausbruch auch die allgemeine Lage der Hachschara verändert. Auf einem Treffen der Vertreter aller Chaluzim-Gruppen in Schweden im November 1939 wurde daher unter Anleitung Akiba Egers eine »Unabhängigkeitserklärung« verabschiedet. Die anwesenden Vertreter gründeten den Landesverband des Hechaluz Schweden (schwed. Hechaluz landsförbund i Sverige, kurz Hechaluz i Sverige).¹³⁰ Akiba Eger und Raffael Kleinschmidt waren von der jüdischen Gewerkschaft Histadrut in Palästina als Schlichim (dt. Gesandte) für die kulturelle Arbeit unter den Pionieren entsandt worden. Eger war Ende 1938 eingetroffen, Kleinschmidt im Herbst 1939.¹³¹

Beide Schlichim standen bei ihrer Ankunft vor großen Herausforderungen im neuen Verband. Die Hachschara verursachte hohe Kosten, war sie doch eines der großen Flüchtlingsprojekte im Land. Die knappen Mittel speisten sich aus verschiedenen Quellen. So hatte die Hachschara 1939 durch Spenden von Privatpersonen und Beiträge der jüdischen Gemeinden Schwedens fast 40.000 Kronen erhalten. Die größte Einzelsumme in Höhe von 30.000 Kronen stellte das Hilfskomitee in Stockholm zur Verfügung. Dieses Geld wurde vor allem für den Unterhalt der einzelnen Pioniere sowie für Kleidung, medizinische Versorgung und Taschengelder verwendet. Weitere größere Posten umfassten die Verwaltung im Kibbuz in Finja sowie die Gebühren, die für Pässe und Visa der Landwirtschaftsschüler aufgewendet werden mussten. Etwa 53.500 Kronen hatte das Projekt 1939 aus dem Ausland erhalten, 7500 Kronen von der HICEM und 46.000 Kronen vom Joint. Die Mittel der HICEM waren absprachegemäß ausschließlich für die Auswanderung von Schülern verwendet worden, aber auch der größte Teil der Mittel des Joint wurde für die Weiterwanderung von Mitgliedern des Hechaluz genutzt. Das war eine vergleichsweise üppige Ausstattung gewesen, sodass am Ende des Jahres sogar ein leichter Überschuss übrig blieb.

¹³⁰ Thor: Hechaluz, S. 232 f.

¹³¹ Ebd., S. 241 f.

Der Grund dafür lag darin, dass der Joint eine Sonderspende an die schwedische Organisation geleistet hatte. Das Hilfskomitee ging davon aus, dass dieser eine ähnliche Summe auch für 1940 bereitstellen würde, wenn die Gemeinde in Stockholm Geld in gleicher Höhe zur Verfügung stellte.¹³²

Wichtig für einen reibungslosen Ablauf war aber das Wohlverhalten der Chaluzim im Land. Wie alle Flüchtlinge – auch die als politische Flüchtlinge anerkannten – unterlagen diese einem strengen Verbot jeglicher politischer Betätigung. Die schwedischen Behörden wollten eine Provokation des Nachbarn im Süden durch antideutsche Propaganda unter allen Umständen verhindern. Während des Krieges entstand daher in Schweden auch ein Zensursystem.¹³³ Das musste einige der Chawerim, die sozialistischen, zionistischen Organisationen angehört hatten, in Schwierigkeiten bringen, da ihr Selbstverständnis in der Hachschara auch ein politisches Engagement einschloss.¹³⁴ Zwar hielt sich die Mehrheit anscheinend an das Betätigungsverbot, doch stellten sich vereinzelt Schwierigkeiten ein. Eli Heckscher kam im November 1939 zu Ohren, dass im Kibbutz Svartingstorp eine kommunistische Zeitung zirkuliere. Dem maß er anscheinend nicht sehr viel Gewicht bei, doch bestätigten solche Vorkommnisse seine schlechte Meinung über die zionistischen Ziele und die Schülerschaft des Kibbutz.¹³⁵

Anfang 1940 geriet der Hechaluz aber wegen des eigenen Erziehungsprogramms in Erklärungsnot. Hatte es sich in der Auseinandersetzung mit den Stiftern des Kibbutz Svartingstorp schon angedeutet, wurde nun offensichtlich, dass der Hechaluz unter Beobachtung stand. In einer Rechtfertigung an den Hochschulprofessor und Zionisten Hugo Valentin zeigte sich der Hechaluz Anfang 1940 »bestürzt« über dessen »Besorgnis über die Richtung der Erziehungsarbeit« und den Eindruck, dass sich seine Arbeit »zu einer ›politisch-marxistischen Schulungsarbeit‹ entwickle«.¹³⁶ Der Hechaluz sehe sich in der Tradition der »palästinensischen Arbeiterbewegung«, sei aber nicht parteipolitisch gebunden oder engagiert. Interessant an dem Schreiben ist der Hinweis darauf, dass Emil Glück immer wieder darauf hingewiesen habe, »in der schriftlichen Diskussion der Russlandfrage [...] besonders vorsichtig zu sein«. Augenscheinlich hegte dieser schon länger Bedenken und es ging vor allem darum, dass die Debatte keine justiziablen Belege für eine politische Tätigkeit liefern durfte. Die Schwedische

132 In einem ausführlichen Bericht für das Hilfskomitee, welches ein unbekannter Autor nach einer Reise nach Südschweden und intensiven Gesprächen mit Emil Glück und dem Leiter von Svartingstorp Akiba Eger vorlegte, wurde die Herkunft dieser Mittel aufgelistet. PM angående chaluzverksamheten i Sverige, YVA, O.74/2. Randnotizen lassen vermuten, dass es sich bei dem Autor um Franz Arnheim vom Hilfskomitee handelte und dass der Bericht im Februar 1940 verfasst wurde.

133 Maria-Pia Boëthius: Heder och samvete. Sverige och andra världskriget, Stockholm 2001, S. 129-144.

134 Laut Malin Thor waren die meisten der zuvor in jüdischen Jugendbünden organisierten Chawerim Mitglieder der Haborim (Bauleute) oder des Makkabi Hatzair, also der sozialistisch-zionistischen Bünde, gewesen. Dies.: Hechaluz, S. 239.

135 Bessermann: Svartingstorp, S. 18.

136 Hechaluz an Hugo Valentin, 15.1.1940, YVA, O.74/2.

Kommunistische Partei hatte nach dem Beginn des finnisch-russischen Winterkrieges im November 1939 den Angriff der Sowjetunion gerechtfertigt. Im schwedischen Reichstag wurde daraufhin zwar ein Verbot der Partei diskutiert, aber nicht umgesetzt. In den folgenden Jahren wurden Kommunisten aber von der Geheimpolizei überwacht und der Transport kommunistischer Zeitungen durch das Land wurde polizeilich unterbunden.¹³⁷

Von Anfang an befasste sich die Organisation in Schweden aber vor allem mit dem Problem der sogenannten Überseeler, d. h. der Chaluzim, die von dem ursprünglichen Plan, nach Palästina auszuwandern, abwichen. Anstatt an einer Arbeit im Kibbutz im Gelobten Land waren sie eher daran interessiert, eine Arbeit anzunehmen oder zu ihren emigrierten Familien in Übersee zu reisen. Von den 288 landwirtschaftlichen Auszubildenden, die sich zum Jahresbeginn 1939 in Schweden aufhielten, gehörten ungefähr 230 zum Hechaluz, die übrigen waren »unorganisiert«. Laut einem späteren Bericht über die schwedische Hachschara hatten 59 Personen den Hechaluz bald nach ihrer Ankunft in Schweden verlassen. Später wurden, wie noch zu sehen sein wird, viele weitere Personen ausgeschlossen. Dem Bericht zufolge stammte von diesen schwierigen Fällen über ein Drittel aus Wien, wo »die Auswahl für die Auslandshachschara in den Jahren 1938/39 oftmals ohne genügende ärztliche Kontrolle und Prüfung schwieriger sozialer Fälle vor sich gegangen sein muss«. ¹³⁸ Beate Meyer beschreibt, dass auch in Deutschland während der verstärkten Verfolgungen nach dem Novemberpogrom die Pioniere eine weniger strenge Auswahl durchliefen und die aus den Konzentrationslagern befreiten und in die Hachschara eingereihten jungen Männer weder gesundheitlich noch psychisch den selbst gestellten Anforderungen entsprachen.¹³⁹ Waren die ersten Mitglieder der Organisationen noch ideologisch motivierte, zionistisch eingestellte junge Menschen gewesen, so meldeten sich mit der zunehmenden Verfolgung immer mehr junge Juden, deren eigentliches Ziel nur die Flucht aus Deutschland war. Die Hachschara stellte eine solche Möglichkeit dar. Einmal in Schweden, integrierten sich diese Jugendlichen und jungen Menschen nicht gut in die Gemeinschaft der anderen Pioniere, was zu Konflikten führte. Auch sagte vielen die Arbeit in der Landwirtschaft nicht zu. Andere Pioniere hatten wegen der restriktiven Einwanderungsbestimmungen nach Palästina schon fünf Jahre in verschiedenen Ländern Hachschara absolviert. Zwar schätzten die Schüler die Arbeit und die Ausbildung durchaus, doch bedeutete die lange Wartezeit eine psychische Belastung.

Eine der ersten Maßnahmen, die Akiba Eger nach seiner Ankunft in Schweden durchführte, war eine Art »Säuberung«, bei der er eine Anzahl Mitglieder wegen angeblicher oder tatsächlicher Vergehen ausschloss. Die Betroffenen leisteten aber zuweilen Widerstand. Ein ehemaliger Chawer forderte Emil Glück auf, die Fälle von 50 ausgeschlossenen Chawerim zu überprüfen. Er wies

¹³⁷ Boëthius: Heder och samvete, S. 89-108.

¹³⁸ Smulowiz: Die schwedische Hachscharah, S. 76, YVA, O.74/1.

¹³⁹ Meyer: Tödliche Gratwanderung, S. 55.

auf ein zentrales Problem der »Säuberung« hin. Die Ausgeschlossenen wüssten nicht mehr, wohin sie denn auswandern sollten. Er beharrte darauf, dass sein Auswanderungsland »nun einmal Palästina« sei und ersuchte Glück, ihm und den anderen Ausgeschlossenen eine illegale Einwanderung dorthin zu ermöglichen.¹⁴⁰ Auf der normalen Quote war es für sie nicht mehr möglich. Die Ereignisse zeigen, dass es unter der Leitung der beiden Schlichim darum ging, den Hechaluz in Schweden nicht als Flüchtlingsorganisation, sondern als eine ideologisch motivierte und geschlossene Gruppe weiterzuführen. Dem widersprach aber, dass nicht der Hechaluz, sondern die Gemeinde die Kandidaten nach Vorschlägen aus Berlin aussuchte, diese aber nach dem Ausscheiden zumindest verwaltungstechnisch weiter unter der Aufsicht des Hechaluz standen.¹⁴¹

Die Organisation in Schweden stand vor einer bedeutenden Herausforderung, denn die ins Land gekommenen Pioniere hatten ihre Aufenthaltserlaubnis ausschließlich für die Arbeit und die Ausbildung in der Landwirtschaft erhalten. Sie waren nicht einmal als Arbeiter registriert, damit sie nicht als Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt galten.¹⁴² Jede Abweichung von der Regel bedeutete einen potenziellen Konflikt mit den Behörden und eine Gefährdung des gesamten Programms. Auch diejenigen, die aus der Organisationen ausschieden, aber auf deren Quote ins Land gekommen waren, mussten sich diesen Regeln weiterhin unterwerfen. So sah sich der Hechaluz im Mai 1939 gezwungen, einen seiner Schützlinge zu mahnen, keine andere Anstellung zu suchen. Die Behörden würden keine Abweichung erlauben, zumal die Landwirtschaft der einzige Industriezweig sei, in dem noch »Arbeitermangel« herrsche und für den daher die Arbeitserlaubnis ergangen sei.¹⁴³ Immer mehr Chaluzim versuchten aber, in ihren eigentlichen Berufen zu arbeiten. Sie waren bereit gewesen, für eine Ausreise nach Palästina diese zugunsten der Arbeit in der Landwirtschaft zurückzustellen. Nun aber waren oft Jahre vergangen und immer noch arbeiteten sie für ein geringes Taschengeld auf den Höfen und in den Kibbuzim.

Gravierende Probleme entstanden für den Hechaluz auch, wenn Personen aus gesundheitlichen Gründen die schwere körperliche Arbeit nicht mehr ausführen konnten. Die Gemeinde befürchtete noch im Oktober 1941, dass die Behörden nicht geneigt sein würden, die Arbeitserlaubnisse zu ändern, außer in den Fällen, in denen ein ärztliches Attest dies empfahl. Zudem sollten alle Ausnahmen eher gesammelt als in Einzelanträgen beantragt werden.¹⁴⁴ Die Behörden stimmten einer Änderung der Arbeitserlaubnis auch nur in begründeten Ausnahmefällen zu, wenn diese die geplante Auswanderung nach Palästina zu beschleunigen versprach. So konnte ein Landwirtschaftsschüler als Tapezierer arbeiten, da, rein theoretisch, eine Einwanderung nach Palästina über das Arbeiterzertifikat

140 Kurt Laser an Emil Glück, 27.10.1939, YVA, O.74/2.

141 Thor: Hechaluz, S. 242.

142 Ebd., S. 373 f.

143 Hechaluz an Heinz Goldstein, 15.5.1939, YVA, O.74/2.

144 MfiS an Hechaluz, 12.10.1941, RA, JFA, FS, E 1 a:1.

weiterhin möglich war. Der betreffende Schüler musste aber eine abgeschlossene Ausbildung in diesem Beruf aus Deutschland vorweisen. Ein anderer durfte vermutlich aus demselben Grund als Tischler arbeiten.

Weibliche Chaluzot konnten eine Arbeitserlaubnis für Hauswirtschaft erhalten, da eine solche ihren Status hinsichtlich ihrer Auswanderung nicht veränderte. Im April versicherte die Stockholmer Gemeinde der Sozialbehörde, dass der krankheitsbedingte Wechsel eines Schülers als Lehrling zu einem Bäcker keine Änderung der Auswanderungschancen bedeute.¹⁴⁵ Angesichts einer sich ausbreitenden Frustration unter den Chaluzim waren solche Versuche, anderweitig Fuß zu fassen, nicht verwunderlich. Manche, die sich schon sehr lange im Land aufhielten, begannen am Sinn ihrer Ausbildung zu zweifeln.¹⁴⁶ Als ein Chaluz auf einem Fragebogen der Gemeinde angab, aus ideologischen Gründen nicht nach Palästina ausreisen zu wollen, rügte ihn das Hilfskomitee, unter den gegebenen Umständen bestehe für jeden mit Weiterwanderungsmöglichkeiten die Pflicht auszuwandern. Es wollte ihm aber in dem Fall, dass Verwandte eine Ausreise in ein anderes Land finanzierten, behilflich sein.¹⁴⁷

Bisweilen befanden sich besonders schwierige Fälle im Kibbuz. Im Winter 1939/40 erkundigte sich Akiba Eger bei der Jüdischen Gemeinde in Stockholm nach Alternativen für zwei aus Wien kommende Mitglieder. Diese waren direkt aus dem Konzentrationslager nach Schweden »gemeldet« worden. Daher sei eine gewissenhafte ärztliche Kontrolle nicht möglich gewesen. Die beiden seien aber aufgrund der Folgen der Lagerhaft für eine Arbeit in der Landwirtschaft gänzlich ungeeignet, zumal sie nie dem Hechaluz angehört hatten. Eger bat die Gemeinde, eine den geringen finanziellen Möglichkeiten des Hechaluz entsprechende Unterbringung in Stockholm zu finden.¹⁴⁸ Die zwei Chawerim reisten also nach Stockholm, um sich in der Mosaiska församling vorzustellen. Laut Akiba Eger hatte es insbesondere mit einem der beiden Männer noch tags zuvor die

»allergrößten Schwierigkeiten [gegeben], da sich seine neue Pensionswirtin weigerte, ihn noch länger bei sich zu behalten. Es handelt sich hier wirklich um einen sehr miesen Typ, den man energisch und deutlich anfassen muss. Er versteht es nämlich, wie ein richtiger ›Schnorrer‹ aufzutreten und noch ›Ansprüche‹ geltend zu machen.«¹⁴⁹

Geld wollte der Hechaluz weiter zur Verfügung stellen, aber eine Rückkehr schloss Akiba Eger aus. Tatsächlich wurde einer der beiden seit seiner Ankunft in Stockholm von der Mosaiska församling direkt unterstützt.¹⁵⁰ Der andere

145 Beispiele unter vielen anderen: Hechaluz an Emil Glück, 24.3.1941, und MfiS an Sos, 2.4.1940, YVA, O.74/2.

146 Thor: Hechaluz, S. 354.

147 MfiS an Hans Löwenstein, 5.12.1939, RA, JFA, HK, E 1:17.

148 Akiba Eger an MfiS, 12.12.1939, RA, JFA, HK, E 1:7.

149 Akiba Eger an MfiS, 26.2.1940, Persondossier Karl Stiefel, RA, JFA, FS, F 2 a:28.

150 Fragebogen Norbert Gerstner, RA, JFA, HK, E 1:22.

Wiener war schwerer unterzubringen. Die Gemeinde wandte sich im Juni an das Arbeitshemmet (dt. Arbeitsheim) Ösbyholm¹⁵¹ in der Umgebung von Stockholm und bat um die Aufnahme des Mannes. Als Begründung gab das Hilfskomitee an, er sei »nicht auszuhalten« und wolle bei keinem Arbeitgeber bleiben. Die Hoffnung war, dass er im Heim zur Arbeit gezwungen werden könne und im Anschluss eine »normale Arbeit« wieder vorstellbar sei.¹⁵² Der Betreffende hatte sich selbst in einem verzweifelt klingenden Brief an Emil Glück gewandt und argumentiert, er sei durch eine sechsmonatige KZ-Haft in Deutschland körperlich geschwächt und könne die Arbeit bei den Bauern, denen er zugeordnet sei, schlicht nicht bewältigen und sich obendrein nicht auf Schwedisch verständigen.¹⁵³ Zudem werde er im Kibbuz geschnitten, sozial ausgegrenzt und dessen Leitung würde ihn öffentlich als »arbeitsscheuen Idioten« diffamieren.¹⁵⁴ Er bat dringend darum, in einer Stadt in einer Kaufmannsfamilie untergebracht zu werden. Auf dem sogenannten Transmigrantenfragebogen, den er im Dezember 1940 ausfüllte, gab er an, dass er im Mai 1939 auf der Quote des Hechaluz nach Schweden gekommen sei. Auch hatte der damals 30-Jährige als Beruf »Kaufmann/ Vertreter« angegeben.¹⁵⁵ Da der Hechaluz die Kosten würde tragen müssen, wurden mehrere Alternativen bedacht. Die zuständige Armenfürsorge *Fattigvårdsnämnden* hatte mitteilen lassen, dass die Kosten von fünf Kronen am Tag für den Mann garantiert werden müssten. Da die meisten Einrichtungen aber niemanden mehr aufnehmen konnten, schlug der Hechaluz vor zu prüfen, ob »für ihn nicht eine Unterbringung in einem staatlichen Arbeitslager für arbeitsscheue Elemente in Frage kommt«.¹⁵⁶

Emil Glück ging in seinem Schreiben an die Jüdische Gemeinde vom Ende Juli 1940 sogar noch einen Schritt weiter und schlug eine Unterbringung im

151 Die »Arbeitsheime« wurden von den Kommunen nach Geschlechtern getrennt betrieben und von der Sozialbehörde beaufsichtigt. Ösbyholm war für die Gemeinde Stockholm zuständig. Eine Einweisung erfolgte zwangsweise, wenn die Personen es versäumt hatten, ihren Versorgungs- oder Unterhaltungspflichten oder als Leistungsempfänger ihren Arbeitspflichten nachzukommen. Die Aufenthaltsdauer variierte von Heim zu Heim, abhängig davon, ob die Verpflichtungen durch die geleistete Arbeit abbezahlt werden mussten. Gunnar Inghe: Klientelet på arbetshemmen. En socialpsykologisk utredning om försumliga försörjare och störande understödstagare, Statens offentliga utredningar (37), Stockholm 1949.

152 MfiS an Arbeitshemmet Ösbyholm, 17.6.1940, Persondossier Karl Stiefel, RA, JFA, FS, F 2 a:28.

153 Stiefel wurde am 12. November 1938 in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert, mit der Häftlingsnummer 25221 registriert und am 29. April 1939 entlassen. Zugangsbuch KZ Dachau, 1.1.6.1/9892695, und Veränderungsmeldung KZ Dachau, 1.1.6.1/9909740, ITS Digital Archive Bad Arolsen. Es ist anzunehmen, dass seine Entlassung auf der Ausreise nach Schweden einen Monat später beruhte.

154 Karl Stiefel an Emil Glück, 6.12.1939, Persondossier Karl Stiefel, RA, JFA, FS, F 2 a:28.
155 Fragebogen Karl Stiefel, RA, JFA, HK, E 1:22.

156 MfiS an Emil Glück, 10.4.1940, MfiS an Styrelsen Arbeitshemmet Ösbyholm, 17.6.1940, und Hechaluz an MfiS, 4.7.1940, Persondossier Karl Stiefel, RA, JFA, FS, F 2 a:28.

Internierungslager Långmora in der Region Dalarna nördlich von Stockholm vor. Alle anderen Unterbringungsmöglichkeiten erschienen zu teuer und zudem seien weitere Fälle von »Sozialfällen« mit drei »Schwachsinnigen« und einem »TBC-Fall« im Krankenhaus in den letzten Monaten hinzugekommen.¹⁵⁷ Das Lager Långmora war 1940 in einem bestehenden Lager für säumige Unterhaltszahler als geschlossenes Internierungslager für »unzuverlässige Ausländer« mit 150 Plätzen eröffnet worden.¹⁵⁸ Eine Einweisung konnte ohne richterlichen Beschluss und eine »Haftprüfung« durch die Sozialbehörde befohlen werden.¹⁵⁹ Der Hechaluz und die Gemeinde waren also zum Äußersten bereit. Das Beispiel verdeutlicht zweierlei: Den Druck, unter dem sich die Akteure befanden – finanziell und gegenüber den Behörden – und die Wahrnehmung der Flüchtlinge. Von diesen wurde Anpassung und Gehorsam verlangt. Es bleibt zu erwähnen, dass es sich bei dem Chawer keineswegs um eine störrische oder arbeitsunwillige Person, sondern eher um einen schwer traumatisierten Mensch handelte. Im Januar 1945 wandte sich die Mosaiska församling auf der Suche nach seinen Verwandten an die Jewish Agency in Jerusalem. Jener hatte die letzten fünf Jahre in einer Nervenheilsanstalt verbracht. Die letzte Post von seiner Mutter hatte er 1943 aus Theresienstadt erhalten.¹⁶⁰ Das moralische Dilemma lag auf der Hand. Ein Mensch, der durch den Platz auf der Hechaluz-Liste aus der Haft gerettet wurde und nicht in der Lage war zu arbeiten, durfte nicht allein gelassen werden. Er gefährdete aber durch sein Verhalten oder seine Lage den Ruf der gesamten Organisation, denn es war nicht vorgesehen, dass einzelne vom vorgeschriebenen Weg abwichen. Hilfe für traumatisierte Menschen war praktisch nicht denkbar.

Bis Anfang 1943 war die Zahl der »Überseeler« sowie der aus anderen Gründen aus dem Hechaluz ausgetretenen Personen so groß geworden, dass sie eine finanzielle Bedrohung für den Fortbestand der Hachschara bedeutete, da ein arbeitsunfähiger Chaluz oder »Überseeler« höhere Geldmittel benötigte. Das galt auch für die zunehmende Zahl an schwangeren Chawerot. Diese konnten vor und nach der Geburt des Kindes nicht arbeiten, benötigten aber zusätzliche Mittel.¹⁶¹ Aus dem immer schmalere werdenden Budget konnten sie keine Unterstützung mehr erhalten. Dennoch verwies die Gemeinde sie bei Anfragen um Hilfe regelmäßig zurück an den Hechaluz. Dieses Dilemma konnte während des hier behandelten Zeitraums nie gänzlich aufgelöst werden und wurde von der Gemeinde in Stockholm eher pragmatisch behandelt. Erst mit der grundsätzlichen Änderung der Situation nach dem Eintreffen von zahlreichen Flüchtlingen aus Dänemark und Norwegen, unter denen sich weitere Hunderte Chaluzim befanden, und der damit einhergehenden Auflockerung der Bestim-

157 Emil Glück an MfiS, 21.7.1940, Persondossier Karl Stiefel, RA, JFA, FS, F 2 a:28.

158 Tobias Berglund/Niclas Sennerteg: Svenska koncentrationsläger i tredje rikets skugga, Stockholm 2008, S. 13-15.

159 Berglund: Slutna utlänningsläger, S. 135.

160 MfiS an Jewish Agency, 26.1.1945, Persondossier Karl Stiefel, RA, JFA, FS, F 2 a:28.

161 Hechaluz an Emil Glück, 9.2.1943, YVA, O.74/2.

mungen seitens der Sozialbehörde beruhigte sich die Lage. Die Behörde wich nun angesichts steigender Flüchtlingszahlen und einer einsetzenden wirtschaftlichen Konjunktur von dem Grundsatz ab, dass die Flüchtlinge nur innerhalb der Land- und Forstwirtschaft arbeiten durften. Daher konnten jetzt mehr »Überseeler« und andere ausgeschlossene ehemalige Chaluzim in die Industrie und das verarbeitende Gewerbe wechseln.¹⁶² Dieses war dringend geboten, hatten doch allein bis Ende 1941 bereits 100 der durch den Hechaluz nach Schweden gekommenen und nicht wieder ausgereisten Personen die Organisation verlassen oder waren ausgeschlossen worden. 1943 standen etwa 120 Mitglieder einer etwa gleich großen Zahl ausgeschiedener Personen gegenüber.¹⁶³

Gestrandet: Alija unmöglich

Seit Kriegsbeginn waren zudem gerade einmal elf Chawerim nach Palästina, zwei in die USA und vier in andere Länder ausgewandert. Der letzte Transport von sieben jungen Frauen war am 22. Dezember 1939 über Russland nach Haifa gegangen. Insbesondere die hohen Kosten für Svartingstorp belasteten den Haushalt der Stockholmer Gemeinde, den größten Sponsor der Hachschara. So machten die gestiegenen Lebensmittelpreise die Versorgung der Chawerim mit den veranschlagten Mitteln unmöglich.¹⁶⁴ Einhellig beschloss das Leitungsgremium der Stiftung im Februar 1940 dann auch dessen Schließung. Es dauerte noch bis April, bis die letzten Jugendlichen den Hof verlassen und auf Bauernhöfen ein Unterkommen gefunden hatten. Dann verkaufte Heckscher den Hof. Trotz finanzieller Verluste beim Verkauf ließ er sich nicht überreden, den Hof der Kinder- und Jugendaliya zu übergeben. Er war augenscheinlich ernüchtert von jüdischer Organisationsarbeit.¹⁶⁵ Damit schloss sich das Kapitel Svartingstorp. Die Gründe für das Scheitern sind vielfältig. Neben finanziellen Problemen spielte eine Rolle, dass das Hechaluz-Projekt in Svartingstorp eine doppelte Ausrichtung hatte, indem es sowohl der Flüchtlingshilfe als auch der Selbsthilfe der Flüchtlinge diente. Vielleicht lag hierin ein Konflikt, der sich nicht auflösen ließ. Erstere verlangte nach Dankbarkeit und zentraler Lenkung, Letztere konnte nur in einer offenen Form funktionieren.

Daneben bestand aber noch Hoffnung. Am 8. Mai 1940 informierte Eva Warburg das Hilfskomitee der Jüdischen Gemeinde in Stockholm: »Die kritische Situation in der sich Schweden nun befindet, hat für die Jugendaliya eine positive Folge gehabt.«¹⁶⁶ Die Jewish Agency hatte anscheinend die gesteigerte Gefahr der Kinder in Schweden realisiert und entgegen der bisherigen Politik

162 Thor: Hechaluz, S. 376.

163 Smulowiz: Die schwedische Hachscharah, S. 76, YVA, O.74/1.

164 Bessermann: Svartingstorp, S. 19.

165 Ebd., S. 20.

166 Eva Warburg an MfiS, 8.5.1940, RA, JFA, FS, F 4 A:3.

großzügig 95 Zertifikate für die Jugendlichen in Schweden erteilt. Richtig bemerkte Eva Warburg daher: »Es ist ein sehr seltener Zufall, dass man so viele Zertifikate zur gleichen Zeit bekommt. Es ist eine Chance, die vielleicht niemals wieder kommt.« Leider bedeutete der Geldmangel wieder ein reales Problem. Da de facto nur noch der sehr teure Landweg über die Sowjetunion offenstand, verursachte eine Reise einer solch großen Gruppe sehr hohe Kosten.

Warburg argumentierte aber mit den möglichen Einsparungen, die die Ausreise der Kinder aus Schweden mit sich bringen würde. Eine vorzeitige Abreise der Kinder würde auf lange Sicht das Budget der Gemeinde entlasten. Sie legte ihrem Schreiben daher eine tabellarische Auflistung bei, in der sie die Einsparungen für Kost und Logis für acht Kinder aus dem Internat Kristinehov und die Einsparungen durch die nun mögliche Auflösung des Kinderheims in Tjörnarp und des Jugendalija-Hofes in Hälsinggården aufführte. Auch die Unterstützungszahlungen für die Jugendlichen in Familienunterbringung rechnete sie ein. Laut Warburg könnten langfristig mehr als 40.000 Kronen eingespart werden, wenn die Kinder mit vereinten Kräften außer Landes gebracht würden. Für diese Reise errechnete sie insgesamt Kosten von 76.000 Kronen. Diese setzten sich aus den Gebühren für Visa und Landegelder sowie die Fahrkarten und die Unterkunft und Verpflegung auf der langen Reise zusammen. Es handelte sich um eine hohe Summe, auch wenn man die Einsparungen gegenrechnet. Am 27. Mai 1940 bewilligte das Hilfskomitee dennoch 20.000 Kronen für die Auswanderung von 114 Jugendalija-Kindern nach Palästina. Die geschätzten Kosten für jedes Kind beliefen sich zu diesem Zeitpunkt auf 600 Kronen. Möglicherweise ging das Hilfskomitee auch davon aus, dass auf diese Art und Weise wieder neue Jugendliche und Kinder auf einem Platz der Kinderquote ins Land kommen könnten. Eva Warburg erklärte der Leiterin der Jugendalija in Palästina, Henrietta Szold, im September, dass Martha Goldberg aus Berlin einst zugesagt habe, die Gemeinde würde nie für die Kosten einer Alija in Anspruch genommen werden und dass das Hilfskomitee an dieses Versprechen erinnert habe.¹⁶⁷ Die Schweden hofften auf Zuschüsse.

Neben den Kosten wurde allerdings die Visaerteilung zum größten Hindernis. Auf der geplanten Route wurden Visa für Litauen, die Sowjetunion, die Türkei und Syrien für jedes Kind benötigt. Die türkische Regierung bestand zudem auf schriftlichen Garantien, dass alle anderen Länder auch Durchgangsvisa erstellt hatten, nur dann würde sie selbst Sichtvermerke ausgeben.¹⁶⁸ Es galt zu verhindern, dass die Kinder in der Türkei strandeten. Das syrische Visum allerdings hing vom türkischen ab.¹⁶⁹ Um diesen Knoten aufzulösen, schickte die Jewish Agency einen Vertreter nach Istanbul, während sich der Präsident der Zionistischen Weltorganisation Chaim Weizmann in London persönlich bei der

167 Eva Warburg an Henrietta Szold, 25.9.1940, CZA, S 75/1172.

168 Telegramm »Linton« London an »Shertok« Jerusalem, 14.8.1940, CZA, S 75/1172.

169 Telegramm Eva Warburg an Jewish Agency Jerusalem, 1.8.1940, CZA, S 75/1172.

türkischen Botschaft für die Jugendlichen einsetzte.¹⁷⁰ Das Ergebnis ließ aber zunächst auf sich warten, sodass die Reise verschoben werden musste. Ursprünglich hatten die ersten Kinder im Juni fahren sollen. So entstand in Jerusalem der Plan, zunächst 50 Kinder fahren zu lassen.¹⁷¹ Aber auch dieser Gedanke wurde ebenso wenig verwirklicht wie die Idee, 40 älteren Chaluzim in Schweden Zertifikate auszustellen, damit sie als Gruppenleiter den Jugendlichen zur Seite stehen konnten.¹⁷² Zwar wären dadurch weitere Kosten entstanden, für die das Stockholmer Hilfskomitee aber Unterstützung von amerikanischen Hilfsorganisationen erhoffte. Zudem hatten die Gemeinden in Göteborg und Malmö Beiträge für die Jugendlichen versprochen, während der Hechaluz in Schweden aus seinem Budget die Hälfte der Kosten für die Chaluzim übernehmen sollte.¹⁷³

Eva Warburg war sich wie alle anderen Beteiligten der Risiken der Reise bewusst. Sie hatte von Anfang an vor, die Kinder zu begleiten. Bereits im August 1940 antwortete sie auf die Nachricht von den erteilten Zertifikaten mit der Bitte, auch ihr ein Zertifikat auszustellen. Die Jewish Agency in Jerusalem bat sie daraufhin, einen Bankauszug zu schicken. Sie sollte nicht mit einem Zertifikat der Kinder- und Jugendalija einreisen, sondern musste sich um eines der sogenannten Kapitalistenzertifikate bemühen.¹⁷⁴ Bis September hatten die türkischen Behörden aber keine Einreiselerlaubnis erteilt. Aufgrund der intensiven Vorbereitungen für diesen Transport litt die Ausbildung der Jugendlichen in Hälsinggården – insbesondere die Schulung in Hebräisch, zionistischer Geschichte und Kultur.¹⁷⁵

Vermutlich reisten im Frühjahr 1941 letztlich nur zwei kleinere Gruppen aus. 15 Kinder verließen Schweden laut ihrer Karten in der Kinderkartei am 14. März 1941. Ihre Karten sind mehrheitlich mit »JA« markiert, was sich als Jugendalija deuten lässt, und zudem mit dem Hinweis »Hälsinggården« versehen.¹⁷⁶ Die Karten von 27 Kindern tragen das Ausreisedatum 19. April 1941 und benennen Palästina als Zielort. Auch diese sind mehrheitlich mit »JA« gekennzeichnet. Die Mehrheit der avisierten Jugendlichen aber musste in Schweden bleiben und Hälsinggården bestand noch bis 1943 weiter, als es im Rahmen der Flucht der dänischen Juden nach Schweden im Oktober auch die Chaluzim aus Dänemark aufnahm. Eva Warburg blieb in Schweden, angeblich aufgrund des ausdrücklichen Wunsches der Leiterin der Jugendalija Henrietta Szold.¹⁷⁷ Wahrscheinlich ist, dass es ihr genauso wie den Kindern an echten Auswanderungsmöglichkeiten fehlte und sie ihre Schützlinge nicht alleine lassen wollte.

170 Memorandum Emma Ehrlich, 7.8.1940, CZA, S 75/1172.

171 Hans Beyth an Eva Warburg, 26.8.1940, CZA, S 75/1172.

172 Telegramme Henrietta Szold, Hans Beyth, Eva Warburg, CZA, S 75/1172.

173 Protokoll, 30.8.1940, RA, JFA, FS, A 1:1.

174 Zusammenfassend Hans Beyth an Eva Warburg, 5.5.1940, CZA, S 75/1172.

175 Eva Warburg an Henrietta Szold, 25.9.1940, CZA, S 75/1172.

176 RA, JFA, BA, D 1 b:2.

177 Chernow: The Warburgs, S. 476f.

Nur kurz flammte noch einmal Hoffnung auf, als im Winter 1940/41 schwedische Frachtschiffe den Verkehr nach Übersee mit Genehmigung der deutschen und der britischen Behörden wieder aufnahmen. Nun sollten zwei Frachtschiffe für einen Passagiertransport umgerüstet werden, auf dem es sich bei der Hälfte der 300 Passagiere um Flüchtlinge handeln sollte. Die Liste der Passagiere musste den Regierungen der beiden kriegführenden Staaten vorgelegt werden. Die Gemeinde war beunruhigt, befürchtete sie doch, dass es nach dem Ablauf der Aufenthaltszeiten zu Abschiebungen kommen könnte. Dem Hilfskomitee schien es unwichtig zu sein, wohin die zionistischen Pioniere letztendlich reisten, als es im Januar 1941 den Hechaluz unterrichtete:

»Wir bitten Sie, davon Kenntnis zu nehmen, dass zurzeit erleichterte Möglichkeiten vorhanden sind, um nach USA zu kommen, wenn alle Papiere in Ordnung sind. Bitte teilen Sie das allen Ihren Chaluzim mit, damit diese genauestens unterrichtet sind und die Möglichkeit haben, von der Erleichterung Gebrauch zu machen, zumal man nicht weiss, wie lange sie dauert und es überhaupt noch Auswanderungsmöglichkeiten gibt. Es würde sich empfehlen, wenn Sie möglichst jeden einzelnen Chaluz, der auch nur eine entfernte Möglichkeit hat, nach USA auszuwandern, veranlassen, sich bei Ihnen schriftlich zu melden, und zwar gemäss beigefügtem Formular, das Sie dann nach Eingang bei Ihnen an uns weiterreichen wollen.«¹⁷⁸

Doch trotz dieser Relativierung des zionistischen Grundgedankens zugunsten einer Ausnutzung aller Reisemöglichkeiten gelang es praktisch keinem Chaluz mehr, das Land zu verlassen.

4. Das Engagement für Einzelne

Bislang wurde deutlich, dass das Hilfskomitee unter den Bedingungen der nie schriftlich fixierten Quoten und angesichts der komplexen Abhängigkeit vom Wohlwollen der Regierung »objektive« Kriterien als Grundlage ihres Handelns und der Flüchtlingshilfe entwickelte. Der Prozess bis zu der rettenden Einreise nach Schweden verlief im Allgemeinen entlang etablierter und offen kommunizierter Regeln und Bahnen, die das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses mit der schwedischen Regierung waren. Durch die Arbeit der schwedisch-jüdischen Flüchtlingshilfe zieht sich das Moment der Hilfe für diejenigen, die nicht in Schweden bleiben würden. Das galt für das 1933 vorhandene stille Einverständnis zwischen schwedischen und deutschen Hilfsorganisationen, dass Flüchtlinge, die ohne Plan für eine Zukunft oder Weiterreise nach Schweden kamen, nicht unterstützt werden sollten, da die hierfür aufgewandten Mittel »unproduktiv« seien.¹⁷⁹ Es galt ebenso für die Patenschaften, die Gutachten zu den Einreise-

178 RA, JFA, FS, E 2:3.

179 MfiS an Emil Glück, 19.10.1933, RA, JFA, HK, E 1:19.

anträgen vor 1938 und die anschließenden Quoten. Und dennoch gibt es Hinweise darauf, dass bestimmte Flüchtlinge es leichter hatten als andere. Die Hilfsorganisationen entschieden trotz des Bemühens um klare Richtlinien und trotz der Dringlichkeit eines Antrags angesichts knapper Mittel manchmal – und sei es nur implizit oder unterbewusst –, dass manche Unterstützungsempfänger »es eher verdient hatten«, die helfende Hand gereicht zu bekommen, also als Quotenfall durch die Gemeinde angenommen zu werden.

Zudem war den in Deutschland und den Fluchtländern mit der Flüchtlingshilfe befassten Akteuren bewusst, dass Regierungen und Mehrheitsbevölkerungen die Flüchtlinge als Botschafter ihrer Leidensgenossen sehen würden. Eine gute Integration, ein »gutes Benehmen«, so war anzunehmen, konnte dazu beitragen, dass die Türen offen blieben und weitere Menschen hereinkommen konnten. So gab es durchaus Vorstellungen, wie innerhalb des Regelungsrahmens eigene Prioritäten berücksichtigt werden sollten. Solch eine Priorität stellte, wie zu sehen war, zum Beispiel die Dringlichkeit des Falles dar. Das Komitee wurde tätig, wenn die betroffene Person sich in Haft befand oder von Haft bedroht war. Als weitere Priorität erwiesen sich auch die »Verdienste«, die sich eine Person um die jüdische Gemeinschaft erworben hatte. Innerhalb dieser Kategorie konnten Funktionäre der Gemeinden und der jüdischen Organisationen im Vorteil sein, wenn ihre Verdienste nachweisbar waren. Im Dezember 1938 etwa beschloss das Hilfskomitee in Stockholm, bei der Sozialbehörde Aufenthaltsgenehmigungen für fünf Rabbiner zu beantragen. Die Auswahl sollten die Rabbiner Marcus Ehrenpreis und Emil Kronheim treffen.¹⁸⁰ Obwohl die fünf Geistlichen in Schweden keinerlei Berufsaussichten hatten, setzte sich die Gemeinde für sie ein. Besonders deutlich wird die Bedeutung von Verdiensten bei dem im Folgenden vorgestellten Schicksal.

Rettung aus dem Ghetto: Elsa Meyring

Im Oktober 1939 erreichte der Antrag auf eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung für Elsa Meyring das Außenministerium in Stockholm. Der Antragsteller war Erich Adler.¹⁸¹ Adler war seit 1933 Mitarbeiter von Professor Hans von Euler-Chelpin, 1929 Nobelpreisträger für Chemie, am Institut für Biochemie der Stockholmer Hochschule (heute Universität Stockholm).¹⁸² Die Referenzen gaben zwei respektable Bürger Djursholms, einer Gartenstadt im Norden Stockholms. Der eine arbeitete als Schullektor und hatte Erich Kästners *Emil und die Detektive* ins Schwedische übersetzt; der andere, ein Mitglied der Schwedischen Akademie, war mit der Schwester des schwedischen Außenministers verheira-

180 Protokoll, 12.12.1938, RA, JFA, HK, A 2: 1.

181 MfS an Außenministerium, 13.10.1939 und 26.10.1939, RA, JFA, FS, F 2 a:20.

182 K. Lundquist: Erich Adler in Memoriam, in: *Holzforschung. International Journal of the Biology, Chemistry, Physics and Technology of Wood* 41 (1987), Nr. 2, S. 131.

tet.¹⁸³ Dem Antrag beigefügt waren ein vierseitiges Schreiben Adlers an das Außenministerium, diverse Referenzen und Zeugnisse sowie Zeitungsausschnitte, die sich alle auf die Arbeit Elsa Meyrings bezogen. Adler begründete sein Engagement für Elsa Meyring, eine langjährige Freundin seiner Frau, mit deren Lebensleistung in der öffentlichen Verwaltung und der jüdischen Hilfsarbeit. So habe Meyring ein bekanntes Kinderheim eingerichtet und diverse öffentliche Ämter bekleidet. Das Schreiben las sich als Lobeshymne auf die Lebensleistung Meyrings, die seit 1937 die Auswanderungsberatungsstelle des Hilfsvereins in Breslau leitete. Adler befürchtete, dass die Nationalsozialisten demnächst die Auswanderung verbieten würden und betonte, dass Meyring dringend Hilfe benötige. Zwar hatten die Funktionäre der Reichsvereinigung – wie alle Juden – nachzuweisen, dass sie sich um die Emigration bemühten, doch war vielen bewusst, dass ihre Arbeit für das Regime zu wichtig war, als dass man sie selbst hätte fahren lassen. Im August hatte die Gestapo, die »Aufsichtsbehörde« der Reichsvereinigung, bestimmt, dass die Nachfolge eines Funktionärs zwei Monate vor dessen Abreise in Absprache mit ihr geregelt werden musste. Die Pässe der Funktionäre, die diese auch für die Dienstreisen ins Ausland nutzten, wurden ihnen nur auf Antrag ausgehändigt.¹⁸⁴ Für Meyring war ein aktuelles Empfehlungsschreiben des ehemaligen Stadtverordneten in Stettin und Vizekonsuls Georg Manasse beigefügt.¹⁸⁵ Sie besaß also gute Referenzen und die Unterstützung der Jüdischen Gemeinde. Elsa Meyring war zu diesem Zeitpunkt 56 Jahre alt, ihr Mann bereits 76.

Die für die Behörden entscheidende Frage der Weiteremigration sowie der Finanzierung des Aufenthalts in Schweden sprach Adler ebenfalls an. Er veranschlagte die aufzubringenden Lebenshaltungskosten für die Eheleute auf 200 Kronen, was etwas über dem Satz lag, den die Gemeinde in anderen Fällen an Unterstützung kalkuliert und gewährt hatte. 50 Kronen wollte Adler selbst zur Verfügung stellen und die restlichen 150 Kronen würde angesichts der »verdienstvollen Tätigkeit« Elsa Meyrings die Gemeinde beisteuern. Auch fügte er hinzu, dass diese mit einem Affidavit in die USA rechnen könne. Die angegebenen Referenzen Djursholmer Bürger wurden noch ergänzt durch Cora Berliner, Paul Eppstein, Otto Hirsch und Julius Seligsohn von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland. Interessanterweise befindet sich im Dossier des Hilfskomitees zu Elsa Meyring das gleiche Schreiben noch einmal in Abschrift. Diese Version enthält Durchstreichungen und Anmerkungen. Der Adressat »Vorstand der Jüdischen Gemeinde« ist durchgestrichen und durch das »Königliche Au-

183 Helmut Müssener/Wolfgang Wilhelmus: Stettin – Lublin – Stockholm. Elsa Meyring: Aus dem Leben einer deutschen Nichtarierin im zwanzigsten Jahrhundert, Rostock 2014, S. 153.

184 Meyer: Tödliche Gratwanderung, S. 63-65. Als Aufsichtsbehörde bezeichneten die jüdischen Organisationen die Gestapo, die Gestapoleitstellen und seit seiner Gründung das Reichssicherheitshauptamt. Ebd. S. 44.

185 Erich Adler an UD, 29.9.1939, und Anlagen in Elsa Meyring, Viseringsdossier, #491136, RA, SUK, passbyrån, F 2 BA:245.

ßenministerium« ersetzt.¹⁸⁶ Adler hatte sich also zunächst an das Hilfskomitee gewandt, was den Verweis auf die jüdischen Funktionäre in Deutschland auch plausibler macht. Auch hatte Cora Berliner im April 1939 aus Berlin bereits einmal wegen Elsa Meyring mit Stockholm Kontakt aufgenommen. Sie war als Begleiterin eines Kindertransportes vorgesehen und wurde als »Leiterin unserer Auswanderungsberatungsstelle für Pommern und Stettin« vorgestellt, die sehr häufig in Berlin und mit der »Gesamtarbeit aufs engste verbunden« sei.¹⁸⁷ Die Gemeinde hatte ihrerseits, da schwedische Bürgen vorhanden waren, vermutlich dem Prozedere entsprechend geraten, sich mit dem von ihnen korrigierten Schreiben direkt an die Behörden zu richten. Diese würden dann ohnehin das Gutachten dem Hilfskomitee zur Gutachtung zugehen lassen. Die Mosaiska församling bestätigte auch einige Tage später die Bürgschaft für den Aufenthalt im Land.¹⁸⁸ Dies geschah, obwohl sie, wie bereits erwähnt, im Regelfall keine eigenen Bürgschaften mehr stellte.

Zunächst untersuchte die Polizei den Fall und befragte die im Antrag genannten Bürgen und Beteiligten. Der Bericht des Beamten vom Anfang November fiel negativ aus. Der Antragsteller Adler sei nicht in der Lage, über die Passverhältnisse der Einreisenden Auskunft zu geben. Zwar seien Unterstützer wie die Mosaiska församling vorhanden, doch kenne der Gemeindegärtner Grünberger Meyring nicht persönlich. Sie sei nur empfohlen worden, weshalb sich das Hilfskomitee zum Unterhalt verpflichtet habe. Er schloss, dass der Antrag wegen des hohen Alters der beiden und ungenügenden Eigenmitteln nicht befürwortet werden könne.¹⁸⁹ Der Mosaiska församling genügten im Fall der verdienten Mitarbeiterin Meyring augenscheinlich die guten Empfehlungen, um eine Bürgschaft abzugeben. Diese veranlasste aber die Behörden nicht automatisch dazu, ihre Zustimmung zu geben.

Am 12. Februar 1940 erhielten die Stettiner Juden den Befehl, sich binnen nur sieben Stunden für den Abtransport bereitzuhalten. Anschließend wurden sie in das Ghetto Lublin deportiert. Die Umstände, unter denen diese erste Massenverschleppung von Juden aus dem »Altreich« erfolgte, waren furchtbar. Elsa Meyring selbst berichtete später von der Deportationsaktion, die die Juden Stettins völlig unvorbereitet traf. Bei Temperaturen weit unter dem Gefrierpunkt wurden etwa 1100 Juden, darunter viele Kinder und ältere Menschen, in einer mehrere Tage dauernden Fahrt in ungeheizten Waggons in den Bezirk Lublin gebracht, wo sie vom Ankunftsbahnhof aus auf Gewaltmärsche in die ihnen zugewiesenen Aufenthaltsorte getrieben wurden. Bereits auf der Zugfahrt und

186 Abschrift Erich Adler an Vorstand der Gemeinde, o. D., Dossier Elsa Meyring, RA, JFA, FS, F 2 a:20.

187 Cora Berliner an MfiS, 19.4.1939, RA, JFA, HK, E 1:13.

188 Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung 3.10.1939, und Schreiben der MfiS an Außenministerium, 13.10.1939, in Elsa Meyring, Viseringsdossier, #491136, RA, SUK, passbyrån, F 2 BA:245.

189 P.M., 3.11.1939, Elsa Meyring, Viseringsdossier, #491136, RA, SUK, passbyrån, F 2 BA:245.

den Märschen starben die ersten Menschen, während andere Erfrierungen und Verletzungen erlitten, die später zum Tode führen sollten.¹⁹⁰ Auch der 76-jährige Ehemann von Elsa Meyring erlag nur wenig später den Folgen der mit großer Brutalität erfolgten Deportation. Die genauen Gründe für diese frühe Aktion, die auch nicht auf ungeteilte Zustimmung aller nationalsozialistischen, mit der Judenverfolgung befassten Stellen traf, sind unbekannt. So betonen einige die Bedeutung Reinhard Heydrichs, des Leiters des Reichssicherheitshauptamtes. Andere schreiben den lokalen nationalsozialistischen Führern eine führende Rolle bei der Entscheidung zu den Deportationen zu. In beiden Fällen wird vorgeblicher Wohnraummangel in der als kriegswichtig eingestuften Werftstadt Stettin als offizielle Begründung angeführt.¹⁹¹ Da die Nationalsozialisten die Verschleppung und Ausplünderung der Juden nach außen hin als legal darstellen mussten, erfolgte ein später immer wiederholtes Tarnprozedere. Den Deportierten wurden »Fahrkarten« zur »Umsiedelung« ausgestellt und ihr Vermögen »umgetauscht«. Während dieser Prozedur mussten sie auch Angaben zu eventuellen Auswanderungszielen machen. Elsa Meyring gab »Schweden« an.¹⁹²

Dort ging der Kampf um die Rettung Meyrings inzwischen in die nächste Runde. Nachrichten von den Deportationen hatten auch Schweden erreicht. Zunächst hatte am 15. Februar die dänische Tageszeitung *Politiken* in deutlichen Tönen von der ersten Deportation von Juden aus dem »Altreich« berichtet. Am Folgetag berichtete dann auch die Zeitung *Stockholms Tidningen*.¹⁹³ Nun mischte sich ebenfalls Hans von Euler-Chelpin, der Arbeitgeber des ursprünglichen An-

190 Die Angaben über die Gesamtzahl der Deportierten variiert in der Literatur. So geht Robert Kuwalek gar von 1200 Deportierten aus, die sich auf die drei Ortschaften Piaski, Belzyce und Glusk verteilen (ders.: Das kurze Leben »im Osten«. Jüdische Deutsche im Distrikt Lublin aus polnisch-jüdischer Sicht, in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hg.): Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938-1945, Göttingen 2004, S. 112-134, hier S. 114). Auch bestehen Uneinigheiten über die Transportmittel. Bei einigen sind es Güterwaggons, so etwa bei Jacob Peiser (ders.: Die Geschichte der Synagogen-Gemeinde zu Stettin, Würzburg 1965, zit. nach Alfred Gottwald/Diana Schulle: Die »Judendepportationen« aus dem Deutschen Reich 1941-1945, Wiesbaden 2005, S. 34). Meyring selbst spricht von ausgedienten Waggons der 4. Klasse (dies.: Arbeit als Jüdin, S. 7, WL, Testaments to the Holocaust, Reel 56, P.III.h. No. 101). Für diesen und weitere wichtige Hinweise bedanke ich mich bei Frau Franziska Jahn.

191 Alfred Gottwaldt und Diana Schulle weisen Heydrich die Führung zu (dies.: Die »Judendepportationen«, S. 34). Elsa Meyring selbst sieht wie viele Überlebende eher den Gauleiter Franz Schwede-Coburg als treibende Kraft an (dies.: Arbeit als Jüdin, S. 5, WL, Testaments to the Holocaust, Reel 56, P.III.h. No. 101). Jacob Peiser stellt die Aktion als »Einzelaktion [Schwede-Coburgs] ohne Billigung« Himmlers dar (ders.: Die Geschichte der Synagogen-Gemeinde zu Stettin, S. 137). Auch Beate Meyer meint, dass das Reichssicherheitshauptamt nicht in die Planung einbezogenen gewesen sei (dies.: Tödliche Gratwanderung, S. 88-91).

192 Meyring Elsa: Arbeit als Jüdin, S. 7, WL, Testaments to the Holocaust, Reel 56, P.III.h. No. 101.

193 Müssener/Wilhelmus: Stettin – Lublin – Stockholm, S. 17.

tragstellers Erich Adler, ein. Er versicherte der Sozialbehörde, dass der Aufenthalt der beiden Eheleute in Schweden finanziell abgesichert sei und mahnte mit Verweis auf die schwedische Tagespresse, dass diese besonders gefährdet seien, würden sie in die »Evakuierungsmaßnahmen« in Stettin eingebunden werden.¹⁹⁴ Am 24. Februar aber hieß es: »Abgelehnt durch die Königliche Sozialbehörde. Die Behörde findet weiterhin keine triftigen Gründe für eine Zustimmung.« Am 26. Februar wurde der Antrag mit dem Stempel »Verweigert!« markiert.

Wusste hier eine Behörde nicht, was die andere tat? Am 17. Februar hatte nämlich ein Telefonat zwischen der Gemeinde und dem Außenministerium in Stockholm stattgefunden, das eine mündliche Zusage erteilt hatte. Zwei Tage später versicherte das Hilfskomitee dem Außenministerium schriftlich unter Bezug auf jenes Telefonat, dass das Ehepaar Meyring die »vereinbarte Transmigrantenquote belasten dürfe«.¹⁹⁵ Noch am gleichen Tag bat das Hilfskomitee das Konsulat, das Ehepaar von der positiven Entscheidung zu benachrichtigen. Die Eheleute sollten sich wegen ihrer Visa an die Botschaft in Berlin wenden. Ein Nachsatz zeigte aber die Unsicherheit über den Verbleib der beiden Meyrings. Das Hilfskomitee bat um Nachricht, sollten die beiden deportiert oder verzogen sein.¹⁹⁶ Und wieder passierte zunächst nichts. Am 21. Februar galt als sicher, dass die Eheleute Meyring verschleppt worden waren. Die Stockholmer baten neun Tage nach der Deportation Cora Berliner um die Anschrift der beiden Deportierten.¹⁹⁷ In Berlin bemühten sich die jüdischen Funktionäre, die neuen Adressen der Deportierten herauszufinden. Elsa Meyring ihrerseits bemühte sich in Lublin verzweifelt darum, eine Aufstellung dieser Adressen anzufertigen.¹⁹⁸

Zunächst einmal aber musste dafür gesorgt werden, dass die zu erwartende Verzögerung der Ausreise der Eheleute Meyring keine Probleme bereitete und die Einreisegenehmigung nicht verfiel. Der Gemeindevorsitzende Gunnar Josephson setzte sich am 28. Februar telefonisch mit dem Leiter der Sozialbehörde Thorwald Bergqvist in Verbindung.¹⁹⁹ Dieser bevollmächtigte am 1. März die Botschaft in Berlin, den beiden zunächst eine dreimonatige Aufenthaltsgenehmigung zur Vorbereitung der Weiteremigration zu erteilen.²⁰⁰

194 H.v. Euler-Chelpin an Sos, 16.2.1940, Elsa Meyring, Viseringsdossié, #491136, RA, SUK, passbyrån, F 2 BA:245.

195 MfiS an UD, 19.2.1940, Elsa Meyring, Viseringsdossié, #491136, RA, SUK, passbyrån, F 2 BA:245.

196 MfiS an Schwedisches Konsulat in Stettin, 17.2.1940, Dossier Elsa Meyring, RA, JFA, FS, F 2 a:20. Dabei scheint es sich um den deutschen Entwurf zu handeln. Es ist anzunehmen, dass er noch am selben Tag oder zeitnah übersetzt wurde und dann unterzeichnet abgeschickt wurde. Belegt ist es aber nicht.

197 MfiS an RV, 21.2.1940, Dossier Elsa Meyring, RA, JFA, FS, F 2 a:20.

198 Meyring Elsa: Arbeit als Jüdin, S. 20, WL, Testaments to the Holocaust, Reel 56, P.III.h. No. 101.

199 Dieses geht aus dem Schreiben der MfiS an Sos vom 29. Februar 1940 hervor. Elsa Meyring, Viseringsdossié, #491136, RA, SUK, passbyrån, F 2 BA:245.

200 Abschrift des Schreibens UD an Schwedische Botschaft Berlin, 1.3.1940, Elsa Meyring, Viseringsdossié, #491136, RA, SUK, passbyrån, F 2 BA:245.

Mittlerweile wusste das Hilfskomitee in Schweden den neuen Aufenthaltsort der beiden und informierte das Außenministerium über die Anschrift.²⁰¹ Zudem ließ er am 7. März der »Israelitischen Kultusgemeinde« in Piaski die Einreisegenehmigung zukommen.²⁰² Aber die Postwege im besetzten Polen – zumal in den Ghettos – waren lang. Erst am 26. März meldete sich Meyring ihrerseits mit einer Postkarte aus Lublin in Stockholm.

»Ihr nach Piaski gerichtetes Schreiben vom 7. ds. gelangte heute in meinen Besitz. Ich darf Ihnen meinen herzlichsten Dank aussprechen für das Interesse, das Sie mir entgegenbringen. Leider muss ich allein kommen, da mein Ehemann am 24. Februar in Lublin verstorben ist. Ich werde glücklich sein, wenn ich bei meinen Freunden in dem schönen Stockholm sein darf. Die Passformalitäten nehmen noch einige Zeit in Anspruch.«²⁰³

Die Frage nach gültigen Ausreisepapieren für die nun allein reisende Elsa Meyring war tatsächlich von allergrößter Bedeutung. Schließlich würde sie nicht aus dem Deutschen Reich einreisen, sondern aus einem Gebiet, dessen völkerrechtlicher Status ungeklärt war. Auch war unklar, wie Meyring von deutsch-jüdischer Seite geholfen werden konnte. Mitte März wurde den Schweden bekannt, dass die Reichsvereinigung nicht für die Auswanderung aus dem Generalgouvernement zuständig war.²⁰⁴ Zumindest offiziell besaß sie kaum Handlungsspielraum, hatte sie doch schon die Deportationen aus Stettin nicht verhindern können. Dass der Reichsvereinigung als Organisation die Hände gebunden waren, hinderte aber keineswegs einzelne Mitarbeiter und Familienangehörige, sofort damit zu beginnen, eine Postverbindung aufzubauen und Hilfspakete zu schicken. Für einige Zeit gelangten so Pakete, die einen privaten Absender trugen, noch zu den Bedürftigen.²⁰⁵ Auch in die andere Richtung funktionierte nun der Postweg. Ende Mai bedankte sich Meyring aus Lublin mit einer Postkarte in Stockholm bei Wilhelm Michaeli, den sie korrekt als einen der mit ihrem Fall betrauten Mitarbeiter identifizierte. Auch Kurt Stillschweig ließ sie »einen besonderen Gruß« ausrichten.²⁰⁶

Die Gemeinde erreichte nun auch eine Verlängerung der Einreisevisierung, die vier Tage vor dem Ablauf der Frist gewährt wurde. Um die Forderungen

201 MfiS an UD, 5.3.1940, Elsa Meyring, Viseringsdossié, #491136, RA, SUK, passbyrån, F 2 BA:245.

202 Dies alles und das Schreiben der MfiS an die Gemeinde in Piaski vom 7.3.1940 in Dossier Elsa Meyring, RA, JFA, FS, F 2 a:20.

203 Elsa Meyring an MfiS, 26.3.1940, Dossier Elsa Meyring, RA, JFA, FS, F 2 a:20.

204 MfiS an Cora Berliner, 29.3.1940, unter Bezugnahme auf deren Schreiben vom 15.3.1940, RA, JFA, FS, F 2 a:20. Durch das Reichssicherheitshauptamt war der Reichsvereinigung verboten worden, offiziell für die Deportierten zu sorgen. Siehe hierzu Meyer: Tödliche Gratwanderung, S. 87.

205 Else Rosenfeld/Gertrud Luckner: Lebenszeichen aus Piaski. Briefe Deportierter aus dem Distrikt Lublin 1940-1943, München 1968, S. 20.

206 Elsa Meyring an Wilhelm Michaeli, 31.5.1940, Dossier Elsa Meyring, RA, JFA, FS, F 2 a:20.

der Devisenstelle zu befriedigen und sich eine Fahrkarte kaufen zu können, verkaufte Meyring ihre Trauringe, die einzige Erinnerung an ihren verstorbenen Mann. Schließlich erhielt sie ein polnisches Passdokument, das nur vier Wochen Gültigkeit hatte, von denen zwei bereits verstrichen waren. Es war mit »Generalgouvernement« gestempelt. Als sie das bemängelte, wurde ihr zu verstehen gegeben, dass sie die Sache nicht weiter komplizieren solle.²⁰⁷ Bei dem in ihrer Visumsakte überlieferten polnischen Pass handelt es sich in der Tat um ein merkwürdiges Dokument. In deutscher Sprache ausgefüllt, ist es mit dem Stempel des Amtes des Generalgouverneurs versehen. Als Ablaufdatum ist der 15. Juli und als einziges Land, für das er gültig war, »Schweden« eingetragen. Die schwedische Gesandtschaft in Berlin versah ihn am 26. Juni mit einem knapp drei Wochen gültigen Einreisevisum. Elsa Meyring musste über Berlin nach Schweden reisen, um dieses Einreisevisum zu bekommen. Dazu musste sie aber auch wieder aus dem besetzten Polen in das Reichsgebiet einreisen. Am 14. Juli wurde ihr »Pass« mit dem Sichtvermerk des Amtes des Generalgouverneurs für die einmalige Einreise in das Reichsgebiet und die Ausreise nach Schweden versehen.²⁰⁸ Meyring erinnerte sich später, dass ihr in Berlin durch die Freunde und Mitarbeiter des Hilfsvereins ein überschwänglicher Empfang bereitet worden sei. Natürlich erstattete sie auch Bericht über das Erlebte, bevor sie zur Botschaft fuhr. Dort sei sie sehr freundlich behandelt worden, und alle seien über ihren Fall informiert gewesen. Das Wohlwollen war nötig, denn eigentlich erfüllte Meyring die Regeln des schwedischen Außenministeriums nicht, die besagten, dass der Antragsteller im Besitz eines für mehr als ein Land und für längere Zeit gültigen Reisepasses zu sein hatte. Am nächsten Morgen ging es dann zum Flugplatz.²⁰⁹ Der Ausreisestempel der Grenzpolizei am Flughafen Tempelhof ist auf den 28. Juni datiert.

Die Groteske um Elsa Meyrings Weg nach Schweden war damit aber noch längst nicht ausgestanden. In Schweden angekommen, besaß sie letztlich keine gültigen Papiere, in die die schwedischen Behörden ihre Aufenthaltsgenehmigungen stempeln konnten. So beantragte das Hilfskomitee am 12. Juli, also drei Tage vor Ablauf der »Gültigkeit« ihres provisorischen Dokuments, einen schwedischen Fremdenpass. In der Erklärung zum Antrag legte Franz Arnheim vom Hilfskomitee dar, dass dieses zuvor vergeblich versucht hatte, beim deutschen und beim polnischen Konsulat eine Verlängerung des Passes zu erhalten. Die Deutschen wollten kein polnisches Dokument verlängern, während die exilpolnische Regierung sich weigerte, den Pass für eine Deutsche zu verlängern.²¹⁰ Schließlich wurde ihr ein Fremdenpass ausgestellt und sie konnte in Schweden Fuß fassen. An eine Rückkehr nach Deutschland oder nach Stettin,

207 Meyring Elsa: Arbeit als Jüdin, S. 35, WL, Testaments to the Holocaust, Reel 56, P.III.h. No. 101.

208 Pass, in Elsa Meyring, Viseringsdossier, #491136, RA, SUK, passbyrån, F 2 BA:245.

209 Meyring Elsa: Arbeit als Jüdin, S. 43-45, WL, Testaments to the Holocaust, Reel 56, P.III.h. No. 101.

210 MfiS an Sos, o. D., Elsa Meyring, Centraldossier, RA, SUK, kanslibyrån, F 1 B:1640.

das nun zu Polen gehörte, war nach dem Krieg nicht zu denken. Obwohl sie offiziell eine Transmigrantin war, hatte Meyring weder die Möglichkeit noch die Absicht, Schweden zu verlassen. Hier hatte sie Freunde und eine Aufgabe in der Emigrantenselbsthilfe gefunden. Finanziell blieb sie auf die Fürsorge der Gemeinde angewiesen. Im Dezember 1949 beantragte sie die schwedische Staatsbürgerschaft. Der untersuchende Sachbearbeiter bei der Stockholmer Verwaltung, dem Överståthållarämbetet, bemängelte, dass die mittlerweile beinahe 70-Jährige seit ihrer Flucht von Unterstützungszahlungen lebte und empfahl die Abweisung des Antrags. Sie erhielt monatlich 175 Kronen von der Jüdischen Gemeinde. Am 9. März 1951 erhielt Elsa Meyring dennoch die schwedische Staatsangehörigkeit.²¹¹

Nach Kriegsende wurde die Gemeinde gebeten, einer Parlamentarischen Untersuchungskommission Material zur Verfügung zu stellen, die eventuelle Verfehlungen der Behörden in der Flüchtlingsfrage und die allgemeine Flüchtlingspolitik untersuchen sollte.²¹² Unter den Fällen, die die Gemeinde zusammenstellte, befand sich auch der Fall des Ehepaares Meyring. Die Notiz hierzu betont, dass die Fälle von der Gemeinde bei dem betreffenden Sachbearbeiter Wiman in der Sozialbehörde als besonders eilig angemahnt worden waren, aber dort dennoch monatelang nicht bearbeitet worden seien.²¹³ Auch darum erscheint die Rettung Meyrings wie ein Wunder und ist ein Beispiel für die hervorragende Koordination und Zusammenarbeit der deutsch- und schwedisch-jüdischen Hilfsorganisationen. Beate Meyer fand Hinweise, dass eine Auswanderung aus dem Bezirk Lublin zwar prinzipiell weiter möglich war, der hohen erforderlichen Geldsummen wegen aber nur denen gelingen konnte, die bereits über gültige Papiere verfügten.²¹⁴

Dass es auch dann eines enorm hohen Aufwands bedurfte, zeigt der Fall der Rettung Elsa Meyrings. Meyring selbst sagte dazu, dass ihre Befreiung eine absolute Ausnahme gewesen sei, und sie schrieb sie eher einem Zufall als einer bewussten Politik der Täter zu.²¹⁵ Entscheidend war aber, wie zu sehen gewesen ist, dass sich Menschen mit großer Beharrlichkeit bemühten, Meyring zu retten. Dieses Bemühen war außergewöhnlich, aber nicht einzigartig. Das Hilfskomitee bemühte sich mehr als einmal, bereits deportierte Flüchtlinge, für die es eine Einreiseerlaubnis erwirkt hatte, zu erreichen. Davon erzählen Schreiben nach »Litzmannstadt«, die sich im Archiv der Gemeinde finden. So gibt es dort Ab-

211 Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung, Antrag auf Staatsbürgerschaft, Polizeiprotokoll der Untersuchung und Nachweis der Verleihung in Elsa Meyring, Centraldossier, RA, SUK, kanslibyrån, F 1 B:1640.

212 Die Ergebnisse wurden schließlich veröffentlicht: Parlamentariska undersökningskommissionen angående flyktingärenden och säkerhetstjänst: I. Betänkande angående flyktingars behandling, 1946, SOU, 1945:36.

213 Diese Fälle finden sich in RA, JFA, HK, E 2:1.

214 Meyer: Tödliche Gratwanderung, S. 87.

215 Meyring Elsa: Arbeit als Jüdin, S. 32, WL, Testaments to the Holocaust, Reel 56, P.III.h. No. 101.

schriften von Nachfragen aus den Jahren 1941 und 1942 an den »Ältestenrat der Juden in Litzmannstadt« Chaim Rumkowski nach dem Wohlergehen und dem Aufenthaltsort von Deportierten. Rumkowski versicherte, dass geschickte Gelder von ihm gegen Quittung ausgeteilt würden, ein persönlicher Briefwechsel derzeit aber nicht möglich sei. Das Hilfskomitee schickte eine Benachrichtigung in das Ghetto »Litzmannstadt«, das für die Deportierten ein Visum bereitgestellt worden sei.²¹⁶ Das Beispiel von Elsa Meyring ist aber der einzige bisher bekannte Fall einer Befreiung aus diesem Ghetto nach Schweden.

Die Rettung von Elsa Meyring illustriert mehrere Punkte: Es ist deutlich geworden, dass die Beharrlichkeit der Gemeinde und deren Bereitschaft, den Lebensunterhalt zu garantieren, den Ausschlag gaben. Dies ist dem Engagement einiger weniger zu verdanken, denen Elsa Meyring am Herzen lag. Auch wird deutlich, dass die Gemeinde sich bis Anfang 1940 strikt an die durch die schwedische Einwanderungspolitik und die Behördenpraxis aufgezwungenen Verfahrenswege hielt. Als erste und beste Variante galt für das Hilfskomitee, dass Menschen, die sich legal in Schweden aufhielten oder Schweden waren, für ihre Angehörigen oder Bekannten die Einreise beantragen sollten. Dabei konnten sie auf die Hilfe der Mitarbeiter des Hilfskomitees hoffen. Nur in seltenen Fällen, wie auch beim Ehepaar Meyring, wurden die betreffenden Personen in die Transmigrantenquote integriert. In diesem Fall wurden im Rahmen des Begutachtungsprozesses sogar, entgegen den Gepflogenheiten seit der Einführung der Staatsbeihilfen, finanzielle Garantien durch das Hilfskomitee gegeben. Nur deswegen war der Antrag letztlich erfolgreich. Die Garantien erfolgten mit hoher Wahrscheinlichkeit nach Intervention der deutschen Hilfsorganisationen, namentlich Cora Berliners und Kurt Stillschweigs. Und wieder wurde zudem deutlich, dass die Mitglieder des Hilfskomitees das persönliche Gespräch suchen mussten. Sie taten das – nicht für alle Flüchtlinge – eben dann, wenn der Fall besonders dringlich war und der Flüchtling viele Unterstützer in Schweden und innerhalb der deutschen jüdischen Organisationen hatte. In manchen Fällen war das Hilfskomitee sogar bereit, ein Sondergesuch zu stellen, wenn die zitierten »besonderen Verdienste« von Familienmitgliedern erworben worden waren, wie an dem nachfolgend beschriebenen Fall sichtbar wird.

Im Dezember 1940 bat das Ehepaar Ilse und Erwin Loewe bei der Erlangung einer schwedischen Einreiseerlaubnis um den Beistand des Komitees. Das Hilfskomitee widmete dem Fall besondere Aufmerksamkeit und beschloss, beim Außenministerium die Aufenthaltserlaubnis zu beantragen.²¹⁷ Wer waren die Loewes? Der Antrag an das Außenministerium vom 3. Januar 1941 gibt darüber Auskunft. Zunächst versicherte die Flüchtlingsabteilung dem Außenministerium, dass sie die Gründe für die Restriktivität in Flüchtlingsfragen kenne und sogar nachvollziehen könne. Dann beantragte sie dennoch eine Sondergeneh-

216 RA, JFA, FS, E 2:11.

217 Protokoll, 12.12.1940, RA, JFA, FS, A 1:1.

migung außerhalb der bestehenden Quoten. Das Ehepaar war im Besitz eines Affidavits des Hebrew Union College und Verwandte in Brasilien bemühten sich um ein Visum für jenes Land. Zudem hatte der Joint in einem Telegramm an die Gemeinde eine Garantie über 2000 US-Dollar für entstehende Kosten während eines Aufenthaltes in Schweden abgegeben. Es sei der Gemeinde sehr an der Rettung des Ehepaares gelegen, da Ilse Loewe die Enkelin des Rabbiners Abraham Geiger sei. Das Lebenswerk des Begründers des liberalen Judentums bildete die Grundlage für die religiöse Einstellung der Gemeinde in Stockholm.²¹⁸ Durch die Hilfe für die Enkelin könne man das Andenken Geigers ehren. Auch befürchte das Ehepaar, dass eine Deportation bevorstehe.²¹⁹

Die Gemeinde erhielt am 11. Juni 1941 den Bescheid über die Aufenthaltsberechtigung der beiden Eheleute bis zum 7. September.²²⁰ Für die Unterkunft kam eine schwedische Freundin Ilse Loewes auf, als Garantie für die Eheleute waren insgesamt 1950 US-Dollar auf einem Konto bei der Svenska Handelsbanken deponiert worden.²²¹ Leider ließ sich die Weiterreise so schnell nicht organisieren, sodass die Aufenthaltsberechtigung zahlreiche Male verlängert werden musste. In den folgenden Jahren gingen die Geldmittel vermutlich zur Neige, doch ergab sich für die Loewes keine Ausreisemöglichkeit. Spätestens im August 1943 arbeite Ilse Loewe als Näherin. Ihr Verdienst belief sich auf magere zehn Kronen in der Woche. Nach Kriegsende hatte Ilse Loewe zwar keine Anstellung mehr, aber Erwin Loewe verdiente als Journalist nun ca. 8000 Kronen jährlich.²²² Schlussendlich wurden die beiden 1949 eingebürgert. Die Emigration in ein Drittland wurde nie verwirklicht. Das Ehepaar Loewe konnte außerhalb der bestehenden Transmigrantenquote nach Schweden flüchten. Nach allem, was über die Visapraxix des schwedischen Außenministeriums bekannt ist, wären die beiden aufgrund der unsicheren Transmigrationsmöglichkeiten dafür nicht vorgesehen gewesen. Zwar half die Garantie des Joint, aber die Einreise sicherten vor allem die Bemühungen der Gemeinde. Die Gemeindeführung der mehrheitlich liberalen Stockholmer Gemeinde wollte hier unbedingt helfen und war erfolgreich.

218 1869 wurde der Gottesdienst reformiert und dem bereits in Göteborg praktizierten Reformgottesdienst angepasst. Dabei fand Geigers Gebetsbuch Verwendung. Mit der Einweihung der großen Synagoge 1870 zog auch die Orgel in den Stockholmer Gottesdienst ein. Siehe hierzu Valentin: *Judarna I Sverige*, S. 126f.

219 MfiS an UD, 3.1.1941, RA, JFA, FS, A 1:1.

220 Sos an MfiS, 11.6.1941, RA, Sos, Utlänningsbyrå, Dossiér över utlänningar, huvudserie, F I a.

221 Bericht Tysslinge Polis, 5.5.1941, Akte Loewe, Ilse Charlotte, RA, Sos, Utlänningsbyrå, Dossiér över utlänningar, huvudserie, F I a.

222 Bericht Solna Polis, 31.8.1943 und 2.3.1946, Akte Loewe, Ilse Charlotte, RA, Sos, Utlänningsbyrå, Dossiér över utlänningar, huvudserie, F I a.

Arm und unbekannt, aber gut vernetzt: Die Geschichte der Nelly Sachs

»Es liegt mir daran [!] daß Fräulein Nelly Sachs Aufnahme in Schweden findet.«²²³ Diesen Satz, der für eine junge, unbekannte, jüdische Schriftstellerin noch von entscheidender Bedeutung sein würde, schrieb Selma Lagerlöf, die schwedische Literaturnobelpreisträgerin von 1909 am 19. Juli 1939 auf ihrem Gut Mårbacka. Ein unscheinbarer Zettel, die Handschrift der berühmten Autorin von *Die wunderbare Reise des kleinen Nils Holgersson mit den Wildgänsen* deutlich und grade, angefügt an den Antrag einer gewissen Leonie Sachs auf Aufenthaltsgenehmigung in Schweden.²²⁴ Im Jahr 1939 lebte Leonie Sachs in Berlin. Literarisch war der Dichterin bislang kein Durchbruch beschieden gewesen. Ein Grund hierfür lag in der rassistischen Kulturpolitik der Nationalsozialisten, die jüdische Künstler in ein kulturelles Ghetto zwang. Nur noch im Rahmen des sogenannten Jüdischen Kulturbundes durften sie veröffentlichen, Lesungen veranstalten, auftreten, musizieren oder schauspielern.²²⁵ Sachs hatte sich bis dahin zwar bereits einen bescheidenen Ruf erworben, die große Veröffentlichung aber stand noch aus und die Lage machte es immer schwerer, diese noch zu verwirklichen.

Allerdings gab es Menschen, die an sie glaubten. Zu diesen gehörte Leo Hirsch. Der Journalist, ehemalige Redakteur beim *Berliner Tageblatt*, Dramaturg und Schriftsteller hatte bereits 1933 Texte von Sachs veröffentlicht und beabsichtigte mehr von ihrer Lyrik dem ausschließlich jüdischen Publikum zugänglich zu machen.²²⁶ Auch waren mittlerweile die meisten Freunde und Verwandten von Nelly Sachs emigriert. Nur sie, die sich um ihre kranke Mutter kümmerte, sowie die Cousine Vera Sachs, die ihren Vater versorgte, waren übrig geblieben. Beide trugen damit ein Schicksal, das viele jüdische Frauen in den Jahren der nationalsozialistischen Verfolgung traf. Während die Unabhängigen, die Jungen, wegzogen, blieben diejenigen zurück, die entweder keine Ausbildung oder kein Kapital hatten, um einen Neubeginn im Ausland zu wagen – oder diejenigen, die Menschen betreuten, die aufgrund ihres Alters oder ihrer Gesundheit keine Chance auf eine Emigration hatten und Hilfe und Pflege bedurften. Das waren

223 Die Ergebnisse der Abschnitte zu Nelly Sachs sind auch erschienen in Clemens Maier-Wolthausen: »Es liegt mir daran daß Fräulein Nelly Sachs Aufnahme in Schweden findet.« Der Kampf um die Rettung der Nelly Sachs, in: Izabela A. Dahl/Jorunn Sem Fure (Hg.): Skandinavien als Zuflucht für jüdische Intellektuelle 1933-1945, Berlin 2014, S. 158-185.

224 Es handelt sich um eine Reproduktion des Schreibens. Leonie Sachs, Centraldossier, RA, SUK, kanslibyrån, F 1 B:2150.

225 Siehe zum Jüdischen Kulturbund Akademie der Künste (Hg.): Geschlossene Vorstellung: Der Jüdische Kulturbund in Deutschland 1933-1941, Berlin 1992; Eike Geisel/Henryk M. Broder: Premiere und Pogrom. Der Jüdische Kulturbund 1933-1941. Texte und Bilder, Berlin 1992.

226 Kerstin Schoor: Der Journalist und Schriftsteller Leo Hirsch (1903-1943), in: Jatti Enklaar/Ester Hans (Hg.): Im Schatten der Literaturgeschichte. Autoren, die keiner kennt? Plädoyer gegen das Vergessen, Amsterdam 2005, S. 211-215, hier S. 211 f.

zu jener Zeit meistens Frauen.²²⁷ Vera Sachs überlebte den nationalsozialistischen Mord an den europäischen Juden nicht.

Das große Haus im Stadtteil Siegmundshof hatten Mutter und Tochter nach dem Tod des Vaters bereits verlassen müssen. Aus der wesentlich kleineren Wohnung in der Lessingstraße 33 schrieb Nelly Sachs am 10. Februar 1939 an die Mosaiska församling in Stockholm: »Hierdurch erlaube ich mir, mich mit der tiefen, inständigen Bitte an Sie zu wenden, mir bezüglich Einreise und Aufenthaltsgenehmigung in Schweden für meine Mutter und mich, Ihre Ratschläge zu erbitten.« Sie sei Schriftstellerin und ihre Gedichte seien bereits in Zeitschriften veröffentlicht worden. Dann erwähnte sie: »Mit der großen schwedischen Dichterin stehe ich seit Jahren in freundschaftlichem Briefwechsel.«²²⁸ Sachs übertrieb, denn eine Brieffreundin der hier gemeinten Selma Lagerlöf war sie im eigentlichen Sinne nicht. Nelly Sachs hatte, seit sie zu ihrem 15. Geburtstag die Gösta Berling Saga geschenkt bekam, Proben ihrer Arbeit an die Grand Dame des schwedischen literarischen Establishments geschickt.²²⁹ Diese bedankte sich dafür dann und wann mit Grußkarten.²³⁰ Aber es stimmte, dass Selma Lagerlöf den Namen Sachs bereits gehört hatte. Briefe mit der Bitte um Hilfe hatte die greise Autorin allerdings unbeantwortet gelassen.²³¹

Sachs hatte sich und ihre Mutter beim amerikanischen Konsulat registriert, wartete auf ein Affidavit und konnte eine Liste von Menschen in Schweden beibringen, die bereit waren, ihr zu helfen. Sie legte auch noch ein Gedicht bei. Ihr Brief traf zusammen mit Hunderten anderen bei der Jüdischen Gemeinde Stockholms ein. Es ist wahrscheinlich, dass Wilhelm Michaeli Nelly Sachs antwortete. Zwar kam nur ein Transit durch Schweden in ein Drittland überhaupt infrage, doch wollte er helfen und riet ihr, die schwedischen Unterstützer zu bitten, sich mit der Gemeinde in Verbindung zu setzen.²³² In Berlin wurden derweil die Bemühungen um die Rettung der beiden Frauen weiter intensiviert. Gudrun Harlan (verheiratete Dähnert) machte sich daran, ihrer guten Freundin Nelly zu helfen. Die beiden kannten sich seit 1929 und es hatte sich eine bis zum Tode Nelly Sachs' andauernde innige Freundschaft entwickelt.²³³ Harlan reiste im Frühsommer 1939 nach Schweden, um Unterstützung für die

227 Sibylle Quack: *Deutsch-jüdische Frauen in Exil und Emigration*, in: Holger Sonnabend/Marita Krauss (Hg.): *Frauen und Migration*, Stuttgart 2001, S. 76-93, hier S. 82.

228 Nelly Sachs an MfIS, 10.2.1939, Dossier Nelly Sachs, RA, JFA, FS, F 2 a:25.

229 Gabriele Fritsch-Vivié: *Nelly Sachs. Mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*, 3. Aufl., Hamburg 2001 (1993), S. 33.

230 Nelly Sachs hütete diese Gunstbeweise. Sie befinden sich in der Kungliga Biblioteket Stockholm (KB), Nelly Sachs samling, L 90.

231 Aris Fioretos: *Flucht und Verwandlung. Nelly Sachs, Schriftstellerin*, aus dem Schwed. von Paul Berf, Berlin/Stockholm 2010, S. 104f.

232 MfIS an Nelly Sachs (Durchschrift ohne Datum und Unterschrift), Dossier Nelly Sachs, RA, JFA, Flyktningsektion, F 2 a:25.

233 Ruth Dinesen: *Nelly Sachs. Eine Biographie*, Frankfurt a. M. 1992, S. 88.

Immigration oder einen vorübergehenden Aufenthalt von Tochter und Mutter Sachs zu sammeln.

Für diese Reise war Harlan mit einer Reihe von Namen ausgerüstet, bei denen sie vorsprechen wollte und die aufgrund ihres Rufs oder ihrer Stellung vielleicht helfen konnten. Zuerst suchte sie den Cousin des ehemaligen behandelnden Arztes von Nelly Sachs, den bekannten Philosophen Ernst Cassirer, in Göteborg auf. Aber dieser konnte Harlan nicht helfen. Die nächste Person auf der Liste war die besagte »Brieffreundin«, die bewunderte Autorin Selma Lagerlöf. Harlan berichtete später, dass der erste Besuch bei der alten, gebrechlichen und vor allem schwerhörigen Dame enttäuschend gewesen sei. Aufgrund des Lärms, der wegen Bauarbeiten am Dach herrschte, habe diese Harlans Anliegen nicht verstanden. Auch beim zweiten Besuch zeigte sich die Schriftstellerin zunächst pessimistisch, was ihre Möglichkeiten und das Gewicht ihres Namens betraf, doch schrieb sie die eingangs zitierten Zeilen und gab dieses aus einem Satz bestehende Empfehlungsschreiben Gudrun Harlan mit.²³⁴

Anschließend suchte Harlan den Herzog von Närke und Prinz von Schweden Eugen Napoleon Nikolaus Bernadotte auf. Der Bruder des schwedischen Königs Gustav V. ist der Nachwelt vor allem als Maler von Pastellbildern und Naturdarstellungen in Erinnerung. In die schwedische Geschichtsschreibung ging er daher als der Malerprinz ein. Weniger bekannt ist sein politisches Engagement für die Verfolgten des Hitlerregimes und seine Einstellung gegen den Nationalsozialismus.²³⁵ Prinz Eugen, so beschrieb es Gudrun Harlan ausführlich, telefonierte mit dem »Utrikesdepartement«, also dem Außenministerium. Wahrscheinlich meinte sie aber die Ausländerbehörde. Sie selbst füllte dann bei einem persönlichen Gespräch dort die nötigen Formulare aus.²³⁶ Die Intervention war erfolgreich und Harlan schrieb dem Prinzen: »Dank [der] königliche[n] Empfehlung wurde auch von Sozial Styrelsen [!] schnell gearbeitet, um alles zu ordnen.«²³⁷ Bevor sie nach Berlin zurückkehrte, stattete sie auch noch dem Verleger von Selma Lagerlöf – dem Bonnier Verlag – einen Besuch ab. Dort wurde ihr eine kleinere monatliche Unterstützung zugesagt, sollte Lagerlöf auch etwas beitragen. Diese starb kurz darauf, aber Bonnier stand zu seinem Wort.²³⁸

234 Gudrun Dähnert: Wie Nelly Sachs 1940 aus Deutschland entkam. Mit einem Brief an Ruth Mövius, in: Sinn und Form 61 (2009), Nr. 2, S. 226-257, hier S. 246f. Das Empfehlungsschreiben ist auf den 19. Juli 1939 datiert.

235 Die Flüchtlingshilfeaktivistin Mia Leche Löfgren legte 1946 in ihrem Buch *Hård tid* (Stockholm) davon Zeugnis ab.

236 Dähnert: Wie Nelly Sachs, S. 248f.

237 Gudrun Harlan an Prinz Eugen, 29.2.1940, Nelly Sachs, Viseringsdossier, #493421, RA, SUK, passbyrån, F 2 BA:282.

238 Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass sich aus einem Schreiben der Flüchtlingsabteilung der Jüdischen Gemeinde in Stockholm herauslesen lässt, dass es Tor Bonnier war, mit dem Gudrun Harlan sprach (Schreiben vom 22. April 1940), es allerdings der Vater Karl Otto Bonnier war, der die Verbindlichkeit unterschrieb. Das bestätigt noch einmal den großen Aufwand, den die gesamte Familie Bonnier der

Durch befreundete Emigranten und schwedische Freunde kam zudem der Kontakt zu dem Rektor der Volkshochschule der Arbeiterbewegung in Brunnsvik Alf Ahlberg zustande.²³⁹ Dieser riet ihr, sich an Olga Klein bei der Jüdischen Gemeinde zu wenden. Er ging davon aus, dass 150 bis 200 Kronen für den Lebensunterhalt ausreichen würden. Das entsprach auch dem von der Gemeinde und der Sozialbehörde für ein Ehepaar angesetzten Satz. Ahlberg verpflichtete sich, 25 Kronen monatlich von seinem Einkommen zur Verfügung zu stellen.²⁴⁰ Alle diese Informationen und die Namen der prominenten Unterstützer übermittelte die Botin aus Berlin in einem Brief an Wilhelm Michaeli.²⁴¹ Schließlich besuchte sie die Gemeinde in der Währendorffsgatan. Nach Angaben Harlans zögerte Wilhelm Michaeli aber noch mit einer Hilfszusage, bis zufällig der Flüchtling und Hochschulprofessor Hans Guggenheim den Raum betrat. Er habe Nelly Sachs wärmstens empfohlen, worauf sich Michaelis Haltung geändert habe, so Gudrun Harlan. Michaeli habe sogar 100 Kronen zugesagt, die die Gemeinde als Garantiesumme für den Unterhalt beisteuern würde.²⁴² Wie bereits deutlich wurde, wäre das aber sehr ungewöhnlich gewesen.

Davon steht auch nichts in der Gesprächsnotiz, die Michaeli selbst über das Gespräch am selben Tag anfertigte. Diese berichtete nur von Harlans Besuch, dessen Audienz beim Prinzen Eugen, den Schreiben Lagerlöfs und des Rektors Ahlberg sowie von Abschriften von Kritiken. Da der Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung bereits bei der Behörde eingegangen war, sei klar, dass weitere Garantien vonnöten sein würden, um die sich Harlan bemühen würde. Laut Notiz schlug Michaeli Harlan vor, diese Verpflichtungen in Stockholm zu sammeln. So wäre alles beisammen, wenn die Behörden das Gutachten der Gemeinde einholen würden. Handschriftlich fügte Michaeli noch hinzu, dass Guggenheim bestätigt habe, beide, Harlan und Sachs, persönlich zu kennen.²⁴³ Harlan führte noch vor ihrer Abreise aus Stockholm weitere Gespräche mit der Sozialbehörde.²⁴⁴ Bei Wilhelm Michaeli sollten die Informationsfäden zusammenlaufen. Wie Harlan darauf kam, die Gemeinde würde finanzielle Garantien geben, lässt sich heute nicht mehr nachvollziehen. Im Anschluss an dieses Gespräch war davon zumindest nicht mehr die Rede. Aber Wilhelm Michaeli übernahm den Fall Nelly Sachs. An ihn schickte diese daher auch ein Empfehlungsschreiben

Flüchtlingshilfe widmete. Beides findet sich in Dossier Nelly Sachs, RA, JFA, FS, F 2 a:25.

239 Dähnert: Wie Nelly Sachs, S. 250.

240 Olga Klein arbeitete – wie aus einem Dankeschreiben in den Akten der Jüdischen Gemeinde hervorgeht – unermüdlich für die Flüchtlinge. Alf Ahlberg an Nelly Sachs, 28.7.1939, Dossier Nelly Sachs, RA, JFA, FS, F 2 a:25.

241 Gudrun Harlan an Wilhelm Michaeli, 29.7.1939, Dossier Nelly Sachs, RA, JFA, FS, F 2 a:25.

242 Dähnert: Wie Nelly Sachs, S. 249.

243 Notiz Wilhelm Michaeli, 1.8.1939, Dossier Nelly Sachs, RA, JFA, Flyktningsektion, F 2 a:25.

244 Gudrun Harlan an Sos, 1.8.1939, Leonie Sachs, Centraldossier, RA, SUK kanslibyrån, F 1 B:2150.

von Leo Hirsch vom Jüdischen Kulturbund.²⁴⁵ Am 2. August 1939 teilte die schwedische Gesandtschaft in Berlin der Sozialbehörde mit, dass ihrerseits keine Einwände gegen den Antrag der beiden Sachs' bestanden. Darauf reichte jene den Antrag am 10. August an das Hilfskomitee der Jüdischen Gemeinde zur Stellungnahme weiter.²⁴⁶

Nun lag der Ball wieder bei Wilhelm Michaeli. Streng genommen konnte dieser den Antrag aber nicht empfehlen: Der Lebensunterhalt war nicht gesichert und die Unterlagen waren noch unvollständig. Alles, was er hatte, waren mündliche Informationen und Versprechungen. Am 14. August 1939 schrieb daher sein Kollege im Hilfskomitee, Franz Arnheim, an Nelly Sachs. Man habe von der Sozialbehörde die Unterlagen erhalten, denen zu entnehmen sei, dass Sachs über Wartenummern des US-Konsulats für die Einreise nach Amerika verfüge. Diese solle sie so schnell wie möglich in Kopie einschicken.²⁴⁷ Sachs folgte der Aufforderung schnellstmöglich. Ein Affidavit aber war immer noch nicht eingetroffen.²⁴⁸ Eine Woche später waren der Fall und das Gesuch um Stellungnahme durch die Sozialbehörden endlich Gegenstand der Beratung in der Jüdischen Gemeinde. Das *Inresekommittén*, das Einreisekomitee der Gemeinde, fasste laut Protokoll am 23. August 1939 in Sachen der »lyrischen Dichterin« und ihrer Mutter den Beschluss: »Das Gesuch soll empfohlen, jedoch dem Socialstyrelsen mitgeteilt werden, dass die Mosaika Församling nicht in der Lage ist, die wirtschaftliche Garantie zu übernehmen.«²⁴⁹ Schon damit wagte sich die Gemeinde weit vor. Denn noch lag ja kein Affidavit aus den USA vor, während die hohen Wartenummern auf eine lange Wartezeit schließen ließen. Dann brach nur wenige Tage später der Krieg aus und Schweden schloss wie viele Länder zunächst seine Grenzen und führte den Visazwang ein, der mit Ausnahme der nordischen Nachbarländer alle Staaten betraf.²⁵⁰ Damit wechselte auch die für den Fall

245 Nelly Sachs an Wilhelm Michaeli, 5.8.1939, Dossier Nelly Sachs, RA, JFA, Flyktingsektion, F 2 a:25. Auch die Sozialbehörde erhielt davon eine Abschrift zur Komplettierung der »bereits eingegangenen Akten«. Nelly Sachs an Sos, 5.8.1939 mit der Durchschrift des Schreiben Leo Hirschs vom 6.8.1939, Leonie Sachs, Centraldossié, RA, SUK, kanslibyrån, F 1 B:2150. Dasselbe Schreiben hat Leo Hirsch am 8. August 1938 auch noch einmal an den potenziellen Gönner, den Verleger Karl Otto Bonnier, aufgesetzt. Dossier Nelly Sachs, RA, JFA, FS, F 2 a:25.

246 Beides in Leonie Sachs, Centraldossié, RA, SUK, kanslibyrån, F 1 B:2150.

247 Franz Arnheim an Nelly Sachs, 14.8.1939, Dossier Nelly Sachs, RA, JFA, Flyktingsektion, F 2 a:25.

248 Nelly Sachs an Wilhelm Michaeli und Franz Arnheim 17.8.1939, Dossier Nelly Sachs, RA, JFA, Flyktingsektion, F 2 a:25.

249 Protokoll, 23.8.1939, RA, JFA, HK, A 2:1. Das widerspricht den Angaben in der Literatur, die sich stets auf eine angebliche Garantie der Gemeinde berufen. Fioretos: Flucht und Verwandlung, S. 108; Dinesen: Nelly Sachs, S. 109; Dähnert: Wie Nelly Sachs, S. 249.

250 Kvist Geverts: Ett främmande element, S. 54.

zuständige Behörde. Das Außenministerium wurde maßgeblich.²⁵¹ Dieses übte zunächst größere Zurückhaltung bei der Erteilung von Einreisevisa. Die Lage auf dem Kontinent war zu undurchschaubar.

Im Herbst traf dann ein Affidavit aus den USA in Berlin bei Nelly Sachs ein. Hermann J. Weigand, amerikanischer Staatsbürger und Professor für deutsche Literatur in Yale, bürgte für die beiden. Im Affidavit gab Weigand an, dass es die Intervention einer Freundin von Nelly Sachs, Vera Lachmann, war, die ihn um das Schicksal der beiden Sachs' bange ließ.²⁵² Weigand hatte, trotz beschränkter Mittel und ohne Nelly Sachs persönlich zu kennen, die Garantie übernommen. Im Dezember schrieb er an einen der schwedischen Freunde der Mutter und Tochter Sachs, der noch einmal an ihn herangetreten war:

»Perhaps you do not realize what a large number of requests of this sort come to one these days, or perhaps you do realize it. Certainly, the number of deserving cases is so great that an individual without independent means simply cannot respond as he would like to. The ladies in question I do not know personally. I consented to give my affidavit only upon the earnest plea of mutual friends.«²⁵³

Und noch immer erfüllten die beiden Berlinerinnen nicht die Auflagen, da ihre Wartenummern auf der amerikanischen Quote keine baldige Weiterreise erwarten ließen und noch ausreichende finanzielle Garantien für den vorübergehenden Aufenthalt in Schweden fehlten. In der Fallakte zu Nelly Sachs bei der Jüdischen Gemeinde spiegeln sich deren Versuche und die anderer Freunde wider, solche Garantien zu sammeln. Michaeli unternahm seinerseits Anstrengungen, um den Unterstützerkreis für die beiden Damen zu erweitern. Er kontaktierte die umtriebige Friedensaktivistin Gräfin Kerstin Hamilton und schickte ihr die Unterlagen der beiden zu. Zu den Menschen, die bereits zugesagt hatten, Nelly Sachs und ihre Mutter zu unterstützen, also den Bonniers, Rektor Ahlberg und einem Freund Lagerlöfs, Enar Sahlin, mussten noch weitere Personen hinzukommen, um die Gemeinde davon zu überzeugen, dass der Antrag eine Chance auf Annahme bei den Behörden hatte.²⁵⁴

In Berlin rechneten Mutter und Tochter Sachs wöchentlich mit der Ausreise nach Schweden. Der Haushalt musste aufgelöst, die wenigen Dinge von Wert,

251 Kerstin Abukhanfusa: Nobelpristagere på flukt, in: Lars Hallberg (Hg.): Spåren efter Nobel, Stockholm 2001, S. 173-188, hier S. 175.

252 Affidavit of Support Hermann Weigand, 13.9.1939, Leonie Sachs, Centraldossier, RA, SUK kanslibyrån, F 1 B:2150. Fioretos meint allerdings, dass es Erika Weigand, der Tochter, zu verdanken sei (ders.: Flucht und Verwandlung, S. 108); dafür ließen sich aber keine Anhaltspunkte finden.

253 Hermann Weigand an Einar Sahlin, 4.12.1939, KB, Nelly Sachs samling, Enar Sahlins papper rörande Nelly Sachs, L 90 (NS 1982/23 1-5, Sahlin)

254 Schriftlich sagte Karl Otto Bonnier erst am 25. April 1940 50 Kronen Unterstützung zu. Karl Otto Bonnier an MfS, 25.4.1940, Dossier Nelly Sachs, RA, JFA, Flyktingssektion, F 2 a:25.

die es noch gab, mussten veräußert werden. Es galt, die Bescheinigung der Behörden über die steuerliche Unbedenklichkeit einer Ausreise zu erlangen und alle Verbindlichkeiten in Deutschland zu begleichen. Dazu gehörte auch die immens gestiegene Reichsfluchtsteuer. Beim Verkauf der Möbel und anderen mobilen Vermögens wiederholte sich die Ausbeutung, während sich viele »arische Volksgenossen« bereicherten.²⁵⁵

In Stockholm zog sich die Angelegenheit weiter hin. Inzwischen war es in Berlin einsam um die Dichterin geworden. Auch die gute Freundin Vera Lachmann reiste ab. Auf dem Weg über Göteborg nach Amerika setzte sie sich aber bei einem Besuch bei der Gemeinde noch einmal persönlich für ihre Freundin ein. Diese habe durch die Pflege der Eltern gute Kenntnisse der Diätküche und könne daher vielleicht auch in einem Heim arbeiten.²⁵⁶ Auch der bereits erwähnte Enar Sahlin bat Michaeli um einen Termin zum Fall Sachs. Er berichtete anschließend nach Berlin, dass die Sozialbehörde Hoffnung auf das Transmigrantenvisum machen würde und dass jetzt nur noch die Geldfrage zu klären sei. Prinz Eugen und Michaeli würden sich sehr für den Fall interessieren. Dann schloss er mit einem Hinweis auf das zentrale Dilemma der Flüchtlingshilfe jener Jahre: »Gute Menschen gibt es wohl, aber die ökonomischen Quellen sind erschöpft.«²⁵⁷ Vera Lachmann wusste in den USA die Tochter des Hamburger Bankiers Max Warburg, Gisela Warburg, für den Fall zu interessieren.²⁵⁸ Solche Verbindungen verbesserten die Chancen der beiden Frauen in Berlin. Ende November schrieb Fritz Warburg an Wilhelm Michaeli. Er bat ihn, sich noch einmal an den Philosophen und Flüchtling Ernst Cassirer in Göteborg zu wenden. Vielleicht könne dieser doch helfen: »Es wäre ja sehr schön, wenn man die Kuh (natürlich bildlich gesprochen) vom Eise bringen könnte.«²⁵⁹

Noch war »die Kuh nicht vom Eise«, aber die Gemeinde war Ende November 1939 geneigt, eine Chance für die beiden Frauen zu sehen. Das Hilfskomitee beschloss, den Antrag erneut einzureichen.²⁶⁰ Dann, sechs Monate nach dem Eingang des Antrags der beiden Berlinerinnen, schienen die Bürgschaften endlich ausreichend. Am 7. Februar 1940 teilte das nunmehr in Flüchtlingsabteilung umbenannte Hilfskomitee der Sozialbehörde mit, dass es nichts dagegen einzuwenden hätte, die beiden Sachs auf die Transmigrantenquote zu setzen.

255 Fioretos: *Flucht und Verwandlung*, S. 99.

256 Aktenvermerk, 21.II.1939, Dossier Nelly Sachs, RA, JFA, FS, F 2 a:25.

257 Enar Sahlin an Wilhelm Michaeli, 31.IX.1939, und E. Sahlin an Sachs, 8.II.1939, Dossier Nelly Sachs, RA, JFA, FS, F 2 a:25.

258 Das geht aus einem Schreiben der Jüdischen Gemeinde an Gisela Warburg vom 6. März 1940 hervor. Dossier Nelly Sachs, RA, JFA, FS, F 2 a:25.

259 Fritz Warburg an Wilhelm Michaeli, 25.II.1939, Dossier Nelly Sachs, RA, JFA, FS, F 2 a:25.

260 Protokoll, 23.II.1939, RA, JFA, FS, A 1:1.

Der Unterhalt im Umfang von 150 Kronen monatlich sei von privater Seite gewährleistet.²⁶¹

Auch die unermüdliche Lebensretterin Gudrun Harlan erinnerte in jenen Tagen den Prinzen Eugen erneut an das Schicksal der beiden.²⁶² Dieser nahm noch einmal mit den Behörden Kontakt auf, und handschriftlich vermerkte ein Mitarbeiter des Außenministeriums am 28. März 1940: »Prinz Eugen erhielt bei Nachfrage den Bescheid, dass die Erteilung des Visums am selben Tage bewilligt wurde.«²⁶³ Endlich – fast 14 Monate nach dem ersten Kontakt mit der Jüdischen Gemeinde – bevollmächtigte der Leiter der Rechtsabteilung des Außenministeriums Gösta Engzell die Gesandtschaft Berlin, ein Aufenthaltsvisum für den Aufenthalt von sechs Monaten auszufertigen. Die beiden hatten sich schriftlich zu verpflichten, in ein anderes Land zu emigrieren, soweit es die Umstände zulassen würden.²⁶⁴ Am 16. Mai 1940 schließlich landeten Mutter und Tochter Sachs in Schweden.

Werk und Schaffen Nelly Sachs werden oft ausschließlich im Licht des Literaturnobelpreises gesehen, den sie 1966 erhielt. Als sie 1939 ihren ersten Brief an Wilhelm Michaeli bei der Jüdischen Gemeinde schrieb, war sie nicht nur eine unbekannte Verfasserin, sondern brachte auch keine Voraussetzungen für eine Einreise nach Schweden mit, die ihr dank ihrer unermüdlichen Freunde gelang. Es handelte sich dabei um eine einzigartige Mischung aus mutigen und ruhelosen Frauen, die Nelly Sachs persönlich kannten und Menschen, die zuvor nichts oder wenig von ihr gehört hatten, die aber von ihren Zeilen – ob in Gedichtform oder in den zahlreichen Briefen – angerührt waren. Lagerlöf bedankte sich im Oktober 1939 bei Sahlin für seine Unterstützung und schrieb: »Ich kenne keine der beiden persönlich, aber Leonie ist eine Verfasserin hübscher Kinderverse und Sagen für Kinder. Sie verdient es wohl, dass man ihr hilft.«²⁶⁵ Selma Lagerlöf lernte Nelly Sachs tatsächlich nie kennen, und auch Enar Sahlin begegnete die Dichterin erst später.

Eine wirkliche Vorzugsbehandlung erhielten die beiden nicht, Wohlwollen und Freundlichkeit sind aber an vielen Stellen erkennbar. Der Fall war nicht dringend, eine Garantie von Seiten der Gemeinde wurde nicht gegeben. Und dennoch wurden Geldgeber gesucht und natürlich halfen die Namen der großen schwedischen Schriftstellerin und eines Mitglieds der Königlichen Familie als Referenzen. »Kam her durch Selma Lagerlöf«, schrieb sie selbst auf ihren Antrag

261 MfS an Sos, 7. und 27.2.1940, Leonie Sachs, Centraldossier, RA, SUK, kanslibyrån, F 1 B:2150.

262 Gudrun Harlan an Prinz Eugen Bernadotte, 29.2.1940, Nelly Sachs, Viseringsdossier, #493421, RA, SUK, passbyrån, F 2 BA:282.

263 Ebd.

264 Außenministerium an Königlich-schwedische Gesandtschaft Berlin, 28.3.1940, Nelly Sachs, Viseringsdossier, #493421, RA, SUK, passbyrån, F 2 BA:282.

265 Selma Lagerlöf, 23.11.1939, abgedruckt in Fioretos: Flucht und Verwandlung, S. 109.

auf Aufenthaltsgenehmigung im September 1943.²⁶⁶ Das stimmt nicht – vielmehr waren ein Dutzend Helfer daran beteiligt gewesen. Vielleicht war ihr das auch bewusst, als sie noch in Berlin an Wilhelm Michaeli schrieb:

»Ich kann nichts Anderes mehr sagen als Dank, Dank [!] Dank! Der Himmel möge mir die Kraft geben an Ihnen Allen, die Sie voll Menschengüte dazu beigetragen haben, einen kleinen Teil meiner Dankesschuld abtragen zu dürfen.«²⁶⁷

Alle drei Fälle zeigen, wie sehr sich das Hilfskomitee insgesamt bemühte, jedem Antragsteller mit demselben Maß an Unterstützung entgegenzutreten, wie sehr aber auch persönliches Engagement von Bekannten und Förderern und persönliche Netzwerke Einfluss nahmen. Das galt überall auf der Welt. Ein guter Leumund aber nutzte nicht zwangsläufig, auch wenn sich wirklich herausragende Persönlichkeiten des deutschen Judentums einsetzten. Im August 1939 teilte das Hilfskomitee Carl Berkowitz in Berlin mit, dass wegen seiner langen Wartezeit ein Zwischenaufenthalt in Schweden von den Behörden nicht genehmigt werden würde. Auch könne die Gemeinde ihn nicht »anfordern«, da die Quote für »Transmigrianten« erschöpft sei. Sie könne also »trotz der besonderen Empfehlung von Dr. Baeck« nicht behilflich sein. Auch der bereits erwähnte Ernst Max konnte mit einer Fürsprache nichts ausrichten, wenn die Wartezeit für die Weiterreise zu lang war.²⁶⁸

Auch im Fall Benjamin Murrelsteins war die treue Arbeit in einer Gemeinde keine Hilfe. Murrelstein war 1905 in Lemberg in Galizien in eine orthodoxe Familie geboren worden. Der Weg in die Theologie schien dem jungen, begabten Mann vorbestimmt, und so studierte er nach dem Ersten Weltkrieg an der Universität in Wien Philosophie und gleichzeitig an der Israelitisch-Theologischen Lehranstalt, wo er 1927 seine rabbinische Ausbildung abschloss. Im selben Jahr wurde Murrelstein mit der Dissertation »Adam. Ein Beitrag zur Messiaslehre« promoviert. Anschließend arbeitete er an besagter Lehranstalt als Dozent. Die bekannteste wissenschaftliche Veröffentlichung Murrelsteins aber war die 1938 erschienene *Geschichte der Juden*. In der von den Nationalsozialisten nach dem »Anschluss« neu geordneten Israelitischen Kultusgemeinde übernahm er die Leitung der Auswanderungsabteilung. Die Meinungen über sein Verhalten in dieser Funktion und als »Judenältester« im Ghetto Theresienstadt gehen auseinander.²⁶⁹ Einige bescheinigen ihm, sich um die Schar der Hilfesuchenden gekümmert und insbesondere im Umgang mit der Gestapo ein besonderes Verhandlungsgeschick bewiesen zu haben; andere bezichtigten Murrelstein,

266 Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung (Visierung), 8.9.1943, Leonie Sachs, Centraldossie, RA, SUK, kanslibyrån, F 1 B:2150.

267 Nelly Sachs an Wilhelm Michaeli, 3.4.1940, Dossier Nelly Sachs, RA, JFA, FS, F 2 a:25.

268 MfiS an Carl Berkowitz, 7.8.1939, und an Dr. Blum, 26.9.1939, RA, JFA, HK, E 1:7.

269 Vgl. Lisa Hauff: Zur politischen Rolle von Judenräten. Benjamin Murrelstein in Wien 1938-1942, Göttingen 2014.

seine erzwungene Aufgabe mit herrischer Kälte und Härte durchgeführt zu haben. Murmelstein war überzeugt, dass den Befehlen der Gestapo unbedingte Folge zu leisten war und diese in den jüdischen Gemeinden Österreichs notfalls mit Strenge durchgesetzt werden mussten. So wollte er verhindern, dass die Nationalsozialisten eine Handhabe gegen die Jüdische Gemeinde fanden. Die jüdische Verwaltung sollte selbst für Ordnung und Disziplin sorgen, um so ein noch strengeres Einschreiten der SS zu verhindern.

Wie viele Funktionäre jüdischer Gemeinden in verantwortungsvollen Positionen folgte Murmelstein einer Logik, die annahm, den Nationalsozialisten gehe es um die Ausbeutung, nicht aber um die Vernichtung der Gemeinden. Nach dem Krieg wurden Vorwürfe gegen Murmelstein laut, der zeitweise sogar festgenommen wurde. Neben den Vorwürfen, dass er sich an der Macht, die ihm zugefallen war, erfreut habe und die schlecht beweisbar waren, zeigt sich an der Person Murmelstein die ganze Tragik der »Judenräte« und ihrer Ausbeutung durch den nationalsozialistischen Verfolgungsapparat. Murmelstein arbeitete und lebte bis zu seinem Tod in Rom, wo er 1975 auch von Claude Lanzmann zu seiner Rolle interviewt wurde. Das elfstündige Interview fand aber nie Eingang in Lanzmanns Film *Shoa*.²⁷⁰ Zu weit gingen die Einschätzungen zu Murmelstein auseinander. Doron Rabinovici hat gezeigt, wie sehr und warum Benjamin Murmelsteins Handlungen, die erzwungene Kooperation, sein Arbeitseifer, und auch sein Benehmen, ja sein Charakter die Urteile über ihn negativ beeinflusst haben.²⁷¹ H. G. Adler nannte ihn einen »Falstaff«, was auf die gedrungene und adipöse Gestalt und den zwar klugen, aber angeblich auch zynischen und »verschlagenen« Charakter anspielt.²⁷²

Aber auch dieser ambivalente Mann war in Wien in einer schwierigen und nur durch die Widersprüche der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik erklärbaren Situation. Er hatte sich bereits 1938 in verschiedenen Ländern nach Arbeitsmöglichkeiten für sich erkundigt und wenig ermutigende Auskünfte erhalten.²⁷³ Mit der Gründung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung und im Verlauf der Zeit musste er dann zwar auch wie alle anderen Angestellten der Gemeinde vorweisen, dass er seine Auswanderung aus Österreich aktiv betrieb,

270 Mehr dazu bei Ronny Loewy/Katharina Rauschenberger (Hg.): »Der Letzte der Ungerechten«. Der Judenälteste Benjamin Murmelstein in Filmen 1942-1975, Frankfurt a. M. 2011.

271 Rabinovici: Instanzen der Ohnmacht, vor allem S. 361-380; ders.: »Der Letzte der Ungerechten«. Benjamin Murmelstein, in: Ingo Zechner/Lothar Hölbling/Felicitas Heimann-Jelinek (Hg.): Ordnung muss sein. Das Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Wien 2007, S. 187-193.

272 H. G. Adler: Theresienstadt, 1941-1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft, Reprint der 2. Aufl. von 1960, Göttingen 2005 (1955), S. 117.

273 Im Central Archive for the History of the Jewish People findet sich ein Brief eines Sigmund Seeligmann an Murmelstein aus Amsterdam, der ihm am 12. April 1938 berichtete, wie schlecht die Chancen auf eine Stelle in den Niederlanden seien. Auch aus Großbritannien und der Schweiz befinden sich hier ähnliche Schreiben. CAHJP, P151/7.

eine wirkliche Ausreise aber wurde ihm und den meisten verwehrt, da diese Menschen für die Behörden ein wichtiges ausführendes Organ darstellten. Murmelstein bemühte sich also die gesamte Zeit im Bewusstsein der Vergeblichkeit um Stellen und Visa im Ausland.²⁷⁴ Im Oktober 1939 erhielt er aber von einem ehemaligen Mitarbeiter der Kultusgemeinde, der sich in Schweden aufhielt, einen wichtigen Bescheid. Der inzwischen in Schweden lebende Ernst Max schrieb ihm, dass Ehrenpreis als Stockholmer Oberrabbiner in den Ruhestand gehen würde und dass der Vorstand bereits Gelder für Probepredigten bewilligt habe.²⁷⁵ Im November 1939 kontaktierte Murmelstein selbst Ehrenpreis und fragte an, ob es für ihn eine Verwendung gebe. Er schrieb damals, dass Zusagen an ihn aus dem Ausland durch die jetzige Situation nach Kriegsbeginn gegenstandslos geworden seien.²⁷⁶ Die Berufung eines Nachfolgers verzögerte sich aber zunächst für ein Jahr und Marcus Ehrenpreis blieb im Amt. Schließlich kam es erneut zu einer Ausschreibung und am 23. Januar 1941 empfahl der von den Nationalsozialisten eingesetzte Leiter der Israelitischen Kultusgemeinde Josef Löwenherz Benjamin Murmelstein an Oberrabbiner Ehrenpreis in Stockholm. Auch Leo Baeck würde ihn empfehlen.²⁷⁷ In Stockholm hegte man aber Zweifel an der Eignung Murmelsteins. Diesen Vorbehalten versuchte Löwenherz in einem Schreiben am 10. Februar 1941 zu begegnen:

»Nicht unerwähnt will ich lassen, dass Dr. M. der einzige Wiener Rabbiner war, der auch nach der Neu-Ordnung der Verhältnisse auf seinem Posten blieb und die ihm gebotenen Einreisemöglichkeiten aus reinem Pflichtgefühl ausschlug und im Interesse der Juden in überaus verantwortungsvoller und schwerer Stellung tätig ist. Er versieht auch gegenwärtig die rabbinischen Funktionen im Tempel I. Seitenstettengasse.«

Auch mögliche Bedenken der religiös-liberalen Gemeinde in Stockholm gegenüber der konservativen Ausrichtung Murmelsteins bemühte sich Löwenherz zu zerstreuen, indem er betonte, dass Murmelstein sich durch ein großes Taktgefühl und Toleranz auszeichne. Zwar stamme er aus einem orthodoxen Elternhaus und lebe in einem Rabbiner sich ziemendes Leben, doch begegne er den Ansichten der Gemeindemitglieder freimütig. Nur in einem Punkt schien Löwenherz überfordert. Ehrenpreis muss am Ende eines Briefes an Löwenherz auch auf das Aussehen Murmelsteins eingegangen sein. Das Erscheinungsbild des Rabbiners auf dem Foto, das Löwenherz' Brief oder einer Bewerbung angehängt gewesen sein muss, scheint ihn beunruhigt zu haben. Löwenherz schrieb:

274 Josef Löwenherz empfiehlt ihn am 25. September 1940 auch an den JDC. Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 180,1.

275 Ernst Max an Benjamin Murmelstein, 16.10.1939, CAHJP, P151/7.

276 Benjamin Murmelstein an Marcus Ehrenpreis, 16.11.1939, RA, JFA, Överrabbin Ehrenpreis arkiv, E 1:27.

277 Josef Löwenstein an Marcus Ehrenpreis, 10.2.1941, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 180,1.

»Am Schlusse Ihres Briefes sprechen Sie auch offenherzig über das ungeistige Aussehen des Dr. M. [...]. Dr. M. präsentiert sich gut und versteht es auch, bei Verhandlungen mit behördlichen Stellen Takt zu bekunden und Würde zu wahren. Im Uebrigen werde ich mich bemühen, ein anderes Bild des Dr. M. aus letzter Zeit zu erhalten und Ihnen in den nächsten Tagen einzuschicken.«²⁷⁸

Er schloss mit einer warmen Empfehlung und dem Hinweis, dass ihm Murrelstein in den letzten drei Jahren treu und aufopferungsvoll zur Seite gestanden habe. Es gelang Löwenherz, ein anderes Bild aufzutreiben, das Ehrenpreis mit Schreiben vom 14. Februar zugeht. Am Ende aber reiste Murrelstein nie nach Stockholm. Ehrenpreis' Stelle konnte nicht besetzt werden, da sich unter den gegebenen Umständen keine qualifizierten Kandidaten bewerben konnten, sodass man die Angelegenheit zwischenzeitlich ruhen ließ. Es ist fraglich, ob Rabbiner Murrelstein tatsächlich hätte auswandern dürfen, da er unter dem Zwang der Gestapo in Wien in der Verwaltung der Vertreibung, Ausplünderung und später auch der Deportationen arbeitete.

5. Das Ende der Flucht nach Schweden

Wie bereits erwähnt, ordnete der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei Heinrich Himmler am 23. Oktober 1941 an, dass die Auswanderung von Juden mit sofortiger Wirkung zu verhindern sei. Dieses geschah ungefähr eine Woche nach Beginn der planmäßigen Deportationen deutscher Juden aus dem »Altreich« in die Ghettos Lodz, Warschau und Riga. Zu diesem Zeitpunkt lebten allein in Deutschland noch etwa 160.000 Juden.²⁷⁹ Nur noch in Ausnahmefällen und wenn Reichsinteressen berührt waren, erlaubte das Reichssicherheitshauptamt eine Auswanderung.²⁸⁰ Insgesamt hatten bis dahin die schwedischen Juden zusammen mit ihren Partnern in Deutschland 1350 Menschen im Rahmen der eingerichteten Quoten zur Flucht verholfen und weitere Tausende bei der Bewältigung der Reise unterstützt, bei der Antragstellung durch Dritte vermittelt oder die Koordination mit den Bürgen und den deutschen Hilfsorganisationen übernommen.²⁸¹

278 Josef Löwenherz an Marcus Ehrenpreis, 10.2.1941, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 180,1.

279 Kwiet: Gehen oder Bleiben?, S. 132.

280 Reinhard Rürup: Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem »Prinz-Albrecht-Gelände« – eine Dokumentation, Berlin 1989, S. 117.

281 David Köpniwsky hielt dieses in seinem bereits häufig zitierten, unveröffentlichten Manuskript »Några ord och siffror om Mosaiska församlingens i Stockholm flyktinghjälp under åren 1933-1950« auf Seite 27 im März 1951 fest. Dieser äußerst aufschlussreiche Bericht liegt im Archiv des Hilfskomitees, RA, JFA, FS, F 4 a:10. Köpniwsky wiederholte die Zahlenangaben Jahrzehnte später in seinem Beitrag »Ett samfund i omvandling« (in: Göteborgs mosaiska församlingen [Hg.]: Göteborgs mosaiska

Zwar dauerte es noch eine Weile, bis allen Beteiligten klar werden sollte, dass eine Ausreise aus dem Deutschen Reich nach dem Oktober 1941 nicht mehr möglich war, aber die Notwendigkeit einer Umstellung der Hilfsarbeit war den Helfern schon zuvor bewusst geworden. So stiegen wegen der erhöhten Lebenshaltungskosten die Aufwendungen für den Aufenthalt der zuvor nach Schweden eingereisten Juden. Da die Gemeinde ihre Eigenmittel fast verbraucht hatte, schlugen die Teuerungen noch stärker zu Buche. Bereits zum Jahresbeginn 1941 hatte die Stockholmer Gemeinde daraus die Konsequenzen gezogen und das bis dahin größtenteils durch Spenden finanzierte und mit ehrenamtlichen Vorständen besetzte Hilfskomitee in ein ordentliches Organ der Gemeindeführung umgewandelt. Die »Flüchtlingsabteilung« (schwed. flyktingsektion) der Gemeinde wurde von nun an nicht mehr nur bezuschusst, sondern in den Gemeindehaushalt eingegliedert. Zuletzt war die Arbeit des Hilfskomitees durch Kredite der Gemeinde am Leben erhalten worden.²⁸² Zudem wurde die Besteuerung der Gemeindeglieder angehoben. Diesen Schritt vollzogen auch die Gemeinden in Göteborg und Malmö.²⁸³ Trotzdem galt für alle jüdischen Flüchtlinge weiterhin, dass sie nach den Regeln des Aufenthaltsrechts und, wie von der Gemeinde gegenüber den Behörden auch stets betont, nach einer Übergangszeit das Land zu verlassen hatten.

Die Realität sah anders aus: Hatten sich nach Schätzung der Gemeinde zum Jahresbeginn 1941 etwa 3200 jüdische Flüchtlinge im Land aufgehalten, so waren es Ende des Jahres immer noch 2750.²⁸⁴ Bei etwa 25 bis 30 Prozent von ihnen hatte die Gemeinde die Einreise vermittelt und musste daher die Lebensunterhaltungskosten für etwa 200 Flüchtlinge übernehmen. Hinzu kamen etwa 230 Chaluzim und 350 Kinder (insgesamt befanden sich 387 Kinder im Land, die Gemeinde kam aber nicht für alle finanziell auf).²⁸⁵ Alle diese Menschen waren letztlich in Schweden gestrandet. Der leitende Mitarbeiter des Hilfskomitees Kurt Stillschweig berichtete später, dass 1941 mithilfe der Mosaiska församling noch 210 Menschen ausreisen konnten, von denen 121 in die USA, 77 nach Palästina und 12 in »andere überseeische Länder« migrierten. Die Ausreise über Land war um das Sechs- bis Achtfache teurer als auf dem Seeweg.²⁸⁶ Wie wichtig die Gemeinde in Stockholm die Weiterreise aber einschätzte, geht daraus hervor, dass sie knapp die Hälfte des geplanten Budgets des Hilfskomitees für das Jahr 1942 für Reisespesen vorsah. Im Vorjahr waren es noch knapp unter 40 Prozent

församlingen 1780-1980. Minnesskrift till Göteborgs mosaiska församlings 200-årsjubileum, Göteborg 1980, S. 135-166, hier S. 135).

282 Hansson: Flykt och överlevnad, S. 173.

283 Församlingsbald för Mosaiska församlingen i Stockholm, Dezember 1940, S. 6, und März 1941, S. 7, RA, JFA, Huvudarkivet, B 4 A:1.

284 Ebd.

285 P.M. ang. tillämpade hjälpformer, RA, JFA, FS, F 4 a:1.

286 Kurt Stillschweig: Die jüdischen Flüchtlinge in Schweden, LBI NY, Library, X MfW 11-88.

gewesen.²⁸⁷ Erst als nach dem Beginn des Krieges im Osten an eine Ausreise praktisch nicht mehr zu denken war, wurde dieser Betrag dann den finanziell schwer belasteten Zweigen der Hilfsarbeit zugeteilt – z. B. der Kinderhilfe.²⁸⁸

Die schwedischen Helfer hatten offensichtlich den Kontakt zu den Partnern südlich der Ostsee verloren. Es ist keine Korrespondenz mit der Reichsvereinigung über diesen Zeitraum hinaus überliefert. Und trotz der eingetretenen »Funkstille« versuchten einzelne Funktionäre auch nach dem Oktober 1941 noch, Menschen nach Schweden zu retten. Eva Warburg bemühte sich darum, die Jugendaliya fortzuführen und Adressen von möglichen Kindern für eine Einreise nach Schweden zu recherchieren. Insbesondere Kindern, deren Eltern bereits deportiert oder geflohen waren, wollte sie helfen.²⁸⁹ Im Dezember beantragte die Gemeinde noch die Einreisegenehmigung für Helma Leander. Deren Schwester Marga war durch die Jugendaliya nach Hälsinggärden gekommen und arbeitete als Haushaltshilfe. Helma Leander hatte nun den Deportationsbefehl erhalten. Eva Warburgs Mutter, Anna stellte 100 Kronen monatlich für zwei Jahre in Aussicht. Danach, so meinte sie, könnte Leander sich selbst ernähren. Zwei Tage vor Weihnachten 1941 wurde zudem für den neunjährigen Heinz Schilobolski die Aufenthaltsgenehmigung beantragt. Dessen Geschwister Benjamin und Dora lebten bereits in Schweden.²⁹⁰ Für beide existieren Karteikarten in der Kinderabteilung, jedoch nicht für Heinz.²⁹¹ Eine planmäßige oder auch nur regelmäßige Einreise deutscher oder österreichischer Juden ist nach dem November 1941 nicht mehr erfolgt.

Mit dem Verbot der Ausreise aus Deutschland im Oktober 1941 endete de facto die Geschichte der Flucht nach Schweden. Noch nicht beendet aber waren die Versuche zur Hilfe für einzelne Juden in Deutschland und natürlich auch nicht die Hilfe für die nach Schweden Geflohenen. Die Aufgaben der schwedischen Hilfskomitees änderten sich und machten Anpassungen erforderlich. Die Geldmittel mussten anders verteilt werden. Auch die Klientel änderte sich: Kinder wuchsen zu Jugendlichen heran, aus diesen wurden Erwachsene. Die Hilfskomitees begleiteten diesen Weg und bemühten sich, sie auf ein Leben nach dem Krieg vorzubereiten – wo auch immer dieses dann stattfinden würde. Ihnen bei der Bewältigung ihrer Traumata beizustehen, war sicherlich allein schon deshalb nicht möglich, weil dies zu jener Zeit gar nicht als notwendiger Bestandteil einer Hilfsarbeit aufgefasst wurde. Allenfalls in Einzelfällen mögen sich die Mitarbeiter der durch die Gemeinde betriebenen Heime und des

287 Församlingsbald för Mosaiska församlingen i Stockholm, März 1941, S. 13, RA, JFA, Huvudarkivet, B 4 A:1.

288 Bericht der FS, 5.4.1943, RA, JFA, FS, F 4 a:1.

289 Eva Warburg an N. N., im November 1941, SWA, Dr. Fritz Warburg, Allgemeines II. 290 RA, JFA, FS, E 2:12.

291 Karteikarten Benjamin und Dora Schilobolski, RA, JFA, BA, D 1 b:1. Die bei ihrer Ankunft 13- und 14-Jährigen kamen am 8. Mai 1939 nach Schweden und dort auf zwei verschiedene Bauernhöfe in derselben Landgemeinde.

Hilfskomitees hierfür als geeignete Ansprechpartner erwiesen haben, unter den insbesondere Frauen eine Rolle spielten.

Gerda Marcus von der Kinderabteilung und Eva Warburg in der Jugendalija sowie Sophie Michaeli vom Kinderheim in Uppsala, aber auch der Malmöer Gemeindevorsitzende Max Schönkopf und der Göteborger Vorstand Mårten Henriques profilierten sich hier. Zumeist aber waren die Geflüchteten, ob jung oder alt, auf sich selbst angewiesen. Nicht zuletzt hier liegt vermutlich auch der Grund für eine Verbitterung, die in der Nachkriegszeit zu einer Distanzierung von der Gemeinde und offener Kritik an den jüdischen Verantwortlichen führten. Die Flüchtlingsarbeit blieb angesichts einer vollkommen passiven Haltung des schwedischen Staates und trotz aller Bemühungen um eine Professionalisierung immer eine mühevoll betriebene und nur durch viel freiwilliges Engagement zu bewältigende Aufgabe, die Personal und Finanzen der Gemeinden forderte. Das Gefühl, nicht willkommen, sondern allenfalls geduldet zu sein, das durch den Staat und Teile der Öffentlichkeit vermittelt wurde, stellte das Selbstwertgefühl der Immigranten und deren Integrationsbereitschaft vor große Herausforderungen.

Die vorliegende Studie konzentriert sich auf die Unterstützung für einreisende und durchreisende jüdische Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich. Sie machte den größten Teil der Hilfsarbeit aus und weist Schnittpunkte mit anderen Hilfsaktivitäten auf. Das Buch findet in dem Ende einer aktiven Flüchtlingsarbeit und der Aufnahme der deutschen und österreichischen Flüchtlinge seinen Schluss. Denn mit dem Auswanderungsverbot endete auch die Rolle der schwedischen jüdischen Gemeinden bei der praktischen Ausgestaltung der schwedischen Flüchtlingspolitik. Die Integration der Gestrandeten ging natürlich weiter. Ab Oktober 1942 kamen die Hilfen für die flüchtenden norwegischen Juden hinzu. Zwar half hier anders als bei den vorhergegangenen Flüchtlingswellen der schwedische Staat schnell und aktiv und übernahm die Einrichtung von Sammellagern und die Platzierung, Unterbringung und Verpflegung der etwa 1000 norwegischen Juden und jüdischen Staatenlosen, die nach den Verhaftungsaktionen am 26. Oktober und 26. November 1942 über die lange Staatsgrenze nach Schweden fliehen konnten, aber insbesondere bei der Suche nach Angehörigen und der geistlicher Hilfe spielten die jüdischen Gemeinden eine wichtige Rolle. Das trifft auch für die Hilfe für die etwa 7000 jüdischen Flüchtlinge aus Dänemark zu, die im Oktober des folgenden Jahres binnen zwei Wochen nach Schweden gelangten. Die jüdischen Gemeinden, insbesondere die in Malmö und Göteborg, waren hier an allen Formen der Hilfe beteiligt.

Zudem wurde ein neuer Aspekt der Hilfsarbeit intensiviert. Die Versendung von Paketen mit Lebensmittelspenden an die aus Deutschland verschleppten Angehörigen. Dabei wurde zusammen mit jüdischen Hilfsorganisationen in der ebenfalls neutralen Schweiz ein Netzwerk aufgebaut, welches sich bemühte, anhand bekannter »Adressen« in den Ghettos und Lagern der Nationalsozialisten das Los der Deportierten zu erleichtern. Auch dabei mussten behördliche

Einschränkungen beachtet und manchmal überwunden werden.²⁹² Als sich ein baldiges Ende des Krieges in Europa abzeichnete, bereiteten sich die Gemeinden darauf vor, nach Verwandten der schwedischen Juden und natürlich insbesondere der jüdischen Staatenlosen zu suchen. Sie sammelten Informationen und erstellten Listen, koordinierten Hilfe für die möglichen Überlebenden. Um dem Ganzen einen etwas festeren Rahmen zu geben, bildete der Vorstand der Jüdischen Gemeinde in Stockholm am 5. Februar 1945 ein *Komitee für Nachkriegshilfe und Auslandshilfe*.²⁹³ Dieses sollte als Bindeglied zwischen staatlichen Hilfsbemühungen, schwedischen privaten Hilfsorganisationen und der Jüdischen Gemeinde und Hilfsorganisationen im Ausland arbeiten. Auch dieses Mal sah sich die Stockholmer Gemeinde in der führenden Rolle. Die anderen Gemeinden wurden anschließend zum Mitmachen eingeladen, was im Falle Malmös auf gemischte Gefühle traf. Dort hatte die Gemeindeleitung immer noch die Gründung eines starken Dachverbandes als Ziel vor Augen.²⁹⁴ Am 1. Oktober 1945 schlug der Vorstand der Jüdischen Gemeinde Stockholms vor, dass die Gemeinde sich für ein Bleiberecht aller Geretteten des Jahres 1945 einsetzen sollte.²⁹⁵ In einem Bericht der Mosaiska församling vom Februar 1946, »Jewish Relief in Sweden. Prepared in connection with the London Conference of Jewish Organizations«, legte das Hilfskomitee noch einmal zusammenfassend Zeugnis von seinen Bemühungen ab. Die Quote für polnische und staatenlose Überlebende, die nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten und über Schweden in andere Länder reisten, und die Situation der im Lande befindlichen Geretteten des Jahres 1945 wurde skizziert. Zum Schluss ging der Bericht noch einmal auf die Gruppe der hier in diesem Buch beschriebenen Menschen ein. Von den Flüchtlingen, die bis zum Beginn des Krieges und im ersten Kriegsjahr nach Schweden geflohen waren, befanden sich zu diesem Zeitpunkt noch 3000 in Schweden, darunter 300 zu Waisen gewordene Kinder der Kindertransporte. Das Hilfskomitee rechnete damit, dass etwa 1000 Menschen, darunter vor allem Chawerim, auswandern wollen würden. Bei den restlichen 2000 ging man davon aus, dass sie sich in die schwedische Gesellschaft einfügen würden, auch da sie Arbeit gefunden hatten.²⁹⁶

292 Pontus Rudberg: Bistånd trots motstånd. Hjälpssändningarna från judar i Sverige till koncentrationslägerfångar i Nazityskland, in: Bo G. Hall/Urban Claesson/Lars M. Andersson/Henrik Edgren (Hg.): Nationen så i Norden. Festskrift till Torkel Jansson, Skellefteå 2013, S. 255-271.

293 Protokoll, 5.2.1945, RA, JFA, Huvudarkivet, A 1 a:115.

294 Protokoll, 9.4.1945, MSA, JFM, K II:2

295 Protokoll, 1.10.1945, RA, JFA, Huvudarkivet, A 1 a:115.

296 Bericht in CZA, C 7/227.

IV. Schlussbemerkungen: Ein verschlossener Wartesaal

Schweden war für die wenigsten deutschen und österreichischen Flüchtlinge das Land der Wahl für das erzwungene Exil, solange noch – wenngleich sehr eingeschränkt – Wahlmöglichkeiten existierten. Dazu trugen klimatische, wirtschaftliche und sprachliche Faktoren ebenso bei wie eine strikte Asylpolitik. Von denjenigen, die es ins Land schafften, konnte sich kaum einer in den ersten Jahren erfolgreich in den schwedischen Arbeitsmarkt integrieren. Die schwedische Gesetzgebung und Behördenpraxis waren darauf ausgerichtet, so wenige Menschen wie möglich ins Land einreisen zu lassen. Als Grund dafür lässt sich zum einen ein zeittypisches Verständnis anführen, dass der Staat in Ausnahmefällen Asyl gewähren könne, ohne dass aber der Flüchtende als Individuum mit eigenen Schutzrechten galt. Zum anderen galt Schweden für die Regierung nach der Erfahrung der letzten 100 Jahre als Auswanderungs-, keineswegs aber als Einwanderungsland. Hinzu kamen antijüdische Überzeugungen in Teilen der Bürokratie. Daher hat der schwedische Staat keine eigenen Hilfsmaßnahmen ergriffen und die Unterstützung der Bedrohten als eine »nicht schwedische«, vielmehr als eine »jüdische Angelegenheit« angesehen. Hier unterschied sich Schweden allerdings nicht von anderen Fluchtländern. Wie in Großbritannien, den Niederlanden, Belgien und der Schweiz übernahmen die schwedisch-jüdischen Gemeindevorstände diese Auslegung widerspruchlos. Erst nach Beginn des Krieges beteiligte sich der schwedische Staat an den Ausgaben für die Hilfe.

In dem in der Einleitung zitierten Aufruf der Gemeinde wurde eine moralische Beurteilung der eigenen Flüchtlingshilfe eingefordert. Denn beurteilt wurde dieses Maß an Hilfe ebenso wie die führenden Gemeindeglieder verurteilt wurden – während des Krieges und der nationalsozialistischen Verfolgung sowie danach. Insbesondere die Verwandten der Opfer fällten diese Urteile. Sie beschränkten sich nicht auf Schweden. Auch in einem anderen neutralen Nachbarland Deutschlands, das nach 1939 nicht von der deutschen Wehrmacht überannt wurde – in der Schweiz – entsponnen sich seit dem Ende der 1940er Jahre Diskussionen und wurde – zum Teil harte – Kritik an maßgeblichen Funktionen geäußert.¹ Mit einem zeitlichen Abstand mehrerer Jahrzehnte und dem Zugang zu den Quellen, die den Zeitgenossen nicht zugänglich waren, können wir heute ein genaueres Bild der Reaktionen der jüdischen Gemeinschaften in den Nachbarländern Deutschlands zeichnen. Der Blick nach Schweden lohnt in diesem Zusammenhang. Die hervorragende Quellenlage ermöglicht es, alle Aspekte der Hilfsarbeit im kleinen Rahmen einer zentralisierten Organisation zu untersuchen. Die Akten und Korrespondenzen dokumentieren die Herausforderungen, vor die sich die Helfer in Schweden, südlich der Ostsee und auch in anderen jüdischen Gemeinden in allen Fluchtländern gestellt sahen. Wie unter einem Brennglas können die Schwierigkeiten, die Strategien der Hilfe und

1 Mächler: Hilfe und Ohnmacht, S. 17-20.

auch die damals alltäglichen, für die Flüchtenden unberechenbaren Fallstricke einer unbarmherzigen und sich stets ändernden deutschen Vertreibungspolitik, internationaler Flüchtlingspolitik und einer dramatisch eskalierenden Weltlage sichtbar gemacht werden. Zwar sind Übertragungen auf jüdische Gemeinden in anderen Ländern nicht uneingeschränkt möglich, aber die in großer Fülle überlieferten Schreiben aus Deutschland und die Antworten darauf aus einer Gemeinde, die noch lange internationale Kontakte pflegte, lassen Schlussfolgerungen für das gesamte Spektrum internationaler jüdischer Hilfsarbeit für die deutschen und österreichischen Juden zu und schaffen die Voraussetzungen für eine vergleichende Forschung.

Die Vertreter der Jüdischen Gemeinde Stockholms, die – wie im schwedischen Zentralismus üblich – die Sprecherrolle für alle schwedischen Juden übernahmen, arbeiteten im Spannungsfeld zwischen jüdischer Solidarität und nationalen Interessen. Die hinsichtlich ihrer Zahl und Wirtschaftskraft kleine und historisch gesehen junge jüdische Gemeinschaft stand unter dem Eindruck eines latenten, in Gesprächen und Warnungen geäußerten, wie auch eines in parlamentarischen Redebeiträgen und Zeitungsartikeln manifesten Antisemitismus, der von Teilen der Eliten des Landes getragen wurde. Stetiges Wiederholen antisemitischer Zuschreibungen und vor allem der Befürchtung, mehr jüdische Flüchtlinge würden mehr Fremden- und Judenfeindlichkeit bedeuten, gingen an den jüdischen Gemeinden nicht spurlos vorüber. Etlliche Gemeindemitglieder und Funktionäre teilten die Angst der schwedischen Behörden, dass eine größere Einwanderungswelle jüdischer Flüchtlinge die Stimmung gegenüber der bisher gut integrierten, kleinen jüdischen Gemeinschaft negativ beeinflussen könnte. Die in der Hilfsarbeit Engagierten oder hauptamtlich Beschäftigten unterlagen in dieser Hinsicht einem ständigen Lernprozess. Ähnliches ist auch für die Schweiz und Großbritannien deutlich geworden.²

Die schwedische Regierung hatte dem Hilfskomitee der Stockholmer Gemeinde von Anfang an eine große Verantwortung übertragen: die mehrheitliche Auswahl der Personen, die einreisen konnten. Auch die britisch-jüdischen Hilfsorganisationen hatten im Fall der Kindertransporte eine ähnlich starke Position, entschieden sie selbst doch, wer eines der block visas bekam. In Belgien und den Niederlanden erhielten Flüchtlinge Asyl, denen die jüdischen Hilfskomitees Un-

2 Mächler: *Hilfe und Ohnmacht*; Michael Funk/Uriel Gast/Zsolt Keller: *Eine kleine Geschichte des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (1904-2004)*, in: Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (Hg.): *Jüdische Lebenswelt Schweiz/Vie et culture juive en Suisse*, Zürich 2004, S. 23-55; Daniel Gerson/Claudia Hoerschelmann: *Der Verband Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen/Flüchtlingshilfen (VSJF)*, in: ebd., S. 56-71; Noemi Siebold: *Bewegte Zeiten. Zur Geschichte der Juden in Basel, 1930er bis 1950er Jahre*, Zürich 2010; Jacques Picard: *Die Schweiz und die Juden 1933-1945. Schweizerischer Antisemitismus, jüdische Abwehr und internationale Migrations- und Flüchtlingspolitik*, Zürich 1994; Pamela Joy Shatzkes: *Holocaust and Rescue. Impotent or Indifferent? Anglo-Jewry 1938-1944*, New York 2002; Richard Bolchover: *British Jewry and the Holocaust*, Cambridge 1994; London: *Jewish Refugees*, S. 189.

terstützung zugesagt hatten. Angesichts ihres begrenzten Budgets wurden auch hier Entscheidungen zugunsten oder zuungunsten einzelner Flüchtlinge oder ganzer Kategorien getroffen.³ Die jüdischen Gemeinden in Frankreich sahen sich zwar verpflichtet, ihren Glaubensbrüdern aus Deutschland unter die Arme zu greifen, eine Integration in die Verwaltungsstrukturen wie in Schweden fand aber hier nicht statt.⁴

Für die schwedischen Behörden war nicht entscheidend, ob ein Flüchtling Verdienste in seiner Heimat erworben hatte. Die Sozialbehörde oder das Außenministerium interessierten sich nicht für die Vergangenheit eines Flüchtlings, sondern einzig seine Zukunft war entscheidend. Diese sollte entweder nicht in Schweden stattfinden oder dem schwedischen Steuerzahler keine Bürden aufladen. Affidavits, Transitvisa und Fahrkarten oder finanzielle Bürgschaften zählten für den schwedischen Staat mehr als der vermeintliche VIP-Status eines Flüchtlings innerhalb der jüdischen Gemeinschaft. Entscheidend für den Flüchtling war, zu welcher Einschätzung die Gemeindeführung bezüglich der Möglichkeiten einer Weiterreise in ein endgültiges Exilland gelangt war oder ob sie oder andere Bürgen in Schweden fanden, die bereit waren, für den Aufenthalt zu garantieren. Und hier – so wurde deutlich – filterte das Hilfskomitee anhand der vorgegebenen Regeln die Antragsteller aus dem Deutschen Reich im Auftrag der Regierung.

Für den Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund hat Stefan Mächler die aus der Zusammenarbeit mit den Behörden resultierende Abhängigkeit so ausgedrückt:

»Die Auswirkungen bei den leitenden Juden waren Blickverengung, Verzicht auf Kritik an amtlichen Maßnahmen, Distanzlosigkeit gegenüber den Behörden und die Übernahme von deren Positionen, Entfremdung von der eigenen Basis und die Illusion einer Partnerschaft mit den staatlichen Stellen.«⁵

Diese Einschätzung trifft zum Teil auch auf die leitenden Mitarbeiter des Hilfskomitees zu. Es drängt sich die Frage auf, ob solch einem Dilemma im Falle anderer – nicht jüdischer – Flüchtlingsorganisationen der gleiche Stellenwert beigemessen werden würde. So ist für Schweden keine kritische Diskussion über sozialdemokratische Hilfsbemühungen bekannt. Niemand hat in Bezug auf die politischen Flüchtlinge die Frage gestellt, ob denn »genug getan wurde«. Es bleibt der Eindruck einer Sonderstellung der Kritik an jüdischer Hilfsarbeit. Waren die jüdischen Schweden, die in den Hilfskomitees arbeiteten, nun Opfer

3 Frank Caestecker: Jewish Refugee Aid Organizations in Belgium and the Netherlands and the Flight from Nazi Germany 1938-1940, in: Susanne Heim/Beate Meyer/Francis R. Nicosia (Hg.): »Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben«. Deutsche Juden 1938-1941, Göttingen 2010, S. 166-191; Dan Michman: The Committee for Jewish Refugees in Holland, 1933-1940, in: Yad Vashem Studies XIV (1981), S. 205-232.

4 Vicki Caron: The Politics of Frustration. French Jewry and the Refugee Crisis in the 1930s, in: Journal of Modern History 65 (1993), S. 311-356, hier S. 314.

5 Mächler: Hilfe und Ohnmacht, S. 452.

ihrer »doppelten Loyalität« geworden? Welche Schlüsse können wir aus der Untersuchung der schwedischen Hilfsarbeit für die deutschen und österreichischen Flüchtlinge ziehen?

Die Hilfe der schwedisch-jüdischen Gemeinschaft erfolgte zu ihrer Zeit ohne das Wissen um den Ausgang der Verfolgung, den Holocaust. Interessant für die nachträgliche Beurteilung mag sein, dass in vielen zeitgenössischen Berichten Stolz auf das Erreichte mitschwingt. Zwar mischten sich unbehagliche Zweifel an manchen Stellen in diesen Stolz, aber insgesamt zeigen die Schreiben und Berichte der in Schweden beteiligten Hilfsorganisationen das Selbstbewusstsein der Helfer. Im Gemeindeblättchen *Församlingsblad för Mosaiska församlingen i Stockholm*, das allen Mitglied Haushalten zuing, ebenso wie in andern jüdischen Publikationen informierte die Gemeindeleitung ab 1940 regelmäßig über die eigenen Bemühungen.⁶ Der Haushalt der Hilfsbemühungen wurde nach der Integration des Hilfskomitees in die reguläre Gemeindestruktur regelmäßig durch das Gemeindeparlament verabschiedet und seine Verwendung geprüft. Er basierte also auf einem breiten Konsens. Die Berichte waren 1940 keine Rückschau zur Rechtfertigung und erfüllten zumindest zu Beginn keinen apologetischen Zweck. Es ist allerdings auffällig, dass sich die Artikel zum Ende des Krieges veränderten und einen offensiv-verteidigenden Ton anschlugen. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass sich hier bereits Reaktionen auf aufkommende Kritik zeigten. In der Zeit vor 1940 wurden die Ergebnisse der Sammelarbeit auch bereits veröffentlicht und gingen die Spendensammler im persönlichen Kontakt mit den Gemeindemitgliedern »Klinken putzen«. Die Hilfsarbeit war kein Geheimnis, sondern allen Mitgliedern bekannt. Es ist aber deutlich geworden, dass die Gemeinde ihre eigenen Möglichkeiten zu einer erhöhten finanziellen Verpflichtung der Mitglieder als sehr gering einschätzte.

Die jüdischen Verantwortlichen litten darunter, nicht allen helfen zu können, doch konzentrierte sich das Hilfskomitee umso mehr auf das, was es meinte erreichen zu können. An den Äußerungen der Zeitgenossen wird deutlich, dass alle Beteiligten unter unmittelbarem Druck der Behörden standen und auch nicht von einem globalen Kontext losgelöst agierten. Viele Hilfsangebote der schwedischen Juden an die deutschen Juden waren gar nicht in Stockholm entstanden. Vielmehr sind sie in einem größeren Zusammenhang zu sehen. Die schwedischen Juden unterstützten, so hat diese Studie gezeigt, praktisch alle gängigen Instrumentarien der Hilfe entweder finanziell oder setzten sie selbst ein. Dabei entwickelten sie allerdings keine große Kreativität. In dem Selbstverständnis der eigenen Bedeutungslosigkeit gefangen, schätzten die Gemeindevertreter ihre Handlungsspielräume als sehr begrenzt ein. Sie folgten dabei einer Regierungspolitik, die Schweden nicht als ein eigentliches Exilland

6 Pontus Rudberg: The politics of Jewish refugee aid and relief work in Sweden, in: Mikael Bystrom/Pär Frohnert (Hg.): Reaching a State of Hope: Refugees, Immigrants and the Swedish Welfare State, 1930-2000, Lund 2013, S. 80-101, hier S. 83.

begriff, sondern wie andere »kleine Länder« nur eine Durchreise in größere und als geeigneter erscheinende Länder in Betracht zog.

Soll aber das Verhalten einer Gruppe im Rückblick untersucht werden, stellt sich immer die Frage, welche tradierten Verhaltensmuster den Zeitgenossen eigentlich zur Verfügung standen. Dabei lohnt sich der Blick auf das Verhalten der jüdischen Gemeinden Schwedens, und hier insbesondere Stockholms, gegenüber früheren Einwandererwellen oder Flüchtlingen. Carl Henrik Carlsson beschrieb in seinem 2004 erschienenen Buch zu Staatsbürgerkonzepten und Diskriminierung in Schweden zwischen 1860 und 1920, dass sich die Jüdische Gemeinde Stockholms um die Jahrhundertwende bemühte, ausländische Juden durch die Bewilligung von Reisegeldern zu ermuntern, Schweden zu verlassen. Auf diese Weise fielen sie der Gemeinde nicht zur Last.⁷ Bereits damals verweigerte der Staat Hilfen und galt für die Gemeindeleitungen insbesondere in Stockholm, dass sie das eigene Land mit seinen wenigen Millionen Einwohnern für ungeeignet hielten, größere Gruppen aufzunehmen. Die schwedischen Juden hatten die Normen und Anschauungen der Mehrheitsgesellschaft verinnerlicht. Schweden war ihre Heimat, für die flüchtenden Glaubensgenossen jedoch nur ein Wartesaal, in dem sie auf eine Weiterreise in ein endgültiges Fluchtland warten durften.

Diese Lesart traf auf breite Zustimmung in der jüdischen Gemeinschaft. In der Flüchtlingshilfe arbeiteten orthodoxe Mitglieder der Gemeinde in Stockholm sehr gut mit der liberalen Mehrheit zusammen. Bekennende orthodoxe Juden waren Bestandteil der maßgeblichen Gremien, so wie es ihrem Gemeindeanteil entsprach. Die vielen Aufrufe der Gemeindeleitung wurden von Vertretern der liberalen Mehrheit genauso unterzeichnet wie von den Repräsentanten der orthodoxen oder säkularen Minderheitenfraktionen im Gemeindeparlament. Der orthodoxe Rabbiner Ertlinger und der liberale Samuel Nisell finden sich in den Unterschriftenlisten neben dem Zionisten Hugo Valentin und dem säkularen Juden Eli Heckscher. Eine Bruchlinie zwischen den religiösen oder politischen Gruppen war nicht auszumachen.

Die zentrale Leitung der Flüchtlingshilfe lag in den Händen des Hilfskomitees der Stockholmer Gemeinde. Diese übernahm ihre Rolle ganz selbstverständlich. Aus Sicht der Stockholmer sprach sicherlich vieles für eine Bündelung der Befugnisse in der Hauptstadt. In den Augen mancher Funktionäre der »kleinen Schwestergemeinden« verteidigten die Vorstandsmitglieder der Hauptstadtgemeinde jedoch nur ihre privilegierte Stellung. So sah es auch Svante Hansson, als er im Auftrag eben jener Gemeinde deren Flüchtlingshilfe 2004 untersuchte und Malin Thor im Hinblick auf die Gemeinde in Norrköping.⁸ Mit solch einer Interpretation verbanden sich in der Nachkriegszeit auch die zitierten Anklagen, die »assimilierten« Stockholmer Juden hätten keine ostjüdischen Flüchtlinge im Land haben wollen und die Auswahl der Flüchtlinge deshalb monopolisiert. Die

7 Carlsson: Medborgarskap, S. 267.

8 Hansson: Flykt och överlevnad, S. 64; Thor: »Svallvågorna av katastrofen«, S. 189.

Einschätzung einer auch mit Machtmitteln durchgesetzten privilegierten Stellung der Stockholmer Gemeinde konnte in der vorliegenden Studie durch das untersuchte Quellenmaterial aber nicht bestätigt werden. Die Zusammenarbeit der Gemeinden gestaltete sich letztlich kollegial, zumal sich alle Beteiligten am Ziel orientierten, also der Hilfe für flüchtende deutsche Juden. Der Kontakt mit der zweitgrößten Gemeinde in Göteborg gestaltete sich auch auf der persönlichen Ebene sehr einfach, war doch das Göteborger Vorstandsmitglied Julius Hüttner, der einen großen Teil der Göteborger Hilfsarbeit leitete, der Onkel des Sekretärs des Stockholmer Flüchtlingskomitees Franz Arnheim. Das Argument, dass man – wie im Falle der Hachschara und Emil Glücks – die Verantwortung eines Einzelnen auf die Schultern mehrerer gewählter Personen eines Komitees übertragen wollte, spräche gar für ein ausgeprägtes Demokratieverständnis.

Ein wichtiges Argument für eine in Stockholm konzentrierte Verwaltung der Flüchtlingshilfe waren auch die Arrangements mit den deutsch-jüdischen Organisationen und entsprach deren Bedürfnissen. Schon früh wurden in enger Zusammenarbeit mit den deutsch-jüdischen Organisationen besondere Verfahren der Bearbeitung von Anträgen auf Einreise geschaffen. Diese erwiesen sich als stabil und verfestigten sich bis 1938. Nach ihnen verfuhr die organisierte schwedisch-jüdische Flüchtlingshilfe dann auch im Jahr der größten Fluchtwellen vom Sommer 1938 bis zum Sommer 1939. 1933 hatte die Gemeindeleitung Emil Glück bereits darauf hingewiesen, dass eine einheitliche Leitung im Interesse der deutschen Juden liege. Deren Vertreter Ludwig Tietz habe darauf in dem bereits erwähnten Gespräch in Stockholm ausdrücklich Wert gelegt. So könne die Zusammenarbeit mit den deutschen Juden – repräsentiert vor allem durch den Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau – am besten koordiniert werden.⁹ Denn die Stockholmer Gemeinde war nicht der erste Filter im Sinne der Asylpolitik des schwedischen Staates, sondern schon in Berlin, Hamburg, Breslau und Wien waren die jüdischen Selbsthilfeorganisationen gezwungen, die Flüchtlinge auszuwählen. Neben der Dringlichkeit eines Falles gab es andere Kriterien. Die deutsch-jüdischen Hilfsorganisationen standen unter dem Druck, immer auch die Idee einer nachhaltigen Auswanderung aus Deutschland mitzudenken. Flüchtende mit den besten Chancen einer Integration in einem Exilland konnten Familienmitglieder nachholen oder eine wohlwollende Stimmung bei den ausländischen Regierungen erzeugen. Dass diese Idee letztlich an der unbarmherzigen Einstellung praktisch aller Regierungen scheiterte, wurde nach und nach klar – als es bereits zu spät war.

Für die Beurteilung der Hilfsmaßnahmen der schwedischen Juden muss daher als wesentlicher Faktor die Interaktion mit den deutschen Partnern südlich der Ostsee einbezogen werden. Unvermittelt mit einem Ausmaß an Verfolgung von Juden konfrontiert, das es zuvor nur in Osteuropa gegeben hatte und das viele für überwunden gehalten hatten, war die schwedische Gemeinde zunächst ratlos, was die Hilfsleistungen anbelangte. Sie nahm Kontakt zu denjenigen

9 MfS an Emil Glück, 19.10.1933, RA, JFA, Hjälpkommittén, E 1:19.

Organisationen auf, die unmittelbar mit den Folgen der Diskriminierung zu tun hatten und folgte deren Rat und Hinweisen. Deckten sie sich doch auch mit der eigenen Wahrnehmung. So wurden Schritt für Schritt Strukturen und Programme geschaffen, die auf einem breiten Konsens aller Beteiligten aufbauten. Die Tatsache, dass zunächst nur wenige Juden Zuflucht in Schweden suchten, schien das Gelernte und die eigene Wahrnehmung zu bestätigen. Schweden war eben kein Einwanderungsland.

Dieser Grundsatz durchdrang auch das Engagement des Hilfskomitees der Stockholmer Jüdischen Gemeinde. Am Beispiel des Internats in Kristinehov wurde dieses besonders dramatisch sichtbar. Das Hilfskomitee legte allergrößten Wert darauf, dass alle aufgenommenen Schüler über ausreichende Papiere verfügten, die eine Ausweisung aus Schweden ermöglichen würden. In Übereinstimmung mit dem Hilfsverein der deutschen Juden und dem Zentralausschuß wurden in Schweden also Hilfsangebote geschaffen, die sich vor allem an den deutsch-jüdischen Strategien zur Berufsumschichtung, Auswanderungsvorbereitung und an den zionistischen Programmen orientierten. Im Hilfskomitee handelten die Akteure in dem Bewusstsein, den Willen des Zentralausschusses zu erfüllen, wenn sie nicht abgesicherte Anträge abwiesen. Auch hier zeigen sich starke Ähnlichkeiten zu dem Fall des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds.¹⁰ Dass angesichts der sich zunehmend radikalisierenden Vertreibungs- politik der Nationalsozialisten die Fiktion einer nachhaltigen Auswanderung scheitern musste – das zu erkennen und entsprechend andere Strategien zu entwickeln, war den führenden Männern in den schwedischen Gemeinden augenscheinlich nicht möglich.

Die Akten der jüdischen Gemeinden in Schweden ermöglichen es, ein recht klares Bild der Beziehungen zwischen den schwedischen Hilfsbemühungen und den Aktivitäten der deutsch-jüdischen Organisationen zu zeichnen und so unsere Kenntnisse eben nicht nur über die schwedische Hilfsarbeit, sondern auch zu den Versuchen der Selbstbehauptung der deutschen Juden angesichts der zunehmenden nationalsozialistischen Vertreibungspolitik zu vertiefen. Die erhaltene Korrespondenz mit den deutschen jüdischen Organisationen spiegelt den verzweifelten Kampf der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der einzelnen Flüchtenden wider. Sie zeigt, wie sehr der beschrittene Weg – das Verbleiben in Deutschland, das die Deportation nach sich zog, oder die Rettung ins Ausland – von mehr als nur der Verfügbarkeit von finanziellen Mitteln abhing – von Beziehungen, Wissen, Familienmitgliedern, der eigenen Karriere vor 1933, dem Engagement anderer Personen, dem richtigen Zeitpunkt, dem körperlichen Zustand und oft genug von reinem Glück. Die in den Einzelfällen dokumentierten Briefwechsel zeigen, wie die haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer angesichts sich täglich ändernder Vorschriften und Fahrkartenpreise, mal mehr oder weniger nachzuvollziehender Strategiewechsel der Fluchtwilligen, Verzögerungen auf dem Postweg und einer sich drastisch verschlechternden geo-

¹⁰ Mächler: Hilfe und Ohnmacht, S. 435.

politischen Situation um jeden Fall bemühten. Minutiöse Rekonstruktionen der einzelnen Fluchtwege erhellen daher mehr als nur den Weg eines einzelnen Kindes oder einer Familie ins rettende Exil, sie erlauben uns Augenblicksaufnahmen der dramatischen Herausforderungen für alle Beteiligten und der Schicksale der Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung.

Die Verschärfung der Verfolgung insbesondere im Jahr 1938 erzwang auf der schwedischen Seite ein Umdenken der bislang in enger Zusammenarbeit mit den deutsch-jüdischen Organisationen der Selbsthilfe entwickelten Strategien. Dabei wirkten die entstandenen Muster aber ebenso fort wie die oft wiederholten Bedenken und Warnungen, dass ein Mehr an Einwanderung dem Antisemitismus Vorschub leisten würde. Wie im Kapitel zu den Kindertransporten aber bereits klar geworden ist, haben die Verantwortlichen auf beiden Seiten der Ostsee Wert darauf gelegt, dass die Flüchtlinge möglichst wenig Aufmerksamkeit erregen sollten. Claudia Curios Diktum von den möglichst »unsichtbaren Kindern« galt auch für Schweden.¹¹ In diesem Zusammenhang drängt sich eine Interpretation auf: die einer »unsichtbaren Hilfe«. Im Angesicht der öffentlichen Proteste gegen Einwanderung, der Warnungen seitens schwedischer Regierungsvertreter vor einem möglicherweise wachsenden Antisemitismus und der eigenen Befürchtungen sollten nicht nur die Kinder, sondern auch die Hilfe möglichst wenig Aufsehen erregen. Statt auf Petitionen und öffentliche Demonstration wurde auf persönliche Verhandlungen, statt auf Alija bet wurde auf eine strikte Einhaltung der Regeln gesetzt – in der Hoffnung auf ein nachhaltiges Entgegenkommen des Staates.

Was für die Schweiz als »geistige Landesverteidigung« bereits Erwähnung fand, mag auch für die schwedischen Juden eine Rolle gespielt haben: das stillschweigende Übereinkommen mit den Behörden, dass die Gemeindeleitung für den Preis einer guten informellen Zusammenarbeit und gelegentlicher Konzessionen des Staates bereit war, auf öffentliche Proteste und plakative Forderungen zu verzichten. Dabei spielte die Einschätzung der Aufnahme-fähigkeit der Gemeinde und des Landes eine Rolle, ohne aber dazu zu führen, dass die schwedischen Juden sich verschlossen. Eine solch »unsichtbare Hilfe« aber blieb auch denen verborgen, die diese Hilfe bezogen. Wer nach der Flucht ohne Nachricht von den Verwandten jahrelang ohne Aussicht auf Bleiberecht und eine Anstellung auf die bescheidenen Beistandszahlungen der Gemeinde angewiesen war, konnte den Eindruck gewinnen, diese Gemeinde habe nichts für ihn getan. In solchen Fällen sind die Frustration und Hilflosigkeit gut nachvollziehbar, in der Wahrnehmung der Gemeinde waren sie aber schwer von »Undankbarkeit« zu trennen.

Svante Hansson bemüht mit großer Vorsicht den methodologisch fragwürdigen Vergleich mit den Sammlungen des United Jewish Appeal in den USA, um zu einer Einschätzung der Hilfsleistungen der schwedischen Juden zu kommen. So meint er, dass bei einer geschätzten Einwohnerzahl von etwa fünf Millionen

11 Curio: »Unsichtbare Kinder«, S. 60-81.

Juden nur etwa sechs Kronen pro Kopf im Jahr 1939 an diese zentrale Sammlungsinitiative der amerikanischen jüdischen Gemeinden gespendet worden seien. Im Vergleich dazu brauche sich die schwedisch-jüdische Gemeinschaft nicht zu verstecken, die bei etwa 7000 schwedischen Juden für Stockholm allein auf einen Spendensatz von umgerechnet etwa 47 Kronen pro Kopf kam.¹² An dieser Rechnung ist vieles simplizistisch – zum einen bleibt unbekannt, wie viel amerikanische Juden anderen Organisationen spendeten. Denn auch wenn der United Jewish Appeal zu den größeren Initiativen gehörte, so war das US-amerikanische jüdische Verbandsleben wesentlich vielfältiger als die zentralistisch organisierte schwedische Hilfsarbeit. Zum anderen wäre eine genauere Untersuchung der sozialen Struktur der beiden Gemeinschaften notwendig.

Dennoch mag der Vergleich einen Hinweis darauf geben, wie großzügig die schwedische Judenheit ihre Hilfe anbot. Um dem einen unwissenschaftlichen Vergleich noch einen zweiten hinzuzufügen: Schwedens 7000 Juden finanzierten die Aufnahme von 500 Kindern. Die in Großbritannien aufgenommenen etwa 9000 Kinder konnten mit der Unterstützung von etwa 300.000 britischen Juden rechnen. Im ersten Fall unterstützten rechnerisch 14 Menschen eines der Kinder, im zweiten mehr als 30. Konnten die britischen Juden bis zum Kriegsbeginn finanzielle Garantien für die Emigration und Weiterwanderung von etwa 60.000 deutschen Juden bereitstellen, so muss sich im Vergleich damit die Flüchtlingshilfe der schwedischen Juden nicht verstecken. David Köpniwsky gab allein für die seit November 1938 eingeführten Quoten 1350 Unterstützungsempfänger an. Diese Zahl schließt die Kinder, die Internatsschüler in Kristinehov und die Transmigranten ein. Es gibt keinen Grund, an den Angaben zu zweifeln, wahrscheinlich dürften die Zahlen sogar höher liegen. Zudem werden die mehreren Hundert Flüchtenden, die vor dem November 1938 Unterstützung bei ihren Visaanträgen und Garantien bekamen, hier nicht aufgeführt. Eine zurückhaltende Schätzung muss also von etwa 2000 Menschen ausgehen, deren Einreise nach Schweden unmittelbar oder mittelbar durch das Engagement der schwedischen jüdischen Gemeinden zustande kam oder gefördert wurde.

Es bleibt zu fragen, wie es dazu kommen konnte, dass man den schwedischen Juden eine geringe Hilfsbereitschaft unterstellte, während die britischen und amerikanischen Gemeinden im Allgemeinen als großzügig galten. Zwischen 1936 und 1938 allein wurden 450.000 Kronen gesammelt, mehr als die landesweit größte Partei, die Arbeiterpartei, und die Gewerkschaften insgesamt einsetzten.¹³ Vielleicht ist dieses auch wieder ein Hinweis auf eine unsichtbar bleibende Hilfe.

»Haben Sie [also] genug getan?« Die Frage Kreindlers ist angesichts der Millionen Ermordeter emotional gerechtfertigt, eine wissenschaftliche Studie aber kann sie nicht abschließend beantworten. Pamela Shatzkes hat für die britisch-

¹² Hansson: *Flykt och överlevnad*, S. 168.

¹³ Kennerberg: *Mosaiska församlingens i Stockholm flyktingverksamhet*, S. 44.

jüdischen Hilfsorganisationen und ihre Vorstände festgestellt, dass es nicht an Willen, wohl aber an Können gefehlt habe, mehr zu erreichen.¹⁴ Für Schweden und seine kleine jüdische Minderheit stellt sich die Frage möglicherweise anders, aber am Willen zu helfen hat es nicht gefehlt. Ob die schwedischen Juden mehr hätten tun können, ist angesichts der hier gezeigten Widerstände in den Behörden, dem beschriebenen Lernprozess und der Eigenwahrnehmung der Zeitgenossen mit »nein« zu beantworten. Alles andere wäre unzulässiges rückwärtsdeutendes Moralisieren.

14 Shatzkes: Holocaust, S. 227-239.

Dank

Den ursprünglichen Hinweis auf die vom schwedischen Riksarkiv zugänglich gemachten Quellen gab einst Helmut Müssener. Am Institut für die Geschichte der deutschen Juden erinnerte man sich meiner und leitete so eine lange und kollegiale Zusammenarbeit unter der Projektleiterin Stefanie Schüler-Springorum mit Finanzierung der Deutschen Forschungsgemeinschaft ein. Die Hamburger Kolleginnen und Kollegen haben in den folgenden Jahren die Ergebnisse immer wieder kritisch hinterfragt und wertvolle Hinweise gegeben. Das gilt insbesondere für Beate Meyer, deren Lektüre und bohrende Fragen mich stets zu besseren Ergebnissen führten. Es gilt auch für die Herausgeberin und den Herausgeber der Schriftenreihe »Hamburger Beiträge für die Geschichte der deutschen Juden« Miriam Rürup und Andreas Brämer. Auch ihnen gilt mein großer Dank für die intensive Lektüre, die das Manuskript stark bereichert hat. Die Aufnahme in die Schriftenreihe des Instituts bedeutet für mich zudem eine hohe Auszeichnung.

Mit Stefanie Schüler-Springorum kam dieses Buchprojekt an das Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin in ein anderes, aber nicht minder inspirierendes Umfeld. In Kolloquien und persönlichen Gesprächen reifte das Projekt weiter. Eine Kollegin verdient eine besondere Erwähnung: Carina Baganz hat seit dem Umzug des Projekts nach Berlin das Buch intensiv begleitet, motiviert, wenn es nötig wurde, und zugehört, wenn es wichtig war.

Das Buch ist in gewissem Sinn ein echtes schwedisch-deutsches Co-Projekt. Nicht nur Helmut Müssener, sondern zusammen mit ihm haben eine ganze Reihe Kolleginnen und Kollegen in Stockholm und Uppsala ihren Anteil an diesem Buch. Lars M. Andersson, Carl-Henrik Carlsson, Pär Frohnert, Karin Kvist Geverts und andere haben auf unzähligen gemeinsamen Workshops und Konferenzen kritisch, aber wohlwollend wertvolle Hinweise gegeben. Nicht zuletzt ist Pontus Rudberg mehr als nur ein wichtiger Gesprächspartner geworden. Takk så mycket!

Archivare sind für Historiker und Historikerinnen von unschätzbarem Wert. Für dieses Buch war die Hilfe von Lars Hallberg und Mikaela Nybohm unverzichtbar. Ihre Geduld, ihre Hilfsbereitschaft und ihr Interesse am Thema haben wesentlich zum Gelingen beigetragen. Der Jüdischen Gemeinde Stockholms gehört unendlicher Dank für den unbeschränkten Zugang zu ihren im Riksarkivet verwahrten Beständen. In Wien hat das Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde trotz damals sehr beengter Verhältnisse dem Forschungsaufenthalt einen großen Erfolg beschert.

Kein wissenschaftliches Buchprojekt gelingt ohne die notwendige Finanzierung, daher danke ich der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die mehrjährige großzügige Unterstützung und Geduld. Der Ursula Lachnit-Fixson Stiftung und der Moses Mendelssohn Stiftung gebührt großer Dank für die Unterstützung bei den Druckkosten.

Meiner Frau gehört der letzte Dank. Trotz der großen Einbußen in der Familienzeit hat sie mich stets unterstützt. Während der Arbeit an dieser Studie sind zudem unsere beiden Söhne auf die Welt gekommen. Ihnen, Joscha und Tom, und ihrer Mutter Lisa ist das Buch gewidmet.

Abkürzungsverzeichnis

AJC	American Jewish Joint Distribution Committee
AJR	Association of Jewish Refugees
A/VIE/IKG	Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde Wien – Bestand Wien
A/W	Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde Wien – Bestand Jerusalem
BA	Barnavelningen (Kinderabteilung des Hilfskomitees der Jüdischen Gemeinde Stockholm)
BArch	Bundesarchiv, Berlin
CAHJP	Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem
CJH	Center for Jewish History, New York
CZA	Central Zionist Archives, Jerusalem
FS	Flyktingsektionen (Flüchtlingsabteilung der Jüdischen Gemeinde Stockholm)
Gestapo	Geheime Staatspolizei
HIAS	Hebrew (Sheltering and) Immigration Aid Society
HICEM	HIAS-ICA-Emigdirect
HK	Hjälpkommittén (Hilfskomitee der Jüdischen Gemeinde Stockholm)
ICA	Jewish Colonization Association
IKG	Israelitische Kultusgemeinde Wien
IKG Graz	Israelitische Kultusgemeinde Graz
JDC	American Jewish Joint Distribution Committee
JFA	Judiska församlingens arkiv (Riksarkivet Stockholm)
JfiG	Judiska församlingen i Göteborg
JGB	Jüdische Gemeinde Berlin
KB	Kungliga Biblioteket
LBI NY	Leo Baeck Institute, New York
LBI YB	Leo Baeck Institute Year Book
MfiS	Mosaiska församlingen i Stockholm
MMF	Malmö Mosaiska församling
MSA	Malmö stadsarkivet
P.M.	Promemoria (Memo/Aktenvermerk)
RA	Riksarkivet, Stockholm
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RSG	Region- och stadsarkivet Göteborg
RV	Reichsvertretung/Reichsvereinigung der Juden in Deutschland
SD	Sicherheitsdienst der Schutzstaffel
SIG	Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund
Sos	Socialstyrelsen (schwedische oberste Sozialbehörde)
SS	Schutzstaffel
SUK	Statens utlänningskommission (Ausländerbehörde und zugleich deren Archiv im Riksarkivet Stockholm)
SWA	Stiftung Warburg Archiv, Hamburg
UD	Utenriksdepartement (Außenministerium)
USHMM	United States Holocaust Memorial Museum, Washington, D. C.

VEJ Edition »Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch
das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945«
WL Archives of the Wiener Library, London
YVA Yad Vashem Archives, Jerusalem
ZA Zentrallausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen

DEUTSCHLAND

Bundesarchiv (BArch)

Gedenkbuch Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewalt-herrschaft in Deutschland 1933-1945, Onlineversion, <https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/> (Zugriff: 20.8.2018)

R 8150 Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

Gesamtarchiv der deutschen Juden, im Archiv der Stiftung »Neue Synagoge Berlin, Centrum Judaicum« (CJA)

1, 75 A Jüdische Gemeinden

1, 75 C Organisationen

2 A 2 Jüdische Gemeinde Halle/Saale

International Tracing Service, Bad Arolsen

Digital Archive

Stiftung Warburg Archiv, Hamburg (SWA)

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Buches war die Verzeichnung noch nicht abge-schlossen; im Buch sind die einzelnen Ordner benannt, wie sie bei Einsicht vorlagen.

ISRAEL

Central Archives for the History of the Jewish People (CAHJP)

P151 Benjamin Murmelstein Collection

Central Zionist Archives (CZA)

A 125 Szold Henrietta

S 75 Youth Aliyah Department

C 3 Office of the World Jewish Congress in Geneva

Yad Vashem Archives (YVA)

O.74 Sweden

Rosa Rachel Schwarz, Zwei Jahre Fürsorge der Kultusgemeinde Wien unter Hitler, Tel Aviv Mai 1944, o-1/73a/ »Bemerkungen über Dr. Murmelstein von Dr. Ball am 18.7.1947 aufgenommen«

ÖSTERREICH

Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Bestand Wien (A/VIE/IKG)

Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Bestand Jerusalem (A/W)

SCHWEDEN

Regions- och Statsarkivet Göteborg (RSG)

Flyktingakter

Göteborgs hjälpkommitté för landsflyktiga

Göteborgs stads kurator för statslösa flyktingar, E 1:1

Handlingar ang judarnas rättsliga ställning i Sverige, F 18:1

Ingrid Segerstedt Wibergs Handlingar, F 1:1

Judiska församlingen i Göteborg

Judiska hjälpfonden

dort auch:

Göteborgs stads arkiv, Folkerörelsernas arkiv

Ingrid Lomfors handlingar rörande jüdiska flyktingbarn

Kungliga Biblioteket Stockholm (KB)

Nelly Sachs samling

Malmö stadsarkiv (MSA)

Judiska församlingen i Malmö

Riksarkivet (RA)

Judiska församlingens arkiv (JFA) darin:

Huvudarkivet; Hjälpkommittén (HK)

Flyktingsektionen (FS)

Barnavdelningen (BA)

Stiftelsen för lantbruksutbildning

Warburgs stiftelse

Överrabbin Marcus Ehrenpreis arkiv

Rabbin Emil Kronheims arkiv

Migrationsverkets arkiv

Statens utlänningskommission

Kungliga socialstyrelsens utlänningsbyrå

Utrikesdepartementet, Donationer, Gavor och insamlingar (P 40)

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA

Center for Jewish History (CJH)

Leo Baeck Institute New York | Berlin (LBI)

LBI Library, X MfW 11-88 Die jüdischen Flüchtlinge in Schweden

YIVO Institute for Jewish Research (YIVO)

Hebrew Immigrant Aid Society (HIAS), HICEM Main Office in Europe (HIAS-HICEM), series I, XII Sweden

series France I, RG 245.5 France I-IV

HIAS & HICEM office in Lisbon, RG 245.6 Lisbon office + Lisbon I-III

United States Holocaust Memorial Museum (USHMM)

Record Group 50.030.0257 Norbert Wollheim

VEREINIGTES KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

Wiener Library (WL)

Testaments to the Holocaust

Reel 56 Meyring, Elsa

Reel 60 Loewenherz, Josef

Gedruckte Quellen

- »Flykting från 1938: Kalla handen från församlingen«, in: *Judisk Krönika* (1987), Nr. 3, S. 3.
- Ehrenpreis, Marcus/Gunnar Josephson: Stockholms Mosaiska församlings flyktinghjälp. Ett klarläggande, in: *Judisk tidskrift* (1947), Nr. 2, S. 61-63.
- Jakubowski, Jackie: Lärdom från 40-tallets flyktingpolitik, in: *Judisk Krönika* (1987), Nr. 2, S. 2.
- Josephson, Gunnar, in: *Vem är Vem?*, Stockholm 1962, S. 662.
- Josephson, Gunnar: Gunnar Josephson om arbetet i Stockholms mosaiska församling, in: *Judisk Krönika* (1945), Nr. 1, S. 4-6.
- Mosaiska församlingen och flyktingpolitiken, in: *Församlingsblad för Mosaiska församlingen i Stockholm* (1945), Nr. 1, S. 1-4.
- Lomfors, Ingrid: Församlingens brist på medkänsla, in: *Judisk Krönika* (1987), Nr. 4, S. 27.
- Nisell, Samuel: Tysk-judisk invandring i Sverige, in: *Judisk Tidskrift* (1934), Nr. 1, S. 8-11.
- Nöd och hjälp, in: *Judisk Krönika* (1939), Nr. 8, S. 117-118.
- Statens offentliga utredningar (1946), Nr. 36.
- Svanberg, Ingvar/Mattias Tydén: Sverige och Förintelsen. Debatt och dokument om Europas judar 1933-1945, Stockholm 1997.
- Valentin, Fanny: Det judiska pojkhemmet i Uppsala, in: *Judisk Krönika* (1940), Nr. 8.
- Valentin, Hugo: Gruppintresse och mänskligheten, in: *Judisk Krönika* (1939), Nr. 2.
- Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945, hg. v. Susanne Heim/Ulrich Herbert/Michael Hollmann/Hans-Dieter Kreikamp/Horst Möller/Gertrud Pickhan/Dieter Pohl/Andreas Wirsching, Bd. 12: West- und Nordeuropa Juni 1942-1945, bearb. v. Katja Happe/Barbara Lambauer/Clemens Maier-Wolthausen, Berlin/München/Boston 2015 [zitiert als VEJ 12].
- Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945, hg. v. Götz Aly/Susanne Heim/Ulrich Herbert/Hans-Dieter Kreikamp/Horst Möller/Dieter Pohl/Hartmut Weber, Bd. 2: Deutsches Reich 1938-August 1939, bearb. v. Susanne Heim, München 2009 [zitiert als VEJ 2].

Literatur

Skandinavische Nachnamen, die als Bestandteile die Nachnamen beider Elternteile aufweisen, werden alphabetisch nach dem zuerst verwendeten Nachnamen aufgelistet. Deutsche und skandinavische Umlaute werden gemäß der in deutschen Wörterbüchern gebräuchlichen Reihenfolge eingeordnet. Das diakritische Zeichen »Å« wird nach dem in Schweden weit verbreiteten Gebrauch zu »A«.

Abukhanfusa, Kerstin: Nobelpristagere på flukt, in: Lars Hallberg (Hg.): Spåren efter Nobel, Stockholm 2001, S. 173-188.

Adam, Uwe Dietrich: Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972.

Adler, H. G.: Theresienstadt, 1941-1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft, Reprint der 2. Aufl. von 1960, Göttingen 2005 (1955).

Adler-Rudel, Salomon: Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933-1939. Im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Tübingen 1974.

– Das Auswanderungsproblem im Jahre 1938. Ein Briefwechsel mit Hans Schäffer, in: Bulletin des Leo-Baeck-Instituts 10 (1967), Nr. 38/39, S. 159-215.

Akademie der Künste (Hg.): Geschlossene Vorstellung: Der Jüdische Kulturbund in Deutschland 1933-1941, Berlin 1992.

Åmark, Klas: Sweden and the Refugees, 1933-45, in: Mikael Bystrom/Pär Frohnert (Hg.): Reaching a State of Hope: Refugees, Immigrants and the Swedish Welfare State, 1930-2000, Lund 2013, S. 39-53.

Anderl, Gabriele: Die »Zentralstellen für jüdische Auswanderung« in Wien, Berlin und Prag – ein Vergleich, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXIII (1994), S. 275-299.

Andersson, Lars M.: De statslösa »judebarnen«, in: ders./Fabian Persson/Peter Ullgren/Ulf Zander (Hg.): På historiens slagfält. En festskrift tillägnad Sverker Oredsson, Uppsala 2002, S. 145-159.

– En jude är en jude är en jude. Repräsentationer av »juden« i svenskskämtpress omkring 1900-1930, Lund 2000.

Andersson, Lena: »En innerlig bön att min ansökan måtte bifallas så snart det sig göra låter«. En undersökning av utlänningsbyråns attityder och agerande gentemot judiska flyktingar, 1938-1939, in: Karin Kvist Geverts/Lars M. Andersson (Hg.): En problematisk relation? Flyktingpolitik och judiska flyktingar i Sverige 1920-1950, Uppsala 2008 (Opuscula Historica Upsaliensia 36), S. 95-117.

Baeck, Leo: In Memory of Two of Our Dead, in: LBI YB I (1956), S. 51-56.

Bajohr, Frank: »Arisierung« in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945, 2. Aufl., Hamburg 1998 (1997).

Ball-Kaduri, Kurt Jacob: The National Representation of Jews in Germany – Obstacles and Accomplishments at its Establishment, in: Yad Vashem Studies II (1958), S. 159-172.

Barkai, Avraham: »Schicksalsjahr 1938«. Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden, in: Walter H. Pehle (Hg.): Der Judenpogrom 1938. Von der »Reichskristallnacht« zum Völkermord, Frankfurt a. M. 1993, S. 94-117.

Bazarov, Valery: HIAS and HICEM in the system of Jewish relief organisations in Europe 1933-1941, in: East European Jewish Affairs 39 (2009), Nr. 1, S. 69-78.

- BenGershôm, Ezra: David. Aufzeichnungen eines Überlebenden, erw. Neuausg., Frankfurt a.M. 1993 (1979).
- Bentwich, Norman: My Seventy-seven Years. An Account of my Life and Times 1883-1960, London 1962.
- Jewish Youth Comes Home. The Story of the Youth Aliyah 1933-43, London 1944.
- Benz, Ute: Traumatisierung durch Trennung. Familien- und Heimatverlust als kindliche Katastrophen, in: Wolfgang Benz/Claudia Curio/Andrea Hammel (Hg.): Die Kindertransporte 1938/39. Rettung und Integration, Frankfurt a.M. 2003, S. 136-155.
- Benz, Wolfgang: Emigration als Rettung und Trauma. Zum historischen Kontext der Kindertransporte nach England, in: ders./Claudia Curio/Andrea Hammel (Hg.): Die Kindertransporte 1938/39. Rettung und Integration, Frankfurt a.M. 2003, S. 9-16.
- Emigration. Möglichkeiten und Grenzen jüdischer Flucht aus Deutschland, in: ders./Angelika Königseder (Hg.): Judenfeindschaft als Paradigma. Studien zur Vorurteilsforschung, Berlin 2002, S. 187-193.
- Das Exil der kleinen Leute, in: ders. (Hg.): Das Exil der kleinen Leute. Alltagserfahrung deutscher Juden in der Emigration, München 1991, S. 7-37.
- Der schwierige Status der jüdischen Minderheit Deutschland nach 1945, in: ders. (Hg.): Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus: Juden in der Bundesrepublik, Berlin 1991 (Reihe Dokumente, Texte, Materialien des Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin 1), S. 9-21.
- Berglund, Tobias: Slutna utlänningsläger för civila i Sverige under andra världskriget. Ett systemperspektiv i en omvärldkontext, in: Karin Kvist Geverts/Lars M. Andersson (Hg.): En problematisk relation? Flyktingpolitik och judiska flyktingar i Sverige 1920-1950, Uppsala 2008 (Opuscula Historica Upsaliensia 36), S. 135-170.
- Berglund, Tobias/Niclas Sennerteg: Svenska koncentrationsläger i tredje rikets skugga, Stockholm 2008.
- Anna Bessermann: Svartingstorp 1936-1940. Kibbutz eller lantbruksskola?, unveröffentl. Examensarbeit, Stockholms Universitet, Historiska institutsjonen, Stockholm 1979.
- Boëthius, Maria-Pia: Heder och samvete. Sverige och andra världskriget, Stockholm 2001.
- Bolchover, Richard: British Jewry and the Holocaust, Cambridge 1994.
- Bollauf, Traude: Dienstmädchen-Emigration. Die Flucht jüdischer Frauen aus Österreich und Deutschland nach England 1938/39, Wien 2010 (Wiener Studien zur Zeitgeschichte 3).
- Brazdova Posse, Amelie: åtskilligt kan nu sägas, Stockholm 1949.
- Broberg, Gunnar: Statlig rasforskning. En historik över rasbiologiska institutet, Lund 1995 (Ugglan, Lund Studies in the History of Science and Ideas 4).
- Brocke, Michael/Julius Carlebach (Hg.): Biographisches Handbuch der Rabbiner, Teil 2: Die Rabbiner im Deutschen Reich 1871-1945, München 2004.
- Byström, Mikael: En broder, gäst och parasit. Uppfattningar och föreställningar om utlänningar, flyktingar och flyktingpolitik i svensk offentlig debatt 1942-1947, Stockholm 2006 (Acta Universitatis Stockholmiensis, Stockholm Studies in History 85).
- Byström, Mikael/Karin Kvist Geverts: Från en aktivism til en annan. Hur ska Sveriges agerande i flyktingfrågan under andra världskriget förklaras?, in: Mattias Tydén/Lars M. Andersson (Hg.): Sverige och Nazityskland. Skuldfrågor och moraldebatt, Stockholm 2007, S. 148-167.
- Caestecker, Frank: Jewish Refugee Aid Organizations in Belgium and the Netherlands

- and the Flight from Nazi Germany, 1938-1940, in: Susanne Heim/Beate Meyer/Francis R. Nicosia (Hg.): »Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben«. Deutsche Juden 1938-1941, Göttingen 2010 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden 37), S. 166-191.
- Carlquist, Erik: Solidaritet på prov. Finlandshjälp under vinterkriget, Stockholm 1971 (Sverige under andra världskriget).
- Carlsson, Carl Henrik: Medborgarskap och diskriminering, Östjudar och andra invandrare 1860-1920, Uppsala 2004 (Acta Universitatis Upsaliensis, Studia historica Upsaliensia 215).
- Caron, Vicki: The Politics of Frustration: French Jewry and the Refugee Crisis in the 1930s, in: Journal of Modern History 65 (1993), S. 311-356.
- Loyalties in Conflict: French Jewry and the Refugee Crisis 1933-1935, in: LBI YB 36 (1991), S. 305-338.
- Chernow, Ron: The Warburgs. The 20th Century Odyssey of a remarkable family, New York 1993.
- Cosanne-Schulte-Huxel, Elisabeth: Die Familie Reifeisen in Dorsten, in: dies. (Hg.): »Mein liebes Ilsekind«. Mit dem Kindertransport nach Schweden – Briefe an eine gerettete Tochter, Essen 2013, S. 11-21.
- Crew, Robert: Empire and the Confessional State. Islam and Religious Politics in Nineteenth-Century Russia, in: The American Historical Review 108 (2003), Nr. 1, S. 98-140.
- Curio, Claudia: Verfolgung, Flucht, Rettung. Die Kindertransporte 1938/39 nach Großbritannien, Berlin 2006 (Reihe Dokumente, Texte, Materialien des Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin 59).
- »Unsichtbare Kinder«. Auswahl- und Eingliederungsstrategien der Hilfsorganisationen, in: Wolfgang Benz/Claudia Curio/Andrea Hammel (Hg.): Die Kindertransporte 1938/39. Rettung und Integration, Frankfurt a. M. 2003, S. 60-81.
- Dähnert, Gudrun: Wie Nelly Sachs 1940 aus Deutschland entkam. Mit einem Brief an Ruth Mövius, in: Sinn und Form 61, (2009), Nr. 2, S. 226-257.
- Dinesen, Ruth: Nelly Sachs. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1992.
- Eckert, Britta: Die jüdische Emigration aus Deutschland 1933-1941. Die Geschichte einer Austreibung, Frankfurt a. M. 1985 (Sonderveröffentlichungen der Deutschen Bibliothek).
- Einhorn, Lena: Menschenhandel unterm Hakenkreuz, aus dem Schwed. von Wolfgang Butt, Stuttgart 2002; schwed.: Handelsresande i liv. Om vilja och vankelmod i krigets skugga, Stockholm 2006 (1999).
- Ekdahl, Lars: Das wissenschaftliche Schutznetzwerk eines Flüchtlings. Rudolf Meidner im Exil, in: Izabela A. Dahl/Jorunn Sem Fure (Hg.): Skandinavier als Zuflucht für jüdische Intellektuelle 1933-1945, Berlin 2014, S. 122-146.
- Ender, Wolfram: Konservative und rechtsliberale Deuter des Nationalsozialismus 1930-1945. Eine historisch-politische Kritik, Frankfurt a. M. u. a. 1984 (Europäische Hochschulschriften 3).
- Erikson, Frenci: Min judiska moder, Stockholm 1991.
- Esh, Saul: The Establishment of the »Reichsvereinigung der Juden in Deutschland« and its main Activities, in: Yad Vashem Studies VII (1968), S. 19-38.
- Feidel-Mertz, Hildegard: Erziehung zur sozialen Humanität. Hans Weils »Schule am Mittelmeer« in Recco/Italien (1934 bis 1937/38), in: Claus-Dieter Krohn (Hg.): Kind-

- heit und Jugend im Exil – Ein Generationenthema, München 2006 (Jahrbuch der Gesellschaft für Exilforschung 26) S. 95-116.
- Fioretos, Aris: Flucht und Verwandlung. Nelly Sachs, Schriftstellerin, Berlin/Stockholm, aus dem Schwed. von Paul Berf, Berlin 2010.
- Flakierski, Grzegorz: Rötter. Den judiska frågan i udotbrevväxlingen mellan Hugo Valentin och Eli Heckscher, in: Historisk Tidskrift 102 (1982), S. 177-201.
- Freier, Recha: »Wurzeln schlagen«. Die Gründung der Jugend-Alija und ihre ersten Jahre, in: Gudrun Maierhof/Chana Schütz/Hermann Simon (Hg.): Aus Kindern wurden Briefe. Die Rettung jüdischer Kinder aus Nazi-Deutschland, Berlin 2004, S. 263-313.
- Fritsch-Vivié, Gabriele: Nelly Sachs. Mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, 3. Aufl., Hamburg 2001 (1993).
- Frohnert, Pär: »De behöver en fast hand över sig«. Missionsförbundet, Israelmissionen och de judiska flyktingarna 1939-1945, in: Karin Kvist Geverts/Lars M. Andersson (Hg.): En problematisk relation? Flyktingpolitik och judiska flyktingar i Sverige 1920-1950, Uppsala 2008 (Opuscula Historica Upsaliensia 36), S. 227-248.
- Den snäva solidariteten. Arbetarrörelsens flyktinghjälp, Svenska missionsförbundet och flyktingarna 1933-1945, in: Arbetarhistoria 30 (2006), Nr. 2/3 (= 118/119), S. 36-42.
- Frykman, Sven: Röda korsexpeditionen till Tyskland, Stockholm 1945.
- Funk, Michael/Uriel Gast/Zsolt Keller: Eine kleine Geschichte des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (1904-2004), in: Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (Hg.): Jüdische Lebenswelt Schweiz/Vie et culture juive en Suisse, Zürich 2004, S. 23-55.
- Geisel, Eike/Henry M. Broder: Premiere und Pogrom. Der Jüdische Kulturbund 1933-1941. Texte und Bilder, Berlin 1992.
- Gershon, Karen (Hg.): Wir kamen als Kinder. Eine kollektive Autobiografie, aus dem Engl. übers. von Hanns Schumacher, Frankfurt a. M. 1988.
- Gerson, Daniel/Claudia Hoerschelmann: Der Verband Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen/Flüchtlingshilfen (VSJF), in: Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (Hg.): Jüdische Lebenswelt Schweiz/Vie et culture juive en Suisse, Zürich 2004, S. 56-71.
- Gläser, Helga: Terra renata oder »Etwas Chaos ist ja Tradition ...«. Vera Lachmann – Lyrikerin und Pädagogin im Exil, in: Wolfgang Benz/Helmut G. Asper (Hg.): Deutsch-jüdisches Exil – Das Ende der Assimilation? Identitätsprobleme deutscher Juden in der Emigration, Berlin 1994.
- Glück, Emil: På väg til Israel. Hachscharah i Sverige 1933-1948, Stockholm 1985.
- Göpfert, Rebekka: Kindertransport. Geschichte und Erinnerung, in: Wolfgang Benz/Claudia Curio/Andrea Hammel (Hg.): Die Kindertransporte 1938/39. Rettung und Integration, Frankfurt a. M. 2003, S. 34-43.
- Der jüdische Kindertransport von Deutschland nach England 1938/39. Geschichte und Erinnerung, Frankfurt a. M./New York 1999.
- Göteborgs mosaiska församlingen (Hg.): Ett samfund i omvandling 1780-1980. Minneskrift till Göteborgs mosaiska församlings 200-årsjubileum, Göteborg 1980.
- Gottfarb, Inga: Den livsfarliga glömskan, Stockholm 2006.
- Gottwald, Alfred/Diana Schulle: Die »Judendeportationen« aus dem Deutschen Reich 1941-1945, Wiesbaden 2005.
- Grenville, Anthony: Saved by a transit visa, in: Journal of the Association of Jewish Refugees 9 (2009), S. 1-2.
- Gruenwald, Max: The Beginning of the »Reichsvertretung«, in: LBI YB I (1956), S. 57-67.

- Gruner, Wolf: Armut und Verfolgung. Die Reichsvereinigung, die jüdische Bevölkerung und die antijüdische Politik im NS-Staat 1939 bis 1945, in: Stefi Jersch-Wenzel (Hg.): Juden und Armut in Mittel- und Osteuropa, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 405-433.
- Hæstrup, Jørgen: Passage to Palestine. Young Jews in Denmark 1932-1945, Odense 1983.
- Halamish, Aviva: Palestine as a Destination for Jewish Immigrants and Refugees from Nazi Germany, in: Frank Caestecker/Bob Moore (Hg.): Refugees from Nazi Germany and the Liberal European States, Oxford/New York 2010, S. 122-150.
- Hallberg, Lars: Källor till invandringens historia i statliga myndigheters arkiv 1840-1990, Stockholm 2001 (Skrifter utgivna av Riksarkivet 17).
- Hammar, Thomas: Sverige åt svenskarna. Invandrapolitik, utlänningskontroll och asylrätt 1900-1932, Stockholm 1964.
- Hank, Sabine/Hermann Simon/Uwe Hank: Feldrabbiner in den deutschen Streitkräften des Ersten Weltkrieges, Berlin 2013 (Schriftenreihe des Centrum Judaicum 7).
- Hansson, Svante: Flykt och överlevnad: Flyktingverksamhet i Mosaiska församlingen i Stockholm 1933-1950, Stockholm 2004.
- Antisemitism, assimilation och judisk särart. Svensk-judisk elitedebatt ved Hitlers maktövertagande 1933, in: Mattias Tydén/Harald Runblom/Gunnar Broberg (Hg.): Judiskt liv i Norden, Uppsala 1988 (Acta Universitatis Upsaliensis, Studia Multiethnica Upsaliensia 6), S. 307-327.
- Svensk flyktingpolitik, in: Judisk Krönika (1987), Nr. 2, S. 18.
- Harris, Bonni M.: Refugee Rescue in the Philippines, 1937-1941, in: Susanne Heim/Beate Meyer/Francis R. Nicosia (Hg.): »Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben«. Deutsche Juden 1938-1941, Göttingen 2010 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden 37), S. 265-280.
- Harris, Mark Jonathan/Oppenheimer, Deborah: Kindertransport in eine fremde Welt, München 2000.
- Hauff, Lisa: Zur politischen Rolle von Judenräten. Benjamin Murmelstein in Wien 1938-1942, Göttingen 2014.
- Hauser, Dorothea: Zwischen Gehen und Bleiben. Das Sekretariat Warburg und sein Netzwerk des Vertrauens 1938-1941, in: Susanne Heim/Beate Meyer/Francis R. Nicosia (Hg.): »Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben«. Deutsche Juden 1938-1941, Göttingen 2010 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden 37), S. 115-134.
- Hecker-Stampehl, Jan: Vereinigte Staaten des Nordens. Integrationsideen in Nordeuropa im Zweiten Weltkrieg, München 2011 (Studien zur internationalen Geschichte 26).
- Hedenquist, Göte: Undan förintelsen: Svensk hjälpverksamhet i Wien under Hitler-tiden, Älvsjö 1983.
- Heim, Susanne: Politik oder Philantropie? Die internationalen Hilfsorganisationen und die Diskussion um die Auswanderung der Juden aus dem Deutschen Reich 1939-1941, in: Susanne Heim/Beate Meyer/Francis R. Nicosia (Hg.): »Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben«. Deutsche Juden 1938-1941, Göttingen 2010 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden 37), S. 149-165.
- Henningsson, Bernd: Der Wohlfahrtsstaat Schweden, Baden-Baden 1986 (Nordeuropäische Studien 2).
- Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtdarstellung des Holocaust, 3 Bde., aus dem Amerikan. übers. von Christian Seeger, durchges. u. erw. Ausg., Frankfurt a. M. 1990.

- Hildesheimer, Esriel: Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime. Der Existenzkampf der Reichsvertretung und Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Tübingen 1994.
- Inghe, Gunnar: Klientelet på arbetshemmen. En socialpsykologisk utredning om försumliga försörjare och störande understödstagare, på uppdrag av socialstyrelsen utförd (Statens offentliga utredningar 37), Stockholm 1949.
- Jabloner, Clemens/Brigitte Bailer-Galanda/Eva Blimlinger: Schlussbericht der Historikerkommission der Republik Österreich: Vermögenszug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Wien 2003 (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission 1).
- Jahn, Franziska: Riga-Kaiserwald – Stammlager, in: Wolfgang Benz/Barbara Diestel (Hg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 8: Riga-Kaiserswald, Warschau, Vaivara, Kauen (Kaunas), Plaszow, Kulmhof/Chelmno, Belzec, Sobibor, Treblinka, München 2008, S. 15-87.
- Johansson, Alf: Finlands sak. Svensk politik och opinion under vinterkriget 1939-1940, Stockholm 1973 (Sverige under andra världskriget).
- Josephson, Ragnar: Den dubbla lojaliteten. Tal till judiska sammanslutningar i Stockholm och Göteborg, Stockholm 1936.
- Jünger, David: Jahre der Ungewissheit. Emigrationspläne deutscher Juden 1933-1938, 2. Aufl., Göttingen 2017 (2016) (Schriften des Simon-Dubnow-Instituts 24).
- Kaplan, Marion A.: Zuflucht in der Karibik. Die jüdische Flüchtlingsiedlung in der Dominikanischen Republik. 1940-1945, Göttingen 2010.
- Kaufmann, Hans: Livet på kibbutz Hälsinggården, in: Malin Thor Tureby (Hg.): Kibbutzer i Sverige. Judiska lantbrukskollektiv i Sverige 1936-1946, Stockholm 2012 (Judiska öden), S. 11-42.
- Keller, Mirja: Die Rettungsanstrengungen der religiöszionistischen Chaluzbewegung zwischen 1933 und 1945, in: Julia Maria Mönig/Anna Orlikowski (Hg.): Exil interdisziplinär. Exilformen, Beweggründe und politisch-kulturelle Aspekte von Verbannung und Auswanderung, Würzburg 2014, S. 93-103.
- Kennerberg, Owe: Mosaiska församlingens i Stockholm flyktingverksamhet 1933 – Kristallnatten 1938, unveröffentl. Examensarbete, Universität Stockholm, Stockholm 1980.
- Kiem, Thomas: Das österreichische Exil in Schweden 1938-1945, Innsbruck 2001 (Bruno Kreisky International Studies 4).
- Kirchhoff, Hans: »Doing All That Can Be Done«. The Swedish Foreign Ministry and the Persecution of Jews in Denmark in October 1943. A Study of Humanitarian Aid and Realpolitik, in: Scandinavian Jewish History 24 (1999), Nr. 1, S. 1-43.
- Klein, Anne: Fluchthilfe aus Südfrankreich. Das Centre Américain de Secours in Marseille, 1940/41, in: Susanne Heim/Insa Meinen/Ahlich Meyer/Horst Kahrs (Hg.): Flüchtlingspolitik und Fluchthilfe, Berlin 1999 (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 15), S. 47-98.
- Koblik, Steven: The Stones Cry Out. Swedens Response to the Persecution of Jews 1933-1945, New York 1988.
- »Om vi teg, skulle stenarna ropa«. Sverige och judeproblemet 1933-1945, Stockholm 1987.
- Köpniwsky, David: Ett samfund i omvandling, in: Göteborgs mosaiska församling (Hg.): Göteborgs mosaiska församlingen 1780-1980. Minnesskrift till Göteborgs mosaiska församlings 200-årsjubileum, Göteborg 1980, S. 135-141.

- Kröger: Kindheit im Exil. Ein Forschungsdesiderat, in: Wolfgang Benz/Claudia Curio/Andrea Hammel (Hg.): Die Kindertransporte 1938/39. Rettung und Integration, Frankfurt a. M. 2003, S. 17-33.
- Kushner, Tony: Fremde Arbeit: Jüdische Flüchtlinge als Hausangestellte in Großbritannien, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland/Stiftung Jüdisches Museum Berlin (Hg.): Heimat und Exil. Emigration der deutschen Juden nach 1933, Frankfurt a. M. 2006, S. 72-75.
- Kuwalek, Robert: Das kurze Leben »im Osten«. Jüdische Deutsche im Distrikt Lublin aus polnisch-jüdischer Sicht, in: Beate Meyer/Birthe Kundrus (Hg.): Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938-1945, Göttingen 2004 (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 20), S. 112-134.
- Kvist Geverts, Karin: Ett främmande element i nationen. Svensk flyktingpolitik och de judiska flyktingarna 1938-1944, Uppsala 2008 (Acta Universitatis Upsaliensis, Studia historica Upsaliensia 233).
- Utlänningsbyråns nälsöga. »Judiska utvandrare« och »politiska flyktingar i egentlig mening« 1938-1939, in: Arbetarhistoria 30 (2006), Nr. 2/3 (= 118/119), S. 24-29.
- A Study of Antisemitic Attitudes within Sweden's Wartime Utlänningsbyrå, in: David Cesarani/Paul A. Levine (Hg.): »Bystanders« to the Holocaust. A Re-evaluation, London/Portland, OR 2002, S. 199-211.
- Kwiet, Konrad: Gehen oder bleiben? Die deutschen Juden am Wendepunkt, in: Walter H. Pehle (Hg.): Der Judenpogrom 1938. Von der »Reichskristallnacht« zum Völkermord, Frankfurt a. M. 1993, S. 132-145.
- Larsmo, Ola: »Bollhusmötet« 1939. Konstruktionen av en rasistisk opinion, in: Mattias Tydén/Lars M. Andersson (Hg.): Sverige och Nazityskland. Skuldfrågor och moraldebatt, Stockholm 2007, S. 193-228.
- Leche Löfgren, Mia: Hård tid, Stockholm 1946.
- Leiser, Erwin: Gott hat kein Kleingeld. Erinnerungen, Köln 1993.
- Leshem, Perez: Strasse zur Rettung 1933-1939. Aus Deutschland vertrieben – bereitet sich jüdische Jugend auf Palästina vor, Tel Aviv 1973.
- Levine, Paul A.: From Indifference to Activism. Swedish Diplomacy and the Holocaust, 1938-1944, Uppsala 1996 (Studia historica Upsaliensia).
- Lindberg, Hans: Svensk flyktingpolitik under internationellt tryck 1936-1941, Stockholm 1973.
- Linder, Jan: Andra världskriget och Sverige. Historia och mytthbildning, Stockholm 1997.
- Loewy, Ronny/Katharina Rauschenberger (Hg.): »Der Letzte der Ungerechten«. Der Judenälteste Benjamin Marmelstein in Filmen 1942-1975, Frankfurt a. M. 2011 (Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts 19).
- Lomfors, Ingrid: Förlorad barndom – återvunnet liv. De judiska flyktingbarnen Från-Nazityskland, Göteborg 1996.
- Församlingens brist på medkänsla, in: Judisk Krönika (1987), Nr. 4, S. 27.
- London, Louise: Whitehall and the Jews, 1933-1948. British Immigration Policy, Jewish Refugees and the Holocaust, Cambridge 2001.
- Jewish Refugees, Anglo-Jewry and British Government Policy 1930-1940, in: David Cesarani (Hg.): The Making of Modern Anglo-Jewry, Oxford/Cambridge, Mass. 1990, S. 163-190.
- Löow, Helene: Der institutionelle und organisierte Widerstand gegen Flüchtlinge in Schweden 1933-1945, in: Hans Uwe Petersen (Hg.): Hitlerflüchtlinge im Norden. Asyl

- und politisches Exil, Kiel 1991 (Veröffentlichungen des Beirats für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein), S. 123-144.
- Lowenstein, Steven M.: Die Gemeinde, in: ders./Paul Mendes Flohr/Peter Pulzer/Monika Richarz: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Bd. III: Umstrittene Integration 1871-1918, München 2000, S. 123-150.
- Ludwig, Hartmut: An der Seite der Entrechteten und Schwachen: Zur Geschichte des »Büro Pfarrer Grüber« (1938 bis 1940) und der Ev. Hilfsstelle für ehemals Rasseeverfolgte nach 1945, Berlin 2009.
- Lundquist, K.: Erich Adler in memoriam, in: Holzforschung. International Journal of the Biology, Chemistry, Physics and Technology of Wood 41 (1987), Nr. 2, S. 131.
- Mächler, Stefan: Hilfe und Ohnmacht. Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund und die nationalsozialistische Verfolgung 1933-1945, Zürich 2005.
- Maierhof, Gudrun: Selbstbehauptung im Chaos. Frauen in der jüdischen Selbsthilfe 1933-1943, Frankfurt a. M./New York 2002.
- Maier-Wolthausen, Clemens: »Es liegt mir daran daß Fräulein Nelly Sachs Aufnahme in Schweden findet.« Der Kampf um die Rettung der Nelly Sachs, in: Izabela A. Dahl/Jorunn Sem Fure (Hg.): Skandinavien als Zuflucht für jüdische Intellektuelle 1933-1945, Berlin 2014, S. 158-185.
- Ilse Reifeisen und die Kindertransporte nach Schweden, in: Elisabeth Cosanne-Schulte-Huxel (Hg.): »Mein liebes Ilsekind«. Mit dem Kindertransport nach Schweden – Briefe an eine gerettete Tochter, Essen 2013, S. 33-45.
 - Im Spannungsfeld zwischen jüdischer Solidarität und nationalen Interessen. Die schwedisch-jüdische Gemeinde in Stockholm und die Auswanderungsbemühungen deutscher Juden, in: Susanne Heim/Beate Meyer/Francis R. Nicosia (Hg.): »Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben«. Deutsche Juden 1938-1941, Göttingen 2010 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden 37), S. 192-206.
- Maltzan, Maria: Schläge die Trommel und fürchte dich nicht, Frankfurt a. M./Berlin 1994.
- Margaliot, Abraham: Emigration – Planung und Wirklichkeit, in: Arnold Paucker/Sylvia Gilchrist/Barbara Suchy (Hg.): Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland. The Jews in Nazi Germany, 1933-1943, Tübingen 1986 (Wissenschaftliche Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts 45), S. 303-316.
- The Problem of the Rescue of German Jewry during the Years 1933-1939. The Reasons for the Delay in their Emigration from the Third Reich, in: Yisrael Gutman/Efraim Zuroff (Hg.): Rescue Attempts during the Holocaust. Proceedings of the Second Yad Vashem International Historical Conference, Jerusalem 1977, S. 247-265.
- Mehmel, Astrid: »Ich richte nun an Sie die große Bitte, eine zweckdienliche Eingabe in dieser Sache zu machen ...«. Zwei Briefe von 1942 an Sven Hedin von Hans-Joachim Schoeps, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 52 (2000), S. 38-48.
- Merriënboer, Johan van: Hitlerflüchtlinge in den Niederlanden unerwünscht. Die Politik der niederländischen Regierung gegenüber deutschen Flüchtlingen 1933-1940, in: Susanne Heim/Insa Meinen/Ahlich Meyer/Horst Kahrs (Hg.): Flüchtlingspolitik und Fluchthilfe, Berlin 1999 (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 15), S. 91-105.
- Meyer, Beate: Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939-1945), Göttingen 2011 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden 38).
- Gratwanderung zwischen Verantwortung und Verstrickung. Die Reichsvereinigung

- der Juden in Deutschland und die Jüdische Gemeinde zu Berlin 1938-1945, in: dies./Hermann Simon (Hg.): Juden in Berlin 1938-1945. Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung in der Stiftung »Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum«, Mai bis August 2000, Berlin 2000, S. 291-337.
- Michman: The Committee for Jewish Refugees in Holland, 1933-1940, in: Yad Vashem Studies XIV (1981), S. 205-232.
- Moneke, Kirsten: Die Emigration der deutschen Juden nach Argentinien (1933-1945). Zur Rolle der jüdischen Hilfsvereine, St. Ingberg 1993.
- Mühlen, Patrick von zur: Fluchtweg Spanien – Portugal. Die deutsche Emigration und der Exodus aus Europa 1933-1945, Bonn 1992 (Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte).
- Fluchtziel Lateinamerika: Die deutsche Emigration 1933-1945: politische Aktivitäten und soziokulturelle Integration, Bonn 1988 (Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte).
- Müssener, Helmut: »Meine Heimstatt fand ich hoch im Norden« – »Schweden ist gut – für die Schweden«. Aspekte geglückter und mißglückter Integration in Schweden nach 1933, in: Wolfgang Schieder/Wolfgang Frühwald (Hg.): Leben im Exil. Probleme der Integration deutscher Flüchtlinge im Ausland 1933-1945, Hamburg 1981 (Historische Perspektiven), S. 39-53.
- Exil in Schweden. Politische und kulturelle Emigration nach 1933, München 1974.
- Müssener, Helmut/Wolfgang Wilhelmus: Stettin – Lublin – Stockholm. Elsa Meyring: Aus dem Leben einer deutschen Nichtarierin im zwanzigsten Jahrhundert, Rostock 2014.
- Niederland, Doron: The Emigration of Jewish Academics and Professionals from Germany in the First Years of Nazi Rule, in: LBI YB 33 (1988), S. 285-300.
- Nilsson, Staffan H.: Kibbutz Hälsinggården i Falun 1939-1946, in: Malin Thor Tureby (Hg.): Kibbutzer i Sverige. Judiska lantbrukskollektiv i Sverige 1936-1946, Stockholm 2012 (Judiska öden), S. 44-65.
- Nordlund, Sven: »The War is Over – Now you Can Go Home!«. Jewish Refugees and the Swedish Labour Market in the Shadow of the Holocaust, in: David Cesarani/Paul A. Levine (Hg.): »Bystanders« to the Holocaust. A Re-evaluation, London/Portland, OR 2002, S. 171-198.
- Pammer, Thomas: Die Schwedische Israelmission und ihre Kindertransporte, in: Österreichische Gesellschaft für Exilforschung (Hg.): Im Exil in Schweden. Österreichische Erfahrungen und Perspektiven in den 1930er und 1940er Jahren, Wien 2013 (Exilforschung heute), S. 137-148.
- »Barnen som var räddning värda«? Die Schwedische Israelmission in Wien 1938-1941, ihre Kindertransporte und der literarische und wissenschaftliche Diskurs, Dipl.-Arb., Universität Wien, Wien 2012, http://othes.univie.ac.at/23543/1/2012-10-15_0447592.pdf (13.8.2018).
- Parnass, Peggy: Unter die Haut, Hamburg 1996.
- Peiser, Jacob: Die Geschichte der Synagogen-Gemeinde zu Stettin, Würzburg 1965 (Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis 37).
- Penkower, Monty Noam: The Jews were expendable. Free World Diplomacy and the Holocaust, Urbana, Chicago 1983.
- Pernow, Birger: Liebe macht erfinderisch: Schwedische Juden-Hilfe im Dritten Reich, Stuttgart 1958.

- Perwe, Johan: Bombprästen. Erik Perwe på uppdrag i Berlin under andra världskriget, Stockholm 2006.
- Persson, Sune: »Vi åker til Sverige« De vita bussarna 1945, Rimbo 2002.
- Petersen, Hans Uwe: De nordiske lande og Hitlerflygtningene. Internordisk samarbejde i flygtningespørmålet 1938-1939, in: Hans-Åke Persson/Rune Johansson (Hg.): Nordisk flyktingpolitik i världskrigens epok, Lund 1989, S. 23-61.
- Pflock, Andreas: Am anderen Ende der Rampe von Auschwitz. Das Judendurchgangslager Westerbork, in: ders. (Hg.): Auf vergessenen Spuren. Ein Wegweiser zu Gedenkstätten in den Niederlanden, Belgien und Luxemburg, Bonn 2006, S. 57-86.
- Picard, Jacques: Die Schweiz und die Juden 1933-1945. Schweizerischer Antisemitismus, jüdische Abwehr und internationale Migrations- und Flüchtlingspolitik, Zürich 1994.
- Quack, Sibylle: Deutsch-jüdische Frauen in Exil und Emigration, in: Holger Sonnabend/Marita Krauss (Hg.): Frauen und Migration, Stuttgart 2001, S. 76-93.
- Rabinovici, Doron: »Der letzte der Ungerechten«. Benjamin Murmelstein, in: Ingo Zechner/Lothar Hölbling/Felicitas Heimann-Jelinek (Hg.): Ordnung muss sein. Das Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Wien 2007, S. 187-193.
- Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938-1945 – Der Weg zum Judenrat, Frankfurt a. M. 2000.
- Raeff, Marc: The well-ordered Police State. Social and Institutional Change through Law in the Germanies and Russia 1600-1800, New Haven/London 1983.
- Rink, Thomas: Doppelte Loyalität. Fritz Rathenau als deutscher Beamter und Jude, Hildesheim/Zürich/New York 2002 (Haskala, Wissenschaftliche Abhandlungen, hg. v. Moses-Mendelssohn-Zentrum für europäisch-jüdische Studien 24).
- Rockberger, Nicolaus: Göteborgstrafiken. Svensk lejtrafik under andra världskriget, Stockholm 1973 (Sverige under andra världskriget).
- Rosenfeld, Else/Gertrud Luckner: Lebenszeichen aus Piaski. Briefe Deportierter aus dem Distrikt Lublin 1940-1943, München 1968.
- Rosenstock, Werner: Days of Emergency, in: AJR Information 13 (1958), Nr. 11, S. 4.
- Rudberg, Pontus: »Alt är harmonie«. Om tillvaron på Stigbo, ett hem för judiska flyktingbarn år 1939, in: Anna Götlind/Marko Lamberg (Hg.): Tillfälliga Stockholmare. Människor och möten under 600 år, Stockholm 2017 (Stockholm stads monografi-serie), S. 301-325.
- The Swedish Jews and the Victims of Nazi Terror 1933-1945, Uppsala 2015 (Studia Historica Uppsaliensia 253).
- Bistånd trots motstånd. Hjälpsändningarna från judar i Sverige till koncentrationslägerfångar i Nazityskland, in: Bo G. Hall/Urban Claesson/Lars M. Andersson/Henrik Edgren (Hg.): Nationen så i Norden. Festschrift till Torkel Jansson, Skellefteå 2013, S. 255-271.
- The politics of Jewish refugee aid and relief work in Sweden, in: Mikael Bystrom/Pär Frohnert (Hg.): Reaching a State of Hope: Refugees, Immigrants and the Swedish Welfare State, 1930-2000, Lund 2013, S. 80-101.
- Flyktingpolitik, främlingslagstiftning och tillämpning. Förutsättningar för judiskt flyktingmottagande i Sverige, in: Lars M. Andersson/Carl Henrik Carlsson (Hg.): Från sidensjalar till flyktingmottagning. Judarna i Sverige – en minoritets historia, Uppsala 2013 (Opuscula Historica Upsaliensis 50), S. 101-143.
- »A Record of Infamy«. The use and abuse of the image of the Swedish Jewish response to the Holocaust, in: Scandinavian Journal of History 36 (2011), Nr. 5, S. 536-554.

- Restriktivitet eller generositet? Flyktingverksamheten inom Stockholms mosaiska församling och hjälpkommittén för Tysklands judar 1938-1940, in: Karin Kvist Geverts/Lars M. Andersson (Hg.): En problematisk relation? Flyktingpolitik och judiska flyktingar i Sverige 1920-1950, Uppsala 2008 (Opuscula Historica Upsaliensia 36), S. 209-226.
- Rudberg, Pontus/Anna Fredholm: Rädda våra barn! Svensk-judisk hjälp till flyktingbarn från Nazityskland, in: Armémuseum (Hg.): På flykt från krig. Asylsökande, ensamkommande och internflyktingar i Sveriges historia, Stockholm 2017 (Armémuseum årsbok), S. 83-117.
- Rürup, Reinhard: Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem »Prinz-Albrecht-Gelände« – eine Dokumentation, Berlin 1989.
- Schein, Harry: Schein, Stockholm 1980.
- Schoeps, Hans-Joachim: Die letzten dreißig Jahre. Rückblicke, Stuttgart 1956.
- Schoeps, Julius H: »Hitler ist nicht Deutschland«. Der Nationalsozialismus, das Exil in Schweden und die Rückkehr von Hans-Joachim Schoeps in die ehemalige Heimat, in: Gideon Botsch/Joachim H. Knoll/Anna-Dorothea Ludewig (Hg.): Wider den Zeitgeist. Studien zum Leben und Werk Hans-Joachim Schoeps (1909-1980), Hildesheim/Zürich/New York 2009 (Haskala Wissenschaftliche Abhandlungen), S. 227-248.
- Schoor, Kerstin: Der Journalist und Schriftsteller Leo Hirsch (1903-1943), in: Ester Hans/Jatti Enklaar (Hg.): Im Schatten der Literaturgeschichte. Autoren, die keiner kennt? Plädoyer gegen das Vergessen, Amsterdam 2005, S. 211-215.
- Segerstedt Wiberg, Ingrid: Från förintelsens tid, in: Göteborgs Mosaiska församling (Hg.): Göteborgs Mosaiska församling 1780-1980. Minnesskrift till Göteborgs Mosaiska församlings 200-årsjubileum, Göteborg 1980, S. 143-155.
- Segerstedt Wiberg, Ingrid/Ingrid Lomfors: När Sverige teg: Om nazisternas förföljelser, Stockholm 1991.
- Shatzkes, Pamela Joy: Holocaust and Rescue. Impotent or Indifferent? Anglo-Jewry 1938-1944, New York 2002.
- Siebold, Noemi: Bewegte Zeiten. Zur Geschichte der Juden in Basel, 1930er bis 1950er Jahre, Zürich 2010 (Schriftenreihe des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes, Beiträge zur Geschichte und Kultur der Juden in der Schweiz).
- Siegel, Walter: Mosaiska församlingen i Malmö 75 år, 1871-1946: en minnesskrift efter manuskript av Walter Siegel, Malmö 1946.
- Silvennoinen, Oula: Geheime Waffenbruderschaft. Die sicherheitspolizeiliche Zusammenarbeit zwischen Finnland und Deutschland 1933-1944, Darmstadt 2010 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart 17).
- Sode-Madsen, Hans: Reddet fra Hitlers helvede. Danmark og de hvide busser 1941-45, Kopenhagen 2005.
- Sompolinsky, Meier: Britain and the Holocaust. The Failure of Anglo-Jewish Leadership?, Portland 1999.
- Sprague, Martina: Swedish Volunteers in the Russo-Finnish Winter War, 1939-1940, Jefferson, NC 2010.
- Stichting Herinneringscentrum Kamp Westerbork: Vluchtelingenkamp Westerbork, Hooghalen 1999 (Westerbork Cahiers 7).
- Strauss, Herbert A.: Jewish Emigration from Germany – Nazi Policies and Jewish Responses (II), in: LBI YB XXVI (1981), S. 343-409.

- Jewish Emigration from Germany – Nazi Policies and Jewish Responses, in: LBI YB XXV (1980), S. 313-361.
- Tägil, Sven: Judarna i Sverige, in: Harald Runblom/Mattias Tydén/Gunnar Broberg (Hg.): Judiskt liv i Norden, Uppsala 1988 (Acta Universitatis Upsaliensis, Studia Multiethnica Upsaliensia 6), S. 15-25.
- Thor, Malin: »Svallvågorna av katastrofen kom också til vår stad«. Hjälpverksamhet innom Norrköpings mosaiska församling i skuggan av förintelsen, in: Lars M. Andersson/Karin Kvist Geverts (Hg.): En problematisk relation? Flykting-politik och judiska flyktingar i Sverige 1920-1950, Uppsala 2008 (Opuscula Historica Upsaliensia 36), S. 179-207.
- Hechaluz – en rörelse i tid och rum. Tysk-judiska ungdomars exil i Sverige 1933-1943, Växjö 2005.
- Thor Tureby, Malin: Kibbutz Svaringstorp 1936-1940, in: ders. (Hg.): Kibbutzer i Sverige. Judiska lantbrukskollektiv i Sverige 1936-1946, Stockholm 2012 (Judiska öden), S. 67-79.
- Tiusanen, Juha: Die Auslandshachschara in Dänemark, in: Karin Weiss/Andreas Paetz (Hg.): »Hachschara«. Die Vorbereitung junger Juden auf die Auswanderung nach Palästina, Potsdam 1999, S. 89-94.
- Toury, Jacob: Organizational Problems of German Jewry. Steps towards the Establishment of a Central Organization (1893-1920), in: LBI YB XIII (1968), S. 17-90.
- Tydén, Mattias: Från politik till praktik. De svenska steriliseringslagarna 1935-1975, Stockholm 2000 (Statens Offentlige Utredningar 22).
- Antisemitism i Sverige 1880-1930, in: Mattias Tydén/Harald Runblom/Gunnar Broberg (Hg.): Judiskt liv i Norden, Uppsala 1988 (Acta Universitatis Upsaliensis, Studia Multiethnica Upsaliensia Bd. 6), S. 259-285.
- Svensk antisemitism 1880-1930, Uppsala 1986 (Uppsala Multiethnic Papers 8).
- Tyodor-Baumel, Judith: The Kitchener Transmigration Camp at Richborough, in: Yad Vashem Studies XIV (1981), S. 233-246.
- Ubbens, Irmtraud: Das Landschulheim in Florenz, in: Claus-Dieter Krohn (Hg.): Kindheit und Jugend im Exil – Ein Generationenthema, München 2006 (Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch), S. 117-133.
- Valentin, Hugo: Judarna i Sverige. Från 1774 till 1950-talet, Stockholm 2004.
- Rescue and Relief Activities in Behalf of Jewish Victims of Nazism in Scandinavia, in: Yivo Annual of Jewish Social Science VIII (1953), S. 224-251, konsultiert in Hugo Valentin: Rescue and Relief Activities in Behalf of Jewish Victims of Nazism in Scandinavia, in: Henry R. Huttenbach: The Universality of Genocide, hg. v. Harald Runblom, Uppsala 2004 (Hugo Valentin lectures 2), S. 27-63.
- Voigt, Klaus: Zuflucht auf Widerruf. Exil in Italien, Bd. 1, Stuttgart 1989.
- Wahlström, Lydia: Marcus Ehrenpreis. En kultursyntesens man, in: Ord och bild. Illustrerad Månadsskrift 45 (1936), S. 145-150.
- Walk, Joseph: Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, Berlin 1996.
- Wasserstein, Bernard: Britain and the Jews of Europe 1939-1945, London/New York 1979.
- Wennerscheid, Sophie: Zwischen »Staatsbürgertreue« und dem Gefühl jüdischer Zusammengehörigkeit: Schwedische Juden in den 1930er Jahren, in: Nordeuropaforum 10 (2000), Nr. 1, S. 31-45.
- Wetzel, Juliane: Auswanderung aus Deutschland, in: Wolfgang Benz (Hg.): Die Juden in Deutschland 1933-1945, München 1988, S. 413-498.

LITERATUR

- Wittmann, Klaus: Schwedens Wirtschaftsbeziehungen zum Dritten Reich 1933-1945, München/Wien 1978 (Studien zur modernen Geschichte 23).
- Wyman, David S.: Paper Walls. America and the Refugee Crisis 1938-1941, New York 1985.
- Zahl Gottlieb, Amy: Men of Vision. Anglo-Jewry's Aid to Victims of the Nazi Regime, 1933-1945, London 1998.
- Zucker, Bat-Ami: American Refugee Policy in the 1930s, in: Frank Caestecker/Bob Moore (Hg.): Refugees from Nazi Germany and the Liberal European States, Oxford/New York 2010, S. 151-168.

Personenregister

Kursive Seitenzahlen verweisen auf Einträge ausschließlich in den Fußnoten.

- Adler, Erich 266-268, 270
Adler, Leopold 207f.
Adler, Melanie 207f.
Adler-Rudel, Salomon 69f., 163, 166, 168,
170
Ahlberg, Alf 279, 281
Arnheim, Franz 40, 46, 192, 201, 213,
223, 254, 256, 272, 280, 297
- Baeck, Leo 26, 43, 70, 188, 209, 284, 286
Bergström, Kurt 75, 77, 99
Berliner, Cora III, 203, 214f., 267f., 270,
274
Bernadotte, Eugen Napoleon Nikolaus
(Prinz von Schweden) 278
Boheman, Erik 38f.
Bonnier, Karl Otto 189, 191, 278, 280f.
Boydek, Charlotte (auch Bojdek) 124
Boydek, Leo (auch Bojdek) 124
Busch, Dorothee 194
- Cederblad, Carl 139f.
- Drougge, Erik 48
- Eger, Akiba 238, 254f., 256, 257, 259
Ehrenpreis, Marcus (auch Markus, Mor-
dechai) 12f., 15, 34f., 38f., 41, 43, 46,
60, 70, 72, 93, 102, 106, III, 122, 124,
163, 188, 190, 192, 213, 215, 220, 244,
266, 286f.
Eidem, Erling 105f.
Erikson, Frenzi (auch Uher. Frenzi) 137f.
Ettlinger, Jakob 36, 296
Euler-Chelpin, Hans von 266, 269
- Feinberg, Dörte 242
Freier, Recha 57f.
Friedmann, Manfred 195-198
Fürstenberg, Arthur 38f., 75
Fürth, Salomon 175f.
- Glück, Emil 4I, 71-84, 163-171, 254, 256-
258, 260, 297
Goldmann, Nachum 100
Goldmann, Sonja 67
Gottfarb, Inga 30, 38, 43, 95, 125, 179,
226
Grosz, Felix 160
Grüber, Heinrich 105
Grünberger, Mauritz 38, 40, 4I, 43,
64-66, 81, 163, 170, 201, 213-215, 235,
238, 268
- Harlan, Gudrun (auch Dähnert) 277-
279, 283
Heckscher, Eli 13f., 30, 79-81, 169f., 256,
262, 296
Heckscher, Gunnar 79f., 169
Heckscher, Rosa 79f., 169
Hedenquist, Göte 105
Hellner, Kerstin 114f., 132f., 138
Henriques, Märten 45, 107, 290
Herrmann, Anneliese 128
Höjer, Axel 224f.
Hüttner, Julius 37, 40, 107, 157, 228,
248-253, 297
- Jacoby, Gerhard 158
Josephson, Gunnar 12, 30, 38f., 70, 81,
106, 108, 112, 163, 165, 167, 170, 201,
202, 212, 239f., 270
Josephson, Ragnar 49f.
Josephthal, Georg 79
- Köpniwsky, David 40, 159f., 287, 300
Kronheim, Emil 15, 39, 51, 70, 161, 187-
189, 192, 266
- Lagerlöf, Selma 276-279, 281, 283
Leche Löfgren, Mia 212, 278
Leiser, Erwin 10, 241f.
Löb, Hermann 107

- Loewe, Erich 274 f.
 Loewe, Ilse 274 f.
 Löwenherz, Josef 286 f.
 Lustig, Fritz 132
 Lustig, Heinz 132
- Markus, Gerda 102, 107 f., 124, 137 f.,
 143 f., 290
 Masur, Norbert 79
 Max, Ernst 114, 120, 206 f., 219, 284, 286
 Mayer, Saly 94, 99
 Meyring, Elsa 266-274
 Michaeli, Sophie 89, 128, 203, 245, 253,
 290
 Michaeli, Wilhelm 46, 86, 128, 197, 223,
 226, 271, 277, 279-284
 Murrenstein, Benjamin 284-287
- Nisell, Samuel 40, 47 f., 296
- Parille, Leopold 133
 Perslow, Martin 201 f.
 Pfeiffer, Adolf 140 f.
 Posner, Hans Joachim 139
 Posener, Lotte 61 f., 239
 Posener, Ludwig 60-62, 64-68, 239
 Posse Brázdová, Amelie 136 f., 212-215
 Prinz, Arthur 99 f.
- Reifeisen, Gertrud 153-158
 Reifeisen, Ilse 153-158
 Reifeisen, Simon 153-158
 Rosenthal, Rosa 188
- Sachs, Nelly 10, 201, 242, 276-283
 Sahlin, Enar 281-283
 Salomon, Hannelore 146-152, 158
 Salomon, Kurt 146-152
- Salomon, Rosa 146-152
 Sandler, Rickard 106
 Schäffer, Hans 27, 41 f., 163, 212 f., 215
 Schönkopf, Max 35, 118, 127, 175, 200-
 202, 290
 Schoeps, Hans-Joachim 10, 189-195
 Schoeps, Julius 192-195
 Schoeps, Käthe 192-195
 Schuster, Ernst 140
 Schuster, Renate 139 f.
 Segerstedt Wiberg, Ingrid 13, 127, 136-138
 Sobotker, Martin 197, 201 f.
 Spielmann, Rudolf 230
 Stern, Eva 58 f.
 Stillschweig, Kurt 226-228, 247, 271,
 274, 288
 Szold, Henrietta 149, 263 f.
- Tietz, Ludwig 40-43, 58, 297
- Urban, Gustav 207
- Valentin, Hugo 13, 30 f., 48, 72, 79, 95,
 226, 256, 296
 Vylder-Lehmann, Marie-Louise de 127,
 129 f., 136 f., 143
- Warburg, Eric 211, 213, 215
 Warburg, Eva 107, 132, 136, 153, 169, 173-
 176, 226, 239-241, 262-264, 289 f.
 Warburg, Fritz 171 f., 174-176, 282
 Warburg, Siegmund 212 f.
 Wolff, Hans 138
 Wolff, Ilse 138
 Wollheim, Norbert 74, 75, 118
- Zadig, Albert 195-197

